



ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nº/III. Jahrgang.

Erste Juliwoche 1936.

Demokratie und proletarische Diktatur:

DIE NEUE VERFASSUNG DER SOWJET-UNION.
oo

Die neue Verfassung der Sowjetunion ist ein praktischer Beweis dafür, dass die proletarische Diktatur den allseitigen Ausbau der Rechte des werktätigen Volkes gewährleistet. Selbst Sozialisten und bürgerliche Liberale, die sonst vorzuziehen hatten, die faschistische Diktatur des Kapitals und die bolschewistische Diktatur des Proletariats in einen Topf zu werfen, sehen sich heute genötigt, das demokratische Wesen des Sowjetstaates anzuerkennen. Aber diese "wohlwollenden" Besprechungen der neuen Sowjetverfassung von sozialistischer und bürgerlicher Seite enthalten eine ganze Reihe von Missdeutungen, auf die einzugehen es umso notwendiger ist, als die offizielle Presse der KPF sich damit begnügt, die lobende Erwähnung der Neugestaltung des Sowjetstaates in reformistischen und liberalen Organen zu registrieren, ohne die diesem Lob beigemischten Einstellungen zu kritisieren.

Die proletarische Diktatur und die demokratischen Rechte der Werktätigen.

Vor allem ist es notwendig, festzustellen, dass die Sache sich keineswegs so verhält, als ob die Werktätigen der Sowjetunion erst jetzt demokratische Rechte erhalten hätten, während sie bisher rechtlos gewesen seien. Die proletarische Diktatur war stets auch proletarische Demokratie, breiteste Demokratie für die Werktätigen in einer weit vollständigeren Weise, als dies auch in der vollkommensten bürgerlichen Demokratie möglich ist. Der Sowjetstaat war immer ein Staat der Arbeiter und der werktätigen Bauern. Was jetzt geändert worden ist, das ist, dass nach der Beseitigung der Ausbeuterklasse nunmehr auch die früheren Angehörigen der Bourgeoisie den Vollgenuss der politischen Rechte erhalten haben, die ihnen solange ontzogen waren, als ihre Ausbeuterstellung noch nicht völlig beseitigt war und sie noch eine Bedrohung des sozialistischen Aufbauwerkes darstellten; dass ferner, nachdem die Massen der Bauern durch die Kollektivisierung aus Kleinproduzenten zu Mitarbeitern sozialistischer Grossbetriebe geworden sind, wodurch der Klassenunterschied zwischen Arbeiter und Bauern im wesentlichen weggefallen ist, auch die politische Vorrechte der Arbeiter gegenüber den Bauern, die früher notwendig waren, um den proletarischen Charakter des Sowjetstaates zu gewährleisten und die sich aus dem kleinbürgerlichen Charakter der Bauernschaft ergebenden politischen Schwankungen dieser Klasse zu paralisieren, nun aufgehoben sind. Auch bisher hatten die werktätigen Bauern (nicht die Kulaken) in der Sowjetunion mehr Rechte, als in jedem bürgerlichen Staat. Jetzt ist aber mit der Liquidation der Klassen jeder Unterschied in den politischen Rechten der Arbeiter und Bauern weggefallen und die neue Verfassung spricht nicht mehr von "Sowjets der Arbeiter und Bauern", sondern nur noch von "Sowjets der Werktätigen".

Auf dem Wege zu den Formen der bürgerlichen Demokratie?

Es wird jetzt von verschiedener Seite behauptet, die Sowjetunion sei ja jetzt wieder auf dem Wege zu den Formen der bürgerlichen Demokratie und deshalb brauchen die Arbeiter der anderen Länder nicht erst um die proletarische Diktatur zu kämpfen, sondern sollten an den, jetzt auch durch das Beispiel der Sowjetunion, in ihrer Richtigkeit erwiesenen Grundsätzen der bürgerlichen Demokratie festhalten. Nichts ist falscher als diese Auffassung. Die neue Sowjetverfassung auf

Grund formaler Ähnlichkeiten als eine Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie aufzufassen, ist ebenso unrichtig, wie die bekannten Versuche, auf Grund oberflächlicher formaler Merkmale die faschistische und proletarische Diktatur gänzlich zuzustellen. Der Sowjetstaat ist auch heute kein "parlamentarischer" Staat. Der neu geschaffene "Oberste Rat" der Sowjetunion, der auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt wird, ist ebensowenig ein Parlament, wie die gleichfalls auf Grund des allgemeinen Stimmrechts gewählte Pariser Kommune ein Parlament im bürgerlichen Sinne war. Zum Unterschied vom bürgerlichen Parlamentarismus, der auf der Trennung der Gewalten beruht, vereinigen der Oberste Rat der Sowjetunion und alle anderen (lokalen) Sowjets die gesetzgebende und vollziehende Gewalt in ihrer Hand, -- so wie die Pariser Kommune und so wie das auch bisher in der Sowjetunion der Fall war. Der Rat der Volkskommissare und die Exekutivkomitees der örtlichen Sowjets sind nur ausführende Organe der Sowjetkörperschaften und werden von diesen nicht nur kontrolliert, sondern können nur in ständiger Zusammenarbeit mit ihnen ihre Tätigkeit ausüben (so arbeitet der Rat der Volkskommissare mit dem Präsidium des "Obersten Rates" der Sowjetunion). Die neue Sowjetverfassung schafft nicht "Schwatzbüden", sondern arbeitende Körperschaften. Die Wahlen zu dem "Obersten Rat" erfolgen nunmehr direkt und die Industriearbeiter üben ihr Wahlrecht nicht mehr an ihrer Arbeitsstätte aus, vielmehr sind die Wahlkreise nach territorialen Gesichtspunkten eingeteilt. Die Wahl im Betrieb war solange wichtig und notwendig, als es sich darum handelte, das Proletariat als führende Klasse des Staates hervorzuheben, um seinen politischen Einfluss möglichst ausgeprägt zur Geltung kommen zu lassen. Heute ist das nicht mehr nötig, weil zwischen den Industriearbeitern und der übrigen Bevölkerung kein Klassenunterschied mehr besteht.

Die neue Sowjetverfassung ist also keine Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie, sondern eine durch den Sieg der sozialistischen Produktion sowie und die Aufhebung der Klassen ermöglichte Weiterentwicklung der proletarischen Diktatur.

Die proletarische Diktatur, der einzige Weg zum Sozialismus

und zu wirklicher Freiheit.

Um das zu erreichen, was heute in der Sowjetunion verwirklicht wird, können die Arbeiter der anderen Länder infolgedessen nicht von der bürgerlichen Demokratie ausgehen. Sie müssen sich auch dessen bewusst sein, dass sie, wenn sie die Macht erobern, nicht sofort das höhere Stadium der Demokratie der Werktätigen, das heute in der Sowjetunion erreicht ist, verwirklichen können, sondern ebenso wie die Proletariat der Sowjetunion erst den Widerstand der Ausbeuterklassen niederwerfen und sie liquidieren müssen, bevor sie daran denken können, allen Volksangehörigen das gleiche Mass politischer Rechte zu gewähren und die rücksichtslose Ausübung der revolutionären Gewalt durch vorfassungsmässige Garantien einzuschränken.

Der Sowjetstaat macht in seiner neuen Phase einen weiteren Schritt zum Absterben des Staates überhaupt. Wenn Marx von der Pariser Kommune sagte, dass sie schon kein Staat im eigentlichen Sinne dieses Wortes gewesen sei, so gilt das erst recht vom Sowjetstaat in seiner heutigen Gestalt. Insofern die Klassen in der Sowjetunion aufgehoben sind, ist der Sowjetstaat kein Organ der Herrschaft einer Klasse über eine andere; sein Kampf gegen die Kapitalistenklasse besteht in der Verteidigung gegen die imperialistische Umwelt und in der Bekämpfung der noch in den werktätigen Massen der Sowjetunion vorhandenen kapitalistischen Traditionen und Gewohnheiten. Der Kampf der Werktätigen der Sowjetunion ist, nachdem die materiellen Reste des Kapitalismus beseitigt sind, ein Kampf für die Vernichtung der geistigen Überbleibsel der Ausbeutergesellschaft. Es ist also nur noch in bedingter Weise ein Klassenkampf, ein politischer Kampf. Aber er erklärt, weshalb die neue Verfassung die Rolle der kommunistischen Partei hervorhebt und keine anderen Parteien zulässt, denn jede andere Partei wäre nur eine Repräsentantin der kapitalistischen Tradition.

Nachdem die materiellen Grundlagen des Sozialismus errichtet worden sind, arbeitet die SU jetzt an der Erziehung des neuen sozialistischen Menschen der Zukunft. Die neue Sowjetverfassung hebt die Rechte und Pflichten der Menschen in der sozialistischen Gesellschaft hervor. Sie ist ein Beweis, dass erst der Sozialismus die wirkliche Freiheit des Individuums verwirklicht.

-o-
Die Zeit ist der Raum für die menschliche Entwicklung. Ein Mensch, der keine freie Zeit zur Verfügung hat, dessen ganze Lebenszeit, abgesehen von den bloss physischen Unterbrechungen durch Schlaf, Mahlzeit usw., durch seine Arbeit für den Kapitalisten in Anspruch genommen wird, ist weniger als ein Leottier. Er ist eine bloss Maschine zur Erzeugung fremden Reichtums; körperlich gebredt u. geistig vertiert

Die Stellung der Arbeiterklasse:

ZUR LAGE IN PALÄSTINA
oooooooooooooooooooooooooooo

Von zionistischer Seite wird versucht, die gegenwärtige Lage in Palästina so darzustellen, als handle es sich dort um Judenverfolgungen derselben Art, wie z.B. in Hitlerdeutschland. Diese Darstellung ist durchaus unrichtig.

Die Arbeiterschaft bekämpft den Antisemitismus als eine besonders heissenwertige Form der Unterdrückung durch die herrschenden Ausbeuterklassen und in ihrem Interesse. Nur unter rein formalen Gesichtspunkten aber ist es möglich, die arabischen Bewegung in Palästina mit dem Antisemitismus in anderen Ländern auf die gleiche Stufe zu stellen. In Palästina sind die Juden nicht eine verfolgte und unterdrückte Minderheit, sondern eine faktisch privilegierte nationale Gruppe, mit deren Hilfe der britische Imperialismus die Araber, die die Mehrheit der Bevölkerung Palästinas bilden, unterdrückt. Die Araber wiederum sind keine unterdrückende kapitalistische Nation, sondern ein unterdrücktes Kolonialvolk, das für seine nationale Befreiung vom Imperialismus, für die nationale Einheit seines von den Imperialisten zerstückelten Territoriums kämpft. Ganz gleich, wer den unmittelbaren Anlass zu den jetzigen Kämpfen gegeben hat, muss festgestellt werden, dass die Araber sich historisch in der Abwehr gegen die von allen zionistischen Richtungen verteidigte Politik der Entrechtung der Araber in Palästina befinden.

Zionismus und Judentum.

So wenig, wie die Arbeiterklasse das deutsche Volk mit dem Nationalsozialismus und das italienische Volk mit dem Faschismus identifizieren darf, so wenig darf sie auch Judentum und Zionismus gleichstellen. Der Zionismus ist eine kapitalistisch-chauvinistische Politik und die Zionisten haben keineswegs das Recht, sich als die Vertreter des Judentums, als Vertreter der werktätigen Massen aufzuspielen, die die Mehrheit der 16 Millionen Juden, die es in der Welt gibt, bilden. Während die Zionisten im Namen ihrer angeblichen Lösung der Judenfrage 400 000 Juden nach Palästina gebracht haben, die sich dort jetzt dank der zionistischen Politik in einer sehr kritischen Lage befinden, hat die Sowjetunion für einige Millionen von Juden, die unter dem Zarismus fürchterlich unterdrückt wurden, die Judenfrage wirklich gelöst. Die Sowjetunion hat denjenigen Juden, die den Versuch machen wollen, ein eigenes nationales Leben zu entwickeln, in der autonomen jüdischen Republik Birobisjan die Möglichkeit dazu gegeben und zwar auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit den übrigen Völkern der SU. Die Sowjetunion hat die Judenfrage durch den gemeinsamen siegreichen Klassenkampf aller Völker u. Rassen, die heute in der SU leben, gelöst. Nur auf diesem Wege kann auch die Judenfrage in allen übrigen Ländern gelöst werden.

Die Zionisten aber wollen die Judenfrage lösen, indem sie dem antisemitischen Chauvinismus und den antisemitischen Kassetheorien einen jüdischen Chauvinismus und ein jüdisches "Rassebewusstsein" entgegensetzen, indem sie die jüdischen Werktätigen auffordern ihr Heil nicht im gemeinsamen Klassenkampf mit den nichtjüdischen Werktätigen zu suchen, sondern in der nationalen Absonderung, d. h. praktisch indem sie ihnen raten, überall ausserhalb Palästinas in dem Chetto, in das sie die Antisemiten drängen wollen, einen Vorteil zu erblicken und in Palästina selbst im Dienste des britischen Imperialismus eine chauvinistische jüdische Politik gegen das arabische Volk zu betreiben.

Der Zionismus in Palästina.

Der Zionismus arbeitet in Palästina mit typischen imperialistischen imperialistischen Kolonisationsmethoden. Die jüdische Landwirtschaft entwickelt sich auf Kosten der arabischen Bauern. Die Landankäufe, die zum Zwecke der zionistischen Siedlung bei den arabischen Feudalherren gemacht worden, sind mit der Vertreibung der eingewachsenen arabischen Pächter verbunden. Im Namen des sogenannten Schutzes der "jüdischen Arbeit" wird die Beschäftigung arabischer Arbeiter beschränkt, ähnlich wie das z. B. mit den Negern in Südafrika der Fall ist. Die Forderungen der Araber in Bezug auf eine Selbstverwaltung Palästinas werden von den Zionisten auf das Schärfste bekämpft. Das mehr oder weniger deutlich ausgesprochene Ziel aller zionistischen Richtungen ist es, Palästina trotz seiner arabischen Bevölkerungsmehrheit in ein ausschließlich von Juden verwaltetes Land zu verwandeln.

Die Zionisten berufen sich darauf, dass sie die Träger des wirtschaftlichen Fortschritts in Palästina seien und dass dieser Fortschritt auch den Arabern zugute komme, aber der Fortschritt, den der Zionismus bringt, das ist der Fortschritt des Kapitalismus, der mit imperialistischen Methoden verwirklicht wird und der nur für eine dünne Schicht arabischer Feudalherren, Kapitalisten oder Grosstauern wirtschaftliche Vorteile bringt, für die Massen der Araber aber die Proletarisierung und die Pauperisierung bedeutet.

Die Zionisten werfen der arabischen Nationalbewegung vor, dass an ihrer Spitze Feudalherren stehen, aber wie in allen anderen Ländern, so ist es auch in Palästina die imperialistische Unterdrückung, die die wirtschaftliche Entwicklung und auch die Entfaltung des Klassenkampfes innerhalb der unterdrückten Nation hemmt. Der Einfluss der arabischen Feudalherren, ~~Капиталистов~~ auf die arabischen Werktätigen wird gerade durch den Umstand mit aufrechterhalten, dass die Zionisten durch ihre Politik die Herausbildung einer arabischen Arbeiterschaft hemmen und die arabischen Bauern noch schlimmer heimsuchen, als die eigenen Feudalherren, denn diese beuten die Bauern nur aus, während die zionistische Kapitalisten sie von der Scholle vertreiben.

Wenn die arabische Nationalbewegung noch unter Führung von Feudalherren steht, so steht der Zionismus unter der Führung des jüdischen Kapitals, das eng mit dem englischen Imperialismus verbunden ist. Die Masse der Juden, die nach Palästina gekommen sind, um sich dort durch ihrer Hände Arbeit eine sichere und freie Existenz zu schaffen, die Masse der jüdischen Werktätigen Palästinas wird von der zionistischen Bourgeoisie missbraucht und schwer geschädigt. Die Masse der werktätigen Juden Palästinas hat die Sünden der zionistischen Bourgeoisie auszubaden, hat die Kosten des nationalen Hasses zu tragen, der durch die chauvinistisch Unterdrückungspolitik des Zionismus auch in den Massen der Araber entfacht worden ist.

Einheit der jüdischen u. arabischen Werktätigen.

Damit die jüdischen und arabischen Werktätigen nicht mehr gegenseitig abschlacken, müssen sie sich zum gemeinsamen Kampf gegen ihre gemeinsamen Unterdrücker zusammenfinden. Voraussetzung dafür ist, dass die jüdischen Werktätigen sich vom Zionismus lossagen, dass sie den Anspruch auf ein jüdisches Palästina preisgeben. Nur wenn sie das Selbstbestimmungsrecht des arabischen Volkes gegenüber den Ansprüchen des Zionismus und gegenüber dem britischen Imperialismus anerkennen, können die jüdischen Arbeiter auch darauf rechnen, dass sie in den arabischen Massen den arabischen Chauvinismus zum Trotz Sympathien und Unterstützung für die Forderung der Gleichberechtigung der jüdischen Minderheit in Palästina und in dem einheitlichen Grossarabien der Zukunft finden. Wenn die jüdischen Werktätigen den Klassenkampf der arabischen Arbeiter und Bauern gegen ihre Feudalherren fördern wollen, müssen sie ~~sich~~ selbst den Klassenkampf gegen die jüdische Bourgeoisie führen. Es hat keinen Sinn, wenn revolutionäre jüdische Arbeiter den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage in Palästina dadurch aus dem Wege gehen wollten, dass sie erklären, es gebe keine Rassenfrage; keine nationale Frage, sondern nur eine Klassenfrage. Das Bestehen einer nationalen Frage in Palästina, die nationale Unterdrückung der Araber kann nicht geleugnet werden und wenn die jüdischen Werktätigen den gemeinsamen Klassenkampf der arbeitenden Juden und Araber fördern wollen, dann müssen sie sich für das Selbstbestimmungsrecht der Araber einsetzen.

Die jüdischen Werktätigen müssen begreifen, dass nicht die Kanonen des britischen Imperialismus die Massen der Juden in Palästina rotten können, sondern nur der Zusammenschluss mit den arabischen Massen auf der Grundlage der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, der vollen Gleichberechtigung der Araber und Juden. Wenn die Führer der arabischen Bewegung heute die Sperrung der jüdischen Einwanderung fordern, während die zionistischen Führer die Schließung der Grenzen Palästinas für einwandernde Araber verlangen, dann müssen die Werktätigen fordern, dass jede Kontrolle der Einwanderung durch die zionistischen Instanzen u. den britischen Imperialismus aufgehoben und die Grenzen Palästinas für die Werktätigen aller Nationen geöffnet werden.

Nur wenn die werktätigen Juden sich so gegenüber den Arabern einstellen, werden sie dazu beitragen, dass die arabischen Arbeiter ihren Kampf für ihr nationales Selbstbestimmungsrecht mit dem Kampf gegen die arabischen Ausbeuter verbinden, dass sie sich mit den jüdischen Werktätigen zusammenschließen, um gemeinsam jüdische und arabische Ausbeuter und den britischen Imperialismus zu bekämpfen.

Das arabische Volk muss die Möglichkeit erhalten, seine Unabhängigkeit und die Vereinigung des durch die Imperialisten zersplitterten Territoriums zu einem selbstständigen Grossarabien zu verwirklichen. Die werktätigen Klassen müssen dafür kämpfen, dass in einem unabhängigen Arabien die Macht in den Händen der Räte der Werktätigen liegt. In diesem Grossarabien müssen die Juden Palästinas ebenso wie alle anderen nationalen Minderheiten volle nationale Gleichberechtigung und Selbstverwaltung erhalten, so wie das in der Sowjetunion geschahen ist.

Die jüdischen und arabischen Werktätigen Palästinas müssen für die entschädigungslose Übergabe des gesamten jüdischen und arabischen Grossgrundbesitzes an die Werktätigen kämpfen. Den arabischen und jüdischen Kleinbauern, Pächtern und Siedlern muss die ungestörte Nutzniessung ihrer Grundstücke garantiert werden. Die jüdischen und arabischen Werktätigen müssen sich darüber verständigen, wie der Grossgrundbesitz aufgeteilt werden soll, bzw. darüber, ob im Grossbetrieb bewirtschaftete Güter (Plantagen) in kollektiver Form weitergeführt werden sollen.

Ausserhalb von Palästina müssen die jüdischen Werktätigen der zionistischen Propaganda im Allgemeinen und insbesondere der Propaganda der Auswanderung nach Palästina als eines Mittels zur Lösung der Judenfrage entschieden entgegenzutreten. (IVKO)

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Nach der Debatte über die Auflösung der Ligen:

SALONGROS MEINUNGEN,
oooooooooooooooooooo

Wir haben hier bereits auf die Unzulänglichkeit der Regierungsmassnahmen gegen die faschistischen Ligen hingewiesen. Salengro hat in seiner Rede in der Kammer betont, dass es sich bei den Regierungsmassnahmen nur um eine sinngemässe Anwendung des Gesetzes über die Auflösung der paramilitärischen Formationen handelt, das bereits unter Lawal von Kammer und Senat votiert wurde. Die steigende Aktivität der faschistischen Organisationen zeigt bereits, dass die Unterdrückung der faschistischen Bewegung mehr erfordert, als im Gesetz über die Ligen vorgesehen ist. Dazu gehört in erster Linie die Einbeziehung der breiten Massen in den Kampf um die Unterdrückung der faschistischen Organisationen, die strenge Kontrolle der Durchführung der gesetzlichen Massnahmen durch die selbstgewählten Organe der Werktätigen und deren selbstständige Aktion. Daneben aber ist die Verhaftung der faschistischen Führer, die Unterdrückung der faschistischen Presse und die Anwendung des Gesetzes auf alle faschistischen Organisationen, und nicht nur auf die paramilitärischen Verbände, notwendig. Dazu aber hat sich der Innenminister Salengro nicht geäussert.

Salengro hat in Beantwortung der Interpolationen der Rechten wegen der Auflösung der faschistischen Organisationen erklärt, dass er in seiner Partei dafür eintreten werde, dass die Verteidigungsorganisationen der Arbeiter, soweit solche bestehen, aufgelöst werden. Salengro hat also die Selbstschutzformationen der Arbeiter mit den faschistischen Kampfverbänden gleichgesetzt und damit unterstrichen, dass die Selbstschutzorganisationen der Arbeiter von der Volksfrontregierung als unzulässig und gegen das Gesetz gerichtet, betrachtet werden. Einem solchen Standpunkt muss von seiten der revolutionären Arbeiterschaft nachdrücklich entgegengetreten werden. Die faschistischen Kampforganisationen dienen dem Kampfe gegen die Werktätigen, die proletarischen Abwehrformationen dienen dem Schutze und der Verteidigung der Werktätigen, ihre Organisationen u. Einrichtungen gegenüber dem faschistischen Terror. Die faschistischen Organisationen erstreben die Aufhebung der demokratischen Rechte für die Werktätigen, die proletarischen Organisationen dienen der Verteidigung und der Weiterentwicklung der demokratischen Rechte der Werktätigen und der Aufhebung der demokratischen Rechte für die Faschisten und die Ausbeuter. Die faschistische Propaganda der jüngsten Zeit zeigt, dass die Arbeiterschaft ihre Verteidigung, nicht in die Hände des bürgerlichen Staatsapparates legen darf, dass sie zu ihrem Schutz und zu ihrer Verteidigung ihre eigene Kraft zum Selbstschutz einsetzen muss.

Salengro hat in anderem Zusammenhange sich gegen Streiks in den Grenzgebieten gewandt. Es handelt sich hier um erster Linie um Elsass-Lothringen. Diese Aufforderung Salengros ist nichts anderes als die Proklamierung des Burgfriedens gegenüber dem Russen Feind. Die Arbeiterschaft muss sich gegen eine solche Auffassung entschieden ablehnend verhalten. Die Arbeiterschaft wird und darf sich nicht

unter Hinweis auf den Russen Feind zu einer nationalen Union mit ihren Ausbeutern bereit finden. Der Verzicht auf den Klassenkampf durch die Arbeiterklasse würde nur den Ausbeutern freie Hand geben, der Arbeiterklasse alle Lasten aufzubürden. Hätte die Arbeiterschaft Elsass-Lothringens auf das Mittel des Streiks bei der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen verzichtet, dann wäre der Abstand zwischen ihren Löhnen und denen der innerfranzösischen Arbeiterschaft noch krasser geworden als er ohnehin ist. Das Verhalten des Patronats in Elsass-Lothringen seinen eingegangenen Verpflichtungen zeigt, dass die Arbeiterschaft Elsass-Lothringens seltene Lebensbedingungen nur zu verteidigen vermag, wenn sie bereit ist ihre wirtschaftliche Macht zu ihrer Sicherung einzusetzen.

Die Arbeiterschaft darf den inneren Burgfrieden gegen den Russen Feind nicht akzeptieren, solange sie eine ausgebeutete und unterdrückte Klasse ist und solange die kapitalistische Klasse herrscht, kann sie die Ausbeutung und Unterdrückung nur mildern wenn sie sich auf den Klassenkampf besinnt und ihn zur Anwendung bringt. Davon darf sie sich auch durch einen sozialistischen Minister nicht abhalten lassen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

1 Million für die Hitler-Olympiade.

=====
=====

In einem Augenblick wo die Arbeitersportorganisationen einen beharrliche Kampagne gegen die Hitler-Olympiade führen und dabei die Unterstützung aller Arbeiterorganisationen genießen, wo von den Arbeiterorganisationen alle Anstrengungen gemacht worden, um auch die bürgerlichen Sportler zum Boykott der Berliner Olympiade zu veranlassen, hat die Regierung beschlossen, für die Teilnahme an der Hitler-Olympiade 1 Million Franken zu bewilligen. Für die Olympiade in Barcelona hat sie lediglich 600 000 Franken genehmigt.

Diese Haltung der Regierung zeigt, dass die Regierung der Volksfront nichts als eine bürgerlich-sozialistische Koalitionsregierung ist und das sie nicht einmal in einer solch einfachen Frage dem Standpunkt der Arbeiterorganisationen Rechnung tragen kann.

Die Aktion für den Junker Schlumberger:

Ein Angriff auf das Streikrecht.

=====
=====

Die Aktion für den Junker Schlumberger bedarf vom Gesichtspunkt der Arbeiterklasse noch einiger Kommentare.

Die ausserparlamentarische Aktion, die die Spitzen der landwirtschaftlichen Berufsverbände mit dem gesamten Tross reaktionären Abgeordneten durchgeführt haben, war nicht mehr und nicht weniger als ein Angriff auf eines der elementarsten demokratischen Rechte der Werktätigen, das Streikrecht.

Das "Gehüll des hungernden Viehs", die "rohe Tierquälerei", die nach den Kommentaren der rechtsstehenden Presse der Grund für die Aktion gegen die Landarbeiter der Schlumbergerschen Farme gewesen sein soll, besagt doch nichts anderes, als dass hungernden Landarbeiter verboten sein soll, ihren Junker und Herrn zu zwingen, auch an ihren Hunger zu denken. Damit das Vieh nicht hungert, sollen die Landarbeiter sich in ihren Hunger zu schicken und kein Recht haben gegen ihren Hunger aufzubegreifen. Das angeblich hungernde Vieh des Junkers und Multimillionärs Schlumberger hat die UPR-Abgeordneten zu ihrer Aktion gereizt. Damit das Vieh nicht mehr hungern sollte, waren die Herren bereit hungernde Landarbeiter mit Gewalt daran zu hindern gegen ihren Hunger zu kämpfen. Und warum? Wenn das Vieh verhungert, ist das in ihm investierte Kapital vernichtet, wenn die Landarbeiter vom Hunger ruiniert werden - und 8 Franken Taglohn für 10 Stunden Arbeit ist der Hunger - dann wird das Kapital des Multimillionärs Schlumberger dadurch nicht berührt. Das Vieh darf nicht hungern, die Landarbeiter aber mögen weiter hungern, das ist die Quintessenz der Aktion von Rossé und Kumpaneel und ihres Angriffs auf das Streikrecht der Landarbeiter.

Die horzzerreissenden Schilderungen der UPR-Presse über das hungernde Vieh der Schlumbergerschen Farme sollen die wahren Absichten dieser Soldknechte des Kapitals vertuschen und die kleinen Bauern beunruhigen, in Wahrheit aber decken sie die wirklichen Motive dieser Aktion auf. Denn selbst wenn die Arbeiter der Schlumbergerschen Farme ihre Aktion gegen ihre Hungerlöhne ohne Betriebsbeset-

zung durchgeführt hätten, würde das Vieh erst recht nach Futter schreien. Die Tatsache, dass die Arbeiter das von der UPR-Prose mit soviel Hingabe verteidigte Privateigentums Schlumbergers besetzten, war ja gerade ein Mittel um zu verhindern, dass das Vieh während des Streiks verhungert.

Man kann die Sache drehen wie man will, die mitternächtliche Aktion der Junker und ihrer politischen Advokaten läuft auf nichts anderes hinaus, als dass den Ländarbeitern überhaupt das Recht abgesprochen wird ihre wirtschaftlichen Interessen selbstständig gegenüber ihrem Gutsherrn, dem Multimillionär Schlumberger, mit dem Mittel der Arbeitsniederlegung zu vertreten. Das Koalitions- und Streikrecht soll also für die am meisten ausgebeutete Schicht des Proletariats nicht gelten. Der Herr soll befehlen, der Herr soll den Lohn bestimmen, der Herr soll die Arbeitsordnung bestimmen, die Knechte aber haben zu schweigen, zu gehorchen und zu arbeiten; das ist die Auffassung der Junker und ihrer Sturmgleckonläuter und das war der Sinn der massenparlamentarische Aktion der Grafen Andlau, der Oberkirch, Kossé usw.

Da diese Grundsätze von den Ländarbeitern der Schlumbergerschen Ferme durchbrochen wurden und da der Staat zögerte ihnen mit Gendarmen und Garde-mobiles Anerkennung zu verschaffen, zeigten sich die klassenbewussten Elemente der kapitalistische Klasse entschlossen, diesen geheiligten Grundsätzen aus eigener Kraft Anerkennung zu verschaffen. Das und nichts anderes war der Sinn der sehr resoluten und entschlossenen Aktion auf der Colmarer Präfektur zur mitternächtlichen Stunde. Wie klang in der These aus: wann der Staat nicht sofort und zu dem von uns bestimmten Zeitpunkt die Ländarbeiter zur Raison bringt und die Ferme entsetzt, dann raucht's, dann nehmen wir die Sache in unsere eigenen Hände. Das war die klassenbewusste Sprache der Junker. Und als Faustpfand für die Einlösung ihrer Forderungen besetzten die Junker und ihre politischen Interessenvertreter die Präfektur, bis der Vertreter der Staatsgewalt seine Haltung erstattet; Befehl ausgeführt, die Ferme Schlumberger vom Feinde entsetzt.

Alle noch so lauten Protestresolutions - wie die des Colmarer Gemeinderats - können nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass der Vertreter der Regierung vor dem Häuflein bourgeoiser Putschisten wie ein Taschenmesser zusammen klappte und Order parierte. So zeigte sich, dass der bloße Versuch des kapitalistischen Staates bei Arbeitskonflikten nicht sofort mit der bekannten Parteilichkeit zur Verteidigung der kapitalistischen Profits der Junker einzusetzen, vom klassenbewusstesten Teil der Ausbeuterklassen benutzt wird, um die Selbsthilfe einzusetzen.

Die Folgerungen für die Arbeiterschaft daraus sind klar: sie muss ebenso klassenbewusst ihre Macht der Zahl und ihre überragende Rolle im Produktionsprozess ausnutzen, um ihre Interessen zu vertreten. Sie darf sich nicht auf den Staatsapparat verlassen; sondern sie muss mit gleicher Entschlossenheit ihre Klassenkraft zur Anwendung bringen. Das ist das einzige Mittel um sich Geltung zu verschaffen.

--O-O-O-O-O-O-O-O-O-O-O--

Sturm in Sausheim:

Ein Anschlag auf die Arbeitslosen.

=====

In der oberelsässischen Gemeinde Sausheim werden die Arbeitslosen mit jämmerlichen Unterstützungssätzen abgespeist. So berichtet der "Republikaner" dass ein Familienvater mit 2 Kindern 9.50 Frs und ein Familienvater mit 3 Kindern 11.50 Frs pro Tag erhält, wofür er allerdings noch Fronarbeit für die Gemeinde leisten muss. Im Zuge der allgemeinen Bewegung der Arbeiter für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen stellten die Sausheimer Arbeitslosen ebenfalls Forderungen an den Gemeinderat, die auf Abschaffung der Fronarbeit, auf Bezahlung der Sonn- und Feiertage und auf wöchentliche Auszahlung der Unterstützung lauteten. Diese Forderungen sind Minimalforderungen des oberelsässischen Erwerbslosenkongresses, die auch von der CGT unterstützt werden.

Der Gemeinderat in Sausheim lehnte die Forderungen ab und liess sich nicht einmal auf eine Verhandlung mit den Arbeitslosen darüber ein.

Diese Haltung löste bei den Erwerbslosen grosse Empörung aus, die im weiteren Verlauf zur Besetzung der Mairie durch die Arbeitslosen führte. Zur Regelung des Konflikts wurden unter Hinzuzählung eines Vertreters der CGT und des zonen-

tralen Arbeitslosenkomitees Verhandlungen mit dem Maire eingeleitet.

Bevor die Verhandlungen zu einem Abschluss gebracht werden konnten, hatte das Gemeinderatsmitglied Sellar, von klerikalen und faschistischen Elementen unterstützt eine Demonstration organisiert, um zu verhindern, dass den Arbeitslosen Genugtuung gegeben wird. Unter Hinweis auf die entstehenden Mehrausgaben und der dadurch möglicherweise notwendig werdenden Erhöhung der Zuschlags-Continos, gelang es den Provokateuren auch eine Demonstration auf die Boine zu stellen.

Unter dem Ruf "Schlagt sie tot!", "Herunter mit ihnen" usw. demonstrierten sie vor der Mairie, um die Aktion wirksam zu machen; liessen die Provokateure die Feuer sirene ertönen, worauf die Feuerwehr anrückte. Die Arbeitslosen, die auf Zureden des Adjoints die Mairie verliessen, wurden draussen mit dem Wasserstrahl der Feuerspritze empfangen. Ein Arbeitsloser, der sich gegen diese Behandlung zur Wehr setzte, wurde durch den Strahl zu Boden geworfen. Zum Teil wurden ihm sogar seine Kleider vom Leibe gelassen.

Die klerikale Presse bringt diesen Vorfall mit viel Vergnügen und amüsiert sich köstlich über die Art, wie in Sauchheim mit den Arbeitslosen und ihre völlig berechtigten Forderungen verfahren wird. Die CGT lässt im "Republikaner" verkünden, dass sie nach diesem Vorfall jede Verantwortung für die Folgen ablehne, die sich aus der durch das Vorgehen gegen die Arbeitslosen entstandenen Erregung ergeben können. Wir halten einen solchen Standpunkt für unhaltbar. Die CGT, als die Gesamtorganisation zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen auch der Arbeitslosen hat die Pflicht alles einzusetzen, damit den Provokateuren die Antwort gegeben und den Arbeitslosen Genugtuung gegeben wird. Es ist ihre Pflicht jetzt erst recht an der Seite der Arbeitslosen zu stehen und ihr die Solidarität der gesamten Betriebsarbeiterschaft zu sichern. Den Provokateuren muss zum Bewusstsein gebracht werden, dass sie nicht ungestraft die Arbeitslosen beleidigen dürfen. Jetzt erst recht muss die CGT zeigen und beweisen, dass die Arbeitslosen in ihr einen starken Schutz und eine schmale Waffe zur Verteidigung ihrer Interessen besitzen. Jede andere Haltung wird die Provokateure nur ermuntern und alle anderen faschistischen Elemente ermuntern das Sauchheimer Verfahren gegenüber den Arbeitern zur Anwendung zu bringen. Deshalb müssen die Anfänge solcher Aktionen gegen die Arbeiter im Kolmo erstickt werden und es ist Sache der Gesamtarbeiterschaft dafür zu sorgen, dass die CGT ihre Pflicht erfüllt.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Aus dem III. Reich:

Ein neuer Mord der Gestapo.

Das Auslandskomitee der KPD-O teilt mit: Aus Frankfurt am Main erhalten wir die Nachricht, dass Genosse F. Debus im Gestapogefängnis ermordet wurde.

Debus wurde 8 Tage vor Ostern verhaftet. Mitte Mai erhielten die Angehörigen die Mitteilung, dass sich F. Debus in der Zelle erhängt habe. Wer F. Debus gekannt hat, weiss, dass das eine schamlose Lüge der Gestapobeamten ist, die ihn zu Tode geprügelt haben, um aus ihm Aussagen zu erpressen.

Debus wurde schon Mitte Juni 1933 einmal verhaftet und sechs Monate im Konzentrationslager Sonnenburg gefangengehalten. Der Anlass zur damaligen Verhaftung war sein Widerstand gegen die Gleichschaltung des Mieterschutzvereins, dessen Geschäftsführer er war. Er wurde schon damals fürchterlich misshandelt, weil er 1932 eine Meute SA-Leute mit seiner Scheintotpistole in Schach hielt, als sie ihn überfallen wollten.

Genosse Debus, der bis zur Machtübernahme Hitlers ein überzeugter Anhänger des ultralinken Kurzes der KPD gewesen war, schloss sich nach seiner Rückkehr aus dem Konzentrationslager der KPD-O an. Seiner Tätigkeit ist es zu danken, dass im Gebiet Frankfurt am Main schon frühzeitig eine Zusammenarbeit zwischen der KPD, KPD-O, SPD und SAP zustande kam. Als alter Gewerkschafter arbeitete er aufs engste an der Herausbildung illegaler Gewerkschaftskader in den Betrieben mit. Der unmittelbare Anlass zu seiner erneuten Verhaftung war die Unzufriedenheit der Nazis mit den Wahlergebnissen im Arbeitsgebiet von Debus. Er wurde auf das Grausamste gefoltert und zu Tode gemartert, weil die Gestapo die Verbindungen der illegal arbeitenden Kader aufrollen wollte. Das aber ist ihr nicht gelungen. F. Debus hat standgehalten, aber die Verweigerung der Aussagen mit seinem Leben bezahlt.

Debus starb im 38. Lebensjahr, er war 19 Jahre im Metallarbeiterverband und 18 Jahre politisch organisiert. Mit der Ermordung von F. Debus ist der illegalen Armee der Antifaschisten ein mutiger und unbugsamer Kämpfer geraubt worden.

Verantwortlich: EMILIE HIRTZEL.

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis Monat Frs 2.-
Einzeleremplar 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

№ 28/III. Jahrgang.

Zweite Juliwoche 1936.

Nach der Völkerbundstagung:

IM SCHATTEN DES DROHENDEN KRIEGES.
oo

Die jüngste Tagung des Völkerbundes war von Anfang bis zu Ende eine einzige Blamage der Genfer Institution. Zuerst wurde beschlossen, die Sanktionen gegen Italien aufzuheben, die freilich, nachdem Mussolini die Eroberung Abessinions (sic) gelungen war, ihren Sinn verloren hatten. Aber die Tatsache bleibt, dass der Völkerbund weder den Ausbruch des afrikanischen Krieges verhindert hatte, noch imstande gewesen war, dessen Beendigung zu erzwingen und Abessinien in irgendeiner Weise vor dem italienischen Imperialismus zu schützen. Dann rückte in Genf der Danziger Oberbürgermeister Greiser ein, der in seinem und des "deutschen Volkes" (lies: des Naziimperialismus) Namen erklärte, dass er auf den Völkerbund und seinen Danziger Kommissar pfeife. Der Völkerbund nahm die mit ausgesuchter Grobheit vorgetragenen Provokationen Greisers zur Kenntnis - und tat nichts. Angesichts dieser Ohnmacht des Völkerbundes (die der Haltung der beiden imperialistischen Völkerbundsmächte - nämlich Englands u. Frankreichs zuzuschreiben ist) worden die faschistischen Mächte, die aus ihren kriegerischen Absichten keinen Hohl machen, immer unverschämter. Der italienische Imperialismus ist mit der Aufhebung der Sanktionen noch nicht zufrieden; er verlangt weitere Zugeständnisse seitens Englands und Frankreichs, bevor er überhaupt bereit ist, die diplomatische Zusammenarbeit mit diesen Mächten wieder aufzunehmen. Auch dem deutschen Imperialismus ist der Kamm mächtig geschwollen; nachdem Mussolini imstande war, seinen afrikanischen Raubzug erfolgreich zu Ende zu führen, nachdem der Naziregierung die Provokation der Rheinlandbesetzung ungehindert durchgegangen ist, glauben Hitler und die seinen, keinerlei Rücksichten mehr nehmen zu müssen und neue Provokationen wagen zu können. Auf den englischen Fragebogen geben sie überhaupt keine Antwort. Im Rheinland werden eifrig Befestigungen ausgeführt. Der Einmarsch der deutschen Truppen in Danzig wird vorbereitet. Und wenn das den Nazis ebenso glückt, wie der Schlag vom 7. März, dann kommt Österreich an die Reihe usw. - bis die Hitlerregierung dann eines schönen Tages mit ihren Rüstungen fertig ist und unter günstigen Bedingungen den von ihr geplanten Krieg entfachen kann.

Die Haltung der Volksfrontregierung.

Was tut in dieser Lage die französische Volksfrontregierung? Léon Blum hat in seiner Genfer Rede ziemlich offen gesagt, dass angesichts der wachsenden Kriegsgefahr nichts anderes übrig bleibe, als sich für einen eventuellen Krieg einzurichten. Er meinte, man müsse das Risiko eines Krieges in Kauf nehmen, wenn man den Frieden sichern wolle. Die französische Regierung verlangt dementsprechend den Ausbau eines System von Regionalpakten nach dem Muster des Vertrages zwischen Frankreich und der Sowjetunion; diese Pakte sollen die Verpflichtung zu gegenseitiger militärischer Hilfeleistung im Falle eines Angriffs enthalten; wirtschaftliche Sanktionen sollen vom Völkerbund nur noch beschlossen werden, wenn einige, durch Regionalpakte verbündete Staaten zu militärischen Massnahmen greifen. Die Politik der französischen Regierung läuft also darauf hinaus, sich für den Fall eines Krieges möglichst viele Verbündete zu sichern.

Nun ist es vom Standpunkt der Arbeiterklasse sicher begrüßenswert, wenn die SU möglichst viele Bundesgenossen für den Fall eines Krieges gewinnt und in-

folgedessen auch, wenn Regionalpakte abgeschlossen werden, die der Sicherung der Sowjetunion dienen. Aber die Arbeiterklasse kann und darf für x-beliebige imperialistische Militärbündnisse nicht eintreten, bloss weil diese im Namen der "kollektiven Sicherheit" abgeschlossen worden sind. Wenn die Sowjetunion an einem Bündnisvertrag teilnimmt, dann ist das an sich eine Garantie, dass dieser Vertrag dem Frieden und nicht kriegerischen Zielen dient, denn die SU ist kein imperialistischer Staat. Wenn aber zwei imperialistische Mächte ohne die SU ein Bündnis abschliessen, dann kann dies jederzeit zu einem Instrument der Entfesselung des imperialistischen Krieges werden, auch wenn diese Staaten im Augenblick des Abschlusses dieses Vertrags nicht an dem Ausbruch eines Krieges interessiert sind. Es ist deshalb ganz falsch, wenn z. B. der KPF-Deputierte Péri in der Kammer ohne Einschränkungen ein französisch-englisches Bündnis fordert. Wenn England dem Pakt zwischen Frankreich und der Sowjetunion beitrifft, dann sollten wir das unterstützen. Aber ein französisch-englisches Bündnis ohne die SU kann jederzeit in ein Bündnis gegen die SU umschlagen. Der britische Imperialismus hat die Idee, den Nazis freie Hand im Osten zu geben, keineswegs ganz aufgegeben. Die Meorenkonferenz in Montreux ist ein neuer Beweis für die starken sowjetfeindlichen Tendenzen in der britischen Aussenpolitik.

Die Arbeiterklasse darf sich also nicht blind mit der Bündnispolitik des französischen Imperialismus solidarisieren. Das Proletariat ist für den Ausbau des Bündnisses zwischen Frankreich und der Sowjetunion (und zwar nicht im Interesse des französischen Imperialismus sondern im Interesse der SU und der internationalen Arbeiterklasse,) - nicht weniger und nicht mehr.

Was an der gegenwärtigen Haltung der französischen Regierung besonders auffällig ist, das ist ihre ziemlich offene Erklärung, dass es kein anderes Mittel gäbe, dem Krieg hinauszuschieben, als sich auf den Krieg vorzubereiten. Die ganzen Vorschläge der Regierung Blum zur Völkerbundsreform sind auf dem Faß berechnet, dass ein Krieg ausbricht. Was aber soll inzwischen geschehen, welche Stellung will die Regierung Blum gegenüber solchen Ereignissen einnehmen, die wie die Rheinlandbesetzung, noch kein Krieg sind, die aber der Vorbereitung des Krieges dienen? Die Antwort lautet, dass die Regierung Blum gar nichts zu tun will, dass sie solche Provokationen schlucken will, - was schliesslich dazu führen muss, dass die imperialistischen Regierungen wie 1914, eines Tages in den Krieg hineinschlittern. Wirtschaftliche Sanktionsmassnahmen werden nur noch als Begleitmassnahme zu militärischen Aktionen, das heisst als Hilfswaffe in einem Kriege verbrochen; dabei wären wirksame, wirtschaftliche, friedliche Sanktionen die gegebene Antwort auf die Provokationen, mit denen die Nazis sich Schritt für Schritt eine günstige Ausgangsstellung für einen Krieg schaffen suchen. Die andere Seite dieser Haltung der Regierung Blum sind ihre Tendenzen zu faulen imperialistischen Schachergeschäften mit Mussolini und Hitler. Betrübt ist Péri in der "Humanité" v. 8. Juli fest, dass die Volksfrontregierung in dieser Beziehung gar nicht so viel anders handle als Laval.

Von einer Koalitionsregierung wie das Kabinett Blum kann man aber keine andere Politik erwarten als eine imperialistische. Angesichts der Ohnmacht des Völkerbundes und der Haltung der Volksfrontregierung ist das selbstständige Auftreten der Arbeiter zur Erhaltung des Friedens notwendiger denn je. Aber dieses Auftreten kann nicht im Zeichen der Politik der KPF organisiert werden, einer Politik, die die imperialistische Aufrüstung prinzipiell billigt und eine Burgfriedenspolitik - und Stimmung für den Kriegsfall vorbereitet. Zu einem wirklichen Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr gehört der Bruch mit dieser Politik.

-o-

DER INTERNATIONALE KLASSENKAMPF
 ooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Für den Monat Juli ist eingetroffen; aus dem Inhalt: Dimitrows Aufsatz: ein Wendepunkt der Kommunistischen Internationale/Die Junibewegung in Frankreich/Zur Politik der Kommunistischen Jugendverbände: einen Schritt vor-zwei Schritte zurück/Marx, Engels, Lenin und die Volksfront/Drei Monate Volksfrontpolitik in Spanien/Länderberichte: Tschechoslowakei/Mexiko/England/Deutschland/Nachrufe u. Dokumente. Bestellungen bei allen Funktionären u. A. Quiri, Wolfshelm (Bas-Rhin)

folgedessen auch, wenn Regionalpakete abgeschlossen werden, die der Sicherung der Sowjetunion dienen. Aber die Arbeiterklasse kann und darf für x-beliebige imperialistische Militärbündnisse nicht eintreten, bloss weil diese im Namen der "kollektiven Sicherheit" abgeschlossen worden sind. Wenn die Sowjetunion an einem Bündnisvertrag teilnimmt, dann ist das an sich eine Garantie, dass dieser Vertrag dem Frieden und nicht kriegerischen Zielen dient, denn die SU ist kein imperialistischer Staat. Wenn aber zwei imperialistische Mächte ohne die SU ein Bündnis abschliessen, dann kann dies jederzeit zu einem Instrument der Entfesselung des imperialistischen Krieges werden, auch wenn diese Staaten im Augenblick des Abschlusses dieses Vertrags nicht an dem Ausbruch eines Krieges interessiert sind. Es ist deshalb ganz falsch, wenn z. B. der KPF-Deputierte Péri in der Kammer ohne Einschränkungen ein französisch-englisches Bündnis fordert. Wenn England dem Pakt zwischen Frankreich und der Sowjetunion beitrifft, dann soll man das unterstützen. Aber ein französisch-englisches Bündnis ohne die SU kann jederzeit in ein Bündnis gegen die SU umschlagen. Der britische Imperialismus hat die Idee, den Nazis freie Hand im Osten zu geben, keineswegs ganz aufgegeben. Die Meerengenkonferenz in Montreux ist ein neuer Beweis für die starken sowjetfeindlichen Tendenzen in der britischen Aussenpolitik.

Die Arbeiterklasse darf sich also nicht blind mit der Bündnispolitik des französischen Imperialismus solidarisieren. Das Proletariat ist für den Ausbau des Bündnisses zwischen Frankreich und der Sowjetunion (und zwar nicht im Interesse des französischen Imperialismus sondern im Interesse der SU und der internationalen Arbeiterklasse,) - nicht weniger und nicht mehr.

Was an der gegenwärtigen Haltung der französischen Regierung besonders auffällig ist, das ist ihre ziemlich offene Erklärung, dass es kein anderes Mittel gäbe, dem Krieg hinauszuschieben, als sich auf den Krieg vorzubereiten. Die ganzen Vorschläge der Regierung Blum zur Völkerbundsreform sind auf dem Faßl berechnet, dass ein Krieg ausbricht. Was aber soll inzwischen geschehen, welche Stellung will die Regierung Blum gegenüber solchen Ereignissen einnehmen, die wie die Rheinlandbesetzung, noch kein Krieg sind, die aber der Vorbereitung des Krieges dienen? Die Antwort lautet, dass die Regierung Blum garnichts zu tun will, dass sie solche Provokationen schlucken will, - was schliesslich dazu führen muss, dass die imperialistischen Regierungen wie 1914, eines Tages in den Krieg hineinschlittern. Wirtschaftliche Sanktionsmassnahmen werden nur noch als Begleitmassnahme zu militärischen Aktionen, das heisst als Hilfswaffe in einem Kriege verwendet; dabei wären wirksame, wirtschaftliche, friedliche Sanktionen die gerechtere Antwort auf die Provokationen, mit denen die Nazis sich Schritt für Schritt eine günstige Ausgangsstellung für einen Krieg schaffen suchen. Die andere Seite dieser Haltung der Regierung Blum sind ihre Tendenzen zu faulen imperialistischen Schachergeschäften mit Mussolini und Hitler. Beträuft Péri in der "Humanité" v. 8. Juli fest, dass die Volksfrontregierung in dieser Beziehung garnicht so viel anders handle als Laval.

Von einer Koalitionsregierung wie das Kabinett Blum kann man aber keine andere Politik erwarten als eine imperialistische. Angesichts der Ohnmacht des Völkerbundes und der Haltung der Volksfrontregierung ist das selbstständige Auftreten der Arbeiter zur Erhaltung des Friedens notwendiger denn je. Aber dieses Auftreten kann nicht im Zeichen der Politik der KPF organisiert werden, einer Politik, die die imperialistische Aufrüstung prinzipiell billigt und eine Burgfriedenspolitik - und Stimmung für den Kriegsfall vorberbeitet. Zu einem wirksamen Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr gehört der Bruch mit dieser Politik.

o-o

DER INTERNATIONALE KLASSENKAMPF

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Für den Monat Juli ist eingetroffen; aus dem Inhalt: Dimitrovs Aufsatz: ein Wendepunkt der Kommunistischen Internationale; Die Junibewegung in Frankreich; Zur Politik der Kommunistischen Jugendverbände; einen Schritt vor-zwei Schritte zurück; Marx; Engels, Lenin und die Volksfront; Drei Monate Volksfrontpolitik in Spanien; Länderberichte: Tschechoslowakei/Mexiko/England/Deutschland/Nachrufe u. Dokumente. Bestellungen bei allen Funktionären u. A. Quiri, Wolfshelm (Bas-Rhin)

hat? In Wahrheit handelt es sich bei dieser Aussöhnung um mehr, als um ein taktisches Manöver, wie den Proleten hier und da weissgemacht wird.

In Wirklichkeit liegt dieser Aussöhnung mehr zugrunde, sie drückt eine weitgehende Schwenkung der KPF in ihrem Verhältnis zur bürgerlich-demokratischen Republik aus. Natürlich war die Trikolore einmal ein revolutionäres Banner, Selbstverständlich war die Marseillaise einmal ein revolutionäres Lied. Aber beide waren die Wahrzeichen der bürgerlichen Revolution, der Revolution der Bourgeoisie, deren Spitze heute durch die so oft erwähnten 200 Familien repräsentiert wird. Unter dem Schlachtruf "Freiheit, Brüderlichkeit und Gleichheit" vollzog die Bourgeoisie ihre politische Machteroberung gegen den Absolutismus, Feudalismus und den Klerus, konstituierte sie sich als die Nation, die vor 142 Jahren ihre Herrschaft im Zeichen der Trikolore und der Marseillaise begann und in weiteren Kämpfen befestigte, wobei sie mehr als einmal mit der Klasse zusammenstieß, deren Ziele nur durch die proletarische Revolution verwirklicht werden können. Immer, wenn seither das Proletariat sich anschickte den Rahmen der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung zu durchbrechen, dann wurde es im Zeichen der Trikolore und der Marseillaise fusilliert und sie hat sich bereits heute vom Innenminister Salengre die Erklärung abgeben lassen, dass jeder Versuch zu weiterer Verletzung des bürgerlichen Eigentumsrechts unter den gleichen Wahrzeichen verhindert werden soll.

Die Bourgeoisie raubte nicht dem Proletariat die Marseillaise und die Trikolore, sondern, in dem Masse, wie die politischen Ziele der Bourgeoisie verwirklicht wurden und sie aus der ehemals revolutionären Klasse eine konterrevolutionäre Klasse wurde, wurden auch die Trikolore und die Marseillaise die Attribute der Konterrevolution. Deshalb verzichtete das Proletariat auch darauf sich mit der Marseillaise und der Trikolore zu identifizieren und schuf kraft seines über alle Grenzfälle und Länder hinweg reichenden Ziele, die "Internationale" und das rote Banner, das es überall den Wahrzeichen der herrschenden Klassen entgensetzte.

Die Kommunisten aber waren es, die überall die Versuche der Reformisten, die Arbeiterklasse mit den Wahrzeichen der bürgerlichen Herrschaft auszusöhnen, einen hartnäckigen und unversöhnlichen Kampf entgensetzten. Und dies mit vollem Recht, -sahen sie doch in dieser reformistischen Tätigkeit nichts als ein Symbol der Klassenzusammenarbeit, ein Verzicht auf den Kampf um die proletarische Revolution.

Wenn heute die KPF als eifrigster Befürworterin der Versöhnung zwischen Marseillaise und Internationale, zwischen Trikolore und Roter Fahne auftritt, so deshalb, weil sie nach neuester Erkenntnis der KI zur aktiven Befürworterin der bürgerlichen Demokratie geworden ist, weil sie -wie Dimitrow formulierte- nur die Wahl zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus in der Gegenwart sieht, wo doch der Faschismus nichts als ein Produkt der durch den Niedergang des Kapitalismus in Zersetzung begriffenen bürgerlichen Demokratie ist und das Proletariat seine demokratischen Rechte nur behaupten und weiterentwickeln kann auf dem Wege zur proletarischen Revolution, also jenes Ziel, das durch die Rote Fahne und die Internationale symbolisiert wird.

Wenn die KPF meint, sie könne die Bourgeoisie irritieren, wenn sie sich ihrer Attribute bemächtigt, so irrt sie. Klassen lassen sich nicht durch solche Harlekinaden übertölpeln. Das Ergebnis dieser "Taktik" ist nur eine Irreführung der Arbeiter, die im Zeichen des Kampfes gegen den Faschismus an den Wagen der bürgerlichen Demokratie gehangen werden und in ihren Wahrzeichen für die Landesverteidigung und den vulgären bürgerlichen Nationalismus des bürgerlichen imperialistischen Staates gewonnen werden sollen.

Das aber machen wir nicht mit.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Der Ruf nach der Selbsthilfe:

Die Reaktion erhebt ihr Haupt.

=====
=====
=====

Die mit dem Faschismus verbundene Reaktion proklamiert offen und unbekümmert das Gesetz der Selbsthilfe. Die Radikalen geben diesen Ruf weiter und die Regierung gibt gehorsam diesem Druck nach.

Notieren wir einige Ereignisse.

Die faschistischen Verbände haben in Paris eine Demonstration durchgeführt und der Polizei Widerstand entgegengesetzt. Der Colonel de la Rocque aber erweist sich weiter der republikanischen Freiheit.

Faschisten, die in Lothringen während des Streiks Sabotageakte in den besetzten Hüttenwerken durchführen wollten, wurden durch streikende Arbeiter entdeckt und dem Gericht zugeführt. Die Saboteure wurde von der Justiz im Schnellverfahren freigesprochen. Keine bürgerliche Pressestimme regt sich darüber auf, denn das ist die von der Bourgeoisie gewollte "Ordnung".

In Saargemünd fand eine sogenannte Bauernversammlung des Bilgerechen Bauernbundes statt. Damit die Ruhe und Ordnung nicht gestört wird, liessen die Arbeiter gemäss den Anweisungen ihrer Führungen diese Faschistenjünger unter sich. Nur ein Arbeiter hatte sich in die Versammlung verirrt. Als er einen Zwischenruf machte, mit dem er die streikenden Arbeiter verteidigen wollte, wurde er gottsjämmerlich verschlagen. Keine bürgerliche Ordnungsstimme war zu einem Protest zu bewegen.

Auf einer Kundgebung angeblicher Bauern auf der Forme Schaafbusch bei Weissenburg wurde in einer angenommenen Entschliessung erklärt, dass bei einem nochmaligen Versagen der Staatsgewalt, wie im Falle Schlumberger, das "elsässische Bauernvolk fest entschlossen ist, zur Selbsthilfe überzugehen.

Auf der Generalversammlung des Els. Winzerverbandes wurde ebenfalls der "Empörung" über die "Vergewaltigung" des Privateigentums, wie im Falle Schlumberger Ausdruck verliehen. Daneben fehlt natürlich nicht die Erklärung, dass im Falle des Versagens der Staatsgewalt zur Selbsthilfe gegriffen wird. Worauf es den Ausbeutern fremder Arbeitskraft ankommt, wird in folgenden Worten gesagt: "Wir verlangen Schutz der Arbeit (der vom Herrn Schlumberger, Die Redaktion der AP) und lehnen die Anwendung des Kollektivvortrages in der Landwirtschaft und im Weinbau ab".

Das ist klar. Umso nachdrücklicher müssen die Arbeiter und die GT an die gewerkschaftliche Erfassung der Landarbeiter gehen, um sie mit Hilfe des städtischen Proletariats zu befähigen sich Kollektivverträge und Mindestlöhne zu erkämpfen.

Vermerken wir noch, dass die "NW" des H. Hueber die Resolution des Winzerverbandes gegen die Landarbeiter des Schlumbergerschen Gutes und gegen die Kollektivverträge kommentarlos unter dem Titel "Die Forderungen der Winzer" veröffentlicht. Das Bündnis mit den Klerikalen, Elzianern und Dohltianern gebietet dem Kandidaten der Volksfront nicht, für die Interessen der ausgebeuteten Landarbeiter und ihre Rechte einzutreten. Darüber hilft auch das sonstige radikale Geschwätz der "ZW" nicht weg.

Doch auch die "Republik", das Organ der im Volksfrontkomitee vertretenen Radikalen erklärt sich mit der Resolution des Winzerverbandes einverstanden. Dieser Volksfrontgenosse der "Humanité" schreibt; dass sie mit der Resolution des Winzerverbandes einig gehen, sowohl gegenüber den Betriebsbesetzungen, als auch gegenüber den Kollektivverträgen.

Man sieht, wenn es um den Profit geht, liegen sich alle kapitalistischen Parteien in den Armen.

Es liegt an der Arbeiterschaft daraus die Konsequenzen zu ziehen. Wenn die andere Seite mit der Selbsthilfe droht, sollte sie auch daran denken ihre eigene Selbsthilfe zu organisieren.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Wie die innerparteiliche Demokratie verstanden wird

Kamrad Forat aller Funktionen enthoben.

Die "Humanité" v. 9. Juli bringt einen Bericht über die Funktionsenthebung des ZK-Mitgliedes Forat. Dieser Beschluss wurde gefasst, ohne das Forat gegen die Parteidisziplin verstossen hat. Forat hat in einem Briefe an das ZK der KPF seine abweichenden Ansichten entwickelt, die -soweit sie in dem veröffentlichten Dokument behandelt worden- weitgehend mit den Auffassungen übereinstimmen, wie sie von uns in der "AP" entwickelt wurden. Das ZK aber erklärt, dass die Verteidigung u. Verbreitung solcher Ansichten mit der Zugehörigkeit zur KP unvereinbar ist.

Solidarität mit den Breuschtalproleten:

Das ganze Proletariat muss ihnen zu Hilfe kommen,
 ::::::::::::::::::::

Der Kampf der Textilarbeiter des Breuschtals ist in ein akutes Stadium getreten. Die am 30. Juni auf der Präfektur in Strasbourg stattgefundenen Verhandlungen haben zwar zu einer Vereinbarung zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaftsvertretern geführt, aber die Streikenden haben dieses Verhandlungsangebot mit überwältigender Mehrheit als ungenügend abgelehnt. Selbst das Eingreifen des Sous-Präfekten von Molsheim und der Gewerkschaftsvertreter in der grossen Streikversammlung in Rothau vermochte die Textilproleten nicht umzustimmen.

Die Ursache dieser ablehnenden Haltung ist darin zu suchen, dass die Proleten des Breuschtals bisher mit wahren Hungerlöhnen abgespeist wurden. Eine Zuschrift der Belegschaft der Firma "Sinotex" in Mühlbach stellt dies im einzelnen unter Beweis. Dort beträgt der Durchschnittslohn in der Weberei 130 - 150 Franken für 82 Stunden, das Kindergeld mit eingegriffen. Die Spulerinnen haben einen Durchschnittslohn von 120 - 140 Franken in 127 Stunden. Spulenstecker haben halbmonatlich 70 - 80 Franken, also 35 - 40 Franken in der Woche. Webmeister beziehen einen Stundenlohn von 2,70, Hilfsmeister von 2,30 und Schlossermeister von 2,90 Franken.

Diese Löhne zeigen mit aller Eindringlichkeit warum sich die Textilarbeiter mit einer 14% igen Erhöhung nicht abfinden wollen, da sie an ihrem Hungertode. In soviel wie garnichts ändern würde.

Das Patronat hat erklärt, dass sie nach Ablehnung ihres letzten Verhandlungsangebotes auf keine neuen Verhandlungen mehr eingehen. Der Sinn dieser Erklärung ist klar. Das Patronat glaubt die ausgebeugelten Proleten durch den Hunger und mit Hilfe der Christlichen auf die Knie zu zwingen.

Deshalb muss der Streik der Breuschtaltextilproleten zu einer Angelegenheit der gesamten Arbeiterschaft gemacht werden. Die Solidarität der gesamten organisierten als. -loth. Arbeiterschaft muss den Proleten des Breuschtals zur Hilfe kommen. Es ist daher nur zu begrüßen, dass die Union départementale der CGT die organisierte Arbeiterschaft zur finanziellen Solidarität aufgerufen hat.

Es darf kein Syndikat der freien Gewerkschaften und keine Betriebsbelegschaft geben, von der nicht die praktische Solidarität unter Beweis gestellt wird.

Es darf keine Arbeiterveranstaltung geben, in der nicht der Textilproleten des Breuschtals gedacht wird. Auf diese Weise werden die Proleten des Breuschtals fest mit der in der CGT organisierten Arbeiterschaft verbunden, dem vorherrschenden vollen Einfluss der Mächtigen entzogen und die Voraussetzungen über die Textilmagnaten geschaffen.

Ein glänzendes Beispiel proletarischer Solidarität.
 ::::::::::::::::::::

Das am 4. Juli durchgeführte Hüttenfest der Arbeiterwanderer auf dem Saém gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Solidaritätskundgebung für die streikenden Textilarbeiter von Rothau.

Am Sonntag morgen sammelten sich die von Strasbourg eingetroffenen Festteilnehmer vor dem Bahnhof Rothau, wo sie einen prächtigen Demonstrationzug formierten, der unter Vorantritt einer Schalmeienkapelle und der roten Bundesfahnen den Streikenden in der Fabrik einen Besuch abstattete. Im Fabrikhof fand dann eine kleine Solidaritätskundgebung statt, die mit einer Sammlung unter den Teilnehmern des Hüttenfestes ihren Abschluss fand. Am Schluss des Hüttenfestes überbrachten die Arbeiterwanderer -es mögen 500 gewesen sein-, die beim Fest nicht verkauften Würstchen und Wecken in einem mächtigen Demonstrationzuge den Streikenden. Ein Vertreter der Streikenden dankte den Arbeiterwanderern für ihren Solidaritätsakt, worauf die Demonstranten und die Streikleitung mit erhobener Faust die "Internationale" sangen. Im geschlossenen Zuge ging es dann durch Rothau zum Bahnhof, von wo die Arbeiterwanderer unter den Grüßen der Bevölkerung und der Streikenden, die auf den Fabrikmauern standen, die Heimfahrt antraten. Das ganze war eine begeisterte Manifestation des unverbrüchlichen Zusammenschlusses der Arbeiter. Möge das Beispiel der Arbeiterwanderer Schule machen

Zur Lage bei den Gemeindearbeitern:

Die letzte Bewegung und einige Folgerungen.
 =====

Das Ergebnis, der von beiden Syndikaten der freien Gewerkschaften anfänglich gemeinsam eingeleiteten Bewegung ist bekannt. Die Gemeindearbeiter erhalten erstmalig am 9. Juli die ab 20. Juni wirksam gewordenen neuen Bestimmungen über die Änderung der Dekretgesetze bei der Lohnzahlung in Anwendung gebracht. Die in der gemeinsamen Versammlung geforderte Nachzahlung ab 1. Juni, unter Hinweis darauf, dass die Stadtverwaltung die vorjährigen Dekretgesetze vom 8. Juni bereits vom 1. Juni ab in Anwendung brachte, lehnte der Maire unter Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen ab, die eine Nachzahlung für die Zeit vor dem 20. Juni 36. angeblich untersagen. Auch die geforderte einmalige Abfindungssumme von 10⁰ Frs. wurde abgelehnt. In der Frage der Anwendung der 40 Stundenwoche erklärte der Maire sich zu ihrer sofortigen Einführung bereit. Für diejenigen die im Vorlauf auf einer auf 14 Tage begrenzten Frist noch 45 Stunden arbeiten müssen, werden die 5 Stunden als Überstunden bezahlt.

Das von Imbs-Zeller geführte Syndikat konnte es nicht unterlassen, die gemeinsam eingeleitete Bewegung zu durchbrechen und einen gemeinsamen Abschluss zu verhindern. In einem Aufruf werden die Gemeindearbeiter vor dem Spiel gewisser Politiker und ihrer Agenten gewarnt, denen die Absicht nachgesagt wird, dass sie unverantwortliche und unwahre Gerüchte lancieren um die Gemeindearbeiter in einen zwecklosen Streik zu zwingen.

In der überfüllten Versammlung der "Glocke" am verfloßenen Montag kam wiederholt die Empörung über das Verhalten der CGT-Leitung zum Ausdruck, die anscheinend eine ihrer vornehmsten Aufgaben darin erblickt, alles zu tun, um jede einheitliche Aktion der Gemeindearbeiter zu verhindern und die gewerkschaftliche Einheit um jeden Preis bei den Gemeindearbeitern zu sabotieren. Nachdem die Bewegung durch eine gemeinsame Versammlung beider Syndikate eingeleitet worden war, war es ein selbstverständliches Gebot auch eine gemeinsame Berichterstattung durchzuführen und alles zu tun, um zu gemeinsamen Folgerungen gegenüber den Verhandlungsergebnis zu gelangen.

Der in der gemeinsamen Versammlung zum Ausdruck gelangte Wille sich mit aller Kraft Genugtuung zu verschaffen und nötigenfalls auch das Mittel des Streiks zum Einsatz zu bringen, war es ja gerade, was H. Frey voranlasste zur unverzüglichen Anwendung der neuen Gesetzesbestimmungen überzugehen.

Es ist daher mehr als jämmerlich, wenn die Imbs-Zeller nichts anderes zu tun wissen, als in ihrem Aufruf den Eindruck zu erwecken, als wären die Gemeindearbeiter der Simpel, die sich ohne jeden Grund von angeblichen Agenten - "die unter Euch geschickt wurden" - zu Handlungen "zwingen" lassen, die mit ihren Interessen in Widerspruch stehen. Solch saublöde Argumente gegen den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter ins Feld zu führen, war bisher ein Privileg der Scharfmacherprose, die ja hinter der grossen Streikbewegung auch nichts anderes als irgendwelche Agenten sehen wollte. Die Gemeindearbeiter werden sich diese Taten auch in ihrem Abrechnungsbuch gut vermerken.

Um einen Vorschlag zur Gewerkschaftseinheit.

Ein grosser Teil der Gemeindearbeiter Strasbourgs hat belehrt durch die letzte Bewegung erneut eingesehen, dass das Nebeneinanderbestehen zweier mehr oder minder miteinander konkurrierender u; sich bekämpfender Syndikate, ein Nachteil ist. Auch in einem gemeinsamen Syndikat werden die in der Arbeiterbewegung vorhandenen Gegensätze lebendig sein, aber es wird die Einheit der Aktion auf der Grundlage der innoren Demokratie sicher stellen. Das aber ist eine Notwendigkeit, die jetzt wieder erhärtet wurde.

Deshalb ist auch auch verständlich, dass in der Versammlung in der "Glocke" diese Frage erneut mit voller Schärfe gestellt wurde. Der angenommene Antrag auf Bildung einer Kommission aus aller Richtungen, die demnächst in einer Versammlung unter Ausschaltung der Sekretäre die Einheit realisieren soll, ist ein Ausdruck dieser Stimmung. So gut dieser Antrag auch gemeint sein mag, so zweifeln wir an seiner Realisierung. Er könnte nur verwirklicht werden, wenn die

Gemeindearbeiter bereit wären, über die "Köpfe ihrer Führer hinweg" und auf dem Wege des Bruchs mit ihren bisherigen Syndikaten sich in einer Organisation zusammenzuschließen. Ist das nicht der Fall - und die Tatsachen werden es bestätigen, dann würde dieser im Namen der Einheit erfolgende Versuch zur endlichen Realisierung der Gewerkschaftseinheit nur zur weiteren Zersplitterung der gewerkschaftlichen Kräfte der Gemeindearbeiter führen. Hier entscheidet nicht die Absicht, sondern die Wirkung.

Wir haben seinerzeit gefordert, dass der in Strassburg bei den Gemeindearbeitern aufgetretene Konflikt durch einen Schiedsspruch der Federation liquidiert wird. Dieser Vorschlag ist bisher gescheitert. Daher gibt es nach unserer Meinung nur noch zwei Wege zur Gewerkschaftseinheit:

1.) Der Weg, dass eine Organisation mit der Zeit die andere verdrängt, ihr die Mitglieder abnimmt und so die Gewerkschaftseinheit vollzogen wird. Dieser Weg scheint uns unreal.

2.) Der Weg, dass die ehemaligen ex-unitären Mitglieder und ihr jetziges Syndikat einen neuen Vorschlag machen, der geeignet ist, bei den ex-föderierten Kameraden Unterstützung zu finden und den Widerstand der Imbs-Zeller usw. zu brechen. Dieser Vorschlag kann nur darin bestehen, dass die Ex-Unitären das Statut der Union des Syndikats du Personnel des Services Publics et des Transports anerkennen, unter der ausdrücklichen Anerkennung, dass die letzte u. höchste Instanz bei der Führung von Bewegungen die Mitgliedschaft und die Sektionsvorstände sind. Die Sekretärfrage müsste so geregelt werden, dass der neuzuzustellende Sekretär durch das derzeitige Syndikat der ehemaligen Ex-Unitären vorzuschlagen ist.

Es obliegt dann den rev. Gemeindearbeitern in Verbindung mit den Mitgliedern der anderen Sektionen ihre Vorschläge in der Einheitsorganisation auf dem Boden der Statuten zu vertreten und auf diesem Wege selbst reaktionäre Bestimmungen des Statuts selbst zu überwinden.

Wir wissen nicht ob ein solcher Vorschlag das Wohlgefallen der Imbs-Zeller findet. Wir wissen aber, dass allein auf diesem Wege die Realisierung der Einheit vorangebracht werden kann. Wir zweifeln nicht daran, dass die derzeitige Führung im Services publics politische Gründe hat die Einheit zu verhindern und die formalen und statutarischen Argumente nur ein Deckblatt sind. Aber gerade das wäre ein Grund unsere Vorschläge aufzunehmen. Es mag so scheinen als enthielten sie zu weitreichende Konzessionen. Dieser Schein kann aber nur bei denen entstehen, für die die Frage der Sekretäre das A und O der ganzen Sache ist; Die Realisierung der Einheit ist das vordringlichste, das andere ist dann eine Sache des Wirkens in der gemeinsamen Organisation. Sind die Sympathien der Imbs-Zeller bei den Gemeindearbeitern gleich null, wie behauptet wird, dann wird es auch Mittel u. Wege geben, um diesem Willen Anerkennung zu verschaffen, innerhalb der Einheitsorganisation.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Eine Erklärung der Arbeitersportler:

Gegen die Haltung der Regierung.

Die Exekutive der FSGT hat im Namen der Arbeitersportler gegen die Haltung der Regierung in der Frage der Hitlerolympiade Stellung genommen. In einer der Presse übermittelten Erklärung drückt die Exekutive der FSGT aus, dass sie die Gewährung eines Kredits von 1 Million für die Hitlerolympiade "mit einem gewissen Bofremden" zur Kenntnis genommen habe. Der Beschluss der Regierung wird ein bedauernswörter Kompromiss genannt, mit dem die Arbeitersportler sich aus Grundsätzlichen Erwägungen nicht einverstanden erklären können. Die Kammermehrheit und insbesondere die soz. und Komm. Kammerfraktion werden aufgefordert eine klare Stellungnahme gegen die Hitlerolympiade einzunehmen. Die Erklärung schliesst mit dem Bekenntnis zur Fortsetzung des konsequenten Kampfes gegen die Hitlerolympiade.

Wir begrüßen die Stellungnahme der Exekutive der Arbeitersportler, wenn wir uns auch nicht mit den vulgär-demokratischen Redensarten solidarisieren, in die der Protest eingepackt ist, und auf Grund dessen die Arbeitersportler von der gleichen Exekutive zur Beteiligung am 14. Juillet aufgefordert werden; Wir fordern auch unsererseits die Arbeiter auf die Arbeitersportler im Kampf gegen die Hitlerolympiade, für die Olympiade in Barcelona zu unterstützen.

Verantwortlich: EMILE HIRTZEL.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

N^o 29/III. Jahrgang.

Dritte Juliwoche 1936.

DIE ERKLÄRUNG SALENGROS U. DER MASSENAUFMARSCH VOM 14. JULI. oo

Die vom Innenministerium Salengros im Senat abgegebene Erklärung, dass die Regierung in Zukunft Betriebsbesetzungen verhindern werde, ist ein politisches Ereignis von entscheidender Bedeutung. Die Regierung Blum, die Regierung der Volksfront, ist als eine Regierung der Werktätigen und im Interesse der Werktätigen gepriesen worden. Und nun zeigt es sich, dass die bürgerlichen Parteien der Volksfront, die Radikalen in demselben Augenblick, wo die Regierung und die Bourgeoisie nicht mehr unter dem unmittelbaren Druck der ausserparlamentarischen Massenaktion stehen, von Blum und seinen Mitarbeitern die öffentliche Festlegung darauf verlangen, dass gegen die Arbeiter regiert werden solle, und dass sie diese Festlegung auch erreichen. Die bei den Wahlen geschlagenen Radikalsozialisten diktieren den Arbeiterparteien, die am Wahltag einen überwältigenden Sieg errungen hatten, ihren Willen. Das ist kein Zufall, sondern, wenn man so sagen darf, das Gesetz der Koalitionspolitik. Die Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie hat stets zur Folge gehabt, dass der kapitalistische Regierungspartner den mit ihm verbündeten Arbeiterparteien ihr Verhalten vorschrieb. Das ist auch heute in Frankreich der Fall.

Zur Koalitionspolitik gehört es auch, dass die Arbeiterparteien, die sich mit der Bourgeoisie verbündet haben, sich nur allzu gern von ihr vergewaltigen lassen. Denn wer mit der Bourgeoisie zusammengehen und mit ihr im Rahmen der Regierung des bürgerlichen Staates zusammenarbeiten will, der muss auf die kapitalistischen Interessen Rücksicht nehmen und bereit sein, die Bedürfnisse des proletarischen Klassenkampfes diesen Interessen zu opfern. So haben sich Blum und Salengros von den Radikalen küsserst willig zu ihrer Stellungnahme gegen die Betriebsbesetzungen pressen lassen. Nicht umsonst fiel die Erklärung Salengros zeitlich mit dem Apell Auriols, Anleihe zu zeichnen, zusammen. In der Tat besteht ein inniger Zusammenhang zwischen der Finanzpolitik der Regierung Blum, die eine Belastung der Reichen ablehnt und an das "Vertrauen" der Kapitalisten appelliert, und der Bereitschaft dieser Regierung, sich dieses "Vertrauen" durch den polizeilichen Schutz des kapitalistischen Eigentums zu erwerben.

Die KPF als Gefangene der Volksfrontpolitik.

Die KPF erweist sich jetzt als Gefangene ihrer Volksfrontpolitik, ihrer Bereitschaft, die Rolle einer Regierungspartei ohne Minister zu spielen. Während der Junibewegung erklärte Thorez noch in bezug auf die Betriebsbesetzungen, dass eine "neue Legalität" im Entstehen begriffen sei. Aber nach dem Vorstoss der Radikalen im Senat und der Erklärung Salengros tritt die KPF gegen die "neue Legalität" der Betriebsbesetzungen, gegen den Anspruch auf Anerkennung dieses neuen Mittels des proletarischen Klassenkampfes im Namen der alten "Legalität" des kapitalistischen Eigentums auf. Die KPF bringt der Haltung der radikalen Senatoren ihr "Verständnis" entgegen, sie deckt die Erklärung Salengros, sie hat zusammen mit den anderen Volksfrontparteien den Aufruf unterzeichnet, der diese Erklärung in der Sache verteidigt.

"Aufrechterhaltung des Bündnisses mit den Mittelschichten".

Die KPF begründet ihre Stellungnahme mit der Notwendigkeit, die Einheit der Volksfront und das Bündnis mit den Mittelschichten aufrechtzuerhalten. Sie weist daraufhin, dass die Faschisten und ihre grosskapitalistischen Drahtzie-

hor nur auf eine Spaltung in den Reihen der Volksfront lauern, um eine Regierung ans Ruder zu bringen, die von ihren Wünschen abhängig ist. Aber weshalb kann das Grosskapital, können die "200 Familien" und die Faschisten überhaupt solche Pläne hegen? Vor allem deshalb, weil die Volksfrontregierung ein Finanzprogramm entwickelt hat, das einen Kniefall vor den Goldschränken des Grosskapitals bedeutet u. das den 200 Familien das Gefühl gegeben hat, dass sie vor dieser Regierung keine Angst zu haben brauchen. Dann deswegen weil die Auflösung der Ligen sich als eine papierne Massnahme erweist, die die Faschisten keineswegs hindert, ihre Organisationen auszubauen, wie das die Gründung der neuen Parteien de la Rocques und Dorlots beweist. Schliesslich aber weiss das Grosskapital, dass es innerhalb der Volksfront direkte Vertreter seiner Interessen hat, nämlich die Radikalen. Es ist nicht wahr, dass das Grosskapital seine Ziele bloss ausserhalb der Volksfront durch die Faschisten und sonstigen Reaktionäre verfolgt. Es verfiucht seine Interessen auch innerhalb der Volksfront mit Hilfe der Radikalen, was durch das Auftreten der radikalen Senatoren ganz drastisch bewiesen wurde.

SFIO und KPF erklären jetzt, die Arbeiter müssten kurz treten, um die von den Radikalen zum Ausdruck gebrachten Interessen der "Mittelschichten" zu berücksichtigen. Aber es gibt Mittelschichten und Mittelschichten, und in der ganzen Beweisleitung, die jetzt vorgebracht wird, um gegen eine erneute Entfaltung der ausserparlamentarischen Bewegung der Arbeiter Stimmung zu machen, werden die Dinge absichtlich durcheinander geworfen. Die Arbeiter werden aufgefordert, Rücksicht auf die kleinen Unternehmer, auf die kleinen Kapitalisten und auf die kapitalistischen Grossbauern, die französischen Kulaken, zu nehmen; diese "Mittelschichten" sind es, die den Radikalen ans Herz gewachsen sind, aber hinter dem Widerstand dieser kleinen Kapitalisten gegen die Forderungen der Arbeiter und gegen die Anwendung der neuen Sozialgesetze steckt das Grosskapital, stecken die 200 Familien, denn trotz aller Volksfronttheorien gehören kleine und grosse Kapitalisten zu einer Klasse, zur Bourgeoisie, und beuten die Arbeiter gemeinsam aus. Wer die Interessen des kleinen kapitalistischen Ausbeuters berücksichtigen will, kann die Ausbeutung durch die grossen Räuber des Kapitalismus nicht wirksam bekämpfen, er wird vielmehr naturgemäß dazu getrieben, vor ihren Forderungen zu kapitulieren. Die Mittelschichten, an deren Bundesgenossenschaft die Arbeiter ein Interesse haben, das sind nicht die kleinen Kapitalisten, sondern die Kleinbauern, Handwerker, Kleinhändler, die nicht von der regelmässigen Ausbeutung fremder Arbeitskraft leben. Um aber die Bundesgenossenschaft dieser werktätigen, nichtausbeutenden, sondern ausgebeuteten Mittelschichten zu gewinnen, ist es keineswegs notwendig, ihren reaktionären Vorurteilen zu schmeicheln, vielmehr bedarf es dazu der Aufklärung dieser Schichten darüber, dass die Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes auch das Mittel ist, um ihre Interessen u. besonderen Forderungen zu vertreten.

"Einheit der Volksfront um jeden Preis".

Wenn die KPF jetzt für die Aufrechterhaltung der Einheit der Volksfront um jeden Preis eintritt, so ist dazu zu sagen, dass gerade diese ihre Politik dazu führen muss, dass in den Reihen der Werktätigen u. der Arbeiter Verwirrung u. Spaltung hineingetragen wird. In Spanien hat die Politik der Volksfront, die Politik der Aufrechterhaltung des Bündnisses mit der radikalen Bourgeoisie dazu geführt, dass innerhalb der Arbeiterbewegung der Gegensatz zwischen sozialistischen und kommunistischen Arbeitern einerseits und anarchistischen andererseits mit neuer Schärfe aufgeplatzt ist. Was bedeutet heute in Frankreich der Ruf nach der Einheit der Volksfront? Die Aufrechterhaltung der Einheit der Volksfront bedeutet nicht die Stärkung und den Ausbau der proletarischen Einheitsfront, des Bündnisses der Arbeiter und der werktätigen Mittelschichten, sondern muss die Kampffront der Werktätigen zersetzen. Die Radikalen sind, wie ihr Vorstoss im Senat zeigt, offene Gegner des proletarischen Klassenkampfes u. die Rücksichtnahme auf die Radikalen bedeutet Opferung von Arbeiterinteressen, sie führt dazu, dass die KPF nicht die Radikalen, nicht die Erklärung Salengros, nicht den Appell der Regierung Blum an den Polizeikommissar denunziert, sondern die Kampflust der Arbeiter, die Bestrebungen innerhalb des Proletariats, auf der in der Juni-Bewegung beschrittenen Bahn des ausserparlamentarischen Kampfes weiter zu gehen. In der

tol, nötigenfalls mit Gewalt, aus dem Betriebe entfernt werden. Diese Verfügung hat sofortige Rechtskraft."

Um der Anwendung von Gewalt zu entgehen, haben darauf die Arbeiter den Betrieb geräumt.

Es liegt an den Arbeitern, ihre Organisationen zu zwingen, dass von ihnen gestern noch als Ergebnis der Volksfront gepriesene Mittel der Betriebsbesetzung, zu legalisieren,

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die Bourgeoisie sieht klar:

"Das Experiment Blum muss durchgeführt werden."

=====
=====
=====
=====
=====
=====
=====
=====
=====
=====
=====

Wir haben an anderer Stelle die Rolle der Radikalen im Interesse der Bourgeoisie innerhalb der Volksfront aufgezeigt.

Der Vorstoss der Radikalen im Senat in der Frage der Betriebsbesetzungen und die damit in Erscheinung getretene Gefahr eines Regierungsturzes hat weit-sichtige Vertreter der bourgeoisen u. kapitalistischen Interessen veranlasst, vor einem frühzeitigen Sturz der Volksfrontregierung zu warnen.

So schreibt der "Els. Kurier" v. 11. Juli unter der Überschrift "Das Experiment Blum muss durchgeführt werden. Zu den Angriffen auf die Regierung. Eine ganz falsche Taktik" u. a. folgendes:

"Ein Regierungsturuz im jetzigen Momente wäre ein Ende in voller Konfusion. Die Volksfront-Parteien könnten und würden in Zukunft immer erklären: "Hättet ihr uns ruhig die Zeit am Ruder gelassen, um unsern Programm voll und ganz durchzuführen, dann wären wir nicht in dieser Situation, dann hätten wir vollen Erfolg gehabt. Dieser blieb nur aus, weil ihr uns vorzeitig gestürzt habt, ihr Gegner der Volksfront..."

"Die Volksfrontparteien hätten so eine leichte Ausrede und zudem noch ein sehr zugkräftiges Propagandeargument. Weite Kreise ihrer Führer sind heute schon von ihrem Misserfolg überzeugt und möchten von ihren Gegnern so schnell wie möglich gestürzt werden.

Der Kommunist Rametto hat in der Sitzung der Delegation der Linken...dem sozialistischen Minister einen Vorwurf daraus gemacht, dass er sich am Dienstag im Senat nicht stürzen liess und erklärt: "Es wäre besser gewesen, die Regierung wäre gestürzt." Rametto sieht hell...

Die Gegner der Volksfront sollen nicht durch undisziplinierte Angriffe sündigen. Das wäre grundfalsch...Machen wir nichts, als seine Anstrengungen hindern könnte. Wenn die Stunde der Abrechnung schlägt, werden wir umso stärker sein, um dem Volke zu zeigen, dass nach so und so viel Ländern auch in Frankreich der Sozialismus olendiglich Bankrott gemacht hat."

Was zeigt sich hier? Die Bourgeoisie rechnet mit den Radikalen in der Volksfront und in der Regierung. Füssend auf dem Volksfrontprogramm und gestützt auf seine Unzulänglichkeit, Halbheit und Zweideutigkeit operieren die Radikalen und werden -wie das in einer Koalition der Arbeiterparteien mit bourgeoison Parteien nicht anders möglich ist- jede wirklich durchgreifende Massnahme, geschweige denn sozialistische Massregeln, verhindern. Brechen trotzdem ausserparlamentarische Massenbewegungen aus, werden die Radikalen mittels der Volksfront alles tun, um sie zu kanalisieren, ihnen die Spitze abzubrechen; zugleich aber werden sie alles tun um zu verhindern, dass der weitreichend angelegten Gegenoffensive des Kapitals und der Faschisten wirksame und in das kapitalistische Eigentum eingreifende Massnahmen entgegengesetzt werden, wobei sie sich auf das Volksfrontprogramm berufen werden.

Da die Arbeiterparteien bereits im Falle des radikalen Vorstosses im Senat gezeigt haben, dass sie nicht willens sind, aus dem Verhalten der Radikalen die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, besteht daher die Gefahr, dass der Plan der Bourgeoisie, mit dem Scheitern der Koalitionspolitik gleichzeitig

den Sozialismus und Marxismus zu diskreditieren, gelingt.

Es ist die Sache aller wirklichen Marxisten, zu verhindern, dass das unter dem Namen Volksfront stehende Experiment der Koalitionspolitik nicht auf das Konto des Marxismus gesetzt werden kann. Die Pläne der Reaktion müssen durchkreuzt werden. Dies kann das Proletariat nur, wenn es seine Aktionen ohne Rücksicht auf die radikalen Partner der Volksfront durchführt.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Nach der Auflösung der faschistischen Ligen;

Sie feiern fröhlich ihre Wiederauferstehung,
=::=:

Im Volksfrontprogramm heisst es in Bezug auf die faschistischen Ligen:

"Effektive Entwaffnung und Auflösung der paramilitärischen Formationen und dies gemäss dem Gesetz."

Wir haben die volle Unzulänglichkeit dieser Formulierung wiederholt aufgezeigt und die ganze Zweideutigkeit des Gesetzes gegen die paramilitärischen Formationen enthüllt.

Deshalb haben wir an unserem an SFIO und KPF-Mitglieder gerichteten Briefe, nach vorgeschlagen:

"Auflösung aller (nicht nur der paramilitärischen) faschistischen Organisationen, Verhaftung ihrer Führer; Verbot ihrer Presse; Entlassung aller faschistischen Offiziere, Beamten und Richter ohne Pension; Schaffung eines antifaschistischen Massen selbstschutzes auf überparteilicher Grundlage."

Wie notwendig das ist, beweist jeder Tag auf's neue und die Gegner der Arbeiterklasse und Freunde der Faschisten machen sich heute bereits lustig über die Massnahmen der Volksfront gegen die faschistischen Ligen.

So meldete vor einigen Tagen die Havas-Agentur, dass die Croix de feu, nunmehr soziale Partei Frankreichs bekanntgegeben, dass sich ihr Büro dort und dort befindet.

Die "Humanité" regt sich mit Recht über solche Frechheit auf, aber solcher Frechheit ist nur durch die von uns vorgeschlagenen Massnahmen entgegenzutreten. Warum beantragt die KPF nicht in der Linksdelegation im Hinblick auf die zu Tage liegende Unzulänglichkeit der bisherigen Massnahmen, die von uns propagierten weitergehenden Massnahmen?

Die "FP" v. 15. Juli bringt im Fettdruck eine Anfrage an den Präfekten, in der sie mitteilt, dass die Croix de feu am 10. Juli im "Krokodil" in Strassbourg eine Versammlung abgehalten hat. Ein Anhänger des Front-populaire habe dies einem Polizisten gemeldet. Dieser aber fertigte denselben mit den Worten "Gehen Sie zu einem Kommissär" ab.

Die "FP" fragt im Anschluss an diese Mitteilung den Präfekten, welche Richtlinien er an die ihm unterstellte Polizei gegeben habe.

Wir sind mit der "FP" darin einig, dass alle faschistischen Nester, unter welchem Namen sie sich auch installieren, ausgeräuchert werden müssen. Aber wir lenken die Aufmerksamkeit der "FP" und der soz. Arbeiter auf eine gegerne Stimme, den "Elsässer" v. 15. Juli. Dort wird in einem Artikel "Nach den Flitterwochen der Volksfront", in dem die Auflösung der faschistischen Ligen vorurteilt wird, geschrieben:

"Die Massregeln gegen die Ligen müssen ohne Wirkung bleiben. Denn beim heutigen Stande der französischen Gesetze - und die Volksfront will es vermeiden, irgendwie die Legalität auch auf dem Papier zu verletzen, wie das faktisch durch die Besetzung der Fabriken geschehen ist, haben die aufgelösten Verbände jederzeit den Ausweg, sich entweder als politische Partei zu konstituieren oder sich in andere Vereinigungen umzuwandeln... Sie können - und das

ist in diesem Augenblick geschahen, ... sich als politische Partei konstituieren, Oberst de la Rocque steht nun an der Spitze einer mächtigen Partei und sein Prestige ist rasch wieder gestiegen."

Die "FP" bestätigt in der gleichen Nummer, in der sie ihre Anfrage an den Präfekten richtet, indirekt die Auffassung des "Elsässer's", in dem sie einen längeren Bericht über die am Sonntag, den 12. Juli im Wagramsal in Paris erfolgte Umwandlung der Croix de feu in die soziale Partei wiedergibt. Es ereignete sich unter Äußerungen des Colonel de la Rocque und unter den Augen des sozialistischen Innenministers vorstatten, Was für Instruktionen hat Salengre gegeben, damit ein solches Ereignis im Herzen von Paris in voller Öffentlichkeit und unter den Augen der Polizei vorstatten gehen konnte?

Genügt es, dass die Faschisten sich einen anderen Namen und andere Statuten geben, damit sie unter der Volksfrontregierung wieder fröhliche Auferstehung feiern und sich der Legalität erfreuen dürfen? Sind die sozialistischen u. kommunistischen Arbeiter, die am 14. Juli vor dem Vertreter der Regierung salutierten auch dieser Meinung?

Die Faschisten sind dort, wo sie an die Macht kommen, bekanntlich nicht so zimperlich und pfeiffen mit Respekt gesagt, auf die sogenannte Legalität. Wer glaubt, dass in diesem Punkte die französischen Faschisten nicht ihren Vorbildern nachahmen würden, ist ein hoffnungsloser Illusionist.

Sollen die französischen Arbeiter - so wie ihre deutschen Brüder - ein Opfer der Halbheit, Kurzsichtigkeit, der demokratischen Gutmütigkeit und der Legalitätsunsinnlichkeit ihrer Führer werden?

Für die Faschisten - mögen sie Bucard, de la Rocque oder Doriot heißen - darf es keine demokratischen Rechte geben. Deshalb müssen die Arbeiter und alle Antifaschisten ganze Massnahmen fordern und dafür kämpfen. Halbe Massnahmen können nur den Gegner reizen, ohne ihm zu schaden. Damit er der Arbeiterklasse nicht schadet, muss der Faschismus der Legalität beraubt, jeder legalen Betätigungsmöglichkeit entkleidet, müssen seine Führer hinter Schloss und Riegel und muss der Widerstand des Staatsapparates gegen diese Massnahmen durch die selbstständige Aktion der Massen gebrochen werden.

Deshalb unsere Forderungen. Mögen "Humanité" und "Freie Presse" dafür eintreten, statt in Hohlweisereien zu verfallen und mögen sie, da sie die Volksfront als das geeignete Instrument zur Zerstörung des Faschismus ausgehen, dafür eintreten, dass die Volksfront diese Massnahmen zur Anwendung bringt. Die Arbeiter aber mögen dafür sorgen, dass anstelle von wehmütigen Klagen und Siegesfeiern durchgreifende Massnahmen gegen den Faschismus zur Anwendung gebracht werden (durch die Arbeiterorganisationen), denn am Ende haben sie die Zeche mitzu zahlen für alle Halbheiten zu bezahlen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Was sagen die Arbeitersportler nun?

Die Volksfront bewilligt die Mittel für die Hitlerolympiade.

Wir berichteten in der vorigen Nummer von dem Protest der Exekutiv der Arbeitersportler gegen die Bewilligung von 1 Million für die Hitlerolympiade durch die Volksfrontregierung. Inzwischen hat die Kammer dieser Kreditbewilligung gegen 1 Stimme bei Stimmenthaltung der Kommunisten zugestimmt.

Die Volksfront hat also die Arbeitersportler in ihrem Kampfe gegen die Hitlerolympiade nicht nur nicht im Stich gelassen, sondern sie ist den Arbeitersportlern bei diesem Kampfe in den Rücken gefallen.

Wir erinnern hier an die kategorischen Erklärungen des Vertreters der SFIO, Naegelen, in der Protestversammlung der Arbeitersportler gegen die Hitlerolympiade in der "Marseille" vor der Bildung der Volksfrontregierung. Seit der Etablierung der Volksfrontregierung ist hier eine 100 %ige Wendung eingetreten. Damals hiess es, wenn die Volksfront siegt, dann... und heute heisst es; im Interesse der Erhaltung der Volksfront mit den Radikalen musste man die Kre-

dite für die Hitlerolympiade bewilligen. Was gestern als ein Mittel gegen die Hitlerolympiade und als der entscheidende Schritt zur Verwirklichung der Losung "Keinen Mann und keinen Centimes für die Hitlerolympiade" gepriesen wurde, ist heute, nach der Etablierung der Volksfrontmehrheit und Regierung, zu einem Mittel für die Bewilligung des Kredits für die Hitlerolympiade geworden.

Die Exekutive der FSGT hat mit Recht betont, dass die Frage der Kreditbewilligung für die Arbeitersportler keine Handelsfrage sein kann, sondern eine solche des Prinzips und um einen Teil des allgemeinen Kampfes gegen den Faschismus.

Es liegt an den Arbeitersportlern zu entscheiden, ob sie ihre Prinzipien dem Bündnis mit den Radikalen opfern wollen. Es liegt an ihnen kund zu tun, dass sie mit dieser Politik nicht einverstanden sind.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Über die innerparteiliche Demokratie in der KPF:

DIE PROBE AUF'S EXEMPEL.

oooooooooooooooooooooooooooo

Im Zusammenhang mit der Frage der Wiedervereinigung der IVKO mit der KI, die im Anschluss an den VII. Weltkongress der Komm. Internationale aufgeworfen wurde, wurde von den offiziellen KP-Instanzen erklärt, dass nunmehr die innerparteiliche Demokratie in der KP gesichert sei und daher die IVKO ihre politischen Ansichten in der KP vertreten könne.

Einige Kameraden traten damals gegen die Leitung der IVKO mit der Beschuldigung auf, dass diese aus rein persönlichen Gründen - da sachliche politische angeleglich nicht mehr gegeben seien - die Wiedervereinigung mit der KP sabotiere, zumal die innerparteiliche Demokratie durch die Beschlüsse des VII. Weltkongresses der KI und durch besondere mündliche u. schriftliche Erklärungen des Kam. Thorez zugesichert sei.

Die Organisationen der IVKO haben damals erklärt, dass das entscheidende Kriterium für die Verwirklichung der innerparteilichen Demokratie die Verhandlungsbereitschaft der KI mit der IVKO auf der Basis ihres Briefes sei.

Den wenigen Kameraden, die anscheinend die Manöver der Parteiinstanzen für bare Münze nahmen, empfahlen wir damals die Probe aufs Exempel zu machen, d. h. in die Partei zu gehen und dort die von ihnen als richtig bezeichnete Politik der IVKO zu vertreten. Die Kameraden haben diese Probe aufs Exempel erst gar nicht gemacht, sie haben es vorgezogen kopfüber in den Sumpf des Opportunismus zu landen. Diesem Umstand verdanken sie die Aufrechterhaltung ihrer Parteimitgliedschaft.

Andererseits aber ergreift es denen, die sich dem opportunistischen Strom widersetzen, ein typisches Beispiel dafür ist der Fall des Mitgliedes des ZK der KPF Ferat.

Die "Humanité" v. 9. Juli veröffentlicht einen Beschluss der Zentralleitung v. 13. Juni, durch den das ZK-Mitglied Ferat aus dem ZK ausgestossen, sämtlicher Funktionen enthoben und erklärt wird, dass die Meinungen Ferats "auf der Trotzlisten-Plattform fassen und ihre Verbreitung oder Verteidigung unvereinbar ist mit der Zugehörigkeit zur Partei."

Welches sind nun diese mit der Zugehörigkeit zur Partei nicht zu vereinbarenden Meinungen?

Das ZK beschuldigt in seinem Beschluss F. folgender Verfehlungen:

F. habe eine parteifeindliche Auffassung entwickelt, bei der deutschen Frage, bei der Erklärung des Kam. Stalin, wie dieser seiner Zeit Laval in Moskau in der Frage der französischen Landesverteidigung machte, bei der Abstimmung über das Gesetz gegen die Ligen, bei der Erörterung der auswärtigen Politik im Dez. 1935, bei der Stellungnahme F. gegenüber der Regierung Blum, in der Oppositionsstellung in den Streikfragen.

Am Schluss wird erklärt, dass die Opposition Ferats in den erwähnten Fragen seine Gognerschaft gegen die Taktik der Volksfront bewedso, was vom ZK als un-

vereinbar mit der Zugehörigkeit zur Partei bezeichnet wird, was die Haltung F. mit dem Trotzkiismus zu tun hat, bleibt das Geheimnis des ZK, denn das typische am Trotzkiismus, wodurch er sich von allen taktischen Richtungen im Kommunismus unterscheidet, ist seine feindliche Einstellung zur Sowjetunion, zur Politik der Komm. Partei der Sowjetunion in den innerrussischen Fragen und zur KI. Das ZK kann in diesen entscheidenden Punkten F. keiner trotzkistischen Auffassung beschuldigen. Die Erklärung, dass F. gegen die Taktik der Volksfront, also gegen die Bündnispolitik mit den Radikalen ist, kann selbst von den geübtesten Gesinnungskritikern nicht als ein Bruch mit den komm. Grundsätzen ausgelegt werden.

Ferats erläutert seine Stellungnahme. Er schreibt in einem an das Sekretariat des ZK der KPF gerichteten Brief u. a.:

"Es ist unrichtig, dass ich der Volksfront gegenüber feindlich eingestellt bin. Aber es gibt zwei Arten, die Taktik der Einheitsfront zu verstehen: die eine, die die Einheit der Nation überschwinglich lobt und die zur Union sacrée führt, und die der Streikenden vom Juni, die in ihrem Klassenkampf die Einheit aller Arbeiter mit geringen Mitteln realisiert haben. Von der letzteren bin ich Anhänger.

Ich habe Reserven gemacht hinsichtlich der Vertrauensabstimmung... in der Frage der Auflösung der Ligen weil dieses Gesetz ungenügend ist, um die Ligen wirklich aufzulösen und der Bourgeoisie erlaubt, jede rev. Organisation zu treffen, die sich vornimmt, das politische Regime zu ändern und die einen Angriff auf die Integrität französischen Bodens unternimmt.

Ich habe die Billigung der chauvinistischen Rede v. Sarraut u. die Enthaltung unserer Fraktion bei der Abstimmung über die Rüstungskredite... vorurteilt, da man nicht gegen Hitler kämpfen kann, indem man sich mit dem eigenen Imperialismus solidarisiert.

Ich habe die Antwort v. Vaillant-Couturier, die er dem General Castelnau gegeben hat, vorurteilt, weil sie die Union sacrée v. 14 bis 18 verherrlicht, weil ich ein Gegner der Union sacrée bin.

Ich bin der Meinung, dass die Regierung Blum den Arbeitern keine günstigen Reformen gewähren kann, als in dem Masse, wo sie selbst gestützt und kontrolliert wird durch die direkte und unabhängige Aktion der Massen selbst. Die schnelle Abstimmung über die sozialen Gesetze... ist dafür der beste Beweis. Die Partei des Proletariats muss unabhängig bleiben u. darf sich daher nicht durch eine Unterstützung ohne jede Einschränkung binden.

Ich habe den Accord Matignon als ein ungenügendes Resultat betrachtet, da er, als die Streikwelle ihren Höhepunkt erreicht hatte, ein Kompromiss zugestand, das der Aktion der Massen Mügel anlegte, glücklicherweise haben die Letzteren unter Missachtung u. Missbilligung der Unterschrift dieses Vertrages sehr bald bessere Resultate erzielt. Aus demselben Grunde habe ich das Ordnungswort v. Thorez missbilligt: "Man muss einen Streik zu beendigen wissen", im Augenblick, wo der Kampf für die Arbeiterklasse günstig war."

Kein Mensch wird aus dieser Stellungnahme Ferats einen Bruch mit den kommunistischen Grundsätzen konstruieren können. Die Kritik F. an der Parteilinie ist im Gegenteil vom Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung dieser Grundsätze inspiriert.

Wenn das ZK erklärt, die Vertretung oder Verteidigung der Ferat'schen Ansichten ist mit der Zugehörigkeit zur Partei unvereinbar, so bedeutet dies, dass die innerparteiliche Demokratie in der Partei eine hohle Phrase ist und dass in Wahrheit für eine kommunistische Kritik in der Partei kein Raum gelassen ist. Damit ist der schlüssige Beweis erbracht, dass der Kampf um die richtige kommunistische Politik heute wie ehemals nur als organisierte taktische Richtung aussserhalb der Partei möglich ist. Alles andere ist armseliges Geklunker.

Kleinigkeiten:

Am 14. Juli bohrte auch der Unterstaatssekretär de Tossan (Radikaler) das Volkfest auf dem Stade l'Avenir. Er hielt dort eine Rede, in der er die Arbeiter zur Zeichnung der Volksanleihe animierte. Ja die Regierung die Belastung der Reichen durch eine Vermögensabgabe abnimmt hat. Desweiteren warnte er die Arbeiter vor dem Kampf Klasse gegen Klasse und warnte sie vor den schlechten Hirten, die sie zum Klassenkampf animieren wollen.

Der Streik im Brouschthal ist noch nicht beendet. Die Unternehmer tun alles um die Arbeiter auszuhungern. Daher tut Solidarität not.

Vorantwörtlich: EMILE HIRTZEL.

beint wöchentlich

Bezugspreis Monat Frs 2.-
Einzelheft 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Composition Elsass (Section der IVK)

N^o 30/III. Jahrgang.

Vierte Juliwoche 1936.

DER FASCHISTENPUTSCH IN SPANIEN. oo

In Spanien sind im Augenblick noch schwere Kämpfe im Gange. Die Nachrichten, die aus Spanien kommen, sind äusserst lückenhaft. Es steht jedoch fest, dass die reaktionären Putschisten auf den entschlossenen Widerstand der spanischen Arbeiterklasse gestossen sind, und es ist zu hoffen, dass es den Arbeitern gelingen wird, den faschistischen Staatsstreichversuch zum Scheitern zu bringen.

Wegen des Mangels an Nachrichten ist es zur Zeit unmöglich, die Ereignisse in Spanien in erschöpfender Weise zu behandeln. Aber es ist heute schon möglich, die Voraussetzungen und den Verlauf der neuesten Phase der Klassenkämpfe in Spanien in ihren allgemeinen Zügen zu behandeln. Das ist insbesondere aus dem Grunde notwendig, weil die sogenannte Volksfrontpolitik in Spanien weiter geführt worden ist als in anderen Ländern.

Wie konnte es zum fasch. Staatsstreich kommen?

Die Frage, die sich jetzt jeder Arbeiter angesichts des reaktionären Putschversuchs in Spanien stellen muss, lautet: Wie kommt es, dass die Faschisten wenige Monate nach dem grossen Wahlsieg der Volksfront wieder so frech sind und sich von neuem so stark fühlen, dass sie den Versuch wagen konnten, die Macht an sich zu reißen? Von den Befürwortern der Volksfrontpolitik wird behauptet, dass diese Politik die allein richtige und wirksame Methode sei, den Faschismus zu bekämpfen und zurückzuwerfen. Als die von den Volksfrontparteien unterstützte linksbürgerliche Regierung in Spanien ans Ruder kam, war dort die Lage so, dass die Faschisten und sonstigen Reaktionäre sich angesichts der Kampfslinien der Arbeiter und Bauern in die Mauselöcher verkrochen. Nachdem aber einige Monate im Sinne der Volksfront registriert worden ist, glauben die Faschisten, dass ihre Zeit wieder gekommen sei. Die Volksfrontpolitik hat sich also in Spanien keineswegs als ein Mittel zur Schwächung des Faschismus erwiesen. Im Gegenteil, es hat sich gezeigt, dass die Politik der Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen mit der Bourgeoisie auch dann, wenn sie unter der Firma der Volksfront betrieben wird, den Faschismus stärkt und ermuntert.

In der Basler "Rundschau" hat ein Redakteur der Pariser "Humanité" Paul Nizan von kurzem Reiseberichte über Spanien veröffentlicht, die, was die tatsächliche Schilderung der spanischen Zustände anbelangt, eine einzige Anklage gegen die natürlich auch von Nizan befürwortete Volksfrontpolitik waren. Nizan brachte ausgiebiges Material, aus dem hervorging, dass der Staatsapparat der spanischen Republik und insbesondere die spanische Armee ein einziges Nest faschistischer Intrigen und Verschwörungen bildeten. Der gegenwärtige Putsch zeigt, dass Nizan die Lage in der spanischen Armee ganz richtig beschrieben hatte. Aber dass die Faschisten die Armee als ein Mittel zur Vorbereitung und Durchführung ihrer Staatsstreichpläne benutzen konnten, das lag an der, wie gesagt, auch von Nizan verteidigten Volksfrontpolitik. Diese Politik empfiehlt bekanntlich die "Republikanisierung" und "Demokratisierung" des bürgerlichen Heeres als Mittel, ~~xxxxxxxxxxx~~ um den Einfluss des Faschismus in der Armee zu brechen. Die "Republikanisierung" der Armee ist in Spanien ebensowenig zustande gekommen wie a. Zt. in Deutschland die von der Sozialdemokratie befürwortete "Republikanisierung" der Reichswehr. Nur wenige faschistische Offiziere wurden entlassen; die Strafversetzung von faschistischen Generalen u. Offizieren nach den Kolonien spielte

diesem nur in die Hände, denn auf diese Weise wurde z. B. in Marokko eine ausgesuchte Elite von Organisatoren eines reaktionären Putsches konzentriert; diejenigen Offiziere, die an die Stelle der entlassenen oder versetzten, allzu kompromittierten Faschisten traten, erwiesen sich bei Tage boschen als "Republikaner" sehr zweifelhafter Art: so hat in Barcelona der Nachfolger des berichtigten Generals Batet, der General Godod den gegenwärtigen Putsch mitgemacht. Die Ereignisse in Spanien zeigen von neuem, dass die Arbeiterschaft, wenn sie für die Entlassung faschistischer Offiziere und Beamten eintritt, sich nicht der Illusion hingeben darf, als sei es möglich, den bürgerlichen Staatsapparat in ein Mittel des Kampfes gegen den Faschismus zu verwandeln, sondern dass sie dabei das Ziel der Zerschlagung dieses Apparates vor Augen haben muss. Im Rahmen der Volksfrontpolitik aber ist es natürlich nicht möglich, auf die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates hinzuwirken, der überall dort, wo eine faschistische Bewegung existiert, mit dieser sympathisiert. Die Volksfrontpolitik, die Politik der Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat der Bourgeoisie, und ihre praktische Wirkung ist, dass jede entschlossene Massnahme gegen die faschistischen Verschwörer in der Armee und im Beamtentum unterbleibt.

Die Wirkung der Volksfront auf die Arbeiterbewegung.

Die Volksfrontpolitik hatte in Spanien ferner dazu geführt, dass der Kampf um die sozialen Forderungen der Arbeiter u. Bauern gehemmt wurde. Statt die Agrarrevolution, statt den Kampf der Bauern für die Enteignung und Verteilung der Ländereien der Grossgrundbesitzer zu organisieren, konzentrierten die Führer der Sozialisten u. Kommunisten ihre Anstrengungen darauf, die Bauern zu veranlassen, sich mit der kümmerlichen Agrarreform der linksbürgerlichen Regierung zufrieden zu geben. Ebenso versuchten die soz. und komm. Führer, die Streikbewegungen der Arbeiter einzudämmen. Die Folge war, dass dank der Volksfrontpolitik, der Politik der Einheit mit der republikanischen Bourgeoisie, in den Reihen der Arbeiterklasse Spaltung und Zersetzung hineingetragen wurde, dass der Gegensatz zwischen sozialistischen u. kommunistischen Arbeitern einerseits und anarchistischen Arbeitern andererseits sich verschärfte und zu Bruterkämpfen unter Proletariern führte. Das Bestreben der Regierung und der Volksfrontparteien, den ausserparlamentarischen Kampf der Arbeiter einzudämmen, die Arbeiter von der Strasse wegzubringen, ermunterte die Faschisten natürlich dazu, selber auf die Strasse zu gehen und schliesslich ihren Putsch zu wagen. Die Generäle glaubten umso eher losschlagen zu können, als der sogenannte Alarmzustand, eine Art Belagerungszustand, auch nach den Wahlen keinen Tag aufgehoben war. Dieser Alarmzustand wurde angeblich zum Kampfe gegen die Faschisten aufrechterhalten, in Wirklichkeit aber richtete sich z. B. die Zensur vornehmlich gegen die ~~Fakultäten~~ Arbeiterpresse. Es ist klar, dass das Bestehen des Alarmzustandes die Putschisten, die eine Militärdiktatur einsetzen wollten, direkt ermutigte.

Die republikanische Bourgeoisie u. der Putsch.

Man wird uns vielleicht einwerfen, dass die Volksfrontpolitik, auch wenn sie bisher gegenüber dem Faschismus versagt habe, nun nach dem Faschistenputsch einen anderen Charakter angenommen habe und den entschlossenen u. einheitlichen Kampf der linksbürgerlichen Regierung und der Arbeiterklasse gegen die reaktionären Meuterer bedeute. Eine solche Auffassung aber wäre ganz oberflächlich und falsch. Auch die spärlichen Nachrichten, über die wir verfügen, zeigen, dass mit der Zuspitzung des Klassenkampfes in Spanien auch der Gegensatz zwischen den Arbeitern und Bauern einerseits und der Bourgeoisie andererseits klar zu Tage tritt und dass die Widersprüche der Volksfrontpolitik gerade jetzt auf die Spitze getrieben werden. Das Verhalten der republikanischen Bourgeoisie und das Verhalten der Arbeiter gegenüber dem Faschistenputsch waren keineswegs gleicher Art. Die republikanische Bourgeoisie versuchte zunächst, zu einem Kompromiss mit den Putschisten und den reaktionären Kräften, die hinter ihnen standen, zu kommen. Die Regierung Casares Quiroga trat zurück und der Kammerpräsident Martinez Barrio versuchte, ein Ministerium zu bilden, das eine Schwenkung nach rechts bedeutete. Martinez Barrio wollte einige bürgerliche Republikaner in die Regierung nehmen, die nicht der Volksfront angehörten. Ein Ministerium Martinez Barrio wäre, wenn es zustandegewonnen wäre, nicht mehr an das Programm der Volksfront gebunden gewesen, es hätte bedeutet, dass die bürgerlichen Republikaner die Verbindungen zu den Arbeiterparteien lockerten, um Brücken zur Reaktion zu schlagen. Die bürgerlichen Republikaner wollten also den faschistischen Meuterern entgegenkommen. Dass

das Kabinett Martinez Barrio nicht zustandokam, und eine Regierung Giral gebildet wurde, die sich zur Volksfront bekennt, lag daran, dass die Absichten der bürgerlichen Republikaner, ein faules Kompromiss mit den Faschisten zu schließen, durch zwei Dinge vereitelt wurde; erstens durch den Umstand, dass die Faschisten sich nicht auf ein solches Kompromiss einlassen wollten, zweitens und vor allem dadurch, dass die spanischen Arbeiter keineswegs bereit waren, vor den Faschisten zu kapitulieren, sondern einheitlich u. geschlossen in Aktion traten und sich überall, wo sie die Möglichkeit dazu hatten, bewaffneten. Sowohl sozialistische u. kommunistische, wie auch anarchistische Arbeiter kämpfen vereint gegen die Faschisten, was ein neuer Beweis dafür ist, dass, wenn die Politik des Zurückweichens vor der Reaktion die Arbeiterklasse spaltet, der Kampf gegen die Feinde des Proletariats das Mittel ist, um die Einheitsfront der Werktätigen zu schaffen und auszubauen. Der spanischen Regierung blieb nichts anderes übrig, als die Bewaffnung der Arbeiter zu legalisieren.

Die Arbeiterbewegung und der Kampf gegen den Faschismus.

Wenn heute die Führer der spanischen Sozialisten u. Kommunisten die Arbeiter dazu auffordern, an der Volksfront festzuhalten u. sich hinter die bürgerlich-republikanische ~~Burgess~~ Regierung zu stellen, so entspricht das nicht den tatsächlichen Bedürfnissen des Klassenkampfes der spanischen Werktätigen. Richtig wäre gewesen, den Arbeitern, so wie Lenin das während des Kornilowputsches tat, zu sagen, dass sie gegen die reaktionären Putschisten zu den Waffen greifen sollen, aber nicht im Namen der Erhaltung der bürgerlich-republikanischen Regierung, die durch ihr Verhalten an dem Ausbruch der faschistischen Meuterei mitschuldig ist, sondern im Namen ihrer eignen Klassenziele. In der Tat, die bürgerlichen Republikaner haben gezeigt, dass sie faule Kunden sind, und das ihnen ein faules Kompromiss mit den Faschisten durchaus erwünscht wäre. Dazu kommt, dass die Arbeiter u. Bauern die zentrale Kraft des Widerstandes gegen den Faschistenputsch sind. Die Armee steht auf Seiten der Putschisten, dort, wo das nicht der Fall ist, ist das zumeist darauf zurückzuführen, dass die Soldaten gegen ihre faschistischen Vorgesetzten gemoutert haben. Was die Polizei anbelangt, so zeigen die wiederholten Appelle der Regierung an ihre "republikanische Loyalität", dass diese Loyalität offenbar keineswegs hundertprozentig ist. Überhaupt scheint sich der Beamtenapparat der spanischen Republik sehr fragwürdig zu verhalten. An den französischen Grenzorten melden sich hohe republikanische Würdenträger, Provinzgouverneure usw., die davongelaufen sind, während die Arbeiter heldenmütig gegen die faschistischen Banditen kämpfen. Die spanischen Arbeiter beginnen aber von sich aus, trotz dem regierungstreuen Appellen ihrer Führer die richtigen Konsequenzen aus dem Verhalten der Regierung und ihres Staatsapparates zu ziehen. Nach einer Meldung eines Berichterstatters des Pariser "Populaire", der trotz der Grenzsperrre nach Spanien gelangt ist, sind in allen Orten Kataloniens (ausserhalb von Barcelona) die lokalen Behörden von den Arbeitern abgesetzt und durch revolutionäre Komitees, d. h. durch Klassenorgane, die die Rolle von Sowjets spielen, ersetzt worden.

Die Ereignisse in Spanien beweisen, dass die von der Kommunistischen Internationale vertretene Auffassung, gegenwärtig habe die Arbeiterklasse nur zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie zu wählen, nicht richtig ist. Spanien zeigt, dass die historische Alternative des proletarischen Klassenkampfes heute lautet: entweder Faschismus oder aber Entfaltung des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie, Bewaffnung der Arbeiter, Schaffung von Sowjets, Zerschlagung der bürgerlichen Staatsapparates und d. h. folgerichtig Aufrichtung der Sowjetmacht.

Wenn der Putschversuch der spanischen Faschisten niedergeworfen ist, dann wird in Spanien die Frage zur Entscheidung stehen, ob die bewaffneten Arbeiter u. Bauern die Macht übernehmen und die geschlagene Reaktion ausrotten, oder ob die republikanische Bourgeoisie die Arbeiter entwaffnet, was zugleich bedeuten würde, dass die Faschisten eine Atempause zur erneuten Sammlung ihrer Kräfte erhalten. Die spanischen Arbeiter stehen vor der Frage, ob sie den Weg beschreiten wollen, den die russischen Arbeiter 1917 nach der Niederschlagung des Kornilowputsches unter der Führung der Bolschewiki gegangen sind, oder ob sie sich, wie die deutschen Arbeiter nach dem Sieg über den Kappputsch im Jahre 1920 im Namen der bürgerlichen Republik um die Früchte ihres Kampfes bringen lassen sollen. Eine Fortsetzung der Volksfrontpolitik

nach der Niederschlagung des faschistischen Staatsstreichversuchs müsste zur Entwaffnung der Arbeiter führen, denn die Herrschaft der Bourgeoisie ist mit der Bewaffnung der Arbeiter als Klasse auf die Dauer unvereinbar, wie alle geschichtlichen Beispiele zeigen und die Volksfrontpolitik ist ja nichts anderes als die Verpflichtung der Arbeiterparteien auf die Erhaltung der bürgerlichen Demokratie.

Die spanischen Ereignisse sind eine ausgesprochene Verurteilung der Volksfrontpolitik.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Zur innerpolitischen Lage:

DIE NATIONALISIERUNG DER RÜSTUNGSINDUSTRIE.
oo

Im Zentralorgan der SFIO, dem "Populaire" stellt Sévérac fest, dass die jetzt von der Kammer beschlossene Nationalisierung der Rüstungsindustrie keineswegs als eine sozialistische Massnahme bezeichnet werden dürfe. Es handelt sich bei diesem Gesetz in der Tat um einen Schritt auf der Bahn des Staatskapitalismus und nichts anderes.

Es ist übrigens eine Übertreibung jetzt von einer Nationalisierung der Rüstungsindustrie zu sprechen. Das von der Kammer beschlossene Gesetz trifft nur die reine Waffenfabrikation. Zur Rüstungsindustrie gehören aber nicht nur die Waffenwerkstätten; im Kriegsfall arbeitet heute die gesamte Industrie für Zwecke der Kriegsführung und auch im Frieden gehören z. B. die Motorenfabriken, die chemischen Betriebe usw. zur Rüstungsindustrie. Da gerade die grösseren Rüstungsbetriebe nicht nur Waffen produzieren, aber nur die reine Waffenfabrikation nationalisiert werden soll, wird bei Schneider-Creusot u. ähnlichen Firmen die "Nationalisierung" darauf hinauslaufen, dass der Staat diesen Herrschaften entweder für teures Geld ein paar Werkstätten abkauft, in denen die in anderen Abteilungen dieser Konzerne angefertigten Kanonentheile usw. zusammengestellt werden, oder sich in einer anderen Weise an diesen Firmen finanziell beteiligt. Auf jeden Fall bedeutet die Nationalisierung, dass die Rüstungsfabrikanten eine tüchtige Summe vom Staat erhalten, die von den werktätigen Steuerzahlern aufgebracht werden muss. Die Entschädigung, die der Staat im Falle der (ganzen oder teilweisen) Enteignung von Waffenfabriken zahlen wird, soll die Aktienkurse und Dividenden der letzten Jahre berücksichtigen, d. h. die Herren Kanonenfabrikanten sollen umso mehr Geld vom Staate erhalten, je mehr sie schon bisher die Staatskasse geschröpft hatten, um sich die Taschen zu füllen. Die Reichen sollen also nicht nur nicht zahlen, sondern noch etwas zugezahlt bekommen!

Dafür macht die Presse der KPF Propaganda, damit jetzt die Armen, die Arbeiter und ihre Organisationen, die Auriolsche Anleihe zeichnen, statt dafür zu sorgen, dass den Kapitalisten an den Kragen und an das Portemonnaie gegangen wird.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Zwei Reden Léon Blums:

FÜR VOLKSANLEIHE UND GEGEN BETRIEBSEHSETZUNG.
oo

Am 14. Juli hat Léon Blum vor den Massen der Volksfront in Paris eine Rede gehalten, in der er die Massen vor der Ungeduld und Überstürzung warnte. Er erklärte, "dass die Formen, welche den Arbeiterforderungen verliehen werden, ernsthafte Risiken" enthalten, "da sie zur Wirkung haben, im Land ein Missbehagen und einen Alarmzustand zu schaffen und aufrechtzuerhalten." Léon Blum setzte hinzu, dass "hierdurch nicht nur der Endsieg des bereits begonnenen Werkes gefährdet würde, dass nur in Frieden und Eintracht fortgesetzt und zu Ende geführt werden könne, sondern man würde dadurch die Arbeit der Regierung hemmen und sogar unmöglich gestalten..." "Und man würde vor allem nicht verfehlen, im Lande eine erste Zersetzung der Volksfront herbeizuführen, d. h. man würde den Weg erneut der besiegten Reaktion öffnen, die nur auf die Gelegenheit wartet, um sich ihre Revanche nehmen zu können".

Léon Blum scheute sich zwar die vom ihm denunzierten Formen des Kampfes der Arbeiter beim Namen zu nennen. Wir verstehen die Gründe dieser Diplomatie.

aber jeder hellhörige Arbeiter weiss, dass L. Blum jene Formen des proletarischen Kampfes meinte, in denen sich die erfolgreiche Junibewegung des französischen Proletariats vollzog.

L. Blum forderte von den Arbeitern nicht mehr und nicht weniger, als den Verzicht auf ihre eigne und selbstständige Klassenaktion. Die Arbeiter sollen ihren Kampf für ihre Klasseninteressen aufgeben, damit das Bündnis mit der republikanischen Bourgeoisie erhalten bleibe. Das ist der ganze Sinn der Blum'schen Polemik. Die jetzt von der Volksfront ~~herumgereichte~~ Erklärung, dass die selbstständige Aktion der Arbeiter für ihre sozialen Forderungen das Kampfbündnis der Arbeiterklasse mit dem werktätigen Mittelstand gefährdet, ist nichts als eine leere Behauptung. In Wahrheit wurden durch die Junibewegung der Arbeiter nur die kapitalistischen Interessen bedroht, nicht aber die Interessen ~~ander~~ kleinbürgerlichen u. kleinbäuerlichen Schichten. Denn die Schichten des werktätigen Mittelstandes (die keine ständigen Arbeitskräfte ausbeuten) wurden in keinem Punkte durch die Aktion der Arbeiterklasse bedroht. Der Standpunkt L. Blums mag zwar der Erhaltung des Bündnisses mit den parlamentarischen Vertretern der radikalen Bourgeoisie günstig sein, aber zu einer Vermehrung der ausserparlamentarischen Kampfkraft der Arbeiterklasse gegenüber dem Faschismus führt das nicht. Gerade die von L. Blum kritisierten Kampfmethoden der Arbeiter haben bisher in der Gefolgschaft der Reaktion marschierende Massen mit dem frohgeschrittonsten Teile des Proletariats verbündet, haben Massen, die sich gestern noch aus mangelndem Klassenbewusstsein von der Reaktion missbrauchen liessen, zu wertvollen Kampfgefährten der soz. und kommunistischen Arbeiter gemacht. Das gewaltige Anschwellen der CGT demonstriert auf das eindringlichste, dass sich die Kräfte der Arbeiterklasse durch die jetzt verpönten Formen des Kampfes der Arbeiter vervielfacht haben.

Was nützt, ist nicht der Verzicht auf die selbstständige Klassenaktion der Arbeiter, wie sie in der Junibewegung zum Ausdruck kam, sondern ihre Ausdehnung und Erweiterung auf die Schichten des werktätigen Mittelstandes; Dazu gehört die Propaganda solcher Forderungen, die diese Schichten zu den Grossbauern und den Kapitalisten in Gegensatz bringt, denen sie heute noch zu einem Teile folgen. Dazu gehört, dass man sich durch das Gebrüll der Schlumberger, Andlau usw. nicht ins Bockshorn jagen lässt und entschlossen für die Regelung der Löhne und der Arbeitszeit der Landarbeiter durch Kollektivverträge mit den Landarbeitersyndikaten kämpft. Dazu ist notwendig, dass man für die Befreiung der Kleingewerbetreibenden und Bauern, die keine ständigen Arbeitskräfte ausser ihren Familienmitglieder beschäftigen, von allen Steuern und Abgaben eintritt, dass man die Streichung ihrer Schulden an Banken, Grosshandel und Grossindustrie fordert und für den direkten Austausch der landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Kleinbauern zur Wahrnehmung der Interessen der kleintäuerlichen Erzeuger und der Konsumenten eintritt.

Wenn die Arbeiterklasse sich dieser Aufgabe widmet und auf dieser Grundlage ein direktes Bündnis mit den Schichten des werktätigen Mittelstandes herstellt, wird daraus eine Vermehrung der Kraft der Arbeiterklasse und eine weitere Schwächung der Kraft der Reaktion folgen.

"Die Reichen sollen zahlen".

Die Polemik L. Blums gegen die Junibewegung der Arbeiter steht im engsten Zusammenhang mit der Finanzpolitik der Regierung. Nachdem die Regierung die Erhebung einer Vermögensabgabe abgelehnt hat und den Weg der Anleihe beschritten hat, muss sie sich das Vertrauen der Kapitalisten erwerben. Dieses Vertrauen aber wurde durch die Aktion der Arbeiter gestört. Die Blum'sche Polemik gegen die "Kampfmethoden" der Arbeiter verfolgt also den Zweck die Kapitalisten günstig zu stimmen und sie zur Anleihezeichnung zu animieren. Trotzdem ist es äusserst fraglich ob die Kapitalisten trotz all dieser Bemühungen der Regierung das nötige Geld leihen. Und so appelliert denn L. Blum mit Unterstützung der Volksfrontorganisationen an die Massen der Volksfront der Regierung finanziell zur Hilfe zu kommen.

So sagt L. Blum in seiner Rundfunkrede, wenige Tage nach dem 14. Juli:

"Um diese Lage zu bessern und um unser Programm durchzuführen, sind wir berechtigt, an euere Mitwirkung zu appellieren. Ihr könnt uns diese Mitwirkung

nicht versagen, ohne sozusagen das uns Übertragene Mandat zu widerrufen. Ihr könnt uns nicht mit einer Aufgabe betrauen und uns gleichzeitig die Mittel für ihre Durchführung verweigern.³

An einer anderen Stelle seiner Rede sagt L. Blum:

"Der Erfolg der Anleihe wird also zum Ausdruck bringen, dass das Volk an seine Wahl hält, dass es Vertrauen in sich selbst behält, dass es entschlossen ist, sich selbst den nötigen Kredit zu eröffnen, damit sein Wille zur Wirklichkeit werde. Das Volk wird hierdurch den unumstößlichen Beweis seiner eigenen Kraft erbringen."

L. Blum macht also den Dreh, die Sache so darzustellen, als ob ~~an~~ die Massen ihre Stimme für die Volksfront abgegeben haben, damit nicht die Reichen zum zahlen gezwungen werden sollen, sondern sie selbst auf dem Wege der Anleihezeichnung die Mittel zur Herstellung des Budgetgleichgewichts zur Verfügung stellen wollten. Die Massen wollte heute wie gestern, dass die Reichen zum zahlen gezwungen werden. Das allein ist der Wille des arbeitenden Volkes.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die "aufgelösten" Ligen rühren sich,
 =:=:==:=:==:=:==:=:==:=:==:=:==:=:==:=:==:=:==:=:

Registrieren wir einige Meldungen:

Unter der Überschrift "Wo bleibt die Polizei" veröffentlicht die "Freie Presse" v. 18. Juli drei Zuschriften.

In der ersten wird mitgeteilt, dass am 14. Juli um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr etwa 100 Anhänger der aufgelösten faschistischen Ligen einen Umzug durch die Stadt veranstalteten. Die Zuschrift fragt, ob die faschistischen Verbände nun aufgelöst sind oder nicht.

Die zweite Zuschrift stammt von einem Anhänger des Front-populaire, der von den Faschisten bei ihrer Manifestation auf dem Kleber im Gesicht geschlagen wurde, weil er die Volksfront hochleben liess. Der Schreiber erklärt, dass er von einer ~~paßzu~~ Klage abgesehen habe, weil er kein Vertrauen zur Polizei habe.

In der dritten Zuschrift wird mitgeteilt, dass Polizisten an der Ecke Langstrasse-Freiburgerstrasse dem Treiben der Faschisten schmunzelnd zugesehen haben. Die Zuschrift erinnert daran, dass die Polizei früher sofort zum Droinschlagen bereit stand, wenn es galt einen friedlich nachhause ziehenden Zusammeneinstellungsausschuss aufzulösen.

Die "FP" verweist dann auf die Haltung der Behörden gegenüber der faschistischen Schmelzerkolonne und stellt fest, dass die Francisten auch weiterhin in voller Uniform in der Stadt herumlaufen und in Gegenwart der Polizei und der Behörden ihre Zeitung verkaufen.

Am 22. Juli meldet die "Freie Presse" dass die faschistischen Verbände für Freitag, den 24. 7. das Uniontheater für eine Generalprobe mit Beschlag belegt haben.

Die "Humanité" meldet die Bildung eines antisowjetischen Komitees unter der Leitung des Francistenhüptlings Schneider, dass nichts als eine Tanung der weiterbestehenden faschistischen Verbände ist.

Die "FP" schreibt zu dem neuesten Treiben der Faschisten: "das Beispiel Deutschland muss uns gelehrt haben (was? Die Red. der "AP") und zur ständigen Vorsicht und Aufmerksamkeit mahnen".

Das ist mit Vorlaub zu sagen, garnichts!

Die "Humanité" fordert das Vorgehen der Behörden gegen die hinter der Maske eines antisowjetischen Komitees zusammengefassten Bürgerkriegsgarden in Ausführung des Gesetzes gegen die Ligen und die Verhaftung der faschistischen Chefs.

Wir haben hier nicht nötig, bereits gesagtes nochmals zu wiederholen. Wir wollen nur nochmals betonen, dass es eine Irreführung der Arbeiter ist, wenn "FP und "Humanité" den Eindruck erwecken, als wären mit der Anwendung des Gesetzes gegen die paramilitärischen Formationen alle Bedingungen für die Unterdrückung der faschistischen Organisationen gegeben. Wenn die Faschistenchefs unbehelligt bleiben, wenn ihre Zeitungen weiter erscheinen dürfen, wenn die Faschisten nun nötig haben sich eine andere Etikette zu zulegen, um ihre legale Existenz wieder zu erlangen, so ist dafür nicht der Strassenpolizist X oder der Kommissar Y verantwortlich. Das ist ein zu einfaches Verfahren. Die entscheidende Verantwortung dafür trägt die Volksfrontregierung und die Volksfrontsicherheit, die bisher im Kampfe gegen den Faschismus nach der Devise handelten: "mach mit dem Polz, aber mach ihn nicht nass."

Wir haben hier wiederholt die volle und heute ganz krass in die Erscheinung tretende Unzulänglichkeit, der von der Volksfront durchgeführten Massnahmen gegen die faschistischen Organisationen dargelegt. Wir haben nur nötig auf die von uns vorgeschlagenen Massnahmen zu verweisen, um Klarzustellen, was not tut. Nachdem die ganze Unzulänglichkeit der Volksfrontmassnahmen offenkundig ist, sollten die Arbeiter sich nicht aufs Lamentieren verlegen, sondern ganze Massnahmen fordern und sich dafür einsetzen.

Auflösung aller (nicht nur der paramilitärischen) faschistischen Organisationen; Verhaftung ihrer Führer; Verbot ihrer Presse; Entlassung aller faschistischen Offiziere, Beamten und Richter ohne Pension; Schaffung eines antifaschistischen Massenselbstschutzes auf überparteilicher Grundlage, dass ist das Minimum von Massnahmen, dass zur Unterdrückung der faschistischen Organisationen nötig ist.

- o - o - o - o - o - o - o - o - o - o - o - o - o - o - o -

Die Reaktion sammelt und organisiert sich.
 =; =; =; =; =; =; =; =; =; =; =; =; =; =; =; =;

Mit der nächtlichen Besetzung der Colmarer Präfektur hat es angefangen. Seit her haben sich die klerikalischen Führer aller Richtungen mit den grossagrarisches und grossbäuerlichen Führern, sowie den Industrierrittern zu einer ausserparlamentarischen Aktionsgemeinschaft zusammengefunden, die sich die Aufgabe stellt den städtischen und ländlichen Mittelstand gegen das Proletariat zu mobilisieren und die Regierung unter Druck zu setzen.

Bereits während der letzten Wahlen zeigte sich in Elsass-Lothringen eine weitgehende Annäherung zwischen den zentralistisch und den regionalistisch orientierten Parteien der Bourgeoisie. Neuordnung geht dieses Konzentrationsreben schon darüber hinaus und drückt sich in einer Ausschöpfung und Annäherung der genannten Parteien mit der autonomistischen und betont hitlerfreundlichen Bewegung aus.

In Lothringen ist die Ausschöpfung zwischen den ehemals chauvinistisch-nationalistischen und den autonomistischen Organisationen bereits weitgehend durchgeführt. Im Unterelsass schaltet sich die "Elz" bewusst in diese reaktionäre Konzentrationsbewegung ein, die heute bereits offen mit dem Separatismus droht.

Auch die aufgelösten faschistischen Ligen werden in diese Konzentrationsbewegung einbezogen, wie die Stellungnahme des "Elsässerx" zur Gründung des antäsoewjetischen Komitees zeigt.

Die Sprache dieser reaktionär-faschistischen Kreise wird immer frecher und unvernünftiger.

Geben wir nur einige Stilblüten zum Besten.

Der H. Chanoine Ritz schreibt im Metzter "Lorrain":

"Metz hat sich Frankreich angeschlossen einzig und allein, um die Ordnung zu haben, da damals Unordnung in Deutschland regierte... Die Präfektur und die Polizei möge Ordnung in unseren Industriestädten sichern und den roten Terror eindämmen, der dreiviertel der Einwohner tyrannisiert, dann wird der Zorn der dortigen Franzosen aufhören und ihr würdet keine Vergäeiche mehr hören, wie wir sie zehnmal hörten: eher Hitler als Moskau.

Wenn die Ordnung in Lothringen weiter in die Brüche geht, dann macht euch auf alles gefasst, auf alles, auf die schlimmsten Überraschungen."

Ist es notwendig darauf hinzuweisen, dass die "Ordnung" des H. Ritz nichts anderes ist, als die Profit- und Geldsackinteressen der de Wendel und Co ?

Die Autonomisten wittern Morgenluft.

Die lothringischen Autonomisten, die Verbündeten der Verbündeten Huebers aber sagen:

"Die Liebe zur Scholle, die Liebe zum Glauben seiner Väter führen H. Ritz auf Wege, die auch mit den unsrigen zusammenlaufen."

P. Schall von der "Elz" aber sagt:

"Die Sprache, die die Grossbourgeoisie heute von St. Ludwig bis Diedenhofen führt, hätte vor 10 Jahren geführt werden müssen."

Und Schall setzt hinzu:

"Nie und nimmer darf eine solche Front den Eindruck erwecken, als solle sie nur gewisse Goldschränke schützen."

P. Schall möchte dass die reaktionär-autonomistisch-faschistische Front nicht nur gewisse Goldschränke schützt. P. Schall möchte, dass ~~man~~ die Grossbourgeoisie auf die Führung in dieser Front verzichtet und sich weise im Hintergrund hält. Er wünscht, dass man den Kampf gegen die sozialen Reformen der Arbeiter nicht direkt und offen führt. Nach seiner Meinung müsste man die Reformen grundsätzlich anerkennen, aber darauf hinweisen, dass sie nicht überlegt genug vorbereitet und überstürzt erlassen wurden. Man müsse sich als der Vertreter haltbarer Reformen vorstellen und von den Interessen des Mittelstandes ausgehen, die durch die soz. Reformen aufs schwerste verletzt würden.

Daneben wünscht P. Schall, dass die reaktionäre Front klar ausspreche, dass die Tragung der neuen Reformen nur möglich sei, wenn die els. Wirtschaft wieder den Anschluss an ihre "historischen" Absatzgebiete usw. gewinnt. Deshalb müsse man die regionale Verwaltung und ein regionales Parlament fordern.

P. Schall wünscht auch, dass sich die Front von St. Ludwig bis Diedenhofen eine europäische Mission zum Ziele setzt; Verhinderung des Krieges zwischen Frankreich und Deutschland, indem man die Kommunisten als Kriegstreiber denunziert und für die Liquidierung des russischen Einflusses in Frankreich sichtet, der Frankreich im Interesse der Sowjets gegen Hitlerdeutschland in den Krieg treiben will.

Zum Glück weiss jedermann, dass die Herrschaften in der "Elz" nur Windmühle des III. Reiches sind und es zu ihrem Geschäft gehört, den hitlerschen Imperialismus und seine zum Kriege führenden Expansionsbestrebungen als die Bausteine für den europäischen Frieden auszugeben.

Die Arbeiterschaft tut gut, nicht nur der Frontenbildung der Reaktion alle Aufmerksamkeit zu schonken, sondern ihr durch die Organisierung des Kampfes für die Interessen des wirklich ~~wirklichen~~ ~~wort~~tätigen Mittelstandes in Stadt und Land zu begegnen.

Aus dem III. Reich:

Neue Zuchthausurteile gegen die KPD-Opposition.

====

Die Justizpressestelle Stuttgart teilt mit:

In den letzten Tagen hat der Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart gegen eine Anzahl Personen verhandelt, die im Jahre 1934 versucht hatten, die KPD-Opposition - eine Abart der KPD - in Stuttgart neu aufzubauen und Druckschriften zur Beeinflussung ihrer Anhänger hergestellt und verbreitet zu haben. Die Hauptbeteiligten erhielten Zuchthausstrafen von 3 Jahre und 4 Monaten bis zu 4 Jahren. Auch gegen die weniger Beteiligten musste zur nachdrücklichen Bekämpfung solcher Wühlereien hohe Strafen verhängt werden. So wurde ein Angeklagter, der sich zweimal einige Druckschriften geben liess, um sie an andere weiterzugeben, zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, obwohl ihm nicht nachzuweisen war, dass er sie tatsächlich weiterverbreitet hat.

Verantwortlich: EMILE HIRTZEL

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis Monat Frs 2.-
Einzelheft 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

N^o 31/III. Jahrgang.

Erste Augustwoche 1936.

DER BÜRGERKRIEG IN SPANIEN. oooooooooooooooooooooooooooo

Der spanische Faschistenputsch ist noch nicht endgültig niedergeworfen. Aber die Faschisten haben bereits entscheidende Schläge erlitten. Ihr Versuch, Madrid einzukesseln, ist abgeschlagen worden. Die Vereinigung der beiden stärksten faschistischen Gruppen, der im Süden operierenden Armee des General Franco und der Nordarmee des General Mola, ist verhindert worden. Die Nordarmee des General Mola wird jetzt selber eingekesselt und von den antifaschistischen Kräften konzentrisch angegriffen. Im Süden werden die rückwärtigen Verbindungen der Faschisten erfolgreich durch die von revolutionären Soldaten kommandierte Kriegsmarine gestört.

Es sind die spanischen Arbeiter, denen diese Erfolge in der Abwehr der faschistischen Mordbanden zu verdanken sind. Der bisherige Verlauf des Bürgerkriegs in Spanien zeigt mit jedem Tage deutlicher, dass das Proletariat die zentrale Kraft des Widerstandes gegen die faschistischen Militärs ist. Das, was heute in den täglichen Meldungen der Presse als "Regierungstruppen" bezeichnet wird, setzt sich in erster Linie aus bewaffneten Proletariern, aus Arbeitermilizen zusammen. Die reguläre Armee hat sich fast völlig auf die Seite der Putschisten gestellt. Die Polizeitruppen scheinen sich in den verschiedenen Provinzen jeweils auf diejenige Seite gestellt zu haben, die ihnen als die stärkere erschien. Die Kriegsmarine ist nur dadurch davor bewahrt worden, in die Hände der Faschisten zu fallen, dass die Matrosen ihre zur Beteiligung am Putsch bereiten Offiziere unentgeltlich machten und selber die Führung der Flotte übernahmen. Die spanische Kriegsmarine wird heute von revolutionären Matrosen kommandiert.

Entstehung einer Doppelregierung.

Im Feuer des Bürgerkriegs entsteht heute in Spanien ein Zustand der Doppelregierung, wie er z. B. in Russland in der Zeit von der Februarrevolution bis zur Oktoberrevolution bestanden hatten. Neben der alten bürgerlichen Regierung und dem bürgerlichen Staatsapparat entwickeln sich die Elemente eines Staatsapparates der Werktätigen und eine Regierung der Arbeiter u. Bauern. Die Machtorgane, die sich die spanischen Arbeiter schaffen, tragen zwar nicht den Namen "Sowjet". Aber die Revolutionskomitees, die an zahlreichen Orten Spaniens, gestützt auf die bewaffneten Arbeitermilizen, die Verwaltungsgeschäfte und die Polizeigewalt übernommen haben, üben praktisch die Rolle von Sowjets aus. Ebenso scheint das Komitee der antifaschistischen Milizen, das in Barcelona entstanden ist, eine Art von Sowjet zu sein. Diesem Komitee, das die bewaffneten Arbeiter kommandiert, eine Polizeigewalt in Barcelona ausübt und so eine gewisse Notregierung neben der alten bürgerlich-republikanischen Regierung Companys darstellt, gehören zwar auch bürgerliche Republikaner an, daneben aber Vertreter der anarchistischen Gewerkschaften, die bekanntlich die Volksfront ablehnen. Trotz der Beteiligung der bürgerlichen Republikaner, ist ein solches Milizkomitee, das aus der Bewaffnung der Arbeiter hervorgegangen ist, ein Klassenorgan der Werktätigen. Die Beteiligung der bürgerlichen Republikaner an diesem Organ drückt nur aus, dass in den Reihen der Arbeiter noch Illusionen über den weiteren Weg des revolutionären Kampfes bestehen. Bekanntlich waren die Sowjets in Russland in ihrer ersten Zeit, als sie noch unter der Führung von Reformisten standen, auch für die Zusammenarbeit mit der demokratischen Bourgeoisie.

Während die bürgerlich-republikanische Regierung von der Verteidigung der Verfassungsmässigen Zustände spricht, haben die spanischen Arbeiter mit richtigem Instinkt von sich aus revolutionäre Massnahmen gegen die Faschisten ergriffen und sind dabei auch nicht davor zurückgeschreckt, Dinge zu tun, die den horkömmlichen bürgerlichen Rechtsbegriffen widersprechen. Sie haben die Druckereien der reaktionären Zeitungen konfiszirt, in diesen Druckereien erschienen jetzt antifaschistische Blätter. In Barcelona sind die Paläste von bekannten Faschisten und sonstigen reaktionären beschlagnahmt und Arbeiterorganisationen zur Verfügung gestellt worden. Die Regierung war gezwungen, diese von den Arbeitern durchgeführten Massnahmen anzuerkennen.

Für den weiteren Kampf gegen die Faschisten ist es von entscheidender Bedeutung, dass die spanischen Arbeiter auf dieser Bahn weitergehen. Da die Faschisten mit dem Grossgrundbesitz und der Kirche (die bekanntlich der grösste Grossgrundbesitzer Spaniens ist) auf das Engste zusammenhängen, ist die Enteignung des Grossgrundbesitzes zugunsten der Bauern eine notwendige Massnahme zur endgültigen Beseitigung der faschistischen Gefahr. Die Arbeiter brauchen überdies die Unterstützung der Massen der Bauern, um ihren eignen revolutionären Kampf mit Erfolg zu Ende führen zu können.

Der Zustand der Doppelregierung, wie er heute in Spanien entsteht, wirft die Frage auf, ob alle Macht den Werktätigen zufallen, oder ob die ungeteilte Macht der Bourgeoisie wiederhergestellt werden soll. Es ist klar, dass die Volksfrontpolitik die spanischen Kommunisten daran hindern muss die Rolle zu spielen, die die Bolschewiki im Jahre 1917 erfolgreich erfüllt haben. Die Führung der KI wird durch die spanischen Ereignisse vor eine grosse Verantwortung gestellt. Ihr Pflicht wäre es jetzt, die notwendigen Lehren des Bürgerkriegs in Spanien zu ziehen und die falsche Volksfrontpolitik aufzugeben.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DIE BÜRGERLICHE WELT UND DER BÜRGERKRIEG IN SPANIEN.

oo

Die bürgerliche Presse treibt eine wüste Hetze gegen die heldenmütigen spanischen Arbeiter, die lobhaft an die Märchen erinnert, die sie früher (u. z. T. noch jetzt) über die russische Revolution zu erzählen pflegte. Nicht nur die deutschen u. italienischen Faschisten und ihre französischen Gesinnungsgenossen hetzen gegen die spanischen Antifaschisten; die Tatsache, dass die spanischen Arbeiter sich bewaffnet haben, lässt in England u. auch in Frankreich verschiedene sogenannte "gemässigte" Zeitungen, die "Prinzipien der Demokratie", die sie sonst eifrig im Munde führen, vergessen und veranlasst sie, mehr oder weniger offen für die spanischen Faschisten Partei zu ergreifen.

Es werden uns allerlei Geschichten über erschossene Kinder, gemarterte Priester, vorgewaltigte Nonnen, Plünderungen usw. erzählt. Die meisten dieser Phantasieberichte sind so erstanden, wie jener Reisebericht des Korrespondenten "Paris-Soir" über Katalonien, den dieser an der französischen Grenze verfasste, ohne Katalonien betreten zu haben. Die spanischen Arbeiter sind keine Plünderer und Mörder, sondern halten revolutionäre Disziplin. Ein Beispiel dafür ist die Anordnung der syndikalistischen Gewerkschaften in Barcelona (die dort bekanntlich die stärkste Arbeiterorganisation sind), jeden Plünderer auf der Stelle zu erschliessen. Im übrigen steht es fest, dass gerade die spanischen Faschisten die schlimmsten Gewalttaten begehen. Sie nehmen in den von ihnen besetzten Gebieten Massenerschiessungen vor, richten Konzentrationslager für die jüdische Bevölkerung ein usw. Die spanische Fremdenlegion, die "Kerntruppe" der Putschisten ist nicht erst seit heute berüchtigt und rekrutiert sich aus dem Abscham des spanischen u. internationalen Lumpenproletariat. Es ist durchaus verständlich und im Interesse der spanischen Arbeiter zu begrüssen, wenn diese in der Abwehr gegen die faschistischen Banditen auf revolutionäre Weise vorgehen und auf den konterrevolutionären Terror mit Massnahmen des revolutionären Terros antworten, um notorische Arbeitermörder unschädlich zu machen. Wenn die bürgerliche Presse über Erschiessungen von faschistischen Offizieren, Priestern etc. jammert, die dabei betroffen wurden, wie sie gegen Arbeiter schossen, zeigt sie nur ihre Seelenverwandtschaft mit diesem Gesindel.

Um die Hilfe für die spanischen Antifaschisten.

Die faschistische u. faschistenfreundliche Presse Frankreichs betreibt eine eifrige Kampagne gegen jede Hilfeleistung für den antifaschistischen Kampf

in Spanien. Diese Kampagne wird im Namen des Völkerrechts und des Prinzips der "Nichtmischung" in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten geführt. Das Prinzip der Nichtmischung hindert Mussolini und Hitler keineswegs, den spanischen Faschisten Geld und Kriegematerial zu liefern, es hat die französische Reaktionäre seiner Zeit nicht davon abgehalten, die russischen Weißgardisten gegen die Sowjetunion zu unterstützen. Dieselben Pressestroiche, die gegen die Sanktionen gegen Italien Sturm liefen, die dafür eintreten, dass die Petroleumzufuhr nach Italien aufrechterhalten wurde, damit Mussolini in der Lage war, die abessinische Bevölkerung zu vergasen, verlangen jetzt die praktische Verhängung von Sanktionen gegen die spanischen Antifaschisten u. gegen die spanische republikanische Regierung, die übrigens die völkerrechtlich anerkannte Regierung des Landes ist. Die Regierung Blum hat vor dieser Kampagne der Faschisten und Faschistenfreunde glatt kapituliert und erklärt, sie werde sich gegenüber den Parteien des Bürgerkriegs in Spanien neutral verhalten. Alle Sympathieerklärungen der französischen Volksfront für die spanischen Antifaschisten können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, dass die Regierung der französischen Volksfront es abgelehnt hat, der spanischen Regierung im Kampfe gegen die Faschisten offiziell Hilfe zu leisten, obwohl die republikanische Regierung Spaniens, wie gesagt, die vom Standpunkt des bürgerlichen Rechts rechtmässige Regierung ist. Diese klägliche Haltung der französischen Regierung erleichtert das Spiel Hitlers u. Mussolinis, die nur allzu gerne zugunsten der Faschisten im spanischen Bürgerkrieg intervenieren möchten. Deswegen muss bei der Durchführung der Solidaritätsskundgebungen und Sammlungen für die spanischen Antifaschisten gegen die offizielle Haltung der französischen Regierung Protest erhoben und verlangt werden, dass sie der spanischen Regierung materielle Hilfe für den Kampf gegen die spanischen Faschisten zur Verfügung stellt.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die KPF zu Spanien:

DUCLOS ZIEHT DIE LEHREN.

oooooooooooooooooooooooooooo

In der Pariser "Humanité" vom 26. Juli ist ein Artikel von Jacques Duclos veröffentlicht worden, der zeigt, wie die Volksfrontpolitik die Führung der KPF verblendet hat und sie daran hindert, die Lehren der spanischen Ereignisse zu ziehen. Duclos schreibt: "Die Volksfront, das ist die Ordnung in der Arbeit und wir sind sicher, den Gedanken aller derjenigen, die mit uns die Volksfront bilden, zum Ausdruck zu bringen, wenn wir unseren gemeinsamen Willen bekräftigen, den hiesigen Auführern (Faschisten) keinen Vorwand zu geben, um Bruderkämpfe wie in Spanien auszulösen. Vergessen wir nie, dass diejenigen die Abenteuer suchen, die französischen Hitlerianer, fähig sind, mit jedem Holz ein Feuerchen anzuzünden und gerne in der Lage sein möchten, für ihre verbrecherischen Zwecke eventuell die Hinauszuhaltung der Streikaktionen ausdehnen zu können, aber die Arbeiterklasse Frankreichs, die sich ihrer Verantwortung bewusst und um ihre Zukunft besorgt ist, durchschaut das Spiel des Feindes."

Statt zu sehen, dass die Faschisten in Spanien dadurch zu ihrem Putsch veranlasst und ermuntert worden sind, dass die spanischen Sozialisten u. Kommunisten im Interesse des Bündnisses mit der republikanischen Bourgeoisie, im Interesse der Volksfront dem Klassenkampf der Arbeiter u. Bauern Hemmschuhe anlegten, empfiehlt Duclos den französischen Arbeitern den Verzicht auf Streikaktionen, die die Einstellung des Klassenkampfes, damit die Faschisten keine "Vorwände" zum Losschlagen haben. Als ob die Passivität der Arbeiter nicht gerade das wäre, was die Faschisten am meisten ermutigt und frech macht!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die Erfolge der Juni-bewegung in Gefahr:

AM ANFANG EELNER UNTERNEHMEROFFENSIVE.

oo

Seit den letzten Tagen häufen sich die Klagen der Arbeiter aus den Betrieben über eine massenhaft auftretende Sabotage und Durchkreuzung der Juni-Abkommen durch die Unternehmer. Auch die Sekretären der CGT, Jouhaux und Frachon, denunzieren diese Sabotage als ein allgemeines Anzeichen einer verabredeten Aktion. Wir stehen am Beginn einer kapitalistischen Offensive, die, falls sie sich ungehemmt weiter auswirken kann, die Ergebnisse der Juni-bewegung aufheben wird.

Wir zitieren einige Tatsachen "von Tausenden" über diese Offensive.

In der Fabrik von Argenteuil wurden die Arbeiter durch die neuen Lohnverträge kurzerhand in eine niedrigere Lohnklasse versetzt, deren Lohndifferenz gegenüber der früheren Klasse einen Franken pro Stunde beträgt. Diese Methoden werden jetzt vielfach angewandt. "In zahlreichen Industrien und Unternehmen werden die gleichen deloyalen Prozeduren, die vor dem Streik üblich waren angewandt, um das Gesetz und Abkommen zu umgehen", schreibt Frachon in der Pariser "Humanité". Frachon erwähnt auch die direkte Organisation der Arbeitslosigkeit durch das Grossunternehmertum. "Die Hauptsache für das Grossunternehmertum besteht darin", schreibt Frachon weiter, "die Arbeiterklasse zu reizen, durch Erhöhung der Arbeitslosigkeit Unzufriedenheit dem Front-populaire gegenüber zu schaffen und so letzten Endes dazu zu gelangen, das wieder zurückzunehmen, was mit den Verträgen u. Sozialgesetzen bewilligt worden war."

Es gibt jetzt schon eine stattliche Reihe von Betrieben, wo diese Unternehmeroffensive erfolgreich gewesen ist. In anderen Betrieben aber ist sie durch neue Streiks abgewehrt worden. Im Anfang waren es noch die kleinen Unternehmer, die gegen die neuen Abkommen mobil gemacht wurden. Jetzt aber rückt das gesamte Grossunternehmertum an. "Eine grosse Strategie verbirgt sich hinter diesen Einzelmännern", schreibt die "Freie Presse". Wie planmässig vorbereitet die Unternehmerklasse vorstösst, ist aus den scharfen Angriffen gegen die Organisationsfreiheit der Arbeiter zu ersehen. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter werden zu Hunderten entlassen oder "mit Stöcken bedroht", und "die Gendarmen erscheinen in den Betrieben, um Arbeiter über die Gewerkschaftsbewegung zu verhören". Wir zitieren diese Stelle aus einem "Offenen Brief" an den Arbeitsminister, den Jouhaux im Namen der CGT verfasst hat.

Indes hat sich die Unternehmeroffensive weiter vorgewagt. Während die Sabotage der Sozialgesetze u. Lohnabkommen zu einer alltäglichen Erscheinung wird, zeichnet sich nun auch eine Steigerung der Preise und der Arbeitslosigkeit ab. Seit dem 6. Juni ist die Arbeitslosenziffer von 417 000 auf 495 000 gestiegen. Die CGT erklärt, dass diese Arbeitslosigkeit von den Kapitalisten regelrecht organisiert wird. Die Arbeitsinspektion ist hier machtlos, so machtlos, wie die interministerielle Preiskommission gegen die Teuerung ist, die gleich nach den Junistreiks einsetzte und seither unaufhaltsam steigt. Die offiziellen Indexziffern allein weisen folgende Preisbewegung für die Woche v. 12 - 18 Juli aus: Grosshandelsindex von 378 auf 381, Nahrungsmittelindex v. 404 auf 412. Die Hausse in den Detailpreisen ist natürlich grösser. Der Brotpreis z. B. stieg um 10 Cent. pro Kilo. Jouhaux von der CGT hat eine gegenwärtige Preiserhöhung von "10 - 15 %" festgestellt.

Just vor drei Wochen "standen die Leiter der kapitalistischen Wirtschaft vor ihrer vollen Abdankung", schreibt die "Freie Presse" v. 27. Juli. Heute ist die Lage so, dass dieselben Kapitalisten "die Front-populaire-Regierung mit Gewalt gegen Streikende einzugreifen zu zwingen" suchen. Diese für die Arbeiterklasse gefahrdrohende Situation ist eine Folge der von uns seit je bekämpften Koalitionspolitik der Volksfrontregierung. Das Bündnis mit den Radikalen hindert die weitere Entfaltung des Klassenkampfes. Weder SFIO noch KPF jetzt die Perspektive des ausserparlamentarischen Kampfes. Das leitende Organ der KPF, die "Humanité" warnt im Gogenteil vor der Verlängerung von Streiks.

Die Arbeiter, die in der Junibewegung ihren glänzenden Elan und ihre Selbstständigkeit offenbart haben, müssen jetzt ihre Partei- u. CGT-Führungen zwingen, gegen die Unternehmeroffensive alle ausserparlamentarischen Kampfmittel der Arbeiterbewegung einzusetzen. Die Arbeiter dürfen nicht vor dem Privateigentum an den Produktionsmitteln Halt machen. Wo die Unternehmer die Sozialgesetze nicht beachten, die Produktion sabotieren, müssen die Arbeiter für die Enteignung der Kapitalisten eintreten und die Weiterführung der Betriebe unter der Kontrolle der gewählten Organe der Arbeiter und Angestellten kämpfen. Die Arbeiterkontrolle der Produktion muss organisiert werden.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

EINE SKANDALÖSE REDE VON THOREZ.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die Pariser "Humanité" v. 29. Juli bringt Auszüge aus einer Rede von Thorez, die dieser am 25. Juli in Amiens gehalten hat. Die "Humanité" versieht ihren Bericht über die Ausführungen von Thorez mit der Überschrift "Im Dienste Frankreichs" u. teilt mit, dass Thorez die "Einheit" der französischen Nation gepriesen habe. Das, was wir sonst über den Inhalt der Rede erfahren, entspricht dem Geiste dieser nationalistischen Phrase. Thorez erklärte u. a.:

völkerung im Interesse des Profits der industriellen Unternehmer (zu denen auch Graf Andlau gehört), der Junker u. Grossbauern gegen die um bessere Lohn- u. Arbeitsbedingungen kämpfende Arbeiterschaft einzusetzen. Es geht ferner darum, den Kampf der Landarbeiter um die praktische Realisierung des Koalitions- u. Streikrechts zu verhindern. Die Formulierung "Gerechte Entlohnung des Bauernstandes und seiner Arbeitskräfte", ist nur eine damagogische Floskel, dazu bestimmt, den wahren Klassengehalt der Aktion des Grafen Andlau zu verdecken, die Basis für die Aktion der Junker u. Grossbauern möglichst zu verbreitern und den Umfang der Gegenaktion auf dem Lande zu beschränken. Diese Formel soll in Wirklichkeit dazu dienen, die Lohnforderungen der Landarbeiter als unberechtigt zu denunzieren, solange die Andlau, Schlumbeger usw. keine "gerechte" Entlohnung ihrer "Arbeit" sichergestellt haben. Denn für diese Herren ist diese Forderung doch nichts anderes, als die Erhöhung der Preise für die landwirtschaftlichen Produkte zu Lasten der breiten Masse der Verbraucher, an der sie als Grossproduzenten am meisten profitieren würden. Sie haben dieser Forderung die erwähnte Umschreibung gegeben, um den politisch-reaktionären Inhalt ihrer Aktion nicht offen blosszustellen, die sie - wie erst neuerdings die Aktion beim Minister d'Essan zeigte - gemeinsam mit den industriellen Unternehmern gegen die Arbeiterschaft führen.

Die Arbeiterklasse muss dieser Aktion geschlossen und unverzüglich entgegentreten. Die Arbeiterparteien u. die Gewerkschaften müssen der Aktion der Andlau ihre Aktion und dem Aktionsprogramm der landwirtschaftlichen Spitzenverbände, ein vom Gesichtspunkte der Interessen der Arbeiterklasse orientiert: Aktionsprogramm entgegensetzen, ein Aktionsprogramm, das von den gemeinsamen Interessen der Arbeiter der Stadt und denen der Landarbeiter u. Kleinbauern bestimmt ist, ein Programm, das den Klassenkampf ins Dorf trägt und die Ver- suchte der Reaktion eine Einheitsfront aller Schichten des Dorfes unter der Führung der Dorfbrechen und deren Losungen herzustellen, zunichte macht.

Dazu gehört die Organisierung der Landarbeiter, d. h. all derer, die ihre Arbeitskraft an die Junker u. Grossbauern verkaufen müssen, zum Kampf für die Regelung der Löhne und der Arbeitszeit durch Kollektivverträge mit den Landarbeitersyndikaten.

Dazu gehört der Kampf für die Befreiung der Kleingewerbetreibenden und vor allem der Bauern u. Pächter die keine ständigen Arbeitskräfte ausser ihren Familienmitgliedern beschäftigen, von allen Steuern u. Abgaben, sowie die Freisetzung ihrer Schulden an Banken, Grosshandel u. Grossindustrie.

Dazu gehört die Propaganda für die Bildung von Kontrollausschüssen zu Überwachung des Handels mit Agrarprodukten, um die Interessen der kleinbäuerlichen Erzeuger und der Konsumenten zu sichern, um den direkten genossenschaftlich organisierten Austausch dieser Produkte auf Kosten der Gewinne des Grosshandels zu organisieren.

Es ist lächerlich und dumm anzunehmen, die Arbeiter könnten auch die grossbäuerlichen und auch das Gross der Mittelbauern, soweit sie ständig fremde Arbeitskräfte beschäftigen, gewinnen, wenn sie möglichst verschwommene und anscheinend allen Schichten des Dorfes Rechnung tragende Losungen formulieren. Die Interessen der Landarbeiter können nur auf Kosten der Gutsbesitzer und Grossbauern befriedigt werden. ~~Wäre~~ Die von den Andlau, Böckel u. Co. erstrebte Einheitsfront des Dorfes, die im Dienste der gesamten Reaktion stehen soll, kann nur dadurch verhindert werden, indem die Arbeiter u. ihre Organisationen den Klassenkampf aufs Dorf tragen.

Es wäre an der Zeit, dass die Arbeiterparteien und die CGT gemeinsam eine grosszügige Kampagne auf dem Dorfe durchführen. Dies müsste planmässig und methodisch geschehen und das Ziel müsste die Organisierung der Landarbeiter u. Kleinbauern sein.

Die Reaktion sucht das Dorf gegen die Arbeiterklasse in den Kampf zu führen. Die Arbeiter müssen ihr Gesicht dem Dorfe zu wenden und die Dorfarmen gegen die Dorfbrechen organisieren.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Zur Lage bei den Gemeindearbeitern.

Das von den Gemeindearbeitern gebildete Komitee zur Herstellung der Gewerk-

schaftseinheit hat am Freitag, den 24. Juli eine ausserordentliche Versammlung durchgeführt. Der Extrakt der Versammlung war, dass in das bestehende Komitee zwei CGT-Kameraden gewählt und die Durchführung einer weiteren Versammlung für den 14. August für alle Gemeindearbeiter von Strassbourg beschlossen wurde. Zu dieser Versammlung soll ein Vertreter vom Exekutivvorstand der CGT eingeladen werden, um sich an Ort u. Stelle ein Urteil über die Frage der Gewerkschaftseinheit bei den Gemeindearbeitern zu bilden.

Der Hauptvorstand der "Union des Services et publics et des Transports" hatte vor der Versammlung des Komitees ein Flugblatt an seine Mitglieder herausgegeben. In diesem Flugblatt wird mitgeteilt, dass die CGT als letzte u. höchste Instanz gesprochen habe und folgenden Satz eines Vorschlages des erwähnten Hauptvorstandes zur Grundlage eines Schlichtungsversuches genommen habe:

" Wir sind bereit u. entschlossen einen Kameraden der Ex-Unitären, der aus unseren Kadern hervorgeht, ab 1. Juli als permanenten Sekretär anzustellen. Im allgemeinen Interesse nehmen wir diese neue Ausgabe auf unser Budget um endlich die Einheit zu realisieren."

In dem Flugblatt wird weiter mitgeteilt, dass eine Sitzung des Hauptvorstandes unter Hinzuziehung der ex-unitären Kam. Führer, Meffenschmidt und Casper stattgefunden habe, in der die Genannten den Schlichtungsversuch der CGT, den sie vorher selbst gefordert haben, ablehnten. Aus dieser Haltung wird dann die Forderung abgeleitet, dass die ex-unitären Funktionäre die Einheit überhaupt nicht wollen. Deshalb müssten die Kameraden auch die Versammlung des unter der Führung von Ex-Unitären stehenden Komitees meiden.

Es ist der alten CGT-Führung auch gelungen, das Gross ihrer Mitglieder der Versammlung des Komitees fernzuhalten und es ist kaum anzunehmen, dass am 14. August hierin eine Änderung eintritt. Wir selbst verweisen auf unseren Vorschlag in unserer Nummer 28, der "AP", der sich letzten Endes als der einzig gangbare Weg zur Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit bei den Gemeindearbeitern erweisen wird. Das Komitee wird gut tun, diesen Vorschlag zu prüfen, will es nicht, dass seine Aktion in Kürze auf dem toten Punkt anlangt.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Täglich faschistische Provokationen:

Legt ihnen das Handwerk!

== : : : : : : : : : : : : : : :

In Riedisheim kam es in vor einigen Tagen zu einer regelrechten Saalschlacht zwischen Anhänger de la Rocques und Volksfrontanhängern. Die Versammlung wurde trotz Protest der Arbeiter von dem Sub-Präpekt erlaubt.

In Mühlhausen fand bald darauf eine neue Provokation der Faschisten statt, bei der mehrere Arbeiter u. ein Polizist niedergeschlagen wurden. Die verantwortlichen Polizeinstanzen erklärten in beiden Fällen, dass sie "keine präzisen Anweisungen zum Vorgehen gegen die Faschisten haben".

In Sartrouville wurde nach einer verbotenen Faschisterversammlung ein Adjutant der Garde mobile von den Faschisten getötet u. zwei Gardisten verletzt. In Montpellier verurteilte die Strafkammer drei Arbeiter zu je 6 Monaten Gefängnis, weil sie einen Feuerkreuzler zwangen, das Abzeichen der verbotenen Ligen zu entfernen.

In Strassbourg hielten die Anhänger der verbotenen Ligen eine grössere Versammlung ab u. fuhren nachher im offenen Auto unbehelligt durch die Strassen. In einer KPF-Versammlung in der Provinz wurde der komm. Abgeordnete Renaud Jean von Faschisten überfallen u. misshandelt.

Diese fasch. Provokationen werden stillschweigend oder ängstlich durch die unteren Polizeinstanzen geduldet, die vorgeben, keine präzisen Anweisungen zu haben. Aber auch der Staatsapparat sieht diesem lärmenden u. blutigen Treiben der fasch. Organisationen ohnmächtig zu. Selbst die "Humanité" stellt nun endlich diesen Zustand besorgt fest. Sie fügt eine Bemerkung hinzu, die sie hätte schon machen müssen, als die KPF inoffizielle Regierungspartei zu werden begann: nämlich die, dass man den Staatsapparat mit eisernen Besen auslegen muss, ehe er gegen die fasch. Verbände erfolgreich vorgehen kann. Die "Humanité" v. 29. 7. schreibt: "Bemerkt muss werden, dass diese erneute Tätigkeit der verbotenen Organisationen des französischen Hitlers nicht ohne Duldung durch Elemente geschehen kann, die in der Polizei u. im staatlichen Verwaltungsapparat wichtige Funktionen bekleiden. Diese Komplizen sabotieren offenbar dieselben Gesetze, zu deren Respektierung sie bestellt sind."

Werden solche Elemente "nicht rechtzeitig festgestellt, entlarvt und von ihren Posten entfernt", dann ist es für sie, "die auf Unterstützung ihrer Komplizen im Machtapparat des Staates hoffen, direkt ein Anreiz, wie in Spanien, den Bürgerkrieg gegen das eigene Volk zu entfesseln." Diese Ansicht ist zutreffend. Wir sind allerdings nicht der Überzeugung, dass eine bürgerlich-sozialistische Volkfrontregierung den Faschismus ausrotten kann. Die antifaschistischen Forderungen u. Massnahmen dieser Regierung sind völlig unzureichend. Die Rücksichtnahme auf die Radikalen in dieser Frage hemmen noch um ein weiteres die unzulänglichen Regierungsmassnahmen. Der Kampf gegen Faschismus muss ausserparlamentarisch geführt werden, wie wir oft an dieser Stelle gezeigt haben. Er muss das Verbot u. die Zertrümmerung aller fasch. Organisationen erzwingen. Für die Faschisten darf es überhaupt keine Legalität geben. Dieser Kampf kann nicht dem bürgerlichen Staatsapparat überlassen werden. Er muss in erster Linie geführt werden von proletarisch-antifaschistischen Organisationen, sowie der ganzen Arbeiterbewegung überhaupt. Das Vorgehen der Mülhauser Arbeiter muss deshalb beispielgebend für alle Arbeiter sein!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Kleinigkeiten:

Preiserhöhung für Kohle Die Strasbourger Präfektur teilt mit, dass die Chambre Syndicale den Kohlenpreis für den Detailhandel auf 2 Frs. pro 100 Kilo erhöhte. Die Preiserhöhung gilt auch für Brennholz u. Koks. Lebensmittelpreise steigen! Aus einer Anfrage, die die "Freie Presse" an die Präfektur richtete, entnehmen wir, dass Preiserhöhungen bis zu 50 % u. mehr auf wichtige Bedarfsartikel stattgefunden haben; auf Obst besonders, Butter, Schmalz, Kleidungsstücke, Schuhe etc. - Die erfolgreiche Abwehr dieser Preissteigerungen kann nur durch eine Preiskontrolle der Arbeiterorg. erfolgen.

Arbeitslose besetzen das Mairiegebäude von Winzenheim. Einen vollen Erfolg haben die Winzenheimer Arbeitslosen durch Anwendung des ausserparlamentarischen Kampfes erreicht. Wochenlang forderten sie die Abschaffung miserabler Misstände, ohne den Maire zur Anerkennung der Forderungen zu bewegen. Am Montagabend endlich entschlossen sie sich das Mairiegebäude zu besetzen, während der faschistenfreundliche Maire Tannacher die Garde Mobiles anforderte. Sämtliche Zugangs- u. Ausgangstüren wurden von Arbeitslosen u. Arbeitern besetzt, bis der Gemeinderat die Forderungen bewilligte.

Missbrauch der Gewerkschaften. Der "Republikaner" teilt mit, dass der Mülhauser Gemeindearbeitervorband 5 000 Fra. als erste Rate für die neue Anleihe der Regierung zu zeichnen beschlossen hat. Gleichzeitig wurde die Mitgliedschaft ermahnt, dass finanzielle Werk der Regierung zu unterstützen. Wir betrachten es nicht als die Aufgabe der Gewerkschaften die Mitgliedsbeiträge der CGT der Regierung zur Verfügung zu stellen, damit diese nicht die Reichen zum zahlen zu zwingen braucht. Die Aufgabe der Gewerkschaften hat im Gegenteil darin zu bestehen, die Reichen und nicht die Armen zum zahlen zu zwingen.

Die Autonomisten in der Front der Reaktion. Die Christl. Soz. Volkspartei von Lothringen (ein Gesinnungsbruder der Eiz) hat auf ihrem Delegiertentag eine Resolution gegen die Unterstützung des Kampfes der spanischen Arbeiter gegen den Faschismus angenommen. In einer zweiten Resolution bekunden diese Heuchler ihre grundsätzliche Zustimmung zu den Soz. Gesetzen, d. h. ihre gegenwärtige Ablehnung. Sie bedauern, dass die Regierung unter der Kontrolle Moskaus steht, da sie die Kontrolle Hitlers wünschen. Am Schluss erklärt die Resolution die Bereitschaft zum Beitritt zur Lothringers Front des H. Ritz, verlangt aber Befreiung der Heimatsrechte, gemeinsamen Kampf mit den gleichgerichteten Parteien des Elsass, Eintreten für den Arb. u. Bauernstand, gegen das Grosskapital und für den Austritt Frankreichs aus der russ. Allianz. Man braucht sich nur die lothringers Verbündeten der Autonomisten anzusehen, um zu wissen, dass es sich beim Kampf gegen das Grosskapital um nichts als grobe Domagologie handelt. Aussen rot u. innen weiss. Die "NW" hat dieser Tage den Gipfel pol. Windbeutel erklimmt, indem sie an einem Tage für und am nächsten gegen die spanischen Faschisten schreiben lässt. In der Nr. v. 24.7. wird unter Hinweis auf die "Aus-schreitungen... von gewissenlosen Hetzern u. Agitatoren", sowie der "Zahllosen Einzelterrorakte anarchistischer Elemente", der Aufstand der Faschisten entschuldigt. Am 26.7. fordert sie, dass "von der Arbeiterschaft die Machtorgane geschaffen werden", um "alle proletarischen Kräfte zusammenzufassen", für die Beendigung des "bisherigen Bruderkampfes" (!).

Rechter Hand, linker Hand - alles vertauscht!

Verantwortlich: EMILE HIRTZEL.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVK)

N^o

32/III. Jahrgang.

Zweite Augustwoche. 193

ZUR LAGE IN SPANIEN.

oooooooooooooooooooooooooooo

Die Berichte, die aus Spanien kommen, zeigen, wie die Abwehraktion gegen den faschistischen Militärputsch, die von dem spanischen Proletariat mit einer imposanten Geschlossenheit und mit einem beispiellosen Heldenmut unternommen worden ist, immer mehr den Charakter einer Revolution der Arbeiter und Bauern annimmt. Lenin hat in seinen Werken wiederholt vom Hinüberwachsen, vom Umschlagen der bürgerlich-demokratischen Revolution in die proletarische gesprochen. Das gewaltige Schauspiel, das sich jetzt jenseits der Pyrenäen abwickelt, ist die Übersetzung dieser theoretischen Formel Lenins in die Praxis. Der spanische Faschismus ist ein Bündnis der Kräfte, die die Überreste des Feudalismus darstellen, des Grossgrundbesitzes und der Kirche, mit grossen Teilen der Bourgeoisie. Um die faschistische Reaktion völlig zu vernichten, ist es notwendig, die Ausbeuterschichten die hinter ihnen stehen, zu entzweigen; die Abwehr des Faschistenputsches stellt nicht nur die Frage der Expropriation des Grossgrundbesitzes, sondern auch die der Übernahme industrieller Betriebe durch die Arbeiter auf. Damit ist die Frage der Errichtung der Herrschaft der Werktätigen unter Führung des Proletariats gestellt.

Wir haben schon berichtet, dass in Spanien heute faktisch ein Zustand der Doppelherrschaft besteht, ähnlich wie in Russland während der Kerenski-periode. Neben den alten Behörden funktionieren Komitees der antifaschistischen Miliz u. Revolutionskomitees. In Barcelona sind die sogenannten gemeinnützigen Betriebe, d. h. Strassenbahn, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, von den Arbeitern übernommen worden und werden von den Gewerkschaften geleitet. In Madrid hat die Regierung unter dem Druck der Arbeiter eine ganze Reihe von Betrieben nationalisiert, neben der Rüstungsindustrie sind auch Betriebe beschlagnahmt worden, deren Besitzer geflohen, d. h. zu den Faschisten gegangen sind.

Die KP-Spaniens ist hilflos.

Die Lage in Spanien ist die praktische Widerlegung der Auffassung, die der heutigen Linie der KI zugrunde liegt, nämlich dass das Proletariat heute nur zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie zu wählen habe. Als die Kämpfe in Spanien begannen, zeigten sich die verderblichen Folgen, die die Volksfrontpolitik für die KP-Spaniens gehabt hatte. In Barcelona war die KP in den ersten Tagen des Kampfes als Partei vollständig von der Bildfläche verschwunden. Die Mitglieder der KP kämpften tapfer in den Reihen der Arbeiter mit. Aber als politische Führung trat die KP nicht in Erscheinung. Das in Madrid erscheinende Zentralorgan der KP-Spaniens "Mundo Obrero" brachte und bringt Artikel, in denen von nichts anderem die Rede ist, als von der Verteidigung der Demokratischen Republik und der Aufrechterhaltung der Volksfront. Die Basler "Rundschau" v. 30. Juli bringt einen "Brief aus Madrid", der offenbar die Ansichten der Führung der KP-Spaniens zum Ausdruck bringt. In diesem Brief heisst es u. a:

"Wir sind überzeugt, dass die Volksfront in unserem Lande den Boden des Schutzes der Republik und Demokratie nicht verlassen wird. Wir haben die Räumlichkeiten der faschistischen Organisationen und der faschistischen Zeitungen besetzt. Aber das bedeutet nicht, dass wir kapitalistisches Eigentum beschlagnahmen wollen, wie das die Feinde der Volksfront behaupten ... Sie (die spanischen Arbeiterwehren) wissen bestimmt, und niemand wird sie von dieser Ge-

wissheit abbringen, dass sie einen entscheidenden Sieg über die schwarzen Kräfte des spanischen Faschismus davontragen werden, nicht, indem sie vorgehen, nicht, indem sie sich durch ihre Siege fortreißen lassen, sondern im engen Bündnis mit allen Parteien der Volksfront."

Die Führung der KP-Spaniens scheint also nur die Sorge zu kennen, dass die Arbeiter u. Bauern zu weit gehen und Dinge tun könnten, die nicht den Beifall der liberalen, republikanischen Bourgeoisie finden. Die Nachrichten, die aus Spanien kommen, zeigen dass die Führung der KP-Spaniens sich mit diesen Auffassungen in einem direkten Gegensatz zu dem stellt, was die Arbeitermassen mit richtigem revolutionären Instinkt von sich aus tun. Aber die KP-Spaniens ist in ihren verderblichen Politik noch weiter gegangen. In Katalonien hat sie zusammen mit den dortigen Sozialdemokraten eine Einheitspartei REBIL get. Diese Einheitspartei ist in die bürgerliche Regierung Kataloniens eingetreten. Dieser Regierungseintritt bedeutet dass die katalanischen KP'dor, besser gesagt Ex-KP (denn sie ist in einem reformistischen Mischmasch aufgegangen, der sich Vereinigte Sozialistische Partei nennt) in einem Augenblick, wo Klassenorgane der bewaffneten Arbeiter und die Elemente eines Staatsapparates der Werktätigen entstehen, sich für die Erhaltung der Herrschaft der republikanischen Bourgeoisie, deren Politik den Faschistenputsch ermöglicht hat, und des bürgerlichen Staatsapparats einsetzt. Das muss zur notwendigen Folge haben, dass die neugebackene Regierungspartei bemühen wird, das Privateigentum der Ausbeuter möglichst vor dem Zugriff der revolutionären Arbeiter und Bauern zu schützen. Für diese nichtkommunistische, sondern reformistische Politik ist die Führung der KI verantwortlich. Mitglieder von Parteien, die der KI angehören, können nur mit Genehmigung des Exekutivkomitees der KI in eine Regierung eintreten. Die neue katalanische Einheitspartei hat sich aber der KI angeschlossen. Auf dem VII. Kongress der KI nannte Dimitrow als erste Bedingung für die Bildung einer Einheitspartei mit Sozialdemokraten die "vollständige Unabhängigkeit von der Bourgeoisie" und das "vollständige Aufgeben des Blocks der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie". Der Eintritt der neuen katalanischen Einheitspartei in die bürgerliche Regierung zeigt, dass diese Bedingung, die auch in den Beschlüssen des VII. Kongresses festgelegt werden ist, von der Führung der KI und der KP-Spaniens stillschweigend fallengelassen worden ist. Die kommunistischen Arbeiter müssen überall den schärfsten Protest gegen diese Politik der Preisgabe der Prinzipien des Kommunismus erheben und zwar insbesondere auch im Interesse der Sowjetunion, die zu ihrer Verteidigung feste kommunistische Parteien braucht und nicht auf einer prinzipienlosen Einheitspartei aufgebaute Gebilde.

Das Proletariat muss führen.

auch

Wie notwendig es ist, dass die spanischen Revolutionäre insoweit sie gemeinsam mit der republikanischen Bourgeoisie u. ihrer Regierung gegen die Faschisten kämpfen, ihre Selbstständigkeit gegenüber den bürgerlichen Republikanern wahren, wird durch eine Reihe von Tatsachen bewiesen. Die republikanische Bourgeoisie ist bemüht, die Befugnisse der Klassenorgane der Werktätigen, die diese sich auf Grund revolutionären Rechtes angeeignet haben, möglichst einzuschränken. In Madrid hat die Regierung z. B. angeordnet, das Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen nicht von der Arbeitermiliz, sondern nur von den "ordentlichen" Polizeiorganen vorgenommen werden dürfen. Die "ordentlichen" Polizeiorgane haben bekanntlich die Vorbereitung des Faschistenputsches nicht hindern können oder nicht hindern wollen. In einem Interview mit einem Berichterstatter der Pariser "Humanité" sprach der Präsident Azana von "gemäßigten Leuten, die mit ihnen (d. h. den Faschisten) verhandeln wollten". Azana hat also selbst zugegeben, dass es in den Reihen seiner bürgerlich-republikanischen Freunde Anhänger eines Kompromisses mit den Faschisten, d. h. eines Kompromisses auf Kosten der Arbeiter gibt. Statt die Massen auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die ihnen von diesen Tendenzen in den Reihen der bürgerlichen Republikaner drohen, spielt die KP die Rolle eines bescheidenen Hilfsorgans der bürgerlich-republikanischen Regierungspolitik.

So ist es kein Wunder, dass die Rolle, die eigentlich der Partei der III. Internationale zufiele, in Spanien von oppositionellen Kommunisten übernommen wird. Die von oppositionellen Kommunisten geschaffene "Arbeiterpartei für

Marxistische Einheit" (POUM), die hauptsächlich in Katalonien verankert ist, hat in diesen Tagen gute und nützliche revolutionäre Arbeit geleistet. Die POUM war dadurch, dass sie die Volksfrontpolitik schon vorher abgelehnt hatte, dazu vorbereitet, eine politische Führung im revolutionären Sinne auszuüben. Die POUM hat als erste Organisation in Barcelona die Lösung der Arbeiterallianz herausgegeben, sie hat überhaupt von Anfang an die Befreiung von Arbeiterallianzen, die nach dem Muster und mit der Aufgabe von Sowjets aufzubauen werden sollen, gefordert. Ferner verlangt die POUM die Kontrolle der Produktion durch Betriebsräte, die Verteilung des Grundbesitzes an die armen Bauern, Wahl der Offiziere in der Armee und Polizei, spanische Abtretung der faschistischen Führer. In einem Interview mit einem Korrespondenten der Londoner "Times" erklärte A. Nin, einer der Führer der POUM:

"Die Regierung (in Barcelona) besteht nicht. Wir arbeiten mit ihr zusammen, aber sie kann nichts mehr tun als das, was die Massen getan haben, zu sanktionieren. Unsere gegenwärtige Taktik ist, unsere Positionen durch einen fortschreitenden Vormarsch - wie Übernahme der gewinnbringenden Betriebe, der Industrie, Einführung höherer Löhne, kürzere Arbeitszeit usw. - zu befestigen. Eisenbahnen, Wasser- und Kraftwerke sind jetzt in den Händen der Arbeiter. Der Bauern wird gesagt, dass sie zugreifen sollen, und sie tun es. Diese revolutionäre Bewegung entwickelt sich in einem gleichem Rhythmus in ganz Spanien. Wenn eine wirkliche revolutionäre Partei in Spanien bestünde, so würde sie bereits an Stelle der Regierung getreten sein."

Dieser Politik der POUM hat dazu geführt, dass sie wachsenden Einfluss erlangt und zwar auch auf Kosten der Anarchisten, die bekanntlich über die numerisch stärksten Arbeiterorganisationen in Katalonien verfügen. Das Auftreten der POUM zeigt, dass im spanischen Proletariat trotz der falschen Politik der KI und der Führung der KP-Spaniens Kräfte am Werke sind, die sich bemühen, eine wirklich bolschewistische Politik zu betreiben.

- o - o - o - o - o - o - o - o - o - o -

HILFE FÜR DIE SPANISCHEM ARBEITER, oo

Die spanischen faschistischen Rebellen werden von dem italienischen u. dem deutschen Faschismus offen unterstützt. Mussolini versorgt den General Franco mit Militärflugzeugen, Hitler hat ausser Flugzeuglieferungen an die Rebellen Kriegsschiffe nach Spanien gesandt, deren Kapitäne freundschaftliche Beziehungen zu den spanischen Faschistenführern aufgenommen haben. Dieses Eingreifen Hitlers u. Mussolinis in den spanischen Bürgerkrieg ist natürlich nicht bloss darauf zurückzuführen, dass sie mit den politischen Zielen der meuternden spanischen Generalsympathisieren, sondern auch darauf, dass sie hoffen, mit Hilfe der Franco und Consorten Stützpunkte für ihre imperialistischen Ziele im Mittelmeer zu erlangen. Die französischen Faschisten haben sich in dieser Situation auf die Seite der spanischen Rebellen und ihrer Helfershelfer Hitler und Mussolini gestellt. Für die französischen Faschisten ist die Solidarität der kapitalistischen Interessen gegen die Arbeiter wichtiger als die Bedrohung des Machtbereichs des französischen Imperialismus durch eine Fortsetzung der Nazis oder der italienischen Faschisten in Spanien und Spanisch-Marokko. Das ist ein neuer Beweis dafür, was die nationalen Phrasen der faschistischen und sonstigen Reaktionen wert sind.

Anderwärts hat auch die demokratische imperialistische Bourgeoisie gezeigt, dass für sie die imperialistischen Interessen den Prinzipien der bürgerlichen Demokratie vorangehen. Der englische Imperialismus schwankt hin und her zwischen der Angst vor einer Bedrohung seiner Stützpunkte im Mittelmeer durch Mussolini und Hitler einerseits und der Angst vor einer Revolution in Spanien andererseits. Es ist aber klar, dass die demokratische britische Bourgeoisie ihr Verhalten zum Bürgerkrieg in Spanien nicht auf Grund der demokratischen Prinzipien bestimmt, sondern sich in erster Linie von ihren imperialistischen Interessen leiten lässt.

Das Gleiche gilt für den französischen Imperialismus. Es hat sich angesichts des Bürgerkriegs in Spanien wieder gezeigt, dass sozialistische Minister im bürgerlichen Staat keine andere als eine Politik betreiben können, die von imperialistischen Gesichtspunkten diktiert wird. Unter dem Druck der Hetze der Faschisten und Faschistenfreunde und auch unter dem Einfluss der radikalen Volksfrontpartner hat die französische Regierung erklärt, dass sie sich im spanischen Bürgerkrieg neutral verhalten und Waffenlieferungen an beide kämpfende Parteien verhindern werde. Sie behielt sich lediglich die Aktionsfreiheit

für den Fall eines Eingreifens anderer Mächte in Spanien vor. In eine einfache Sprache "ausgedrückt, heisst diese Haltung der französischen Regierung: "Ob die spanischen Arbeiter von den Faschisten abgeschlehtet werden, ist uns gleichgültig, wir werden lediglich eingreifen, wenn durch die Aktion Hitlers oder Mussolinis das imperialistische Gleichgewicht im Mittelmeer gestört oder die Machtpositionen Frankreichs in Marokko bedroht wird." Die Stellung der Regierung Blum berücksichtigt also weder die Solidarität mit den spanischen Arbeitern, noch die mit der spanischen Volksfront - alles Dinge, von denen die SFIO sehr gerne spricht - sondern nur die imperialistischen Interessen Frankreichs.

Diese Stellung wurde damit begründet, dass eine materielle Hilfe der französischen Volksfrontregierung für den antifaschistischen Kampf in Spanien dem italienischen u. dem deutschen Faschismus den "Vorwand" geben könnte, ihrerseits die spanischen Rebellen zu unterstützen. Diese Argumentation war von vornherein falsch und verlogen. Was die Rechtslage anbelangt, so haben bürgerliche Politiker in Frankreich und England anerkannt, dass gegen Waffenlieferungen an die rechtmässige Regierung Spaniens völkerrechtlich nichts einzuwenden sei. Andererseits gibt es keinen völkerrechtlichen Vorwand dafür, dass eine Regierung offizielle Aufständische unterstützt. Faktisch hat sich die Haltung der französischen Regierung gerade umgekehrt ausgewirkt. Nachdem das Kabinett Blum seine Neutralität erklärt hatte, wurden Hitler u. Mussolini erst recht frech, und unterstützten die spanischen Faschisten nunmehr ganz offen. Der Vorschlag der französischen Regierung, eine gemeinsame ~~Frankreich~~ Neutralitätsklärung der Mächte im spanischen Bürgerkrieg auszuarbeiten, wird von Hitler und Mussolini hinhaltend behandelt.

Die KPF hat - wie das ihrer Politik entspricht - die Haltung der Regierung Blum zum Bürgerkrieg in Spanien im Parlament gebilligt, statt zu fordern, dass die Regierung der spanischen Republik für den Kampf gegen den Faschismus materielle Hilfe erteilt.

Auch sonst ist die Haltung der KPF zum spanischen Bürgerkrieg jämmerlich. Die KPF hat einen Aufruf erlassen, der mit der Parole "Für Frankreich ... Einigt Euch Franzosen" schliesst. In diesem Aufruf wird die Unterstützung der spanischen Republik im Namen der "Sicherheit Frankreichs an den Pyrenäen und in Nordafrika", d. h. im Namen der Sicherheit des französischen Kolonialbesitzes, der Sicherheit des französischen Imperialismus gefordert. Die französischen Arbeiter müssen aber den Kampf ihrer spanischen Brüder nicht vom Standpunkt französischer imperialistischer Interessen, sondern vom Standpunkt der internationalen Solidarität unterstützen. Sie müssen die Kriegstreiber Hitlers und Mussolinis, die jetzt auch in Spanien eine Rolle spielen, bekämpfen, aber auch nicht vom Standpunkt des französischen Imperialismus, der nationalen Solidarität mit der französischen Bourgeoisie, sondern vom Standpunkt des internationalen Klassenkampfes gegen Imperialismus und Faschismus.

In der "Humanité" v. 3. August hat das Sekretariat der KPF eine Erklärung im Namen der KP-Spaniens veröffentlicht, dass das spanische Volk in seinem Kampfe gegen die Faschisten "keineswegs die Errichtung der Diktatur des Proletariats" beabsichtigte und nur ein Ziel habe "die Verteidigung der republikanischen Ordnung in der Achtung des Eigentums". Die Politik der KP-Spaniens behandelten wir an anderer Stelle. Hier wollen wir aber feststellen, dass es keine Hilfe für die spanischen Arbeiter, sondern objektiv eine Erleichterung der reaktionären Hetze gegen sie ist, wenn man die Dinge so darstellt, als ob sie deswegen unterstützt werden müssten, weil sie den Kapitalismus schonten. Was soll geschehen, wenn die spanischen Arbeiter über den Rahmen der Volksfrontpolitik hinausgehen, wie sie das z. T. schon tun? Nach der Logik der jetzigen Aufrufe der KPF wären sie dann nicht mehr der Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse würdig. Wir meinen, dass es notwendig ist, die spanischen Arbeiter nicht im Namen der bürgerlichen Demokratie und der Achtung vor dem kapitalistischen Eigentum, sondern im Namen des internationalen Kampfes für den Sozialismus zu unterstützen. Nicht die Gefühle der demokratischen Imperialisten gilt es zu schonen, sondern die Arbeiter zu mobilisieren, und auch diese demokratischen Imperialisten so unter Druck zu setzen, dass sie ihre gegenwärtige zweideutige Haltung aufgeben und aufhören die materielle Hilfe für den antifaschistischen Kampf in Spanien zu hindern.

Diese Nummer ist speziell den Kämpfen in Spanien gewidmet. Gebt sie überall weiter.

Bericht eines Mitkämpfenden:

VON DER BÜRGERKRIEGSFRONT IN SPANIEN.

oo

Vorbemerkung der Redaktion: Ein Kamerad der IVKO, der an den Strassenkämpfen in Barcelona aktiv teilgenommen hat, liess uns nachfolgenden Bericht zugehen, den wir in zwei Teilen veröffentlichen. Der Bericht stammt aus den ersten entscheidenden Tagen des Bürgerkriegs. In den sehr interessanten Ausführungen gibt uns der Berichterstatter zunächst ein Bild von den sozialen u. politischen Verhältnissen Spaniens kurz vor Ausbruch des Bürgerkriegs. Er deckt die völlig unzulänglichen Massnahmen der Volksfrontregierung gegen den spanischen Faschismus auf. Halbo, zwieschlächtige Massnahmen sind es, die die faschistische Generalität direkt ermuntern mussten den Bürgerkrieg vom Zaune zu brechen. Gerade diese Lehren müssen heute die französischen Arbeiter beherzigen, um dem französischen Faschismus aller Schattierungen nicht eine ähnliche Chance zur blutigen Wiederkehr zu geben.

I.

Der Aufstand der Generalität.

"Barcelona, 23. Juli" Der Aufstand der faschistischen Generalität hatte sein Spiel Anfang Juli. Damals war es in Marokko zu einem Blutbad gekommen, das die Truppen unter der dortigen antifaschistischen Bevölkerung anrichteten. Der General wurde nach Madrid befohlen, wo man ihn verhaften wollte. Als er offen drohte, dass das Heer in Marokko und die Flotte meutern würden, wenn man ihn nicht freilasse, liess man ihn laufen. Gegenüber den reaktionären Offizieren zeigte auch die zweite Regierung Azana eine schwache Hand. Anstatt sie kurzerhand von der Truppe zu entfernen, womöglich festzunehmen, wurden sie zur Strafe nach Marokko oder auf die Balearen geschickt, wo sie dann vollkommen unter sich waren.

Das Offizierkorps war und ist in seiner grossen Mehrheit monarchistisch. Daran hat keine republikanische Regierung wesentliches geändert. Auch der Nachwuchs liess die Dinge beim Alten, indem die Schüler der Kriegsakademie zur Söhne der reichen Bourgeoisie waren oder Söhne des grossen Grundbesitzes. Auf diese Kräfte stützten sich der Faschismus, der Monarchismus, sowie die Kirche, um der Republik gewaltsam ein Ende zu bereiten und eine Diktatur aufzurichten.

Die Faschisten zögerten den Moment zum Losschlagen immer wie der hinaus bis zum dem Punkt, wo die Massen sich enttäuscht von der Volksfront und ihren Partien abwenden würden und bis zu dem Moment, wo in den Massen der Arbeiter u. Bauern, wie der Kleinbourgeoisie und des Bürgertums die Überzeugung Platz griff, dass es mit den Methoden des bisherigen Regierens nicht mehr weitergehe. Diese Stimmung war besonders im Kleinbürgertum bereits stark zu merken. Die Wiedereinstellung der Oktoberentlassenen war bereits eine starke Belastung der kleinen Betriebe. Die Erhöhung der Löhne durch die Streiks war für viele kleine Unternehmer untragbar, die nur infolge der Hungerlöhne und einer unerhört langen Arbeitszeit existieren konnten. Auf dem Lande war die Sabotage des noch immer riesenhaften Grossgrundbesitzes unbeschreiblich. Man liess das Getreide auf dem Halm vertrocknen oder verfaulen; die Neue Aussaat unterblieb, um eine künstliche Hungersnot zu provozieren. In der öffentlichen Presse war infolge der Zensur von diesen Dingen kaum etwas zu merken. Nur der "Obrero de la Tierra", das Organ der Landarbeiterschaft, brachte in jeder Nummer eklatante Beispiele der frechen Sabotage der Gutsherren. Hier konnte man auch lesen, wie es in Wahrheit um die Landverteilung bestellt war. Entweder stand die Verteilung nur auf dem Papier oder man gab den Bauern zum grössten Teil nur trockenes Land, während das beste Land in den Händen der Grossagrarien blieb. Ausserdem fehlte es den Bauern an Geld, um Maschinen, Saatgut, Düngemittel zu kaufen und bis zur nächsten Ernte durchzuhalten. Hinzu kamen die Drangsalierungen durch die Guardia Civil, die auf dem Lande einen viel reaktionäreren Charakter als in die Städten hat. Es sei nur an die Vorgänge Yeste erinnert, wo die Landbevölkerung durch den Bau einer Talsperre buchstäblich dem Hungertode preisgegeben wurde. Die Landbesitzer hatte man entschädigt, die brotlos gewordenen Landarbeiter jedoch leer ausgehen lassen. Es kam hier zu den bekannten Zusammenstössen zwischen der Guardia Civil und der Bevölkerung, bei denen ein furchtbares Blutbad unter den Bauern angerichtet wurde. Wochenlang stand die Bevölkerung unter dem Terror der Polizeitruppen, sodass die Bewohner zu einem grossen Teil fliehen mussten. Der Gouverneur von Toledo, der für

diese Tatsachen verantwortlich war, erklärte offen, dass nicht die Faschisten, sondern die Marxisten die Feinde der Nation seien. Der "Man von Yesto" blieb auf seinem Posten trotz der Proteste der Arbeiterschaft. Dagegen wurde der republikanische Gouverneur von Oviedo seines Amtes entsetzt, weil er an Galvo Sotelo, das Haupt der monarchistischen Verschwörer, ein abfälliges Telegramm gerichtet hatte. Terrorpartei gegen Antifaschisten waren an der Tagesordnung; auf der anderen Seite kamen die Gegner der Republik mit Freisprüche oder glimpflichen Urteilen davon. Noch am Mittwoch der vergangenen Woche, war in dem Organ der Anarcho-Syndikalistin, der "Solidaridad Obrera" von einem Urteil zu lesen gegen einen Arbeiter, der einen Bürgermeister geohrfeigt hatte. Über 4 Jahre Gefängnis wurden gegen ihn verhängt, weil er mit dem Bürgermeister gleichzeitig auch die hohe Staatsgewalt beleidigt habe.

Die Regierung der Volksfront hemmt die Aktionskraft der Arbeiter.

Immer wieder zeigte es sich, dass die Regierung der Volksfront nur dazu da war, die gärende Unzufriedenheit der Massen aufzufangen. Bei dem Streik der kaufmännischen Angestellten in Katalanien stand die Regierung von der ersten Minute auf Seite der Unternehmer. Der Vertreter der Regierung erklärte, dass die Parteien der Volksfront die Regierung "nicht nur im Parlament, sondern auch auf der Strasse zu unterstützen" hätten. Unter Androhung von Geldstrafen versuchte die Regierung die Geschäftsleute zu zwingen, die Läden offenzubehalten. Streikbrecher arbeiteten unter dem Schutz der Polizei. Aber das alles konnte die kaufmännischen Angestellten nicht hindern den Streik bis zuletzt fest geschlossen durchzuführen und mit einem Sieg zu beenden, der ihnen zwar nicht alles brachte, was sie gefordert hatten, aber doch ein Sieg war - ein Sieg gegen die Unternehmer und die Regierung der Volksfront. Es sei daran erinnert, dass dieser Streik gegen den Willen der Arbeiterparteien in der Volksfront, vor allem auch gegen den Willen der KP ausgebrochen war, dies sich erst unter dem Druck ihrer Anhänger in der Gewerkschaft dazu bequeme, den Streik zu sanktionieren. Man konnte bei diesem Streik sehr gut beobachten, dass viele Angestellte erst jetzt sich ihrer Klassenlage bewusst zu werden begannen, dass sie die Erfahrung machten, dass jede Regierung im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft für die Unternehmer Partei ergreifen muss.

Der Transportarbeiterstreik war noch im Gange, als der Militärputsch ausbrach. Ein allgemeiner Eisenbahnerstreik befand sich bereits im Vorstadium, in dem die Eisenbahner ihre Forderungen bereits diskutierten und bereit waren, dafür in den Streik zu gehen.

Die faschistischen Verschwörer im Bunde mit den monarchistischen Offizieren planten seit Wochen einen Putsch. Sie wollten den günstigen Moment abwarten und schoben den Tag des Losschlagens immer wieder hinaus. Es konnte ihnen nicht unlieb sein, dass Teile der revolutionären Arbeiterschaft in der Volksfront gefesselt waren, dass sie im Bunde mit dem Kleinbürgertum mit ihren Aktionen zurückhielten, um ihre Bundesgenossen nicht "zu erschrecken". Das Organ der KP-Spaniens "Mundo Obrero" schrieb noch vor Wochen, dass die Arbeiterschaft nicht so stürmisch vorgehen dürfe, in dem Glauben, alles mit einem Schläge zu erreichen; es käme fast vor allem darauf an, das Bündnis mit dem Kleinbürgertum nicht zu sprengen. Die Folge einer solchen Taktik war die Schwächung der Klassenkraft im revolutionären Lager, eine Schwächung, die auch die Anziehungskraft des Proletariats gegenüber dem Kleinbürgertum herabmindern musste. Es ist das historische Schicksal des Kleinbürgertums, dass es ständig schwankt zwischen Proletariat und Bourgeoisie, dass es nur angezogen wird von einer überlegenen Kraft. Und wenn diese Kraft gleichzeitig den Weg einer neuen Ordnung zeigt, die das Kleinbürgertum als Klasse aufhebt und damit erst die Ketten des Grosskapitals zerschlägt, unter dem diese Schichten leiden, wenn das Proletariat in dieser Weise für seine und ihre Interessen kämpft im unerbittlichen Kampf gegen das Kapital und für den Sozialismus, nur dann kann man verhindern, dass das Kleinbürgertum in das Lager des Faschismus überläuft. Der Weg der Volksfront, des zeitweiligen Aussetzens des Klassenkampfes verschafft dem Proletariat keine Sympathien bei den Kleinbürgern, zumindestens müssen diese Sympathien bald umschlagen, wenn die Arbeiter sich wehren, für die längst zum Untergang reife kapitalistische "Ordnung" Opfer zu bringen. Man konnte auch in Spanien beobachten, wie die Sympathien für die proletarischen Bundesgenossen in dem Kleinbürgertum deutlich zurückgingen und zum Teil bereits deutlich eine feindliche Stimmung Platz griff, die der Regierung und der Wirtschaft durch ihre Streiks nur "Schwirigkeiten" machten.

Der faschistische Putsch bleibt isoliert.

Unter diesen Umständen hatten die Faschisten nur zu warten brauchen, da die Politik der Volksfront letzten Endes für sie arbeitete. Aber dass sie nicht warteten hatte seine Gründe. Die Arbeiter dachten als ihre Parteien der Volksfront. Sie zwangen diese zu Massaktionen für ihre Forderungen, unbeschadet dessen, ob dadurch die Kleinbürger erschreckt wurden oder nicht. Es musste der Moment kommen, wo die ganze unnatürliche Volksfront platzen würde. Dann konnte es zu spät sein für die Faschisten loszuschlagen. Die Ermordung Salvo Soler war ein Alarmsignal für die Verschwörer, ein leuchtendes Panal für die Arbeiterschaft. In Malaga und Madrid hatten CNT-Arbeiter (Anarchosyndikalisten) und UGT-Arbeiter (Freigewerkschaftler) aufeinander geschossen. War es nicht ein Wink des Schicksals, diese Uneinigkeit im Lager der Arbeiterklasse auszunutzen? Bestand nicht die Gefahr, dass der Ruf der Arbeiter Asturiens "U H P" (Union de hermanos proletarios-Einigkeit der proletarischen Brüder) Wirklichkeit werden würde? Ja, diese Gefahr bestand, und die Arbeiter Spaniens hatten sich geschworen, dass dieser Brudermord bei dem die Besten gefallen waren, sich nie wiederholen dürfe. Die Arbeiter haben diesen Schwur gehalten. Die Faschisten jedoch glaubten nicht daran, dass diese Einigkeit im Kampf sich so schnell verwirklichen würde.

Es scheint jedoch, als ob der Putsch in Marokko zu früh losgegangen ist; denn es folgte darauf keineswegs der Aufstand im übrigen Spanien. Am Samstag brachten die Abendblätter die Nachricht, dass das Heer in Marokko und auf den kanarischen Inseln gemaßert habe. Es heisst, dass dies schon am Donnerstag geschehen ist, dass die Mitteilungen darüber jedoch von der Regierung zurückgehalten wurden. Die Garnison von Barcelona ging erst am Sonntagfrüh um 4 Uhr zur offenen Rebellion über. Warum liess man kostbare Zeit verstreichen, ehe man losschlug? Die Rolle hat anscheinend nicht geklappt. Wahrscheinlich war der Zeitpunkt zum Losschlagen wieder verschoben worden und hatte das Heer in Marokko nicht mehr erreicht oder, was auch anzunehmen ist, man hatte sich dort nicht daran gekehrt und durch das Losschlagen das Signal zur allgemeinen Rebellion geben wollen.

Der Strassenkampf in Barcelona.

Die Organisationen der Arbeiterschaft lagen bereits in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag in Alarmbereitschaft. Auf die Nachricht von der Meuterei der Truppen in Marokko gingen am Samstag Delegationen zur Regierung von Katalonien, die von der Regierung die Bewaffnung der Arbeiterschaft verlangten. Die Regierung erklärte, die Arbeiter sollten nicht eher auf die Strasse gehen, bis der Putsch wirklich ausgebrochen sei. Die Regierung liess die Kasernen von der Guardia Civil (noch aus der Monarchie stammend) umzingeln und der Guardia Assalto (von der Republik geschaffen). Auf dem Ramblas, der Hauptverkehrsader Barcelonas lagen wie immer in den letzten Tagen die Anarcho-Syndikalisten in Alarmbereitschaft, zumal sie dort ihr Hauptverksamkeitshaus haben. In der Nacht vom Samstag zum Sonntag herrschte in den Ramblas und in den anderen Strassen im Zentrum der Stadt sowie in den Arbeitervierteln eine grosse Unruhe im Publikum, das sich auf den Strassen befand. Es zirkulierten Gerüchte, dass die Truppen ihre Kasernen verlassen würden. Um 4 Uhr früh hiess es, dass die Truppen der Caserno in Pedralbes, im Nordwesten der Stadt, den Polizeikorps durchbrochen hätten. Sofort wurde der Generalstreik proklamiert. Der Streik war vollkommen. Da es ein Sonntag war, hatten die Läden an sich geschlossen. Darüber hinaus lagen sämtliche Verkehrsmittel still. Selbst die Privatautos konnten nicht fahren. Nur Licht, Gas und Wasser funktionierten weiter. Zur Stunde, wo diese Zeilen geschrieben werden, Donnerstagabend wird der Generalstreik noch weitergeführt. Er soll solange dauern, bis der Faschismus in seinen letzten Schräpfwinkeln ausgeräuchert ist. Nur die Öffnung der Lebensmitteläden ist jetzt zugelassen und die Abfuhr des Kohrlichts und der Abfälle. Es fahren im übrigen nur die von den Organisationen requirierten Autos...

Die Kaserne von Pedralbes liegt gleich hinter dem feudalsten Villenviertel von Barcelona und ist zu einem grossen Teil von der "jeunesse dorée" belegt. Die Truppen dieser Caserne gingen nach einem strategischen Plan offensiv gegen das Stadttinnere und den Sitz der Regierung vor. Sie besetzten, verstärkt durch uniformierte Faschisten, die Plätze España, Universidad und Cataluna, um sie dann in der Calle Mondoz Pelayo auf den unerwarteten und hoffigen Widerstand der dort in der Nähe kasernierten Guardia Civil, die in Verbindung mit den Asaltos eine Batterie zur Unterwerfung zwang. Die übrigen Guardia Civil

vorhielten sich zunächst neutral und schlossen sich erst im Laufe des Tages mehr und mehr den Arbeitern an. Andere Truppen rückten aus der Kaserne in der Calle Gerona und aus Sanx Andres vor, um sich über den Plaza Urquinaona mit den obengenannten Truppen zu vereinigen. Diesen Truppen gelang es mit Stille-rie und Maschinengewehren bis zur Cortes zwischen den Strassen Bruck und Claris vorzustossen, wo ihnen endgültig Halt geboten wurde. Hätten sie sich mit den oben genannten Truppen vereinigt, wäre ihnen der Durchbruch gelungen, dann wäre die Lage für die Antifaschisten kritisch geworden. Einen anderen Brennpunkt des Kampfes bildete die Caserne der 4. Division im Paseo de Colon, direkt am Hafen. Hier war auch das Hauptquartier mit dem General Goded an der Spitze. Den Truppen hier gelang es nicht weiter vorzustossen als bis zu den Ramblas in ihrer unmittelbaren Nähe. Darüber hinaus kamen sie nicht. Nach den Truppen, auf ihrem Vormarsch an sich schon geschwächt durch fortwährende Partisenenkämpfe, auf das Gross der Arbeiter stiessen, kam ihre Bewegung zum Stehen. Die Arbeiter kämpften überahl mit einer Tapferkeit und Todesverachtung, die ihresgleichen sucht. Zu Beginn der Kämpfe kamen von den Soldaten nur einzelne Überläufer. Als sich dann zeigte, dass sie nicht verhaftet wurden, kam man sie bald in ganzen Gruppen. Erwähnt muss noch werden, dass einzelne Casernen bis zuletzt vollkommen in der Defensive blieben, andere wiederum kostbare Stunden verstreichen liessen, ehe sie sich in Marsch setzten. Bis zum Sonntag waren sämtliche Plätze in den Händen der Antifaschisten bis auf ein befestigtes Gebäude im Hafen, das erst am Montagnachmittag fiel. Gleichwohl gab es an den folgenden Tagen immer noch Geplänkel in der Stadt.

Die Arbeiter hatten aus den Kämpfen des Oktobers gelernt, Lehren, die auch die Februarrevolution in Osterreich zeigte. Sie verschanzten sich nicht, sie waren von vornherein in der Offensive und zwangen mit ihrer beweglichen Partisanentaktik die Faschisten sich zu verschanzen und defensiv zu kämpfen. Barikaden gab es eine Menge auf seiten der Antifaschisten, teils um die Truppen auf dem Wege gegen das Gross der Arbeiterschaft aufzuhalten, teils um bei der Offensive Deckung zu suchen. Der Gefechtswert der Truppen war ganz verschieden. Es gab Casernen, die keinen Schuss abgaben, Kompanien, die sehr bald zu den Arbeitern übergingen, andere, die erbittert kämpften. Aber sie kämpften so, wie sie es gelernt hatten - technisch gut, aber ohne den beispiellosen Elan wie auf Seiten der Arbeiterschaft.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Ein Arbeitersportler über Spanien.

In der "Freien Presse" v. 28.7. gibt ein Teilnehmer der Volksolympiade in Barcelona seine Eindrücke über den Faschistenputsch wieder. Er schreibt u. a.:

"Die Schuld der Regierung an dem Aufstand in Spanien steht für mich felsenfest. Nicht etwa weil sie den Konflikt ausgelöst hat, was nicht zutrifft, sondern weil sie die faschistische Gefahr in ihrer Grösse und Gefährlichkeit nicht erkannte und nicht energisch und wirkungsvoll dessen Organisation zerstörte. Sie hat ferner nichts getan um sich die Sympathien der Söhne des Volkes im Waffenrock zu sichern, hat nichts getan zur Erlangung einer zuverlässigen republikanischen Gendarmerie, hat ungenügend für die Arbeiter getan, um sie vor übermässiger Ausbeutung und Hungerlöhnen zu schützen. Die öffentlich wichtigen Betriebe wie Gas, Wasser, Elektrizität, Eisenbahn etc. befinden sich nach wie vor in den Händen des Privatkapitals, Fleisch, Zucker, Kleider etc. sind in Spanien genau so teuer wie bei uns, trotz viel geringerem Verdienst der Arbeiter. Auch die Gewerkschaften und die proletarischen politischen Parteien scheinen die letzten Monate nur ungenügend zur Aufklärung und Propaganda benützt zu haben. Auto oder Häuser mit einer Fahne des Proletariats war wirklich eine Seltenheit. ... Tausende braver und tapferer Proleten sind auch heuer wieder als Opfer des Faschismus gefallen. Wenn die Sache der Regierung siegt, wird es nur möglich gewesen sein, auf Grund der heldenmütigen Unterstützung der Arbeiter. Doch, werden sie gefallen sein und gekämpft haben lediglich zur Aufrechterhaltung von etwas Schmärem, das sich "demokratische und republikanische Freiheit" nennt? Oder wird der Sieg endlich und für immer, ihnen, den Arbeitern, gehören?"

Diese einfachen Feststellungen jenes Arbeitersportlers, sind eine nachdrückliche Bestätigung der von der "Arbeiterpolitik" vertretenen Auffassungen gegenüber der Volksfrontpolitik.

Erscheint wöchentlich.

Bezugspreis Monat Fr. 2.-
Einzel exemplar 50 Centimes

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Gesamtheit Elsass (Section der IVK)

N° 33/III. Jahrgang.

Dritte Augustwoche 1936

DIE REGIERUNG BLUM UND DIE SPANISCHE FRAGE. oo

Die Londoner "Times" hat in einem Artikel geschrieben, dass die Haltung der Regierung Blum zum Bürgerkrieg in Spanien keineswegs von irgendwelchen "kommunistischen Doktrinen" beeinflusst sei, sondern den Auffassungen des "überwiegenden Teils der öffentlichen Meinung Frankreichs" entspreche; unter dem "überwiegenden Teil der öffentlichen Meinung Frankreichs" versteht das englische konservative Blatt offenbar die Mehrheit der Pariser Presse, die faschistischen- und faschistenfreundlichen Schmutzblätter, die presse pourrie. Die "Times" sagt natürlich nicht die Wahrheit, wenn sie die von den gekauften Pariser Lügenblättern fabrizierte "öffentliche Meinung" als die Auffassung der Massen des französischen Volkes hinzustellen sucht. Aber sonst entspricht die Ansicht des Blattes der Londoner Börsenmagnaten über die Politik, die die Regierung Blum in der spanischen Frage betreibt, durchaus den Tatsachen. In der Tat schlägt die Haltung der Regierung Blum, in der die SFIO die Mehrheit hat, allen Gefühlen der proletarischen Solidarität, die die französischen Arbeiter heute gegenüber ihren kämpfenden spanischen BRÜDern empfinden, ins Gesicht und die Handlungen der Regierung entsprechen genau den Wünschen der mit dem Faschismus sympathisierenden u. vom Grosskapital gekauften Lügenpresse. Die Faschisten und die ihnen nahestehende Presse haben von Anfang an gefordert, dass die Regierung nichts tue, was als eine Unterstützung der völkerrechtlich anerkannten spanischen Regierung, gegen die faschistischen Meuturer aufgefasst werden könnte und dass sie gleichfalls alles unterlasse, was auf den Widerstand Nazideutschlands und des faschistischen Italiens, d. h. der beiden Mächte, die die spanischen Putschisten direkt u. offen unterstützen, stossen könnte. Die Regierung Blum hat sich danach gerichtet. Sie hat an die europäischen Mächte ein Nichtinterventionsangebot gemacht, dass die spanische Regierung, (die sie selbst als eine rechtmässige u. befreundete Regierung bezeichnete), auf den gleichen Fuss stellte wie die faschistischen Rebellen. Die französische Regierung hat weiterhin die Waffenausfuhr und selbst die Ausfuhr von Zivilflugzeugen nach Spanien verboten, noch bevor ihr Nichtinterventionsangebot von den anderen Mächten akzeptiert war. Nazideutschland und Mussolini-Italien liefern unterdessen Waffen u. Flugzeuge an die Franco und Konsorten und ziehen die Verhandlungen über das französische Nichtinterventionsangebot in die Länge. Mussolini soll jetzt verlangt haben, dass auch alle Goldsammlungen für Spanien unterbunden werden sollten; die französische Regierung soll sich bereit erklärt haben, auch diese Forderung im Rahmen eines Nichtinterventionsabkommens zu erfüllen, soweit sie die "gesetzlichen Handhaben" dazu besitze. Die Regierung Blum verhandelt also auch über die Verhinderung der Goldsammlungen der proletarischen Organisationen für die kämpfenden spanischen Arbeiter. Die internationale Kommission von Tanger hat beschlossen, den regierungstreuen Kriegsschiffen Spaniens das Anlaufen dieses Hafens zu verbieten. Die spanische Regierung, die diese Massnahme hingenommen hat, um keinen Konflikt zu provozieren, hat gleichzeitig festgestellt, dass sie einen Bruch der internationalen Verträge über die Zone von Tanger darstelle. In der internationalen Kommission von Tanger sitzen bekanntlich auch Vertreter der französischen Regierung.

Zyromski u. Brouckère gegen die Haltung der Regierung.

Zur besseren Beurteilung der Haltung der Regierung Blum wollen wir zwei unverdächtige Zeugen anführen. Der erste ist Joan Zyromski, einer der Führer der SFIO. Zyromski schrieb im "Populaire" v. 4. August unter der Überschrift "Für

die spanische Republik":

"Die Regierung der Französischen Republik hat das unzweifelhafte "Recht" auf Bestellungen von Waffen, Munition u. Material, die von der legalen und rechtmässigen Regierung der spanischen Republik ausgehen, zuzustimmen zu antworten. Es wäre die Ablehnung, die eine unfreundliche Haltung dieser Regierung gegenüber bedeuten würde. Ich spreche gar nicht von der vordringlichen Pflicht der demokratischen, proletarischen, antifaschistischen Solidarität. Sie ist allzu offenkundig."

So weit Zyromski. Der Vorsitzende der II. Internationale, der belgische Sozialdemokrat de Brouckère, erklärt in einem Artikel:

"Die Haltung, die die faschistischen Mächte (im spanischen Bürgerkrieg) eingenommen haben, ist ein tatsächlicher Angriffshandlung (agression)... Aber Europa lässt es durchgehen. Es lässt die spanische Republik mit demselben Mangel an Mut erwürgen, den es in der abessinischen Frage an den Tag gelegt hat. Hat man nicht von der Neutralität gegenüber der spanischen Regierung u. einer Bande verräterischer Offiziere gesprochen, was allen Rechtsbegriffen widerspricht? Europa lässt es durchgehen. Es lässt es durchgehen, um, wie gesagt wird, "den Frieden zu retten." Es ist schwer sich eine derartige Verblendung vorzustellen. Sieht man denn nicht, dass man, wenn man von Konzession zu Rückzug, von Schwäche zu Abdenkung schreitet, dem Faschismus die Initiative u. die politische Führung Europas überlässt? Sieht man denn nicht, dass man jeden Tag seine Frechheit vergrössert, dass man sie schrankenlos macht und dass er nicht haltmachen und und in den Krieg stürzen wird, und zwar umso mehr je schwächer wir uns ihm gegenüber zeigen... Stellen wir uns vor... dass wir ruhig der Ermordung der spanischen Republik durch alle vereinten Faschisten zuschauen, stellen wir uns vor, dass wir dieselbe "Vorsicht" walten lassen, wenn der deutsche Faschismus den Aufstand in den Sudetenprovinzen organisiert und von uns die "Neutralität" gegenüber diesen Aufständischen und der tschechoslowakischen Regierung verlangt. Hätten wir dann den Frieden gewonnen? Nicht einmal um diesen Preis... Warum sollten dann unsere Militärs, Bankiers, Faschisten nicht das tun, was anderwärts so gut geglückt ist und nicht unsere Demokratie mit Hilfe ausländischer Bajonette vernichten?"

Zyromski ist ein glühender Anhänger der Regierung Blum und man hat nichts davon gehört, dass er ihre Aussenpolitik jetzt bekämpfe. De Brouckère ist ein Erzreformist und seine Kritik an der Haltung der europäischen Regierungen, darunter auch der Regierung Blum, ist nicht von irgendwelchen revolutionären Gesichtspunkten diktiert, sondern von der Tatsache beeinflusst, dass die belgischen Faschisten, die Roxisten und die flämischen Nationalisten, mit den Nazis ziemlich eng verbunden sind, so dass die Gefahr, dass sie mit Hitlers Hilfe einen Handstreich wagen, tatsächlich sehr aktuell ist. Das Vorhandensein dieser Gefahr hindert allerdings die Parteigenossen de Brouckères, die in der belgischen Regierung sitzen nicht, sich ebenso zu verhalten, wie die SFIO-Minister in Paris.

Feigheit und Kapitulation vor dem Faschismus.

Wir haben die Auffassungen zweier Sozialdemokraten angeführt, um zu zeigen, dass man gar nicht erst ein Revolutionär u. Kommunist zu sein braucht, um die Politik der Regierung Blum in der spanischen Frage als schmachvoll zu empfinden. Vom Standpunkt des revolutionären Proletariats muss gegen diese Politik der schärfste Protest erhoben werden, denn sie ist nichts anderes als eine Politik der Feigheit und der Kapitulation vor dem Faschismus, eine objektive Hilfeleistung für die von der internationalen faschistischen Reaktion erstrebte blutige Niederschlagung u. Knechtung der spanischen Arbeiter.

Die schönen Phrasen, die man sonst von der Volksfrontregierung zu hören bekam, sind jetzt, wo es sich um einen praktischen Fall handelt, plötzlich vergessen. Von der kollektiven Sicherheit, auf deren Schutz ein Mitgliedsstaat des Völkerbundes Anspruch hat, hört man im Falle Spanien nichts mehr. Spanien wird nicht nur nicht gegen die deutsche u. italienische Intervention, die in Waffenlieferungen und Kriegsschiffsendungen zum Ausdruck kommt, in irgendeiner wirksamen Weise geschützt, vielmehr werden gegen die spanische Regierung Sanktionen verhängt, wie man sie z. B. nicht gegen Italien anwandte. Der Völkerbund, der kleine Staaten vor Übergriffen der Grossmächte schützen sollte, erweist sich als nicht-existent. Es zeigt sich jetzt in der Praxis, dass er nach

Blumage in der abessinischen Frage und nach der geglückten Naziprovokation vom 7. März nur noch ein Leichnam ist, sonst erklärt die französische Regierung immer, dass sie dagegen sei, dass der Völkerbund durch ein Direktorium der Grossmächte ersetzt werde. Jetzt in der spanischen Frage hat die Regierung Blum sich die faschistische Idee des Direktoriums der Grossmächte de facto zu eigen gemacht, und die Praxis beweist, dass Mussolini u. Hitler dabei auf ihre Kosten kommen.

Die französische Regierung begründet ihre Haltung damit, dass man die Bildung zweier einander entgegengesetzter Mächteblöcke in Europa, von denen einer demokratisch und der andere faschistisch sei, verhindern müsse. Dieses Argument zeigt nur, dass für diejenigen imperialistischen Länder, deren Staatsform bürgerlich-demokratisch ist, die kapitalistischen Profitinteressen, die Gesichtspunkte des Imperialismus und nicht die Prinzipien der bürgerlichen Demokratie die Richtlinien ihres Handelns sind.

Die Arbeiter erhalten jetzt einen guten Anschauungsunterricht über den Wert der bürgerlichen Demokratie und der bürgerlichen Friedensphrasen. Um keine zwei entgegengesetzten Mächteblöcke aufkommen zu lassen, bemüht sich die französische Regierung um das Zustandekommen einer Einheitsfront der kapitalistischen Regierungen auf der Basis der Unterbindung der Waffenlieferungen für die kämpfenden spanischen Arbeiter (was die faschistischen Rebellen anbelangt, bekommen sie einstweilen Waffen und jedes Kind und so gar auch die französische Regierung weiss, dass Hitler u. Mussolini sie auch dann weiter beliefern werden, wenn sie feierlich versprochen haben, das nicht zu tun). Um die Entstehung zweier feindlicher Blöcke zu verhindern, versucht also die französische Regierung die kapitalistischen Regierungen zu einer Front zu sammeln, die sich mit ihrer Spitze gegen die spanischen Arbeiter richtet. Die französische imperialistische Bourgeoisie fürchtet die proletarische Revolution in Spanien mehr als die Bedrohung durch die faschistischen Mächte des Auslands, und die Regierung Blum ist als eine Koalitionsregierung nur der Geschäftsträger der französischen imperialistischen Bourgeoisie.

Die Politik der Regierung Blum bedroht die spanische Arbeiterklasse, das internationale Proletariat und die Sowjetunion.

Diese Politik der Regierung Blum bedroht das spanische Proletariat, das heute in einem Kampfe steht, der für das gesamte internationale Proletariat von entscheidender Bedeutung ist. Seit der russischen Revolution von 1917 hat (wehn wir von den Räterepubliken in Ungarn und Bayern absehen) keine Arbeiterklasse Europas die Sache der proletarischen Revolution so weit vorangetrieben wie die spanische. Aber die Politik der Regierung Blum bedeutet nicht nur eine Gefahr für die spanischen Arbeiter, sondern auch für die Sowjetunion. Man stelle sich nur vor, dass die französische Regierung an der Methode, die sie heute gegenüber Spanien anwendet, im Falle einer Bedrohung der SU durch Nazideutschland festhält. Es wird dann heissen, dass Frankreich, um "nicht die Spaltung ganz Europas in zwei Mächteblöcke zu verursachen, sich still verhalten müsse.

Die heutige Situation ist eine drastische Widerlegung der weltpolitischen Konzeption, die von der Kommunistischen Internationale in der letzten Zeit vertreten wurde. Dimitrow erklärte, dass es Sektierertum sei, wenn man vor Illusionen über den Völkerbund warne. Wo ist heute der Völkerbund? Dimitrow u. die KI setzten ihre Hoffnungen darauf, dass ein Block der bürgerlich-demokratischen Staaten und der Sowjetunion den Faschismus bändigen werde. Heute bemühen sich die bürgerlich-demokratischen Imperialisten eifrig darum, mit den faschistischen ein Schachergeschäft auf Kosten der spanischen Arbeiter abzuschliessen. Die bürgerlich-demokratischen Staaten haben gezeigt, dass das Weltproletariat und die Sowjetunion sich nicht auf sie verlassen können, auch dann nicht, wenn in ihnen Volksfrontregierungen an der Macht sind.

Die Haltung der Arbeiter u. der Arbeiterorganisationen.

Die Masse der französischen Arbeiter lehnt die schmachliche Haltung der Regierung Blum ab. In den Pariser Versammlungen rufen die Arbeiter "Flugzeug-Kanonen für Spanien". Die Arbeiter von Hotchkiss, die schon während des grossen Pariser Metallarbeiterkampfes im Juni an der Spitze der Bewegung marschierten, haben einen Brief an Léon Blum gerichtet, indem sie fordern, dass die Regierung die spanische Regierung rückhaltlos unterstütze, und erklären, dass die

Waffen, die bei Hotchkiss hergestellt werden, den spanischen Arbeitern zur Verfügung gestellt werden müssen.

Die Führungen der Arbeiterorganisationen, der SFIO, der KPF und der CGT tragen diesen Stimmungen in ihrer Weise Rechnung. Sie halten Reden und schreiben Artikel, in denen gegen die Neutralität im Spanischen Bürgerkrieg protestiert und die allseitige Unterstützung der spanischen Arbeiter gefordert wird, aber sie hüten sich die Politik der Regierung Blum, die die Unterstützung der spanischen Arbeiter mit Waffen hindert, offen anzugreifen und ihr ihre Unterstützung zu entziehen. Ein Mustereispiel für diese zweideutige Haltung, die eine grosse Täuschung der Arbeiter darstellt, ist ein Brief der KPF an die Leitung der SFIO, der in der KP-Presse veröffentlicht wird. In diesem Brief wird gefordert, dass der spanischen Regierung die Möglichkeit gesichert werden müsse, alles zu kaufen, was sie brauche, es heisst dann weiter:

"Wir sind der Auffassung, dass es in einer solchen Situation möglich wäre, dass unsere beiden Parteien einen gemeinsamen Schritt unternehmen, um das spanische Volk in seinem ruhmreichen Kampf für Freiheit und Frieden zu unterstützen."

Weiter wird eine Sitzung des Koordinationskomitees der KPF und der SFIO angeregt, in der besprochen werden soll, wie es zu verhindern wäre, dass die spanische Regierung einer Blockade unterworfen wird. Dass die SFIO in der Regierung sitzt, und dass diese Regierung von der Unterstützung der KPF abhängig ist, wird in dem Schreiben der Thorez u. Duclos nicht erwähnt. Die Regierung ist Tabu, sie wird von der KPF "lückelos" unterstützt, ganz gleich, was sie tut. Wenn man aber die Regierung aus dem Spiele lässt, so ist die ganze "Aktion", die die KPF vorschlägt, eine reine Komödie. Wenn eine reinbürgerliche Regierung das getan hätte, was heute das Kabinett Blum tat, dann hätten SFIO u. KPF wahrscheinlich ihren Rücktritt gefordert, so wie sie dies gegenüber Laval getan haben. Aber heute haben wir eine Volksfrontregierung, und SFIO u. KPF winden sich hin und her, achten aber darauf, dass dem Kabinett Blum nichts passiert. So hindert die Koalitionspolitik, dass der Druck der Massen zugunsten der spanischen Arbeiter praktische Wirkung hat. Dieser Druck darf aber nicht aufgehört, er muss verstärkt werden; es gilt einzutreten: gegen die Politik der Regierung Blum, gegen die zweideutige Haltung der Führer der Arbeiterorganisationen, für die Verwirklichung der Losung der Pariser Arbeiter: "Flugzeuge und Waffen für Spanien", für die Verhinderung des Waffenschmuggels zugunsten der spanischen faschistischen Rebellen!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DIE "FRONT DER FRANZOSEN".
oooooooooooooooooooooooooooo

Die neueste Losung der KPF heisst "Front der Franzosen". Diese Losung wurde zuerst von Duclos in der "Humanité" vom 4.8. aufgestellt. Duclos berief sich dabei auf eine Rede des radikalen Ministers Chautemps, der die "Vereinigung aller Republikaner" verlangte, worunter der rechte Flügel der Radikalen, zu dem Chautemps gehört, bekanntlich den Block mit den Rechtsparteien versteht. Ferner zitierte Duclos in seinem Artikel beifällig einige Phrasen des rechtsstehenden Politikers Petsche und des früheren Ministers verschiedener Rechtsregierungen Paul Reynaud, in denen von "nationaler Einheit" die Rede war. Duclos tut, als ob es eine grosse Errungenschaft und eine Nachwirkung der Rede von Thorez in Amiens sei, wenn Leute wie Chautemps, Petsche und Reynaud von "nationaler Einheit" reden. Aber diese Herrschaften haben das schon immer getan, nur hat die KPF früher diese Phrasen aufs Schärfste bekämpft, während sie sie heute übernimmt. Duclos (und nach ihm auch Thorez in einer Rede, die er am 6.8. in Paris gehalten hat) verstehen unter "Front der Franzosen" die Erweiterung der Volksfront nach rechts, durch Hinzuziehung "gemässigter" Politiker ("gemässigt" ist bekanntlich der landläufige Ausdruck für reaktionär). Nur eine "ganz geringfügige Minderheit von Schädlingen", d. h. wohl die Offenen Faschisten sollen ausserhalb dieser Front stehen. Dabei ist die ganze bürgerliche Rechte mehr oder minder mit den faschistischen Ligen verbunden und speziell Paul Reynaud, den Duclos so gern an sein antifaschistisches Herz drücken möchte, verdankt seine Wahl zum Deputierten der Unterstützung der Croix de Feu und der faschistischen Propagandazentrale von Kerillis. Als Grundlage für die "Front aller Franzosen" sollen folgende Punkte dienen: 1.) die Anwendung der Matignonverträge und der neuen Sozialgesetzgebung; statt also diese von den Arbeitern erkämpften Reformen der Arbeiter zum Ausgangspunkt neuer Massenaktionen zu ma-

chon, will die KrF auf ihrer Basis mit der Bourgeoisie einen Burgfrieden schliessen was nur der Sabotage und Durchlöcherung der Sozialgesetzgebung durch die Unternehmer förderlich sein kann. 2.) Die wirkliche Auflösung und Entwaffnung der Ligen; das ist zusammen mit den "gemässigten" Faschistenfreunden noch weniger möglich als mit den Radikalen. 3.) Verteidigung der Verfassung und aller (1) Gesetze der Republik, - also Verteidigung des bürgerlichen Staates samt allen seinen arbeiterfeindlichen Gesetzen. 4.) Verteidigung der nationalen Wirtschaft; das ist eine Formel der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten, auch wenn Thorez, nach dessen Rede wir diese Punkte zitieren, dabei vom Kampf gegen die Sabotage der Kapitalisten spricht. 5.) Freiheit und Unabhängigkeit des Landes; das heisst "Front der Franzosen", Burgfrieden (union sacrée), Landesverteidigung auf dem Boden des französischen Imperialismus.

Bei der Volksfront erklärte die KPF, das sei keine Koalitionspolitik, es handle sich um ein Bündnis mit dem Kleinbürgertum. Das stimmte schon damals nicht, denn die radikale Partei zählt zahlreiche Kapitalisten in ihren Reihen. Aber heute kommt es noch dicker, denn unter den "Gemässigten" sitzen bekanntlich politische Vertreter des Grosskapitals, der Trusts, der Grossbanken usw.

Mit diesen engsten Freunden und z.T. sogar Angehörigen der "200 Familien" will sich die KPF "versöhnen". Das ist eine schmachvolle Verleugnung der kommunistischen Grundsätze, und es passt ganz dazu, wenn Thorez in seiner Rede vom 6.8. erklärt, dass die Volksfront einerseits nicht die Revolution, andererseits aber "die Zukunft unseres Volkes" sei. Die Politik der KPF führt tatsächlich zum Verzicht auf die proletarische Revolution!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

AUS TRITT ~~DER~~ DER KOMINTERSEKTION AUS DER KATALANISCHEN
 ooo
 REGIERUNG.
 ooooooooooooo

Wir hatten in der vorigen Nr. gemeldet, dass die der Komm. Internationale angeschlossene Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens in die bürgerlich-republikanische Regierung eingetreten sei. Sie ist inzwischen wieder aus der Regierung ausgetreten, und zwar unter dem Druck der Anarchisten. Welche Schande für die KI, dass Anarchisten darüber wachen müssen, dass ihre Sektionen sich nicht allzu ~~weit~~ weit vom Boden des Klassenkampfes entfernen!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

VON DER BÜRGERKRIEGSFREONT IN SPANIEN.
 ooo

II.

Barcelona, 23/7. Vielfach wurde aus Kirchen geschossen, teils weil sich die Faschisten dort von vornherein verschanzt hatten, teils weil sie im Verlauf des Kampfes dort Deckung suchten. Die Folge ist, dass nicht eine einzige Kirche geblieben ist.

Unvorgesslich ist mit der Jubel, mit dem die Lastwagen mit bewaffneten Arbeitern, Soldaten und Polizei (oft in einem einzigen Wagen bunt gemischt; so wie sie der Kampf zusammengeführt hatte) überall von der Bevölkerung empfangen wurden.

Das Strassenbild in diesen Tagen war eigenartig. Autos aller Art waren von den kämpfenden Arbeitern requiriert: vom Taxi bis zum vornehmen Privatwagen, Camions, Autobusse und Lieferwagen. Die Wagen wurden vor allen benötigt um alle Kräfte gegen Saragossa einzusetzen, das von den Faschisten hartnäckig verteidigt wird. Die Faschisten haben sich dort in diesen Tagen noch weiter ausbreitet. Der Abtransport der Arbeitermilizen erfordert insofern einige Schwierigkeiten, als nur die waffengeübten Genossen dorthin geschickt werden können. Die Faschisten haben unterdessen in Saragossa sämtliche aktiven Funktionäre der Arbeiterklasse aufgegriffen und auf der Landstrasse erschossen. Von Madrid u. Barcelona bewegen sich Miliztruppen gegen das faschistische Militär. Pliogor der Regierung werfen Bomben und erkunden die Lage. Die Pliogor standen von Anfang an auf Seiten der Regierung und haben auch in Barcelona aktiv in den Kampf eingegriffen.

Die Arbeiterorganisationen.

Von allen Arbeiterorganisationen zeigt der POUM die straffste Disziplin und

die klarste Linie. Es ist unverkennbar und muss rühmend hervorgehoben werden, wie tapfer und unerschrocken die CNT (Anarchisten) gekämpft hat. Aber man hatte den Eindruck, dass viele auf eigene Faust handelten, und gemüht gewillt waren sich einem einheitlichen Kommando zu unterwerfen. Der POUM kam als erster mit Flugblättern heraus. Er forderte als erster die Arbeitermilizen und die Alianza Obrera.

Die Losung des POUM nach Milizen setzte sich durch. Die ersten Eintragungen gingen beim POUM vor sich, der zur Zeit wohl 3 bis 7 000 Milizionäre angeworben hat, die er auch selber ausbildet. Die technische Leitung der Milizen hat ein General; die Offiziere müssen von den Syndikaten bestätigt werden. Die Mannschaften sind in Zehnergruppen eingeteilt, der Elfte als Gruppenleiter wird von den Syndikaten und Parteien gestellt und muss aktiv bei den Kämpfen mitgewirkt haben.

Am Donnerstag nachmittag hat der POUM als erste Formation eine Demonstration gemacht, bei der von der Bevölkerung Hochrufe ausgebracht wurden auf POUM, CNT und FAI; UGT, KP und SP wurden nicht erwähnt. Politisch treten sie auch hier wenig in Erscheinung und haben auch politisch nicht viel zu sagen.

Der POUM forderte als erste Organisation die Arbeiterkontrolle der Produktion. Es wurden dann feste Vereinbarungen getroffen mit CNT, KP, UGT u. SP, in den Betrieben Räte zu wählen und die Kontrolle der Produktion in Angriff nehmen. Alle von den Besitzern verlassenen Betriebe sollen sofort in eigene Regie übernommen werden.

Der POUM fordert weiter auch die Verteilung des Landes und richtet einen Appell an die Bauern.

Praktisch besteht neben der Regierung Companys eine zweite Regierung; die jedoch noch keine feste Form angenommen hat. Allianzas Obreras bestehen noch nicht, werden aber wohl bald in Erscheinung treten, gebildet von den Betriebsräten (comité de fabrica) den militärischen Offizieren und den Delegierten der Arbeiterorganisationen.

Es zeigt sich, dass der POUM (eine aus oppositionellen Kommunisten gebildete marxistische Arbeiterpartei) die stärkste politische Kraft in der Arbeiterklasse Barcelonas ist. Das verfehlt seine Wirkungen selbst auf den anarchistischen Arbeiter nicht. In der CNT und in FAI spricht man zwar von comunismo libertario, aber auch nur sehr zurückhaltend, da man nicht recht weiss, was man damit jetzt machen soll. Maurin bereits das Land und gründet überall Ortsgruppen, in ständiger telefonischer Verbindung mit Barcelona.

Die KP hat hier versagt. Sie hatte, als der POUM bereits 3 Flugblätter herausgebracht hatte, noch nicht einmal ein Flugblatt veröffentlicht. Bestimmt haben die Genossen der KP in den Reihen des Proletariats ebenso tapfer gekämpft wie ihre Kameraden in den anderen Organisationen. Aber von der Partei als solcher hat man während des Kampfes kaum etwas gemerkt; sie war anscheinend absorbiert von der Volksfront. Die Volksfront hatte ihr die Hände gebunden; man war nicht vorbereitet auf revolutionäre Kämpfe, weil man glaubte, diese mit Rücksicht auf die kleinbürgerlichen Bundesgenossen hinausschieben zu können. So hinkte man den Ereignissen nach und überliess die Initiative den Anarchisten, wie so häufig schon in den Lohnkämpfen der vergangenen Wochen und Monaten. Hätte der Gegner warten können, so hätten ihm weitere Wochen u. Monate Volksfront eine bessere Chance geboten.

Barcelona, 25.7.

Die Haltung der POUM.

Die Anarchisten nehmen hier nur den POUM ernst. Er drückt politisch auf ihre Leute, da er eine klare Linie hat, die Perspektiven aufzeigt, straffe Disziplin hat und bei ihm alles klappt. Das kann man von den Anarchisten nur bedingt sagen. Sie haben prächtiges Menschenmaterial, unerschrockene Kämpfer. Aber es fehlt an einem Zusammenspiel der Kräfte; viele handeln auf eigene Faust. Und in der Frage, was nun weiter werden soll, weiss die "Soli" nichts zu sagen, wenigstens nichts politisches. Sie fordert strenges Gericht über die Schuldigen. Sie klagt die Republik der Volksfront an, dass sie ihren Feinden Gelegenheit gab, diesen Staatsstreich in aller Ruhe vorzubereiten. Es ist richtig; die Arbeiterschaft wäre viel besser auf die Ereignisse vorbereitet gewesen, wenn die Ar-

Arbeiterparteien der Volksfront, nicht zuletzt die KP, die Arbeiter auf diese Kämpfe eingestellt hätte. Die Arbeiter mussten wissen, dass der Faschismus sich überall hinter dem Rücken der bürgerlichen Demokratie vorbereitet und auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie gross wird. Mit den Vertretern der bürgerlichen Demokratie gemeinsam den Boden dieser Demokratie stabilisieren, den Klassenkampf gegen das kapitalistische System dämpfen, um die kleinbürgerlichen Bundesgenossen nicht zu erschrecken - was heisst das anderes als den Faschisten helfen und die Arbeiter entwaffnen.

über

Der POUM nahm in Barcelona die Rolle, die eigentlich von der Partei der 3. Internationale zu erfüllen war. Sie hat ein Aktionsprogramm von 11 Punkten entworfen, das unmittelbar zu erfüllende Forderungen enthält (Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, Mietssenkung, Bezahlung der Streiktage, Arbeitslosenunterstützung, Kontrolle der Produktion durch Organe der Arbeiter, Verteilung des Grundbesitzes an die Bauern und deren Befreiung von allen Lasten, Revision des Statuts von Katalonien, Säuberung der bewaffneten Körperschaften, Wahl der Führer durch die Soldaten u. Guardias, Aufrechterhaltung der bewaffneten Milizen, abgekürztes Verfahren gegen die Häupter der faschistischen Verschwörung).

Allenthalben, sowohl hier als auch in Madrid, sind die Lokale der Reaktion beschlagnahmt. In den faschistischen Druckereien sitzen jetzt die Arbeiterorganisationen. Die schönsten Räume sind beschlagnahmt für Parteilokale, Klubräume usw.

Barcelona, 1. August.

KP und POUM zur Lage.

Die Regierung von Katalonien ist auf eine grössere Basis gestellt worden, indem man 3 Vertreter der Partei der III. Internationale hineingekonomen hat. Und zwar haben sie Verkehr, Ernährung und Wirtschaft. Nicht einmal politische Stützpunkte haben sie sich verschafft. Sie haben sich zum Hausknecht machen lassen. Der POUM wurde auch aufgefordert, sich an der Regierung zu beteiligen, hat aber dankend abgelehnt.

Die Stellung der Partei wurde am 29/7. von der Genossin P. im Auftrag des ZK der KP im Radio präzisiert: "Wir verteidigen das Regime der Freiheit und der Demokratie" "Es ist eine bürgerlich-demokratische Revolution, wie in anderen Ländern usw." "Die gemeine Behauptung (das sich in Spanien der Kommunismus etabliert habe) erinnert an den unseligen Thiers, der die Hilfe Bismarcks erbat, um das Volk im Blut zu ertränken usw." § Zitate aus "Mundo Obrero" v. 30; 7.)

Gegenüber solchen Reden war das Meeting der POUM in Barcelona eine Erfrischung. Aus den Ausführungen der 3 Redner folgende Gedanken: "Wir werden keinen Schritt zurückgehen, um die Union der Sozialistischen Republik der Iberischen Inseln aufzubauen. Der faschistische Aufstand verwandelt sich in den Aufstand der Arbeiterschaft. - Was wird weiter? Es ist schwer zu sagen, in welchem Moment die Arbeiterklasse die Macht ergreifen wird. Jedenfalls befinden wir uns vor der unausweichlichen Entscheidung, dass die Arbeiterklasse den Weg der sozialen Revolution beschreitet. - Es hat keine friedlichen Revolutionen in der Geschichte gegeben. Die engl. Revolution enthauptete Karl I., die französische brachte den Terror und ebenso die russische. Die Revolution mit Seidenschuhon (im katalanischen sagt man "auf Strümpfen") machen, heisst sich das eigene Grab graben und das Tor der Konterrevolution öffnen. - Das Problem der Kirche ist gelöst worden. Während die Behörden den Faschisten alles gewähren liessen, haben die Arbeiter mit ihnen kurzen Prozess gemacht. Die Frage des Landes, die durch die Agrarreform nicht gelöst wurde, wurde von den Bauern direkt gelöst, die im Einklang mit der Losung der POUM das Land besetzten und verteilten. Und dies nicht nur in Katalonien; unsere Kolonnen, die in der Provinz Aragon kämpften, treffen als erste Massnahme die, dass sie das Land unter die Bauern verteilen. Wer spricht noch von jenem nichtigen Gesetz über die Kontrolle der Landpächter? - Das Volk hat die Heeresreform schon in Angriff genommen. Schliesslich wird das Heer als solches aufgehoben durch die Verbrüderung der Arbeiter und Soldaten. Es muss nunmehr ersetzt werden durch die bewaffnete Miliz der Arbeiterklasse, die nicht die Revolution verraten werden, an deren Spitze keine Generale stehen werden, sondern von den Milizen gewählte Arbeiter. - Die revolutionäre Bewegung hat deutlich gezeigt: mit den Waffen in der Hand geht es vorwärts; der Bourgeoisie vertrauen, heisst die Revolution bremsen. - Die unmittelbaren Aufgaben? Wir können in allgemeinen Linien sagen, dass es in der Richtung der sozialen Revolution weitergeht, wann der Sozialist

mus aufgerichtet wird, können wir zeitlich nicht sagen. Wir wissen nicht ob das Proletariat Spaniens unserem revolutionären Rythmus folgen wird. Das ist wichtig, weil Katalonien sich nicht von dem übrigen Teil der Halbinsel isolieren darf. Die Arbeiterschaft muss alle Anstrengungen darauf richten, Verwirklichungen sozialistischen Charakters zu schaffen, die gewonnenen Positionen zu befestigen und neue Eroberungen zu gewinnen. - Es werden dann solche Ziele aufgestellt: Kontrolle der Produktion, ein Generalangriff auf die Rechte des Unternehmers in seinem eigenen Betrieb, der sich dann umwandelt in die Organisation der Leitung der Produktion. Diese Lösung ist bereits in der Wahrheit der katalanischen Orte in die Praxis umgesetzt. Andere Lösungen: Enteignung der grossen Betriebe, des Transports usw., wie sie bereits an vielen Orten Tatsache sind; Enteignung des Vermögens der Reaktionen; dringend zu fordern, die Aburteilung der Urheber und Anstifter... kein Vertrauen zu den Gerichten der Republik, Revolutionstribunale!..."

Die Stimmung in der Bevölkerung sieht hier so aus, dass man allgemein denkt, dass nach der Niederwerfung der Faschisten die Revolution noch nicht zu Ende ist. Bei längerer Dauer der Kämpfe vor Saragossa wird die Regierung natürlich versuchen das Hinterland wieder fest in ihre Hände zu bekommen. Wie weit ihr dies gelingt, ist eine andere Frage.

Der POUM hat kurz vor den Kämpfen versucht, eine Einheitsfront zu schaffen, jedoch vergeblich. Nach den Kämpfen hat er diese Versuche wieder aufgenommen. Bei einer ersten Sitzung mit der PSUC (Soz. Einheitspartei) war man sich auf Seiten der Kominternpartei nicht einig. Bei einer erneuten Besprechung stellte man als Bedingung: sofortige Auflösung der Federacion Obrera de Unificacion Sindical (FOUS) und Verzicht auf Seiten der POUM, ausserhalb Kataloniens Propaganda zu machen oder eigene Ortsgruppen zu gründen. An diesen Bedingungen scheiterten die Verhandlungen.

Im übrigen ist die Stimmung immer noch blendend. Wo die Miliz in Formationen auftritt, recken sich Fäuste und wird laut geklatscht.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

Kleinigkeiten:

Die Einheit bei den Strasbourger Gemeindearbeitern ist jetzt hergestellt. Infolge der Anstellung Mohns als Departementalsekretär der CGT ist die leidige Sekretärfrage in der Weise geregelt worden, dass ein Vertreter der ehemaligen Ex-Unitären von den Gasarbeitern vom Hauptvorstand des Service publics übernommen wurde.

Die Vorfälle von Riedisheim u. Mülhausen haben zu einer Intervention des Abgeordneten Wallach bei Innenminister geführt. Darauf ist die Garde mobiles in Mülhausen vorstärkt worden. D. h. die Regierung hat die Arbeiter die gegen das Wiederauftreten der faschistischen Organisationen einschritten verurteilt und für die Zukunft einen stärkeren Schutz für die Durchführung der faschistischen Versammlungen der Parti Social Française in Aussicht gestellt. Die Gerichte haben sich auf Grund dieses Winkes der Regierung bereits gegen Arbeiter erhoben, die an den Zusammenstössen mit den Faschisten teilgenommen haben sollen. SFIO und KPF haben diese Ohrfeige der Regierung gelassen eingestapelt und warnen nunmehr die Arbeiter sich nicht durch die Faschisten provozieren zu lassen, d. h. auf den weiteren ausserparlamentarischen Kampf gegen das Auftreten der Faschisten zu verzichten. Ja sie gehen sogar soweit die Arbeiter anzuhalten, nicht auf die Provokationen hereinzufallen, damit der Regierung keine Schwierigkeiten gemacht werden. Statt die Provokationsherde auszüräuchern und die Kraft der Arbeiterorganisationen ausserparlamentarisch für das Verbot aller fasch. Organisationen ohne Ausnahme, für die Verhaftung ihrer Führer und das Verbot ihrer Presse einzusetzen, geht man den faschistischen Provokationen aus dem Wege.

Von der Strasbourger Stadtverwaltung wird unter Hinweis auf die Rückwirkungen der soz. Gesetze die Erhöhung der Tramfahrpreise angekündigt. Die Preissteigerungen auf anderen Gebieten halten weiter an und die CGT hat noch nichts getan um die Arbeiter gegen die Teuerung zu mobilisieren.

Die Kundgebung in der Aubette, die von der Volksfront einberufen war, wies einen starken Besuch auf. Bezeichnend ist, dass der Vertreter der Radikalen trotz vorheriger Ankündigung nicht das Wort ergriff. Um die liebe Einheitlichkeit zu wahren, richtete man nicht einmal einen Protest gegen die faule Haltung der Regierung an Léon Blum. Die Kalibergarbeiter dagegen fordern von L. Blum die aktive Unterstützung der spanischen Antifaschisten.

VERANTWORTLICH: EMILE HIRTZEL.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

N^o 34/III. Jahrgang.

Vierte Augustwoche 1936.

Vier Wochen spanischer Bürgerkrieg:

DIE LEISTUNGEN DER SPANISCHEN ARBEITER UND DIE
BEDINGUNGEN FÜR DEN SIEG ÜBER DIE KONTERREVOLUTION.

Die spanischen Arbeiter haben einen sehr harten Kampf zu führen. Die faschistischen Rebellen werden vom Ausland, insbesondere von Mussolini und Hitler, ausgiebig mit Waffen und Flugzeugen versorgt, während die Regierungen der bürgerlich-demokratischen Länder eine "Neutralitätspolitik" betreiben, die darauf hinausläuft, der völkerrechtlich anerkannten Regierung Spaniens die Zufuhr von Waffen für den Kampf gegen die aufständischen Generale abzusperren. Jeder Rückschlag, den die spanischen Antifaschisten erleiden, so z.B. der Verlust von Badajoz, der von entsetzlichen Greultaten der faschistischen Soldateska begleitet war, jeder solcher Rückschlag ist eine Mahnung an das gesamte Weltproletariat und insbesondere an die Arbeiterklasse Frankreichs, alles aufzubieten, um die allseitige Versorgung der antifaschistischen Kämpfer Spaniens mit Kriegsmaterial sicherzustellen.

Die spanischen Arbeiter haben eine gewaltige Leistung vollbracht, indem sie gewissermassen im Handumdrehen ein antifaschistisches Heer improvisierten, das, obwohl seine Angehörigen ihr militärische Ausbildung zum überwiegenden Teil erst im Verlaufe des Kampfes erhalten, heute schon imstande ist, lange Fronten gegen einen Gegner zu verteidigen, der über reguläre Truppen verfügt und dem es nicht an militärischen Fachleuten fehlt. Die spanischen Arbeiter schreiben ein neues ruhmreiches Kapitel revolutionärer Kriegskunst, indem sie mit grossem Geschick ganz moderne Kampfmethoden anwenden, Lastwagen in Panzerautos verwandeln, mit Hilfe von requirierten Kraftwagen motorisierte, fliegende Kolonnen schaffen usw.

Der bisherige Verlauf der Kämpfe in Spanien ist eine neue Bestätigung der historischen Erfahrung, dass in einem Bürgerkrieg der konterrevolutionäre Widerstand einer geschichtlich überlebten Ausbeuterklasse, die zu jeder Schandtat und Bestialität bereit ist, um ihre Schmarotzexistenz aufrecht zu erhalten, nur mit revolutionären Mitteln gebrochen werden kann. In der grossen französischen Revolution war die Errichtung der Jakobinerdiktatur notwendig, um den Widerstand der feudalen Kräfte des In- und Auslandes zu brechen. Damit im heutigen Spanien der Dreibund von feudalem Grossgrundbesitz, Kirche und Grosskapital erledigt werden kann, der hinter den faschistischen Generalen steht, ist die Entfaltung der Revolution der Arbeiter und Bauern, die Verbindung der proletarischen Revolution mit der Agrarrevolution gegen den feudalen Grossgrundbesitz notwendig. Es zeigt sich immer mehr, dass die bürgerlichen Republikaner heute in Spanien eine ähnliche Rolle spielen wie die Girondisten in der französischen Revolution und dass nicht unter ihrer Leitung, sondern nur durch eine Regierung der Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse die endgültige Liquidierung der faschistischen Konterrevolution gewährleistet werden kann.

Um die Gefolgschaft der reaktionären Generale zu zersprengen, um ihre Armeen zu zersetzen, wäre es notwendig, die Aufteilung des Grossgrundbesitzes an die Bauern zu dekretieren und den Einwohnern Spanisch-Marokkos das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren. Aber die bürgerlich-republikanische Regierung Spaniens schreckt vor solchen Massnahmen zurück, weil sie sich als Sachwalter des ka-

pitalistischen Privateigentums und imperialistischer Kolonialinteressen betrachtet, wo die Arbeiter und Bauern selbst dazu übergehen die Leitung der Fabriken zu übernehmen, bzw. das Land der Grundbesitzer zu besetzen, worden diese revolutionären Handlungen der Massen von der Madrider Regierung nur als "provisorische" Massnahmen gutgeheissen, d. h. die bürgerlichen Republikaner möchten diese Erzeugnisse der Werktätigen, sobald wie die Möglichkeit dazu läge, wieder rückgängig machen. Die Tendenzen zu einem Kompromiss mit den Faschisten sind in den Reihen der bürgerlichen Republikaner nachwievor zu beobachten. Der Cobbespräsident Martinez Barrio sagte neulich in einer Rede, dass die faschistischen Generale längst den Kampf eingestellt hätten, wenn sie wüssten, in welcher Form sie sich ergeben sollten. Diese Redewendung von Martinez Barrio war nichts anderes als eine Aufforderung an die Faschisten, ihre Bedingungen für ein Abkommen mit der bürgerlich-republikanischen Regierung zu formulieren. Ein solches Abkommen würde sich natürlich unter allen Umständen gegen die Arbeiter und Bauern richten. Diese Tendenzen der bürgerlichen Republikaner zu einem Kompromiss mit den Faschisten sind umso gefährlicher als aus allerlei Andeutungen der internationalen Presse zu ersehen ist, dass verschiedene kapitalistische Regierungen ein solches Kompromiss herbeiwünschen. Diese Haltung der bürgerlichen Republikaner Spaniens ist selbstverständlich ein Hindernis für die energische Durchführung des militärischen Kampfes gegen die Rebellen. Diese Haltung erleichtert und züchtet den Verrat an der Sache des antifaschistischen Kampfes. Die regierungstreuen Offiziere, die die antifaschistischen Kräfte kommandieren, sind zu einem grossen Teil von vornherein nicht sehr bereit, sich all zu sehr gegen ihre früheren Freunde und Kameraden, die im Lager des Faschismus stehen, zu engagieren und erst recht nicht, wenn sie fühlen, dass es unter den bürgerlichen Republikanern, die die Regierung stellen, Kräfte gibt, die den Faschismus nicht besiegen, sondern den Kampf so lange hinzuziehen wollen, bis die Voraussetzungen für ein faules Kompromiss mit den Rebellen geschaffen sind.

Obwohl es sich gezeigt hat, dass die wenigen Abteilungen der regulären Armee und der Polizeikräfte, die der Regierung treu geblieben sind, keineswegs als zuverlässige Antifaschisten angesprochen werden können, denn man hört z. B. immer wieder von Moutereien, die von Offizieren der Guardia Civil organisiert werden, die sich bei Ausbruch des Bürgerkrieges "loyal" verhielten, versuchen die bürgerlichen Republikaner von neuem, ein stehendes Heer und eine Polizeitruppe zu schaffen, um ein Gegengewicht gegen die Milizen der bewaffneten Arbeiter und Bauern im Hinblick auf künftige Auseinandersetzungen zu haben. Die bürgerliche Regierung stösst aber hierbei auf den wachsenden Widerstand der Arbeiter. In Katalonien haben die Reservisten die von der bürgerlichen Regierung zum Heeresdienst einberufen wurden erklärt, dass sie bereit seien, gegen den Faschismus zu kämpfen, aber nicht als Soldaten, sondern in den Reihen der Arbeitermilizen. In Katalonien sind auch in der Polizei und den noch bestehenden regulären Truppenteilen Soldatenräte gewählt worden, zu deren Aufgaben es gehört, etwaige konterrevolutionäre Machenschaften der Offiziere zu vereiteln. In Madrid hat der rechtsstehende Sozialistenführer Prieto, der heute die Rolle eines inoffiziellen Ministerpräsidenten spielt (er ist nur deshalb nicht offen in die Regierung eingetreten, weil das den Widerstand der sozialistischen Arbeiter hervorrufen würde) in einem Artikel die Schaffung von politischen Kommissaren zur Überwachung der militärischen Operationen gefordert. Prieto möchte allerdings, dass diese Kommissare von der Regierung gestellt werden. Sein Vorschlag aber zeigt, dass in den Reihen der antifaschistischen Milizen ein starkes Misstrauen gegen die Berufsmilitäre herrscht. Für den militärischen Erfolg des antifaschistischen Kampfes ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Überwachung u. Kontrolle der militärischen Operationen durch Räte der antifaschistischen Kämpfer in Verbindung mit den anderen Klassenorganen der Werktätigen verwickelt wird.

Die spanische Arbeiterklasse macht in diesen Tagen riesige revolutionäre Fortschritte. Wir sehen von neuem, wie in revolutionären Zeiten die Massen in Tagen und Wochen weiter kommen als sonst in Jahren. Ausserst bezeichnend ist in dieser Hinsicht die Entwicklung der anarchistischen Arbeiter, die mit grosser Energie an die Organisation des ~~antifaschistischen~~ antifaschistischen Kampfes, an die Durchführung der Arbeiterkontrolle der Produktion in den Betrieben herangehen und die dabei durch ihre Handlungen fortwährend die falschen traditionellen Auffassungen des Anarchismus verlogen. Allerdings sagt die anarchistische Organisation in Spanien, obwohl sie erklärt, dass der Kampf gegen den Faschismus bis zur Beseitigung des Kapitalismus weitergetrieben werden

müsse, nichts zur Frage der Übernahme der Macht durch die ~~Werkstätten~~, denn wenn sie das forderte, würde sie anarchistisch zu sein. Um die anarchistischen Arbeiter für die Errichtung einer Arbeitermacht, einer proletarischen Diktatur in Spanien zu gewinnen, ist eine kommunistische Kraft notwendig. Angesichts des völligen Versagens der KP-Spaniens ist es heute die POUM (Marxistische Arbeiter-Einheits-Partei), die mit wachsendem Erfolg diese Aufgabe in Angriff genommen hat.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

VON DER BÜRGERKRIEGSFRONT IN SPANIEN.
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die revolutionäre Disziplin.

Barcelona, 8.8.36. Von unseren Freunden vor Saragossa ist gute Nachricht gekommen. Sie stehen bei Huesca. Im POUM herrscht eine straffe Disziplin und dies nicht nur in Barcelona, sondern erst recht an der Front. Es lohnt, die Instruktionen zu übersetzen, die die Milizen der POUM sich vor dem Feinde selbst gegeben haben:

"Es werden bewaffnete Milizen der Arbeiter u. Bauern gebildet, deren unmittelbares Ziel die Niederwerfung der Reaktion und des Faschismus und die gleichzeitig die Revolution vorantreiben bis zur völligen politischen und ökonomischen Hebung aller Produzenten in Stadt und Land.

Art. 1 : Alle Arbeiter, die sich in die Liste der Miliz eingeschrieben haben oder sich einschreiben wollen, sind verpflichtet, gegen Faschismus und Reaktion zu kämpfen unter der ausdrücklichen und ausschliesslichen Kontrolle des Militärischen Komitees, das für die Leitung der Kämpfe vor dem POUM in Barcelona ausgehobenen Kolonnen verantwortlich ist.

Art. 2 : Jeder Verstoß gegen die Disziplin, sowie jede Aufreizung zum Ungehorsam gegenüber dem militärischen Befehl wird mit der grössten Strenge auf der Stelle geahndet unter Anwendung der Strafe, die dem Verstoß entspricht.

Art. 3 : Alle Streitereien oder Diskussionen unter den Milizionären sind streng verboten, weil das nur zur Uneinigkeit in unseren Reihen und zur Stärkung des Feindes führen muss.

Art. 4 : Die Gruppenführer müssen in ständiger Verbindung mit ihren Leuten bleiben, wenn sich auch nur die geringste Störung des normalen Zustandes zeigt, so unbedeutend sie auch sein mag, so haben sie dennoch die Verpflichtung, sie unverzüglich ihrem Abteilungsführer zu melden, und dieser hat, wenn der Sachverhalt es erfordert, unverzüglich dem Militärkomitee zu berichten.

Art. 5 : Jeder, der sich in die Miliz eingeschrieben hat und dann desertiert, sei es an der Front oder in der Truppe, wird vom Militärkomitee aufs strengste bestraft, wobei 4 von Milizionären selbst bestimmte Kameraden mitwirken. Die von diesem Revolutionstribunal ergangenen Urteile lassen keine Berufung zu.

Art. 6 : Jeder, sei er in der Miliz oder nicht, der sich mit Plünderung, Raub oder Ähnlichem abgibt, wird ohne jede Formalität erschossen.

Art. 7 : Die Kampfhandlungen sind zentralisiert und niemand kann in keiner Hinsicht eine Entscheidung treffen, die nicht vom Militärkomitee autorisiert ist.

Art. 8 : Die oben angeführten Punkte müssen mit aller Kraft erfüllt werden. Wenn irgendeine Beschwerde oder Beobachtung zu machen ist, so hat dies in folgender Weise zu geschehen:

zunächst gehen alle Beschwerden, Anregungen und Beobachtungen an den Gruppenführer. Dieser gibt sie an den nächsthöheren weiter bis sie schliesslich an das Militärkomitee gelangen.

Granen, den 2. August 1936.

Für das Militärkomitee des Detachements
von Granen, 2. Kolonne-gez. Manuel Grössli.

Obige Instruktionen der Kolonne des POUM wurden von den vor Huesca stehenden Milizionären des POUM einstimmig angenommen.

Bei den Anarchisten (CNT u. FAI) fehlt es stellenweise sehr an der Gruppendisziplin. So sehr die anarchistischen Genossen Selbstdisziplin haben, so schwer sind sie für die Gruppendisziplin zu gewinnen. Sie lernen das natürlich auch, weil die Umstände es verlangen; aber es gibt auch jetzt noch viele Fälle von Undiszipliniertheit gerade bei ihren Leuten. Wenn die KP-Führung nicht so jämmerlich wäre, würde man den anarchistischen Kameraden die notwendigen Löhne viel schneller beibringen können. Aber bei dieser KP-Politik, eine revolutionäre Bewegung, die die Arbeiter und Bauern in ganz Spanien erfasst hat, nach rückwärts zu orientieren, nimmt es kein Wunder, wenn bei den Leuten auch die Organisation nicht klappt. Beim POUM klappt die Sache, da greift ein Rädchen ins andere. Und wenn organisatorische Fehler gemacht werden, so sind es solche, die sich immer einstellen, wo Menschen mit ihren Mängeln eine Sache in die Hand nehmen. Aber das Ganze ist imponierend und so wirkt es auch auf die Leute, die mit der POUM zu tun haben. Der POUM ist das revolutionäre Herz Kataloniens.

Die Arbeiterallianzen und die Regierungsfrage.

Interessant ist dass die Alianza Obrera, die vom POUM am ersten Tage gefordert wurde, erst jetzt bei den Anarchisten günstig aufgenommen wird. Bis vor einigen Tagen fand man nur immer wieder diese Forderung im Organ des POUM. Die "Soli" (Organ der Anarchisten) sagte nicht ja und nicht nein. Vor ein paar Tagen endlich wird auch in der "Soli" die "Revolutionäre Alianza Obrera" gefordert.

Die drei Vertreter der Kominternpartei in der Regierung von Katalonien sind vor ein paar Tagen wieder aus der Regierung ausgetreten. Offiziell heisst es, dass sie sich "freundschaftlicherweise" zurückgezogen haben, um der Regierung einreibungslos arbeiten zu ermöglichen. Wahr ist, dass die Anarchisten es gefordert haben, da sie nur dann ein engeres Zusammenarbeiten zwischen CNT und UGT garantieren können. Tatsächlich waren die drei Arbeitervertreter in der Regierung nur ein Feigenblatt für die unpopulären Gesetze der Regierung. Dazu gehört auch das Gesetz über die Kontrolle der Landpächter, das von den Ereignissen längst überholt ist. Die "Batalla" (die Tageszeitung des POUM) klagt mit Recht, dass es vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus unhaltbar ist, wenn man eine rein bürgerliche Regierung zulässt, nur um eine Koalitionsregierung zu verhindern. Eine Koalitionsregierung ist ein Übel, aber eine rein bürgerliche Regierung ein noch grösseres. Zu fordern sei eine Arbeiterregierung, deren Lösung dringend erforderlich ist. Eine Regierung, die gebildet wird aus den Komitees der Arbeiter, Bauern und Kombattanten (Milizionäre, Soldaten und Guardia).

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die Volksfrontregierung in Valencia sabotiert den Kampf gegen die Faschisten.

Welche Widerstände die spanischen Arbeiter im Kampfe gegen den Faschismus zu brechen haben, zeigt ein Bericht v. C. Ulrich in der Basler "Rundschau" v. 7.8. In diesem Bericht wird von Valencia berichtet:

"Gegen 6 Uhr nachmittags kommen wir in Valencia an... Der erste Eindruck ist: in dieser Stadt ist etwas los... Wir erfahren zunächst nur so viel, dass die Arbeiter und Angestellten sich im Streik befinden. Gegen wen, gegen die Unternehmer? - fragen wir. Nein, es ist ein antifaschistischer Streik. Uns erscheint die Lage immer rätselhafter. Die Stadt ist ja in den Händen einer republikanischen Regierung und der antifaschistischen Milizen, wozu also der politische Streik? Bald werden wir aufgeklärt..."

Erst gegen 9 Uhr abends erfahren wir die wirkliche Ursache des Generalstreiks, die uns die gesamte Lage blitzartig beleuchtet. Seit 15 Tagen, d. h. seit dem 18. Juli, hält eine meuternde Truppe des 13. Kavallerieregiments die Stadt in dauernder Unsicherheit. Diese Truppe, eingeschlossen in eine strategisch schwer zu nehmende Kaserne, beschoss die Stadt wiederholt aus Maschinengewehren, und man wusste nicht, wann sie den Ausbruch unternehmen würde, um sich der Stadt zu bemächtigen. Die Arbeiter Valencias, zur einen Hälfte Mitglieder der UGT (freie Gewerkschaften), zur anderen Mitglieder der CNT (Anarchisten) forderten

seit Tagen die Bewaffnung der Bevölkerung um die Miliz und die Regulären zu stärken und kräftig genug zu sein, dieses Faschistennest zu stürmen. Die Regierung, deren Mitglieder der nationalen republikanischen Union Valencias (Volksfrontpartei) angehörten, schwankte und weigerte sich schliesslich, Waffen auszuspenden. Daraufhin erklärten die Arbeiter den Generalstreik, der zur Zeit unserer Ankunft bereits zwei Tage dauerte. Erst unter dem Druck der Massen entschloss sich die Regierung und die militärische Leitung, die Aktion zur Einnahme der Kavalierierkaserne zu eröffnen.

... In der Morgendämmerung gegen halb fünf Uhr begann von beiden Seiten das höllische Rattern der Maschinengewehre. Die antifaschistische Miliz, die Soldaten und die Arbeiter bauten ihre Posten immer weiter aus und waren bereit trotz der schwankenden Führung zu stürmen; jedoch gegen sieben Uhr ergab sich die Besatzung der Kaserne. Die Arbeiter strömten in die Kaserne, sie nahmen sich, ohne jemand zu fragen, die Gewehre...

Dieser Bericht zeigt, dass die Arbeiter nicht nur gegen die faschistischen Meuterer, sondern auch noch gegen die Sabotage und die Schwankungen der Volksfront-Behörden zu kämpfen haben.

Für die aktive Unterstützung der spanischen Antifaschisten:

Die Kaliberarbeiter fordern Lieferung von Kriegsmaterial

=====
 =====
 =====
 =====
 =====
 =====
 =====
 =====
 =====

Wir haben vom Beginn des faschistischen Putzchocs in Spanien, den Standpunkt der sogenannten Neutralität, wie er von der franz. Volksfrontregierung eingenommen wurde, auf das nachdrücklichste bekämpft. Wir haben nachgewiesen, dass dieser Standpunkt in der Praxis auf die Unterstützung der faschistischen Militärikamerille hinausläuft, die von Mussolini und Hitler in aktivster Weise mit Kriegsmaterial und militärischen Fachleuten beliefert wird. Die Arbeiter fühlen instinktiv, dass ihre unmittelbaren, wie ihre Zukunftsinteressen die aktive Unterstützung der spanischen Antifaschisten erfordern. Sie fordern daher immer stürmischer von der Regierung eine wirksame Hilfeleistung für die spanischen Antifaschisten. Es vergeht fast keine Versammlung, in der nicht die Arbeiter die sofortige Belieferung der spanischen Regierung mit Kriegsmaterial fordern.

So hat eine Mitgliederversammlung des Oberelsässischen Bergarbeiterverbandes einstimmig eine Resolution an den Ministerpräsidenten Blum angenommen, in der es u. a. heisst:

"Sie erblicken in der bedingungslosen Neutralität dem Kampfe der legalen Regierung gegenüber eine Gefahr für den Weltfrieden und eine unmittelbare Gefahr für das demokratische Frankreich. Die Bergarbeiter ersuchen Sie, Herr Ministerpräsident, zu veranlassen, dass der Volksfrontregierung Spaniens die notwendigen Mittel, einschliesslich Kriegsmaterial, zu ihrem Verteidigungskampfe geliefert wird."

"Des Avions - pour l'Espagne!"

Das war der Ruf der Arbeiter in der Aubette-Versammlung der Volksfront, die keineswegs mit der Haltung der Regierung Blum zufrieden sind, sondern immer nachhaltiger die Unterstützung der spanischen Antifaschisten fordern.

Wie stark die Misstimmung der Arbeiter gegenüber der schmählichen Haltung der Regierung Blum ist, geht auch daraus hervor, dass sich nunmehr selbst die "Freie Presse" veranlasst sieht, einer Kritik an der Aubette-Kundgebung und an der Haltung der Regierung Blum Raum zu geben. In einer von ihr veröffentlichten Zuschrift heisst es u. a.:

"Leider hat nicht ein einziger Redner für nötig gefunden, diese Forderung (Flugzeuge für Spanien) als die seinige zu erheben, wofür er sicher von den tausend Anwesenden auf den Händen getragen worden wäre. Trotz aller Anhänglichkeit und Ergebenheit unserer Regierung gegenüber, ist es unser Recht und unsere Pflicht, Fehlentscheidungen zu kritisieren und bessere Vorschläge zu unterbreiten."

Der Schreiber vertritt dann den Standpunkt, dass die französische Regierung

aus dem bisherigen Verhalten der italienischen und deutschen Regierung in der Frage des Nichteinmischungsabkommens alle Konsequenzen zu ziehen habe. Er fordert, dass sofort alle Bestellungen der spanischen Regierung auf Kriegsmaterial ausgeführt werden und zwar solange, bis Italien u. Deutschland den vorgeschlagenen Nichteinmischungsabkommens unterzeichnet haben und ihn ebenfalls einhalten.

Am Schluss des Artikels heisst es:

Hätte die französische Regierung von Anfang der Stunde so gehandelt, wäre der Aufstand in Spanien vielleicht längst erledigt. Mit unseren "besten Wünschen" und schönsten Resolutionen kann sich das spanische Proletariat seiner faschistischen Gegner nicht erwehren. Es braucht Flieger und Panzerwagen. Liefern wir sie ihm und wir werden sowohl seine, wie auch unsere Freiheit verteidigen. Aber bald, sonst wird es vielleicht zu spät sein!"

Wir gehen mit dem Artikelschreiber völlig einig. Nur sind wir der Ansicht, dass ein Nichteinmischungsvertrag von den faschistischen Staaten nicht eingehalten werden ~~xxx~~ wird und die Arbeiter auf keinen Fall die spanische Regierung mit den faschistischen Meuturern auf einen Rechtsboden stellen dürfen.

Wir fordern die Arbeiter auf, mit ganzer Kraft darauf zu drängen, dass die ganze Kraft der Arbeiterorganisationen in die Wagschale zu werfen ist, um die Regierung unter Druck zu setzen, damit mit dem Skandal Schluss gemacht wird dass Frankreich die rechtmässige und völkerrechtlich anerkannte Regierung Spaniens mit Sanktionen belegt, währenddem die fasch. Putschisten mit Kriegsmaterial und Fliegern versorgt werden.

Die CGT und die spanischen Antifaschisten.

Das Büro des Verwaltungsausschusses der CGT hat nach Entgegennahme des Berichts des Generalsekretärs Jouhaux beschlossen, dass die CGT angesichts der Ereignisse in Spanien nicht neutral bleiben könne und dass sie die Pflicht habe, die Mittel zur Unterstützung der spanischen Arbeiter ins Auge zu fassen. Die anwesenden Mitglieder des Verwaltungsausschusses haben den Verwaltungsausschuss auf Freitag zu einer Sitzung einberufen. Der Ausschuss wird aller Wahrscheinlichkeit nach, die Regierung ersuchen, das Verbot der Lieferungen an die spanischen Regierungstruppen aufzuheben. Die CGT betrachtet diese Massnahme als eine Sanktion, die solange aufrechterhalten werden soll, bis Deutschland und Italien das Nichteinmischungsabkommen bedingungslos unterzeichnet haben.

Diese Stellungnahme der CGT kommt reichlich spät. Sie wäre vom ersten Tage des beginnenden Bürgerkrieges in Spanien notwendig gewesen. Wenn die CGT vier Wochen brauchte um die Frage der Belieferung der spanischen Antifaschisten mit Kriegsmaterial positiv zu beantworten, so liegt der Grund dafür in ihrer Bedingung an die Koalitionsregierung Blum. Die Arbeiter dürfen nicht ruhen, bis sie durchgesetzt haben, dass die rechtmässige Regierung Spaniens beliefert wird, unabhängig von der Haltung Hitlers und Mussolinis zur Frage des Nichteinmischungsabkommens.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Schamlosigkeiten der "Neuen Welt".

Die Haltung der "NW" zum Bürgerkrieg in Spanien spottet jeder Beschreibung und ist ein einziger Skandal. Diese Haltung widerspricht in allen Punkten den internationalen Interessen des Proletariats und bestätigt ein übriges Mal, dass die Hueber u. Mourer alle Hemmungen abgestreift haben und immer offener zu erkennen geben, dass sie nichts als die Trahanten der Hitlerianer sind. Der spanische Bürgerkrieg ist ihnen ein Anlass zu wütenden Attacken gegen die Sowjetunion, der eine russische imperialistische Grossmachtspolitik (siehe N.W. v. 14.8.) im Zusammenhang mit dem spanischen Bürgerkrieg vorgeworfen wird, ohne dafür auch nur den Schatten eines Beweises zu liefern. Oder sollen die 36 Millionen der russischen Arbeiter für die spanische Regierung in die Kategorie der imperialistischen Grossmachtspolitik fallen? Die hitlerischen Flugzeuge an die Rebellen sind natürlich für die "NW" potemkinische Dörfer. Man betrachte nur folgenden "Arguss", betitelt "Die internationale Bedeutung des spanischen Bürgerkriegs", in dem eine Lanze für das "friedfertige" Hitler-

dousschland gebrächen wird, Darin heisst es u. a.:

"Nachdem die internationale Bourgeoisie die Sowjetunion unter Stalins Führung für würdig befunden hat, dem System der imperialistischen Politik einverleibt zu werden (Hitlerdeutschland steht nach der "NW" natürlich ausserhalb dieses Systems, Die Red. der "AP") will Russland das Ringen des spanischen Volkes zugunsten der russischen imperialistischen Politik ausnützen, die den Krieg mit antifaschistischen Phrasen als notwendig erklärt."

Gegen einen solchen Stumpsinn zu polemisieren ist überflüssig. Die Lektüre der "NW" bestätigt täglich mehr, dass sie nur noch ein ärmliches Echo der Hitlerianer von der "ELZ" ist und dass die Herren der "NW" ihre geistige Unabhängigkeit völlig verloren haben.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Una wo bleiben die Konsequenzen?

==::==::==::==::==::==::==::==::==::==::

"Das spanische Volk ist dabei ein hohes, allzuhohes Lehrgeld zu bezahlen für die Leichtfertigkeit und Nachlässigkeit mit der die dortige Volksfrontregierung ihre Aufgabe aufgefasst und durchgeführt hat. War es mangelnde Energie dass man nicht gegen die Lebensmittelverteuerer vorging, war es Mangel an Courage die faschistischen Organisationen aufzulösen, das Heer zu demokratisieren, oder war es die Angst, mit sogenannten demokratischen Prinzipien in Widerspruch zu kommen, als es galt die reaktionäre und faschistische Presse zu verbieten? Man weiss es nicht.

Was man aber weiss, ist die Tatsache, dass dieselben Misstände auch bei uns existieren und drohen das ganze Reformwerk der Regierung illusorisch zu machen. Die Grossmüller verteuern die Futtermittel; damit will man die Bauernschaft gegen die Regierung scharf machen. Die Lebensmittelfabrikanten erhöhen die Preise für Lebensmittel; damit soll die Arbeiterschaft gegen die Regierung mobil gemacht werden. Unternehmerorganisationen, Handels- u. Gewerkekammern verlangen Subventionen zur Durchführung der Sozialgesetze, damit soll der Steuererzahler getroffen werden; reaktionäre Députés und Senatoren versuchen die vom Volk und Regierung gewünschte schnelle Reformarbeit in die Länge zu ziehen und zu sabotieren. Die kapitalistische und faschistische Gross- u. Provinzpresse fährt fort die öffentliche Meinung im volksfrontgegnorischen Sinne aufzuhetzen u. selbst vor Lügen und landesverräterischen Publikationen nicht zurückzuschrecken."

So zu lesen in der "FP" v. 12.8. in einem Artikel v. Hamann.

Der Artikelschreiber meint am Schluss, dass, wenn in Frankreich ein ähnliches Schlamassel wie in Spanien vermieden werden soll, man verlangen müsse, dass die Ursachen, die dazu führen könnten, rechtzeitig beseitigt werden.

Es ist ~~ixt~~ sehr bedauerlich, dass der Artikelschreiber seine Betrachtungen mit diesen lapidaren Worten abgeschlossen hat. Gerade die Frage, wie die von ihm aufgezeigten Ursachen beseitigt werden können, hätte eine Antwort erfordert.

Es ist doch eine Tatsache, dass die fasch. Organisationen trotz des Auflösungsdekrets gegen die Ligen mit Duldung der Volksfrontregierung weiter bestehen und wie die Mülhauser und Riedisheimer Vorgänge zeigen, sogar vom republikanischen Staatsapparat in Schutz genommen werden. Es ist ebenfalls eine Tatsache, dass die Regierung der Teuerungswelle machtlos gegenübersteht und das der Produktionsabotage, wie der Missachtung der soz. Gesetze gegenüber keine Antwort erfolgt. Im Gegenteil, die Regierung steht dieser Offensive mit verschränkten Armen gegenüber und die Arbeiterorganisationen tun alles, um zu verhindern, dass die Arbeiter ihr mit den einzig wirksamen Mitteln begognen, mit den Mitteln, die sie in der Junibewegung so erfolgreich angewandt haben. Um der Regierung keine Schwierigkeiten zu bereiten, verzichtet man, ähnlich wie in Spanien die der Volksfront angegebenen Arbeiterorganisationen, die Mittel des ausserparlamentarischen Kampfes zur Anwendung zu bringen, die allein den Erfolg garantieren. Wenn die Arbeiter den Faschismus ausrötten wollen, wenn sie die Produktionsabotage brechen, der Preissteigerung und der Missachtung der soz. Gesetze wirksam entgegenzutreten wollen, müssen sie gerade mit den Mitteln antworten, denen sie ihre bisherigen Erfolge verdanken. Sie müssen auf

Der Bahn der Junibewegung weiter schreiten, Sie müssen das, was die reaktionäre Presse die Diktatur der CGT nennt, insoweit verwirklichen, dass sie der ausserparlamentarischen Offensive des Kapitals die ausserparlamentarische Offensive der CGT entgegensetzen. Sie müssen um ihre Errungenschaften zu sichern, Faschismus und Kapitalsoffensive zu schlagen, weiter gehen, statt sich von der Regierung, die dem Druck der Reaktion nachgibt, drücken zu lassen.

Um den Faschismus organisatorisch auszurotten, müssen die Arbeiter das Verbot aller faschistischen Organisationen, das Verbot ihrer Presse, die Verhaftung ihrer Führer und die Bildung antifaschistischer Selbstschutzformationen fordern.

Um dem Faschismus den Boden zu entziehen, müssen die Arbeiter den Kampf gegen die Trusts und Monopole, für die Preis- und Produktionskontrolle durch Organe der Arbeiter, Kleinbauern u. Angehörigen führen und den Kampf um die Anerkennung dieser Organe führen.

Der organisierte Produktionssabotage ist nur dadurch zu begegnen, dass das uneingeschränkte Recht der Kapitalisten auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln gebrochen wird.

Die Arbeiter können ihre Errungenschaften nur sichern, wenn sie über den Rahmen des Volksfrontprogramms hinausgehen. Das Mittel dazu ist nicht die Koalition mit den bürgerlichen Republikanern, sondern der einheitliche und geschlossene Machteinsatz der Kräfte der gesamten Arbeiterklasse.

Das ist die Lehre aus Spanien. Es genügt nicht Tatsachen zu registrieren, es gilt aus ihnen die Lehren zu ziehen und resolut die Mittel anzuzeigen und anzuwenden, und zwar rechtzeitig. Darauf kommt es an.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Kleinigkeiten:

Ausweisung ausländischer Arbeiter in Lothringen. Bekanntlich begann die reaktionäre Presse Lothringens im Zusammenhang mit den Betriebsbesetzungen im Reiche de Wendols, die ein Resultat des solidarischen Zusammenwirkens der einheimischen und der zahlreichen ausländischen Arbeiter war, eine wüste Ausweisungshetze gegen die ausländischen Arbeiter. Die CGT bogognote dieser Hetze, der die republikanischen Behörden "erlagen", sehr schwach und unzulänglich. Sie liess sich auf eine vollkommen lächerliche Unterscheidung zwischen politischer und gewerkschaftlicher Betätigung ein, indem sie die erste als unzulässig für die ausländischen Arbeiter bezeichnete. Dabei war allzu offensichtlich, dass diese Hetze gegen die ausländischen Arbeiter, die erst mit dem Streik einsetzte, nichts anderes war, als unter dem Vorwand der politischen Betätigung einen Schlag gegen das angeblich gesetzlich verbriefte Koalitionsrecht für die ausländischen Arbeiter zu führen, um damit einen Schlag gegen die Arbeiter insgesamt zu führen. Die gouvernementale Haltung der CGT verhinderte es, dass sie dieser Ausländerhetze durch kategorische Erklärungen entgegentrat, die keinen Zweifel darüber zu zugelassen hätten, dass die CGT jede Massregelung und Ausweisung ausländischer Arbeitskameraden nach dem Streik als einen Anschlag auf das Koalitionsrecht betrachte, dem sie selbst mit dem Mittel der Arbeitseinstellung entgegentreten werde.

Die Folge davon ist, dass die Behörden jetzt entsprechend den Wünschen der de Wendel u. Co. mit Ausweisungen gegen ausländische Arbeiter vorgehen. Die Arbeiter haben dagegen bereits protestiert, leider aber hat man das einzig wirksame Mittel gegenüber diesem Anschlag auf die Gewerkschaftsfreiheit nicht in Anwendung gebracht. Jetzt hat der Abgeordnete Daul eine Demarche beim Innenminister unternommen und man wird sehen was dabei heraus kommt.

Michel Walter hat einen Artikel über das Elsass und die Perspektiven von morgen veröffentlicht, in dem er eine Koalition der SFIO und Radikalen mit den Parteien der bürgerlichen Mitte und Rechten das Wort redet. Die Kommunisten, die jetzt durch den Mund von Thorez nach der Front der Franzosen rufen, sollen draussen bleiben, weil die Koalition die Aufgabe haben soll, die Lösung der französischen Aussenpolitik vom franco-russischen Pakt und die Verständigung mit den faschistischen Staaten gegen die SU durchzuführen. Die Radikalen finden grossen Gefallen an dem Artikel und die "Humanité", die die Erweiterung der Volksfront zur Franz. Front erstrebt ist nur verschnupft, dass M. W. die Kommunisten ausschalten und sich mit Hitler verständigen will. Ansonsten wäre sie nicht abgeneigt M. W. an ihr Herz zu drücken.

Verantwortlich: EMILE HIRTZEL.

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis Monat Frs.
Einzelnummer 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

N° 35/III. Jahrgang.

Fünfte Augustwoche 1936.

Um die Nichtinterventionspolitik:

UND DENNOCH "FLUGZEUGE FÜR SPANIEN!"
oo

Nachdem die italienische Regierung schon vorher auf den französischen Vorschlag der Nichtintervention im spanischen Bürgerkrieg eingegangen war, hat nunmehr auch die Hitlerregierung ihre Bereitschaft erklärt, ein Embargo auf die Waffenausfuhr nach Spanien zu verhängen. Dass die Naziregierung sich jetzt zu dieser Haltung entschlossen hat, nachdem sie wochenlang die spanischen Rebellen mit Waffen versorgt hat, liegt nicht zuletzt daran, dass sie hofft, England u. Frankreich durch ein "Entgegenkommen" in der spanischen Frage von organischen Antwortmassnahmen auf die Einführung der zweijährigen Dienstzeit in Deutschland zurückzuhalten.

Die Arbeiter dürfen sich keinerlei Täuschungen über die internationale Anwendung der Nichtinterventionspolitik gegenüber Spanien hingeben. Die deutschen u. italienischen Faschisten werden den Vortrag über die Nichtintervention ebenso achten, wie sie sonst internationale Abkommen achten, und man kann so gegen sie worten, dass sie die meuternden spanischen Generale nachwievor, wenn auch vielleicht nicht mehr so offen wie bisher, mit Kriegsmaterial beliefern werden. Dagegen ist die Versorgung der spanischen Antifaschisten mit Waffen jetzt noch erschwert worden, da das Verbot der Waffenlieferungen für die spanische Regierung nunmehr nicht bloss auf Massnahmen einzelner Regierungen zurückgeht, sondern Gegenstand eines internationalen Abkommens ist.

Die Wirkung des Abkommens auf die Arbeiterorganisationen.

Die erste Folge der Annahme des französischen Nichtinterventionsvorschlages durch die übrigen europäischen Regierungen ist die, dass die Führer der Arbeiterorganisationen versuchen, die Kampagne, die das französische Proletariat unter der Losung "Flugzeuge für Spanien" in Gang gebracht hat, abzdrehen. Diese Kampagne kam von unten, der spontane Druck der Massen zwang die KPF, ihr Rechnung zu tragen; auch die CGT-Führung engagierte sich ziemlich energisch in dieser Frage, weil Jouhaux trotz seiner ortzreformistischen Einstellung keine Gelegenheit vorbeigehen lässt, um sich auf Kosten der in die Koalitionspolitik weit enger als die CGT verstrickten Arbeiterparteien als radikal aufzuspielen. Aber jetzt wird von den Führern der Arbeiterorganisationen der Versuch gemacht, die Kampagne für Waffenlieferungen an die spanischen Antifaschisten aufs tote Gleis zu schieben, um der Nichtinterventionspolitik der Regierung Blum keine Schwierigkeiten zu bereiten. In der Pariser "Humanité" v. 25. August verlangt Péri, dass das französische Volk nunmehr seine Solidarität mit der spanischen Republik "im Rahmen des Vertrags, der jetzt abgeschlossen werden wird", zum Ausdruck bringe - im Rahmen des Vortrags über die Nichtbelieferung Spaniens mit Waffen kann man natürlich keine Flugzeuge für die spanischen Antifaschisten verlangen. Péri schlägt Solidaritätskundgebungen auf "dem Gebiet des Sanitätsdienstes u. humanitärer Art" vor. Was die spanischen Arbeiter darüber denken, geht aus einem Bericht des Linksozialisten Marceau Pivert, von dieser aus Barcelona an den "Populaire" schrieb hervor. Darin heisst es:

"Sie (die spanischen Arbeiter) begreifen nicht, dass während sie an Waffen Mangel leiden, unsere Volksfront Sammelgelder dazu benützt, um ihnen tonnenweise .. Bohmen zu schicken. Das ist lächerlich! Wir werden Gras fressen, wenn das

notwendig ist, aber schickt uns lieber Waffen als alles andere."

In der grossen Massenversammlung der Pariser Arbeiter, die am letzten Dions- tag stattfand u. die unter der Losung "Des avions pour l'Espagne" einberufen worden war, versuchten die Redner, sich zwischen der Unterstützung des von der Regierung Blum abgeschlossenen internationalen Nichtinterventionsabkommens und der Forderung der Arbeiter nach Waffenlieferungen für die spanischen Antifaschisten hindurchzuwinden. Sie bezeichneten das Nichtinterventionsabkommen als einen Erfolg, da es die Belieferung der spanischen Rebellen durch die faschistischen Staaten hindere. Es sei jedoch notwendig, auch weiterhin darauf zu wirken, dass die rechtmässige spanische Regierung die Möglichkeit erhalte, das Kriegsmaterial einzukaufen, das sie brauche. Die Zyromski u. Thorez vergassen dabei aber hinzuzufügen, dass das Nichtinterventionsabkommen ja gerade die Belieferung der spanischen Regierung mit Waffen verhindere u. die Absper- rung der Waffenzufuhr für die spanischen Antifaschisten als Voraussetzung für die Nichtbelieferung der Rebellen mit Kriegsmaterial bezeichne. Wenn die französische Regierung, "der rechtmässigen Regierung die Waffenzufuhr sichern soll, dann darf sie kein Abkommen schliessen, dass diese Regierung und die fa- schistischen Rebellen auf einen Fuss stellt.

Wir haben von vornherein darauf hingewiesen, dass die Neutralitätspolitik der Regierung Blum in der spanischen Frage gegen die Interessen der spanischen u. damit auch der französischen Arbeiter gerichtet ist. Darin hat sich auch durch die internationale Annahme des Nichtinterventionsvorschlages der Re- gierung Blum grundsätzlich nichts geändert. Die französischen Arbeiter müssen ihren Kampf für die Sicherung der Waffenzufuhr für die spanischen Antifaschis- ten fortsetzen, ohne dabei auf die Regierung Blum Rücksicht zu nehmen, denn die Regierung hat durch ihre Haltung gegenüber Spanien von neuem gezeigt, dass sie eine kapitalistische, eine imperialistische Regierung ist.

Die Haltung der Sowjetunion.

Wir möchten noch bemerken, dass unserer Ansicht nach die Zustimmung der SU zu dem französischen Nichtinterventionsvertrag falsch ist. Die Nichtinterventionspolitik steht, wie wir in der "Arbeiterpolitik" nachgewiesen haben, in einem direkten Widerspruch zu der von der Sowjetdiplomatie bisher vertre- tenen Politik der kollektiven Sicherheit, des Festhaltens am Völkerbund und des Schutzes der kleinen Staaten gegen die Übergriffe der imperialistischen Gross- mächte. Wir verstehen, dass die SU ihre freundschaftlichen Beziehungen zu Frank- reich pflegen will, aber die SU hat sicher kein Interesse daran, dem imperia- listischen Frankreich die Verständigung mit Hitlerdeutschland auf Kosten der spanischen Arbeiter zu erleichtern, denn auf diese Weise wird nur eine imperia- listische deutsch-französische Verständigung gegen die SU gefördert.

Dass die Blumsche Nichtinterventionspolitik auch grosse Gefahren für die SU in sich birgt, geht nicht nur aus der Tatsache hervor, dass Hitler gerade jetzt die 2 jährige Dienstzeit einführt, sondern auch aus dem Teufelskreis zwis- schen Schacht und offiziellen französischen Stellen!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Proteststimmen zum Nichteinmischungsvorschlag:

Im Prager "Vorwärts", dem Organ der SPD schreibt Rich. Kern:

"Leider hat sich die französische Regierung dieser Erpressung (durch Deutsch- land-Italien, Red. der "AP") gefügt, ja, sie hat sich einer Verletzung des Völker- rechts selbst schuldig gemacht... zur hohen Befriedigung der faschistischen Rechtsbrecher".

In einem Leitartikel der "Izwestija", dem Organ der Sowjetregierung, wurde er- klärt, dass die Sowjetregierung eigentlich mit dem Geist der französischen nichteinmischungsaktion sehr wenig einverstanden sei. In der gegenwärtigen La- ge mit sei eine Neutralitätserklärung gegenüber den spanischen Ereignissen faktisch ein neues Nachgeben gegenüber den faschistischen Regierungen. Während die Aufständischen von gewissen Exporteuren mit auffälliger Bereitwilligkeit Kriegsmaterial geliefert werde, so dass die Vermutung nahe liege, dass sie schon vorher in die Pläne der Erhebung eingeweiht waren, täten andere Länder in un- mittelbarer Nachbarschaft Spaniens, die zudem an der Aufrechterhaltung der be- stehenden spanischen Regierung interessiert sein müssten, zur Hilfeleistung für Spanien überhaupt nichts. Anscheinend sei aber der frz. Nichteinmischungs- vorschlag darauf gerichtet, die den Nationalisten zuteil werdende Hilfe zu vor-

hindern, und deshalb habe sich die Sowjetregierung dieser Erklärung angeschlossen."

-o-o-o-o-o-o-o-o-

EINE NEUE ETAPPE DER DEUTSCHEN AUFRÜSTUNG.
 ooo

Hitler hat die zweijährige Dienstzeit in Deutschland eingeführt. Das seit Wochen im Zusammenhang mit dem spanischen Bürgerkrieg von der Nazipresse vollführte Theater gegen den "Sowjetimperialismus" war also eine wohlbedachte und vorbereitende Kampagne für die eigne weitere imperialistische Kriegsvorbereitung. Die im völligen Widerspruch mit den Tatsachen stehende "Halt-oder-Dieb-Methode" der Nazis, die in Spanien die eigne Hand als die Moskauer ausgaben, hatte also einen sehr realen Sinn. Nachdem in England und Frankreich, die mit dem in- und ausländischen Faschismus verbundene Reaktion, die rechte Hand mit der Linken im spanischen Bürgerkrieg verwechselt hatte, und auf diese Weise in wirksamer Weise dem Hitlerismus in die Hände gearbeitet hatte, konnte Hitler seinen neuesten Schlag durchführen, nachdem er zuvor noch schnell die "edle" Geste der Annahme des franz. Nichteinmischungsvorschlages gemacht hatte. Hitler brauchte sich bei der Begründung seines neuesten weitreichenden Aufrüstungsschrittes nur der Argumente bedienen, die die Reaktion in allen Ländern über die Moskauer Hand in Spanien in Umlauf gesetzt hatte. Die Begriffsverwirrung aus klassenmässigen Motiven ist ja bei der Bourgeoisie soweit gegangen, den, durch den faschistischen Putsch in Spanien ausgelösten Bürgerkrieg der jetzt auf die Bürgerliche Demokratie eingeschworbenen Komintern in die Schuhe zu schieben. Und sogar die Radikalen als gute Bürger und treue Vorkämpfer des kapitalistischen Systems haben dieser Stimmung Rechnung getragen. Nachdem die Nazis in der französischen u. englischen Bourgeoisie so treue und gewissenhafte Nachbeter ihrer Thesen gefunden hatten, brauchten sie im gegebenen Augenblick ~~xxxxxxx~~ nur auf den so erfolgreich an die Wand gemalten bolschewistischen Popanz zu verweisen, um die eigenen weitreichenden imperialistischen Machtpläne mit einem energischen Ruck vorwärts zu tragen. Und wenn Hitler morgen seinen Reichstag zusammen kommandiert, hat er nur nötig die Stimmen der franz. und englischen Bourgeoisiepresse zu zitieren, um seine imperialistischen Gegner ideologisch zu entwaffnen.

Jederman, auch die englische und französische Bourgeoisie weiss, dass die Sowjetunion keine imperialistischen Ziele verfolgt. Zugleich aber ist nicht unbekannt, dass die SU vom deutschen Faschismus mit tödlichem Hass verfolgt wird und der von Hitler entdeckte Sowjetimperialismus nichts als eine grobe und zugleich demagogische Erfindung ist, um damit seine eigenen imperialistischen Kriegsabsichten zu kaschieren. Die SU hat Hitler den Ostpakt vorgeschlagen, der den gegenseitigen Beistand gegen einen Angreifer vorsieht. Hitler hat diesen Pakt abgelehnt und damit seine Karten aufgedeckt. Wenn die Nazipresse den neuen deutschen Aufrüstungsschritt mit der Herabsetzung des militärpflichtigen Alters in der SU begründet und daraus eine Bedrohung Deutschlands konstruiert, die es durch eine Verstärkung seiner militärischen Position ausgleichen muss, so ist dies nur ein Argument mit dem auf die Galorie Eindruck zu machen ist. Die eindeutig antibolschewistische und auf die Expansion gegen den Osten gerichtete Politik Hitlers, die mit einer ausgesprochen aggressiven Politik des japanischen Imperialismus gegen die SU im fernen Osten zusammenfällt, so wie die klare Tendenz massgeblicher Teile der französischen Bourgeoisie auf eine Umgruppierung ihrer Aussenpolitik im Sinne einer Annäherung an die faschistischen imperialistischen Staaten, haben - wie gerade wieder das Verhalten Frankreichs im Falle Spaniens zeigte - in eindrucksvoller Weise unterstrichen, dass es sträflicher Leichtsinns wäre, wenn sich die SU bei ihrer Verteidigung auf den Völkerbund und auf die Hilfe Frankreichs verlassen wollte. Die SU handelte daher von ihrem, wie vom Standpunkt des internationalen Proletariats vollkommen richtig, als sie den Beschluss auf Herabsetzung des militärpflichtigen Alters fasste.

Der Beschluss der Hitlerregierung auf Einführung der 8 jährigen Dienstzeit, der faktisch einer Verdoppelung ihrer aktiven und jederzeit mobilen militärischen Kräfte gleichkommt, soll das Gewicht des deutschen Imperialismus erhöhen. Er soll Deutschlands Bündnisfähigkeit und seine Anziehungskraft für den Abschluss zweiseitiger imperialistischer Verträge erhöhen, sowie die Kollektivsicherheit, wie den franco-russischen Vertrag sprengen. Er soll auch auf Polen wirken, das sich neuerdings wieder stärker seiner französischen Freundschaft erinnert und sie zu festigen sucht. Der Beschluss Hitlers soll durch die Änderung des militärischen Kräfteverhältnisses die Aussichten Deutschlands bei der Formierung der Fronten für den vom deutschen Imperialismus

ins Auge gefassten Krieg verbessern.

Die Massnahme Hitlers wird eine weitere Steigerung des Wettwüsten zur Folge haben. Diese Last wird immer unortraglicher werden und ihrerseits die Entwicklung zum Kriege beschleunigen. Die Arbeiterklasse aller Länder wird täglich eindringlicher vor die Alternative Krieg oder Revolution gestellt. In diesem Lichte erweist sich der Kampf in Spanien und sein Ausgang von geradezu erst-rangiger Bedeutung für das internationale Proletariat. Ein Sieg der Arbeiterklasse in Spanien bedeutete einen hohen verlässlichen Posten der internationalen Arbeiterklasse im Kampfe für den Frieden und gegen den neuen imperialistischen Krieg, bedeutete eine enorme Steigerung des Kraft- u. Machtbewusstseins der gesamten Arbeiterklasse aller kapitalistischen Länder, eine gewaltige Ermunterung der Arbeiter der faschistischen Länder zum Kampf gegen ihre eigenen Unterdrücker und damit eine bedeutsame Vermehrung der Kräfte gegen den imperialistischen Krieg.

Das gilt es zu sehen und danach gilt es zu handeln.

- o - o - o - o - o - o - o - o -

Die praktische Anwendung der Politik der "Front der Franzosen".

Eine praktische Anwendung der neuen Lösung des "Front Français" durch die KPF ist ihre Stellungnahme zur Einführung der 2 jährigen Dienstzeit in Deutschland. Thorez erklärte u. a.: "Wir vertrauen dem Friedens- u. Freiheitswillen unseres Volkes, das sich während seiner zahlreichen Vergangenheit stets zu verteidigen wusste u. bereits die Gelegenheit hatte, die Entscheidung der Waffen zu seinen Gunsten zu wenden, dank der Tapferkeit u. Intelligenz der Armeen der Republik, ihrer Führer und ihrer Bürger-Soldaten." Der KPF-Deputierte Gitton hat seinerseits die Minberufung der Militärkommission der Kammer gefordert, um zu der Einführung der 2 jährigen Dienstzeit durch die Nazis Stellung zu nehmen.

Die spanischen Arbeiter zeigen uns, dass der revolutionäre Kampf gegen die eigene Bourgeoisie, gegen den eigenen Faschismus das beste Mittel ist, um die internationale Reaktion, um den Faschismus in allen Ländern zu schwächen. Gegenüber den Kriegsvorbereitungen des deutschen Faschismus gilt es für das französische Proletariat, in enger Solidarität mit den Arbeitern der Sowjetunion, mit den spanischen Revolutionären, mit den deutschen antifaschistischen Proletariern, Kurs auf die proletarische Revolution im eigenen Lande, auf die Entfaltung des Klassenkampfes in Frankreich selbst zu nehmen. Die KPF aber schlägt der französischen Arbeiterschaft vor, sich mit dem französischen Imperialismus zu solidarisieren, das französische Heer und sein reaktionäres Offizierkorps zu glorifizieren. Spanien zeigt, wohin es führt, wenn die Arbeiter den reaktionären Offizieren Vertrauen schenken!

- o - o - o - o - o - o - o - o -

Die neue Linie der KPF in der Frauenarbeit:

STRICKSTRUMPF UND LIEBESROMAN.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Auf der Parteikonferenz der KPF, die im Juli stattgefunden hat, hielt Jacques Duclos ein Referat über die Arbeit der kommunistischen Partei unter den Frauen. Dieses Referat, das jetzt als Broschüre erschienen ist, bedeutet eine völlige Preisgabe der Ziele und Methoden, die bisher für die kommunistische Frauenarbeit galten.

"Vereinigung der Frauen Frankreichs".

Das neue Ziel, das Duclos für die Frauenarbeit der KPF aufstellt, heisst "Vereinigung der Frauen Frankreichs"; diese Losung ist als Ergänzung der neuen Politik der "Vereinigung der französischen Nation" gedacht. Die "Vereinigung der Frauen Frankreichs", die Duclos predigt, geht weit über den Rahmen der Volksfront hinaus, sie soll nicht nur die werktätigen, proletarischen u. kleinbürgerlichen Frauen, nicht nur die Frauen, die den Parteien der Volksfront nahestehen, umfassen, sondern auch die bürgerlichen Frauen, insbesondere diejenigen, die sich im katholischen Lager befinden. Um die "französischen Frauen" zu einigen, verlangt Duclos von den Parteimitgliedern, dass sie sich mehr als bisher bemühen, "die Persönlichkeit der Frau mit ihrer Vielseitigkeit und Besonderheit" zu verstehen. Um ihnen dieses schwierige Studium zu erleichtern,

lenkt Duclos ihre Aufmerksamkeit auf die Pariser Boulevardpresse und die bürgerlichen Frauenzeitungen. Duclos entdeckt, dass der Hauptreiz dieser Presse für die Frauen darin besteht, dass sie Liebeserzählungen einen grossen Raum einräumen.

"Wir finden in dieser Zeitung (Paris-Soir) eine grosse historische Erzählung: "Das Martyrium der Madame Lafarge", die eine Erzählung über das Liebesleben Heinrich IV. und der Gabrielle von Estrée u. einer Erzählung über das in dieser Hinsicht sehr bewegte Leben des König Franz I. folgt. Dazu kommt noch eine andere Liebesgeschichte, die ein weiterer Anziehungspunkt für den weiblichen Leserkreis ist... Ja, man muss verstehen, dass die Liebe, das edelste der menschlichen Gefühle, einen Platz im Leben der Frau einnimmt, deren Hoffnungen ~~sich~~ so oft im Zusammenstoss mit der rauhen Wirklichkeit zusammenbrechen u. die eine Flucht aus ihrem unverständlichen u. angst erfüllten Dasein sucht..."

An der bürgerlichen Frauenzeitschrift "Journal de la Femme" bewundert Duclos "die intelligente Wahl der Themen" so z.B.:

Auf Seite 3 finden wir eine Enquête über das folgende Thema: "Darf eine Frau, die einen Mann liebt, diesem als erste ihre Liebe erklären?" Diese Frage beschäftigt eine so grosse Anzahl von Frauen, dass dadurch ein Reiz auf den weiblichen Leserkreis ausgeübt wird... Seite 13 enthält ... zwei Artikel, der eine heisst "Amerikanische Astrologie", der andere "Die tägliche Glückschance", beide unter der Überschrift "Das mysteriöse Leben" veröffentlicht. In einer Periode materieller Schwierigkeiten, wie der heutigen, sind diejenigen, besonders die Frauen "zahlreich, die dazu neigen, an Wunder zu glauben, geheimnisvolle Einflüsse zu suchen, die die Last des Elends, die sie niederdrückt, erleichtern könnten."

Nachdem Duclos noch auf den Roman: "Das Liebesleben einer Kaiserin und eines entzückenden jungen Mannes" hingewiesen hat, schliesst er seine lobende Kritik dieser bürgerlichen Zeitschrift mit folgenden Worten:

"Wie Ihr seht, zeigt die Redaktion dieser Zeitschrift eine Initiative, Kühnheit und ein Verständnis der wirklichen Seele - hört, Genossinnen -, die in unseren Reihen zu finden, wir uns wünschen könnten."

Befreit man so die Frau vom Einfluss der bürgerlichen Weltanschauung?

Es scheint uns, dass in Wirklichkeit weniger die "Kühnheit" der bürgerlichen Frauenzeitschrift zu bewundern ist, denn sie bleibt durchaus im Rahmen der bekannten bürgerlichen Verdummungsliteratur für die werktätigen Frauen, als die Kühnheit, mit der Duclos die bisherigen kommunistischen Auffassungen über die Gewinnung der Massen der werktätigen Frauen für den Kommunismus über Bord wirft. In den Thesen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale über die Methoden u. Formen der Arbeit der kommunistischen Parteien unter den Frauen heisst es, dass ein Ziel dieser Arbeit sein müsse, "die Frauen von dem Einfluss der bürgerlichen Weltanschauung zu befreien". Nun, alles das, was Duclos an der bürgerlichen Presse entzückt: die Liebesgeschichten, die Ratschläge für das Liebesleben, die Astrologie usw., dient nur dazu, die werktätigen Frauen unter dem Einfluss der bürgerlichen Weltanschauung zu halten, sie zu verdümmen, zu verhindern, dass sie über ihr elendes Leben unter dem Kapitalismus nachdenken, dass sie zum Klassenbewusstsein erwachen, dass sie proletarische Kämpferinnen werden. Anstatt den erbärmlichen Betrug zu entlarven, den die bürgerliche Presse an den Proletarierinnen verübt, indem sie ihnen eine vorlogene Welt vorgaukelt, klatscht einer der Führer der KPF dazu Beifall. Damit nicht genug, fordert Duclos die Schriftsteller, die mit dem Kommunismus sympathisieren auf, ebenfalls Liebesgeschichten für die werktätigen Frauen zu schreiben, um so, wie er zynisch hinzufügt, "an der Befreiung der Frau" zu arbeiten! Duclos zeigt mit diesem Vorschlag nur, dass er kein Verständnis für die wirklichen geistigen Bedürfnisse der werktätigen Frauen hat, dass seine Einschätzung der Proletarierinnen auf demselben Niveau steht wie die der bürgerlichen Schmocks, die die Liebesromane, für die Duclos schwärmt, verfassen.

Andere "originelle" Ideen.

Auch für die Organisation der Frauen entwickelt Duclos in seinem Referat "Originelle" Ideen. Als Musterbeispiel für einen Zusammenschluss der Frauen zitiert er "eine Organisation in den Pariser Bananenhäusern, wo 200 Frauen sich zu-

sammengetan hatten, um Socken u. Kindertricot für die Frauen der Arbeitslosen zu stricken... mit einer Wolle, die kleine Geschäftsleute gegeben hatten."

Duclos fährt fort:

"Und für manche Frauen, die nur Schlechtes über die Kommunisten gehört hatten, war das eine wirkliche Überraschung... zu sehen, dass die kommunistischen Frauen ebenso empfindsam wie sie selber gegenüber dem menschlichen Elend sind u. versuchen, das Leben derjenigen, die in Not sind, zu erleichtern."

Bisher führten die kommunistischen Parteien bekanntlich den Kampf für die Verbesserung der Lage der Arbeitslosen mit anderen Mitteln als mit Strumpfstricken. Sie wandten sich aufs Schärfste gegen den christlich-bürgerlichen Wohltätigkeitsrummel für die Arbeitslosen, der nur ein Palliativmittel ist und in Wirklichkeit einen Versuch darstellt, die Arbeitslosen davon abzuhalten, in den Reihen der klassenbewussten Arbeiterschaft für die Durchsetzung ihrer Forderungen nach ausreichender Unterstützung durch den Staat auf Kosten der Besitzenden zu kämpfen, während die Reaktionen für die private Wohltätigkeit eintreten, die schliesslich immer damit endet, dass die Arbeitslosen auf Kosten der werktätigen Massen unterstützt werden. Duclos Ausführungen zeigen, dass die KPF ihren Widerstand dagegen aufgegeben hat, dass die Arbeitslosen mit Almosen abgespeist werden. Duclos fordert sogar die Kommunistinnen auf, aktiv sich an dem bürgerlichen Betrugsmanöver gegenüber den Arbeitslosen zu beteiligen. Praktisch bedeutet das, dass die Arbeiterinnen u. proletarischen Hausfrauen die spärliche Freizeit, die ihnen ihre Erwerbsarbeit übrig lässt, dazu benutzen sollen, anstatt am politischen u. organisatorischen Leben der Arbeiterorganisationen teilzunehmen, anstatt sich politisch zu schulen. Und das allein zu dem Zweck, katholischen bürgerlichen Frauen, für die das gemeinsame Strumpfstricken eine angenehme Abwechslung in ihrem parasitären Dasein bedeutet, zu imponieren!
(/Strümpfe zu stricken.)

Die einzige konkrete Forderung für die Frauen, für die nach Duclos die KPF sich einsetzen wird, ist die des Frauenwahlrechts. Die Lösung des Frauenwahlrechts beggnet heute in Frankreich in der Hauptsache nur noch dem Widerstand des Senats. Was aber hat bisher die Volksfrontregierung und mit ihr die KPF getan, um den Widerstand des Senats gegen das Frauenwahlrecht zu brechen? Nichts, - die KPF bemüht sich sogar im Gegenteil, den Senat gegen die Vorwürfe, die gegen ihn wegen seiner Sabotage der Arbeit der Volksfrontregierung von links-sozialistischer Seite erhoben werden, zu verteidigen.

Andere politische u. soziale Forderungen für die Frauen konnten wir beim besten Willen nicht in dem Duclosschen Referat entdecken. Duclos begnügt sich mit einigen mitleidvollen Phrasen über die schwere Lage der Arbeiterinnen u. Bäuerinnen. Aber er macht sich weder zum Fürsprecher der Forderung nach höheren Löhnen und Arbeitsschutz für die Arbeiterinnen, noch sozialpolitischer Forderungen für die Bäuerinnen, wie z. B. Mütterberatungsstellen, Kinderkrippen usw.

Was soll da die Vereinigung der franz. Frauen?

Nach dem bisher Gesagten wird wohl niemand erwarten, aus Duclos Munde die Aufforderung an die werktätigen Frauen zu hören, Kämpferinnen für den Kommunismus zu werden. Die KPF verzichtet darauf, den Frauen revolutionäre Ziele zu stellen, ihnen zu sagen, dass eine wirkliche Befreiung der Frau nur im Kommunismus möglich ist. Ebenso wenig verlangt die KPF die Zerschlagung der bürgerlichen Frauenorganisationen, richtet sie an die werktätigen Frauen die Aufforderung, sich der kommunistischen Partei anzuschließen.

Aber welches Ziel soll denn eigentlich die "Vereinigung der Frauen Frankreichs" verfolgen? Die Antwort finden wir in einer Propagandarede Duclos' für die "Vereinigung der Frauen Frankreichs", die er kurze Zeit nach der Parteikonferenz vor einem geladenen Kreis von Vertretern der französischen Frauenorganisationen u. der Frauenpresse, darunter der bürgerlichen, hielt. Dort erklärte er, dass die "Vereinigung der französischen Frauen" der Erhaltung, dem "Schutze der Familie, der Zukunft der Rasse und der Sicherheit des Landes" dienen solle. Die KPF predigt also den werktätigen Frauen die Rückkehr an den "häuslichen Herd", die Beschäftigung mit dem Strickstrumpf, das häufige Kindergebären und die Verteidigung des französischen Imperialismus. Solche Losungen hörte man sonst aus reaktionären u. faschistischen Kreisen. Die KPF geht damit weit hinter die bürgerliche Frauenbewegung zurück. Nirgends kam bisher der reaktionär-

spießbürgerliche Standpunkt, welcher der neuen Politik der "Französischen Front", die die KPF vertritt, zugrundeliegt, so offen zum Ausdruck wie in dieser Rede Duclos über die Arbeit der KPF unter den Frauen.

Was sagen die Kommunisten dazu?

Zum Glück scheint die verhängnisvolle Wendung der KPF in ihrer Frauenarbeit auf den Widerstand der kommunistischen Funktionärinnen zu stossen. Duclos selber berichtet in seinem Referat, dass die neue Linie von einer Reihe von Genossinnen abgelehnt werde. Anstatt sich in sachlicher Weise mit diesen oppositionellen Genossinnen auseinanderzusetzen, kennt Duclos nur Schmähungen für sie. Er bezeichnet sie als "gelehrte Frauen" (femmes Savantes), die des Spotts eines Molières würdig seien, als "Frauen, die von Überheblichkeit triefen, die sich in einer glänzenden Isoliertheit gefallen". Das ist die Sprache des reaktionären Spießbürgers gegenüber allen Frauen, die sich bemühen, sich geistig u. politisch zu bilden; es ist eine Schande, eine solche Sprache aus dem Munde eines kommunistischen Führers zu hören. Weil die komm. Funktionärinnen die rechtsopportunistische, reaktionär-spiessbürgerliche Politik der KPF-Führung gegenüber den Frauen nicht mitmachen wollen, versucht Duclos, sie als "Sektiererinnen" zu brandmarken, ja er findet, "dass das Sektierertum bei den Frauen einen besonders günstigen Boden findet".

Wir können nur wünschen, dass die Kommunistinnen, in ihrem "Sektierertum", d. h. in ihrem Eintreten für eine klassenkämpferische, revolutionäre Linie in der Frauenarbeit beharren und dass sie fortfahren einen energischen u. hoffentlich erfolgreichen Kampf gegen die reaktionär-spiessbürgerliche Politik der "Veroinigung der Frauen Frankreichs" zu führen.

-O-O-O-O-O-O-O-O-O-O-O-O-O-O-O-

Aus dem III. Reich:

Die deutschen Arbeiter für die span. Antifaschisten,
 =:==::~::=:==::~::=:==::~::=:==::~::=:==::~::=:==::~::=:==::~::=:==::~::=:==::~::=:==::~::=:==::~::=:==::~::=:

Seit Beginn des span. Bürgerkrieges ist die braune Journaille bemüht, den Bolschewistenschreck in den grellsten Farben an die Wand zu malen und der europäischen Bourgeoisie zu "beweisen", dass die Hand Moskaus die spanischen Ereignisse ausgelöst hat. Bei diesem "odlen" Tun versucht die Hitlerpresse den Eindruck zu erwecken, als wenn das gesamte deutsche Volk mit Begeisterung hinter Hitler stünde und zum entschlossensten Kampfe gegen die "roten Banden" bereit wäre. In Wahrheit haben die heldenmütigen Kämpfe der spanischen Arbeiter gegen den Faschismus die weitestgehende Sympathie bei den deutschen Arbeitern gefunden. Ein Zeichen dieser Stimmung ist nachfolgender Brief des Berliner Komitees zur Schaffung illegaler Gewerkschaften (Gruppe Metall), der der VKO zur Weiterleitung nach Spanien übermittelt wurde.

Berlin, den 15. 8. 36.

Worte Freunde!

Wir erfuhren, dass ein uns befreundeter Arbeiter nach dem Ausland fährt und benützen die Gelegenheit, einen kleinen von uns gesammelten Geldbetrag für die spanischen Arbeiter mitzugeben.

Die Leitung unserer illegalen Metallarbeitergruppe nahm zu dieser Gelegenheit Stellung und besprach, wie wir am besten unsere Sympathie für die heldenhaften span. Arbeiter u. Bauern ausdrücken können, die gegen die fasch. Konterreolution kämpfen. Da wir nur zwei Tage Zeit zur Vorbereitung hatten, beschlossen wir in zwei Betrieben eine Sammlung durchzuführen, dessen Ergebnis am nächsten Tag abzuliefern ist. Wir brachten 30 Mark zusammen. Den grössten Teil sammelte ein Kollege in einer Abteilung eines Rüstungsbetriebes. Er hat den Betrag im Kreise der vom illegalen Gewerkschaftskader beeinflussten Kreise der Metallarbeiter gesammelt u. dabei festgestellt, dass sich die Arbeitskollegen, die um einen Beitrag angehalten wurden, sehr freuten, dass unsere Gruppe die Initiative ergriffen hat, um ihnen ihrerseits die Möglichkeit zu geben, ihre Verbundenheit mit den kämpfenden span. Arbeitern auf diese Weise Ausdruck geben zu können.

Wir freuen uns besonders, die Sammlung in dem Augenblick durchzuführen, wo die Hitlerregierung einen Vorstoss gegen jene Länder versucht, die in breiter Öffentlichkeit durch Geldsammlungen ihren Solidaritätsbeweis erbringen können. Die Sympathie für die kämpfenden Arbeiter Spaniens ist im fasch. Deutschland

unter der Masse ausserordentlich gross. So misstrauisch die illegalen Arbeiter gegen die Volksfront im Allgemeinen sind, umso mehr werden die Kämpfe gegen die span. Kontorrevolution mit dem leidenschaftlichen Interesse verfolgt. Der Elan, mit dem die Arbeitermilizen, das Rückgrat der spanischen Revolution, vom ersten Tage der Erhebung Euror Kontorrevolution an den Kampf durchführten, begeistert die deutschen Arbeiter, auch wenn sie ihn nur zwischen den Zeilen aus den Hassberichten der Nazipresse ersehen können. Besonders eifrig wird jede Nachricht von der Beschlagnahme der Betriebe und ihrer Weiterführung und Leitung durch Organe der Arbeiter und ihrer Organisationen besprochen. Nicht nur die leidenschaftlichsten Wünsche für Euren Sieg, sondern auch das Bestreben, von Euch zu lernen, ergreift immer breitere Schichten.

Jeder Schritt vorwärts zu Euren Sieg, der hoffentlich bis zur Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den armen Bauern führt, die sich des Bodens der Grossgrundbesitzer und der Kirche bemächtigen; ist die beste Unterstützung unseres eigenen schweren Kampfes.

...Wir arbeiten mit ganzer Kraft am Aufbau unserer illegalen Kader, um auch unsererseits den Kampf zu führen. Schon der bisherige Verlauf Eures Kampfes zeigt uns die Mittel, die Methoden und den Weg des Kampfes, den auch wir zu unserer Befreiung gehen müssen, um unsere Klassenziele zu erreichen!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Verschiedenes:

Solidarität mit Spanien. Eine Kundgebung der Volksfront in Colmar forderte in einer einstimmig angenommenen Entschliessung, dass die Regierung Blum nicht länger in ihrer Haltung gegenüber der rechtmässigen spanischen Regierung verharrt, die von ihr unverständlichen Sanktionen ausgesetzt wurde. Die Versammlung fordert stattdessen, die Wiederherstellung der normalen Handelsbeziehungen zwischen der spanischen und franz. Republik.

Die Unternehmer sabotieren. Die Strasburger Bauunternehmer versuchen die Bauarbeiter um die Ferien zu prellen. Sie haben die Kühnheit die Anwendbarkeit des Gesetzes über die bezahlten Ferien für Elsass-Lothringen in Zweifel zu ziehen. Nachdem sie damit Schiffbruch erlitten haben, gehen sie im verstärkten Masse dazu über, die Arbeiter zu entlassen die einen gesetzlichen Anspruch auf bezahlte Ferien haben, um sie durch neue Arbeiter zu ersetzen. Die Bauarbeiter sind aber nicht gewillt sich diesen aufräufenden Massnahmen zu bowgen.

Auch die tariflichen Abmachungen suchen die Unternehmer zu umgehen. So wird vom Holzarbeiterverband gemeldet, dass in einem Betrieb in mehr als 25 Fällen die tariflichen Abmachungen gebrochen wurden. In anderen Betrieben werden die Arbeiter zum Aussetzen gezwungen. So berichtet die "Huma", dass im Militärchântier Maquard in Longeville les St. Avold der Direktor 17 jugendliche Arbeiter wegen angeblichem Arbeitsmangel entlassen hat. Auf einen Protest drohte er mit Massenentlassungen. Eine Betriebsdelegation, die beim Surveillant 1. Genie vorsprach konnte feststellen, dass genügend Bestellungen vorliegen und keinerlei Anlass zu Entlassungen vorliegt.

Die Arbeiter dürfen auf keinen Fall zulassen, dass die tariflichen Abmachungen durchlöchert und die soz. Gesetze umgangen werden. Jeder solcher Versuch muss sofort mit den Mitteln im Koine erstickt werden, mit deren Hilfe sie sich in der Junibewegung ihre Verbesserungen errangen. Gegenüber der Sabotage der Produktion kann es nur eine Lösung geben; Weiterführung der Betriebe unter Kontrolle der Arbeiter u. Angestellten.

Die Arbeitslosen an die Volksfrontdeputes. Die Arbeitslosen haben einen Offenen Brief an die Volksfrontdeputes geschrieben, in dem es u. a. heisst; "Wir Arbeitslose ... die wir gerade auf die neue Regierung die grössten Hoffnungen setzten, hören von überall her noch die alten Klagen; wir, und ganz besonders die sogenannten ausgesteuerten Arbeitslosen sind schlimmer daran als je. Ferner wird in dem Briefe darauf hingewiesen, dass die Arbeitslosigkeit fortwährend steige, dass die Unterstüttungssätze die alten geliebten sind, obgleich die anwachsende Arbeitslosigkeit von einer Lebensmittelverteuerung bis zu 25 % begleitet sei. Auch die Aussteuerung von Arbeitslosen, die keine Arbeit finden können, gehe ungehindert weiter. Die Gemeinden verhängten nach wie vor Fronarbeit." Der Brief schliesst mit dem Ersuchen an die Deputes die Forderungen der Strashourger Arbeitslosen in der Kammer zu vertreten. Uns scheint es notwendig, dass die CGT eine ausserparlamentarische Aktion für die Arbeitslosen einleiten muss, sollen diese nicht eine leichte Beute der Faschisten werden.

Verantwortlich: EMILE HIRTZEL.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

N° 36/III. Jahrgang.

Erste September 1935.

Eine Erklärung der I.V.K.O.:

ZUM MOSKAUER TROZKISTENPROZESS .

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Der Moskauer Prozess gegen die trotzkistisch-sinowjewistische Verschwörer hat erwiesen, dass die Führer der Trotzkiisten und Sinowjewisten, darunter Trotzki persönlich, im Verlauf ihres Kampfes gegen die Führung der KPdSU und die Sowjetregierung dazu übergegangen sind, die Methode des individuellen Terrors anzuwenden, d.h. Mordanschläge gegen die Führer der KPdSU, insbesondere gegen Stalin, zu organisieren. Die erfolgreiche Durchführung der Industrialisierung und der landwirtschaftlichen Kollektivisierung hatte die Behauptungen der Trotzkiisten und der Sinowjewisten, dass der Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft in der SU unmöglich sei, praktisch widerlegt. Indem die Trotzkiisten und Sinowjewisten trotz ihrem politischen Bankrott ihren Kampf gegen die KPdSU und deren sozialistische Aufbaupolitik fortsetzten, gerieten sie in einen immer grösseren Gegensatz zu den Massen der Werktätigen der Sowjetunion, und ihre Politik brachte immer mehr den konterrevolutionären Widerstand der durch den erfolgreichen sozialistischen Aufbau entwurzelten bürgerlichen Elemente zum Ausdruck. Die Erklärung Kamenows vor Gericht, dass er und seine Freunde kein anderes Programm gehabt hätten, als zur Macht zu kommen, war das Eingeständnis, dass die politisch gescheiterten einstigen Bolschewiki im Verlauf ihres Kampfes gegen den sozialistischen Aufbau zu den Repräsentanten der ihrer Ausbeuterstellung beraubten Elemente geworden waren, die um jeden Preis und mit allen Mitteln wider ihre verlorenen Privilegien erlagerten. Die Methode des individuellen Terrors, des Mordkomplotts, zu der die Trotzkiisten und Sinowjewisten schliesslich griffen, ist die typische Methode der entwurzelten und politisch geschlagenen Konterrevolution.

Trotzkis Rolle.

Die Versuche Trotzki, seine Beteiligung an den durch den Moskauer Prozess enthüllten Mordkomplott zu bestreiten, wird nicht nur durch die Aussagen seiner Freunde vor Gericht, sondern auch durch sein politisches Verhalten in den letzten Jahren widerlegt. Trotzki hat sich öffentlich zur Anwendung von Waffengewalt gegen die Führung der KPdSU und die Sowjetregierung bekannt und dabei erklärt, dass er nicht einen bewaffneten Aufstand, sondern nur "Polizeimassnahmen" gegen die gegenwärtige Parteiführung im Auge habe. Diese Russierungen Trotzki und seine systematische persönliche Hetze gegen die Führer der KPdSU sind eine Bekräftigung des durch den Moskauer Prozess erbrachten Nachweises für seine Beteiligung an dem Mordkomplott der Kamenew, Sinowjew usw.

Das Urteil, dass das Sowjetgericht gegen die trotzkistisch-sinowjewistische Verschwörer fällte, war das nach dem Ergebnis der Verhandlungen und den Gesetzen des Sowjetstaates einzig mögliche. Es war ein Akt der berechtigten Wehr gegen ein konterrevolutionäres Komplott.

Wogegen wir uns zur Wehr setzen.

Im Zusammenhang mit dem Moskauer Prozess gegen die trotzkistisch-sinowjewistische Mordverschwörung werden jetzt von den Instanzen der KI Versuche unternommen, jede Opposition gegen die gegenwärtige verhängnisvolle und den Grundsätzen des Kommunismus widersprechende Linie der KI, insbesondere gegen die Volkfrontpolitik, als Trotzkismus und als Hilfeleistung für den Faschismus zu diffamieren.

Es ist keine Förderung, sondern eine Erschwerung des Kampfes gegen die konterrevolutionäre, sowjetfeindliche Politik des Trotzkismus, wenn alle diejenigen, die die Grundsätze des Kommunismus nicht nur innerhalb der Grenzen der Sowjetunion, sondern auch im Kampfe der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern verfochten wissen wollen, als Trotzkisten und Verbündete des Faschismus verleumdet werden.

Wir weisen es ganz entschieden zurück, wenn (so z.B. in der Basler "Rundschau" Nr. 37) das Eintreten der revolutionären Vorhut des spanischen Proletariats für die Errichtung der Diktatur des Proletariats in Spanien als ein Liebedienst für den Faschismus und eine spezifisch trotzkistische Politik bezeichnet wird. Wir stellen demgegenüber fest, dass das spanische Proletariat Kurs auf die Errichtung der Rätemacht nehmen muss, wenn sein gegenwärtiger Kampf, der das größte revolutionäre Ereignis in Europa seit der Oktoberrevolution 1917 darstellt, im Interesse des Weltproletariats und darunter auch der Werktätigen der SU entschieden werden soll.

Wir weisen es als eine schmutzige Verleumdung zurück, wenn (wie vom Emigrantenteiler der KPD in Frankreich) die erlogene Behauptung aufgestellt wird, dass die KPD-O in ihrem Kampfe gegen die falsche, faktisch sozialdemokratische Volksfrontpolitik von den Nazis gefördert werde. Die KPD-O lobt die Anwendung der Volksfrontpolitik in Deutschland in Übereinstimmung mit der Mehrheit der aktiv am illegalen Kampf beteiligten Mitglieder der KPD ab, weil diese Politik die Entfaltung des Widerstandes des Proletariats und der anderen werktätigen Schichten gegen die Nazidiktatur nur hindern kann. Dass die Urheber der Verleumdungen gegen die KPD-O ihre Lügen wider besseres Wissen verbreiten, geht aus der Tatsache hervor, dass das ZK der KPD gerade in der letzten Zeit Verhandlungen mit der KPD-O über eine Zusammenarbeit beider Organisationen auf verschiedenen Gebieten anbahnte.

Die Volksfrontpolitik ist keine wirksame Methode zum Kampfe gegen den Faschismus.

Immer mehr zeigt die praktische Erfahrung, dass die Volksfrontpolitik alles andere als eine wirksame Methode zur Bekämpfung des Faschismus ist, dass sie vielmehr das Proletariat in seinem Kampfe gegen den Faschismus fesselt und hemmt. Die Volksfrontpolitik führt dazu, dass die KP-Spaniens in einer revolutionären Situation sich offen der Errichtung der Rätemacht entgegenstemmt, dass die KP-Frankreichs sich mit den imperialistischen Interessen der französischen Bourgeoisie solidarisiert und gegen die Anwendung der Waffe des Streiks, bzw. der Betriebsbesetzung durch die Arbeiter Stimmung macht, dass sie die Perspektive der proletarischen Revolution in Frankreich stillschweigend im Namen einer "Front der Franzosen", zu der auch die Repräsentanten der grosskapitalistischen Reaktion gehören sollen, fallen lässt.

Der Versuch, jeden Widerstand gegen die Volksfrontpolitik, die den proletarischen Klassenkampf verleugnet, als eine Machination Trotzkis oder des Faschismus zu bezeichnen, ist dumm u. lächerlich. Der Widerstand der fortgeschrittenen klassenbewussten Arbeiter, insbesondere auch der Mitglieder der komm. Parteien, gegen die Volksfrontpolitik wird u. muss immer wieder neu entstehen und zunehmen, weil dieser Widerstand aus den Bedürfnissen des proletarischen Klassenkampfes hervorwächst, der eine objektive Notwendigkeit der kapitalistischen Gesellschaft ist, die durch keine Instanzen aussser Kraft gesetzt werden kann.

Wenn die KPdSU an der gegenwärtigen KI-Politik festhält, die die Grundsätze des proletarischen Klassenkampfes praktisch verleugnet, so kann das ernste Gefahren für ihr sozialistisches Aufbauwerk zur Folge haben. Die SU ist unlöslich mit internationalen Klassenkampf verbunden und wenn die KPdSU eine KI-Politik verteidigt, die den Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern hindert, so trägt sie nicht nur dazu bei, die stärkste Hilfe, die sie im Kampfe gegen einen imperialistischen Überfall braucht, nämlich den revolutionären Kampf des Weltproletariats zu untergraben, sondern sie gefährdet auch die innere Geschlossenheit der im Bewusstsein ihrer Rolle als Vorhut der Weltrevolution erzogenen und aufgewachsenen Werktätigen der SU.

Berichtigung: In Nr. 36/III, Jahrgang der "Arbeiterpolitik", 5. Augustwoche muss es auf Seite 2, Zeile 30/31 heissen: "Die Blum'sche 'Nichtinterventionspolitik' steht, wie wir in der 'Arbeiterpolitik' ... statt 'Die Nichtinterventionspolitik...'".

Notizen zur Blumschen Aussenpolitik:FLUGZEUGE FÜR SPANIEN!

oooooooooooooooooooooooooooo

In einer Reihe von Artikeln, die in der Presse der KPF erschienen sind, weist André Marty darauf hin, dass Nazideutschland u. Mussolini-Italien trotz ihrer Zustimmung zu dem französischen Nichtinterventionsvorschlag nach wie vor die spanischen Rebellen mit Kriegsmaterial beliefern. A. Marty zieht daraus die Folgerung, dass das französische Volk verlangen sollte, "dass die europäischen Demokratien die maskierten Interventionen in Spanien vereiteln und wirklich neutral seien, indem sie der regulären Regierung Spaniens gestatten, entsprechend dem Völkerrecht bei ihnen alles einzukaufen, was sie braucht." Wir haben von vornherein darauf hingewiesen, dass die faschistischen Regierungen Deutschlands u. Italiens das Neutralitätsabkommen in der spanischen Frage nicht ernsthaft befolgen würden. Aber die Führer der französischen Arbeiterorganisationen, darunter auch die KPF, haben die Neutralitätspolitik der Regierung Blum in der spanischen Frage mit dem Argument zu verteidigen oder zu mindern versucht, dass sie doch immerhin die Belieferung der Rebellen durch Nazis u. italienische Faschisten hindere. Es hat sich herausgestellt, dass die Blumsche Politik das nicht hindert. Was die Blumsche Politik aber hindert, das ist die Belieferung der spanischen Antifaschisten mit Waffen. Wenn die KPF, so wie Marty das tut, einerseits die ungehinderte Lieferung von Waffen an die spanischen Antifaschisten verlangt, es andererseits aber ängstlich vermeidet, die Politik der Regierung Blum in der spanischen Frage offen anzugreifen, so ist das eine Irreführung der Massen der franz. Arbeiter, die verlangen, dass man ihnen spanischen Brüdern nicht nur mit Worten, sondern durch Lieferung von Flugzeugen etc. helfe.

DER RÜCKTRITT TITULESCU.

Bei einer Umbildung der rumänischen Regierung ist der bisherige Aussenminister Titulescu, der der Exponent der aussenpolitischen Zusammenarbeit Rumäniens mit Frankreich und der Sowjetunion war, ausgeschift worden. Der Rücktritt Titulescus bedeutet zweifellos, dass in den regierenden Kreisen Rumäniens die Anhänger einer Annäherung an Nazideutschland an Boden gewinnen. Die Ausschiftung Titulescus ist sicher auch eine Folge der feigen u. zweideutigen Politik, die die Regierung Blum gegenüber Nazideutschland betreibt. Die Art, wie die Regierung Blum versucht hat und versucht, sich auf Kosten der spanischen republikanischen Regierung mit dem deutschen u. italienischen Faschismus zu verständigen, stärkt bei den kleinen Staaten Europas nicht gerade das Vertrauen darauf, dass sie sich auf die Unterstützung Frankreichs und auf die kollektive Sicherheit gegenüber Hitlerdeutschland verlassen könnten und fördert in diesen Ländern die Tendenzen zu einer Annäherung an die Nazis. So wirkt sich die angeblich im Namen der Erhaltung des Friedens unternommene Spanienpolitik der Regierung Blum in der Praxis als eine weitere Untergrabung des europäischen Friedens aus. Es ist auch, wie gesagt, kein Zufall, dass Hitler die zweijährige Dienstzeit gerade in dem Zeitpunkt eingeführt hat, als die Regierung Blum durch ihr Verhalten in der spanischen Frage den Beweis lieferte, dass sie sich grosse Mühe gibt, zu einer Annäherung an Hitlerdeutschland zu gelangen.

DER BESUCH SCHACHTS.

Die Art, wie Schacht in Paris empfangen wurde, zeigt, dass durch den Amtsantritt Léon Blums der imperialistische Charakter der französischen Aussenpolitik keineswegs geändert worden ist. Was seiner Zeit gegen Laval gesagt wurde, kann heute ebenso gut gegen die Aussenpolitik Blums ins Feld geführt werden. Es ist zweifellos, dass die französische Regierung sich mit Schacht über oventuelle Kredite an Deutschland unterhalten hat, wobei es klar ist, dass eine "wirtschaftliche" Verständigung mit Deutschland auch eine politische Verständigung mit den Nazis auf Kosten der Sowjetunion zur Folge haben würde. Die KPF hatte ganz recht, wenn sie gegen das Techtelmechtel der Regierung Blum mit Schacht protestierte. Falsch war jedoch, dass sie ihren Protest nicht mit den Interessen der französischen und der internationalen Arbeiterklasse begründete, sondern mit nationalistischen Phrasen von "nationaler Würde" etc. Durch solche Phrasen, die eine Begleiterscheinung der Politik des "front français" sind, macht die KPF es den Sowjetfeinden, den Anhängern einer Verständigung mit Hitlerdeutschland leicht, den Friedenswillen der Kommunisten anzuzweifeln u. sie als Anhänger einer nationalistischen Prestigepolitik, die auf aussenpolitische Provokationen aus sei, hinzustellen. Die Politik der Verständigung mit Hitler muss

bekämpft werden, aber nicht im Namen der Interessen des französischen Imperialismus, nicht im Namen der nationalen Solidarität mit der französischen Bourgeoisie, sondern im Namen der Interessen des Klassenkampfes der französischen Arbeiter u. der internationalen proletarischen Solidarität, nicht im Namen eines "Front français", sondern vom Standpunkt der Klassenfront der Werktätigen.

DER KPF UND RYDZ-SMIGLY.

Unter der Überschrift "Es lebe Polen" bringt die Presse der KPF einen Aufsatz von Thorez zur Begrüssung des polnischen Generals Rydz-Smigly, in diesem Artikel heisst es u. a.:

"Obwohl das innere Regime Polens ziemlich weit von einer liberalen Demokratie entfernt ist u. obwohl der General Rydz-Smigly s. Zt. Kiow besetzt und Warschau gegen die Rote Armee verteidigt hat, freuen wir uns dennoch, den bedeutenden Gast Polens zu begrüssen; X"

Dazu wäre zu ergänzen, dass das innere Regime Polens eine faschistische Diktatur ist und dass der General Rydz-Smigly nicht bloss im Jahre 1920 die SU mit der Waffe bekämpft hat, sondern heute das Haupt der reaktionären Clique ist, die Polen beherrscht; auf Befehl dieses Herrn, den die französischen Arbeiter auf Aufforderung von Thorez begrüssen sollen, sind in Lemberg u. Krakau Arbeiter niederkartätscht worden, auf seinen Befehl werden sie in Gefängnisse und Konzentrationslager gesperrt!

Die französische Arbeiterklasse hat sicher ein Interesse daran, dass das ausserpolitische Zusammenwirken des deutschen und polnischen Faschismus gesprengt und die polnische Regierung veranlasst wird, sich dem Pakt zwischen Frankreich und der SU anzuschliessen. Aber die französische Arbeiterklasse muss sich dessen bewusst sein, dass die Unterstützung des revolutionären Kampfes der polnischen Arbeiter u. Bauern gegen das faschistische Blutregime zugleich das beste Mittel ist, um zu verhindern, dass der SU von Polen her Gefahren drohen. Rydz-Smigly und die Seinen werden ihre sowjetfeindlichen Tendenzen niemals ganz aufgeben, auch wenn sie aus Angst vor dem deutschen Imperialismus Freundschaftsgesten gegenüber Frankreich machen. Die französische Arbeiterklasse ist trotz Volksfrontregierung nicht an der Macht und braucht deshalb keine diplomatischen Rücksichten zu nehmen, sie hat keine Veranlassung dazu, bei ihren polnischen Klassenbrüdern den Eindruck zu erwecken, dass sie mit dem Mann sympathisieren, der für die werktätigen Massen Polens ihre Knechtung verkörpert. Es ist eine Folge der Politik des "Front français", wenn Thorez beim Empfang von Rydz-Smigly als Sachwalter, um nicht zu sagen als Portier des französischen Imperialismus auftritt u. nicht als Sprecher der internationalen Solidarität der Arbeiter.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

VON DER BÜRGERKRIEGSFREONT IN SPANIEN.

Die ausländischen Antifaschisten.

Barcelona, 20. 8. 36, In spätestens acht Tagen werden die ausländischen Genossen ausrücken. Heute früh zog die Gruppe von 60 deutschen Genossen, die erst vor kurzem aus Frankreich gekommen sind, gleich nach dem Unterricht aus, um zu üben. Die Jungen wussten natürlich ganz genau, dass die spanischen Genossen zuschauten? Gute Haltung, Disziplin jedoch aufgelockert ohne als Paradepuppen zu wirken. Und dann ein leichtes Marschlied vom Schatz und Wiedersehen. Die Spanier machten grosse Augen und diskutierten, wie notwendig eine solche Disziplin siegen werde. Es ist ein weiter Schritt von dieser Bewunderung bis zum Nachmachen; denn solche Dinge kann man nicht einfach nachmachen.

Unterdessen ist das neue Comité (CURIA) Comité Unitaire des Réfugiés Antifascistes zustandgekommen. Wahrscheinlich fahre ich nächste Woche an die Front, um mit den ausländischen Genossen den Kontakt aufzunehmen, ihre Kritik und ihre Anregungen anzuhören und evtl. auch Konflikte aus dem Wege zu räumen. Es ist nicht ganz leicht alles unter einen Hut zu bringen. Aber alle haben den Wunsch und Willen, fest zusammenzuhalten. In der nächsten Woche erscheint ein internationales Bulletin in vier Sprachen (deutsch, französisch, englisch und italienisch). Und zwar sollen alle Fragen vom Standpunkt der PCUX (Marxistische Arbeiter-Arbeitspartei), d. h. also vom kommunistischen Standpunkt behandelt werden; in militärischer, wirtschaftlicher, politischer u. internationaler Hinsicht. Meine Arbeit bei der PSUC habe ich drangegoben.

Heute war in einer Kaserne, in der nur Miliz liegt, die der PCUM organisiert hat, ein Meeting mit Gorkin als Redner. Es liegen dort eine Menge Ausländer, hauptsächlich Italiener u. Franzosen. Gorkin sprach gut, ganz im revolutionären Sinne, immer wieder unterbrochen vom tosenden Beifall. Die Kameraden sollen morgen teils nach Mallorca, teils nach Saragossa. Es kostet Mühe sie ausreißend zu bewaffnen. Jedonfalls wirkt sich die Neutralität Frankreichs aus und schafft Schwierigkeiten, die es sonst nicht geben würde. Die Milizionäre werden morgen unmittelbar vor dem Ausrücken erst ihre Gewehre bekommen, da sie vorher nicht vorhanden sind. Wären diese Schwierigkeiten nicht, hätten sie schon in dieser Zeit Übungen am Gewehr machen können. Es gehört ja mehr dazu, als bloss schießen zu können. Das Gewehr muss auch gepflegt werden, sonst versagt es eines schönen Tages. Das sind Fragen mit denen sich das Comité auch beschäftigen muss. Und vor allem natürlich die politische Erziehung.

Die Organisation der Wirtschaft.

Heute nachmittag waren wir in der Sopu, dem grössten Einheitsproduktgeschäft. Der Betrieb wird gemeinsam von CNT, UGT und Sindicato Mercantil kontrolliert. Letztere Gewerkschaft hat der PCUM in Händen und sie ist in diesem Falle die ausschlaggebende Gewerkschaft. Das erste was das Arbeitercomité gemacht hat, war, die hohen Gehälter zu reduzieren, wie es übrigens in gleicher Weise auch in all den anderen Betrieben gemacht wurde, die die Arbeiter kontrollieren.

Ich übersetze im folgenden die Beschlüsse des Wirtschaftsrates für Katalonien, die in der Tat durchgreifend sind. Für die Republikaner bleibt keine andere Möglichkeit, als diese Beschlüsse anzunehmen. Es sind nicht nur die bewaffneten Arbeiter, die sie gefügig machen, sondern die grossen Schwierigkeiten, vor denen die Wirtschaft steht.

Die Beschlüsse lauten:

Der Wirtschaftsrat wird sich als beratendes Organ betätigen, um in ökonomischen Fragen gemeinsame Beschlüsse herbeizuführen zwischen den verschiedenen vertretenen Organisationen, und die Regierung der Generalidad wird die Beschlüsse ausführen, die sich aus den Verhandlungen ergeben. Unbeschadet der weiteren Beschlüsse, die er noch fassen möge, wird der Rat die folgenden in die Praxis umsetzen, deren Verwirklichung er für unaufschiebbar hält.

1) Regulierung der Produktion im Einklang mit den Notwendigkeiten der Konsumtion unter Opferung der Industrien u. Produktionszweige, die überflüssig sind. Energische Förderung u. Einrichtung von neuen Industrien, die auf Grund der Veränderung des Wertes der Peseta für unser Volk notwendig sind.

2) Aussenhandelsmonopol, um Eingriffe von aussen in die neue im Entstehen begriffene ökonomische Ordnung zu verhindern.

3) Kollektivisierung des landwirtschaftlichen Grossgrundbesitzes, Bewirtschaftung durch die Syndikate mit Hilfe der Generalidad; obligatorische Syndizierung der landwirtschaftlichen Produkte der kleinen und mittleren Grundbesitzer.

4) Teilweise Devalorisierung des städtischen Eigentums mittels Mietensenkung oder durch gleichwertige Taxierung, wo es nicht angängig ist, den Mietern die Vorteile zukommen zu lassen.

5) Kollektivisierung der Grossindustrie, der öffentlichen Dienste und des Transports durch die Gemeinschaft.

6) Beschlagnahme und Kollektivisierung der von den Besitzern verlassenen Unternehmungen.

7) Intensivierung des kooperativen Systems bei der Verteilung der Produkte u. insbesondere Kooperativen für die Grossunternehmungen der Verteilung.

8) Arbeiterkontrolle der Bankgeschäfte bis zur Nationalisierung des Bankwesens.

9) Gewerkschaftliche Arbeiterkontrolle aller Unternehmungen, die privatwirtschaftlich betrieben werden.

10) Energische Absorbierung aller Arbeitslosen durch Landwirtschaft u. Industrie; zu diesem Zwecke wird man die Revalorisierung der landwirtschaftlichen

Produkte betreiben und, wo es möglich ist, die Rückkehr der Arbeiter aufs Land - soweit die Neuordnung der landwirtschaftlichen Arbeit sie aufnehmen kann; Schaffung von grossen Industrien, um Fabrikationsartikel zu ergänzen, deren Einfuhr schwierig ist; völlige Elektrifizierung Kataloniens, besonders der Eisenbahnen usw.

11) Schnellste Aufhebung der verschiedenen Steuern, um eine Einheitssteuer einzuführen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

HOHE PREISE, NIEDRIGE LÖHNE,
oooooooooooooooooooooooooooooooo

Die Teuerung, über die wir schon verschiedentlich berichtet haben, geht unaufhaltsam weiter. In allen Departements Frankreichs wird ein rapides Anziehen der Preise für Massenkonsumartikel beobachtet. Die Folge davon ist ein rasches Absinken des Reallohnes, und manche Lohnaufbesserung wird durch die Teuerungswelle zunichte gemacht. Schlecht entlohnte Arbeiterkategorien zumal, werden wieder auf den Stand zurückgeworfen, den sie vor den Matignon-Abkommen eingenommen hatten. Um wieviel schlimmer ist aber die Lage derjenigen Arbeiterschichten, für die überhaupt noch keine Lohnerhöhung bisher erfolgt ist.

Auf Brot, Fleisch u. Wurst, für Kartoffeln, Butter, Käse, Mehl, Wein, Obst und auf sämtliches Gemüse sind Preisschläge bis zu durchschnittlich zwanzig Prozent eingetreten. Die Brotpreise allein sind in einigen Departements innerhalb von zwei Wochen dreimal aufgeschlagen worden. Eine gleiche fühlbare Verteuerung macht sich auch für Kohle, Kleider und Schuhe bemerkbar. Bezeichnend ist bei dieser allgemeinen Teuerungswelle, dass Gemüse, Kartoffeln, und überhaupt fast sämtliche landwirtschaftliche Produkte, die ja wohl in der Saison immer niedrigere Marktpreise aufweisen, diesmal dagegen auf der Basis der hohen Frühjahrespreise sich halten oder z. T. sogar sich absolut erhöhen.

Die Grossbauern forcieren dieser Verteuerung landwirtschaftlicher Produkte noch künstlich. Auf grossen Gütern wird die diesjährige Ernte aufgespeichert, um in späteren Monaten einen noch höheren Preis zu erzielen. Diese Tatsachen wurden aus verschiedenen Departements Innenverkehre berichtet.

Dass angesichts einer solchen Teuerung eine Stimmung gegen die Front-populäre-Regierung entsteht und täglich anwächst, ist begreiflich. Zumal es mit Händen zu greifen ist, dass diese ernste Gefährdung und Verringerung des Reallohns eine parallele Beschränkung zu der nun schon allorts sichtbaren Produktionsabgabe der grossen Unternehmer in den industriellen Betrieben ist. Man hört heute vielfach schon Stimmen in den Betrieben, dass ja durch die Teuerungswelle "der Junistreik sinnlos" geworden sei.

Die Gewerkschaften müssen handeln.

Die Gewerkschaften begnügen sich bisher mit Warnungen an die Adresse der Unternehmer. Das aber ist ein faules Mittel, das die fortwährenden Preissteigerungen nicht aufhält, wie es sich gezeigt hat. Die Löhne werden dadurch nicht höher oder die Preise niedriger.

Eine Teuerungswelle von solchem Ausmass muss mit anderen Mitteln bekämpft werden, als jenen, die die Gewerkschaften bisher anwandten. Sind aber die Gewerkschaften auch weiterhin nicht in der Lage die Teuerungswelle aufzuhalten und die Preise mindestens wieder auf den Stand herabzudrücken, der die Grundlage für die neuen Lohnabkommen bildete, so werden sie freilich in eine ernste Krise hineinkommen. Schon jetzt erheben sich, allerdings noch vereinzelt, Antigewerkschaftstimmungen, die ihre Ursache nicht nur in der gegenwärtigen Teuerungswelle haben. Dieser heraufziehenden Gefahr können die Gewerkschaften nur begegnen, wenn sie rasch und resolut einen organisierten Massenwiderstand gegen die Teuerung erwecken. Die entschlossenste Massregel im Kampf gegen den Preiswucher muss in den durch die Gewerkschaften zu bildenden Preiskontrollausschüssen bestehen. Die gewerkschaftlichen Kontrollausschüsse müssen Höchstpreise festsetzen und ihre strikte Einhaltung dauernd kontrollieren. Für diese Kontrollausschüsse ist die gesetzliche Anerkennung durch die Volksfrontregierung zu erzwingen, erforderlicherfalle durch den Massenstreik.

Es ist jetzt eine entscheidende Aufgabe der Gewerkschaften diese Selbsthilfe

von unten auf zu organisieren und die Regierung vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die frischgewonnenen Millionen neuer Mitglieder der CGT werden nur auf diesem Wege in ihren Gewerkschaften fest verankert werden.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Verschiedenes:

Kollektivvertrag für die lothringische Hüttenindustrie. Der am 13. August zum Abschluss gebrachte Kollektivvertrag für die Berg-, Beder- u. Hüttenarbeiter der Grosskonzerne Arbed, Hadir und Rodange war monatelang heftig umstritten. Oft schien es, als würden die, überall als stockreaktionäre bekannten Montankonzerne den Sieg über die Arbeiter davontragen.

Die Schicht- und Akkordlöhne waren in der lothringischen Hüttenindustrie immer schon miserabel, weil die dort beschäftigten, hauptsächlich ausländischen Arbeiter, sich nicht energisch zur Wehr setzten. Diese Löhne sind jetzt um $7 \frac{3}{4}$ Prozent (1) erhöht worden. Die Gewerkschaftspresse feiert das allenthalben als einen grossen Sieg. In Wirklichkeit ist diese Lohnerhöhung sowohl für die CGT- als auch für die christlichen Gewerkschaften sehr blamabel. Bisher konnten wir ohnedies in allen grossen Industrien die Feststellung machen, dass die Lohnerhöhungen meist durch erhöhten Intensitätsgrad der Arbeiterschaft wieder wettgemacht wurden.

Beachtenswert sind aber in dem Kollektivvertrag die folgenden Klauseln. Über die Koalitionsfreiheit und die gewerkschaftlichen Grundrechte der Arbeiter heisst es u. a. "Entlassungen dürfen nicht stattfinden wegen der Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft". Weiter: "Seitens der vortragschliessenden Parteien dürfen keinerlei Druckmittel angewandt werden, die die Arbeiter in ihrer Koalitionsfreiheit behindern". Darüber hinaus dürfen aber auch keine Entlassungen stattfinden "wegen Tätigkeit für die Durchführung des Abkommens". Schliesslich ist noch eine andere Klausel über den Lebenshaltungsindex bemerkenswert. Der Kollektivvertrag enthält die Bestimmung, "dass bei bestimmt bemessenen Veränderungen des Lebenshaltungsindex automatisch eine entsprechende Lohnanpassung erfolgen muss."

Insofern ist dieser Kollektivvertrag ein Erfolg der lothringischen Hüttenarbeiter. Seine Innehaltung wird allerdings nicht immer "automatisch" erfolgen. Die Arbeiter müssen weiter auf der Hut sein.

Die Arbeitslosen sind unzufrieden. Die Arbeitslosen haben bisher noch keine ins Gewicht fallenden Verbesserungen ihrer Lage erreicht. Der hier und da gemachte Versuch, unter Ausnützung der Junibewegung der Betriebsarbeiterschaft durch lokale ausserparlamentarische Aktionen eine wirksame Besserung zu erreichen, führte überwiegend nur zu kleinen Teilerfolgen. Die jetzt in Aussicht genommene Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung ist so dürftig, dass sie nicht einmal eine Kompensation gegenüber der eingetretenen Verschlechterung der Lage der Arbeitslosen in Folge der Preissteigerungen ist.

Die Arbeitsmarktlage hat sich infolge der soz. Gesetze - wie allgemein erwartet wurde - keinesfalls gebessert, da die Unternehmer zur Betriebsbeschränkung, Stilllegung und zu Entlassungen übergegangen.

Das angesichts einer solchen Lage, die Arbeitslosen nicht in bester Stimmung sind, teilweise eine sehr kritische Stimmung gegenüber der Volksfrontregierung zum Ausdruck bringen und auch die CGT nicht besonders liebenswürdig behandeln, ist nicht mehr als verständlich. Die etwas indifferente Haltung der CGT-Führungen gegenüber den berechtigten Forderungen der Arbeitslosen und der Verzicht auf die Organisierung einer umfassenden Aktion für die Arbeitslosen, hat besonders im Bas-Rhin dazu geführt, dass das Verhältnis zwischen den Arbeitslosen und den jeweiligen CGT-Führungen nicht immer das beste ist.

Die Arbeitslosen weisen mit Recht daraufhin, dass sich ihre Lage seit der Volksfrontregierung infolge der einsetzenden Preissteigerung nicht gebessert, sondern verschlechtert hat. Die Arbeitslosen fordern die Vorwirklichung eines grossen Arbeitsbeschaffungsplans, die Schaffung des nationalen Arbeitslosenunterstützungsfonds, eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung entsprechend den Verbesserungen in der Lage der Betriebsarbeiterschaft und damit im Zusammenhang eine Erhöhung der Grundlage für die Berechnung der Unterstützung, die Weiterversicherung der Arbeitslosen bei der Alters- u. Invalidenversicherung, die Unterstützung während der gesamten Dauer der Arbeitslosigkeit ohne Rücksicht auf die vorausgegangene Arbeitsdauer, die Unveränderbarkeit der Unter-

stützung und die Verhinderung von Exmittierungen.

Die Zusammenarbeit zwischen CGT und Arbeitslosencomité, eine entscheidende Voraussetzung für eine wirksame Aktion, ist leider in Strasbourg denkbar schlecht. Das Strasbourg'er Arbeitslosencomité gibt seit einiger Zeit eine eigene Zeitung "Le Chomeur" heraus, die z.T. syndikalistisch-anarchistische Tendenz aufweist. Die CGT-Führung ist damit nicht zufrieden. Das ist ihr gutes Recht. Etwas anderes ist allerdings, ob die CGT daran die Zusammenarbeit scheitern lassen will. Wir halten es für notwendig, dass von seiten der CGT alles getan wird, um zu verhindern, dass sich zwischen CGT und den Arbeitslosen eine Kluft bildet. Beide Teile sind aufeinander angewiesen. Es ist Sache der CGT-Militanten dafür zu sorgen, dass zwischen den Arbeitslosen und den Gewerkschaften klare Verhältnisse geschaffen werden. Die Arbeitslosen ihrerseits müssen alles tun, um jede antigewerkschaftliche Tendenz in ihren Reihen zu überwinden. Es muss ein enges Verhältnis zwischen CGT und Arbeitslosencomité hergestellt werden, indem die union locale Vertreter in das Arbeitslosencomité delegiert und das Arbeitslosencomité einen oder zwei Vertreter gewerkschaftlich organisierter Arbeitslose in die union locale entsendet. Statt die Zusammenarbeit von formalen Fragen abhängig zu machen, sollte die CGT fordern, dass das Arbeitslosencomité jeder antigewerkschaftlichen Tendenz entgegentritt und die Arbeitslosenzeitung für den gewerkschaftlichen Gedanken eintreten muss.

Das Interesse der Gewerkschaften erfordert die mutige und entschlossene Verteidigung der Interessen der Arbeitslosen, sollen diese nicht eine Beute faschistischer Demagogen, politischer Wirkköpfe und Wunderdoktoren werden.

Recht so. Die Arbeiter des Betriebes Kullmann, denen die Direktion nach Ablauf ihres Urlaubs auf wiederholte Anfrage, wann sie die Urlaubsgelder ausgezahlt erhalten, immer wieder eine hinausgezögerte Antwort erteilte, haben darauf am verflossenen Dienstag den Betrieb besetzt und die rote Fahne gehisst.

Bei der Schuhfabrik Glas-Bischwiller haben die Arbeiter am laufenden Band, denen wiederholt eine Lohnaufbesserung zugesichert worden war, vor kurzem erneut ihre Forderung sehr eindringlich erhoben. Die Direktion liess darauf den Motor abstellen und wollte den übrigen Teil der Belegschaft nachhause schicken. Die Arbeiterschaft liess sich das nicht gefallen und besetzte den Betrieb.

Die Bauarbeiter und die Ferien. Die Bauarbeiter haben in einer gutbesuchten Protestversammlung die Forderung an die Regierung gerichtet, sofort geeignete Massnahmen zu treffen, damit das Gesetz über die bezahlten Ferien noch im Laufe dieses Monats in unseren drei Departements zur Anwendung kommen muss. Sie fordern weiter, dass als Stichtag für die Ferien der 20. Juni 1936 genommen wird, mit rückwirkender Kraft für diejenigen Bauarbeiter, welche nach dem Stichtag entlassen wurden, aber die Bedingungen zum Erhalt der Ferien gemäss dem Gesetz erfüllt haben.

Gleichzeitig fordern die Bauarbeiter von der Regierung die Gründung einer Caisse de Compensation pour les Vacances payées für das Baugewerbe, damit alle Arbeiter in den Genuss ihrer Ferien kommen.

Ein Schlag gegen die CGT. Die Firma Kiener-Colmar wurden unter dem Vorwand eines eingetretenen Arbeitsmangels über 100 Entlassungen vorgenommen. Das kennzeichnende an den Entlassungen ist, dass davon vorwiegend ~~die~~ aktive Mitglieder der CGT getroffen wurden. Wenige Tage darauf wurde in einigen Abteilungen zur Überstundenarbeit übergewechselt, woraus sich ergibt, dass es sich in erster Linie um einen Schlag gegen die CGT handelt. Unverständlicherweise hat die CGT den Schlag ohne eine Aktion zur Kenntnis genommen. Wenn sie so weitermacht, werden die Unternehmer die Arbeiter bald klein bekommen.

Keine Irreführung. In einer Volksfrontversammlung in Mühlhausen wurde einstimmig eine Resolution für die span. Antifaschisten angenommen, in der es u. a. heisst: "Die Versammlung gibt der Hoffnung u. Überzeugung Ausdruck, dass die frz. Regierung nicht zulassen wird, dass ihre Neutralitätspolitik die Versorgung der span. Freiheitskämpfer und der legalen Madrider Regierung verhindert, während die Rebellen von Mussolini u. Hitler mit Kriegsmaterial weiter beliefert werden".

Jedermann weiss, dass das das Ergebnis der Neutralitätspolitik gerade ist. Deshalb, bitte, keine Irreführung der Proleten!

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nº 37/III. Jahrgang.

Zweite Septemborwoche 1936.

Zum Streik der Pariser Metallarbeiter:

NICHT LOCKER LASSEN!

oooooooooooooooooooooooooooo

Wir haben in der "Arbeiterpolitik" von Anfang an die schmähliche Neutralitätspolitik der Regierung Blum bekämpft und auch die zweideutige Haltung der Führungen der Arbeiterorganisationen, darunter auch der KPF, fast genagelt, die unter dem Eindruck der Massenstimmung zwar über die Lieferung von Flugzeugen nach Spanien redeten, es aber ängstlich zu vermeiden suchten, der von ihnen unterstützten Regierung Blum irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten. Kräftig herweise lassen sich die französischen Arbeiter, voran das Pariser Proletariat, nicht durch schöne Reden beschwichtigen, u. wir sehen jetzt, wie sich mit demselben prächtigen Plan, der auch die Junistreiks kennzeichnete, eine mächtige Bewegung der Massen entwickelt, um die Lösung "Flugzeuge für Spanien" in die Tat umzusetzen. Die französischen Arbeiter fühlen, dass in Spanien auch um ihr Schicksal gekämpft wird. Obwohl die französische Arbeiterpresse von den spanischen Ereignissen ein durch die Brille der Volksfrontpolitik gesehenes, d. h. ein entstelltes u. verstümmeltes Bild gibt, beginnen auch bei uns, die Arbeiter die Lehren aus den spanischen Ereignissen zu ziehen, vor allem die Lehre, dass die Arbeiter sich im Kampfe gegen den Faschismus u. kapitalistisches Unternehmertum nicht auf die Taten einer Volksfrontregierung, sondern nur auf ihre eigene Aktion verlassen dürfen. Die französischen Arbeiter legen sich darüber Rechenschaft ab, dass eine Niederschlagung des spanischen Proletariats dem französischen Faschismus mächtige Trümpfe in die Hand geben u. die Abwehr gegen ihn ungeheuer erschweren würde.

Die Arbeiter handeln, die Führungen schwanken.

Leider ist es nicht wahr, dass die Leitungen der KPF u. der CGT die Aktion für die Lieferung von Flugzeugen u. Waffen für die spanischen Arbeiter organisiert hätten und jetzt wirklich führten. Ebenso wie im Juni so werden sie auch jetzt von den Massen, von den Militanten in den Betrieben vorwärts gestossen u. ebenso wie damals ist es auch heute ihr Bestreben, zu verhindern, dass die Aktion der Massen allzu weit gehe, damit die Volksfront nicht zerbroche u. die "lückellos" unterstützte Regierung Blum uns erhalten bleibe. Noch vor kurzem sprachen sich die Führer der SFIO, der KPF und der CGT in holder Eintracht für die Blumsche Neutralitätspolitik gegenüber Spanien aus, weil die Zustimmung Deutschlands u. Italiens zum französischen Nichtinterventionsvorschlag doch einen "Teilerfolg" darstelle. In der "Humanité" schrieb Péri bei dieser Gelegenheit, dass die Solidaritätsaktion der französischen Arbeiter für Spanien im Rahmen des internationalen Neutralitätsabkommens fortgesetzt werden müsse. Die Lösung "Flugzeuge für Spanien" ist nicht in den Köpfen der KPF-Führung entstanden, sondern kam von unten, aus den Massen. Die Lösungen aber, die die KPF-Führung von sich aus unter die Massen zu werfen suchte, störten u. hinderten nur die Solidaritätsaktion für die spanischen Arbeiter. Die Parole des "front français" gab den Führern der SFIO bequeme Argumente in die Hand, um sich trotz dem schmählichen Verrat, den die Regierung Blum im Interesse der Zusammenarbeit mit der radikalen Kapitalistenpartei an dem spanischen Proletariat übte, bei den Arbeitern auf Kosten der Kommunisten als Vertreter des proletarischen Klassenstandpunktes aufzuspielen. Und es ist ohne weiteres klar, dass in einem Augenblick, wo alle Reaktionäre in Frankreich mehr oder minder offen mit den spanischen Rebellen sympathisieren, es das Gegenteil der richtigen Methode zur Organisation der Solidaritätsaktion für Spanien war, wenn Thorez

im Namen der KPF allen möglichen reaktionären Politikanten seine ausgestreckte Hand darbot.

Die Mitglieder der KPF lehnten u. lehnen die Parole des "front français" stillschweigend u. z.T. auch offen ab, so dass die Führung der KPF vorderhand über diese wunderbare "Front der Franzosen" nicht mehr laut spricht. Die Mitglieder der KPF u. die Militanten der CGT in den Betrieben verlangten auch, dass man endlich etwas tue, um die Lieferung "Flugzeuge für Spanien" in die Praxis umzusetzen. Die Funktionäre der Pariser Metallgrossbetriebe, die die wahren Organisatoren der Juni-Bewegung gewesen waren, nahmen auch diesmal die Dinge in die Hand und setzten einen einstündigen Proteststreik durch, bei dem sie die Forderung der Unterstützung der spanischen Antifaschisten mit Waffen sehr richtig mit dem Verlangen verknüpften, dass mit der Sabotage der neuen Sozialgesetze durch die Unternehmer u. mit der Teuerung, die die im Kampfe erreichten Lohn-erhöhungen praktisch aufhebt, Schluss gemacht werde. Die SFIO wandte sich offen gegen den Proteststreik u. hat sogar in einigen Betrieben (allerdings nur in sehr wenigen u. unbedeutenden) die Beteiligung der Arbeiter am Streik verhindert. Die KPF und die CGT unterstützten den Streik, bemühten sich aber, erstens zu betonen, dass der Streik sich nicht gegen die Regierung richte u. dass, wie Thorez schrieb, die Volksfront erhalten werden müsse; zweitens, wie das der CGT-Redner Timbaud sagte, die Arbeiter vor einer "Streikgymnastik", d.h. vor weiteren ausserparlamentarischen Aktionen, zu warnen. Der Sekretär der Metallarbeiterföderation Marcel Roy veröffentlicht einen Artikel, in dem er versucht, die Haltung der Regierung Blum zu verteidigen u. erklärt: "Nichts hindert uns, unser Solidaritätsgefühl in einer wirksamen Weise zum Ausdruck zu bringen, aber es ist nicht notwendig, die Pauke zu schlagen, um zu erreichen, da unsere spanischen Genossen das bekommen, was sie brauchen." Nun, die Erfahrung hat gezeigt, u. die französischen Arbeiter fühlen das, dass es notwendig ist, recht laut die Pauke zu schlagen, u. zwar ohne Rücksicht auf das zarte Trommelfell von Léon Blum, damit sie spanischen Arbeiter genügende Mengen von Waffen u. Flugzeugen erhalten.

Worauf es jetzt ankommt.

Es gilt jetzt, nicht locker zu lassen. Es gilt, den Druck auf die Führer der Arbeiterorganisationen zu verstärken. Es gilt bereit zu sein, mit den Mitteln des ausserparlamentarischen Kampfes zu erreichen, dass die spanischen Arbeiter die nötigen Waffen zu ihrer Verteidigung erhalten. Es gilt, bereit zu sein, so wie das die Pariser Metallarbeiter durch ihren Proteststreik angekündigt haben, und wie das die Metallarbeiter von Marseille bereits tun, die im Kampfe gegen die Sabotage des Kollektivvertrags durch die Unternehmer die Betriebe besetzt haben, den Kampf für die Verteidigung u. den Ausbau der Errungenschaften des Juni u. gegen die Teuerung durch ausserparlamentarische Aktionen zu führen. Dabei dürfen sich die Arbeiter nicht durch die Rückwärtsnahme auf den Zusammenhalt der Volksfront u. die Regierung Blum beeinflussen lassen. Die Regierung Blum muss nach ihren Taten behandelt werden u. die Arbeiterklasse darf sich nicht von einer Regierung nachführen lassen, die sich gegenüber Spanien in der Sache so verhält wie s. Zt. Laval gegenüber Abyssinien. Es gilt, die sozialistischen Kameraden dafür zu gewinnen, dass sie sich nicht von ihrer Führung um der schönen Augen der Radikalen u. überhaupt der französischen Bourgeoisie willen zum Kampf gegen die Solidaritätsaktion für die spanischen Arbeiter missbrauchen lassen. Und um den sozialistischen Arbeitern die Augen zu öffnen, ist es das beste Mittel, den ganzen Schwindel der Volksfront- und Koalitionspolitik zu entlarven.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Wir lassen uns nicht erschrecken:

DIE ARGUMENTE DER REGIERUNG BLUM.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Gegenüber der hollen Empörung der Arbeiter über die schändliche Neutralitätspolitik der Regierung Blum versuchen Blum u. andere Führer der SFIO eine Reihe von Argumenten ins Feld zu führen. Das erste Argument ist, dass eine Zulassung von Waffenlieferungen für die spanischen Antifaschisten die unmittelbare Gefahr eines Krieges mit Deutschland u. Italien bedeuten würde. Als Laval durch seine Presse s. Zt. verkünden liess, dass die energische Anwendung von Sanktionen gegen Italien den Krieg bedeute, haben Blum u. die anderen SFIO-Führer allerlei dagegen zu sagen gewusst. Was sie damals gegen Laval sagten, richtet sich heute gegen sie selber. Die angebliche Friedenspolitik Blums läuft darauf hinaus, alle Provokationen Hitlers u. Mussolinis stillschweigend hinzu-

nehmen u. ihnen zu gestatten, sich eine günstige Ausgangsstellung für einen Krieg zu schaffen, für den die faschistischen Diktatoren sich im Augenblick noch zu schwach fühlen. Denn wenn Hitler u. Mussolini schon jetzt zu einem europäischen Krieg fertig u. entschlossen wären, dann hätten sie sicher angesichts der jämmerlichen Haltung der französischen Regierung losgeschlagen. Blum fördert durch seine Politik die Kriegstreibererei der faschistischen Diktaturen. Schliesslich ist es klar, dass die Errichtung einer Arbeiterherrschaft in Spanien den revolutionären Kampf für die Beseitigung des Kapitalismus, und damit auch der Wurzel der imperialistischen Kriege, in allen Ländern Europas einen mächtigen Anstoss geben würde.

Das zweite Argument der SFIO-Führer ist die Zustimmung der Sowjetunion zum Neutralitätsvorschlag. Dieses Argument ist eine beispiellose Unverschämtheit, denn die SFIO-Führer wissen sehr gut, dass die Sowjetunion der französischen Neutralitätspolitik aus dem Grunde freien Lauf gelassen hat, weil sie sich angesichts der Zuspitzung der europäischen Lage nicht von Frankreich isolieren wollte. Die Sowjetunion hat bekanntlich alle Veranlassung, sich nicht weltpolitisch isolieren zu lassen u. guten Grund, ihren französischen Paktgenossen vorsichtig zu behandeln, weil dieser, wie die Haltung der Regierung Blum zeigt, alles andere als zuverlässig ist. Es ist ein starkes Stück, wenn die SFIO-Führer jetzt versuchen, der Sowjetunion vorzuwerfen, dass sie auf Blums Initiative eingegangen ist.

Das dritte Argument Blums u. seiner Freunde ist kein Argument, sondern eine Drohung, die Drohung mit dem Rücktritt der Regierung, falls CGT oder KRF das verhängen sollten. Bekanntlich haben Daladier u. andere radikale Minister ihrerseits im Kabinett für den Fall mit dem Rücktritt gedroht, dass die Neutralitätspolitik abgelehnt werden würde. Blum gibt also einfach die Erpressungen Daladiers weiter. Und wenn dieses "Argument" Blums einen Sinn hat, so den, dass die Arbeiter begreifen müssen, dass die Volksfront u. die Koalitionspolitik keine Hilfe für ihren Kampf, sondern nur Fesseln sind, von denen sie sich befreien müssen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Polen und Frankreich:

DIE REISE DES GENERALS RYDZ-SMIGLY.

oo

Der General Rydz-Smigly, das wahre Haupt der faschistischen Diktatur, die Polen beherrscht, ist von der französischen Volksfrontregierung mit Ehren überhäuft worden und hat von ihr Millionenkredite u. Waffenlieferungen zugesichert bekommen. Aus Frankreich ist Rydz-Smigly nach Italien gefahren - die polnische Militärclique ist offenbar der Ansicht, dass dreimal geschmiert am besten hält u. lässt sich gleichzeitig vom französischen, deutschen u. italienischen Imperialismus schmieren. Die Nazipresse ist mit dem Resultat der Verhandlungen zwischen Rydz-Smigly u. der französischen Regierung sehr zufrieden, weil sie in der erneuten Annäherung zwischen dem französischen Imperialismus und der sowjetfeindlichen und hitlerfreundlichen polnischen Regierung ein Symptom einer Lockerung des Paktes zwischen Frankreich u. der Sowjetunion sieht. In der Tat ist es schwer, an den ernsthaften Willen der französischen Regierung zur Aufrechterhaltung u. Erfüllung des Paktes mit der Sowjetunion zu glauben, wenn diese Regierung dem polnischen Imperialismus Waffen u. Geld zu seiner Aufrüstung liefert, ohne auch nur die geringste Sicherheit dafür zu haben, dass die polnische Aufrüstung nicht einem Überfall auf die Sowjetunion diene. Die französische Arbeiterklasse muss fordern, dass alle Abmachungen zwischen Frankreich u. Polen, die eine Gefahr für die Sowjetunion darstellen könnten, annulliert werden und dass Frankreich keinerlei Vereinbarungen mit Polen trifft, ohne das Einverständnis der Sowjetunion eingeholt zu haben, so wie das dem Geiste des Paktes zwischen Frankreich und der Sowjetunion entspricht.

In der Pariser "Humanité" v. 8. September schreibt Magnien:

"Seit dem Beginn der Verhandlungen, die in Warschau vom General Gamelin eingeleitet wurden, haben wir vor der Doppelzüngigkeit der Beherrscher Polens gewarnt. Es ist notwendig, sich mit einer klaren Politik auf das polnische Volk, das den Frieden will, zu stützen, u. das polnische Volk ist es, dem man helfen muss, sich von einem Regime zu befreien, das seine Politik nach Berliner Muster betreibt."

Magnien scheint den enthusiastischen Artikel ganz vergessen zu haben, mit dem Thorez den General Rydz-Smigly bei seiner Ankunft in Frankreich begrüßte.

Dieser im Geiste des "front français" geschriebene Artikel war, wie jetzt auch nach die Stellungnahme Magniens bestätigt wird, eine abgrundtiefe Blamage der KPF.

Die Stellung der KPF zu den französisch-polnischen Verhandlungen ist ein kleines Beispiel für die Konfusion und Selbstdiskreditierung der KPF infolge ihrer heutigen prinzipienlosen Politik.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Zur Lage in Spanien:

DIE REGIERUNG CABALLERO:

oooooooooooooooooooooooooooo

Die Bildung der neuen spanischen Regierung eröffnet einen weiteren Abschnitt der spanischen Revolution, an der Regierung Caballero nehmen bekanntlich alle Volksfrontparteien teil, darunter auch die offizielle KP-Spaniens. Die Bildung dieser Regierung ist auf den Druck von unten zurückzuführen. Die Arbeiter trauten den bürgerlichen Republikanern immer weniger über den Weg. Deshalb ist jetzt unter dem Eindruck der Massenstimmung eine Regierung gebildet worden, in der die Mehrheit der Minister der SP oder der offiziellen KP angehören. Diese Regierung hat gleich betont, dass sie nur das Werk der bisherigen rein bürgerlichen Regierung fortsetze u. die programmatischen Erklärungen der neuen Minister halten sich im Rahmen der Volksfrontpolitik, der Politik des Festhaltens an der bürgerlichen Demokratie und am Kapitalismus. Die POUM (Marxistische Arbeiter-Einheits-Partei, gebildet aus oppositionellen Kommunisten) hat schon seit einiger Zeit die Bildung einer Volksfrontregierung aus allen Parteien der Volksfront vorgeschlagen - nicht weil sie sich irgendwelche Illusionen über die Politik einer solchen Regierung machte - sondern gerade aus dem Grunde, damit die Massen möglichst schnell eine vollständige u. abschliessende Befahrung mit der Volksfrontpolitik machen u. sich durch die Praxis davon überzeugen, dass sie diese Politik preisgeben und für die Übernahme der ganzen Macht durch die Arbeiterklasse eintreten müssen. Die Anarchisten haben sich bereit erklärt, die neue Regierung zu unterstützen, sofern das zur Niederschlagung der Faschisten notwendig sei. Sie haben aber gleichzeitig verlangt, dass bei den einzelnen Ministerien Komitees (juntas) eingesetzt werden, denen Vertreter der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, der Volksfrontparteien und der Regierung angehören sollen, und zwar so, dass die Gewerkschaften die Mehrheit in diesen Komitees haben. Diese Stellung der Anarchisten zeigt einen weiteren politischen Fortschritt der anarchistischen Arbeiterschaft auf der Bahn des Bruchs mit den Traditionen des Anarchismus an. In der Praxis wird die Bildung dieser Komitees einmal die Rolle der Klassenorgane der Werktätigen im Rahmen der Doppelherrschaft, die heute in Spanien besteht, verstärken, zum anderen aber immer mehr die Notwendigkeit dessen aufzeigen, dass diese Doppelherrschaft u. das Nebeneinanderbestehen der Reste der alten bürgerlichen Staatsapparats und proletarischer Machtorgane der Diktatur des Proletariats, der ungeteilten Macht der Klassenorgane der Werktätigen Platz macht.

Die anarchistischen Arbeiter sperrten sich aus Tradition noch immer gegen den Gedanken der Übernahme der Macht durch die Arbeiter. Sie haben aber doch in dieser Beziehung gewisse Fortschritte gemacht, u. es ist zu hoffen, dass sie begreifen, dass eine Regierung der Arbeiter besser ist als eine proletarische Nebenregierung, wie sie sie jetzt vorschlagen.

Vor der offiziellen KP steht heute die Perspektive, die ihr die POUM aufgezeigt hat: entweder an der Volksfront festhalten u. sich von den Massen isolieren, wobei dann die POUM zu der Partei der proletarischen Revolution werden würde oder aber den Kurs entschlossen ändern, die politische Linie der POUM zu beziehen u. sich mit ihr zu einer einheitlichen revolutionären Partei zu vereinigen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Der Kampf um die komm. Partei:

EIN AUFRUF VON FERRAT.

oooooooooooooooooooooooooooo

Dor aus der KPF wegen seiner Opposition gegen den opportunistischen Kurs der Partei ausgeschlossene Kam. Ferrat veröffentlicht einen Aufruf an die Mitglieder der KPF, in dem es u.ä. heisst:

"Wenn ein Militant aus einer Partei ausgeschlossen wird, in der er lange Jahre gearbeitet hat, so hat entweder dieser Militant seine Auffassungen geändert oder aber die Partei hat sich in der grundlegendsten Weise verändert und zwar

Die elsässische Bourgeoisie rüstet zum Bürgerkrieg.

=====
 =====
 =====

"La Republique" veröffentlicht am Dienstag, den 9. Sept. einen Artikel "Elsass aufgepasst!", worin es u. a. heisst:

"Zu Beginn der letzten Woche versammelte sich nicht sehr weit von Strasbourg eine Gruppe von sechzig Männern der Torre d'Alsace zu geheimster Besprechung. Die Rollen und die Wirkungskreise wurden verteilt, jeder der Unterführer bekam seinen kleinen Distrikt zur Bearbeitung zugewiesen mit der strikten Order, in jedem Dorf Vertrauensleute zu bestimmen, die bereit wären, gegebenenfalls mit der Waffe in der Hand für die Interessen u. Ziele des Groupements einzutreten und vor allen Dingen bereit zu sein, sich gegen den Bolschewismus mit Waffengewalt zu erheben, sobald der Ruf an sie hierzu ergäht. Bolschewismus, wurde gesagt, wieder in Spanien seine blutigen Orgien feiert und wieder schon in den nächsten Wochen in Frankreich in gleich blutiger Weise zu Tage treten wird.

Damit nicht genug, wurde von höchster Seite in dieser Sechzigmännergruppe die sofortige Bewaffnung der führenden Männer einstweilen mit schwerkalibrigen Revolvern befohlen, und ein ganz aufgebrachter jüngerer Gutsbesitzer erwog sofort den Gedanken, sich jene wunderbaren "Mitraillettes" zu beschaffen, mit denen in Marseille der jugoslawische König und Herr Barthou niedergestreckt worden waren. Es gab technische Erklärungen über die Wirksamkeit dieser Waffen und eine Anregung, wie man sich dieselben beschaffen könnte.

Die reaktionäre Presse hat auf den Artikel sehr wenig zu sagen gewusst. Weder die "Neue Zeitung" der Fabrikantenpartei, noch der "Elsässer" der UPR haben auch nur mit einem Wort die angeführten Tatsachen abzustoiten versucht. Beide reaktionäre Organe haben lediglich das Tun des Comitoes "Torre d'Alsace", indem bekanntlich die gesamte elsässische Reaktion aller Richtungen zur Aufwiegelung der Bauern gegen die Arbeiter zusammengeschlossen ist, zu rechtfertigen versucht.

So schreibt die "Neue Zeitung" das von den Sozialisten tolerierten Maire Frey auf die Enthüllungen von "La Republique":

"Die unqualifizierbaren Verletzungen des Privateigentums, die an volle Anarchie heranreichenden Freiheitsberaubungen, die unablässigen Drohungen gegen Andersdenkende, die noch immer ungesühnte Ermordung eines braven Mannes in Mülhausen durch politische Gegner, die provokatorische Agitation ausländischer Hetzer u. Hetzerinnen, die Duldung einer verfassungswidrigen Nebenregierung unverantwortlicher Elemente, die ständigen Streiks, die zum grossen Teil ganz andere als soziale Hintergründe haben, die Duldung einer verbrecherischen Interventions-Agitation, die uns an den Rand eines Krasses bringt alles das ohne dass die zur Wahrung der Ruhe u. Ordnung verpflichteten Behörden auch nur den Versuch einer Reinigung dieser ganzen Atmosphäre von Hass u. bolschewistischem Wahn gemacht hätten; seien der Grund für die Organisation der Selbsthilfe.

Der "Elsässer" setzt dem hinzu:

"Als freie französische Staatsbürger, die auf dem Boden der demokratischen Republik stehen (solange es ihnen passt, wie in Spanien: Die Ref. der "AP".) werden wir uns beim Versagen der Staatsgewalt wehren gegen alle Übergriffe."

Die Kronjuristen des Vatikans haben auch schon die juristische Begründung für den von ihnen organisierten Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse fertig. Der "Elsässer" sagt darüber: "Wir stützen uns dabei auf die Deklaration der Menschenrechte, die den Staatsbürgern das Recht verleiht, sich gegen die Willkür zu erheben. Der Artikel 2 bezeichnet als "den Endzweck aller Staatsverbindungen die Erhaltung der natürlichen unverlierbaren Rechte des Menschen: Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Befugnis, sich der Unterdrückung zu widersetzen."

Das heisst, die Herren Kapitalisten und ihr politischer Anhang verkündet in aller Offenheit das Recht der Bewaffnung und des Kampfes gegen das arbeitende Volk, das in der Junibowegung seiner Ansprüche anmeldete.

Man muss dieser Bande von Verschwörern gegen das arbeitende Volk mit den gleichen Mitteln antworten.

Wir haben hier immer wieder darauf hingewiesen, dass die elsässische Bourgeoisie im besten Einvernehmen mit der innerfranzösischen Reaktion und auf die Unterstützung des deutschen Faschismus rechnend, bereit ist, die Rolle eines Stosstrupps für die kapitalistische u. faschistische Reaktion zu übernehmen. Die von Turkheim, Andlau, Rossé, Oberkirch, usw. haben diese, ihre Rolle nie verheimlicht. Seit die Arbeiterklasse sich einige Reformen durch ihre ausserparlamentarische Kraftentfaltung eroberte, liebäugelt die els. Bourgeoisie und insbesondere ihr klerikaler Flügel offen u. unverhohlen mit dem Faschismus und Hitler, propagiert sie den Gedanken der bewaffneten Selbsthilfe zur Sicherung ihrer Ausbeutungsprivilegien gegenüber der Arbeiterklasse, geniert sich nicht, unter dem Motto gegen den Bolschewismus mit dem Separatismus offen zu drohen, wenn die Regierung ihren Befehlen nicht Order pariert und die Arbeiter zusammenhaut.

Die Instanzen und Vertretungen der Regierung und die Volksfront selbst aber, weichen Schritt für Schritt vor der erpresserischen Bande von Junkern, Unternehmern und Pfaffen zurück. Mit der Kapitulation des Präfekten des Haut-Rhin vor der nächtlichen Verschwörung der Rossé, Oberkirch, Graf Arila u. Baron von Turkheim im Falle der Schlumbergerschen Forme begann es. Heute erlaubt sich diese Gesellschaft bereits der Volksfront in Hagenau die Strasse für einen Umzug zu verbieten - und die Volksfront kapituliert und verkriecht sich in die Hopfenhalle in Hagenau, d. h. die Volksfront duldet, dass ihr als der Regierungsformation von der mit den Faschisten verbundenen klerikalischen Reaktion das Demonstrationsrecht genommen wird, damit die Herren nicht ihre Revolver entschärfen.

Ist es da ein Wunder, dass diese Ausbeuter u. Volkverführer immer Kühner und unverfrorener werden? Die Arbeiter, die sich dem Widerauftreten der faschistischen Banden widersetzen, werden vor dem Kadl geschleppt, denn die parti français - diese Fortsetzung der Croix de feu - ist eine legale Organisation, der der schützende Arm der Republik zur Seite steht. Die republikanischen Gerichte inszenieren Hausfriedensbruchprozesse gegen die Proleten des Feuerkreuzlers Baron v. Turkheim, weil sie sich ihrer Ausbeutung durch die Betriebsbesetzung widersetzen.

Angesichts dieser Tatsachen sollen die Arbeiter ruhig Blut bewahren, sollen sie die Provokationen dieser noblen Bande unbeantwortet lassen, sollen sie auf ihr Demonstrationsrecht verzichten? Nein! Mit diesem Gesäusel wird die "Humanité" weder auf die Arbeiter, noch auf die faschistischen Verschwörer Eindruck machen.

Ingesichts des völligen Versagens der staatlichen Behörden gibt es nur eins: die Arbeiterschaft muss angesichts der erwiesenen Bürgerkriegsmassnahmen u. Rüstungen, ihre Selbsthilfe organisieren. Die CGT und die übrigen Arbeiterorganisationen müssen ihrerseits die Arbeiterschaft zum Selbstschutz aufrufen und ihr Demonstrationsrecht auch im Elsass sicherstellen, wenn die Regierung dazu unfähig ist.

Es gilt im ausserparlamentarischen Kampfe die völlige Entwaffnung und Auflösung aller faschistischen Organisationen, das Verbot ihrer Presse und die Verhaftung ihrer Führer durchzusetzen.

Es gilt, das flache Land der Demagogie der Junker und Kapitalisten zu entreissen. CGT, SFIO und KPF müssen ein hieb- und stichfestes Aktionsprogramm für die Landwirtschaft formulieren, ein Programm, das die Ländarbeiter u. Kleinbauern zusammenschliesst, sie mit der städtischen Arbeiterschaft verbindet und sie gegen die Herren vom Comité "Terre d'Alsace" in Kampfstellung bringt. Es gilt, dem Dorfe die ganze Aufmerksamkeit zu schenken, die es verdient und das Versammlungs- und Demonstrationsrecht für die Gegner der Verschwörer auch im Dorfe sicherzustellen.

Es ist Sache aller klassenbewussten Arbeiter in ihren Organisationen darauf zu drängen, dass der Reaktion, die mit dem Gedanken eines spanischen Abenteurers gegen das arbeitende Volk schwanger geht, die Antwort gegeben wird, die sie verdient.

Verschiedenes:

Garde mobiles gegen die Arbeiter. In Oberehnheim wurde am verfloffenen Sonntag Garde mobiles gegen Arbeiter eingesetzt, um zu verhindern, dass die Arbeitersportler von Neudorf, die ihren Kameraden von Oberehnheim einen Besuch abstatten wollten, einen Umzug durch den Ort veranstalten.

Es ist ganz offensichtlich, dass der Einsatz von Garde mobiles u. Gendarmerie ein Dienst der zuständigen Regierungsbehörden an die Oberehnheimer Faschisten und ihre klerikalen Verbündeten ist.

Der "Elsässer" feiert die Oberehnheimer Aktion in allen Farben und erklärt nochmals resolut, dass das Elsass die rote "Schmach" nicht dulden werde. Die Klerikalen brauchen nur mit den Augen zu rollen und schon finden sich die dem Kommando einer Volksfrontregierung unterstehenden Behörden bereit, die demokratischen Freiheiten für die Arbeiter zu suspendieren.

Verbot des Volksfrontumzuges in Hagenau. Wie wir schon an anderer Stelle mitteilten, ist die für Sonntag vorgesehene Demonstration der Volksfront in Hagenau verboten worden. Das Verbot wurde vom Maire Brumbt erlassen, der dabei im Auftrage der sechzig Verschwörer handelte, die sich im Elsass anschicken ihre Diktatur zu verwicklichen. Die Volksfront hat dieses Verbot akzeptiert. Der "Unterländer" des Herrn Keppi - auch einer von den sechzig - notiert mit Befriedigung das Demonstrationsverbot für die Volksfront, da es der UPR nur darauf ankam, zu verhindern die Gegner der roten "Schmach" durch einen Umzug in den Strassen von Hagenau beleidigt werden. So frech ist diese Bagage schon wieder geworden.

Die Erhöhung der Strassenbahntarife. Die letzte Gemeinderatssitzung von Strassbourg hat in völliger Übereinstimmung mit der Unternehmeroffensive eine Erhöhung der Tram-Tarife um durchschnittlich 15 % beschlossen. Diese Erhöhung fand auch die Zustimmung der Sozialisten. Veranlassung für die Erhöhung soll das eingetretene Defizit sein, das seine Ursache in erster Linie in der steigenden Unrentabilität des Aussenverkehrs haben soll.

Die Erhöhung der Tarife wird das Defizit wohl kaum ausgleichen. Dazu wären ganz andere Massnahmen erforderlich. Das entscheidende ist eine Erhöhung der Frequenz, die wiederum im steigenden Masse von der Überwindung der Wirtschaftskrise abhängt.

Es ist zu bedauern, dass die Organisation der Strassenbahner sich in der Debatte um die Tarifrage nicht zu Wort gemeldet hat. Was nützt ist eine Herabsetzung der Tarife, damit jederman die Strassenbahn benutzen kann, eine Beschleunigung des Verkehrs, eine raschere Aufeinanderfolge der Wagen, eine Herabsetzung der Kosten für die höhere Verwaltung und die Heranziehung der Besitzer der Luxuslimousinen zur Abdeckung des Defizits auf dem Wege einer nicht gewerblichen Zwecken dienenden Automobile.

Vollkommen auf den Hund gekommen. In letzter Zeit ist wiederholt festgestellt worden, dass die "Neue Welt", die ihren Lesern gebotene geistige Kost, auf dem Wege des geistigen Diebstahls beschafft wird. Die "Humanité" hat dafür ja handgreifliche Beweise gebracht. Soithor verlegt sich die "NW" auf die geistige Nahrungszufuhr aus dem III. Reich. Dabei versteht allerdings die Redaktion der "NW" den Anschein zu erwecken, als ob die Erzeugnisse der Journaille des III. Reiches eigenes geistiges Produkt seien, was bei der wachsenden Ideengemeinschaft mit Hitler in der Frage des Kampfes gegen den bolschewistischen "Sowjetimperialismus" ja nicht mehr sonderlich auffällt. Das Organ, das von den Hueber-Mourer mit besonderer Vorliebe geplündert wird, ist die "Frankfurter Zeitung", die ja besonders für die Auslandspropaganda zugeschnitten ist. So bringt die "NW" vom 9. Sept. auf der ersten Seite einen Artikel "Schlechte Aussichten für eine englische Populäre-Front", der samt den Überschriften der "Frankfurter Zeitung" vom vorhergehenden Tage entnommen ist. Natürlich verschweigt die Redaktion der "NW" diesen geistigen Diebstahl, wahrscheinlich deshalb, weil sie eine kleine redaktionelle Änderung an dem Artikel vornahm. Der Artikel der "F. Ztg." war von ihrem Londoner Korrespondenten und v. 7. September datiert. Hueber hat das Wort "heute" in dem Artikel durch "gestern" richtig würde es heissen "vorgestern" - ersetzt. Das ist die ganze eigene Arbeit. Beziehung Hueber und Mourer ihre Ideologie aus dem III. Reich, warum sollen sie da nicht auch gleich aus den Organen des III. Reiches abschreiben. Es wäre nur erwünscht und würde nur der Klarheit dienen, wenn sie dies auch ihren Lesern offen zu erkennen geben würden. Verantwortlich: Emilio Hirtzel

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis Monat Frs. 12
Einzelnummer 50 Centimes

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

N° 38/III. Jahrgang.

Dritte Septemberwoche 1936.

oo
o GENOSSE W. SCHWARZ AN DER FRONT GEFALLEN, o
oo

Genosse Walter Schwarz, langjähriges Mitglied unserer deutschen Bruderorganisation und Mitglied der Reichsleitung der Kommunistischen Jugendopposition Deutschlands ist, wie uns kurz vor Redaktionsschluss mitgeteilt wird, an der spanischen Bürgerkriegsfront vor Huesca als Zugführer einer Milizkolonne der POUM gefallen. Genosse Walter Schwarz, der seit dem faschistischen Umsturz in Deutschland in Barcelona lebte, hat an den Strassenkämpfen bei Ausbruch der militärischen Vorschöpfung in Barcelona teilgenommen und sich sofort als aktiver Kämpfer in die Reihen der POUM-Milizionäre aufnehmen lassen. Er hat sich dem Urteil der spanischen Genossen eine hervorragende Umsicht und grossen Mut im Kampfe gegen die Faschisten an den Tag gelegt. Zuerst als einfacher Milizionär, später als Gruppenführer und zuletzt als Zugführer kämpfte er mit der Waffe in der Hand gegen die faschistischen Peiniger des spanischen Proletariats.

Mit Stolz berichtete Gen. Walter Schwarz, in seinem letzten und einzigen Briefe -den wir an anderer Stelle veröffentlichen-, dass die deutschen Genossen der IVKO allseits, als Vertreter der KPD-O ihren Mann stehen, dass die spanischen Genossen restloses Vertrauen zu ihnen haben und anerkennen, dass sie zur Elite des revolutionären Proletariats Deutschlands gehören.

Gen. Walter Schwarz schrieb in seinem letzten Brief; "Bisher hatte ich das Glück, dass mein Fell nicht ernsthaft beschädigt wurde. Ich hoffe, dass ich es auch wieder gut nach Hause bringe". Jetzt hat diesen Kämpfer ohne Furcht und Tadel die im Solde des internationalen Kapitals stehende faschistische Bando zum Schweigen gebracht. "Siegen oder Sterben", diese Losung der spanischen Milizionäre hat Gen. W. Schwarz in ihrem vollen Ernst mit seinem Herzblute unterstrichen. Gen. Walter Schwarz wird mit all den Tausenden und Bertausenden unserem Gedächtnis fortleben, die an der spanischen Bürgerkriegsfront für die Sache des internationalen Proletariats mit ihrem Leben einstehen, und denen nachzueifern und würdig zu sein, wir alle uns bemühen wollen.

-o-o--o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DIE SPANISCHE REVOLUTION UND DIE SCHÖNEN AUGEN DER RADIKALSOZIALISTEN.

Unter dem Eindruck der Drohungen Léon Blums mit seinem Rücktritt haben die CGT-Führung u. auch die Leitung der KPF einen neuen Versuch unternommen, der Kampagne für die Belieferung der spanischen Antifaschisten mit Waffen die Spitze abzubringen. Die CGT hat eine Resolution angenommen, in der die französische Regierung aufgefordert wird, ihre Neutralitätspolitik in Gemeinschaft mit den anderen "demokratischen Regierungen", insbesondere der englischen zu überprüfen. Diese Resolution hat keinen anderen Zweck als den, der Regierung Blum die Möglichkeit zu geben, die Verantwortung für ihre schändliche Haltung von sich abzuwälzen. Im Namen der KPF hat Thorez in einer Sitzung der Delegation der Linken des Parlaments erklärt, dass die KPF zwar ihre besondere Ansicht zur spanischen Frage in ihrer Propaganda vertreten werde, dass sie aber bei parlamentarischen Abstimmungen geschlossen für die Regierung Blum stimmen werde. Für die KPF ist also die Erhaltung der Regierung Blum, der Koalition mit den Radikalen wichtiger als das Schicksal der spanischen Revolution. Es ist klar, dass es unmöglich ist, eine wirksame Kampagne u. einen wirklichen Kampf gegen die Blumsche Neutralitätspolitik zu führen, wenn man sich dabei von dem Gesichtspunkt leiten lässt, dass man der Regierung u. den radikalsozialistischen Vollfrontpartnern, die bekanntlich als direkte Vertreter kapital-

torschaft ist aber an der Entfaltung des aussorparlamentarischen Kampfes zur Brechung der Unternehmersabotage u. der Existenz der Arbeiter interessiert. Es gilt überall die Gewerkschaften zu mobilisieren und, wie das die Metallarbeiter der Seine in einer Resolution erklärt haben, "alle legalen Mittel, darunter auch das Streikrecht für alle Betriebe ohne Ausnahme einzusetzen", um die Forderungen der Arbeiter in Bezug auf den Kampf gegen die Teuerung, die Vierzigstundenwoche, die Waffenlieferungen für Spanien und die wirkliche Auflösung der Ligen zu realisieren.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Vorläufiges Ende des "front français".

=====
 =====

Die KPF hat in einem Schreiben an die Leitung der SFIO ihre Bereitschaft erklärt, ihre Losung des "front français" zurückzuziehen. In diesem Schreiben wird behauptet, dass diese Losung nicht anders gemeint gewesen sei als im Sinne der Einigung des französischen Volkes gegen die "200 Familien". Davon abgesehen, dass auch die Losung der Einheit des Volkes gegen die "200 Familien" falsch ist, weil die französische Bourgeoisie nicht nur aus den "200 Familien" besteht, ist dies ein nachträglicher Versuch, den "front français" zu rechtfertigen, schon deshalb nicht stichhaltig, weil Duclos u. die anderen Führer der KPF den "front français" als ein Bündnis mit den sogenannten "Gemäßigten" interpretierten, d. h. mit direkten politischen Vertretern der "200 Familien". Es ist für die KPF höchst blamabel, dass sie die Losung des "front français" unter dem Drucke der SFIO preisgeben musste. Die SFIO hat sich bei dieser Gelegenheit mit gewissem Erfolg als Hüter des proletarischen Klassenstandpunktes aufspielen können, obwohl auch sie in der Seaxis für die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie eintritt und der ganze Streit zwischen SFIO und KPF wegen Volksfront u. "front français" nur darum ging, wie weit man auf der Sache nach bürgerlichen Bundesgenossen nach rechts gehen dürfe.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DIE KRIEGSRUFEN VON NÜRNBERG.

oooooooooooooooooooooooooooo

Der Kehrreiz der Reden Hitlers u. der anderen faschistischen Oberbunzen auf dem diesjährigen Naziparteitag in Nürnberg war eine unverhüllte Kriegshotze, war die Aufforderung zur Bildung einer kapitalistischen Einheitsfront gegen die sozialistische Sowjetunion. An sich bringen die Nürnberger Reden keine neuen Enthüllungen über die Ansichten und Absichten der Hitlerregierung. Nur ahnungslose liberale Bürger können sich darüber wundern, dass der Diktator Deutschlands in seinen offiziellen Reden getreulich den ganzen antisemitischen u. antiholschewistischen Blödsinn wiederholt, mit dem Streicher die Spalten seines "Stürmers" füllt. Für uns ist es keine Neuigkeit zu erfahren, dass Hitler ebenso denkt wie Streicher. Die einzige Frage, die angesichts der Nürnberger Hetzreden zu stellen wäre, ist die, weshalb Hitler und die Seinen die Zeit für Reden ersparen auf alle diplomatischen Formen u. auf die Pose von Friedensfreunden zu verzichten u. offen zu proklamieren, dass sie Gebiete rauben möchten, die der Sowjetunion gehören - bzw. Kolonien, die sich im Besitze von England u. Frankreich befinden. Dass Hitler jetzt so offenherzig u. unverhüllt ist, liegt in erster Linie an der Haltung der demokratischen kapitalistischen Länder, d. h. vor allem Frankreichs und Englands. Die Rheinlandbesetzung u. die Einführung der dreijährigen Dienstzeit sind Hitler glatt durchgegangen; vor allem aber hat die Haltung der Mächte zum Bürgerkrieg in Spanien gezeigt, dass die Kapitalisten Englands u. Frankreichs mehr Angst vor einer proletarischen Revolution haben als vor einer faschistischen Diktatur, auch wenn diese Diktatur ihnen vom Standpunkt ihrer besonderen imperialistischen Interessen nicht sehr angenehm erscheint. Die Haltung der englischen u. französischen Regierung gegenüber den spanischen Antifaschisten ermutigt Hitler dazu, die Kapitalisten der Welt zu einem Kreuzzug gegen die Sowjetunion, gegen die russische proletarische Revolution aufzurufen. Nach der schändlichen Haltung, die die Regierung Blum gegenüber der rechtmässigen spanischen Regierung eingenommen hat, glaubt Hitler, von Frankreich als Voraussetzung für die Erneuerung des Locarnopaktes die Auflösung des Vertrages zwischen Frankreich und der Sowjetunion fordern zu können. Die Arbeiterschaft Frankreichs muss angesichts der Nürnberger Provokationen den Ausbau des Paktes zwischen Frankreich und der Sowjetunion fordern u. auch verlangen, dass die Regierung Blum ihre schändliche Haltung in der spanischen Frage endlich aufgibt.

Dass die inneren Schwierigkeiten des deutschen Kapitalismus trotz der propagandistischen Behauptungen der Naziführer nicht geringer werden, dass die deutschen

Arbeiter immer mehr mit dem Hungerdasein unzufrieden sind, zu dem sie der Faschismus verurteilt, geht aus dem Eifer hervor, mit dem Hitler u. die anderen Naziführer sich gegen jede Erhöhung der Löhne wandten. Dieser Eifer ist ein Beweis dafür, dass die Masse der deutschen Arbeiter sich trotz allem faschistischen Terror nicht mit ihrem Elend zufrieden gibt.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Von der spanischen Bürgerkriegsfront:

Brief eines deutschen Antifaschisten von der Front:

Vorbemerkung: Wir veröffentlichen nachstehend den uns zur Verfügung gestellten Brief eines deutschen Kameraden, Walter Schwartz, der inzwischen an der Front vor Huesca gefallen ist. Die Redaktion der "Arbeiterpolitik".

Lecinena, den 30. 8. 36. Ursprünglich gehörte ich einer spanischen Gruppe an, die übrigen Genossen einer Emigrantenformation der Deutschen. Später wurde ich dieser Gruppe vom Militärkomitee als "Gaba" (Chef) hinzugeteilt.

Von Barcelona ging unsere Fahrt per Bahn nach Lerida, einer katalanischen Provinzstadt, die direkt an der Grenze von Aragon liegt. Von hier aus setzten wir die Fahrt auf Lastautos fort.

Vor dem letzten Haus Leridas, an der Strasse nach Saragossa lagen noch blutend zwei von den Faschisten ermordete Genossen. Unsere Autos rasselten an ihnen vorbei und für viele Genossen, die die Kämpfe in Barcelona nicht mitgemacht hatten, wurde es klar, dass dieser Krieg ein Kampf ohne jede menschliche Rücksichten ist. Gefangene werden nicht gemacht. Es gilt zu siegen oder zu sterben. Wer in die Hände der Faschisten fällt, wird von ihnen fusiliert und jeder Faschist, der in unsere Hände fällt, wird sofort erschossen. Der Sieg kann nur ein tatsächlicher sein, wenn der Faschismus physisch ausgerottet ist.

Eine andere Begebenheit zeigt den herrschenden Geist der Kämpfenden auf. Ein Pfaffe versuchte als Bauer verkleidet sich in unsere Kolonne zu schleichen und wurde von Bauern erkannt. Im nächsten Hausflur schossen mehr als 20 Frauen und Männer mit Pistolen und Gewehren auf ihn.

In Monjon hatte die Dorfbewölkerung die Faschisten in ein Haus gedrängt. Nach Eintreffen unserer Miliz - 15 Minuten später - waren sie erschossen.

Wir rückten nur nachts vor. Oft trafen wir die Männer eines Ortes auf den Feldern an, die hinter Korngarben versteckt lagen, bewaffnet mit den im Grunde genommen harmlosen Jagdflinten, die nur auf 50 Meter schossen. Jubelnd kamen sie auf uns zu, nachdem sie uns als Freunde erkannt hatten, in Hochrufe auf die Revolution ausbrechend. Wir antworteten mit Hochrufen auf die Alianza Obreras und Campesinos (Einheitsfront der Arbeiter u. Bauern), so diese bewusst propagierend. Hinter den Rufon "Tod dem Faschismus" lag nicht Freude am Rufen, sondern tiefster Hass.

Ein Hass, dessen Ursache darin liegt, dass die Faschisten alles fusillieren, vor Frauen und Kindern nicht Halt machen, alles was ihrer sehr weitgehenden Begriffbestimmung als "marxistisch versucht" gilt, wird niedergemacht.

Die Bauern und die Arbeiter.

Bis zu den Bergen der Sierra Alonbierre wurden wir von der Bevölkerung jubelnd erwartet. Selbst zu den Nachtstunden zwischen 2 und 4 Uhr war alles auf den Beinen, um uns mit Brot u. Früchten, mit Wein u. Erfrischungsgetränken buchstäblich zu überhäufen, so dass wir auf unserem Lastwagen dadurch direkt oingongt wurden.

In den Bergen der Sierra Alonbierre wechselte das Bild. Die Bevölkerung ist ärmer, stand seit unlenklich langer Zeit unter dem Druck der Kirche und seinen pro Dorf 2 - 4 Kaziken, denen dann oder der Kirche, das gesamte Dorf untertan war, weil ihnen alles gehörte.

Durchweg hielt sich hier immer die Bevölkerung in den ersten Tagen zurück, fürchtend, dass die Kräfte, denen sie bisher untertan waren, wieder kommen könnten und Rache nehmen würden.

Diese Furcht hielt aber nicht lange an. Sie sehen, dass sofort das ökonomische Leben auf neuer Basis organisiert wird. Dass wir nicht nur niederreißen, sondern gleichzeitig verstehen aufzubauen. Sie sind dann die eifrigsten, die Kircheneinrichtungen zu Brennholz zu zerschlagen. Sie sind es, die mit frischer weisser Farbe die Kirchengebäude neu tünchen und zum Versammlungsraum des Ortes umwandeln. In den Häusern der Reichsten ziehen die Komitees ein, die Lebensmittel an sie verteilen, die ihnen neue Arbeit und ein anderes Leben geben. Parteibüros werden aufgemacht, die neue Ideologie zu pflanzen.

Wir lernen militärisch kämpfen.

Als wir hinter den Barrikaden Barcelonas kämpften, kämpfte jeder solange er wollte und wo er wollte. Wir stellen uns hin, wo wir Platz fanden und standen in Horden, bauten Barrikaden, wo geschossen wurde. Diese anarchistische Form ist beendet. Die Genossen haben militärische Frontangriffs- und Rückzugsbildungen kennengelernt und geübt. In weiten ausgeschwärmten Linien greifen wir an. Einzelne Zugformationen ziehen sich auf Kommando zurück und decken den Rückzug der Vorgebliebenen, die vor dem den Rückzug der Ersten abdecken.

Beim ersten Morgenrauen hatten wir das Dorf Lecinena umstellt und den Angriff unternommen. Die an sich guten militärischen Kräfte der Guardia Civil, die sich in diesem Teil Spaniens auf die Seite der Faschisten stellten, wurden durch die Panik der ihnen unterstellten Phalangisten aus ihren Kampfstellungen gerissen und mit Gewehrkolben und Pistolen kämpften sie untereinander um die Plätze der Lastautos, die ihnen zur schnellen Flucht helfen sollten. Der Rest, die Zurückgebliebenen, laufen ungeordnet in Horden über die Felder in Richtung der noch faschistisch besetzten Gebiete. Sie haben dadurch bisher viel mehr Opfer als wir gehabt. Jetzt liegen wir vor P., zwanzig Kilometer vor Saragossa. Hinter P. liegt V., das direkt vor den Toren Saragoosas liegt. Diese Stellungen werden von den besten Kräften der Faschisten gehalten, die aber bisher sich defensiv verhielten. In den ersten Tagen nach der Einnahme von Lecinena hatten sich einen Gegenangriff unternommen. Die vordere Nacht blieben die Genossen unserer Gruppe mit 5 Mann. Wir hatten bereits mehr als 24 Stunden Wachdienst ohne Unterbrechung gehabt. Also vielmehr geleistet, als was in bürgerlichen Wehrformationen die Norm darstellt, als von uns der Anmarsch der Faschisten beobachtet wurde.

Wir setzten bei 200 Meter mit Maschinengewehr und Maschinengewehr ein. Wir hatten Pech. Das Maschinengewehr versagte nach den ersten versuchten Ladestreifen durch einen Fabrikationsfehler an der Geschosseführung. Drei Genossen mussten in diesem kritischen Moment mit dem MG ins Dorf zurück, um auf jeden Fall zu verhindern, dass es den Faschisten in die Hände zurückfiel. (Wir hatten es den Faschisten abgenommen.) Als die Faschisten sich auf ca. 80 Meter genähert hatten, traf auf uns eine Zehnergruppe spanischer Genossen, mit denen vereint wir ein weiteres Vordringen der Faschisten aufhalten konnten. In weniger als einer halben Stunde trafen grosse Verstärkungen von uns aus Lecinena ein, das heisst praktisch, dass die Genossen, die über dem ganzen Dorf in Privathäusern sich aufhielten, in 10 Minuten organisiert und zum Kampfe bereit waren. Eine militärische Leistung, die ebenfalls die Norm der bürgerlichen Formationen übertrifft und den bekannten Leistungen der Roten russischen Armee ebenbürtig an die Seite zu stellen ist.

Aus unserer Defensive wurde eine Offensive. Die Faschisten setzten mit einer 7,5 Artilleriebatterie und 3 Jagdflugzeugen, die mit Bomben und MG gingen, ein. Wir hatten nur die schweren MG u. Gewehre. Trotzdem bruchte uns der Attackeversuch der Faschisten bis auf 100 Meter an das von ihnen besetzte Dorf P.

So gut die Sierra für Partisanenkämpfe geeignet ist, so hat sie aber den Nachteil, dass sie für grössere Kampforganisationen unübersichtlich ist. Es ergab sich der Zustand, dass wir mit 50 - 70 Mann vor dem Dorfe blieben. Unter ihnen wieder die Genossen unserer Gruppe. Eine kurze gemeinschaftliche Beratung ergab, dass wir einen Kurier zum Militärkomitee schicken, der Befehle gab und neue Anweisungen bringen sollte, die dann waren, die neue Position bis Ablösung kommt, zu halten. Die Position wurde dann auch ohne Schwierigkeiten gehalten.

So könnte ich weitere Begebenheiten fortführend schildern, die aber immer wieder dasselbe sagen würden, dass wir in Vertretung der KP(O) unseren Mann stehen, dass die spanischen Genossen restloses Vertrauen zu uns haben und anerkennen, dass wir zur Elite des revolutionären Proletariats Deutschlands ge-

KIN-WUNSCH DER Unsere Autonomisten Koos u. Schall, die gestern noch so taugen, als ob sie antifaschisten seien, weil der Faschismus überall, wo er an der Macht ist, jeden Regionalismus und jede nationale Minderheit unterdrückt, haben schon längst ihren Frieden mit dem Faschismus gemacht. Für sie ist heute, ganz entsprechend der Parole des "Führers" der Bolschewismus der altfeind Nr. 1. Da der "Führer" aber auch jede bürgerlich-demokratische Bewegung gegen den Faschismus in die Kategorie "Bolschewismus" eingebracht hat, müssen natürlich unsere Autonomisten auch in der Frage der Nichtmischung in Spanien ganz auf Seiten der Franco u. Konsorten stehen.

So lesen wir in der "ELZ" v. 11. 9.:

"Aus Perpignan kommt folgende Meldung: "250 spanische Milizionäre, die in Irun gekämpft haben, sind auf dem Wege nach Barcelona von dem stellvertretenden Bürgermeister, Gilbert Brutus, empfangen worden; auch wurden sie beköstigt!" Die "ELZ" fügt dem aus eigenem Im Fottdruck hinzu: "Es bestätigt sich dadurch, dass die roten Truppen, die auf französisches Gebiet geflüchtet sind, entgegen dem Kriegerecht, nicht interniert wurden, sondern in das Kampfgebiet zurückkehren und den Kampf wiederaufnehmen dürfen. "Natürlich wird durch solche "Eigenmächtigkeiten", die hier offenbar von untergeordneten Stellen verübt werden, die "Neutralitätspolitik der franz. Regierung vor den anderen Mächten in ein bedenkliches Licht gestellt"; versichert uns die "ELZ".

Wir sind keineswegs darüber erstaunt, dass die "ELZ" ein solch heisses Verlangen danach bekundet, die auf franz. Gebiet geflüchteten Milizionäre in Konzentrationslager zu sperren. Sie folgt hier nur ihrem grossen Vorbild.

Aber Paulchen Schall, der so besorgt um die Neutralitätspolitik Frankreichs gegenüber den spanischen Antifaschisten ist, kann auch anders. In seiner Wochenübersicht v. 12/13. Sept. schreibt er unter Hinweis auf die Matrosenmeuterei auf zwei portugiesischen Kriegsschiffen:

"Der Vorfall beweist einmal mehr die Rücksichtslosigkeit des kommunistischen Vorgehens und lässt das Zögern der Lissaboner Regierung in der Neutralitätsfrage verständlich erscheinen. Wenn man am Rande des Vulkans lebt, hat man wenig Sinn für die Vorschläge derjenigen, die nur das Vordringen der Lavalströme verhindern wollen. Ohnehin hat die Neutralitätspolitik in ihrem ersten Stadium stark den Anschein erweckt, als wollte sie das bolschewistische Spanien begünstigen".

Man sieht; unsere so auf die Neutralität bedachten reaktionären Politiker können garnicht vorbeigen, worauf sie im Grunde hinauswollen: auf die Blockade der Antifaschisten!

FRONT LORRAIN. In Lothringen hat sich jetzt eine "Front Lorrain" gebildet, die die reaktionär-bürgerlichen Parteien, die faschistischen Organisationen und die Autonomisten zusammenschliesst. Das Programm umfasst folgende Punkte: 1) Verteidigung der Familie, 2) Korporative Organisation der Wirtschaft, 3) Verteidigung unserer Landwirtschaft, 4) Respektierung aller lothringischen Traditionen, 5) Verteidigung der Ordnung und des Friedens.

Was die Blique, die sich da zusammengefunden hat, unter diesen Punkten versteht, liegt auf der Hand. Ihre Ordnung ist die kapitalistische Ordnung und die Unterdrückung jeder Streikbewegung der Arbeiter. Ihr Frieden ist die Verständigung mit Hitler zur Durchführung des in Nürnberg verkündeten Kreuzzuges gegen den Bolschewismus. Die Verteidigung ihrer Landwirtschaft ist die Verteidigung der Herrenrechte a la Schlumberger gegenüber den Gutsbesitzern. Die loth. Traditionen sind die Verrechte des Klerus und die Nichtanwendung der Sozialgesetze für Els.-Lothringen, wie dies die Bauunternehmer z. B. wünschen. Die korporative Ordnung der Wirtschaft ist ein hohler faschistischer Schlagler, der bei den Bauern u. Kleinbürgern den Glauben erwecken soll, als ob sie, die loth. Front, eine neue Wirtschaftsordnung wollte und als ob es zwischen Kapitalismus und Sozialismus noch ein drittes gäbe. Deshalb fuchteln sie wie besessen mit ihren "Dogen" gegen den liberalistischen Kapitalismus, um den organisierten Kapitalismus - also den modernen Monopolkapitalismus zu Nutz und Frommen des Herrn de Wendel zu retten.

Die "Front Lorrain" ist kurz gesagt, der Versuch dem lothringischen Volk einen Stahlpanzer anzulegen, damit es vor den revolutionären Einflüssen geschützt wird, die mit der Junibewegung von Paris ausgingen und auch die Werk-tätigen Lothringens erfasst haben.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO)

39/III. Jahrgang

Vierte Septemberwoche, 1936.

Die Sonntagsrede Léon Blums:

DIE VOLKSFRONTREGIERUNG SCHÜTZT DAS KAPITALISTISCHE
EIGENTUM.

In der Rede, die L. Blum am letzten Sonntag in Poissy gehalten hat, erklärte er:

"Ihr habt während der jüngsten Arbeitskonflikte sehen können, wie bei einem bestimmten Teile der Unternehmer die Tendenz bestehen könnte, durch eine abwehrtliche Intransigenz eine Ausdehnung und Verschärfung herbeizuführen. Ihr könnt Euch über das gegen die Volksfront und die Volksfrontregierung gerichtete Manöver Rechenschaft ablegen, das darauf abzielte die Regierung vor die Alternative zu stellen, entweder passiv Unruhen zu ertragen, die tatsächlich keine sich ihrer Pflicht gegenüber der Nation bewusste Regierung andauern lassen konnte oder aber zu Gewaltmaßnahmen zu greifen, die den Kontakt zwischen uns und der Gesamtheit der Arbeiterklasse zerstören würden."

Mit den "Unruhen" meinte Léon Blum die Betriebsbesetzungen.

Es wäre gut, wenn jeder Arbeiter gründlich über die von uns zitierten Worte Blums nachdächte. Sie geben nämlich über die wirkliche Rolle der Regierung Blum Aufschluss.

Im Zusammenhang mit den Betriebsbesetzungen sieht Blum für das Verhalten der Regierung nur 2 Möglichkeiten, oder, besser gesagt, nur eine Möglichkeit, denn die andere von ihm genannte ist seiner Ansicht nach mit der Pflicht der Regierung "gegenüber der Nation" unvereinbar. Die Möglichkeit, die L. Blum verwirft, ist, dass die Regierung Betriebsbesetzungen duldet, d. h. dass sie den Arbeitern bei der Anwendung dieses wirksamen Kampfmittels keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legt. Die andere Möglichkeit, die Blum sieht, ist die Entsendung von Polizei, Gendarmerie und gardes mobiles gegen die Arbeiter, die Betriebe besetzen. L. Blum ist nicht so dumm, nicht zu sehen, dass das den Kontakt zwischen der Regierung und der Gesamtheit der Arbeiterklasse zerstören würde. Blum möchte nicht offen gegen die Arbeiter regieren, er möchte den Kontakt mit den Massen nicht verlieren u. verlangt von ihnen deshalb, dass sie freiwillig auf Betriebsbesetzungen verzichten.

Was aber am meisten für die Regierung Blum charakteristisch ist, das ist die Tatsache, dass Blum eine dritte Möglichkeit, nämlich die Möglichkeit, dass die sozialistischen Minister den Arbeitern, die Betriebe besetzen, um ihre Existenz zu verteidigen, in ihrem Kampfe beistehen, garnicht erst in Betracht zieht. Das ist insoweit kein Wunder, als die Regierung Blum eine kapitalistische Regierung ist und als solche das kapitalistische Eigentum u. die Gesamtinteressen der kapitalistischen Ausbeuter gegen den Klassenkampf der Arbeiter verteidigt. Aber die Erklärung Blums stellt damit auch klar, dass seine Regierung keineswegs, so wie das die Führer der SFIO sonst behaupten, eine Regierung der Werktätigen ist, dass sie für die Arbeiter nicht ihre Regierung ist.

Was L. Blum, der auf den Kontakt mit den Arbeitern Wert legt, nur zart andeutete, das haben die radikalen Minister, denen es auf den Kontakt mit den Kapitalisten ankommt, massiv ausgesprochen, insbesondere Daladier hat in den schärfsten Tönen gegen die Betriebsbesetzungen gewettert und diejenigen Arbeiter,

die solche Betriebsbesetzungen organisiert haben, als "Provokateure" bezeichnet. Diese Haltung der Minister der Volksfrontregierung ist weiter nichts als eine Demagogie für die kapitalistischen Scharfmacher, die die Kollektivverträge und die Sozialgesetze sabotieren und die eine schamlose Hetze gegen die Arbeiter entfalten, die ihre gewerkschaftlichen Organisationen verteidigen und zum Kampf gegen die Unternehmerpraktiken einsetzen.

Die Arbeiter dürfen sich durch die Unternehmerhetze nicht ins Bockshorn jagen lassen, auch dann nicht, wenn diese Unternehmerhetze von der Regierung direkt und indirekt gefördert wird.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Zur Frage der staatlichen Zwangsschlichtung:

UNAKZEPTABLE VORSCHLÄGE JOUHAUX.
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Das Unternehmertum hat sich im Juni den Forderungen gebeugt, die von den Arbeitern mit dem Mittel der Betriebsbesetzung, die das ganze Land erfasst hatte, durchgesetzt wurden. Seither aber hat sich das Unternehmertum organisiert und eine systematische und vielfältige Offensive eingeleitet, um auf den verschiedensten Wegen die Zwangsgeschäften des Juni rückgängig zu machen, sie zu umgehen und zu sabotieren.

Auf diesem Tabbestand sind die letzten Betriebsbesetzungen zurückzuführen die von den Arbeitern durchgeführt wurden, um die Unternehmer zur Vortrag-treue zu erzwingen, um sie zu zwingen die getroffenen Vereinbarungen einzuhalten.

Die Unternehmer haben bei ihrem Feldzug zur Umgehung und faktischen Aussorkraftsetzung der den Arbeitern im Juni gemachten Zugeständnisse offensichtlich darauf gerechnet, dass die Arbeiter nicht mehr in der alten Weise reagieren würden, oder, wenn dies dennoch eintreten würde, sie gestützt auf die unter dem Druck der radikalen abgegebenen Erklärungen der Regierungsvertreter gegen die Betriebsbesetzungen, die Arbeiter weich bekommen;

Die Sonntagsreden der radikalen Minister und die Demarche des radikalen Senateurs Gaillaux bei Léon Blum zeigen, dass die radikalen Volksfrontgenossen sich zum Spruchwehr der Unternehmerwünsche machen und die Sonntagsrede L. Blums - die wir an anderer Stelle ausführlich behandeln - zeigt, dass die sozialistischen Minister diesem Druck nachgeben. Es ist ganz offensichtlich, dass die radikalen Minister und die radikalen Senatoren auf der Realisierung des Salongroschen Vorabnehmens beharren. Angesichts dieser Lage suchen die SFIO und die anderen der Volksfront angeschlossenen Arbeiterformationen, i erster Linie die CGT, die ja war davon direkt und unmittelbar als Vertreterin der wirtschaftlichen u. sozialen Interessen der Arbeiter betroffen wird, nach einem Ausweg. Nach einem Ausweg, der ihnen gestattet die radikalen Minister zu befriedigen, der ihnen aber auch einen drohenden Konflikt zwischen Arbeiterklasse und Regierung erspart.

Jouhaux hat in einem Artikel den Vorschlag gemacht ein obligatorisches Schiedsverfahren einzuführen. In Artikeln der SFIO-Presse ist dieser Gedanke ebenfalls abgehandelt worden. Nur bestehen ja bereits im Landes- und Departementsmassstabe solche Schiedskommissionen ~~bestehend~~ zur Hälfte aus Vertretern der Arbeiter, zur Hälfte aus Vertretern der Unternehmer, mit einem sogenannten "unparteiischen" Vorsitzenden, der in der Regel ein Vertreter des Staates ist. Dieses Schiedsverfahren aber ist nicht obligatorisch und sein Spruch hat keine Rechtskraft, ist also nicht verbindlich im Sinne eines Gesetzes. Wenn jetzt von einem obligatorischen Schiedsverfahren gesprochen wird, so geht dies über das bisherige Schiedsverfahren hinaus. Bei dem obligatorischen Schiedsverfahren kann es sich nie darum handeln, dass die Parteien vor der Austragung ihrer Konflikte auf dem Wege des Kampfes, sich dem obligatorischen Schiedsverfahren unterworfen und im weiteren führt dies auf den Weg der sogenannten Verbindlichkeitsklärung, wenn die Schiedssprüche nicht einstimmig gefasst werden. Diese Verbindlichkeitsklärung, die wahrscheinlich auf Antrag einer Partei durch den Arbeitsminister erfolgen würde, würde die Entscheidung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in die Hände der Regierung geben und die Gewerkschaften an Händen und Füßen fesseln, respektiv sie ihres eigentlichen Mutterbodens berauben, sie zur Verkümmern verurteilen.

Die freien Gewerkschaften brauchen den Kampf, wie der Mensch die Luft zum atmen. Sie können nur wachsen und gedeihen, durch den Kampf und sie können die Interessen der Arbeiter gegenüber dem kapitalistischen Unternehmertum nur wahren und verteidigen durch ihre stete Kampfbereitschaft. Würde die CGT aus rein gouvernementalen Rücksichten das obligatorische Schiedsverfahren mit der Verbindlichkeitserklärung akzeptieren, so würden sie den ersten Schritt auf einem Wege tun, der sie ihrer Unabhängigkeit gegenüber dem kapitalistischen Staat beraubt und ihren Charakter als Kampforganisationen bedroht.

Der Arbeitsvertrag muss auf der Kampfkraft der Arbeiterklasse basieren. Die Einhaltung dieses Vertrages, wie seine Verbesserung darf und ist allein abhängig von der steten Erhaltung und Betätigung des Kampfwillens der in der Gewerkschaft organisierten Arbeiter. Die Regierung Blum, die eine Koalitionsregierung ist und auf der Zusammenarbeit mit dem radikalen Teile der Bourgeoisie auf dem Boden des kapitalistischen Systems und seiner Erhaltung beruht, will im Interesse dieser Zusammenarbeit dem Kampf der Arbeiter um ihre Existenz Fesseln anlegen. Eine solche Fessel wäre das obligatorische Schiedsverfahren mit der unvermeidlich folgenden Verbindlichkeitserklärung. Die Folge einer solchen Fessel wäre, dass die Gewerkschaften sich nicht mehr auf die Kraft der Arbeiter als ihrer ureigensten Kraft orientieren würden, sondern auf die angeblich zur Erhaltung der Arbeitsbedingungen nötige Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie in Form der Koalitionsregierung.

Das deutsche Beispiel ist Lehre und Beispiel dafür, dass die Arbeiter und ihre Gewerkschaften einen solchen Weg nicht gehen dürfen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Aussenpolitische Rundschau:

Léon Blums Rundfunkrede.

==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==

Die Rundfunkrede, die Léon Blum vorige Woche über die Aussenpolitik der Regierung gehalten hat, ist von der bürgerlichen Presse des In- und Auslandes beifällig begrüsst worden. Es ist kein Wunder, dass die Bourgeoisie an den hübsch abgerundeten, vieldeutigen und im Grunde genommen platten Redensarten Blums Gefallen findet.

Die Arbeiterschaft dagegen hat gar keine Veranlassung, auf die Redekünste Blums hereinzufallen.

Wenn Blum sich für die Prinzipien von 1789 einsetzt u. deren Ewigkeitswert betont, so mag das zwar liberalen Bürgern imponieren, das Proletariat muss sich aber dessen bewusst sein, dass es sich zum Zwecke einer erfolgreichen Bekämpfung des Faschismus nicht auf die Grundsätze der bürgerlichen Demokratie, sondern auf die Grundsätze der proletarischen Revolution, nicht auf das Programm von 1789, sondern auf das der russischen Revolution vom Oktober 1917 stützen muss.

Über die aktuellen Fragen der Aussenpolitik hat Blum sehr wenig gesagt. Er hat gegen die Idee eines antifaschistischen "Kreuzzuges" gesprochen, an den heute niemand denkt, hat es aber ängstlich vermieden, über den faschistischen Kreuzzug zu sprechen, den die Faschisten Spaniens, Portugals, Italiens und Deutschlands vereint gegen das spanische Volk führen.

Die schönen Phrasen über Demokratie etc. dienen Blum nur dazu, die schändliche Politik seiner Regierung in der spanischen Frage zu maskieren, eine Politik, die nichts anderes ist, als eine indirekte Hilfeleistung für die faschistischen Schlächter des werktätigen Volkes von Spanien.

Zwar hat Léon Blum erklärt, dass Frankreich sich von niemanden vorschreiben lassen werde, mit wem es Verträge u. Bündnisse abschliessen soll; das ist - in gewisser Hinsicht - eine Ablehnung der erpresserischen Forderung Hitlors Deutschlands, dass Frankreich als Vorbedingung für die Erneuerung des Locarno-Vertrages seinen Pakt mit der Sowjetunion lösen solle. Aber Léon Blum hat gleichzeitig erklärt, dass er zu allen möglichen Verhandlungen mit Nazideutschland bereit sei, - was keineswegs den Eindruck erweckt, als sei er entschlossen, unter allen Umständen am Pakt mit der Sowjetunion festzuhalten.

Die Tagung des Völkerbundes

Anlässlich der Völkerbundtagung in Genf haben die beiden "führenden Demokratien", nämlich Frankreich u. England eine neue Kostprobe ihrer Aussenpolitik geliefert. Seit ihrer Zeit haben sie die Aufhebung der Sanktionen gegen Italien durchgesetzt, indem sie den anderen Mitgliedstaaten des Völkerbundes versicherten, von einer juristischen Anerkennung des Annexions Abessinien durch den italienischen Imperialismus könne keine Rede sein. Heute setzen sich die englische und französische Regierung in Genf dafür ein, dass die abessinische Delegation von den Beratungen des Völkerbundes ausgeschlossen werde, d. h. dass der Völkerbund die Eroberung Abessinien durch Mussolini auch rechtlich sanktioniere. Die Sowjetunion und die Vertreter einer Reihe von kleineren Staaten sind gegen dieses schändliche Manöver der englischen u. französischen Diplomatie aufgetreten. Die Frage der Zulassung oder Nichtzulassung der abessinischen Delegation zum Völkerbund hat heute, nachdem es dem italienischen Imperialismus dank der Haltung Englands u. Frankreichs gelungen ist, sich in Abessinien festzusetzen, keine grosse praktische Bedeutung mehr. Aber die Haltung der englischen und französischen Regierung in dieser Frage ist sehr bezeichnend. Sie zeigt, dass die demokratischen Imperialisten jederzeit bereit sind, die Grundsteine des Völkerbundes und der "kollektiven Sicherheit" mit den Füßen zu treten, wenn sie glauben, zur Wahrung ihrer imperialistischen Interessen ein Schachgeschäft mit den faschistischen Imperialisten (im vorliegenden Fall mit Mussolini) abschliessen zu können. Es verdient ferner vermerkt zu werden, dass die Regierung Blum, die von der KPF "lückenlos" unterstützte Regierung der Volkfront auch bei dieser Gelegenheit (genau so wie in der spanischen Frage) getreulich in den Fusstapfen Lavalis wandelt.

Portugal und die "Neutralitätspolitik"

Die Londoner Besprechungen über die Durchführung des famosen "Nicht-Interventionsabkommens" gegenüber Spanien kommen nicht vom Fleck und zwar, weil dasjenige Land, das als Durchgangsland für Waffenlieferungen an die spanischen Rebellen dient, nämlich Portugal, sich unter allen möglichen Vorwänden dagegen sträubt, an diesen Besprechungen teilzunehmen. Die Lage ist gegenwärtig die, dass zwar den spanischen Antifaschisten die Waffenzufuhr gesperrt ist, dass aber aus allen möglichen Ländern (vor allen natürlich aus Deutschland u. Italien) Waffen nach Portugal geliefert werden, die von dort an die spanischen Faschisten weitergesandt werden. Das hat dazu geführt, dass die Rebellen jetzt z. B. über weit mehr Flugzeuge verfügen als die spanischen Antifaschisten, obwohl diese zu Anfang des Bürgerkrieges die Überlegenheit in der Luft besaßen. Die "Neutralitätspolitik", die auf die Initiative der Regierung Blum zurückzuführen ist, erweist sich also in der Praxis als eine schamlose Begünstigung der spanischen Rebellen, der faschistischen Arbeitermörder.

Dabei ist es klar, dass das kleine Portugal - so reaktionär seine faschistische Regierung auch sein mag - es nie gewagt hätte, eine aussenpolitische Extratour zu unternehmen, wenn England und Frankreich es auch nur einigermaßen unter Druck gesetzt hätten. Es ist eine altbekannte Tatsache, dass Portugal in Wirklichkeit eine britische Halbkolonie ist. Wenn die englische und die französische Regierung sich von Portugal an der Nase herumführen lassen, so kann man das doch wohl nicht dadurch erklären, dass sie vor diesem "mächtigen" Staat Angst hätten, sondern nur dadurch, dass sie sich oben an der Nase herumführen lassen wollen. Die englischen und die französischen Kapitalisten fürchten eine proletarische Revolution in Spanien mehr als eine faschistische Diktatur und dieses kapitalistische Klasseninteresse bestimmt die Haltung der Regierungen Englands und Frankreichs. Um aber dem Druck der Massen zu begegnen, die Schluss mit der schändlichen Neutralitätspolitik u. Waffenlieferungen für die spanischen Antifaschisten fordern, tun die Regierungen Frankreichs u. Englands so, als würden sie von Portugal "vorgewältigt".

Welch widerliche Komödie!

- o - o - o - o - o - o - o - o -

Das faschistische Bombenattentat von Vienne:

Und die Konsequenz?

Es vergeht kein Tag an dem nicht durch irgendeine faschistische Provokation bestätigt wird, dass die Faschisten und die mit ihnen verbundene Reaktion sich

auf eine spanische Aktion vorbereiten. Jetzt hat ein faschistischer Mordbube einen Bombenanschlag auf ein Tanzvergnügen der kommunistischen Jugend in Vienne verübt. Nur durch die Kaltblütigkeit eines Jugendkameraden konnte eine fürchterliche Explosion mitten unter den Festteilnehmern verhindert werden. Bei der Verfolgung des Attentäters wurde das Mitglied der Komm. Jugend Klaces vom diesem erschossen.

Diese Mordtat beweist erneut, dass sich die Arbeiterschaft auf die Massnahmen der Regierung gegen die Faschisten nicht verlassen darf, die sich im Übrigen infolge ihrer Halbheit als ein Schlag ins Wasser erwiesen haben. Das Attentat von Vienne zeigt aber zugleich, dass es falsch ist, wenn man, wie dies die KPF tut, sich bloss darauf beschränkt Forderungen an Salongro zu stellen. Es erweist sich immer mehr als notwendig, dass die Arbeiter selbst den Schutz ihrer Veranstaltungen und Einrichtungen organisieren. Wäre dies in Vienne der Fall gewesen, dann wäre der Bombenattentäter nicht dazu gekommen seinen Anschlag auszuführen. Deshalb müssen wir auch der "Humanité" ganz entschieden widersprechen, die bei der Wiedergabe der Entschliessungen des unterelsässischen Holzarbeiterverbandes offen gegen die Forderung auf Organisation des Selbstschutzes durch die Arbeiter Stellung nimmt.

-o-o-o-o-o-o-o-o-e---

Die Funktionäre des Holzarbeiterverbandes zur Lage:

Gegen die Unternehmeroffensive, für entschlossene Massnahmen gegen den Faschismus und für die Aufhebung der Blokade gegen Spanien.

Am vergangenen Sonntag, den 20. September hielt der Holzarbeiterverband des Bas-Rhin seine erste Funktionärerversammlung nach der Wiedervereinigung ab. Die Versammlung war von über 100 Funktionären besucht, wobei das flache Land, welches vorher nicht erfasst war, allein durch 30 Delegierte aus 17 Ortschaften vertreten war. Kam. R. als Vorsitzender, begrüßte die zahlreich erschienenen Funktionäre und bezeichnete die Tagung als die eigentliche Grundsteinlegung des Holzarbeiterverbandes des Bas-Rhin und als einen wichtigen Akt der Arbeiterbewegung im Allgemeinen.

Über die momentane Situation und die Aufgaben der Gewerkschaften referierte Kam. Sommer als Sekretär. Besondere Aufmerksamkeit widmete er der Frage der Heranbildung geschulter Gewerkschaftler. Ein Syndikat von 2 300 Mitgliedern (vorher 700) braucht gute Militanten. Kam. S. wandte sich besonders an die auswärtigen Delegierten, denen er eine Reihe praktischer Fingerzeige gab, um den an sie heran tretenden Aufgaben gewachsen zu sein.

In der Diskussion zeigten einige Kameraden die Methoden des Unternehmertums auf, die in Stadt u. Land die gleichen sind und die darauf gerichtet sind, die Errungenschaften der Arbeiterklasse zu ignorieren und die getroffenen Abmachungen überhaupt nicht einzuhalten. Die Diskussion offenbarte, dass das Unternehmertum Revanche dafür zu nehmen sucht, dass es auf Grund des Massendrucks zu einigen Zugeständnissen gezwungen wurde und nun den Moment für geeignet hält um zum Gegenschlag auszuholen. Gegenüber der Teuerung und dem Spekulantentum wurden die Massnahmen der Volksfrontregierung als ungenügend gefunden. Eine diesbezügliche Resolution, von unserem Kameraden R. eingebracht, fand einstimmige Billigung. In dieser Resolution wird die Bildung von Preiskontrollausschüssen durch die CGT gefordert.

Im Hinblick auf die gesteigerte faschistische Tätigkeit und die massive Bürgerkriegshetze der Reaktion, die im Anschlag auf den antifaschistischen Prof. Cerf einen sichtbaren Ausdruck fand, und in voller Würdigung der im Elsass vom Comié zur "Verteidigung der bäuerlichen Scholle" betriebenen Organisation von Bürgerkriegsgarden gegen die Arbeiter, forderte die Delegiertenkonferenz das strikte Verbot und die Entwaffnung aller faschistischen Organisationen, sowie die Verhaftung ihrer Führer. Sie erklärte gleichzeitig, in der Bildung des antifaschistischen Selbstschutzes in allen Orten durch die CGT und alle antifaschistischen Parteien, die beste Garantie zur Vorhinderung faschistischer Gewalttätigkeiten in der Zukunft zu erblicken.

Gegenüber der unerhörten verleumderischen Hetze, die die vereinigte Reaktion gegen das heldenmütig kämpfende spanische Proletariat betreibt, stellte sich die Delegiertenkonferenz des Holzarbeiterverbandes restlos an die Seite ihrer

dem Anmarsch seien, dass ihnen ihr Gehört geraubt worden soll, dass die Kommunisten Frankreich gegen Deutschland im Interesse der russischen Bolschewiken in den Krieg treiben, dass sie auf Grund des Vertrages dann in den russischen Eiswüsten für den Bolschewismus sterben sollen usw. Es gibt keine Länge, die diese wackeren Götzenstreiter nicht im Kampfe gegen die Arbeiter vorzeigen; Diese Leute sind zügellos und betätigen sich als ganz gewöhnliche Fürsprecher des Hitler-Imperialismus.

Wir haben hier wiederholt die Aufforderung an die Arbeiterpartei und die CGT gerichtet, auf diese Campagne mit zwei Mitteln zu antworten, Erstens mit einer grosszügigen Agitation auf dem Lande selbst - wozu wir ein entsprechendes Aktionsprogramm vorschlugen - um die Landerbeiter u. Kleinbauern zu veranlassen, sich nicht von den Grafen und Baronen missbrauchen zu lassen. Zweitens durch die Massaktionen für das wirkliche Verbot und die Entfremdung aller fasch. Organisationen, der Verhaftung ihrer Führer, dem Verbot ihrer Presse unter Kontrolle der Organe der Arbeiterschaft und der Bildung des antifaschistischen Selbstschutzes.

Das gilt auch heute noch. Die BFF fordert jetzt in Straßburg die Hinterfragung des Volksfrontkomités. Nun gut. Wer glaubt nicht, dass das eine heuchlerische Entscheidung ist die Aktion der Arbeiterorganisationen und in der Tat die der CGT.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die WEINBAUSEKTION MITTELWEHR Die Spitzen der landwirtschaftlichen Verbände PROTESTANT, haben ihre Organisationen ohne Befragen der Mitglieder dem Aktionskomité für die Verteidigung der als Scholle angeschlossenen. Nachdem sich dieses Comité als ein Rekrutierungsbüro für die fasch-klerikalen Terrorkolonnen gegen die Arbeiter etabliert, kommen den wirklichen Dasein langsam Bedenken. So hat die Weinbausektion Mittelwehr eine Resolution angenommen, in der schärfster Protest dagegen eingelegt wird, dass der als Weinbauverband seine Sektionen ohne vorheriges Befragen seiner Mitglieder einfach dem Comité zur Rekrutierung der Privatarmee der Grafen u. Barone angeschlossen hat. Es gilt überall die Kleinbauern aufzuklären und die Protestbewegung gegen die Grafen und Barone, die die Bauern gegen die Arbeiter aufhetzen wollen und die Söhne der Kleinbauern als Soldaten gegen ihre handstreichig entlassenen Landerbeiter loslassen wollen, zu steigern. Arbeiter u. Kleinbauer müssen zusammen an einem Strick ziehen.

Rossé wird hysterisch. J. Rossé, der Verräter par Excellence, der Oberdomagogo der UPR und Honorarforscher des Alsatia-Vorlages bläst mit beiden Backen die antibolschewistische Posaune, dass man meinen könnte, er wolle nochmals die Mauern von Joricho zum Einstürzen bringen. "Strich unter die Vergangenheit, "Touga Doi" unter allen Kampfgenossen der antibolschewistischen Front u. Konzentration aller Kräfte auf den einen grossen Gegner und das allen gemeinsame hehre Ziel: Aufbau eines glücklichen Elsass und schleunige Abwehr der drohenden Bolschewisierung", so dröhnt es aus dem Blätterwald des Gewähriten von Winzenheim. "Die elfte Stunde ist schon längst vorbei", "es ist für alle Anhänger der Freiheit (die ich, J. Rossé meine!) und Gerechtigkeit, der Ordnung und des Friedens (wozu doch Worte missbraucht werden können!) in unserem Land fünf Minuten vor Zwölf. Die Verhältnisse haben sich so entwickelt und spitzen sich mit einer solchen dramatischen Schnelligkeit zu, dass die Stunde der Entscheidung jeden Augenblick schlagen kann, so lässt sich der Gewaltige des Alsatia-Vorlages vernehmen. Der Grund für dieses Geschrei: man will den Bauer in die Terrorkolonnen des Grafen Andlau jagen. Und die Antwort: man muss mit diesem Spuk aufräumen!

AUSWEISUNG AUSLÄNDISCHER ARBEITER Wir haben bereits über die Ausweisung aus-
WEGEN CGT-BETÄTIGUNG, ländischer Arbeiter wegen Betätigung im Sinne der CGT im Reiche des Herrn Wendel berichtet. Die Demarche die der komm. Député Daul unternahm ist resultatlos verlaufen. Salengro folgt den Eingebungen seines Präfekten, der ein Agent de Wendels ist und missachtet die Demarchen der CGT und die Eingaben von über 1000 Volksfrontwählern für diese Arbeiter. Die "Humanité" sucht Herrn Salengro zu entlasten und die alleinige Verantwortung für diese unerhörten Massnahme dem Präfekten aufzuhängen. Das zieht nicht. Salengro ist von den verschiedensten Seiten und nunmehr sogar durch einen Brief der SFIO des Monelle darauf aufmerksam gemacht worden, dass die von der Ausweisung betroffenen Arbeiter einem Racheakt des Patronats und des mit ihm verbündeten Präfekten ausgesetzt sind. Salengro weiss dies. Warum antwortet die CGT auf diesen Angriff auf das Koalitionsrecht nicht, wie es sich gebührt, wenn diese Massnahme geeignet ist, das Vertrauen der Arbeiter zur CGT zu erschüttern?

Verantwortlich: HEILE HIRTZEL.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO)

40/III. JAHRGANG.

ERSTE OKTOBERWOCHE 1936.

Zur Lage:

DIE FRANKENABWERTUNG
oooooooooooooooooooooooooooo

Die Schuldigen:

Die Regierung Blum und die Rechtsparteien suchen sich jetzt gegenseitig die Schuld an der Frankenabwertung zuzuschreiben. Die Regierung Blum behauptet, sie sei für die Devaluation nicht verantwortlich, sie sei lediglich durch die Finanzpolitik der vorhergehenden Regierung u. durch die Kapitalflucht dazu gezwungen worden. Die Faschisten und Faschistenfreunde auf der Rechten versuchen dagegen, durch demagogische Manöver die durch die Devaluation betroffenen Massen der Arbeiter u. kleinen Sparer für sich zu gewinnen, indem sie erklären, die Regierung Blum habe dadurch, dass sie nicht genügend energisch gegen Streiks u. Betriebsbesetzungen vorgehe, die bis dahin sichere Frankenvährung ruiniert. Diese Versuche, sich reinzuwaschen, sind auf beiden Seiten gleich verlogen. Natürlich ist es richtig, dass die Deflationspolitik der früheren Regierungen die Frankenvährung unterhöhlt hat. Diese Deflationspolitik hatte trotz allen Rodensarten, mit denen sie begründet wurde, das Defizit im Staatsbudget nicht beseitigt, sondern im Gegenteil immer mehr vergrößert. Die Lage des Franken war schon seit langem präkär u. schon seit der Julikrise des vorigen Jahres, d. h. seit dem Sturz der Regierung Flandin Boulisson hielten die internationalen Finanzkreise die Frankenabwertung für unvermeidlich. Wenn die Bourgeoisie damals noch nicht zur Devaluation schritt, sondern erst einmal Laval mit seinen Hungerdekreten den Franken "verteidigen" liess, so deswegen, weil das französische Grosskapital, die Banken u. Grossindustriellen, noch einige Zeit brauchten, um sich auf eine Frankenabwertung einzustellen. Lavals Aufgabe war es nicht so sehr, den Franken zu schützen, als einen Raubzug gegen die Werktätigen zu unternehmen u. dem Grosskapital die Möglichkeit zu geben, alle Verkehren zu treffen, damit eine Devaluation nicht die reichen Spekulanten, sondern nur die Masse der Werktätigen treffe. Aber deswegen hat die Regierung Blum noch keineswegs das Recht, sich als die blütenweisse Unschuld hinzustellen. Wir haben schon s. Zt. darauf hingewiesen, dass die Regierung Blum in ihrer Finanzpolitik die Methode ihres Vorgängers fortsetzte, die darin bestand, mit Phrasen über die Erhaltung der Stabilität des Franken faktisch die Voraussetzungen für den Frankensturz zu schaffen. Nicht dadurch hat die Regierung Blum sich am Frankensturz schuldig gemacht, dass sie bisher nicht, wie das die Faschisten und ihre Freunde verlangen, gegen Streiks- und Betriebsbesetzungen mit Waffengewalt vorgegangen ist (dabei hat sie übrigens unter dem Druck der Kapitalistenklasse, die in diesem Punkte von de la Rocque bis Daladier einig ist, stets gegen Betriebsbesetzungen Stellung genommen und sie als illegal bezeichnet); es sind auch nicht, wie das die faschistischen Demagogen erzählen, die von der Regierung Blum unter dem Druck der Massen angenommenen Sozialgesetze, die den Franken erschüttert haben. Was man der Regierung Blum vorwerfen kann u. vorwerfen muss, das ist, dass sie in ihrer Finanzpolitik nie daran gedacht hat, eine Bresche in die Mauer des Geldes zu schlagen u. die Reichen zu veranlassen, mit ihren Schätzen herauszurücken. Die Regierung Blum hat sich geschaut, den Franken durch eine Belastung des Kapitals zu sichern, weil sie eine bürgerliche Regierung ist u. weil ihre kapitalistischen Partner, die Radikalen, von vornherein erklärt haben, dass für sie die Volksfront da aufhöre, wo es beginne, für die Geldschränke der Reichen gefährlich zu werden.

Die Regierung Blum behauptet jetzt, die Devaluation sei nicht auf die Bedürfnisse der Staatskasse, sondern lediglich auf die Kapitalflucht zurückzuführen. Um die Staatskasse z. füllen, brauchte man allerdings keine Frankenabwertung, wenn man entschlossen wäre, die Kapitalisten zu belasten und ihre

Steuerdefraudationen zu ahnen. So aber weist das Budget nachwievor ein Defizit auf, die Regierung lebte dank Krediten der Bank von Frankreich von der Hand in den Mund, die grossausposaunte Auriol'sche Anleihe brachte & statt 10 Milliarden ein, d. h. sie war ein glatter Mässonerfolg. Und es bleibt deshalb eine Tatsache, dass die Regierung Blum, nachdem alle Deflationsexperimente in Frankreich misglückt sind, zu der anderen kapitalistischen Methode, die Staatsausgaben auf Kosten der Werktätigen herabzusetzen u. so die Lage der Staatskasse zu erleichtern, gegriffen hat, nämlich zur Währungsabwertung. Was die Hinweisse auf die Kapitalflucht anbelangt, so treffen sie die Regierung Blum selber, die nichts getan hat, um den kapitalistischen Spekulantem wirklich das Handwerk zu legen. Es zeigt sich, dass die ganzen Auriol'schen Massnahmen gegen die Kapitalflucht ebenso ernst gemeint wie ernst angewandt wurden.

Das Doppelspiel der Regierung.

Die Regierung Blum hat es übrigens selbst bestätigt, dass sie von Anfang an nie ernst beabsichtigt hatte, den Franken zu verteidigen. Sie hat jetzt mitgeteilt, dass sie seit 3 Monaten, d. h. seit ihrem Amtsantritt, mit England und Amerika über eine "Angleichung" der Währungen verhandelt habe. Die Regierung Blum hat also ein bewusstes Doppelspiel getrieben. Besonders verwerflich ist es, dass die Regierung zu einer Zeit, da die grossen Banken u. die grossen Kapitalisten überhaupt sich hüteten, die Auriol'sche Anleihe zu zeichnen, weil sie wussten, was gespielt wird, die Arbeiter u. die Arbeiterorganisationen unter falschen Verspiegelungen veranlasste, ihre Proletariatsgroschen für diese Anleihe hinzugeben. Die Regierung verspricht zwar den Zeichnern der Auriol'schen Anleihe besondere Vergünstigungen, aber es ist noch abzuwarten, ob diese neuen Versprechungen mehr wert sind als die alten, die nicht gehalten werden sind.

Der Sinn des Abkommens mit England u. Amerika.

Die Regierung Blum macht eine grosse Koklamme mit dem sogenannten Abkommen, das sie mit England u. den Vereinigten Staaten abgeschlossen hat. Es wäre übertrieben zu behaupten, dieses Abkommen habe überhaupt keine praktische Bedeutung u. sei lediglich eine Sammlung wohlklingender Phrasen. Aber soweit dieses Abkommen od. diese gemeinsame Erklärung praktischen Wert hat, ist dies im Interesse des französischen u. internationalen Kapitals, nicht aber der Werktätigen Frankreichs. Dieses Abkommen bedeutet, dass das englische u. das amerikanische Kapital mit dem französischen zusammenarbeiten und ihm eventuell auch unter die Arme greifen werden unter der selbstverständlichen und deshalb auch in der gemeinsamen Erklärung nicht weiter ausgeführten Voraussetzung, dass Frankreich die nötigen Rücksichten auf die Interessen der kapitalistischen Weltwirtschaft im allgemeinen u. des britischen u. des amerikanischen Kapitals im besonderen nimmt. Wenn z. B. ausländisches Kapital nach Frankreich strömen soll, so wird es verlangen, dass ihm entsprechende Profitmöglichkeiten auf Kosten der französischen Werktätigen gewährt u. gesichert werden. Die von der Regierung Blum in ihrem Abkommen mit England u. Amerika eingeschlagene Politik zielt darauf ab, zu erreichen, dass die französische Bourgeoisie an dem in England u. in den Vereinigten Staaten zu beobachtenden Konjunkturaufschwung teilnimmt u. zwar auf Kosten der Werktätigen Frankreichs. Denn es bleibt eine Tatsache, dass die Devaluation eine automatische Senkung der Löhne u. Gehälter und eine automatische Konfiskation eines Teils der Guthaben der kleinen Sparer bedeutet.

Die Gewinner der Devaluation.

Die Gewinner der Devaluation sind die Grosskapitalisten, sind die "200 Familien". Die Banken haben sich, wie erwähnt schon seit langem auf die Frankenabwertung eingerichtet u. können jetzt die Gewinne aus ihrer Spekulation gegen den Franken einheimsen. Die Industriellen erhoffen eine Erhöhung ihrer Exportmöglichkeiten.

Die Werktätigen und die Devaluation.

Den Werktätigen versucht man jetzt einzurädeln, dass die Frankenabwertung nicht notwendigerweise eine Senkung ihrer Kaufkraft zur Folge haben müsse, denn es sei keineswegs ausgemacht, dass die Preise auf dem inneren Markt in der gleichen Relation steigen müssten, wie der Franken entwertet sei. Das ist ein durch u. durch verlogenere Gerede. Selbst wenn die Preise heute um keinen Sou mehr stiegen (dabei muss aber erwartet werden, dass sie noch weiter stei-

gen), selbst in dem Falle müssten die Werktätigen die Lasten der Devaluation in einer Minderung ihrer Kaufkraft tragen. Denn in Erwartung der Devaluation haben die französischen Kapitalisten in den letzten Wochen die Entwertung des Franken bereits im Voraus durch Preissteigerungen einkalkuliert. Die Regierung Blum hat, obwohl sie sich formell gegen den Preiswucher wandte, in der Praxis, insbesondere durch ihre auf Grossagrarien u. Grossbauern zugeschnittene Agrarpolitik, an dieser Preishausse kräftig mitgewirkt. Durch diese andauernden Preissteigerungen sind die Lohnerhöhungen vom Juni zu einem grossen Teil zunichte gemacht worden. Dass aber die Kapitalisten angesichts des im Vergleich zu den anderen Ländern sehr hohen französischen Preisniveaus wagten u. wagen konnten, die Lohnerhöhungen von sich abzuwälzen, lässt sich nur so erklären, dass sie ahnten u. wahrscheinlich, soweit es das Grosskapital anbelangt, auch wussten, dass die Devaluation bald komme. Und dass jetzt ein weiteres Anziehen der Preise zu erwarten ist, geht schon daraus hervor, dass die Regierung es für notwendig erachtet, den Massen Sicherungen zum Schutze ihrer Kaufkraft zu versprechen.

Die Regierung hat inzwischen bereits einen Teil ihrer Versprechungen zurückgenommen, denn die Kapitalisten verlangen ihrerseits Sicherheiten dafür, dass ihnen die Gewinne, die sie infolge der Frankendwertung auf Kosten der Massen zu machen hoffen, nicht geschmälert werden. Die gleitende Lohnskala ist schon unter dem Druck der vereinigten Unternehmerfront, einschliesslich der Radikalen, begraben worden. Der Senat beabsichtigt bei den Bedingungen gegen die Goldspekulanten eine Ausnahme zugunsten derjenigen zu machen, die, wie z. B. Bankiers, "berufsmässig" mit Gold handeln, also zugunsten der berufsmässigen Spekulanten. Ferner hat Blum ebenfalls unter dem Druck der vereinigten Kapitalistenfront von den Paschisten bis zu den Radikalen neue Drohungen gegen Streiks und Betriebsbesetzungen ausgesprochen u. die Zwangsschlichtung, d. h. die gesetzliche Einschränkung des Streikrechts angekündigt.

Von den ganzen Sicherungsmassnahmen zugunsten der Kaufkraft der Werktätigen bleibt nur noch das Recht der Regierung, mit Dekreten gegen "ungerechtfertigte" Preissteigerungen vorzugehen. Bekanntlich haben die Behörden schon bisher den Wucher in der Weise bekämpft, dass sie ab u. zu einen kleinen Krümer bestrafte, aber sonst feststellten, dass die Preistreiberien der grossen Kapitalisten "gerechtfertigt" seien.

Die Haltung der Arbeiterorganisationen.

Die Faschisten und ihre Freunde versuchen, sich jetzt als die Verteidiger der Opfer der Devaluation aufzuspielen. Das ist weiter nichts als schmutzige Demagogie, denn in Wirklichkeit sind die Faschisten und ihre grosskapitalistischen Hintermänner nicht gegen die Devaluation, sondern bloss dagegen, dass die Arbeiter sich durch Streiks u. Betriebsbesetzungen gegen die Schmälerung ihrer Kaufkraft wehren. Aber dieses demagogische Manöver der Faschisten wird dadurch entlarvt, dass die Arbeiterorganisationen Frankreichs sich alle faktisch für die Frankendwertung einsetzen u. die Verantwortung dafür übernehmen. So hat die KPF in der Kammer für die Devaluationsgesetze gestimmt - um der Volksfront willen. Ebenso wie in der spanischen Frage ist die KPF-Führung auch in der Währungsfrage gezwungen, zu erklären, dass die Politik der Regierung Blum den Interessen der Werktätigen widerspräche. Gibt es einen besseren Beweis dafür, dass die Politik der Regierung Blum und damit die Volksfrontpolitik den Klasseninteressen des Proletariats und aller Werktätigen zuwiderläuft?

Die Arbeiter müssen dazu rüsten, die Auswirkungen der Devaluation mit ausserparlamentarischen Mitteln zu bekämpfen. Sie dürfen sich ihre Kampfmittel, Streik- und Betriebsbesetzung, nicht rauben oder durch ein Zwangsschlichtungsverfahren einschränken lassen. Sie dürfen sich auch über die sogenannte gleitende Lohnskala, die bestenfalls eine verspätete Anpassung der Löhne an die Preise bringt, keine Illusionen machen, sondern müssen auf ~~den~~ die Kontrolle der Produktion u. der Preise durch Organe der Werktätigen Kurs nehmen, weil nur so die kapitalistische Spekulation und ihre Folgen wirksam u. konsequent unterbunden werden können.

Tagung des Nationalkomitees der CGT:

GEGEN DIE IMPULSIVITÄT DER MASSES.

Die letzte Tagung des konföderalen Nationalkomitees der CGT beschäftigte sich

mit der erneut aufgetretenen Streikbewegung der Arbeiter, die eine Antwort auf die vom Unternehmertum nach Abschluss der Matignon-Abkommen eingeleitete Kapitaloffensive ist. Die Arbeiter haben durch die neuerlichen Betriebsbesetzungen in den verschiedensten Teilen des Landes klar zum Ausdruck gebracht, dass sie nicht daran denken sich der Offensive des Unternehmertums zu beugen, dass sie nicht dulden, dass die Ergebnisse der Juni-Bewegung zurück gemacht werden. Das Unternehmertum hat die Wirkungen seiner Offensive als den Beginn der Sowjetisierung der Betriebe bezeichnet und beim radikalsozialistischen Teil der Volksfront und ihrer Regierung Gehör und Unterstützung gegen die Arbeiter gefunden. Die radikalsozialistischen Minister haben sich zum Mundstück der Unternehmerforderungen gemacht und der Arbeiterklasse gedroht, dass die Fortsetzung der Betriebsbesetzungen und Streiks durch die Arbeiter von ihnen gegebenenfalls mit dem Austritt aus der Regierung beantwortet wird. Die Minister der SFIO haben dem Druck der Radikalen nachgegeben und deren Drohung mit dem Rücktritt ihrerseits an die Arbeiterklasse weitergegeben.

Zu dieser Lage hatte die CGT-Führung Stellung zu nehmen. Wie hat sie darauf reagiert?

Die CGT-Führung ist im wesentlichen vor den Drohungen zurückgewichen und hat sie in abgeschwächter Form an die Arbeiterklasse weitergegeben. Sie hat die Arbeiterschaft vor der Fortsetzung ihrer Aktion gegen die Unternehmeroffensive gewarnt, da die Fortsetzung ihrer Aktion die Gefahr des Sturzes der Volksfrontregierung einschliesse.

Die gesamte Tagung der CGT drehte sich daher um die Frage, wie man die "Impulsivität der Massen", wie Jouhaux sich ausdrückte, überwinden, wie man die Massen daran hindern kann, sich sofort volle Genugtuung für ihre Forderungen zu verschaffen, wie man verhindern kann, dass "dunkle Elemente (dixit Jouhaux!) in den Betrieben diese Impulsivität der Massen ausnutzen können.

Frachon, einer der ehemaligen Führer der CGTU drückte den Wunsch aus, "dass der Arbeiterschaft klar gezeigt werde welches Manöver des Unternehmertums gegenwärtig versucht, damit sie begreife, weshalb man von ihr Ruhe fordere". Diese Haltung Frachons besagt nicht mehr und nicht weniger, als dass die Arbeiterschaft im vermeintlichen Interesse des Zusammenhalts mit den "Mittelstandsklassen" darauf verzichten soll, gegen die Unternehmeroffensive jene Mittel anzuwenden, denen sie ihre Erfolge im Juni verdankte. Die Befolgung der Frachonschen Mahnung hiesse, dass die Arbeiter die Angriffe des Unternehmertums unbeantwortet über sich ergehen lassen, die den Zweck verfolgen, die Ergebnisse der Juni-Bewegung zu umgehen und aufzuheben.

Dumoulin verlangte auf der Tagung offen, dass man die Parole ausbebe, kein Streik auszulösen, aber im Inneren des Betriebes die Respektierung der Abkommen zu sichern. Er sprach sogar vom Unverstand der Massen, durch den die Gefahr des Sturzes der Volksfrontregierung heraufbeschworen wurde. Jeder Arbeiter weiss, dass die Respektierung der Abkommen durch die Unternehmer erforderlich ist, dass die Arbeiter auf die Waffe des Streiks und der Betriebsbesetzung nicht verzichten dürfen.

Auch gegen die hervorragende Rolle der Betriebsdelegierten wurde auf der Konferenz der CGT von einem Vertreter Stellung genommen und verlangt, dass den Vertretern der Syndikate (also doch wohl den Sekretären) allein das Recht zusteht, die Verhandlungen zu führen und die Forderungen zu stellen.

Jouhaux forderte in seinem Referat, dass alles getan werden müsse, um dem Panikfeldzug entgegenzutreten, der die Absicht verfolgt die Volksfrontregierung zu stürzen und sie durch ein Konzentrationskabinet zu ersetzen. Nach seiner Ansicht gibt es dafür nur ein Mittel, sowohl um die Stabilität "unserer" Wirtschaft wieder zu erlangen, als auch die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren. Dieses Mittel ist nach Jouhaux die Erhaltung der Volksfront.

Die Beschlüsse der CGT.

Wir feststellen: die Aufgabe die hier Jouhaux der CGT stellt, ist auf die Dauer unlösbar.

Die CGT wird entweder die Interessen der Arbeiter wahren und dann muss sie

der Offensive des Kapitals mit den Mitteln entgegenzutreten, die heute die Arbeiter anwenden. Dann werden die Kapitalisten ihre Panikkampagne fortsetzen und die Radikalen als Vertreter kapitalistischer Interessen werden dagegen aufbegehren.

Oder die CGT wird unter dem Hinweis auf die Gefahr des Sturzes der Regierung die Verteidigung der Interessen der Arbeiter gegenüber der Kapitaloffensive dem Interesse der "Stabilität" der Wirtschaft unterordnen, d. h. auf die Anwendung des Mittels verzichten müssen, mit dessen Hilfe die Arbeiter im Kapitalismus beständig den Preis ihrer Waren Arbeitskraft in Übereinstimmung mit ihren Ansprüchen bringen müssen, wollen sie nicht zu einer Herde rechtloser Hungerleider herabgedrückt werden. Dies würde die CGT automatisch auf den Weg einer wirtschaftsfriedlichen Organisation zwingen, auf den Weg der Zusammenarbeit mit dem Kapital im Rahmen der "Stabilität" der kapitalistischen Wirtschaft.

Der zuletzt genannte Weg müsste zur Enttäuschung der Arbeiter führen und den Faschismus begünstigen, wenn dieser sich mit dem Werkzeug sozialer Demagogie und der antikapitalistischen Phrase vertraut macht.

Wenn es nach der Leitung der CGT gehen würde, dann könnte man befürchten, dass die CGT den letzteren Weg gehen wird.

Das Nationalkomitee der CGT erklärt in seiner angenommenen Resolution, dass sie bei Anwendung der sozialen Gesetze, der Respektierung der Kollektivabkommen und der Syndikatsfreiheit, alle Anstrengungen unternommen wird, um an der "Wiederaufrichtung der nationalen Wirtschaftslage" (Wirtschaftsfrieden!) mitzuarbeiten.

Um dies zu ermöglichen, stimmte das Nationalkomitee den Vorschlägen seiner Vertreter zu, die unter bestimmten Bedingungen und auf gesetzlichen Boden bis zum Schiedsgericht gehen könnten. Hier handelt es sich, nach allem was bisher über das von der Regierung geplante obligatorische Schiedsverfahren bekannt geworden ist, um das staatliche Zwangsschiedsverfahren, zu dem wir unsere Haltung bereits in der vorausgegangenen Nummer präzisiert haben.

Im Geiste des Wirtschaftsfriedens, dem die CGT im Interesse der Koalitionsregierung Blum huldigt, schlägt das Nationalkomitee als Garantie für die Kontinuität der Kaufkraft der Arbeiterschaft die Einführung der gleitenden Lohnskala vor, also die vertragliche oder gesetzliche Anpassung der Löhne an die jeweiligen Preise. Wir wollen uns an dieser Stelle mit den Vor- und Nachteilen der gleitenden Lohnskala beschäftigen. Wir verweisen nur darauf, dass die Regierung unter dem Druck des französischen Unternehmerverbandes, zu deren Sprachrohr sich die Radikalen innerhalb der Volksfront machten, die als Schutzmaßnahme der Arbeiterschaft gedachte gleitende Lohnskala aus ihrem Abwärtungsprojekt herausgenommen hat.

Das Nationalkomitee der CGT fordert in seiner Resolution auch die strikteste Gewerkschaftsdisziplin und verweist die Führung von Aktionen an die Adresse der Syndikate, Unions und Föderationen, während den Betriebsdelegierten die Rolle eines blossen Fürsprechers der Arbeiter bei den Betriebsleitungen zugedacht wird. Hier besteht offensichtlich die Absicht die Rechte der unteren Vertrauensmänner der CGT zu beschränken, ihre bisher hervorragende Rolle bei der Führung der Aktionen und ihrer Auslösung zu verstümmeln.

Die organisierten Arbeiter müssen der Entwicklung, die die Führung der CGT anstrebt und die auf eine Behinderung der selbstständigen Aktion der Betriebsarbeiterschaft und des Streikrechts hinausläuft, ihren Widerstand entgegenzusetzen. Für die Arbeiter muss die Parole lauten: wir lassen uns das Streikrecht und der Betriebsbesetzung weder nehmen noch einschränken, denn die Aktion ist das beste und wirksamste Mittel zur Brechung der Unternehmeroffensive.

Wenn die Aufrechterhaltung der Volksfrontregierung die Preisgabe dieser Kampfmittel erfordert, dann muss die Arbeiterschaft eben den Bruch mit den Radikalen in Kauf nehmen, und gestützt auf die proletarische Einheitsfront und die Macht der CGT den Kampf um eine wirkliche Arbeiterregierung aufnehmen und sich zu diesem Zwecke mit allen werktätigen ~~Schichten~~ nichtproletarischen Schichten in den Form von Klassenorganen verbinden.

Organisiert den antifaschistischen Massenselbstschutz:

RASCHE, SCHONUNGSLOSE AKTION GEGEN DEN FASCHISMUS.
oo

In den letzten Tagen u. Wochen ist auffallend viel die Rede gewesen von einem Staatsstreich der Faschisten, der für diesen Monat geplant sein soll. Die Chefs der verbotenen Ligen reisen im Lande umher und referieren unbehelligt über den Bürgerkrieg. In grossen Lettern stellen die faschistischen Zeitungen die gleiche Fiktion dar. Faschistische Überfälle auf Arbeiter und bekannte Führer des Front-populaire kommentieren mit der üblichen Methodik die Bürgerkriegspropaganda. Vaillant-Couturier schreibt darüber in der "Humanité": dass die spanischen Rebellen ihre Erfolge davon abhängig machen, wie der für den Monat Oktober in Französisch-Nordafrika u. in Paris geplante faschistische Putsch sich abspielen würde. Die Rebellen erklären, dass derselbe viel besser vorbereitet sei, als der ihrige in Spanien. Das Ziel des Putsches soll die Vernichtung der "marxistischen Pest" sein, in allen ans Mittelmeer grenzenden Ländern, als ein Symptom sei der gegenwärtige Aufenthalt des faschistischen Deputé Ybarnégaray bei den spanischen Rebellen zu werten. Diese Reise soll im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Staatsstreichs in Frankreich unternommen worden sein.

Auch de la Rocque soll reisen. Die "Humanité" bestätigte, dass er, unter dem falschen Namen Gruty, nach Algerien geflogen sei. Von zahlreichen Meldungen ähnlichen Inhalts sind zwei als symptomatisch anzusehen. Nach der einen ist Laval befragt worden, welche Deputés des Front-populaire faschistischen Bestechungen zugänglich wären? In der anderen wird verlautbar, dass am 6. Sept. in Paris eine geheime Besprechung aller Regionalleiter der verbotenen Ligen mit den Vertretern der Handwerkskammer und einigen Generalen stattgefunden habe. De la Rocque verlangte dort u. a. Perforierung der Unternehmersabotage, Streikprovokationen, Anschaffung aller möglichen Waffen durch die Ligen und entsprechende Ausnützung der neuen Lohnkonflikte im faschistischen Sinne.

Wir geben diese Meldungen mit Vorbehalt wieder, Eins aber ist offensichtlich: die Vorbereitungen zum faschistischen Aufstand sind in vollem Gange.

Aus allen Departements wird eine fieberhafte Tätigkeit der faschistischen Kräfte berichtet. Über Elsass-Lothringen ist hier bereits das notwendige gesagt. Aber auch in den anderen Departements wird von einem steigenden Einfluss der faschistischen Demagogie im Kleinbürgertum und unter den Bauern berichtet. Aus La Roche sur Yon wird uns von einem grossen faschistischen Demonstration berichtet, an der die Vendée und die westlichen Departements teilnahmen. Die Faschisten wurden auf 30 - 40 000 Mann geschätzt. Bezeichnend war die zahlreiche Anteilnahme der Vertreter des Klerus. In einem Bericht aus einem südfranzösischen Departement wird hervorgehoben, dass sich die bäuerliche Bevölkerung in steigendem Masse damit beschäftigt ihre Waffen in Ordnung zu bringen.

Vier Monate seit Bildung der Volksfrontregierung und ebensoviel Monate nach dem gesetzlichen Verbot der faschistischen Ligen, leisten diese eine eifrige und umfassende Minierarbeit, legal und illegal. Das Verbot hat den Ligen kein Haar gekrümmt, wie es sich jetzt drastisch zeigt: Sie haben lediglich vor ihren militärischen Organisationen und Waffenarsenalen ein anderes Firmenschild stellen brauchen, damit sie von der Regierung Blum mit allem Respekt behandelt werden. Das Ligengesetz veranlasste ohnedies den Faschismus eine Umgruppierung seiner Kräfte vorzunehmen. Den ausschliesslich militärisch eingespielten Formationen ist eine politische Partei vorangestellt worden: die "Parti social Français", deren politisches Glaubensbekenntnis sich in dem Ruf erschöpft: "De la Rocque a Maison!"

Man darf nicht die spanischen Fehler wiederholen.

Unter diesen Zusammenhängen muss man die gegenwärtige faschistische Organisation des Bürgerkriegs betrachten. Die französischen Arbeiter dürfen nicht in den Fehler ihrer spanischen Brüder verfallen, die leider reichlich spät selbstständige Schritte zur Niederschlagung des Faschismus unternommen haben. Wie seinerzeit in Spanien, hat auch hier, in Frankreich, der gut organisierte Widerstand der Faschisten Mittel u. Wege gefunden, um sich raschestens zu reorganisieren, "und man muss sagen, dass die Politik der Regierung ihm die notwendige Zeit gelassen hat". (P. Nizán: Geheimnisse Spaniens).

Wir haben mit grossem Bedauern erfahren, dass Gen. Maurin den Kugeln der faschistischen Banditen zum Opfer gefallen ist. Wir drücken Euch und den Mitgliedern der POUM unser herzlichstes Beileid aus.

Wir haben in Gen. Maurin bei allen Differenzen in einzelnen Fragen einen der wörtvollsten Kräfte der spanischen und der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung schätzen gelernt. Sein Tod ist ein schwerer Verlust nicht nur für die POUM, sondern für die Sache der proletarischen Revolution in Spanien und für die Sache der Weltrevolution. Wir fühlen mit Euch die volle Schwere dieses Verlustes. Wir hoffen u. wünschen, dass die POUM auch trotz dieses schweren Verlustes in der Lage sein wird, die führende Rolle, die sie heute im spanischen Bürgerkrieg u. im Kampfe der spanischen Arbeiterklasse ausübt, auch weiter und in immer volleren Masse auszuüben fähig ist.

-o-o-o-o-o-

Reichskonferenz der KP-O Amerikas.

=====
=====

Das Nationalkomitee der Komm. Partei (Opposition) Amerikas führte Anfang September in New-York eine Reichskonferenz der Gruppe durch. Auf dieser Tagung waren Delegierte aus allen Gruppen der Vereinigten Staaten bis zur Westküste vertreten, ausserdem Vertreter der wichtigsten Gewerkschaften, aus der Autoindustrie, der Stahlindustrie, dem Bergbau und der Bekleidungsindustrie. Die Konferenz nahm zu allen aktuellen Problemen der Arbeiterbewegung, zur Präsidentenwahlkampagne, zur Krise in der Gewerkschaftsbewegung und zur Frage der amerikanischen Labor-Party auf Grund von ausführlichen Referaten der Gen. L. C. Stone und Herberg Stellung. Zur Frage des Verhältnisses zur KI und vor allem Dingen zur Kriegsfrage wurde beschlossen eine dreimonatige Diskussion durchzuführen und diese Diskussion auf dem National-Parteitag Ende des Jahres abzuschliessen.

Zur Präsidentenwahl wurde beschlossen für den Kandidaten der KP zu stimmen und zwar unter der Losung "wählt kommunistisch, wählt Sichel u. Hammer". Gleichzeitig wird von der Gruppe die Wahlkampagne ausgenutzt, um sich kritisch mit dem opportunistischen Wahlprogramm der offiziellen KP auseinanderzusetzen u. ein positives Programm mit kommunistischen Forderungen während der Wahl zu propagieren. Die Konferenz beschloss ihre Verbundenheit mit der kämpfenden spanischen Arbeiterschaft und mit der revolutionären Politik des POUM dadurch zum Ausdruck zu bringen, dass sie 100 Dollar dem POUM überwies. Zur Verteidigung von Moonoy und Billings wurde eine Sammlung von 300 Dollar von der Gruppe eingeleitet.

-o-o-o-o-o-o-o-

DIE KALIBERARBEITER FORDERN AUFLÖSUNG Die Kalibergarbeiter des oberen Kader-Organisation "TERRE D'ALSACE". Mitglieder haben sich in einer von Tausend Personen besuchten Versammlung mit der neuesten faschistischen Offensiv beschäftigt. In einer einstimmig angenommenen Resolution fordern sie u. a. die Auflösung der Organisation "Terre d'Alsace", die Verhaftung ihrer Gründer und Führer, sowie Haussuchung bei den schon gebildeten Gruppen u. Beschlagnahme der Waffen.

Wir glauben nicht, dass die Volksfrontregierung dem Apell ihrer Anhänger folgen wird. Dazu ist ein weit stärkerer Druck der Arbeiter nötig und der entschlossene Wille auch aus eigenem zu handeln, wozu in erster Linie der Selbstschutz der Arbeiter gehört.

GEGEN DIE UNTERNEHMER-SABOTAGE. Die Direktion der Weberei Haussmann in Breitenbach glaubte beim letzten Tag den abgeschlossenen Kollektivvertrag umgehen zu müssen, indem sie die alten Löhne auszahlte. Angeknüpfte Verhandlungen verliefen ergebnislos, worauf die Belegschaft in den Streik trat und den Betrieb besetzte. Darauf fand sich die Direktion bereit die Lohndifferenz bis zu einem vereinbarten Termin nachzuzahlen. Darauf wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

In die Giesserei Haren-Wintzenheim sind am Dienstag die Arbeiter in den Streik getreten. Grund dafür ist die systematische Umgehung des Lohnabkommens vom 11. Juni durch die Betriebsleitung, indem sie die Akkordsätze um den Betrag der zugestanden Lohnhöhung senkte und auf diese Weise die formell zugestandene Lohnhöhung wieder rückgängig machte. Dazu kamen noch einige andere Schikanen.

NACH DER DEVALVATION.
oooooooooooooooooooooooooooo

Die Frankenabwertung hat gezeigt, dass die Regierung der Volksfront nicht, wie sie das versprochen hatte, das Grosskapital zur Reize bringt, sondern dass sie im Gegenteil die Gefangenen der Grossbanken, der Grossindustrie etc. ist. Die Beratung der Devaluationsgesetze in Kammer u. Senat u. der Inhalt dieser Gesetze unterstreichen diese Tatsache ganz ausdrücklich.

Wenn auch die Lage der Staatskasse durch die Devaluation vorübergehend erleichtert worden ist, so ist die Regierung damit noch keineswegs endgültig aus ihrer Geldklamme heraus u. das Defizit des Budgets ist noch nicht beseitigt. Von dem Betrag, der durch die Aufwertung des Goldschatzes der Bank von Frankreich entsteht, erhält die Regierung keinen baren Sou, denn dieser Betrag dient dazu, einen Währungsausgleichsfonds zu schaffen, bzw. zur Abzahlung der Vorschüsse, die die Bank von Frankreich der Regierung gewährt hatte. Die Grossbourgeoisie hat es nachwievor in der Hand, die Finanzschwierigkeiten der Regierung zu politischen Erpressungsmanövern auszunutzen. Daran wird auch die neue Zusammensetzung der Direktion der Bank von Frankreich nicht viel ändern. Erstens ist auch in der neuen Leitung der Bank der grosskapitalistische Einfluss gesichert, und zweitens haben gerade die letzten Tage gezeigt, dass die Herren Senatoren es ebenso gut wie die früheren Regenten der Bank von Frankreich verstehen, eine Regierung unter Druck zu setzen, um zu erreichen, dass ~~die~~ in der Finanzpolitik die Forderungen des Kapitals berücksichtigt werden.

Die Bourgeoisie u. die Devaluation.

Die Stellung der Bourgeoisie zur Devaluation ist von dem Bestreben diktiert, keine Schmälerung der Gewinne zuzulassen, die sie auf Grund der Frankenabwertung zu machen hofft, u. darüber hinaus den schweren Schlag gegen die Interessen der Werktätigen, den die Herabsetzung des Frankenwertes darstellt, zu weiteren Vorstössen im Sinne der kapitalistischen Reaktion auszunutzen. In dieser Hinsicht ist sich die gesamte Bourgeoisie von den Radikalen bis zu den Faschisten, von den radikalen Ministern u. Senatoren bis zu de la Rocque und Dorriot einig. Sie alle treten dagegen auf, dass der Reallohn der Arbeiter wirksam gegen Preissteigerungen geschützt werde; sie alle wettren gegen Streik u. Betriebsbesetzungen; das gemeinsame kapitalistische Klasseninteresse, das gemeinsame Bestreben, die kapitalistischen Profite zu wahren u. zu mehren, ist stärker als die Differenzen in bezug auf bürgerliche Demokratie u. Faschismus, die im Lager der französischen Bourgeoisie bestehen.

Natürlich treten die verschiedenen Parteien der Bourgeoisie verschieden auf. Die radikalen Senatoren stimmen der Devaluation mit saurer Miene zu. Die Faschisten verlegen sich auf die soziale Demagogie u. suchen die Enttäuschung der Massen über die Frankenabwertung auszuschlachten, um in die Reihen der Werktätigen Einfluss zu gewinnen.

Das Grosskapital aber, das sowohl die Politik der Radikalsozialisten beeinflusst als auch die faschistischen Banden bezahlt u. lenkt, lässt sich durch heuchlerische Klagelieder über die Devaluation nicht in seinem Devaluationsgeschäft stören, wie das die "feste" Stimmung beweist, die an der Börse herrscht.

Die Tragweite der gemeinsamen Erklärung der Grossmächte.

Es ist sehr viel über die Tragweite der gemeinsamen Erklärung der Regierungen Frankreichs, Englands und der Ver. Staaten zur Währungsfrage diskutiert worden. Diese Erklärung bedeutet keineswegs, wie das die Regierung Blum glauben machen wollte, dass England u. die Ver. Staaten irgendwelche bindenden Verpflichtungen in bezug auf die Frankenwährung übernommen hätten. Das heisst aber nicht, dass diese Erklärung überhaupt nichts bedeute. Um den Konjunkturaufschwung, der in England u. in den Ver. Staaten eingesetzt hat, zu halten, sind die englische u. amerikanische Bourgeoisie auch an einer Überwindung der Wirtschaftskrise in Frankreich selbstverständlich einer Überwindung mit kapitalistischen Methoden - interessiert. Sie sind keineswegs deswegen zu einer gewissen Zusammenarbeit mit der französischen Bourgeoisie bereit. Damit ist aber noch garnicht gesagt, dass die Spekulationen der SFIO richtig sind, die jetzt erzählt, eine Besserung der Konjunktur auf der Basis der Zusammenarbeit mit dem internationalen Kapital werde in Frankreich die bürgerliche Demokratie stabilisieren, den Faschismus liquidieren helfen u. neue Möglichkeiten sozialen Fortschritts im Rahmen der Volksfront eröffnen. Im Gegenteil, wir schon

schon jetzt, wie die Bourgeoisie im Namen der Rücksichtnahme auf das kapitalistische Ausland u. im Namen der Sicherung etwaiger konjunkturbelobender Wirkungen der Frankonabwertung eifrig die Fesselung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter in wirtschaftlicher u. politischer Hinsicht fordert.

Devaluation und Preise.

Die sozialistische Presse sucht auf Grund des Beispiels der Währungsabwertung in anderen Ländern nachzuweisen, dass die Devaluation keineswegs zu einer entsprechenden Preiserhöhung zu führen brauche. Nun ist es keine neue Tatsache, dass zu einer Preiserhöhung nicht bloss der Wille der Kapitalisten gehört, die Preise zu steigern, sondern auch eine entsprechende Marktlage, die dies den Kapitalisten ermöglicht. Als das Pfund abgewertet wurde, stiegen die Preise in England nicht, weil damals auf dem Weltmarkt eine absteigende Preisbewegung zu beobachten war u. der Pfundsturz in gewissem Sinne eine Anpassung der englischen Preise an die Weltmarktpreise darstellte. Anders war es schon in Belgien, weil sich inzwischen die Tendenz auf dem Weltmarkt geändert hatte. Aus diesen Gründen ist auch in Frankreich ein Anziehen der Preise zu erwarten.

Bei alledem muss stets im Auge behalten werden, dass es sich nicht bloss darum handelt, kommende Preiserhöhungen zu verhüten, sondern dass wir es mit der Tatsache zu tun haben, dass die französischen Kapitalisten in den letzten Monaten u. Wochen die Devaluation bereits im Voraus in ihre Preise einkalkuliert haben. Es genügt nicht, bloss zu versprechen, dass man eine kommende Preiserhöhung verhindern werde. Die Arbeiterschaft muss sich die Mittel schaffen, um das auch wirklich zu bewirken, u. sie darf vor allem auch nicht unterlassen, die Preiserhöhungen wieder wettzumachen, durch die die Kapitalisten die Devaluation schon im Voraus auf die Massen abgewälzt haben.

Die übrig gebliebene Kompensationsmassnahme für die Arbeiter.

Die Regierung hatte, als sie zuerst die Devaluation ankündigte, der Arbeiterschaft Kompensationsmassnahmen versprochen. Unter dem Druck der Bourgeoisie, deren parlamentarisches Sprachrohr hauptsächlich die radikalen Senatoren waren, ist als Kernstück dieser Kompensationsmassnahmen die Zwangsschlichtung zurückgeblieben, die eine Massnahme nicht zugunsten der Arbeiter, sondern zugunsten des Unternehmertums ist. Die Zwangsschlichtung durch den bürgerlichen Staat (u. im vorliegenden Fall durch eine Regierung, die oben erst feierlich betont hat, dass sie gegen Betriebsbesetzungen vorgehen u. Streiks nach Möglichkeit verhindern werde) ist eine Waffe gegen die gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiter, eine Beschränkung des Streikrechts, ein Mittel, um zu verhindern, dass die Arbeiter sich höhere Löhne sichern, die ihrer gewerkschaftlichen Kampfkraft entsprechen - mit einem Worte, ein Instrument, um den Unternehmern ihren Profit gegen die Aktionen der Arbeiter zu gewährleisten.

Die Führung der CGT hat gegen die Zwangsschlichtung nicht protestiert, entspricht sie doch ihrer arbeitsgemeinschaftlichen Einstellung. Sie hat sie im Gegenteil selbst angeregt. Die Mitglieder der CGT aber müssen gegen die Zwangsschlichtung auftreten u. von ihrer Führung verlangen, dass sie ihre Stellung in dieser Frage ändert, denn wenn die Gewerkschaften sich damit abfinden, in die Zwangsjacke des obligatorischen Schlichtungsvorfahrens gesperrt zu werden, dann müssen sie ihren Charakter als Kampforganisationen der Arbeiter einbüßen, u. damit auch die Anziehungskraft verlieren, die gerade im Gefolge der Junistriks Millionen in ihre Reihen geführt hat.

Die Volksfrontpolitik der KPF und die Devaluation.

Noch deutlicher als in der spanischen Frage zeigt es sich jetzt bei der Devaluation, dass die Volksfrontpolitik der KPF den Interessen der Arbeiterschaft u. aller Werktätigen widerspricht, u. deshalb auch trotz allem Druck des bürokratischen innerparteilichen Regimes mit dem Denken u. Fühlen der Mitglieder der KPF in Konflikte gerät. Das erklärt, weshalb die Führung der KPF jetzt eine klägliche Schaukelpolitik betreibt, um ihre Volksfronttheorien zu retten. Die Führung der KPF erklärt, dass die Devaluation ein Unglück für die werktätigen Massen sei u. dass sie sehr wohl durch eine Belastung der Reichen hätte vermieden werden können, aber sie stimmt für die Devaluationsgesetze, um die Volksfront u. die Regierung Léon Blum zu erhalten, der sie selbst bescheinigt, dass sie aus Nachgiebigkeit gegenüber dem Kapital die Devaluation herbeigeführt habe. Die KPF-Führung fordert, dass die Werktätigen gegen die Folgen der Deval-

vation geschützt worden sollen, aber sie sagt kein Wort darüber, dass die Devaluationsgesetze in ihrer endgültigen Fassung u. die Erklärungen der Regierung nicht die Kompensierung der Schäden bezwecken, die die Devaluation den Werktätigen verursacht, sondern den Schutz des Kapitals gegen etwaige Versuche der Massen, sich auf ausserparlamentarischem Wege gegen den Devaluationsraub zu wehren. Die KPF ist mit der Zwangsgleichung einverstanden. Die KPF ruft nicht nur nicht die Massen zum ausserparlamentarischen Kampf auf, der unerlässlich ist, wenn der Reallohn u. die Spargroschen der Werktätigen wirklich verteidigt werden sollen, sie unterstützt faktisch die Kampagne, die SFIO- u. CGT-Führung gegen die Anwendung ausserparlamentarischer Kampfmethoden durch die Arbeiterschaft führen.

Die KPF fordert jetzt eine Belastung der Reichen, eine Betonung der kapitalistischen Einkommen u. Vermögen. Aber wenn die KPF-Führung im gleichen Auftrag der Regierung Blum u. den Radikalen, die von einer Belastung des Kapitals nichts wissen wollen, ihre unbedingte Gefolgschaft zusichert, dann ist ihre ganze Kampagne eine obenschiele Scheinaktion wie die Kampagne, die sie für die Unterstützung der spanischen Antifaschisten mit Waffen führt u. die deshalb keine praktischen Folgen zeitigt, weil die KPF-Führung sich verpflichtet hat, Blum u. seiner Außenpolitik keine Schwierigkeiten zu bereiten. Wenn die KPF-Führung wider ihr besseres Wissen Arbeiterinteressen opfert, um das Kabinett Blum zu schützen u. das Bündnis mit den Radikalen zu pflegen, so ist das auch durch die Notwendigkeit der Abwehr gegen den Faschismus nicht zu rechtfertigen, denn die faschistischen Demagogen nutzen die Haltung der KPF aus, um sich als die Verteidiger der Armen aufzuspielen u. so, wie die Nazis in Deutschland, in betrügerischer Weise verzweifelte Opfer des Kapitals unter falschen Vorspiegelungen für ihre Politik der kapitalistischen Reaktion zuzufangen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Der Bürgerkrieg in Spanien:

Man darf die Blockade keinen Tag länger dulden.

=====
 =====

Die Aufständischen haben Toldeo genommen. Sie sind im Allgemeinen in der Offensive. Die spanische Revolution geht einer kritischen Periode entgegen. In "den zwei Monaten der sogenannten Neutralitätspolitik wurde gerade die technische Überlegenheit der Generäle gewaltig gestärkt", erklärt der Generalsekretär der POUM, Genosse Gorkin in einem Interview. Die englische u. französische Regierung sabotieren das republikanische Spanien. Die französische u. englische Bourgeoisie betreiben mit allen Mitteln zu u. Rücksichtlos die Niederlage des Spaniens der bewaffneten Arbeiter. Der Appell des spanischen Außenministers an den Völkerbund auf Aufhebung des Verbots der Waffenlieferungen für die spanische Regierung fiel platt zu Boden. Die angebliche Solidarität der demokratischen Mächte gegenüber dem Faschismus erweist sich als ein albern Märchen, das nur die Arbeiterklasse verwirrt u. lähmt. Die Politik der französischen Volksfrontregierung in der spanischen Frage ist eine verschleoberte Ausgabe der Lavalpolitik.

Wohin diese Politik führt, braucht nicht länger auseinander gesetzt zu werden. Wir lassen hier einige Tatsachen folgen, die klar illustrieren, in welche Lage diese Politik die spanischen Antifaschisten bringt.

Der Korrespondent der "Prawda" telegraphiert am 29.9.:

"Mit der Möglichkeit der Einkreisung u. Belagerung Madriids ist jetzt allen Ernstes zu rechnen. Der Widerstand wird sehr schwer sein, besonders weil die Faschisten die republikanischen Soldaten aus den Maschinengewehren deutscher Flugzeuge im tiefen Sturmflug buchstäblich niedermähen. Der ohnedies armselige Flugzeugpark der Regierungstruppen ist stark gelichtet. Dank der sogenannten Neutralität sind die Faschisten den Regierungstruppen in der Luft u. an motorisierten Material bedeutend überlegen."

Der Sonderkorrespondent der Basler "Rundschau" schreibt u. a.:

"Die Madrider Truppen leisten Widerstand, doch ist der Feind ihnen augenblicklich überlegen. Der Feind verfügt über einige tausend Mann Soldaten, darunter Marokkanertruppen. Ihre Überlegenheit liegt in der Möglichkeit, ihre Operationen durch heftiges Luftbombardement unterstützen zu können. Man wird die Ungerechtigkeit des Nichteinmischungs Paktes nie genug betonen können, denn er

hat das republikanische Spanien der modernen Kriegsmittel gerade in den Tagen beraubt, da der Ausgang jeder Schlacht eben von diesen modernen Mitteln abhängt. Strategische Positionen wie diejenige der Umgebung von Toledo können, trotz des günstigen Terrains, nur mit Hilfe der Aviatik wirksam verteidigt worden. Es ist notwendig, auf alle Arten zu wiederholen, dass der Schlüssel der Lage sich hier befindet. Ohne Flugzeuge sind die Regierungstruppen goldhämmt..."

Im Hinblick auf diese Lage muss alles getan werden, damit mit der schändlichen Blockade gebrochen wird.

Die POUM und die neue Lage.

Die POUM hat in einer Resolution zur politischen Lage (La Estrella v. 18.9.36.) erneut die Bildung einer Arbeiterregierung gefordert, die an die sofortige Einberufung einer Konstituante auf der Grundlage der Komitees der Arbeiter, Bauern und Milizionäre herangeht. Sie erklärt, jeden unbarmherzig als Konterrevolutionär zu bekämpfen, der die gegenwärtige prächtige Erhebung in den Grenzen der bürgerlichen demokratischen Republik halten will. Von diesem Gesichtspunkt aus bezeichnet sie die Regierung Caballero als eine Bremsen für den progressiven Ablauf der Revolution und damit auch für den Kampf gegen den Faschismus.

Sie erklärt, dass in Katalonien die Volksfrontpolitik nicht die Schäden hervorrufen konnte, die sie in Spanien nach sich zog, weil die POUM in jeder Situation eine den Grundsätzen des revolutionären Marxismus treue Orientierung aufrechterhielt und die CNT und FAI, die ihre ideologische Konfusion und ihre taktischen Fehler überprüft hat, der proletarischen Revolution einen mächtigen Impuls verliehen. Dank dieser ausgezeichneten Lage, habe sich auch die republikanische Kleinbourgeoisie von dem ungestörten revolutionären Strom mitgezogen gefühlt.

Im Hinblick auf den fortgeschrittenen Charakter der Revolution in Katalonien, der einen durchaus proletarischen Charakter aufweist, hält die POUM die Situation für gegeben, in Katalonien eine feste Macht, eine Arbeiterregierung zu bilden. Diese Regierung müsse nach der Meinung der POUM ausschliesslich aus Vertretern der Arbeiterorganisationen zusammengesetzt sein. Die POUM setzt aber hinzu, dass sie daraus keine Kardinalfrage mache, da die republikanische Linksbewegung in Katalonien einen ausgesprochenen Volkscharakter trage (im Gegensatz zum übrigen Spanien) u. die Massen der Bauern und die Arbeiterschaft sich entschieden in der Richtung der proletarischen Revolution orientieren. Entscheidend für die POUM sei das Programm u. die Garantierung der Vorherrschaft in der Regierung. In dieser Hinsicht, erklärt die POUM, sei allerdings kein Zweifel zulässig. Die Regierung müsse den Impuls der Massen, der sich in die Richtung auf die soziale Revolution entwickle - als revolutionäre Legalität anerkennen.

Die POUM vertritt die Auffassung, dass eine solche Regierung der gesamten Halbinsel den Stempel eines grossen revolutionären Impulses aufdrücken würde und die Arbeiterklasse des ganzen Landes ermutigen würde, diesem Beispiel zu folgen, sowie die Widerstände zu überwinden, die die traditionellen Parteien der spanischen Arbeiterklasse der sozialen Revolution entgegenzusetzen.

Inzwischen ist in Katalonien eine solche Regierung gebildet worden, an der neben der POUM auch die CNT teilnimmt und die sich auf ein revolutionäres Programm festgelegt hat. Das Programm verpflichtet sich auf die Konzentrierung aller Kräfte auf den Krieg, einheitliches Kommando, Koordination der Tätigkeit aller Kampfeinheiten, Schaffung des obligatorischen Milizdienstes u. Verstärkung der Disziplin. Für den Wiederaufbau der Wirtschaft verpflichtet sich die Regierung auf das Programm des Wirtschaftsrates: Regulierung der Produktion nach den Bedürfnissen des Verbrauchs, Kontrolle des Aussenhandels, Ersetzung der Mieten, Kollektivisierung der Grossindustrie, der öffentlichen Dienste u. Verkehrsmittel, Beschlagnahme u. Kollektivisierung der verlassenen Unternehmungen, Verstärkung des Kooperativwesens im Verteilungswesen, Arbeiterkontrolle des Bankverkehrs bis zur Nationalisierung der Banken, Arbeiterkontrolle in der Privatindustrie, Wiedereinreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess, Aufwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Abschaffung der indirekten Steuern, Einführung der Einheitsschule, Enteignung des Grossgrundbesitzes u. Aufhebung der Lasten die auf den Bauern ruhen.

Auf die Einwände, die dagegen vorgebracht worden, dass die POUM durch ihren Regierungseintritt faktisch auf ihre bisherige Forderung nach Übernahme der Macht durch die Organe der Arbeiter, Bauern und Kämpfer verzichtet hat, entgegnete der Gen. Gorkin: "Man darf nicht übersehen, dass der alte Zustand (der Doppelherrschaft) doch in hohen Masse anarchisch war u. einer strafferen Zusammenfassung der Kräfte in einer wirklichen Regierungsgewalt platzmachen musste. Aber wir glauben alle Garantien gegen eine rückläufige Entwicklung zu haben. Das Rückgrat der Macht sind die Gewerkschaften... und sie haben ihre tiefen Wurzeln in der gesamten werktätigen Bevölkerung. Sie haben tatsächlich die Industrie in der Hand. In ihren Organisationen, die tatsächlich demokratisch sind, ist der Wille der Massen lebendig. Und diese Massen machen jetzt - stark unter unserem Einfluss - einen gewaltigen geistigen Entwicklungsprozess durch. Die Gewerkschaften sind also Organe, die die breiten Massen umfassen und deren Willen zum Ausdruck bringen. Das unterscheidet unsere Lage sehr wesentlich von der Lage in Russland 1917, wo es kaum Gewerkschaften gab u. sie erst durch die Revolution geschaffen wurden... Wir verkennen durchaus nicht die Notwendigkeit von Organen, die aus den gesamten Massen herausgewachsen sind. Sie bilden sich bereits u. wir fördern mit aller Kraft ihre Entwicklung. Wir arbeiten weiter für die Lösung der Nationalversammlung, die aus den Komitees der Arbeiter, Bauern u. Milizen hervorgehen sollen."

-o-

HALLO! HALLO! HIER RADIO - P. O. U. M.
 ooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Seit dem 9. September können Sie in Frankreich die Radiosendestation des P. O. U. M. (Arbeiterpartei der Marxistischen Einigung) hören. Unsere Sendestationen sind von 19 - 21 Uhr (französische Zeit).

Die Sendungen finden von Barcelona aus in französischer, deutscher, italienischer, holländischer, russischer, katalanischer u. spanischer Sprache statt.

Unser Zeichen ist: Radio P. U. M. - E. C. P.; 1. Unsere Wellenlänge beträgt vorläufig 42 Meter.

(Aus "La révolution Espagnole", Nr. 3.)

oo-

Die Bauern u. die Revolution:

DIE AGRARFRAGE IN KATALONIEN.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

der französischen Wochenschrift des POUM "La révolution espagnole" (Nr. 3.) entnehmen wir folgenden Aufsatz über die Agrarrevolution in Katalonien:

Die Julitage fanden die Bauern zur Aktion bereit. Ihre Antwort auf die Ereignisse in Barcelona erfolgte unmittelbar. In allen Dörfern wurde das Eigentum der Reaktionäre beschlagnahmt; die Faschisten u. ihre Anhänger, die Pfaffen, die Wucherer wurden verjagt, ins Gefängnis geworfen oder hingerichtet. Dort wo keine Bauerngenossenschaft bestand, nahm das Milizkomitee oder das antifaschistische Komitee des Ortes die Sache in die Hand. Die Pachtzinse u. Abgaben wurden einfach abgeschafft. In einigen Tagen hatte man reinen Tisch gemacht, so dass die Neuorganisation u. der Aufbau beginnen konnten. Der Verband der Rabassaires (Pächter) billigte diese spontanen Aktionen u. gab Anweisungen für ihre Durchführung in ganz Katalonien. Knapp einen Monat später erschienen die 11 Punkte des Programms des Wirtschaftsrates, deren dritter die Organisation auf dem Lande betrifft:

"Kollektivisierung des Grossgrundbesitzes, der von den Bauerngenossenschaften mit Hilfe der Generalität bewirtschaftet worden wird u. Zwangsgliedschaft der landwirtschaftlichen Produzenten, die Klein- u. Mittelbauern sind, in der Genossenschaft."

Das bedeutete die einfache Anerkennung der Konfiskationsmassnahmen u. die ersten Schritte vorwärts zu einer Kollektivwirtschaft.

In Ausführung dieses Punktes erliess die Generalität vor einigen Tagen ein Dekret über die obligatorische Zugehörigkeit zu den Genossenschaften; das bezweckt, die Bauern zusammenzufassen für die kollektive Bewirtschaftung der beschlagnahmten Güter einerseits, für den kollektiven Erwerb landwirtschaftlichen Materials u. den kollektiven Verkauf der Produkte des ganzen Dorfes andererseits.

Darüber hinaus erwägt man in dem Verband der Rabassaires u. in den verschiedenen Parteien u. Organisationen, die sich die Unterstützung der Bauernschaft sichern wollen, die Methoden, um gewisse Ländereien unter die Landarbeiter zu verteilen, die damit ebenso kleine Eigentümer werden würden wie die Grundbesitzenden Bauern u. die Rabassaires, die bereits Land als Eigentum erhalten haben.

Es handelt sich hier, wie man sieht, nur um erste Ansätze. Das hängt damit zusammen, dass die bäuerliche Mentalität noch unbekannt ist. Es ist normal, dass in einer revolutionären Periode, wo jeder fieberhaft an seinem Platz handelt, ohne immer das Ganze überschauen zu können, u. wo die geliebte Entwicklung der Masse sich zuweilen im Sturmschritt vollzieht, die widersprechendsten Meinungen u. Behauptungen über alle möglichen Fragen im Umlauf sind. Aber in bezug auf kein anderes Problem erhält man so widerspruchsvolle Antworten als in bezug auf die Bauernschaft.

Es ist klar, dass der Bauer weiss, was die Revolution ihm gebracht hat u. diese Revolution jetzt als seine Sache betrachtet. "Nach den Wahlen diskutiert Ihr noch, ob Ihr dem Grundbesitzer 25 oder 50 % zu zahlen hättet. Nach den Juliereignissen handelt es sich weder um 50% noch um 25 %, die Frage ist geregelt, Ihr zahlt nichts mehr", erklärte gestern Gorkin in einer Versammlung, die in der Mehrheit aus Bauern bestand, die ihm begeistert zustimmten.

Es ist ebenfalls klar, dass in Katalonien der Arbeiter weder ein Feind noch ein Fremder in den Augen der Bauern ist, dass eine wirkliche Brüderlichkeit sie vereint, dass in den Bauernversammlungen die Gewährung der militärischen Hilfe, die die Arbeiter der Städte den Bauern gebracht haben, die Ermahnungen, diese Einheit aufrechtzuerhalten, die Ausführungen über die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit von Stadt u. Land den lebhaftesten Beifall hervorrufen.

Die Frage der Landaufteilung.

Aber was die Arbeiterparteien u. -organisationen beschäftigt, das ist zu wissen, in welchem Masse der Bauer noch an seinem Stück Land hängt? Soll man, um sich jetzt, in dieser schwierigen Periode, die ungeteilte Sympathie der Bauern zu sichern, sie das Land aufteilen lassen, wenn sie es wollen, trotzdem dadurch die Organisation der zukünftigen Gesellschaft schwieriger wird? Oder soll man u. kann man schon jetzt ein Höchstmass an Kollektivisierung erreichen? "Der Bauer verabscheut den Eigentümer, aber er liebt das Eigentum", sagt uns der eine. "Der Bauer hängt am Produkt seiner Arbeit, aber nicht am Land", antwortet der andere.

Darin spiegelt sich die Tatsache wider, dass die Bauernmassen sich gegenwärtig in einer neuen Entwicklungsphase befinden. Der Fall des Verbandes der Rabassaires ist typisch in dieser Beziehung. Der Einfluss der Esquorra (katalanische Linke) ist praktisch liquidiert, aber keine der Arbeiterorganisationen kann sich rümen, ihr Nachfolger zu sein, und der Verband scheint ängstlich darauf bedacht zu sein, seine Autonomie zu bewahren. Was man sagen kann, ist, dass die UGT auf der einen Seite u. die POUM auf der anderen Seite in dem Verband führende Kaders haben, dass gewisse Gruppen, Dörfer u. viele junge Elemente in einem beschleunigten Tempo zur Kollektivisierung übergehen. Das Beispiel von Raimat ist eines der besten, da es sich um ein sehr grosses halbindustriell betriebenes Unternehmen handelt, aber es gibt auch bescheidenere Fälle, die zeigen, dass die Bauern daran interessiert sind, sich genossenschaftlich zu organisieren u. zu neuen Stappen überzugehen: die Bewohner eines ziemlich armen Dorfes, Tortella, haben seit einigen Monaten die Schweinezucht u. den Verkauf von Schweinefleisch kollektiv organisiert. In einigen Orten haben die Bauern seit den Julitagen beschlossen, die Abgaben, die sie früher dem Grundbesitzer zu zahlen hatten, an die Genossenschaft abzuführen. Eine andere Gruppe von Bauern hat an die POUM geschrieben, um ihr Kenntnis von den Beschlüssen, die sie gefasst hat, zu geben: Sozialisierung des Bodens, Festsetzung bestimmter Löhne u. der Arbeitszeit.

Schliesslich haben die antifaschistischen Komitees, die Volkskomitees, die in allen Dörfern entstanden sind, ausser ihren politischen Aufgaben auch wirtschaftliche u. Verpflegungsaufgaben zu erfüllen. Bereits jetzt hat ein guter Teil der katalanischen Bauern sich an die Organisation u. in gewissem Masse auch an die kollektive Arbeit gewöhnt. Die Verordnung über die obligatorische Zugehörigkeit zu den Genossenschaften ist so vorsichtig abgefasst, dass sie

und selbst zur Achtung der vertraglichen Vereinbarungen durch den Unternehmer eingeleitete betriebliche Aktion, zu einem wilden Streik und zu einem Vertragsbruch.

Im übrigen möchten wir nur darauf hinweisen, dass im Kollektivvertrag für die Metallindustrie die Frage der Entlassungen garnicht geregelt ist und daher die betriebliche Aktion garnicht einmal mit dem Kollektivvertrag kollidierte.

Wie dem auch sei: Selbst wenn die Betriebsdelegierten der Fa. de Dietrich in Wahrnehmung berechtigter Interessen ihrer Arbeitskameraden gegen die Bestimmungen des Kollektivvertrages verstossen haben sollten, so war es die Aufgabe der Gewerkschaftsführer diese Kameraden zu verteidigen, statt sie entsprechend den Wünschen des Unternehmers zu verurteilen. Schliesslich sind die Gewerkschaftsführer zur Vertretung der Interessen der Arbeiter da, denn der Patron hat im Schlichtungsausschuss seine eigenen Interessenvertreter.

Nach der Meinung der Kommunisten Mohr u. Klumpp gehören aber die Betriebsdelegierten der de Dietrich-Werke anscheinend zu den "unverantwortlichen Elementen", die die Errungenschaften der Kollektivverträge stören, indem "sie versuchen, wilde Streiks auszulösen", weil sie die Brotlosmachung von Arbeitskameraden durch den Unternehmer verhindern wollten.

Wir aber wollen nicht vergessen, dass die "wilden Streiks" und die "unlegalen" Betriebsbesetzungen das Mittel waren, um zu den Errungenschaften zu kommen und die Arbeiter zu Millionen der CGT zuzuführen. Die neueste "Errungenschaft" von Mohr u. Klumpp ist allerdings nur ein Mittel um die CGT zu diskreditieren. Deshalb muss man auf das entschiedenste gegen solche "Errungenschaften" Front machen.

Sinige Metallproleten.

Das FEH/TE GERADE NOCH. Aus Paris wird berichtet, dass auf Intervention der drei Präfekten von Elsass-Lothringen und der els.-loth. Parlamentarier das Innenministerium sich mit der Frage der Abhaltung der kommunistischen Versammlungen am kommenden 10. u. 11. Oktober beschäftigt hat. Salengro hat nach den erwähnten Besprechungen auch Vertreter der KPF beschäftigt, denen Salengro anscheinend nahegelegt hat, vor den Drohungen der Faschisten u. ihrer Freunde so zu kapitulieren, wie vor ihnen anscheinend schon Salengro kapituliert hat. Die KPF hat das politische Büro einberufen, um seine Antwort auf das Salengrosche Borgehen zu formulieren. Dieser Art Kampf gegen den Faschismus ist eine Tragikkomödie.

DER STREIK BEI CH. MING AROM. Infolge Nichteinhaltung des Kollektivvertrages ~~ERBEHENDEN~~ kam es im obengenannten Betriebe in Mannheim zur Arbeitsniederlegung. Die Direktion stellte als Bedingung für die Zahlung der tariflichen Lohnes die Forderung, dass die Weber u. Weberinnen, welche bisher 4 Stühle bedienten, nunmehr 5 Stühle bedienen sollen. Der Textilarbeiterverband befasste sich mit der Angelegenheit und erteilte der Bologenschaft den Rat, ohne vorherige Regelung der Differenzen im Sinne der Arbeiter, die Arbeit im Hinblick auf zugesagte Verhandlungen wieder aufzunehmen. Aus einer Resolution des Textilarbeiterkongresses geht hervor, dass der Verband die auftretenden Differenzen mit gesetzlichen Mitteln regeln will. An einer anderen Stelle wird zwar erklärt, dass der Verband sich die Anwendung des Streiks vorbehalten, aber die Haltung im Falle der Fa. Ming lässt die Befürchtung zu, dass dies nur eine agitatorische Geste ist.

FUNKTIONÄRKONFERENZ DER CGT VON Die am verflossenen Sonntag stattgefunden ~~ERBEHENDEN~~ ERBEHENDEN Funktionskonferenz der CGT in der Aubette in Straßburg, die ausserordentlich zahlreich besetzt war, stimmte von hier bereits gewürdigten Beschlüsse des Nationalrats der CGT zu und nahm eine farblose Resolution an. Von der Organisation ausserparlamentarischer Aktionen gegen die Kapitaloffensive und den Faschismus war keine Rede.

FASCHISTISCHE DEMAGOGIE. DER NATIONALRAT DER STIMMENKARTEN, eine Organisation mit faschistischer Tendenz, hat dem Justizministerium ein Schreiben zugestellt, in dem er die Eröffnung eines Strafverfahrens gegen den Finanzminister Auried u. gegen Léon Blum wegen betrügerischer Machenschriften bei der Ausgabe der letzten sogenannten Volksanleihe, forderte. In dem Schreiben wird erklärt, dass die Regierung "mit lügenhaften Angaben" die Sparen zur Zeichnung der Anleihe aufgefordert habe, während sie zur gleichen Zeit die Frankensabwertung vorbereitete, durch die die Zeichner geschädigt worden seien. Die fasch. Demagogen vergessen ganz, dass sie eine Kapitalabgabe als bolschewistischen Anschlag auf das geheiligte Privatigentum bezeichneten.

Verantwortlich: EMILIE HARTZEL,

Er erscheint wöchentlich.

Bezugspreis pro Monat Frs. 7.
Einzelheft 50 Centimes.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass Section der IVKO

Nr. 42/III. Jahrgang.

Dritte Oktoberwoche 1936.

ELSASS-LOTHRINGEN DARF KEIN FRANZÖSISCHES NAVARRA WERDEN!

Was wir befürchteten ist zur Tatsache geworden; die Volksfrontregierung ist vor den Drohungen der Faschisten und ihrer Freunde zurückgewichen und hat die kommunistischen Versammlungen in Elsass-Lothringen bis auf 10 verboten. Die Volksfrontregierung, die im Namen des Kampfes gegen den Faschismus mit Unterstützung der Kommunisten ans Ruder gebracht wurde, hat vor den Drohungen der Faschisten und seinen Spießgesellen kapituliert. Statt den Drohungen der Faschisten und ihrer Freunde entschlossen entgegen zu treten, und die Versammlungsfreiheit für die Arbeiter, gestützt auf die Arbeiterorganisationen sicherzustellen, hat sie sich zum Büttel der Reaktionswünsche gegen die Arbeiter gemacht. Zum Büttel jener Wünsche, die Elsass-Lothringen zu einem französischen Navarra machen möchten und die deshalb die demokratischen Grundrechte für die Arbeiter aufheben und zum ausschließlichen Monopol der Faschisten und der mit ihnen vereinigten Reaktion machen wollen. Die Junibewegung der französischen Arbeiter und ihr begeistertes Echo in der elsass-lothringischen Arbeiterschaft, das gewaltige Anwachsen der CGT in Elsass-Lothringen, die Zerstümmung der goldenen Stützpunkte in den massgeblichen Betrieben, die Abwendung breiter Arbeiterschichten von der klevikalen Reaktion und das Anwachsen der Arbeiterparteien, hatten die Reaktion beunruhigt. Der Boden unter ihren Füßen wankte, was sie als ihren sicheren Besitz betrachtete, drohte ihr unter den Händen zu zerrinnen, so entschlossen sie sich zur Offensive, die das Ziel verfolgte, Elsass-Lothringen von dem Geiste ahzuräumen, der mit der Junibewegung über die Vogesen ins Land gedrungen war und sich in seinen Poren festzusetzen drohte. Wir haben hier die einzelnen Etappen dieser reaktionären und faschistischen Offensive aufgezeichnet, die nur ein Teilausschnitt der allgemeinen Offensive war, die im ganzen Lande im Verein mit allen reaktionären Kräften eingeleitet wurde und das Ziel verfolgte, Elsass-Lothringen in eine Feste der faschistischen Reaktion zu verwandeln, von der aus mit der gesamten faschistischen Reaktion ihre weitergehenden Ziele zu verwirklichen hofft. Damit Elsass-Lothringen, die ihm von den Faschisten und ihren Freunden zugesagte Rolle aber spielen kann, musste alles getan werden, um die demokratischen Rechte der Arbeiterorganisationen zu unterbinden. Um dieses Ziel zu erreichen mussten alle Mittel angewandt werden: von der Lüge und Verleumdung über die politische Erpressung bis zur Drohung mit dem Aufstand und dem Bündnis mit Hitler.

Um diese reaktionär-faschistische Offensive zu zerschlagen, war die erste Voraussetzung nicht vor ihr zu kapitulieren, sondern ihr entschlossen und gestützt auf die mächtig angewachsenen Arbeiterorganisationen entgegenzutreten und den ausserparlamentarischen Kampf für die sozialen und wirtschaftlichen Interessen aller Werktätigen und gegen den Faschismus zu führen. Stattdessen sahen wir ein beständiges Zurückweichen vor der fasch-reaktionären Offensive. Und jetzt ist die Regierung vor dieser Offensive soweit gegangen, das Versammlungsrecht für eine Formation der Volksfront in entscheidendem Masse aufzuheben. Die Folge dieser Haltung ist eine Ermütigung der Faschisten und ihrer Freunde, auf dem so erfolgreich beschrittenen Wege fortzufahren, ihre Politik der Drohungen u. Erpressungen fortzusetzen. Die Wirkung bei der Arbeiterschaft aber, die in der Volksfront und ihrer Regierung ein Schutzschild gegen den Faschismus sah, und die jetzt den Faschisten bei der Unterdrückung der Versammlungsfreiheit der Arbeiter im Namen der Ruhe u. Ordnung entgegenkommt, ist Enttäuschung und wächsene Ernüchterung.

Das Verhalten der K.P.F.

Das Verhalten der KPF-Führung gegenüber den Drohungen der Faschisten war im wesentlichen nur ein Abklatsch der Haltung der Regierung gegenüber dem Fa-

schismus und seinen Bundesgenossen. Die Bereitschaft, die Zahl der festgesetzten Versammlungen herabzusetzen, war bereits ein Rechnungstragen gegenüber der Regierung. Die Erklärung, sich der Reduzierung der Versammlungen auf 10 zu fügen, schloss bereits die Kapitulation vor den Massnahmen der Regierung ein, die sie unter den Drohungen der Faschisten u. ihrer Freunde gegen die KP-Versammlungen getroffen hatte. Léon Blum u. Salengro konnten nur in dem Masse den Faschisten gefällig sein, weil sie wussten, dass die Kommunisten den Angriff auf die Versammlungsfreiheit der Arbeiter ohne Folgen gegenüber der Regierung lassen werden. Statt der Regierung zu erklären, dass ein Angriff auf die Versammlungsfreiheit der Arbeiter die KPF zur Revision ihrer Haltung gegenüber der Regierung veranlassen werde, beschränkte sich die Partei auf einen formalen Protest und erleichterte dadurch der Regierung ihre Kapitulation vor dem Faschismus.

Dieser Haltung der Volksfront ist es zu danken, dass der 10 u. 11. Oktober dem Faschismus und seinen Bundesgenossen in Elsass-Lothringen einen billigen Triumph dingetragen hat, der seinen Mut u. seine Aggressivität gegenüber der Arbeiterklasse erhöht. Nachdem die Politik der Drohungen u. Erpressungen solche Resultate gezeitigt hat, wird er nicht versäumen auf dem einmal beschrittenen Wege weiter vorwärts zu schreiten. Ein Blick in die faschistische und reaktionäre Presse unterstreicht diese Feststellung.

Die Wirkung auf die Arbeiterschaft.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass das Vertrauen der Arbeiter in die Volksfront und die Volksfrontregierung durch den 10. u. 11. Oktober einen harten Stoss erlitten hat. Die wachsende Misstimmung mit der am 10. u. 11. Oktober praktizierten Politik der Regierung Blum kommt selbst in sozialistischen Kreisen zum Ausdruck. Die "Freie Presse", deren "Weitblick" wir ja schon wiederholt bewundern konnten, ist natürlich mit dem Verbot der kommunistischen Versammlungen bis auf 10 einverstanden. Für die "FP" handelt es sich um erster Linie um die Sicherung von Ruhe u. Ordnung, die am zweckmässigsten dadurch zu sichern ist, dass man vor den Drohungen der Faschisten, die Ruhe u. Ordnung im Falle des Stattfindens der komm. Versammlungen zu stören, zurückweicht und den Kommunisten die Ausübung des Versammlungsrechts in jenen Grenzen vorsehreibt, die von den Faschisten u. ihren Verbündeten bestimmt werden.

Anstatt für die restlose Unterdrückung der fasch. Organisationen einzutreten, verlangt die "FP", dass die Kommunisten ihre Initiativen -also ihre Agitation- in Zusammenarbeit mit den übrigen Volksfrontparteien festlegen. D.h. die Kommunisten sollen bei Léon Blum anfragen, wo u. wann sie Versammlungen abhalten dürfen, damit von vornherein auf die Faschisten Rücksicht genommen wird und das Ansehen ~~der~~ der Volksfrontregierung bei den Arbeitern nicht diskreditiert wird.

Vorteilhaft von dieser Politik der Kapitulation vor dem Faschismus unterscheidet sich die Haltung des "Republikaners", der offen erklärt, dass er mit der Haltung der Regierung Blum in dem konkreten Falle nicht einverstanden ist. Der Chefredakteur, J. Wagner schreibt in seiner Nummer v. 12. Oktober:

"Es ist kein Zweifel: die Regierung ist vor den Drohungen der fasch. Reaktion zurückgewichen... Wie man die Massnahme auch begründen mag, das Nachgeben, das Zurückweichen der Regierung ist unbestreitbar. Die Gegner der Volksfront werden das als einen Erfolg buchen, als einen Erfolg, der zugleich Ansporn für sie sein wird. Und darin liegt die Gefahr der Regierungsmassnahme... das Recht der KP, so zu handeln, wie sie es tat, ist unbestreitbar. Das einzige, was unserer Ansicht nach die Regierung hätte tun sollen, hätte im Schutze der Versammlungen bestehen müssen. Diese Aufgabe wäre umso leichter zu erfüllen gewesen, da in einer ganzen Reihe von Orten die sozialistische u. kommunistische Arbeiterschaft allein imstande gewesen wäre, für einen ruhigen Verlauf der Versammlungen zu sorgen.

Der Ruhe u. Ordnung wurde mit dieser Massnahme gewiss nicht gedient; sie hat lediglich in der Arbeiterschaft grosse Unzufriedenheit u. Aufregung hervorgerufen, die keine günstige Atmosphäre schaffen..."

Der "Republikaner" erklärt im Sinne der ganzen soz. Föderation des Departements zu sprechen, wenn er die Massnahme der Regierung als eine Fehlentscheidung bezeichnet.

Die Haltung des "Republikaners" ist in entscheidenden Punkten richtig und entspricht im wesentlichen der Stimmung der Arbeiterschaft.

Folgen des 10. u. 11. Oktober.

Der 10. u. 11. Oktober zeigte dank der Haltung der Volksfrontregierung den Faschismus in erfolgreicher Offensive. Die Faschisten u. ihre Freunde, worden durch ihren Erfolg ermutigt, noch stärker u. nachdrücklicher als bisher ihre Aktion gegen die Arbeiterschaft fortsetzen und alles ins Werk setzen, auf das Elsas-Lothringen ein französisches Navarra wird. UPR und die offenen Faschisten werden sich hierbei gegenseitig den Rang ablaufen. Die UPR kündigt bereits an, dass ihre Freunde allorts beim Ausbau der lokalen Selbstschutzorganisationen an vorderster Stelle mitarbeiten werden und überall, wo dies noch nicht geschah, die Initiative dafür ergreifen werden. (Elsässer, v. 13. Okt.) Es ist also klar, dass die Reaktion, ermutigt durch die Kapitulation der Regierung ihre Provokationen steigern und die Organisierung ihrer Bürgerkriegsmilizen im gesteigerten Tempo fortsetzen wird.

Angesichts dieser Lage müssen die Arbeiterorganisationen aus reinem Selbsterhaltungstrieb und zur Brechung der fasch-reaktionären Offensive, die Einheitsfront der Arbeiter festigen, ihre Politik des blossen apellierens an die Regierung aufgeben und ihrerseits zur Offensive übergehen. Sie müssen zur Sicherung der Versammlungsfreiheit, zur Abwehr des fasch. Terrors, endlich an die Bildung des überparteilichen antifaschistischen Selbstschutzes herangehen. Was am 10. u. 11. Oktober unter den Drohungen der Faschisten improvisiert geschah, muss mit Unterstützung der CGT zu einer dauerhaften, festen u. disziplinierten Form zusammengefasst werden. Die Selbstschutzformationen der Arbeiter müssen stadtteilweise, entsweise und im departementalen Rahmen zusammengefasst werden, um je nach Notwendigkeit die Kräfte dort einzusetzen, wo die Lage es erfordert. Geschicht dies nicht, dann werden die Arbeiter bald in manchen Orten keine Versammlungen mehr abhalten können.

Elsas-Lothringen darf kein französisches Navarra werden. Deshalb müssen die Arbeiter die antifaschistische Gegenoffensive ergreifen, für die Sicherstellung der Versammlungsfreiheit für die Arbeiterorganisationen, für das Verbot und die Entwaffnung der faschistischen Organisationen, für die Unterdrückung ihrer Presse, die Verhaftung ihrer Führer im ausserparlamentarischen Kampfe eintreten. Deshalb müssen sie den antifaschistischen Massenselbstschutz organisieren.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die Protestnote der Nazis:

HITLERFREIHEITEN.

oooooooooooooooooooooooo

Der Protest der Nazis gegen die Rede, die M. Thorez am vergangenen Sonntag in Strassbourg gehalten hat, bedeutet eine offene Einmischung Hitlerdeutschlands in die inneren Angelegenheiten Frankreichs. Die Nazis massen sich das Recht an, in die französische Innenpolitik einzugreifen u. den Arbeiterparteien das Recht abzusprechen, das "Dritte Reich", seine barbarischen Methoden u. seine blutigen Kriegspläne zu denunzieren u. zu bekämpfen. Der Protest Hitlers ist umso unverschämter, als die Nazis in ihren Reden u. in ihrer Presse fortwährend die wütendsten Angriffe gegen andere Völker u. ihre Staatseinrichtungen führen. Es sei nur an die antibolschewistischen Hetzreden der Naziführer auf dem Nürnberger Parteitag u. an die kürzlichen Attacken Hitlers gegen die bürgerliche Demokratie erinnert.

Die Nazis sind zu ihrer anmassenden Haltung durch zwei Faktoren ermutigt worden. Das ist in erster Linie die wütende Kampagne der französischen u. elsässischen Faschisten gegen die kommunistische Partei, die mit den schmutzigen u. vorlogenen Argumenten geführt wird. Als Hitler gegen die Rede von Thorez protestierte, nahm er nur das Stichwort auf, dass die Faschisten ihm geliefert hatten, nämlich die Beschuldigung, die KPF hetze zum Kriege gegen Nazideutschland. Die schwächliche Haltung der Volksfrontregierung erleichterte den Nazis ihr Spiel. Das Zurückweichen der Regierung Blum vor den faschistischen Drohungen, das Verbot der Mehrzahl der kommunistischen Versammlungen reizte Hitler direkt zu seiner Provokation. Es zeigt sich jetzt deutlich, dass die ausserpolitische Schwäche der Blumregierung gegenüber dem "Dritten Reich" die Nazis immer unverschämter werden lässt.

Das ängstliche Bemühen der Volksfrontregierung, nur nichts zu tun, was den

braunen Machthabern missfallen könnte, ihre passive Haltung gegenüber den Kriegsvorbereitungen der Nazis, ihre Kapitulationspolitik gegenüber der spanischen Revolution, ermutigt die Nazis zu immer neuen Vorstößen in der Richtung ihrer imperialistischen Eroberungspläne. Heute begnügt sich Hitler noch mit einem diplomatischen Protest weil er noch nicht zum Kriege fertig ist, morgen wird er, wenn er sieht, dass seine Provokation stillschweigend hingenommen werden, mit größerem Geschütz auffahren. Wenn der Friede wirklich gesichert werden soll, dann muss mit der Politik des Auf-dem-Bauch-Liegens vor den Nazis Schluss gemacht werden u. im Bündnis mit der SU eine Politik der kollektiven Sicherheit betrieben werden; es muss endlich den Faschisten das Handwerk gelegt werden, denn, wie der Strasbourger Zwischenfall beweist, sind die die wahren Kriegstreiber.

-o-o-o-o-o-o-o-

VORSTÜSSE DER KAPITALISTISCHEN REAKTION.
 ooo

Die Devaluationsgewinnler.

In seiner Rede in Lens hat Léon Blum behauptet, dass die Politik der Regierung von der Absicht besetzt sei, die Kaufkraft der Massen zu heben. Blum scheint die Intelligenz seiner Zuhörer ziemlich gering einzuschätzen, denn es ist wirklich ein starkes Stück, so etwas den Arbeitern zu erzählen, nachdem die Regierung kurz vorher die Devaluation durchgeführt hat, die ja nichts anderes darstellt als eine Beschneidung der Kaufkraft der Massen. Und die Wirklichkeit widerlegt Blums Behauptungen täglich aufs Neue. Die Preise sind zurückgehalten, -beim Einkaufen müssen die Werktätigen immer wieder bittere Erfahrungen machen.

Die Kapitalisten reibben sich freilich die Hände. Die Politik der Regierung Blum widerspricht den Interessen der Werktätigen, aber eben darum fördert die die Profitinteressen des Kapitals. Das Kapital schickt sich an, die Ernte der Devaluation in seine Schnuern zu bringen. An der Börse ist "feste" Stimmung, die Kurse steigen, die Fabrikanten u. Großhändler verlangen gestiegene Preise für ihre Waren. Und die gestiegenen Umsätze, die z. B. die Warenhäuser aufweisen, u. die z. T. auf Angstkäufe zurückzuführen sind, auf das Bestreben, entwertetes Papiergeld in "wertbeständige" Waren umzuwandeln, bevor diese Waren noch weiter im Preise steigen, diese gestiegenen Umsätze werden von der Bourgeoisie als ein gutes Vorzeichen einer Besserung der Konjunktur begrüßt.

Die Stimmung der Börse, die Artikel der kapitalistischen "Wirtschaftsfachleute" zeigen, dass die Bourgeoisie mit Leib u. Seele für die Devaluation ist u. dass ihr ganzes politisches Verhalten jetzt von dem Bestreben diktiert wird, sich den Gewinn aus der Frankenentwertung ungeschmälert zu sichern. Die bürgerlichen Wirtschafts- u. Finanzsachverständigen haben an der Wirtschaftspolitik Blums im grossen und ganzen im Augenblick wenig auszusetzen, sie verlangen nur, dass die Bedingungen geschaffen werden, damit die Devaluation sich in der nötigen Atmosphäre des "Vertrauens" auswirke, d. h. dass die Kapitalisten darauf vertrauen können, dass ihre Profitmacherei nicht durch irgendwelche Aktionen der Arbeiter gestört werde.

Die Pläne der Bourgeoisie.

Im Namen der Schaffung dieser Atmosphäre des "Vertrauens" setzen alle Kräfte der Bourgeoisie mit einem konzentrierten Trommelfeuer gegen den Klassenkampf der Arbeiter ein. Die Faschisten werden wieder frech. Die Bourgeoisie finanziert sie reichlich. Und so suchen die von den Devaluationsgewinnlern ausgeschaltene faschistischen Betrüger die Opfer der Devaluation durch soziale Demagogie für sich zu gewinnen, was ihnen dadurch erleichtert wird, dass infolge der Volkfrontpolitik alle bedeutenden Arbeiterorganisationen mehr oder minder mit der Verantwortung für die Devaluation belastet sind.

Auf der anderen Seite betreiben die unmittelbaren Vertreter des Kapitals in der Regierung, die Radikalen, am Vorabend ihres Biarritzer Parteitags eine verstärkte Kampagne gegen Betriebsbesetzungen und Streiks, für die Achtung der "republikanischen Gesetzlichkeit" u. des Privateigentums, lies der unbeschränkten Unternehmersherrschaft im Betrieb u. der kapitalistischen Profite. Die Radikalen werden wahrscheinlich in Biarritz als Bedingung für ihr weiteres Vor-

bleiben in der Regierung Blum u. in der Volksfront neue Garantien in dieser Beziehung, d. h. gegen den ausserparlamentarischen Kampf der Arbeiter fordern. Bei der Senatsdebatte über die Devaluation hatten die Radikalen einen Frontalangriff gegen die Regierung Blum u. die Arbeiterparteien versucht. Aber sie wichen dann zurück - nicht zuletzt weil sie aus Gewerkschaftskreisen zu hören bekamen, dass im Falle der Bildung einer Rechteregierung damit zu rechnen sei, dass die Massen einen Generalstreik herbeiführen. Jetzt gräfen die Radikalen zu einem komplizierteren Manöver. Im Einklang mit der gesamten bürgerlichen Reaktion konzentrieren sie ihre Angriffe auf die kommunistische Partei, um die Einheitsfront zwischen Sozialisten u. Kommunisten zu sprengen u. nach einem Hinauswurf der KPF aus der jetzigen Regierungsmehrheit den Boden für eine Erweiterung der parlamentarischen Basis der Regierung nach rechts vorzubereiten. Die Radikalen (u. die gesamte Bourgeoisie mit ihnen) wissen ganz gut, dass die KP trotz ihrer Volksfrontpolitik die Organisation ist, die den Hauptkern der revolutionär gesinnten Arbeiter Frankreichs umfasst u. dass die Einheitsfront der sozialistischen u. kommunistischen Arbeiter trotz dem Missbrauch den die Führer der SFIO u. KPF infolge der Volksfrontpolitik mit dem Gedanken der proletarischen Einheitsfront treiben, eine mächtige Quelle proletarischer Klassenkraft ist, aus der immer wieder elementar der Strom ausserparlamentarischer Aktionen hervorsprudelt. Die Radikalen (u. mit ihnen die gesamte Bourgeoisie) wollen einen Keil zwischen sozialistische u. kommunistische Arbeiter hindentreiben, um dann die Aktionen der zersplitterten Arbeiterschaft umso leichter u. eventuell mit Hilfe gewalttätigen Eingreifens des bürgerlichen Staatsapparats niederschlagen zu können. Mit einer Sprengung der Einheitsfront der sozialistischen u. kommunistischen Arbeiter wäre auch das grösste Hindernis beseitigt, dass dem Vormarsch des französischen Faschismus zur Macht entgegensteht.

Wie muss diesem Angriff begegnet werden?

Bedeutet das, dass die KPF sich jetzt, um diesen Manövern der Radikalen und der Bourgeoisie entgegenzuwirken, für die Erhaltung der Volksfront einsetzen muss? Im Gegenteil. Die Haltung der radikalen Volksfrontpartner, deren Führer Chautemps in seiner programmatischen Rede in Angers einen massiven Angriff gegen die KPF unternommen hat, zeigt, dass gerade zur Erhaltung der Einheitsfront der sozialistischen u. kommunistischen Arbeiter der Bruch mit der Volksfrontpolitik, der Bruch mit den radikalen Feinden des proletarischen Klassenkampfes u. der proletarischen Einheitsfront notwendig ist. Dadurch, dass die KPF für die Erhaltung der Volksfront eintritt, obwohl sie von ihren Volksfrontpartnern immer mehr verächtlich als der arme Verwandte behandelt wird, beraubt sie sich der Möglichkeit, die sozialistischen Arbeiter gegen die kommunistenfeindlichen Manöver der Führer u. Minister der SFIO zu mobilisieren, die diese im trauten Verein mit den Radikalen betreiben u. erleichtert es den Radikalen, die Léon Blum, Paul Faure usw. auf die von ihnen gewünschte Bahn des Bruches zwischen SFIO u. Kommunisten zu bringen. Die KPF hat u. Zt. die Volksfrontpolitik u. a. mit dem Argument begründet, dass es notwendig sei, der Reaktion die Möglichkeit zu nehmen, mit dem Schreckgespenst des Kommunismus rückständigen Massen Angst zu machen. Nun, es zeigt sich jetzt, dass die Preisgabe der kommunistischen Prinzipien, dass die Politik der "ausgestreckten Hand" gegenüber allen möglichen Reaktionären, dass das zahme bürger-patriotische Wohlverhalten der KPF-Führung die Bourgeoisie von den Faschisten bis zu den Radikalen nicht nur nicht hindert, sondern geradezu ermutigt, eine wilde Kommunistenhetze zu betreiben.

Dank der Volksfrontpolitik ist die Lage heute so, dass die Radikalen (siehe Chautemps) den Arbeiterparteien mit der Kammerauflösung drohen können, statt dass die Arbeiterparteien, gestützt auf die ausserparlamentarische Kraft der Arbeiter, dieses Druckmittel verwenden, um die radikalen Exzesse loszuwerden.

Die Koalitionspolitik gefährdet die Einheitsfront.

An der Haltung der SFIO-Führung erweist es sich von neuem, wie die Koalitionspolitik naturnotwendig die Einheit der Arbeiterklasse zersplittern u. schliesslich spalten muss. Unter dem Druck der Radikalen wendet sich die SFIO immer offener gegen die KPF. Um ihre kapitalistische Regierungspolitik betreiben zu können, will die SFIO-Führung der KPF auch die halbe u. schwächliche Kritik untersagen, die diese ab u. zu im Rahmen ihrer "lückenlosen" Unterstützung der Regierung Blum zu äussern wagt. Die Regierung Doumergue u. Laval hat nicht gewagt kommunistische Versammlungen zu verbieten. Die Regierung Blum aber tut

es. Das von Paul Faure unterzeichnete Schreiben der SFIO-Führung an die KPF ist in einem ganz gehässigen Tone gehalten u. verlangt von der KPF, dass sie auch die leisesten Zweifel an der Regierungspolitik unterdrückt.

Dieser Politik der SFIO gegenüber müsste die KPF an die sozialistischen Arbeiter appellieren u. ihnen den arbeiterfeindlichen Charakter der Regierungspolitik Blums offen darlegen. Sie müsste darauf hinweisen, dass die Koalitions-politik die proletarische Einheitsfront gefährdet u. Unterhöhlt. Aber solange sie durch die Volksfrontpolitik gefesselt ist, befindet sich die KPF in einer schwächlichen Defensive gegenüber den Angriffen der SFIO-Führung, wie auch gegenüber der Kommunistenhetze der Bourgeoisie.

Der Opportunismus begünstigt den Anarchismus.

Die opportunistische Politik der KPF hat in der Pariser Region dazu geführt, dass die Anarchisten, die jahrelang keinen Masseneinfluss hatten, jetzt (natürlich auch infolge der Rolle, die ihre Gesinnungsgenossen in Spanien spielen) auf Kosten der KP neuen Zulauf haben. Die patriotische u. regierungsfremde Haltung der KPF-Führung macht es den Anarchisten leicht, sich als die wahren Revolutionäre aufzuspielen. Der Anarchismus ist, wie Lenin sagte, eine Strafe für opportunistische Fehler der Marxisten. Vor kurzem fand in Paris eine Versammlung statt, die von den Anarchisten u. der 5. Pariser Sektion der SFIO einberufen worden war u. in der die Bildung einer "revolutionären Front" und die Schaffung einer "Volksgarde" (garde populaire) zum Kampf gegen den Faschismus gefordert wurde. Es ist eine Schande für die KPF, dass linke Sozialisten u. Anarchisten die Initiative zu solchen Forderungen übernehmen und nicht die kommunistische Partei.

Die kapitalistische Reaktion stösst vor. In ihrem Dienste lässt Salengro bereits besetzte Betriebe gewaltsam durch Polizei räumen, so eine Schokoladenfabrik in Paris. Die Radikalen steuern auf einen Bruch der Regierung Elum mit den Kommunisten hin, um dann die offene, mit den Faschisten verbundene Reaktion wieder an der Macht zu beteiligen. Die Faschisten werden durch die arbeiterfeindliche Politik der Regierung, durch die Belastung der Arbeiterorganisationen mit dieser Politik, durch die Haltung der Radikalen zu neuen Provokationen ermutigt. Sie versuchen, sich jetzt eine solide Massenbasis zu schaffen.

In dieser Lage gilt es, im Namen der proletarischen Einheitsfront gegen Volksfront u. Koalitionspolitik, für die Organisation der einheitlichen ausserparlamentarischen Abwehr gegen die Vorstösse der kapitalistischen Reaktion einzutreten.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Nach der Intervention der Sowjetregierung:

Jetzt erst recht; Waffen für Spanien!

=====
=====

Die Sowjetregierung hat gestützt auf die Protestnoten der spanischen Regierung an Portugal, Italien und Deutschland, sowie auf die Materialien im Weissbuch der spanischen Regierung, dem Präsidenten des Nichteinmischungskomitees eine Erklärung zugestellt. In dieser Erklärung heisst es, dass die Sowjetregierung, sich in keinem Falle damit einverstanden erklären kann, dass das Nichteinmischungsabkommen in einen Schutzschild verwandelt wird, das die militärische Hilfe für den Aufruhr gegen die gesetzmässige spanische Regierung von seiten einiger Teilnehmer am Abkommen verdeckt. Die Sowjetregierung sieht sich im Hinblick darauf genötigt zu erklären, dass sie, wenn mit den Verletzungen des Neutralitätsabkommens nicht sofort Schluss gemacht wird, sich als frei von den Verpflichtungen, die aus dem Abkommen hervorgehen, betrachten wird.

Der Nichteinmischungsausschuss ist inzwischen auf Grund des Verlangens der Sowjetregierung zusammengetreten. Das Ergebnis seiner Verhandlungen war gleich null. Die Sowjetregierung hat zu verstehen gegeben, dass sie sich mit diesem Ergebnis nicht abfinden wird, und auf entschlossene Massnahmen besteht, andernfalls sie sich als ihrer Verpflichtungen gegenüber dem Nichteinmischungsabkommen entbunden fühlt.

Die französische Regierung hat bekanntlich durch den Mund von Léon Elum im Lunapark erklärt, dass die französische Regierung zwar gern den spanischen Antifaschisten in ihrem Kampfe beistehen würde, dass sie aber das Abkommen so-

lange strikt einhalten werde, solange nicht durch untrügliche Beweise der Bruch dieses Abkommens durch andere Mächte nachgewiesen werden könne. Die von der spanischen Regierung notifizierten Tatsachen sind unangreifbar. Die deutsche Presse hatte nicht einmal den Mut diese Tatsachen dem deutschen Volke bekannt zu geben. Die Regierung Blum, die sich bei der Rechtfertigung ihrer schändlichen Politik in der spanischen Frage auf den Anschluss der Sowjetregierung an ihren Nichteinmischungsakt berief, denkt bisher nicht daran die Aktion der Sowjetregierung zugunsten der spanischen Antifaschisten zu unterstützen. Paul Faure, der Generalsekretär der SFIO schreibt in seinem Briefe an die KPF, dass die Solidaritätsaktion zugunsten des spanischen Volkes Sache der zuständigen internationalen Organismen sei.

Dieser Standpunkt zeigt, dass die in der Koalition mit den Radikalen verbundene Führung der SFIO nicht gewillt ist, die Aktion der Sowjetregierung zu unterstützen. Das entscheidende aber, worauf es jetzt ankommt, ist, dass die gesamte internationale Arbeiterklasse die Aktion der Sowjetregierung mit ganzer Kraft unterstützt und dass sie alle ihre Kräfte einsetzt, um dann in ihren eigenen Ländern die Regierungen in der Richtung der Aufgabe der verderblichen Nichteinmischungspolitik gegenüber der spanischen Regierung unter Druck zu setzen. Je stärker die Unterstützung und Kampfbereitschaft der Arbeiter der kapitalistischen Länder für die Unterstützung der spanischen Revolution ist, um so machtvoller kann die Sowjetregierung die Interessen der spanischen Antifaschisten vertreten.

Der Berichterstatler der Basler "Rundschau", Hug Slater berichtet von Madrid:

"Heute ist es mehr denn je notwendig, zu berichten, dass es den Regierungstruppen an Gewehren, Maschinengewehren, Artillerie u. Flugzeugen fehlt, eine Folge der "Neutralitätspolitik", die eine für die Spanische Republik äusserst gefährliche Lage geschaffen hat. Die Aufständischen konnten nur unter der Deckung der Junkersflugzeuge, die die Linie der Regierungstruppen bombardierten und mit Maschinengewehrfeuer bestreichen, so weit gegen Madrid vorrücken. Dieser Taktik könnte man am besten in der Luft entgegentreten - aber die Regierung hat nicht genug Flugzeuge. Die Republik hat Menschen in unbeschränkter Zahl, hat eine grenzenlose Begeisterung für sich? Alles was sie braucht, um die endgültige Niederlage des faschistischen Aufstandes herbeizuführen, sind Waffen und Organisiertheit."

Die Kameraden des POUM aber schreiben:

"Lasst Euch nicht durch die lügenhaften Berichte der faschistischen Presse im Ausland betrügen. Wir werden den Krieg gewinnen. Das spanische Proletariat ist bereit bis zum letzten Mann sein Leben einzusetzen. Unsere Sache aber ist die Eure. Darum ist an Euch, zu beweisen, dass das Wort "proletarische Solidarität" keine Phrase ist, sondern eine der wirkungsvollsten Waffen im Kampf um die Befreiung des Proletariats. Wir glauben nicht an "enf, noch an irgendwelche Volksfronten. Man wird die spanischen Arbeiter in Genf genau so verkaufen, wie man Abessinien verkauft hat. Die einzige wirkliche Hilfe bietet das Proletariat selbst."

Darum Genossen, kämpft den Kampf auch an Eurer eigenen Front, gegen Eure eigene Bourgeoisie! Und vor allem: Schickt uns Waffen und Munition! Schickt uns Flugzeuge! Voranstaltet Sammlungen für Waffenkäufe! Verhindert die Munitionstransporte an die Faschisten durch Streiks! Klärt Eure Genossen auf über die Bedeutung und den Ernst der spanischen Ereignisse und fordert auf zur proletarischen Solidarität."

Angesichts der überragenden Bedeutung des Kampfes der spanischen Arbeiter, angesichts der Tatsache, dass es in Spanien um die ureigenste Sache der Arbeiter und aller Werktätigen aller Länder geht, muss die Aktion für die spanischen Faschisten mit ganzer Kraft gesteigert werden. Klärt überall die sozialistischen Kameraden auf, veranlasst sie zur gemeinsamen Aktion, lasst keine CGT-Versammlung vorübergehen, wo ihr nicht von der Führung eine entschlossene und wirksame Aktion zugunsten der spanischen Antifaschisten fordert.

Gerade angesichts des Vorstosses der Sowjetregierung muss stärker und nachhaltiger als bisher der Ruf ertönen:

Flugzeuge und Waffen für unsere spanischen Brüder!

Zum Kampf gegen die Preistreiberei:Organisiert Preiskontrollausschüsse.

Es wird von allen Seiten berichtet, dass im Zusammenhang mit der Frankenabwertung fast alle Waren erneut eine Preissteigerung aufweisen. Die Kleinkaufleute, wie die Kleinhandwerker berichten fast übereinstimmend, dass die Lieferfirmen und Grossisten mit ihren Waren anknüpfen, dass sie die alten Offerten u. Preislisten annullieren und zum anderen ihre Warenlieferungen an die Bedingung knüpfen, dass die am Tage der Lieferung geltenden Preise gezahlt werden müssen.

Die Regierung hat an die Präfekten die Anweisung gegeben, gegen unberechtigte Preissteigerungen einzuschreiten. Der Präfekt des Bas-Rhin hat in einem Rundtelegramm die Maires aufgefordert, ihm bei der Verfolgung der Preistreiberei beifällig zu sein. Danach hat die Regierung noch ein Plakat an die Departementalverwaltungen weiter geleitet, dass in den Geschäften sichtbar ausgehängt werden soll, die sich verpflichten keine Preiserhöhungen vorzunehmen.

Diese Mittel sind natürlich völlig unzulänglich, wenn sie nicht durch weitere Mittel ergänzt werden. Der Anhang der Regierungsplakate kann natürlich, wenn die Kontrolle und der Druck der Massen hinzukommt, eine gewisse Pression auf die Geschäftsleute ausüben. Aber wenn die Kleinkaufleute von ihren Lieferanten erhöhte Preise diktiert erhalten, werden sie in eine Zwangslage gebracht.

Auf der CGT-Konferenz in der Apocthe ist von einigen Rednern der Kampf gegen die Teuerung aufgeworfen worden. In der Debatte wurde auch die Frage der Preiskontrolle durch Organe der Arbeiterschaft angesprochen. Leider ist diese wichtige Frage von der Leitung der CGT garnicht beachtet worden und die Konferenzentschliessung beschränkte sich in der Frage der Preissteigerung im wesentlichen auf einen Ruf an Regierung u. Präfektur, mit Umsicht u. Strenge gegen die wohl organisierte Preistreiberei einzuschreiten. Das ist eine mehr als mager anmutende Anweisung im Kampfe gegen die Teuerung.

Es wäre sehr nötig und es würde nur die Autorität der CGT auch in kleinbürgerlichen Kreisen haben, wenn sie die Organisation des Kampfes in die Hand nehmen würde. Es wäre eine Aufgabe der unions Localen und der departementalen Instanzen der CGT unter Heranziehung der Betriebsdelegierten, besonders der kaufmännischen Angestellten, sowie der Hausfrauen, der kleinen Geschäftsleute u. Handwerker die Bildung von Preiskontroll- und Überwachungsausschüssen vorzunehmen. p

Diese Ausschüsse müssten sich an die breite Masse der Verbraucher und des Detailhandels wenden, sie beim Kampf gegen die Preistreibereien zu unterstützen. Die Hausfrauen müssten aufgefordert werden, jede Preiserhöhung dem Ausschuss anzuzeigen. Die Kleingeschäftsleute müssten ersucht werden, jeden Preiszuschlag ihrer Lieferfirmen usw. anzugeben. Die Angestellten müssten in Zusammenarbeit mit den Betriebsdelegierten zur Preisüberwachung und Kontrolle ihrer Firmen herangezogen werden, um auch deren Angaben einer Nachprüfung zu unterziehen. Diejenigen Geschäftsleute die sich auf dieser Basis der Verpflichtung der Zusammenarbeit mit den Preisüberwachungs- und Kontrollausschüssen entziehen, müssten in geeigneter Weise der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden. Das gleiche hätte gegenüber jedem Grossisten und jeder Firma zu geschehen, die sich einer Kontrolle ihrer Angaben entzieht usw. Diese von den Gewerkschaften ins Leben zu rufenden Ausschüsse müssten die behördliche Anerkennung fordern und gestützt auf das ihnen zugestellte Material eine breite Kampagne in den Massen gegen die Teuerung treiben und so die breiten Massen selbst mit in diesen Kampf einbeziehen.

DIE AUFGELÖSTEN HABEN VERSAMMLUNGSFREIHEIT. Die "Humanité" berichtet, dass die "aufgelösten" Gewerkschaftler vor Kurzem in Schlettstadt unter dem Schutze der Gendarmerie eine Versammlung abhielten. Widerspruch in der Versammlung wurde nicht geduldet, sondern mit Schlägen u. Hinauswurf beantwortet. Als Antifaschisten vor dem Versammlungslokal mit Hochrufen auf die Volksfrontregierung manifestierten, wurden sie von der Gendarmerie mit grösstem Eifer auseinander getrieben. Die "Huma" fragt, wie lange die Regierung solche Provokationen noch dulden will. Wir verweisen auf ihre Haltung am 10. u. 11. Oktober u. fragen uns, worauf die KP dann eigentlich noch wartet, um endlich die Proleten zur Selbsthilfe aufzurufen.

ersch. wöchentlich

Bezugspreis pro Band Fr. 3.
Einzelheft 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 43/III, Jahrgang.

Vierte Oktoberwoche 1938

VOR DEM RADIKALEN PARTEITAG.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Man kann das Ergebnis des Biarritzer Parteitags der Radikalsozialisten schon heute im Grossen u. Ganzen voraussehen. Die Radikalsozialisten werden als Prolet für ihr Verbleiben in der Volksfront u. in der Regierung Blum neue, stärkere Garantien in bezug auf den Schutz der kapitalistischen Interessen u. die Verhinderung von Aktionen der Arbeiter fordern. Mit dieser ihrer Erpressermethode sind die Radikalen seit den Wahlen u. insbesondere auch in den letzten Tagen gegenüber den Arbeiterparteien ganz gut gefahren. Das zeigen z.B. die Rede, die Léon Blum am letzten Sonntag als Gast der Radikalsozialisten in Orléans hielt, und der Brief, den das ZK der KPF anlässlich des Biarritzer Parteitags an Daladier, den Präsidenten der radikalen Partei, gerichtet hat.

Léon Blum, die Radikalen u. die Volksfront.

Léon Blums Rede in Orléans war allerdings in einer Hinsicht eine Polemik gegen gewisse massgebende Führer der Radikalsozialisten. L. Blum wandte sich gegen ~~gewisse Führer der Radikalsozialisten~~ die u.a. von Chautemps in anders vertretene Tendenz, die KPF aus der Regierungsmehrheit hinauszuerwerfen, um dann die Basis des Kabinetts nach rechts zu erweitern. Während Chautemps erklärt hatte, dass man im Falle eines Bruchs zwischen Radikalsozialisten u. den Sozialisten zur Kammerauflösung schreiten müsse, sagte Blum, dass in der gegenwärtigen Kammer nur eine Regierung möglich sei, die sich auf die jetzige Mehrheit stütze u. dass bei jeder Änderung dieser Mehrheit, also auch im Falle eines Konfliktes mit der KPF, das Parlament aufgelöst werden müsse. Es ist nicht schwer zu verstehen, weshalb L. Blum so gesprochen hat. Obwohl die sozialistischen Führer eine systematische Kampagne gegen die KPF führen, halten die sozialistischen Arbeiter an der Einheitsfront mit ihren kommunistischen Klassenbrüdern fest, u. sie würden es heute nicht dulden, dass die SFIO mit der KPF bricht. Aber diese Stellung Blums bedeutet keineswegs, dass er u. die anderen SFIO-Führer Stützen der proletarischen Einheitsfront wären. Für Blum u. die Seine ist das Zusammengehen der Arbeiterparteien u. der Gewerkschaften kein Mittel, um die geeinte Klassenkraft des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie zur Geltung zu bringen, sondern ein Mittel, diese Klassenkraft u. fesseln u. sich der Arbeiterorganisationen als eines Hilfsorgans der gemeinsam mit der radikalen Kapitalistenpartei u. im Interesse der Kapitalistenklasse betriebenen Regierungspolitik zu bedienen. Es ist bezeichnend, dass Blum den Radikalen verhieß, dass man doch nicht gegen die CGT u. die KPF, vorgehen könne. Blum weiss also sehr gut, dass die CGT u. die KPF, wenn sie nicht durch die Volksfrontpolitik gefesselt wären, wenn sie, statt die elementaren Aktionen der Massen im Dienste der Blumschen Koalitionspolitik zu hemmen und zu bremsen, im Namen einer klassenkämpferischen Einheitsfrontpolitik den ausserparlamentarischen der Werktätigen organisierten u. führten, auch die sozialistischen Arbeiter trotz Blum, Salengro etc. mitgerissen werden, würden und die Bourgeoisie sich mitsamt ihren faschistischen Banden dieser Macht wehren müsste. Aber Blum ist der Ministerpräsident der französischen Bourgeoisie und deshalb rät er den Radikalen, die CGT u. die KPF nach wie vor mit Hilfe der Fessel der Volksfront- u. Koalitionspolitik gegen Kampfaktionen der Arbeiter auszuspielen.

Mit "Festigkeit" gegen Streiks.

In seiner Rede bemühte sich Blum ferner, den Radikalen neue Zusicherungen in bezug auf die Aufrechterhaltung der "Legalität" u. der "Ordnung", lies in bezug auf ein Einschreiten der Regierung gegen Streiks u. Betriebsbesetzungen, zu machen. Er erzählte eine Reihe von "Taten" auf, die die Regierung in dieser Hinsicht vollbracht habe. Es ist eine üble Huchelei, wenn Blum erzählt, dass

seiner Regierung bei der Räumung besetzter Betriebe mit "Festigkeit", aber "ohne Brutalität" vorgehe. Die Frauen u. Mädchen, die in Paris bei der Räumung einer Schokoladenfabrik von der Polizei Salengros misshandelt worden sind, zeigen, dass in Wirklichkeit die "Festigkeit" des bürgerlichen Staates gegenüber Arbeitern naturnotwendig zu Brutalitäten führt. Das Gegenstück zu der "Festigkeit", die Blum gegenüber Arbeitern an den Tag legt, ist seine pflaumenweiche Haltung gegenüber den faschistischen Provokateuren. Obwohl die Faschisten immer frecher werden, hat Blum es nicht für nötig gehalten, in seiner programmatischen Rede in Orléans zu sagen, welche konkreten Massnahmen er gegen die faschistischen Organisationen zu ergreifen beabsichtige. Das bedeutet, dass die Regierung nachwievor das Treiben der Faschisten dulden will.

Da jetzt die Kammerauflösung zur Debatte gestellt ist, ist es ganz nützlich, wenn die Arbeiter zu dieser Frage Stellung nehmen. Es sei dabei erinnert, dass die SFIO kurz nach den Wahlen erklärt hatte, sie sei unter Umständen bereit, auch eine reine SFIO-Regierung zu bilden. Das Richtige wäre heute, dass die Arbeiterparteien sich nicht im Namen der Volksfront von den Radikalen zu Massnahmen erpressen lassen sollten, die den Interessen der Arbeiter widersprechen, sondern dass sie sich von der Fessel der Volksfrontpolitik freimachen, der Radikalen den Stuhl vor die Tür setzen u. gestützt auf einheitliche ausserparlamentarische Massenaktionen auch die Durchführung von Neuwahlen durch eine reine SFIO-Regierung ins Auge fassen sollten.

Die KPF an die Radikalen.

Die KPF spielt in dieser Situation eine mehr als klägliche Rolle. Ihr Brief an Daladier, der in einem unterwürfigen Bittschreibenstil verfasst ist, über den sich die bürgerliche Presse lustig macht, dieser Brief ist nichts als eine einzige Bitte um gutes Wetter bei den radikalen Unternehmensvertretern u. Repräsentanten. Die KPF beruft sich dabei auf ihr regierungsfremdes Wohlverhalten, zitiert Erklärungen von Thorez u. Frachon gegen Streiks u. Betriebsbesetzungen u. erklärt:

"Wie Sie glauben wir, dass die öffentliche Ordnung unerlässlich ist u. zwar umso mehr, als es sich darum handelt, die Bedingungen eines wirtschaftlichen Wiederaufschwungs des Landes zu schaffen. Die öffentliche Ordnung kann natürlich nicht ausserhalb der Achtung des Gesetzes gedacht werden u. deshalb sind wir sicher, uns in vollkommener Übereinstimmung mit ihnen zu befinden, u. wir fordern, dass die Gesetze von allen geachtet werden müssen, wie das Privateigentum, die Frucht der Arbeit u. der Sparsamkeit geachtet werden muss."

Dieses vom Z.K. der KPF unterzeichnete Gemisch aus bürgerlichen Phrasen beleuchtet die tiefe, allen Prinzipien des Kommunismus ins Gesicht schlagende Selbsterniedrigung der kommunistischen Partei. Das Wiederkäuern der bürgerlichen Ordnungsprasen durch die KPF ist blamabel, dumm u. schädlich zugleich, denn diese Ordnungsprasen werden von der gesamten Bourgeoisie, von den Radikalen bis zu den Faschisten, gegen alle Regungen des proletarischen Klassenkampfes ins Feld geführt. Die KPF unterstützt, indem sie die Ordnungsprasen der Bourgeoisie nachbetet, objektiv die Ordnungshetze der Bourgeoisie gegen die Arbeiter.

Indem sie als regierungsfremde Ordnungspartei auftritt, macht die KPF sich in den Augen der Bourgeoisie lächerlich u. diskreditiert sie sich bei den werktätigen Massen. Wir haben schon in der letzten Nummer der "Arbeiterpolitik" erwähnt, dass die Anarchisten auf Kosten der KPF anwachsen.

Wie lange werden die KPF-Arbeiter sich noch die blamable, dumme u. schädliche Politik ihrer Führung gefallen lassen?

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

KATHOLISCHE KIRCHE UND FASCHISMUS.

oo

Der Auftrieb des Faschismus im Elsass, wo die faschistische Bewegung neben der Vendée u. der Bretagne, den traditionell reaktionärsten Gegenden Frankreichs, wohl die stärkste Massenbasis hat, ist nicht zu erklären, ohne die Rolle, die die katholische Kirche dabei spielt, in Betracht zu ziehen. Die katholische Kirche ist im Elsass die Wegbereiterin des Faschismus, sie ist sein bestes Propagandainstrument, ihre Organisationen sind seine stärksten Stützpunkte. Ohne die katholische Kirche u. ihre Massenorganisationen, ohne die UFR, die einflussreichste katholische Partei, wäre die faschistische Bewegung im Elsass von weitaus geringerer Bedeutung, als sie es unter den gegenwärtigen Umständen ist.

Wie ist diese Zusammenarbeit zwischen Faschismus u. Katholizismus zu erklären, wie kommen faschistische Bewegung und katholische Kirche zusammen?

Das deutsche Beispiel.

Die KPF glaubt, die katholische Kirche für den Kampf gegen den Faschismus gewinnen zu können, sie kommt ihr mit "ausgestreckter Hand" entgegen u. beschwört sie, sich auf die Seite der antifaschistischen Bewegung zu stellen. Die KPF beruft sich dabei mit Vorliebe auf das deutsche Beispiel, auf das Schicksal der katholischen Kirche in Hitlers Deutschland, auf die zeitweise gespannten Beziehungen zwischen katholischer Kirche u. Nazis. Nichts wäre jedoch falscher, als das Verhältnis zwischen dem deutschen Katholizismus u. dem Nationalsozialismus zu verallgemeinern u. aus ihm die prinzipielle Stellung der katholischen Kirche zum Faschismus ableiten zu wollen. Denn in Wirklichkeit ist die Stellung des deutschen Katholizismus zum Nationalsozialismus ein Sonderfall, der nur zu erklären ist aus der besonderen Lage der katholischen Kirche in Deutschland, u. dabei ist auch hier die katholische Kirche kein Gegner des Faschismus, sondern nur seiner Kirchenpolitik.

Die Beziehungen zwischen der katholischen Kirche u. den Nazis waren schon, ehe die NSDAP zur Macht kam, sehr schlecht. Die Nazi-Partei war von jeher - u. ist es auch heute noch trotz gelegentlichen diplomatischen Neutralitäts-erklärungen ihrer Führer gegenüber der katholischen Kirche - antikatholisch eingestellt: einmal in der Hinsicht, dass sie ideologisch an den antikatholischen preussisch-gefärbten Nationalismus anknüpft, zum anderen insofern, als ihre Kadern vorwiegend nichtkatholisch sind u. sich ihre Anhänger hauptsächlich aus evangelischen Gegenden rekrutieren. Die Nazi-Führer sind meistens von Haus aus Protestanten, Hitler gehört zwar der katholischen Kirche an, aber er ist kein praktizierender Katholik, Goebbels ist sogar exkommuniziert worden. Dazu kommt, dass die katholische Kirche in Deutschland die Kirche einer Minderheit der Bevölkerung ist. Trotzdem sie nur etwa ein Drittel der Bevölkerung umfasst, nahm sie in der Weimarer Republik eine privilegierte Stellung ein. Das Zentrum, die katholische Partei, war die bürgerlich-republikanische Partei im Staate von Weimar, die in allen Regierungen dieser Epoche führend beteiligt war. Mit Hilfe des Zentrums erhielt die katholische Kirche in der Weimarer Republik Privilegien, wie sie sie vorher in Deutschland nie besessen hatte. Die Macht-ergreifung durch die Nazis zerstörte zu einem grossen Teil die privilegierte Stellung der katholischen Kirche. Ihre wichtigsten Massenorganisationen, wurden teils zerschlagen, so das Zentrum u. die christlichen Gewerkschaften, teils in ihrer Wirkungsmöglichkeit stark eingeschränkt u. gehemmt, so die Jugendorganisationen u. die sozialen u. kulturellen Vereine. Der Einfluss der Katholiken in den wichtigsten Verwaltungszweigen wurde vernichtet, eine heftige ideologische Kampagne gegen die katholische Weltanschauung entfesselt, Polizeimassnahmen gegen katholische Führer u. Geistliche ergriffen usw. usw.

Trotz den Schlägen der Nazis gegen die Machtposition der katholischen Kirche haben die führenden Instanzen des deutschen Katholizismus nur schwächlich auf die Vorstösse der Nazis reagiert und sich auf eine ideologische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in rein kirchlichen Fragen beschränkt, sie sind nie als prinzipielle Gegner des Nazistaates aufgetreten, sie haben jedes Zusammengehen mit der antifaschistischen Bewegung in Deutschland aufs Entschiedenste abgelehnt.

Das deutsche Beispiel zeigt, dass selbst dort, wo die katholische Kirche durch die Errichtung einer faschistischen Diktatur nur verlieren kann u. verliert, sie keine antifaschistische Kraft ist. Erst recht gilt das für Länder, in denen die katholische Kirche die Kirche der Mehrheit der Bevölkerung ist. Hier ist die katholische Kirche nicht nur nicht eine Gegnerin des Faschismus, sondern eine seiner stärksten Stützen, wie Österreich, Italien u. Spanien zeigen. In diesen Ländern kann die katholische Kirche durch die faschistische Diktatur nur gewinnen (siehe den Lateranvortrag, durch den Mussolini der katholischen Kirche Italiens grosse Privilegien zuschanzte). Sie begünstigt hier den Machtaufstieg des Faschismus u. verteidigt ihn als Mittel zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Privilegien u. ihres Masseneinflusses.

Die Politik des Vatikans.

Der Vatikan richtet sich nun in seiner Politik nicht nach den Ländern, in denen die katholische Kirche nur die Rolle einer Minderheitskirche spielt wie

in Deutschland u. England, wo die katholische Kirche fürchtet, dass eine faschistische Diktatur in England sich die Losung "No Popery", "Gegen den Papst" zu eigen macht, und deshalb eine bürgerlich liberale Haltung bezieht ähnlich wie die katholische Kirche Deutschlands vor 1933. Der Vatikan betreibt eine katholische Weltpolitik, innerhalb dieser die katholische Kirche in Deutschland u. in England eine verhältnismässig geringe Rolle spielt u. die katholischen Länder wie Spanien, Österreich, Frankreich, Italien bestimmen diese Politik. Seitdem in diesen Ländern die Beziehungen zwischen katholischer Kirche u. Faschismus immer enger werden, tritt der Vatikan immer offener als Verbündeter des Faschismus auf, unterstützt er die faschistische Offensive gegen Kommunismus, gegen die Arbeiterbewegung, gegen die Sowjetunion. Unter dem Druck dieser profaschistischen Politik des Vatikans hat selbst die katholische Kirche in Deutschland kürzlich eine Schwankung in ihrer Haltung zum Nationalsozialismus vollzogen. Die deutschen katholischen Bischöfe haben sich offiziell mit der antibolschewistischen Hetzkampagne der Nazis solidarisiert u. auf dieser Basis sogar die bescheidene Opposition, die sie bisher in den kirchlichen Fragen gegen das Naziregime machten, eingestellt.

Die katholische Kirche in Frankreich.

In Frankreich spielt die katholische Kirche eine traditionell reaktionäre Rolle. Wo immer eine reaktionäre Bewegung auftrat, da hatte die katholische Kirche eine führende Rolle in ihr. Während der französischen Revolution war sie eine der Hauptorganisatoren des Vendéeaufstandes. Als Napoléon I. seine Diktatur organisierte, söhnte sie sich mit ihm aus, schloss das Konkordat ab u. wurde eine Stütze des Bonapartismus. Der Restauration von 1815 brückte sie ihren finsternen Stempel auf. Napoléon III. konnte sein verhasstes Regime nur dank seiner guten Beziehungen zur Kirche aufrechterhalten. In der III. Republik war die katholische Kirche an allen reaktionären Bewegungen beteiligt, sie war die Inspiratorin der Herrschaft des "ordre moral" unter Mach Mahon, sie schloss sich dem Boulangerismus an, sie hatte ihre Finger in der Dreyfussaffaire. Heute ist der Führer der grössten katholischen Organisationen Frankreichs, der General Castelnau, ein wütender Chauvinist, einer der einflussreichsten Praktiker der faschistischen Bewegung. Der französische Katholizismus begünstigt den Faschismus, weil er hofft, in einem faschistischen Regime das seinerzeit verlorene Terrain zurück gewinnen, die Trennung von Staat u. Kirche aufheben zu können, so wie das im faschistischen Italien geschehen ist.

Die besondere Rolle der katholischen Kirche im Elsass.

Im Elsass spielt die katholische Kirche eine besondere Rolle, die mit ihrer Sonderstellung zusammenhängt. Die elsässische katholische Kirche nimmt eine Herrschaftstellung ein wie sie die katholische Kirche in Innerfrankreich nicht besitzt. Die elsässische Kirche ist nicht nur dank den Staatsgeldern reich, sie verfügt auch dadurch, dass ihr die Schule, das Gesundheitswesen, viele soziale Einrichtungen usw. ausgeliefert sind, über einen gewaltigen Macht- u. Einflussbereich. Gestützt auf ihre materiellen Vorteile, ihre Machtstellung im Bildungswesen u. in der Sozialpolitik, tritt die katholische Kirche im Elsass auch mit dem Anspruch auf, im politischen Leben des Landes die erste Geige zu spielen.

Seit der mächtigen Juni-Bewegung, die die elsässische Arbeiterschaft mit der französischen Arbeiterbewegung im gemeinsamen Kampf zusammenführte, hat sich des elsässischen Klerus eine grosse Angst bemächtigt, nämlich die Angst, dass der gemeinsame Kampf der elsässischen Arbeiterschaft mit den Arbeitern Innerfrankreichs zur Folge haben werde, dass die die laizistische ~~Erneuerung~~ Gesetzgebung, die Trennung von Staat u. Kirche (die allerdings in Frankreich auch nur unvollständig ist, da sie im Rahmen des bürgerlichen Staates erfolgt ist) auch auf das Elsass angewandt wird. Die elsässische Kirche zittert um ihre Reichtümer u. Pfünden. Diese Angst um ihre Vorrechte ist es, die in erster Linie die wütende Hetzkampagne der Kirche in Elsass gegen alles, was mit Arbeiterbewegung zu tun hat, bestimmt, die die Kirche zur Führerin der elsässischen Faschisten macht.

Den katholischen Massen, auf die die Kirche dank ihrer privilegierten Stellung im Elsass noch einen grossen Einfluss ausübt, versucht der Klerus allerdings weiszumachen, dass es sich bei seinem Kampfe gegen Kommunismus u. Sozialismus nicht um "irdische Güter" handle, sondern um ihren Glauben, um die Freiheit ihrer

religiösen Überzeugung. Um die katholischen Gläubigen gegen die Arbeiterbewegung aufzuhetzen, schreit der Klerus nicht vor den schmutzigsten Verleumdungen u. Lügen zurück, fälscht er bewusst die Stellung des Kommunismus zu Religion u. Kirche.

Unsere Stellung zu Religion u. Kirche.

Die Kommunisten sind prinzipielle Gegner der Religion u. der Kirche, sie führen einen kompromisslosen Kampf gegen die Religion. Aber sie führen ihn mit geistigen Mitteln, mit der Waffe der Weltanschauung des dialektischen Materialismus. Sie lehnen jede staatliche Gewaltpolitik gegen das innere Leben der Kirche ab. Sie sichern den Gläubigen die Möglichkeit, ungestört u. ruhig Gottesdiensten, religiösen Übungen usw. zu folgen, die religiöse Literatur zu lesen etc. etc. Womit die Kommunisten Schluss machen werden, das ist mit der Herrschaftsstellung der Kirche, ihrer Unterstützung durch den Staat, ihrer Beherrschung der Schule, der Sozialfürsorge usw. u. ihrer politischen Machtansprüche. Die Kirche soll sich auf das rein innerkirchliche Leben beschränken, auf die religiöse Betreuung der Gläubigen. Die Kirche soll nicht Staatsgelder beanspruchen, sondern von der materiellen Unterstützung ihrer Anhänger leben.

Die klerikale Presse des Elsass versucht, ihre Hetze gegen die Arbeiterbewegung mit allerlei Greuelnachrichten über "Katholikenverfolgungen" in Spanien, mit Schwindelmeldungen über die "Kriegspläne" Moskaus usw. usw. zu begründen. Wir werden uns in den nächsten Nummern der "Arbeiterpolitik" im einzelnen mit den Lügen der klerikalen Presse beschäftigen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Zum spanischen Bürgerkrieg:

SCHLUSS MIT DEM NICHTEINMISCHUNGSSKANDAL!

oo

Als das Nichteinmischungsabkommen unterzeichnet wurde, schrieb wir:

"Die Arbeiter dürfen sich keinerlei Täuschungen über die internationale Anwendung der Nichtinterventionspolitik gegenüber Spanien hingeben. Die deutschen u. italienischen Faschisten werden den Vortrag über die Nichtintervention ebenso achten, wie sie sonst internationale Abkommen achten, und man kann so gegen sie wotten, dass sie die meuternden spanischen Generale nachwievorn, wenn auch vielleicht nicht mehr so offen wie bisher, mit Kriegsmaterial beliefern werden. Dagegen ist die Versorgung der spanischen Antifaschisten mit Waffen jetzt noch mehr erschwert worden, da das Verbot der Waffenlieferungen für die spanische Regierung nunmehr nicht bloss auf Massnahmen einzelner Regierungen zurückgeht, sondern Gegenstand eines internationalen Abkommens ist".

Die Tatsachen haben diese Voraussage leider bei weitem übertroffen. Zählen wir hier einige dieser Tatsachen auf.

Louis Fischer schreibt in der "Welt" "uhne":

"Bis zu einem gewissen Grade ist das (die Frage des Sieges) eine Frage der Artillerie u. der Flugzeuge... Oft sieht es so aus, als ob fünfzig Flugzeuge der Regierung in kürzester Frist zum Siege verhelfen könnten. Ein paar Dutzend Flugzeuge könnten in dem gegenwärtigen Stadium des Bürgerkrieges entscheidend eingreifen. Die Regierung hat Gold u. Piloten genug, aber wegen des sogenannten Neutralitätspaktes kann sie die notwendigen Maschinen nicht kaufen. Vor ein paar Tagen sprach ich mit Vincente Patriarcha, einem 23 jährigen Italiener u. faschistischen Flieger, der hier... in Kriegsgefangenschaft geriet... Wie mir Patriarcha erzählte, kam er in einer Staffol von fünf Maschinen aus Genua. Er sah vierundzwanzig italienische Fiats u. Savoias in Sevilla. Aber es gibt ihrer mehr in Sevilla, ungerechnet die deutschen Flugzeuge. Gestern spielte ich auf dem Madrider Flugfeld mit den Handgriffen an den Maschinengewehren u. Geschütztürmen des riesigen Junkersapparates, der sich seinerzeit auf dem Flug nach Sevilla hierher verirrt u. beschlagnahmt wurde."

"Vorgestern, bei Olias des Rey, beschoss Regierungsartillerie das 5 Kilometer entfernte Dorf Bargas. Ich wollte von den Milizen wissen, warum auf das Bombardment kein Angriff erfolgte. Die Mauren haben Maschinengewehre, so sagten sie, wir haben nichts als ein paar Stutzen."

Der Sonderkorrespondent der "Basler National Zeitung" meldet seiner Zeitung am 6. Oktober von der Insel Ibiza:

Am 18. September -also nach Unterzeichnung des Nichteinmischungspaktes- erschien im Hafen ein italienisches Kriegsschiff, das eine Gruppe schwer bewaffneter Matrosen landete. Unter der Führung einiger Offiziere wurde die ganze Stadt durchsucht... worauf das Schiff wieder Richtung Mallorca abfuhr. Am 19. 9. landeten endlich 200 Mann aus Mallorca; als erster beirat der italienische Conte Rossi mit einer Funfertschaft italienischer Faschisten das Land. Das erste Werk war die Erschiessung von Dreizeh Arbeitern...

Vor dem engl. Untersuchungskommission zur Feststellung der Verfehlungen gegen den Nichteinmischungspakt, verlas ein konservativer engl. Offizier den Brief eines "nicht-roten" Bekannten von Mallorca, in dem es u. a. heisst:

"Mallorca befindet sich völlig in den Händen der Italiener. Ständig liegen im Hafen italienische Kriegsschiffe, und mindestens jede Woche erscheinen Schiffe, aus denen man Gewehre, Aeroplane, Bomben u. Luftabwehrgeschütze ausladet, die später nach dem Hauptquartier der Rebellen transportiert werden. Nicht nur, dass italienische Flieger, Soldaten, Matrosen u. Offiziere als Besitzer der Insel auftreten. Der Oberkommandierende der Streitkräfte auf Mallorca ist der italienische Graf Rossi..."

Viscount Churchill, der eine Rote-Kreu- Expedition nach Katalonien begleitete, war Zeuge eines Luftangriffs auf das Dorf Las Casas. Unter den Trümmern der bombardierten Häuser wurde eine Bombenhülle mit der Aufschrift BHS gefunden. Sachverständige im englischen Kriegsministerium teilten ihm mit, dass dies eine Abkürzung der Fabrikmarke der Deutschen Rheinischen Stahlwerke sei.

William E. Dodd, der Sohn des amerikanischen Botschafters in Berlin, teilte der Untersuchungskommission mit, dass er im Hafen von Vigo am 25. 9. 36. der Ausschiffung eines Bataillons, bis an die Zähne bewaffneter Faschisten beobachtet.

Im Kontor des englischen Konsuls von Vigo erfuhr er von einem Beamten, dass am 28. 8. ein italienischer Dampfer im gleichen Hafen 20 vollkommene ausgerüstete Bombenflugzeuge in Begleitung ihrer Piloten ausgeladen hatte.

Gleichzeitig traf er Augenzeugen eines Transportes, der in der ersten Septemberwoche von der Hafenstadt Cadix über zwanzig deutsche Piloten mit ihren Flugzeugen nach Sevilla geführt hatte.

Die rechtmässige Regierung aber wird von der Volksfrontregierunq blockiert.

Gegenüber der rechtmässigen span. Regierung aber wurde der Nichteinmischungspakt mit einer solch aufreizenden Gewissenhaftigkeit durchgeführt, dass die Kaufverträge über Waffen, die die spanische Regierung lange vor dem Inkrafttreten des Paktes über die Nichteinmischung abgeschlossen hatte, annulliert wurden. Und die Volksfrontregierung Frankreichs stand dabei an der Spitze!

Heute weiss man auch, dass den antifaschistischen Milizen bei Irun deshalb die Munition ausging, weil der Präfekt des Départements Basses-Pyrénées unter dem Vorwand der Neutralität einen Zug mit Kriegsmaterial u. Munition anhält, der von Barcelona kommend durch Frankreich fuhr.

Berlioz berichtet in der "Rundschau", dass er bei Alto de León Kommandanten sah, die darüber weinten, dass sie keine Artillerie hatten, um die feindlichen Maschinengewehrnetze zum Schweigen zu bringen, von denen aus ihre Leute bei der geringsten Bewegung niedergemäht wurden.

Die Geschosse, mit denen in Oviedo die Bergarbeiter beschossen wurden, sind deutsche Erzeugnisse aus Reinsdorf u. Bitterfeld und die Bomber, die bei Oviedo die Regierungsartillerie zum Schweigen brachten, sind deutsche u. italienischer Herkunft.

Die Volksfrontregierung fällt der SU in den Rücken.

Diese aufreizenden Tatsachen haben die Haltung der Regierung Blum nicht zu ändern vermocht. Das Telegramm der belgische Parteifreunde Léon Blum und die geänderte Haltung der englischen Arbeiterpartei, wie der Vorstoss der Sowjetregierung haben die Volksfrontregierung nicht veranlasst, von ihrer Politik der Erdrosselung der spanischen Antifaschisten abzuweichen. Im Gegenteil. Auf

billig zu arbeiten. Und dann mögen sie dieses Geheimnis anwenden. Vielleicht kommen sie beim Nachdenken sogar zu der Überzeugung, dass Rationalisierung und Kollektivisierung in ihrem Gewerbe das geeignete Mittel wäre um sich selbst und den werktätigen Kunden einen Dienst zu erweisen. Die Folge davon wäre sicher, dass sich auch die Arbeiterfrauen u. Mädchen öfters und nicht nur an ganz besonderen Festtagen Dauerwellen machen liessen.

Graf de Lousse als Berater der Volksfrontregierung. In einer Mitgliederversammlung der SFIO-Colmar erklärte der Parteisekretär Mersch zur Elsass-Politik der Regierung, wie sie u. a. im Verbot der KP-Versammlungen zum Ausdruck kam:

"Die Rolle, welche unser Volksfront-Unterstaatssekretär Herr de Tossan in dieser Angelegenheit spielte, bleibt noch festzustellen, aber ganz bestimmt hat sich dieser Herr von gewisser Seite ganz gewaltig einsoffen lassen und sehr wahrscheinlich seine Informationen beim feudalen Herrn Comte de Lousse geholt. Dieser Feststellung mag vielleicht überraschen und vorstimmen, aber sie ist unumgänglich notwendig geworden, nachdem wir zum Überfluss noch den untrüglichen Beweis besitzen, dass derselbe Herr de Tossan sich verpflichtet fühlt, die elsässische Mandelpolitik fortzusetzen. Aber wir haben nicht den Willen, hier noch länger stillschweigend zuzusehen, wie die Volksfrontregierung in der schamlosesten Weise bekämpft wird."

Der Maire von Colmar gab dann namens der Versammlung den absoluten Willen kund, hier Klarheit zu schaffen um jeden Preis, denn die Soz. Partei wird sich durch ein unangebrachtes Stillschweigen nicht zum Mitschuldigen machen lassen an Zuständen, welche schon viel zu lange gedauert haben.

Wir konstatieren: Der Volksfrontminister für Elsass-Lothringen lässt sich vom Comte de Lousse, dem Freund des Herrn Oberkirch und Senator der Marinogruppe informieren und treibt die Mandelsche Politik weiter. Netze Kringe-stände.

Hueber u. Mourer auf "geraden" Wegen. Mourer u. Hueber haben nach ihrer Reise zu Herrn Rippenrop das Bedürfnis gehabt, ihren Mitgliedern etwas über ihren Weg zu berichten. Vor mässig besuchter Versammlung geschah dies. Sie haben aber weniger über ihren Weg, als über den Weg der KPF und den der "imperialistischen" Sowjetunion berichtet, die sie ganz im Stil unserer Faschisten und Klerikalen der Kriegshotze gegen das "friedliche" Deutschland bezichtigten, jenes Deutschlands, das in Spanien bereits als kriegführende Macht gegen die spanischen Arbeiter mit Bombenflugzeugen in Erscheinung tritt. Darüber allerdings haben die Mourer u. Hueber auf ihren "geraden" Weg nichts zu sagen gewusst. Anscheinend deshalb, weil ihre "gerader" Weg der gerade Weg zum Antibolschewismus und Faschismus ist. Es ist nur traurig, dass sich Leute wie Hinkor von solchen Phrasen beeindruckt lassen. Merkt er denn nicht, dass die Hueber u. Mourer bereits längst eine Karte im Spiel der elsässischen Reaktion sind? Hat der eine lange Leitung!

Aus der Bewegung. Einem äusserst interessanten Vortragsabend hielt am vergangenen Donnerstag unsere Gruppe ab, als Einleitung für die Winter-Saison. Derselbe war gut besucht. Der Referent, ein besonderer Kenner der spanischen Verhältnisse und Mitglied des IVKO-Büros vorstand es ausgezeichnet, uns ein eindrucksvolles Bild der spanischen Revolution zu geben und die Politik der französischen Regierung vom marxistischen Standpunkt einer positiven Kritik zu unterwerfen. Die Diskussion war regsam und gestaltete sich ebenso interessant. Es bestätigt sich immer augenscheinlicher die Richtigkeit der IVKO-Politik, wie sie sie bereits in ihrem Flugblatt vom Juni dieses Jahres zum Ausdruck brachte.

Wir ersuchen unsere Mitglieder und die Freunde unserer Bewegung regelmässig unsere Vortragsabende zu besuchen und Sympathisierende mitzubringen.

Eine Wendung um 180 Grad. Thorez hat in seiner Rede in Strasbourg erklärt, dass heute, angesichts der faschistischen Gefahr, die KPF entschlossen das els. loth. Volk gegen jeden Trennungsversuch aufrufe. Er appellierte an die Einigkeit des els.-loth. Volkes mit dem franz. Volk im Schosse der französischen Demokratie.

Nachdem Thorez noch vor einem Jahr die nationale Frage zur Zentralachse der Politik in Els.-Loth. machte und Bündnispolitik unter Ausschluss der Radikalen u. Weill-Grumbach mit Hueber, Rossé usw. machen wollte, ist er jetzt glücklich auf dem Standpunkt derjenigen angekommen, die er damals die Stützen des Imperialismus bezeichnete. Es geht doch flugs bei den grossen Führern.

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs 7.
Einzelnummer 50 Centime

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 44/III. Jahrgang.

Fünfte Oktoberwoche 1936.

NACH DEM BIARRITZER PARTEITAG.

oo

Der Biarritzter Parteitag hat, wie das auf radikalen Kongressen üblich ist, mit der einstimmigen Annahme einer Resolution geendet, deren Inhalt dem entspricht, was die massgebenden Führer der Partei schon vorher im engen Kreis als "Ergebnis" des Parteitages ausgemacht hatten.

In Angers hatte Chautemps die Frage eines eventuellen Hinauswurfs der KPF aus der Regierungsmehrheit angeschnitten; Léon Blum hatte dies jedoch in seiner in Orléans gehaltenen Rede abgelehnt. Damit war das Ergebnis von Biarritz festgelegt: die Radikalen bleiben vorderhand in der Volksfront u. der Regierung Blum; gleichzeitig verschärfen sie ihre Bedingungen für eine Zusammenarbeit mit den Arbeiterparteien; sie sind entschlossen, die Arbeiterorganisationen auch weiterhin nach allen Regeln der Kunst im Interesse des Kapitals zu erpressen.

Dass die Radikalen es in Biarritz abgelehnt haben, die Volksfront zu sprengen, um die "union nationale" in der einen oder anderen Form wiederauferstehen zu lassen, liegt nicht so sehr an der "weisen Mässigung" der SFIO und der KPF, auf die deren Führer so stolz sind, als dem Druck, dem die radikale Kapitalistenpartei seitens der Arbeitermassen u. seitens ihrer eigenen werktätigen Anhänger ausgesetzt ist. Auf dem Parteitag plädierte Guornut gegen ein Bündnis mit den Rechtsparteien mit dem Argument, dass die Arbeiterschaft die Bildung einer Rechtsregierung nicht ruhig hinnehmen würde. Andere Redner gaben zu verstehen, dass ein Bruch der Radikalen mit der Volksfront unvermeidlich zur Spaltung der eigenen Partei führen würde. Insbesondere Daladier wies nachdrücklich darauf hin, dass die Volksfront jetzt notwendig sei, um die Massen der radikalen Wähler bei der Stange zu halten u. dass bei einer Sprengung der Volksfront in der heutigen Situation grosse Teile von ihnen nach links abmarschieren würden.

Dieses Eingeständnis der Daladier usw., dass die Volksfrontpolitik der Arbeiterparteien die Gewinnung der werktätigen Anhänger der Radikalen Partei für die Arbeiterbewegung hindert u. ein Mittel ist, diese Werktätigen am Gängelband ihrer kapitalistischen Führer zu halten, ist allein für sich ein Beweis dafür, dass SFIO u. KPF keine Ursache haben, auf das Ergebnis von Biarritz stolz zu sein u. sich deswegen etwas auf ihre Volksfrontpolitik einzubilden.

Die Radikalen, eine kapitalistische Partei.

Biarritz hat aber noch mehr gezeigt. Es hat gezeigt, dass es eine grobe Täuschung der Arbeiter ist, wenn man die Tatsache, dass die radikale Partei entschlossen ist, das kapitalistische System, die kapitalistische Ausbeutung mit allen Mitteln zu verteidigen, dass sie ein erbitterter Feind des proletarischen Klassenkampfes, ein Gegner jeder selbstständigen Aktion der Arbeiter ist, wenn man diese Tatsache zu beugnen, zu verschweigen oder auch nur zu vertuschen oder abzuschwächen sucht. Alle Redner, ganz gleich ob sie für oder gegen die Volksfront waren, haben in Biarritz gegen Streiks u. Betriebsbesetzungen gewettert, gegen Betriebsbesetzungen, weil sie den Paragraphen des bürgerlichen Rechts widersprechen (auf Grund irgendwelcher Paragraphen ist ja z. B. die CGT noch in der Nachkriegszeit für illegal erklärt worden), gegen Streiks, weil sie zwar legal seien, aber nach Auffassung der radikalen Politikanten die "Ruhe" der kapitalistischen Profitmacher stören.

Biarritz hat weiter bewiesen, dass die radikale Partei alles andere als eine Kraft ist, auf die man sich in Bezug auf den Kampf gegen den Faschismus vor-

lassen kann. Man hat versucht, die Demonstration einer Reihe von Delegierten, die mit dem Faschistengruss grüßten, damit abzutun, dass man erklärt, es seien dies Leute gewesen, die eigens für den Parteitag mit Mitgliedskarten der radikalen Partei versehen worden waren. Mag sein, aber auch so ist der Antifaschismus einer Partei, in der so etwas möglich ist, eine sehr zweifelhafte Sache. Um Roche, den Wortführer der Kommunistenfresser in der radikalen Partei, sitzt eine Garnitur von Leuten, die mit faschistischen Ideen sympathisieren, bzw. mit faschistischen Kreisen zusammenhängen. Die Querverbindungen, die zwischen der radikalen Partei und dem Lager des Faschismus bestehen, können im Ernstfall noch allerlei Überraschungen mit sich bringen.

Ferner lehrt Biarritz, dass auf die Radikalen, die eine Partei des französischen Imperialismus sind auch in Bezug auf den Kampf um die Erhaltung des Friedens kein Verlass ist. Ihre Entschliessung tritt für weitere Aufrüstung ein. In Bezug auf die Aussenpolitik hat Herriot erklärt, dass man unter allen Umständen mit dem englischen Imperialismus durch dick u. dünn gehen müsse. Den Pakt mit der Sowjetunion verteidigte Herriot, der noch der sowjetfreundlichste unter den Radikalen ist, nur zielich lau. Was für Sorte Sicherung des Friedens von einem bedingungslosen Zusammengehen des französischen u. des englischen Imperialismus zu erwarten ist, das zeigt die sogenannte "Nichtinterventionspolitik" gegenüber Spanien, die ja die Frucht eines solchen Zusammengehens ist. Auf dem Parteitag von Biarritz war übrigens die schändliche "Nichtinterventionspolitik" Trumpf u. als ein Delegierter die Absicht äusserte, gegen diese Politik zu sprechen, liess man ihn nicht zu Worte kommen.

Die letzten Reden Blums in denen er wieder für "Ruhe u. Ordnung" eintrat und die Finanzprojekte Auriols, die bezuolnenderweise von der Pariser Börse lobhaft herrüsst worden sind, zeigen, dass die SWIO-Minister treu die "Anweisungen" der Radikalen befolgen u. sich nach den Wünschen richten, die der Biarritzer Parteitag im Namen der französischen Bourgeoisie an die Volksfront u. deren Regierung gerichtet hat. Die Volksfront ist eine neue Festätigung der alten Wahrheit, dass bei der Koalitions politik die Bourgeoisie kommandiert u. die Arbeiter das Nachsehen haben.

-o-o-c-o-o-o-o-o-o-o-

DER SPANISCHE BÜRGERKRIEG, DIE FRANZOSISCHE REVOLUTION
oo
UND DER ELSSASSISCHE KATHOLIZISMUS.
oo

Seit dem Ausbruch des spanischen Bürgerkriegs versucht die klerikale Presse des Elsass, aus den Ereignissen, die sich in Spanien abspielen, Kapital für ihre Kommunistenhetze zu schlagen. Um das zu bewerkstelligen, muss sie natürlich mit Lügen u. Fälschungen arbeiten u. den katholischen Massen ein entstelltes Bild des spanischen Bürgerkrieges zeichnen. Die Hauptrolle in der klerikalcn Verleumdungskampagne gegen die spanischen Arbeiter u. Bauern spielt das Argument von den angeblichen Katholikenverfolgungen. Die Klerikalen stellen es dar, als ob der antifaschistische Kampf in Spanien in erster Linie ein Kampf gegen alles Katholische sei, als ob jeder gläubige Katholik gewürgt sein müsse, von den antifaschistischen Milizionären aufs grausamste zu Rode gemartert zu werden. Nach der Lesart der klerikalcn Presse bestehen die antifaschistischen Milizen aus lechter Mordbrennern u. Lustmördern, die aus "Spas an der Freude" Kirchen u. Klöster in Brand stecken u. "friedliche" Priester u. Nonnen ermorden.

Als Schlussfolgerung kann man dann in der klerikalcn Presse lesen, dass Kirchenverbrennungen u. Priestererschliessungen ein kommunistisches Prinzip seien, dass in allen Ländern die proletarische Revolution damit beginnen werde, also auch in Frankreich u. insbesondere im Elsass.

Warum Kirchenverbrennungen in Spanien?

Wir Kommunisten leugnen nicht, dass in Spanien Kirchen verbrannt u. Priester erschossen worden sind u. dass der bewaffnete Kampf der spanischen Werktätigen sich z.T. auch gegen die katholische Kirche richtet. Aber diese gewaltsamen Massnahmen gelten nicht der Kirche als religiöser Institution, nicht der katholischen Religion selber, nicht dem Priester, der sich auf die Ausübung seiner religiösen Funktionen beschränkt. Dieser Kampf gilt vielmehr der katholischen Kirche als wirtschaftlicher Ausbeutungsmacht u. ihrer politischen

Machtstellung als Bollwerk der Reaktion. In der Tat, wenn man die Kampfmittel, die die spanischen Antifaschisten gegen die katholische Kirche anwenden, verstehen will, muss man sich über die besondere Rolle, die die katholische Kirche in Spanien gespielt hat u. noch spielt, klar werden.

Die Rolle der katholischen Kirche Spaniens.

Spanien ist überwiegend ein Agrarland, in dem noch zahlreiche Überreste feudaler Verhältnisse vorhanden sind. Das Land gehört Grossgrundbesitzern; die Millionenmasse der Bauern lebt in tiefster Armut, in grösstem Elend, durch schlechtbezahlte Arbeit, die faktisch Fronarbeit ist, von Zinsen u. Abgaben aller Art niedergedrückt u. ausgebeutet. Der grösste, reichste Grossgrundbesitzer aber ist die katholische Kirche. Jahr für Jahr saugt sie Millionen u. Derrmillionen aus den ausgemergelten armen Bauern, die in halbfudaler Abhängigkeit von ihr leben. Während die Kirchen von Gold u. Edelsteinen strecken, der Klerus Schätze sein eigen nennt, haussen die Bauern in Löhorn u. wissen nicht, wie ihren Hunger zu stillen. Unter Aufbietung ihrer ganzen Macht u. ihres gewaltigen Einflusses widersetzte sich die Kirche jeder Agrarreform, so selbst den bescheidenen Anfängen, die seit 1931, seit der Errichtung der Republik, gemacht wurden. Die katholische Kirche Spaniens ist jedoch nicht nur Grossgrundbesitzerin, sie ist auch eine Finanz- u. Kapitalmacht. Sie ist an Banken u. kapitalistischen Unternehmungen beteiligt u. beutet so nicht nur die Bauern, sondern auch Arbeiter aus. Im Gegensatz zu der katholischen Kirche in den übrigen Ländern, die sich vor allem damit befasst, die feudale u. kapitalistische Ausbeutung der Werktätigen durch die herrschenden Klassen zu verteidigen, nimmt die spanische katholische Kirche direkt an dieser Ausbeutung teil.

Die katholische Kirche in Spanien ist daneben auch ein mächtiger politischer Faktor. Sie war seit Jahrhunderten die reaktionäre Kraft des Landes, sie war aufs engste mit jeder reaktionären Bewegung verbunden. Diese ihre politische Rolle änderte sich auch nicht nach der Einführung des republikanischen Regimes. Jetzt wurde sie die Seele der Kenterrevolution. Unter dem Beifall der Kirche schlug Gil Robles, der Führer der katholischen Partei, den heroischen Aufstand der asturischen Bergarbeiter im Oktober 1934 blutig nieder. Nach dem Wahlsieg der Linksparteien im Frühjahr dieses Jahres begann die Kirche, mit den faschistischen Generälen, Grossgrundbesitzern u. Kapitalisten den faschistischen Putsch zu organisieren. Als im Juli die Faschisten losschlugen, da fanden sie bei der Kirche nicht nur Zustimmung, sondern tatkräftige Unterstützung. Die Kirchen u. Klöster verwandelten sich in Waffenlager u. spion Tod u. Verdorben gegen Arbeiter u. Bauern.

"Jahrhundertlang hat die Kirche die Menschen vorbrannt, jetzt verbrennen die Menschen die Kirche".

Wer könnte unter diesen Umständen den spanischen Antifaschisten die Berechtigung zu den Methoden ihres Kampfes gegen die katholische Kirche absprechen? Wenn die Arbeiter u. Bauern die Kirchen u. Klöster z.T. in Brand steckten, dann wollten sie damit die verhassten Symbole ihrer Ausbeutung u. Knechtschaft für immer vernichten u. in deren Besitzer ihre Ausbeuter u. Unterdrücker treffen. In sehr vielen Fällen wurden Kirchen u. Klöster, die zu faschistischen Festungen geworden waren, im Kampfe zerstört, u. Priester, die aktiv auf der Seite der Faschisten kämpften, ebenso erschossen wie jeder andere Faschist.

Als ein ausländischer Journalist den Präsidenten Azana, der bekanntlich zur bürgerlichen Linken gehört, fragte, warum so viele Kirchen in Spanien in Brand gesteckt würden, erwiderte dieser: "Jahrhundertlang hat die Kirche die Menschen vorbrannt, jetzt verbrennen die Menschen die Kirchen." Dieser Ausspruch Azanas berührt eine weitere Seite des Problems. Die katholische Kirche kann für sich den traurigen Ruhm einer besonderen Grausamkeit in Anspruch nehmen. Bis ins 19. Jahrhundert bediente sie sich der Methode der Inquisition. Wie über die Körper ihrer Untergebenen, so herrschte sie ebenso streng u. unerbittlich über deren Geister. Sie war die Verkörperung eines finsternen Fanatismus, einer grausamen Intoleranz. Wenn heute die erbitterten Massen nicht immer sanftere Methoden gegen die Kirche anwenden, so sind diese doch noch unvergleichlich humaner als die, deren sich die Kirche selber gegenüber den Werktätigen bediente.

Dass der Kampf der spanischen Antifaschisten gegen die katholischen Kirche ein Sonderfall ist, der nur aus der besonderen Rolle der katholischen Kirche

in Spanien zu erklären ist, geht auch aus der Tatsache hervor, dass die übrigen proletarischen Revolutionen, so die russische Oktoberrevolution, die deutsche Revolution 1918 u. die ungarische Räterepublik nicht von Kirchenzerstörungen begleitet waren. Der Kampf gegen die Kirche mit Gewaltmethoden ist kein kommunistisches Prinzip. Es hängt einzig u. allein von der Haltung der Kirche selber ab, - u. das lässt sich vor allem die elsässische Kirche gesagt sein, die im Begriffe ist, das Beispiel der spanischen Katholizismus in ihrem Verhältnis zum Faschismus nachzuahmen, - ob sie das Schicksal der katholischen Kirche Spaniens teilen wird oder nicht.

Die elsässischen Bauern in der grossen Revolution und die katholische Kirche.

Dem elsässischen Katholizismus sollte es eigentlich nicht so schwer fallen, etwas mehr Verständnis für die spanischen Ereignisse aufzubringen, denn die elsässische Geschichte ist reich an ähnlichen Vorgängen, wir wollen hier weniger an den Bauernkrieg erinnern, als die elsässischen Bauern mit zu den "Auführerischen Elementen" gehörten, sondern an die grosse französische Revolution.

Der klerikalen Presse ist die Erinnerung an die revolutionären Ereignisse, die sich damals im Elsass abspielten, heute besonders peinlich, u. deshalb versucht sie, ebenso wie im spanischen Bürgerkrieg, die Tatsachen zu verdrehen - auf eine Geschichtsfälschung mehr oder minder kommt es unseren Klerikalen nicht an. Die These der klerikalen Presse, die sie seit einigen Monaten jeden Tag laut verkündet, lautet: Im Elsass ist keine Revolution möglich, da die Klerikalen ganz genau wissen, dass diese These zumindestens für die Vergangenheit nicht gilt, so versuchen sie, die Vergangenheit ihrer These anzupassen. Deshalb kann man in der klerikalen Presse in der letzten Zeit Artikel lesen, in denen bewiesen wird, dass die französische Revolution im Elsass sich als ein wahres Unheil abgespielt habe, dass die elsässischen Fehdherren freiwillig, ohne Zwang, ausserdem der Bauern auf ihre feudalen Privilegien verzichtet u. dass erst nach 1789, durch "entfremdete" Elemente, Revolution u. Terror in das friedliche Elsass ihren Einzug gehalten hätten.

Wiederum widerlegt die Geschichte die klerikalen Lügen. Aber überlassen wir in diesem Falle das Wort einem der bekanntesten französischen Historiker der Gegenwart, einem hochbetagten Gelehrten, dem Professor à la Faculté des Lettres des Starsbourg, Herrn Georges Lefebvre, der nicht im Verdacht steht, ein Bolschewist zu sein. In seinem Buch "La Grande Peur de 1789", erschienen in Paris 1932, lesen wir auf Seite 130 - 132 über die Ereignisse, die sich im Juli 1789 im Elsass abgespielt haben, folgendes:

"Am 21. Juli gab ein furchtbarer Aufstand in Strasbourg den Auftakt; in Colmar, am 25., grollten Kundgebungen; die kleinen Städte folgten: Saverne und Haguenau, Herr u. Obernai, Kayersberg, Münster, Brisach u. Huningue. Am 25. war Dietrich, der der Führer der revolutionären Bourgeoisie in Strasbourg geworden war, der aber im Bruchetal seit 1781 die Herrschaft von Pandé-la-Roche, die aus acht Gemeinden bestand, besass, benachrichtigt, dass sein Schloss in Rothau bedroht sei. Am selben Tage marschierten die Bewohner des Tals von Sainte-Marie-aux-Mines und des Tals von Orbey herunter nach Ribeauvillé, wo sich die Kanzlei des Herzogs von Zweibrücken, des Grafen von Ribeaupierre, befand. Am 26. U. 28. sahen sich die Nonnen von Saint-Jean-des-Choux ebenfalls angegriffen. Ein wenig später meldete man Unruhen in Bouxwiller, in la Petite-Pierre u. in der Umgebung von Haguenau, wo die Abtei von Neuburg beschützt worden musste. Weiter südlich verlangten die Abteien von Andlau, Murbach und Marmoutiers ebenfalls Hilfe. In dieser ganzen Region gab es keine Verwüstungen. Am 28. gab Dietrich den Forderungen seiner Vasallen nach; ... der Herzog von Zweibrücken namentlich bewilligte alles, was man wollte. Aber in der mittleren Haute-Alsace ging es anders zu. Schon das Pochtal ist bedeutend unruhiger. Vom 25. bis zum 29. war Müstere der Schauplatz von Tumulten, die auf das Tal zurückwirkten, so am 27. in Währ au-Val, im Sankt-Amarin-Tal u. im Sundgau gab es einen regelrechten Aufstand. Am Sonntag, den 26., berichtete ein Bewohner in der Kirche, nach der Messe, über die Ereignisse in Paris, und sofort danach ging man an, griff die Abtei, die Wach- u. Kanzleibünde von Murbach an. Am 27. nahmen sich die Bewohner des oberen Lautenthal das Kapital von Lauterbach vor, u. in Thann, brach der Aufstand los. Alsdann sah man die Talbewohner nach Guebwiller herübermarschieren; das Kapital entfloch, u. seine Vertreter

Erhaltung seines bescheidenen u. selbsterarbeiteten Eigentums, für die Unantastbarkeit des grossen Eigentums der Grosskapitalisten gegen den Arbeiter schlägt, der dieses grosse Eigentum erarbeitet hat, dem aber davon nicht einmal ein Hufnagel gehört.

Das kleinbäuerliche Eigentum wird in Wahrheit von der kapitalistischen Krise bedroht und unterhöhlt. Die Kommunisten werden gegen den kleinbäuerlichen Besitz weder mit Enteignung noch mit Gewalt vorgehen. Wo ist denn in Spanien der kleinbäuerliche Besitz enteignet worden, warum bringt denn H. Dorffler im ~~XXXXXXXX~~ "Journale Agricole" darüber keine Tatsachen u. kein Beweismaterial. Warum berichtet er den Bauern nicht, was dort mit dem kleinbäuerlichen Eigentum geschieht? Er verlegt sich auf die Wiedergabe der klerikalen u. kapitalistischen Schauermärchen, aber er sagt den Bauern nicht, dass dort die kleinbäuerlichen Organisationen an der Seite der Arbeiter gegen das kirchliche Grundeigentum, gegen die feudalen Lasten einen gemeinsamen Kampf führen. H. Dorffler muss die Bauern über dieses Kapitel der spanischen Revolution deshalb betrügen, damit er seine Schauermärchen von den "unheimlichen Krallen" im Auftrage des Grosskapitals weiter erfolgreich an den Mann bringen kann.

Dem H. Dorffler geht es nicht um das kleinbäuerliche Eigentum, sondern um das grosse Eigentum. Er weiss, dass die zur Macht gelangte Arbeiterklasse keine Grundbesitzer mehr dulden wird, wie das keine Kapitalisten mehr dulden wird. Der Grossgrundbesitz wird enteignet und es wird Sache der Landarbeiter und der Kleinbauern sein, darüber zu entscheiden, ob dieser Grossgrundbesitz aufgeteilt oder kollektivisiert, also als Kollektivwirtschaft weiter betrieben wird. Das möge H. Dorffler den Bauern erzählen.

Das Verhältnis zum kleinbäuerlichen Eigentum aber wird ein anderes sein. Die Kommunisten werden für den Klein- u. Mittelbauern die Pachtzinse abschaffen und die Schulden streichen. Das möge H. Dorffler den Bauern erzählen.

Die Kommunisten werden den Bauern empfehlen ihre Produkte auf genossenschaftlichen Wege direkt mit der Stadt auszutauschen.

Natürlich werden die Kommunisten den Bauern empfehlen zur genossenschaftlichen Produktion überzugehen. Aber sie werden diese Empfehlung nicht mit Gewalt und gegen den Willen der Bauern verwirklichen, weil sie keinen Kampf zwischen Arbeiter u. Bauern wollen. Die Kommunisten vertrauen darin, dass das Beispiel des genossenschaftlichen Betriebs u. seiner Vorteile die Bauern selbst davon überzeugen wird, dass ihr eigenes Interesse den Zusammenschluss und den Übergang zu höheren Formen der landwirtschaftlichen Produktion erfordert. Das möge H. Dorffler den Bauern berichten.

Die Kommunisten werden alles, was heute bereits an Organisiertheit unter den Bauern vorhanden ist, die Darlehnskassen, die genossenschaftlichen Bestrohungen beim Einkauf und z.T. beim Verkauf, pfleglich behandeln und weiterentwickeln, in Übereinstimmung und entsprechend dem eigenen Entschluss der wirklichen Bauern und wird so dafür sorgen, dass für die Spekulanten, Wucherer und profitierenden Zwischenhändler kein Platz mehr ist. Das möge H. Dorffler den Bauern erzählen.

Es bedarf keiner Erwähnung, dass der Kommunismus nicht dulden wird, dass die Landarbeiter wie Heloten und Menschen II. Klasse behandelt werden.

Gegenüber den Hetzkampagne im "Journal Agricole" und auf den Dorfkonzern, die den Bauern ein entstelltes und unwahres Bild vom Kommunismus gibt, gilt es die wahren Ziele der Kommunisten in die Masse der Bauern zu tragen. Das ist zehnmal wichtiger, als das monotone Ausstreuen der Bruderhand an die Katholiken für schwammige und verwackelnde Forderungen u. der aussichtslose Versuch, den Kommunismus in ein farbloses bürgerlich-demokratisches Gewand zu kleiden, vor dem sich niemand zu fürchten braucht.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Der Kampf gegen die Teuerung muss organisiert werden.
 ::

Auf der Föderationskonferenz der SFIO des Bas-Rhin, die am vorgangenen Sonntag tagte und mit der Annahme einer ziemlich farblosen Vertrauensresolution für die Volksfrontregierung endete, wurden von den verschiedensten Redner lob-

hafte Klagen über die wachsende Teuerung vorgebracht.

In der angenommenen Resolution wird die Bildung von Überwachungsausschüssen gefordert, die sowohl die Preisbildung, wie auch die strikte Anwendung der sozialen Gesetze zu überwachen hätten.

In der Resolution wird allerdings nichts darüber gesagt, dass die Arbeiterorganisationen diese Kommissionen zu bilden und deren Funktionen ausüben sollen.

Inzwischen hat auch die Liga für Menschenrechte in ihrer Generalversammlung v. 22. Oktober erklärt, "dass es keine dringendere Aufgabe gibt, als die Verhinderung einer ungerechtfertigten (ein sehr dehnbarer Begriff. Die Red. der A. P.) Erhöhung der Lebenspreise", und fordert, dass "in Anbetracht der ungenügenden Verwaltungsaktion in dieser Beziehung", das Comité du Rassemblement Populaire die Bildung einer Kommission zur Überwachung der Engros- und Detailpreise vornehme.

Diese beiden Stimmen, so unzulänglich und unvollständig ihre Forderungen auch sind, unterstreichen mit besonderer Dringlichkeit die Notwendigkeit eines organisierten Kampfes der Werktätigen gegen die Teuerung.

Die Commission Exécutive der Union Départementale der CGT erklärt in einem Aufruf, dass die CGT mit ihren 5 Millionen Mitgliedern stark genug ist, um zu verhindern, dass durch die Preistreiberei die Kaufkraft der aufgebesserten Löhne ausgehöhlt wird. Diese Erklärung ist sehr nett, aber die Instanzen der CGT werden sicher ebenfalls gemerkt haben, dass diese Aushöhlung der Kaufkraft der Löhne bereits im aussergewöhnlichem Umfange vor sich geht und dass daher die CGT beschleunigt an den Kampf gegen die Teuerung herangehen muss, wenn sie ihr Versprechen nicht selbst widerlegen will.

Wir haben an dieser Stelle bereits mehrfach die Bildung von Preis kontroll- und Überwachungsausschüssen angeregt, zu deren Bildung die CGT die Initiative ergreifen sollte und in die die Betriebsdelegierten, Hausfrauen, Konsumvereine, die kleinen Geschäftsleute und Handwerker einzubeziehen wären.

Wir haben auch die Tätigkeit dieser Ausschüsse im einzelnen dargelegt. Worauf es jetzt ankommt ist, dass die Militanten in den CGT-Syndikaten einen Druck auf ihre Instanzen entfalten, damit in der von uns aufgezeigten Richtung etwas geschieht.

In der Resolution der SFIO wird vorgeschlagen, diesen Ausschüssen auch die ~~Anwendung~~ Überwachung der Anwendung der Sozialen Gesetze zu übertragen. Wir glauben, dass die Frage der Anwendung der Sozialen Gesetze und der Lohn- und Kollektivverkommen ausschliesslich in die Kompetenz der Gewerkschaften fällt. Unserer Ansicht nach sollte jedes Syndikat angehalten werden; jeden Verstoß des Patronats gegen die Sozialgesetze und die Abkommen den unions locales, wie der Union Départementale anzuzeigen. Dieses Material müsste laufend der Presse - auch den sogenannten neutralen Lokalblättern - zur Veröffentlichung zugestellt werden, um der Ordnungsetze der Reaktion wirksam entgegenzutreten. Das wäre entschieden nützlicher, als vor dieser Ordnungsetze zu kapitulieren u. die Arbeiter fortlaufend aufzufordern, dieser Hetze dadurch zu "begegnen", dass sie auf die Anwendung des Streiks als Mittel zur Brechung der Unternehmersabotage zu verzichten, um das Experiment Blum nicht zu gefährden.

-o-o-o-o-o-o-o-

DER GEWÄHLTE VON WUNZENHEIM, Député Rossé, hat auf dem Katholikentag in Mülhausen auch einiges über das Verhältnis des Katholizismus zum Kommunismus gesagt. Es lautet:

"Dem Kommunismus gilt unser Kampf. Wo er auftritt. In welcher Front er sich auch einschleicht. (Herr Rossé hat vergessen die Ausnahme anzugeben, der er ja sein Generalratsmandat verdankt;) Mit allen erlaubten Mitteln, bis aufs Messer. Mit jenem heiligen Hass, den uns unser Hochwürdigster Herr Bischof befehlt."

Der übrige Teil der Rosséschen Rede galt dem kampfhaften Versuch, die Kirche als Hort und Beschützerin der Unterdrückten u. Ausgebeuteten anzupreisen, die weil der Apostel Rossé u. die Kirche zu jenen gehört, die, wie der Fall des Multimillionärs Schlumberger zeigt, und wie die Hetze gegen die Betriebsbesetzungen und die Streiks beweist, sich auf die Seite der Ausbeuter u. Millio-

näre gegen das ausgebeutete Volk stellen.
Wahrlich, H. Rossé ist ein würdiger Pharisäer.

Streik bei der Fa. Hueber. In der "NW" v. 28. Okt. steht ein Artikel über "Kapital und Arbeit" über der Feder des nationalsozialistischen Theoretiker Gottfried Feder entsprungen, aber wahrscheinlich ein geistiges Erzeugnis Goetz-Rasputins ist, und dessen Kopfe entsprungen sein wird. Darin wird lang und breit darüber philosophiert, dass das Kapital mit der Arbeit sich in einem tragischen Verhältnis befinde, obwohl sie in Verbindung mit einander zur Wohltat für die Menschheit würden. Nachdem noch etwas über das der Arbeit zukommende Ethos geschrieben hat, dass die Arbeit von der Ware und dem Arbeiter von der Maschine unterscheidet, wird erklärt, dass sich der Kapitalbesitz bewusst sein müsse, dass der Arbeiter unerlässlicher u. vollwertiger Partner bei der Erzeugung wirtschaftlicher Güter ist, während das Geld für sich genommen, eine tote u. unfruchtbare Sache ist.

Natürlich, verehrter H. Rasputin, Geld wird, wie ihnen wohl der Streik der Arbeiter der Fa. Hueber am Dienstag der vorgangenen Woche, wegen rückständiger Lohngeelder zeigte, erst unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen Kapital, also Mehrwert heckender Reichtum, wenn es zur Lohnarbeit in Beziehung tritt, also die Ware Arbeitskraft kauft und ausbeutet. Und das von ihnen erwähnte tragisches Verhältnis zwischen beiden kommt u. a. auch darin zum Ausdruck, dass die Arbeiter ihr Geld, also ihren Lohn verlangen, auch wenn Sie der Meinung sind, dass es für sich genommen eine tote u. unfruchtbare Sache ist.

Eine faule Begründung. Bei Beginn der Verhandlungen über den Kollektivvertrag in der unterlorenzischen Textilindustrie verlangte Kam. Mohn als Vertreter der CGT die ausschaltung der Vertreter der christlichen Gewerkschaft u. von den Verhandlungen. Das ist vollständig in Ordnung. Etwas anderes ist die Begründung für eine solche Massnahme. Es genügt unserer Ansicht nach vollkommen, darauf hinzuweisen, dass die CGT als Vertreterin der Übergrossen Mehrheit der Textilarbeiter es ablehne mit Bertreten einer Organisation zu verhandeln, die durch ihr ganzes Verhalten nicht als Vertreterin von Arbeiterinteressen angesprochen werden kann.

J. Mohn aber, der mit vollem Recht in der "Humanité" die Christen als Selbe bezeichnet, hat die Unternehmervorteiler auf eine eigenartige Weise für die ausschaltung der Christen zu gewinnen versucht. So heisst es in der "Humanité" v. 27. Okt.:

"Es ist ja zur Genüge bekannt, dass es den Mock, Klock, Wirtz bei all ihrer Getue nicht darum zu tun ist, konstruktive Arbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik u. der wirtschaftlichen Erneuerung zu leisten - sondern dass es diese Herrschaften nur darauf abgesehen haben, Uneinigkeit u. Unruhen zu stiften, die für unsere Volkswirtschaft (früher sagte man "kapitalistische Wirtschaft") nur von Schaden sein können."

J. Mohn sucht also den Unternehmern einzureden, dass ihr spezielles Interesse, das hier unter dem Begriff "unsere Volkswirtschaft" sogelt, die Ausschaltung der Christen erfordert. Wir meinen, dass ein auf dem Boden des Klassenkampfes stehender Gewerkschaftsführer auf solche Argumente gegen die Christlichen zu verzichten hat, weil es Argumente sind, die wir bisher von den Gelben gegen die freie Gewerkschaftsbewegung hörten.

Kollektivvertrag u. Kollektivvertrag. H. Dorffer putscht im "Journal Agricole" gegen die Anwendung der Kollektivverträge in der Landwirtschaft. Nachdem H. de Tesson bei seinem vorletzten Besuch versicherte, dass im Falle der Anwendung der Kollektivverträge in der Landwirtschaft, dieselben nur für Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigte in Frage kommen, ist das "Journal Agricole" trotzdem nicht befriedigt. Obwar bei einer solchen Fassung nur für wenige Betriebe in Elsass der Kollektivvertrag in Anwendung käme, wird erklärt, dass der Kollektivvertrag deshalb auf das entschiedenste abgelehnt werde, weil er ein verschleiertes Versteck gegen bäuerlichen Besitz u. Freiheit sei. Damit beweist H. Dorffer, dass er und das Comité "Terre d'Alsace" nichts als eine Interessenvertretung der Agrarier ist. Auf der anderen Seite allerdings fordert das "Journal Agricole" Kollektivverträge zur Sicherung von Mindestpreisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Selbst gröblichste Verletzungen des sonst so unantastbaren Privateigentums werden zur Vereidung solcher Kollektivverträge (siehe Mial Krieg) gebilligt.

Verantwortlich: EMILE HIRTZEL.

Er erscheint wöchentlich.

Bezugspreis pro Monat Frs. 2.-
Einzelheft 50 Centime.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 45/III. Jahrgang.

Karte Novemberwoche 1936.

Waffen für Spanien:

DER KAMPF UM MADRID UND DIE NICHTTEILNIMMUNGSPOLITIK. oo

Vor Madrid sind jetzt schwere Kämpfe im Gange. Die spanischen Faschisten haben alle verfügbaren Kräfte bei Madrid konzentriert. Für sie ist die Einnahme von Madrid eine Lebensfrage, denn trotz der eifrigen Hilfe, die ihnen von Hitler, Mussolini usw. gewährt wird, sind ihre militärischen Möglichkeiten begrenzt, da sie nicht über grosse Menschenreserven verfügen. Deswegen brauchen sie schnelle Erfolge, und deswegen haben sie jetzt ihren grossen Angriff auf Madrid unternommen. Aus den bisherigen Meldungen geht hervor, dass die Milizen vor Madrid einen hartnäckigen Widerstand leisten u. dass ihre Kampfkraft angesichts der gefährlichen Situation nicht abgenommen, sondern vielmehr zugenommen hat. Aber es ist auf alle Fälle angesichts der Anstrengungen, die die Faschisten machen, um Madrid zu nehmen, mit hartnäckigen und langwierigen Kämpfen zu rechnen, wenn Madrid gehalten werden soll. Die spanischen Arbeiter brauchen jetzt mehr denn je die Hilfe ihrer ausländischen Brüder, sie brauchen Waffen, Kanonen u. Flugzeuge.

Die Sowjetregierung hat sich von der Neutralitätspolitik losgesagt u. erklärt nunmehr, sie werde sich an das Nichtinterventionsabkommen nicht mehr halten als die anderen Mächte. Die praktische Wirkung dieser Erklärung zeigt sich bereits an den Fronten des spanischen Bürgerkriegs. Wir haben die Zustimmung der Sowjetunion zu dem Neutralitätsabkommen von Anfang an als einen Fehler betrachtet. Hätte die SU sich nicht aus Rücksicht auf die französische Regierung auf dieses Abkommen eingelassen, dann wäre heute die Lage in Spanien ganz anders, dann wären die Faschisten wahrscheinlich garnicht bis Madrid gekommen. Das Verhalten der Sowjetunion zum Bürgerkrieg in Spanien zeigt einerseits, dass die trotzkistische Auffassung, die SU habe kein Interesse an revolutionären Bewegungen der Arbeiter in anderen Ländern falsch ist; es zeigt aber auch andererseits, wie gefährlich die gegenwärtige opportunistische Haltung der KPdSU zu den Fragen des internationalen revolutionären Kampfes ist. Die Fehler u. Schwankungen, die sich aus dieser opportunistischen Politik ergeben, müssen sehr notwendig grosse Gefahren für das internationale Proletariat und die Sowjetunion mit sich bringen. Und es besteht bei diesem Kurs die beschränkte Gefahr, dass Korrekturen u. Wendungen zum richtigen zu spät kommen. Die anfängliche Haltung der Sowjetregierung in der Frage des Neutralitätsabkommens hat die spanische Arbeiterschaft in eine sehr schwierige Lage gebracht u. hat auch das aussenpolitische Prestige der Sowjetunion nicht gerade erhöht.

Es ist zu bezeichnen, dass die Regierungen Englands u. Frankreichs, die führenden bürgerlichen Demokratien, in dem Londoner Komitee jetzt offen mit den Vertretern der faschistischen Waffenlieferanten Franco's gegen die Sowjetunion zusammenarbeiten. Die kapitalistische Solidarität gegenüber dem spanischen Proletariat ist stärker als die Differenzen zwischen bürgerlicher Demokratie u. Faschismus. Die französische Volksfrontregierung benimmt sich dabei genau so schätzig wie die konservative Regierung Englands. Unter dem Druck der Massenstimmung haben die II. Internationale u. die Gewerkschaftsinternationale eine Entschliessung gefasst, in der von den Regierungen Englands u. Frankreichs die Revision der Neutralitätspolitik verlangt wird. Diese Resolution ist bloss eine Geste, denn in endwelsche Massnahmen werden nicht vorgesehn, sondern alles dem Gutdünken der bürgerlichen Regierungen überlassen. Im "Populaire" hat Sévérac zu dieser Resolution nur erklärt, dass die SFIO-Minister sich nicht darnach richten könnten, weil sie auf die radikalen Rücksicht nehmen müssten. Es ist notwendig, dass die Arbeiter, insbesondere in der CGT, alles aufbieten, um durch den Druck der Massen zu erzwingen, dass die schändliche Neutralitätspolitik aufhört. Die Arbeiter dürfen sich in dieser Frage von keinerlei Rück-

sichten auf die Volksfront, auf die Regierung Blum oder sonst wen beeinflussen lassen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

ZUR REBE VON THOREZ.
oooooooooooooooooooo

Am 30. Oktober hat Thorez im Saal der Mutualité in Paris eine Rede gehalten, in der er der Regierung Blum "Versagen, Rückzüge u. Kapitulation" vor dem Faschismus vorwarf. Thorez stellte an Hand der einzelnen Forderungen des Volksfrontprogramms fest, dass diese entweder garnicht verwirklicht worden seien oder aber, soweit sie überhaupt zum Gegenstand von Gesetzen u. Dekreten gemacht worden sind, in der Praxis umgangen u. sabotiert würden. In besonders scharfen Worten wandte sich Thorez gegen die Haltung der Regierung u. insbesondere des Ministerpräsidenten L. Blum zu den Fragen der Aussenpolitik, so zum Bürgerkrieg in Spanien. Aber nachdem er so die Tätigkeit der aus der Volksfront hervorgegangenen Regierung in Grund u. Boden kritisiert hatte, schloss Thorez mit der Erklärung, dass die KPF nach wie vor an der Volksfront festhalte.

Die Ursachen der Thorezschen Kritik.

Die Rede von Thorez ist eine der typischen inkonsequenten Versuche der Führung der KI u. ihrer Sektionen, an einem falschen Kurs einige Korrekturen vorzunehmen, ohne aber diesen Kurs grundlegend zu ändern. Es gibt in der Geschichte der Komm. Internationale zahlreiche Beispiele solcher halben u. Viertelswendungen. Worum handelt es sich in dem vorliegenden Falle? Es zeigt sich immer mehr, dass die KPF mit der Volksfrontpolitik in eine Sackgasse gerät. Anfänglich, als die Massen noch von Illusionen über die Möglichkeiten der Volksfront erfüllt waren, gewann die KPF Mitglieder u. Sympathien. Aber die mehrmonatliche Praxis der Volksfrontregierung hat die ursprünglichen Illusionen der Massen in bedeutendem Masse zerstreut. In den Reihen der Mitglieder der KPF herrscht ziemlich Unzufriedenheit mit der Volksfrontpolitik, die den ausserparlamentarischen Kampf der Massen hemmt u. die dazu führt, dass die KPF eine Regierung, deren Innen- u. Aussenpolitik einen immer offeneren arbeitfeindlichen Charakter hat, bedingungslos unterstützt. Die Tatsache, dass die Anarchisten jetzt in der Pariser Region auf Kosten der KPF an Einfluss gewinnen, ist ein Symptom dafür, dass die Volksfrontpolitik aufhört, ein Werbemittel für die KPF zu sein u. dass sie bereits Teile der Arbeiterschaft von der KPF abstösst.

Auf der anderen Seite hat es sich auch gezeigt, dass die Auffassung der Führung der KI und der KPF, man könne die bürgerlich-demokratischen imperialistischen Staaten dadurch zu zuverlässigen Bundesgenossen der Sowjetunion machen, dass die Arbeiterklasse sich in diesen Ländern mit der demokratischen Bourgeoisie zu einer Volksfront verbünde, nichts war als eine Illusion. Die Aussenpolitik der Blumregierung, der Regierung der französischen Volksfront ist in allen Punkten eine konsequente Fortsetzung der Politik Laval's. Der Unterschied gegenüber den Zeiten Laval's besteht nur darin, dass Laval unter dem ständigen Druck der Opposition von links stand und sich deshalb bei seinen Versuchen, mit Mussolini u. Hitler Schachergeschäfte abzuschliessen, etwas in acht nehmen musste, während heute die Lage so ist, dass z. B. alle Kritik der KPF an der schmachlichen Haltung Blum's in der spanischen Frage infolge der durch die Volksfront bedingten "lückenlosen" Unterstützung der Regierung durch die Kommunisten wirkungslos verpufft.

Die Enttäuschung der KPF-Mitglieder über die praktischen Ergebnisse der Volksfrontpolitik u. die Gefahren, mit denen die Aussenpolitik der Blumregierung den Weltfrieden, die Sowjetunion u. die spanischen Antifaschisten bedroht, das waren zweifellos die Gründe, die die KI u. die KPF veranlasst haben, den Vorstoss zu unternehmen, den die letzte Rede von Thorez darstellt.

Eine Bestätigung unserer Kritik.

Die Rede von Thorez ist zwar eine ungewollte, aber umso nachdrücklichere Bestätigung der Kritik, die wir von Anfang an an der Volksfrontpolitik geübt haben. Ist es nicht ein ungewolltes Eingeständnis des Bankrotts der bisherigen Politik der KPF, wenn Thorez heute, nachdem die KPF die Regierung Blum monatelang bedingungslos unterstützt hat, erklären muss, dass die Tätigkeit dieser Regierung eine Kette von Rückzügen u. Kapitulationen vor dem Faschismus gewesen sei? Monatelang hat die KPF Aktionen der Massen gebremst oder direkt

verhindert, bloss um nicht die Existenz der Regierung Blum zu gefährden- und heute muss Thorez selbst zugoben, dass die Arbeiter von dieser Regierung verflucht wenig gehabt haben, ja, dass diese Regierung in einer ganzen Reihe von lebenswichtigen Fragen das Spiel der kapitalistischen Reaktion gespielt habe.

Die Sünden der Regierung Blum sind Wesenszüge der Volksfront.

Deswegen muss gerade jetzt nach der Rede von Thorez festgestellt werden, dass die von ihm aufgezählten Sünden der Regierung Blum keine zufälligen Schönheitsfehler am makellosen Antlitz der Volksfront sind, sondern dem Wesen der Volksfront selbst entspringen. Eine Politik des Bündnisses mit der Bourgeoisie kann keine anderen Folgen haben als eine Koalitionspolitik, die den Interessen des Kapitalismus u. Imperialismus dient u. gegen die Interessen der Werktätigen gerichtet ist. Die richtige Konsequenz aus der Kritik von Thorez an der Tätigkeit der Regierung Blum, das wäre der Bruch der KPF mit der Volksfrontpolitik. Wenn die KPF aber, so wie Thorez das ankündigt, die Volksfrontpolitik fortsetzt, dann wird sie sich auch weiterhin zum Mitschuldigen an den auch weiterhin unausbleiblichen Sünden der Koalitionspolitik machen.

Der Widerspruch zwischen der Kritik, die Thorez an den praktischen Ergebnissen der Volksfront übt, u. seine Folgerung, dass man nichtsdesto weniger die Volksfrontpolitik fortsetzen müsse, ist mit den Händen zu greifen. Thorez erklärt, dass für die KPF nach wie vor der Satz von Dimitrow gelte, wonach das Proletariat jetzt nur die Wahl zwischen bürgerlicher Demokratie u. Faschismus habe. Aber wer sich auf den Boden der Erhaltung der bürgerlichen Demokratie stellt, der findet sich damit auch praktisch mit der Fortdauer des Kapitalismus ab u. ist infolgedessen unfähig, konsequent u. wirksam gegen die Massnahmen zu kämpfen, die die kapitalistische Klasse u. der bürgerliche Staat im Interesse des Funktionierens der kapitalistischen Wirtschaft auf Kosten der Werktätigen treffen. Ein drastisches Beispiel dafür hatten wir ja, als die KPF die Devaluation kritisierte u. dann für die Devaluationsgesetze stimmte.

Volksfront und Massenaktion.

Thorez erklärte in seiner Rede, dass die Volksfront keine einfache parlamentarische Koalition, sondern zugleich Aktion der Massen sein müsse. Diese Erklärung von Thorez ist im heutigen Augenblick einfach grotesk, denn neben haben ja die Radikalen aller Richtungen auf dem Biarritz-Parteitag mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit erklärt, dass für sie die Volksfront nur als ein Mittel zur Verhinderung von Massenaktionen, Streiks u. Betriebsbesetzungen wert habe u. dass sie die Volksfront sofort sprengen würden, wenn es den Arbeiterorganisationen einfallen sollte, Aktionen der Massen zu organisieren. Wenn will Thorez jetzt nach Biarritz erzählen, dass das Bündnis mit der radikalen Kapitalistenpartei ein Mittel zur Durchführung von Massenaktionen sei?

Dass Thorez seine Bemerkung über die Volksfront als Instrument der Aktion der Massen selbst nicht ernst nimmt, zeigt die Tatsache, dass er sich in seiner Rede von neuem gegen Betriebsbesetzungen ausgesprochen hat, d. h. gegen das Kampfmittel, das im Juni eine Bewegung von 2 Millionen Arbeitern ermöglicht hatte.

Wenn die KPF die Volksfrontpolitik nicht preisgibt, dann wird sie nicht nur unfähig sein, ausserparlamentarische Massenaktionen zu organisieren, sondern wird sich auch weiterhin als ein Hindernis solcher Aktionen betätigen, sie wird dann auch weiterhin wie bisher im Namen der Erhaltung der Volksfront Propaganda gegen Streiks, Betriebsbesetzungen, antifaschistische Selbstschutzorganisationen etc. machen.

In der Tat, geht aus dem, was Thorez über konkrete Absichten der Führung der KPF erzählte, hervor, dass sie - sicher, um nicht die Volksfront zu sprengen - nicht an ausserparlamentarische Massenaktionen, sondern lediglich an parlamentarische Aktionen denkt. Die KPF will verschiedene Gesetzesentwürfe im Parlament einbringen, so z. B. über die Belastung der grossen Vermögen. Aber eine solche rein parlamentarische Aktivität, die ohne keiner ausserparlamentarischen Aktion der Massen getragen wird, muss wirkungslos bleiben, zumal wenn sie im Rahmen der Volksfrontpolitik, d. h. auch im Rahmen der aus der Volksfront hervorgegangenen Koalitionsregierung erfolgt.

Es ist bezeichnend, dass L. Blum auf die Rede von Thorez mit der Bemerkung geantwortet hat, dass er hoffe, die KPF werde an ihrer Politik der "lückenlosen"

Unterstützung der Regierung festhalten. Wir sehen also, dass L. Blum der Ansicht ist, er könne, solange die KPF sich auf gelegentliche kritische Vorstöße im Rahmen der Volksfrontpolitik beschränkt, ruhig so weiter machen wie bisher. Nicht eine Viertelwendung, sondern ein entschlossener Bruch der KPF mit dem opportunistischen Kurs, eine Rückkehr zu den Grundsätzen des Kommunismus - das ist es, was die KPF-Mitglieder brauchen und was sie verlangen müssen.

Der INTERNATIONALE KLASSENKAMPF

Nr. 4 für November ist erschienen. Er behandelt: Was ist notwendig zum Sieg der Arbeiter und Bauern in Spanien? / Im fünften Monat der französischen Volksfront, Eine Zwischenbilanz / Zur Kriegswirtschaft u. Kriegsbereitschaft Hitlerteutschlands / Randbemerkungen zum Moskauer Prozess / Versöhnung des deutschen Volkes - die neueste Linie der KPD / Volksfrontpraxis und Volksfront-Illusion / Änderungsberichte: Die Septemberkonferenz der KP(O) Amerikas; Deutschland; Dänemark / Nachrufe und Dokumente.

Die 16 Seiten umfassende, gedruckte Zeitschrift der IVKO ist zum Preise von 1,50 Frs. bei unseren Funktionären erhältlich und zu bestellen bei Alfred Quiri, Wolfshelm (Bas-Rhin).

DIE KLERIKALEN ALS FALSCHER FRIEDENSFREUNDE.

oo

Um ihre faschistische Propaganda an den Mann zu bringen, hängen sich die Klerikalen die Maske von Friedensfreunden um. Es macht ihnen dabei nichts aus, wenn sie die einfachsten Wahrheiten in ihr Gegenteil verwandeln. In der klerikalen Hetzpresse erscheint die Sowjetunion, die während ihrer ganzen Existenz durch die Tat bewiesen hat, dass sie für die Erhaltung des Weltfriedens eintritt, als Kriegstreiber, während Hitler als Inbegriff der Friedensliebe hingestellt wird. Wenn die Hitlerregierung wie wahnsinnig rüstet u. die Ukraine, die halbe Tschechoslowakei, Österreich, Kolonien und wer weiss, was sonst noch, für sich verlangt, dann ist das in den Augen unserer Klerikofaschisten noch kein Beweis dafür, dass man den Friedenswillen der Nazis anzweifeln dürfte. Aber die Sowjetregierung ist für diese herrschenden ein Kriegstreiber, obwohl sie s. Zt. die allgemeine Abrüstung vorgeschlagen hat, ~~das~~ und gegenüber den japanischen Provokationen im Fernen Osten, auf die ein imperialistischer Staat wahrscheinlich mit dem Krieg geantwortet hätte, ruhig Blut bewahrte. Heute erzählen uns die frommen Verfälscher der Wahrheit, dass die Sowjetunion, den spanischen Bürgerkrieg entfacht habe u. daraus einen Weltkrieg machen wolle. Dabei waren es die spanischen Lieblinge unserer Klerikalen, die Franco u. Konsorten, die den Bürgerkrieg angefangen haben, u. zwar mit Hilfe der ~~xxxxxx~~ den katholischen falschen Friedensfreunden so sympathischen Hitler u. Mussolini.

Der franco-russische Pakt u. die Klerikalen.

Das Argument, mit dem die Klerikalen am meisten arbeiten, ist die Behauptung, dass der Pakt zwischen Frankreich u. der Sowjetunion die Kriegsgefahr steigere u. dass man, um Frankreich u. insbesondere dem Elsass den Frieden zu erhalten, diesen Pakt brechen u. für eine direkte Verständigung mit Hitler eintreten müsse. Die Klerikalen versuchen, dem elsässischen Volk einzureden, es sei das Beste, wenn man, um einen deutsch-französischen Krieg zu verhüten, Hitler freie Hand im Osten, d. h. die Möglichkeit, straflos einen Krieg gegen die SU, gegen die Tschechoslowakei usw. anzufangen, ~~gäbe~~. Das ist freilich eine sehr eigentümliche Friedensliebe, die die Klerikalen da an den Tag legen. Diese frommen Christen haben nichts dagegen, wenn die Naziregierung ein Massengemetzel im Osten Europas beginnt, dem Millionen von Menschenleben zum Opfer fallen würden, wenn bloss das Elsass verschont blübe u. sie obendrein noch die Möglichkeit haben, dank einer Annäherung Frankreichs an Deutschland darauf zu hoffen, dass auch hierzulande die Chancen für die Errichtung einer faschistischen Diktatur steigen.

Aber das Argument der Klerikalen stimmt nicht. Ihre Spekulation ist nicht nur gemein, sondern auch dumm. Der Friede ist unteilbar. Das sagt nicht nur der Volkskommissar der SU Litwinow, das weiss auch jeder ernsthafte bürgerliche Politiker. Der bekannte französische Journalist Wladimir d'Ormesson, der zur Redaktion des reaktionären "Figaro" gehört u. ein eingefleischter Kommunistenfeind

Nachdem die landwirtschaftliche Erzeugungsschlacht fehlgeschlagen ist, wird jetzt der Versuch gemacht die ausländischen Rohstoffe auf künstlichen Wege herzustellen. Dazu sind grosse Kapitalien vonnöten und zugleich wird die künstliche Beschaffung von Rohstoffen - wenn sie gelingt - die Produktion weiter verteuern. Hermann Göring, der Reichstagsbrandstifter, ist von Hitler mit der Durchführung dieser Aufgabe betraut worden.

"Kanonen sind wichtiger wie Butter", "der Führer ist auch kein Fleisch und keine Butter" und was der kann, dass könnt auch Ihr"; nach dieser Devise gedankt Göring seine Aufgabe durchzuführen. Daneben wird dem darbenenden Volke der Kolonialköder vorgeworfen. Bereits auf dem Nürnberger Parteitag hat ja Hitler die These vom Volk ohne Raum abgewandelt. Jetzt wird diese These zur Ablenkung der Massen bis herab zum kleinsten Nazibonzen täglich in allen Variationen weitergegeben. Wir brauchen Raum, wir brauchen Kolonien um unser Volk zu ernähren und um seinen Menschenüberschuss abzusetzen; das ist jetzt das beliebteste Thema der Nazirodner.

Auf diesem Wege soll das arbeitende Volk vom Grundübel seiner Not, der kapitalistischen Wirtschaft und der nazistischen Wirtschaftspolitik, abgelockt werden. Seine sozialen Energien, die auf die Dauer nicht allein durch physische Gewaltmitteln niedergehalten werden können, sollen so in den Dienst des deutschen Imperialismus und seiner Kriegspolitik gestellt werden.

Es bedarf keines besonderen Beweises, dass ein Volk, dass andere Völker zu unterdrücken u. auszubeuten sucht, kein freies Volk sein kann und es bedarf auch keines Beweises, dass die Eroberung von Kolonien, zu einem Kriege führen muss. Schon aus diesen Gründen müssen die Arbeiter der Kolonialpropaganda der Nazis entschieden entgegentreten. Die prinzipielle Gegnerschaft der Kommunisten gegen die imperialistische Kolonialpolitik ist aber kein Hindernis, die Koloniallügen der Nazis gründlich aufzudecken, zumal auch die Hitleragente im Elsass um Verständnis für die Nazibelange werben.

Wie sieht es mit den Segnungen der Kolonialherrschaft für die arbeitenden Massen aus?

Nach Angaben des "Deutschen Volkswirts" v. 9. Okt. betrug die Lieferfähigkeit der ehemaligen deutschen Kolonien 10 - 15 % des deutschen Bedarfs.

Nach fast 30 jähriger Kolonialherrschaft lebten 1913, bei grösserem Bevölkerungsstand als heute, 24 389 Weisses in allen deutschen Kolonien. Von 269 000 Auswanderern von 1900 - 1910 gingen nicht einmal 600 in die deutschen Kolonien, weil das tropische Klima ungünstig für die Niederlassung ist.

Das Hauptkontingent der Auswanderer aber stellten die am schwächsten besiedelten Gegenden Deutschlands rechts der Oder, wo der Latifundienbesitz vorherrscht. Wenn dieser Latifundienbesitz entschädigungslos enteignet würde u. die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe genossenschaftlich zusammengeschlossen und zur genossenschaftlichen Produktion übergängen, dann würde Deutschland in Kürze seinen eignen Lebensmittelbedarf decken können. Von den rund 5,5 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland verfügen aber 7 200 oder 0,17 % über mehr als 25 % oder 10 112 000 Hektar des gesamten Bodenbesitzes. Die Bevölkerungsdichte in den Gebieten, wo der junkerliche Grossgrundbesitz vorherrscht, liegt ungefähr auf der Spaniens. Spanien aber ist trotz seines Raumes - es ist das am schwächsten besiedelte Land Europas - infolge seines halbfeudalen Landwirtschaft nicht imstande seine Bauern auch nur notdürftig zu ernähren. Es ist eben eine Tatsache, dass nicht die Grösse des Raums für den Einzelnen, sondern die Wirtschaftsweise den Lebensstandard des Einzelnen bestimmt.

Man braucht sich nur die Siedlungspolitik der Nazis und ihr Verhältnis zum ostelbischen Grossgrundbesitz anzusehen, um festzustellen, dass das heutige Gekläff vom Volk ohne Raum nur eine Agitationslüge der Nazis zur Begründung ihrer imperialistischen Eroberungspolitik und zur Irreführung der Massen ist. Hitler hat den Grossgrundbesitz Ostelbiens, der bereits hunderte und aberhunderte von Millionen aus dem Staatssäckel erhalten hat und der ein Schmarotzer Dasein fristet, nicht nur nicht angetastet, sondern die lendenlahme Siedlungstätigkeit der Weimarer Republik an Lendenlahmheit übertroffen. Während 1932 9000 Siedlerstellen geschaffen wurden, sind es jetzt noch jährlich 4 900. Das arbeitende Volk muss es ablohnen sich als Kanonenfutter für die kolonial-

hungrigen Machtlabor des III. Reiches einzuspannen, Es wird Butter und Fleisch genügend haben, ohne fremde Völker u. Länder auszubeuten u. zu unterdrücken, wenn es sich von seinen heimischen Ausbeutern u. Unterdrückern befreit. Sie beiseite zu räumen, das ist das "Raumproblem" des arbeitenden Volkes Deutschlands.

-o-o-o-o-o-o-o-

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT,
oooooooooooooooooooooooooooo

MASSREGELUNG DER BE- Wir haben hier bereits darauf hingewiesen, dass beim Ab-
TRIEBSDELEGIERTEN. schluss von Kollektivverträgen jede zweideutige Formulie-
rung zu vermeiden ist, weil sie vom Unternehmer als Handhabe gegen die Arbei-
ter benutzt wird. So hat die Direktion des Etablissements Textiles d'Ilzach
den Betriebsobmann u. seinen Stellvertreter entlassen. Als Begründung für die-
se Massnahme wurde Artikel 8 des Kollektivvertrages angeführt, der in seinem
Abschnitt 3 die Propaganda innerhalb des Betriebes verbietet. Man sieht, das
Patronat ist bemüht jede windige Formulierung in eine Waffe gegen die Syn-
dikatsfreiheit u. die Funktionsausübung der Betriebsdelegierten umzufälschen.
Es liegt an den Arbeitern klare Texten zu fordern. Gleichzeitig aber gilt es
den Unternehmern die Lust zu nehmen, sich auf solchen Wegen von den Betriebs-
delegierten zu befreien, die es mit der Interessenvertretung ihrer arbeits-
kameraden ernst nehmen. Dazu gehört auch das Mittel des Streiks, dass sich die
Arbeiter nicht nehmen lassen dürfen. Sie müssen sich sagen: Gibt man dem Teufel
den kleinen Finger, dann nimmt er bald die ganze Hand.

BETRIEBSSTILLLEGUNG WEGEN Zu welchen Provokationen die Unternehmer die jetzt
UNTERSCHNEIDUNG DER KOLLEKTIVVERTRÄGE geübte Nachgiebigkeit der GT-Instanzen
im Interesse der Volksfrontregierung ausnutzen, beweist wieder einmal der
Fall der Fayonserie Neangemünd. Um die rasche Fertigstellung des Kollektiv-
vertrages zu ermöglichen, akzeptierten die Betriebsdelegierten die Forderung
der Direktion auf Wiedereinstellung der Jetons bei den sogenannten Discuits-
u. Emaillearbeiten. Die von Strossen Pissus des Kollektivvertrages betroffenen
Arbeiter aber lehnten ihn entschieden ab. Sie verlangten erneute Verhandlungen
über diesen Punkt u. als die Direktion die Ausführung des erwähnten Absatzes
des Kollektivvertrages forderte, verweigerten dies die Arbeiter und ar-
beiteten wie bisher ohne Jetons. Daraufhin entliess die Direktion 200 Arbei-
ter. Als die Belegschaft zu dieser Provokation im Fabrikhof Stellung nahm,
gab die Direktion bekannt, dass der ganze Betrieb mit seinen 1 700 Arbeitern
u. Arbeiterinnen wegen Kontraktbruch geschlossen sei.

Dieses Beispiel zeigt wiederum darstisch, wohin eine Taktik führt, die nur von
dem Bestreben geleitet ist, Streiks um jeden Preis zu vermeiden; zur Desavou-
ierung der Gewerkschaftsleitungen durch die Mitglieder, zu rechtlichen Hand-
haben für den Unternehmer gegen die Arbeiter u. zu günstigen Gelegenheiten
für die diversen Gelben sich bei den Arbeitern wieder Boden zu verschaffen.

UM DIE ANERKENNUNG DES Die Firma Hartmann-Ruffach sabotierte den Kollektiv-
KOLLEKTIVVERTRAGES. Vortrag. Verhandlungen hatten nur das Ergebnis, dass der
Besitzer weitere Verhandlungen in Anwesenheit des zuständigen Gewerkschafts-
vertreters ablehnte. Darauf legte die Belegschaft die Arbeit nieder und rückte
dem Besitzer auf die Bude. Darauf unterzeichnete dieser eine Erklärung, in
der er den Kollektivvertrag mit rückwirkender Kraft v. l. 9. anerkennt. Am näch-
sten Tag machte er schon wieder Vorbehalte, indem er forderte, dass der zu-
ständige Gewerkschaftssekretär Kam. Aschbacher, den Verhandlungen fernzublei-
ben habe u. kündigte einem Mitglied des Arbeiterausschusses. Die Belegschaft
ist erfreulicherweise nicht gewillt diese Massregelung anzunehmen. Einer für
Alle, Alle für Einen, ist ihre Losung.

STREIK AUF MINE "AMÉLIE I" UND Über die Anwendung der neuen Bestimmungen über
"AMÉLIE II". die Arbeitszeit, kam es am Montag dieser Woche auf den obenge-
nannten Kalkschieben zu einem Streik gegen den Willen der Gewerkschaftslei-
tung. Bereits auf der Delegiertenkonferenz des Oberels. Bergarbeiterverbandes
trat eine Opposition gegen die getroffene Regelung auf, die besonders von den
Untertagearbeitern ausging.

Die Neuregelung der Arbeitszeit nicht ohne Fünftagewochs mit 7 stündiger Ar-
beitszeit mit Einschluss der Min- u. Ausfahrt vor. Bisher arbeiteten die Un-
tertagearbeiter 6 Stunden täglich, ausschliesslich der Ein- u. Ausfahrt, aber
6 Tage in der Woche. Die Sechstundenschicht war mit Rücksicht auf die im
Schacht unter 500 Meter vorherrschenden Temperaturen von 35 - 40 Grad Min-

geführt worden. Die Untertagearbeiter sahen in der getroffenen Neuordnung eine Benachteiligung u. ein ungenügendes Eingehen auf ihre Sonderverhältnisse. Sie verlangten wie bisher die Sechsstundenschicht und einen freien Wochentag. Da die Delegiertenkonferenz in ihrer Mehrheit der Neuordnung zugestimmt hatte, verlangte die Verbandsleitung Innehaltung dieses Beschlusses.

Trotzdem kam es auf den genannten 2 Schichten zum Streik. Die Schichten führen zwar ein, da aber die Verhandlungen über ihre Forderungen resultatlos verlaufen waren, blieben sie zwar in den Schichten, aber arbeiteten nicht. Das Gleiche tat die Mittagsschicht. Die Verbandsleitung wandte sich gegen den Streik und beschuldigte die Streikenden in einem Flugblatt, gegen die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft u. des ganzen Volkes zu handeln. Ja denunzierte sie sogar als Unruhestifter. Dieses Verhalten ist ein einziger Skandal. Ganz gleich wie das Verhalten einer Minderheit der Arbeiter ist zu einem gefassten Beschluss der Delegiertenkonferenz zu beurteilen ist, war es Pflicht der Verbandsleitung auf einen solchen Flederwisch zu verzichten. Die Haltung der reaktionären Presse zeigte ja zur Genüge, dass sie nur auf einen solchen Zwiespalt warten, um Honig daraus zu saugen. Nachdem die Arbeiter in den Streik getreten waren, konnte und durfte die Tätigkeit der Verbandsleitung lediglich darin bestehen, sich der Interessen der Streikenden anzunehmen, nicht aber gegen sie öffentlich als Unruhestifter aufzutreten. Damit dient die Verbandsleitung vielleicht der Regierung, aber nicht der Gesamtheit der Arbeiter und der Erhaltung der Einheit der Kalibergarbeiter in der CGT.

Durch Vermittlung des Sous-Präfekten wurden dann Verhandlungen eingeleitet. Aber es war klar, dass nach einer solchen öffentlich bekundeten Haltung der Verbandsleitung nicht viel für die streikenden Kalibergarbeiter herauskommen konnte. Die Arbeiter nahmen darauf wieder die Arbeit auf. Die Verbandsleitung hofft die Anwesenheit der Grubenkommission der Kammer werde Gelegenheit geben, nochmals über die Forderungen zu sprechen.

BUGATTI SABOTIERT. Wie die CGT mitteilt, kann Bugatti nicht schnell genug seine Bestellungen erledigen, sodass bestellte Wagen wieder abbestellt wurden. Neueinstellungen zur Ausführung der Bestellungen scheinen der Firma nicht in den Kram zu passen. Auch sonst sabotiert die Firma die Ausführung des Kollektivvertrages. So sind die Lehrlinge bis heute noch nicht in den Genuss der tariflich vereinbarten Löhne gekommen.

DIE ARBEITER GREIFEN Da H. Salongro damit beschäftigt ist das Militär im ZUR SELBSTHILFE. Streik der Kohlentransportarbeiter zur Befeuerung der Fabriken mit Kohle einzusetzen und Versammlungsverbote für die Arbeiter auszuführen, hat er keine Zeit sich um die fasch. Organisationen zu kümmern, wie es scheint. Darauf haben die Arbeiter von Choisy-le-Roi zur Selbsthilfe gegriffen. Sie haben die in Luxuslimosinen zur Versammlung erschienenen Faschisten umzingelt, damit sie von der Polizei nach Waffen durchsucht werden. Darauf wurde Polizei zum Schutze der Faschisten herangezogen. Die Proleten bestanden aber auf eine Leibesvisitation der Faschisten, die dann auch vorgenommen wurde. Dabei wurden in der Autogarage, in der die feinen Herrschaften umzingelt worden waren, Ochsenziemer und Waffen verschiedener Art gefunden.

PARTEIGRÜNDUNGEN. Georges Schluck u. Rene Heck, die nach Huebers Abgang von der Mairie die "APD. u. Bauernpartei" vorliessen, von M. Walter in Posten gebracht wurden und soither nach der Pfäffe dieses neuen Herrn tanzen, wie sie zuvor nach der ihres vorausgegangenen Brotgebers tanzten, haben jetzt auf höhere Weisung den Weg zum Renegaten und nunmehrigen Faschisten Doriot gefunden. M. Walter wird sich aber täuschen, wenn er glaubt sich auf diesem Wege eine neue Leibgarde für den Klerikalismus u. Faschismus im Lager der Arbeiter zulegen.

So wurde gemacht. Eine Funktionärsitzung der KP-Strasbourg gab ihre Zustimmung zu den Sanktionen, die von der Gruppe de lange Francaiso gegen Oppositionelle ergriffen worden sind. In der angenommenen Resolution werden die Ausgeschlossenen als provokatorische trotzkistische Elemente bezeichnet, die Manöver im Dienste der Faschisten ausführten. Mitglieder der KP, von uns befragt, konnten uns nicht sagen, was für Elemente das sein, geschweige, weshalb und wieso sie im Dienste der Faschisten standen. Solange dieser Punkt nicht aufgeklärt ist, wollen wir die Behauptung nicht glauben, da wir von seiten der Parteibürokratie schon allerhand kennen lernten.

Verantwortlich: EMILE HIRTZEL.

Ersteht wöchentlich.

Bezugspreis pro Monat Frs. 2.
Einzeleremplar: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 46/III. Jahrgang.

Zweite Novemberwoche 1936.

DER KAMPF UM MADRID. oooooooooooooooooooo

Am Freitag der vergangenen Woche verkündeten die Aufständischen durch das Radio, dass sie in Madrid einmarschiert seien. Die reaktionäre u. faschistische Presse feierte diesen "Sieg" in begeisterten Worten. Wenige Tage darauf mussten sie ihre Siegesfanfaren bereits verstummen lassen und zugeben, dass ihre Siegesmeldungen vorfrüht waren. Es zeigte sich, dass die aufs vorzüglichste ausgerüsteten und ausgebildeten militärischen Kräfte des Faschistengenerals Franco den ungenügend mit Waffen versehenen und im Schnellverfahren nur unvollkommen ausgebildeten Milizionären nur in offener Feldschlacht überlegen waren. Was bereits Irun offenbarte, bestätigt aufs neue Madrid; die Kraft der Milizen wächst im Strassen- und Häuserkampf, er verringert die Verwendung und die Überlegenheit der technischen Waffen, er erhöht die Verluste der faschistischen Soldateska, deren Menschenreservoir beschränkt ist. Die Übersiedlung der Regierung Caballero nach Valencia hat die Moral der Arbeiter und der Milizionäre nicht gebrochen. Das Erscheinen des gehassten Feindes vor den Toren der Stadt, die Gewissheit eine Route der Fremdenlegionäre und Marokkaner zu werden, hat alle kampffähigen Kräfte des werktätigen Madrid mit Entschlossenheit und Mut besetzt, droht jedes Haus und jedes Strasse in eine, nur unter größten Verlusten einnehmbare Festung zu machen. Bis zum gegenwärtigen Augenblick ist es den Truppen des Faschistengenerals Franco nicht gelungen in die Stadt einzudringen. Im Gegenteil, die Milizionäre haben an verschiedenen Punkten die Aufständischen zurückgetrieben und die Katalanen sind ihren Kameraden von Madrid mit Kanonen und anderem Krieggerät zu Hilfe gekommen. Wie der Kampf um Madrid auch ausgehen mag, das Schlimmste ist vermieden worden: die kampflöse Übergabe der Stadt an den Feind. Madrid kann zum Grab des Faschismus werden, auch dann, wenn es den Faschisten gelingen sollte nach schwersten Verlusten die Stadt dennoch in die Gewalt zu bekommen. Und dies vor allem deshalb, weil das Menschenreservoir des Faschismus beschränkt ist und weil die bei dermütigen Verteidigung Madrids durch die Milizen die Widerstandskraft der Werktätigen Spaniens beleben wird. Was nützt ist die Sicherung einer revolutionären Kriegführung, die die marokkanische Frage im Sinne der Selbstbestimmungsrechte der Völker löst, die die Agrarfrage im Sinne der Agrarrevolution entscheidet, die die ganze Wirtschaft auf sozialistische Geleise umstellt, die die Milizen in eine rote Armee umwandelt und die Reste des alten bürgerlich-bürokratischen Staatsapparates durch allumfassende Organe der gesamten Werktätigen ersetzt.

Die Aufgabe der internationalen Arbeiterklasse angesichts der heldenmütigen Verteidigung Madrids durch die Milizen, besteht dringender denn je darin: alle ihre parlamentarischen und vor allen ihre ausserparlamentarischen Kräfte bis zum Höchstmass dafür einzusetzen, dass mit der verhängnisvollen Blockade der spanischen Antifaschisten gebrochen wird. Die französische Arbeiterklasse darf das schändliche Spiel der Regierung Blum nicht einen Tag länger dulden. In diesen Tagen, da sich für die internationale Arbeiterklasse vieles entscheidet, darf keine faule Diplomatie betrieben werden, da gilt nur ein für oder gegen. Deshalb muss heute stärker denn je die Losung erhoben und durchgesetzt werden: Waffen und Flugzeuge für unsere spanischen Brüder!

-o-o-o-o-o-o-o-o-

Einmal hin und einmal her;..

VON THOREZ ÜBER DIMITROW ZU GITTON .
oo

Auf der Tagung des Nationalrats der SFIO, die dieser Tage stattfand, waren fest ausschliesslich Abgeordnete, Sekretäre u. sonstige Vertreter der Parteiapparats anwesend. Es ist ein Zeichen für die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit der Tätigkeit der Regierung Blum, dass selbst in dieser Zusammenkunft der führenden Funktionäre der SFIO allerlei Klagen über die schleppende Durchführung der Sozialgesetze, über die Unterstützung der Unternehmensablage u. der faschistischen Unterteile durch die staatliche Bürokratie u. das Offizierskorps etc. laut wurden. Von einer organisierten, linken Opposition innerhalb der SFIO war dieses Mal eher weniger zu spüren als auf früheren ähnlichen Tagungen. Das liegt einmal daran, dass der Volksfrontkurs der KPF u. ihre Unterstützung der Blum'schen Koalitionspolitik die Linksentwicklung der sozialistischen Arbeiter nicht nur geteilt, sondern direkt zurückgeworfen hat. Zum anderen hat der Führer der sogenannten "Gauche révolutionnaire", der Fraktion der "revolutionären Linken" in der SFIO, Marcelle Pivert seit dem Amtsantritt der Regierung Blum, für die er als Rundfunkkommissar tätig ist, darauf beschränkt, die Rolle einer loyalen Opposition im Rahmen der Koalitionspolitik zu spielen. Marcelle Pivert unterstützt z.B. mit allerlei faulen Argumenten die Neutralitätspolitik der Regierung Blum. Auf dem Nationalrat brachte Marcelle Pivert eine Resolution ein, in der die Säuberung der Verwaltung von faschistischen Beamten u. die Schaffung eines antifaschistischen Selbstschutzes gefordert, die Frage der Neutralität gegenüber Spanien aber nicht angeschnitten wurde. Die Resolution Piverts wurde vom Nationalrat mit grosser Mehrheit abgelehnt. Gegen die schwächliche Neutralitätspolitik Blums trat nur Zyromski auf. Zyromski war in der SFIO nie besonders links, er ist auch heute noch Anhänger der Volksfrontpolitik u. der Regierung Blum. In der Frage der Neutralitätspolitik gegenüber Spanien hat aber Zyromski als einziger auf dem Nationalrat gegen die verbrecherische Haltung der Blumregierung offen protestiert.

Léon Blum zur Thorezrede.

Nachdem eine ganze Reihe von Rednern die KPF mit kleinen Bosheiten bedacht hatte, ergriff Blum das Wort, um, wie dem angekündigt worden war, auf die Rede von Thorez in der Mutualité zu antworten. Blum sagte, lief auf die sehr höflich u. vorichtig angekündigte Kritik ein, dass er die Kritik von Thorez nicht zur Kenntnis nehme, angesichts der Stimmung, die auch unter den sozialistischen Arbeitern herrscht u. angesichts des Dranges der sozialistischen Arbeiter zur Linken mit den Kommunisten musste Blum wohl oder übel zugeben, dass die Volksfrontregierung nicht alles getan habe, was die Massen von ihr erwarteten. Er erklärte jedoch ziemlich brüsk, dass er keineswegs versprochen habe, das ganze Volksfrontprogramm in fünf Monaten zu erfüllen, u. gab zu verstehen, dass er auch nicht daran denke, die Versäumnisse, die ihm von Thorez vorgeworfen wurden, alsbald, in der nächsten Zeit, nachzuholen. Der kurze Sinn der langen Rede Blums war der, dass die Regierung fortwursteln wolle u. dass man sie ja nicht drängen dürfe. Zu der spanischen Frage meinte Blum, die Aufgabe der Nichtinterventionspolitik durch Frankreich setze die Zustimmung der englischen Regierung voraus. Der Nationalrat der SFIO spricht dann auch in seiner Resolution von der Überprüfung der Nichtinterventionspolitik im Einvernehmen mit England. Die Äusserung Blums u. die Stellung der Resolution des Nationalrats zur spanischen Frage ist weiter nichts als ein grober Versuch, die Arbeiter hinter sich zu führen. Angesichts der Massenstimmung wagen die SFIO-Führer es nicht mehr, ihre verbrecherische Neutralitätspolitik offen zu verteidigen, sondern versuchen jetzt, sich hinter den Rücken der englischen Konservativen zu verkriechen, um den Nichtinterventionsstreik weiter betreiben zu können. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit daran, dass die Initiative zum Nichtinterventionsabkommen gegenüber Spanien nicht von der Regierung Baldwin ausging, sondern von der Regierung Blum, als es darum ging, den spanischen Arbeitern in den Rücken zu fallen, da war Blum also bereit, der erste zu sein. Heute, nachdem die Sowjetunion den Neutralitätsschwindel denunziert hat, versteckt sich Blum hinter Baldwin, weil er genau weiss, dass die englischen Bour-

geosie ebenso wie auch die französische Kapitalistenklasse den Sieg der spanischen Arbeiter mehr fürchtet als einen Erfolg des von Hitler u. Mussolini unterstützten Franco.

Die Haltung der KPF zur Blumregierung.

Wie hat nun die KPF auf das Ergebnis der Tagung des Nationalrats der SFIO reagiert? Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass die Viertelwendungen der KI, die den Zweck haben, eine falsche Politik nicht zu liquidieren, sondern zu leimen, schliesslich mit einer Vergrößerung der Fehler dieser Politik enden. Kurze Zeit nach der Rede von Thorez veröffentlichte die Presse der KPF ("L'Humanité", Paris, vom 7. Nov.) einen Artikel des Generalsekretärs der KI, Dimitrow, in dem dieser erklärt, dass man die Volksfront in Frankreich weder diskreditieren noch sprengen lassen dürfe. In diesem Artikel lesen wir über die Volksfront Dinge, die zu der heutigen Lage in Frankreich passen wie die Faust aufs Auge. "Die Volksfront", sagt Dimitrow, "erlaubt den kleinbürgerlichen Schichten, sich aus einer Situation zu retten, die ohne Ausweg schien... Der Klassenkampf zwischen ausgebeuteten u. Ausbeutern erhält so eine breitere Basis u. einen mächtigeren Elan." Das erzählt Dimitrow, nachdem die Volksfrontregierung uns in Frankreich die Devaluation, die Zwangsschlichtung, das Verbot der Betriebsbesetzungen, die Einschränkung der Versammlungsfreiheit für Kommunisten und ähnliche Massnahmen zur Rettung der kleinbürgerlichen Schichten und zur "Steigerung des Elans des Klassenkampfes" beschert hat.

Jedenfalls hat die KPF, nachdem Dimitrow erklärt hatte, dass man weder eine Diskreditierung; noch eine Sprengung der Volksfront in Frankreich zulassen dürfe, ihren Ton gegenüber der Regierung Blum merklich gedämpft. Von der polemischen Verve der Rede von Thorez in der Mutualité ist nichts mehr zu spüren. Im Gegenteil: der Sekretär der KPF Gitton spricht in einem Artikel in der Pariser "Humanité" v. 10. 11. seine volle Zufriedenheit über den Vorlauf der Tagung des Nationalrats der SFIO aus u. meint, der Nationalrat u. speziell L. Blum hätten genau dasselbe gesagt, was auch Thorez gewollt habe. Gitton bringt es fertig, zu dem betrügerischen Versuch des Nationalrats, sich in der Neutralitätsfrage hinter die englische Regierung zu verstecken, zu schreiben, dass damit "den Anstrengungen der Kommunisten, die... verlangten, dass der Skandal der Blockade aufhöre, die die spanische Republik mordet u. der Demokratie u. dem Frieden einen fürchterlichen Schlag versetzt, Genüge getan sei. Gittons Artikel erinnert lebhaft an den Mann, der als man ihn ansprach, erklärte, dass es regne. Allerdings kann die KPF nicht erwarten, dass man ihre Kritik an der Volksfront ernst nimmt, wenn sie, (wie Thorez das getan hatte) gleichzeitig erklärt, sie werde nach wie vor an der Volksfront festhalten u. die Regierung Blum unterstützen.

Wie die Regierung die Kommunisten behandelt.

Da sie sich durch die Volksfront an Händen u. Füßen gebunden hat, wird die APF von der Regierung auch entsprechend behandelt. In der Militärkommission der Kammer hat der Kriegsminister Daladier, an den die KPF anlässlich des radikalen Parteitages einen so ehrerbietigen Brief geschrieben hatte, zynisch erklärt, dass er nach wie vor die Lektüre der "Humanité" in den Kasernen untersage u. erst dann geneigt sei, dieses Verbot zu überprüfen, wenn die "Humanité" aufhöre Briefe aus den Kasernen zu veröffentlichen. In diesen Briefen ist bekanntlich von schlechter Behandlung der Soldaten u. von faschistischen Umtrieben der Offiziere die Rede. Dass Daladier sich so offen auf die Seite der faschistischen Offiziere stellt, ist ein neues Beispiel dafür, was von den radikalen Volksfrontpartnern zu erwarten ist. Ebenso unzweideutig war Daladiers Erklärung, dass er in nationalisierten Rüstungsbetrieben keinerlei Streiks dulden werde. Aber die KPF unterstützt bekanntlich die Regierung Blum u. ihren Kriegsminister Daladier "lückenlos".

Nach der Devaluation hatte die KPF gefordert, dass jetzt die Reichen zahlen sollten. Das Budget, das Auriol inzwischen vorgelegt hat, enthält davon keine Spur u. ist deshalb von den Spekulanten an der Börse sehr beifällig aufgenommen worden. Auriol hat die Umsatzsteuer durch eine einmalig zu entrichtende Produktionssteuer ersetzt, wodurch die Belastung der Konsumenten sich nicht verändert, sondern nur die Steuererhebung vereinfacht wird. Die Erhöhung der Steuersätze für Einkommen über 80 000 Frs. wird aufgewogen durch steuerliche

Freunde auf u/ erklären, die katholische Kirche sei seit jeher die Vertreterin der sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter gewesen, die Arbeiterorganisationen hätten von ihr diese Forderungen übernommen, u. zu ihrer Verwirklichung seien nicht erst die CGT u. die Arbeiterparteien notwendig, sondern genügten die katholischen Organisationen.

Wie sieht in Wirklichkeit die Sozialpolitik der katholischen Kirche aus?

Die Klerikalen berufen sich bei ihrem Anspruch auf die Priorität der katholischen Kirche in sozialpolitischen Dingen vor allem auf zwei päpstliche Enzykliken, auf die Enzyklika von Papst Leo XIII, "Rerum novarum" genannt, und auf die Enzyklika von Papst Pius XI. "Quadragesimo anno".

Die Enzyklika "Rerum novarum" erschien im Jahre 1891 - zu einer Zeit, als das kapitalistische Regime schon eine hübsche Zeitspanne hinter sich hatte. Vielleicht hätte die oberste Instanz der katholischen Kirche noch einige Jahrzehnte kapitalistischer Entwicklung sich abspielen lassen, ehe sie zu den sozialpolitischen Problemen, die der Kapitalismus aufgerollt hatte, Stellung genommen hätte, wenn nicht inzwischen eine selbstständige Arbeiterbewegung, starke Arbeiterorganisationen entstanden wären, die die Kirche fürchtete. Um dem Sozialismus das Wasser abzugraben, trat jetzt plötzlich die katholische Kirche als Hüterin von Arbeiterinteressen auf. Doch wie tat sie es? Die Enzyklika "Rerum novarum" ist in erster Linie der Verteidigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung u. dem Nachweis gewidmet, dass das kapitalistische Privateigentum "unantastbar u. heilig" sei. Ausgehend von dieser Solidarität der katholischen Kirche mit dem Kapitalismus, vorurteilt die Enzyklika alle selbstständigen Versuche der Arbeiter, ihr Los zu verbessern, also Streiks, revolutionäre Aktionen, Klassengewerkschaften usw., aufs schärfste. Soweit die Enzyklika sozialpolitische Massnahmen fordert; hält sie sich im Rahmen einer Sozialpolitik im kapitalistischen System, wie sie z. B. Bismarck verwirklichte. Wie bei Bismarck, so ging auch das Bestreben von Leo XIII. dahin durch sozialpolitische Massnahmen erstens die Arbeiter mit dem Kapitalismus auszusöhnen u. zweitens den Einfluss der selbstständigen Arbeiterbewegung zu zerstören. Die praktische Auswirkung der päpstlichen Enzykliken war die, dass die katholischen Arbeiterorganisationen, die sich auf dem Boden dieser Enzyklika betätigten, als Streikbrecherorganisationen auftraten (erinnert sei nur an die traurige Rolle, die der christliche Bergarbeiterverband bei dem grossen Streik der Ruhrbergarbeiter im Jahre 1918 spielte), für Wirtschaftsfrieden eintraten u. ein Hemmnis für die wirkliche Vertretung u. Durchsetzung von Arbeiterforderungen waren.

Das zweite Glanzstück aus dem klerikalen Museum für Sozialpolitik ist die Enzyklika "Quadragesimo anno" von Papst Pius XI. Sie erschien im Jahre 1931, auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise. Es war die Sorge um den Fortbestand des kapitalistischen Systems, das durch die schwere Erschütterung der Krise, durch die Vertiefung der sozialen Gegensätze, durch die Not der breiten Massen gefährdet zu sein schien, die Angst vor dem Wachstum des Kommunismus, die Pius XI. zur Publikation der Enzyklika bewog. Im Krisenjahr 1931 konnte der Papst nicht umhin, die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die Millionen Menschen in bitterstes Elend gestossen hatte, zu kritisieren; aber seine Kritik richtet sich nicht gegen das kapitalistische System selber, sondern nur gegen angebliche Auswüchse; ähnelt damit sehr stark der faschistischen demagogischen Kritik am Kapitalismus. Auch das Allheilmittel, das Pius XI. gegen Krise u. soziale Not anpreist, ist zugleich ein Bestandteil der faschistischen Propaganda, nämlich die korporative Gesellschaftsordnung, der Ständestaat. Das päpstliche Ideal ist inzwischen nicht nur in Italien, sondern auch in Österreich verwirklicht worden. Wie beide Beispiele zeigen, ist der Korporativstaat, den Pius XI. den Arbeitern als den Ausweg aus ihren Nöten in der kapitalistischen Gesellschaft empfiehlt, nichts anderes als die faschistische Diktatur, die, gestützt auf die katholische Kirche u. mit dem Segen der katholischen Kirche, ein Terrorregime gegen die werktätigen Massen ausübt. In Italien haben die Korporationen zur völligen Entrechtung der Arbeiter geführt; nicht nur dass sie sogenannten "Arbeitervertreter" in ihnen in der Minder-

Zusammenwirken mit der Parti social français auf bestimmte Aktionen von Fall zu Fall. Solange die Feuerkreuzler ein blosser faschistischer Kampfverband waren u. sich als Hilfswerkzeug der alten reaktionären u. faschistenfreundlichen Parteien betätigten, solange also das politische Monopol der UPR auf die katholischen Massen von den Feuerkreuzlern nicht angetastet wurde, gefiel sich die UPR darin, die faschistischen Ligen zu stützen. Nachdem die Feuerkreuzler sich in eine faschistische politische Partei umgewandelt haben und bestrebt sind alle parlamentarischen Mittel in den Dienst ihrer faschistischen Propaganda zu stellen, und sich für diesen Zweck eine Massengrundbasis zu schaffen, müssen sie vor allem u. zuerst jenen Parteien als gefährliche Konkurrenz erscheinen, die sich weitgehend ideologisch dem Faschismus angepasst haben u. die ihre Anhängerschaft zum Teil aus den gleichen sozialen Schichten rekrutieren, wie die Parti social français.

Zum anderen ist die UPR der Auffassung, dass die Parti social français, der ihr von der Bourgeoisie zugewiesenen Aufgabe nicht gewachsen ist und dass besonders im Elsass ihre Existenz nur soweit gerechtfertigt ist, wie sie die UPR in Ruhe lässt und sich ausschliesslich auf die Bekämpfung des Marxismus konzentriert. Der Klerikalismus, soweit er in der UPR organisierten Ausdruck findet, glaubt, dass er, gestützt auf die päpstlichen Enzykliken, im Elsass im vollem Umfange jene Aufgaben zu erfüllen vermag, die sich auch die Parti social français stellt.

Man nehme die Artikel des "Els. Kurier" zur Hand u. man wird unsere Feststellungen bestätigt finden. So heisst es in diesen Artikeln u. a.:

"Die Feuerkreuzler waren anfangs nur eine Bewegung mit dem lobenswerten Ziel, in allen Parteien den Offensivgeist einer Sturmtruppe zu wecken, der eine neue Zeit für den Faschismus, die Red. der "AP") und die Vernichtung speziell des kommunistischen Gegners will. Als solche hatten sie eine schöne Mission zu erfüllen u. gewannen sie viele Sympathien."

An anderer Stelle heisst es:

"Sie wurden (die Feuerkreuzler) eine neue Partei neben den vielen schon bestehenden in dem von ihnen - oft nicht mit Unrecht - schwer kritisierten Parteiensystem, und sie beginnen, sich um Sitze in diesem Parlament zu bewerben, von dem ihre Propagandisten täglich in allen Tonarten behaupteten, dass es der Konzentrationspunkt aller Korruptertheit, Unzulänglichkeit u. Verrätereien an den wahren Interessen des Landes sei..."

Die Els. Volkspartei (UPR) wurde schon allein durch diese Erwägung, abgesehen von allen anderen, gezwungen, ihre Position gegenüber den Feuerkreuzlern abzugrenzen u. ihre Gesinnungsfreunde vor jeder Konfusion zu wahren."

Dann wird den Feuerkreuzlern vorgeworfen, dass sie ihre Aufgabe im Kampf gegen den Marxismus nicht erfüllt hätten. Sie hätten sich bei den Arbeitern kompromittiert, indem Kapitalistenkreise einen zu starken Einfluss auf die Bewegung erhielten usw. Dies alles aber, so wird hinzugesetzt, kann natürlich die UPR nicht abhalten, die Feuerkreuzler "himmelhoch den bolschewistischen u. verwandten Organisationen vorzuziehen."

Am Schluss der Artikel heisst es dann:

"Wir freuen uns, wenn die Feuerkreuzler dort organisieren, wo die UPR aus vielerlei Gründen nicht ist oder nicht hinkommt..."

Wir freuen uns, wenn es ihnen gelingt, die Massen auf ihr Programm zu organisieren, die bisher hinter Moskaus Fahne einherliefen u. die von der Els. Volkspartei nicht erfasst werden können."

Es wird dann hervorgehoben, dass auf dieser Basis jederzeit eine Zusammenarbeit mit der Parti social français möglich sei, dass aber ein Versuch, die Anhänger der UPR wozuorganisieren eine gemeinsame antikommunistische Front bis zur Unmöglichkeit erschwere.

Der Abwehrversuch der UPR gegenüber der Parti social français zeigt nur,

dass die Partei des Colonel de la Rocque bereits das Gefüge der UPR anzunehmen beginnt. Der Artikel im "Els. Boten" aber offenbart, dass der Weg vom Katholizismus zum Faschismus kein unüberwindlicher ist u. dass bei einem Teil der katholischen Politiker des Elsass die Unterordnung unter den Colonel de la Rocque bereits im Vollzug ist. Es ist anzunehmen, dass die UPR, um ihre Positionen zu halten, noch stärker wie bisher sich auf jene Elemente im Katholizismus besinnen wird, die ihr die Anpassung an den Faschismus erleichtern, in der Meinung, auf diesem Wege der Parti social français den Boden zu entziehen, was nicht ohne innere Reibungen und Auseinandersetzungen gehen. Die Aufgabe der Arbeiterklasse aber muss es sein, den katholischen Werktätigen die Unvereinbarkeit des Faschismus mit ihren Interessen auseinanderzusetzen und ihnen zu zeigen, dass eine wirklich harmonische Gesellschaftsordnung allein im Sozialismus Tatsache wird.

-o-o-o-o-o-o-o-

MICHEL HEYSCH BEI DORIOT. Auf dem Parteitag der Doriotpartei trat M. Heysch als ehemaliger Kommunist mit einer Rede auf. Ein anderer Vertreter kündigte für das Elsass eine deutschsprachige Ausgabe des Doriotblattes an. Das M. Heysch kein Kommunist ist, dürfte bekannt sein, dass er ein Faschist ist, kommt sicher nicht nur für uns überraschend. Jeder der M. Heysch kennt, weiss, dass er im Grunde seines Herzens ein guter Franzose, aber gleichzeitig ein guter Demokrat ist. Wenn M. Heysch jetzt zu Doriot gestossen ist, so folgt er nicht dem eigenen Triebe, sondern den Einbläsereien eines M. Walter, der in dem Drio der ehemaligen Hueberianer ein geeignetes Element zur Zersetzung der Arbeiterbewegung in Elsaß sieht. Der schlaue M. Walter hat aber den Kauf zu offensichtlich werden lassen, als dass er nicht von der Arbeiterschaft bemerkt worden wären. Die Arbeiter haben dem alten M. Heysch manches in der Vergangenheit auf sein Alter zurückgeführt, was er jetzt, auf Inspiration von M. Walter tut, aber macht ihn zu einem Feind der Arbeiterklasse und wird ihm nie verziehen.

WAS DIE "HUMANITE" ALLES ENTDECKT. Die "Humanité" hat in ihrer Nummer vom 11. Nov. entdeckt, dass der "hochwürdigste Herr Bischof" mit den Auffassungen der klerikalischen Presse im Widerspruch stehe. Der Bischof hat in einem Vortrage erklärt: "In der Liebe zu Gott liegt auch die Liebe zu seinem Vaterlande begründet. Christenpflicht sei es für sein Land den Frieden, die Unabhängigkeit und das Wohlergehen zu wünschen". Wir trauten unseren Augen nicht, als wir dazu folgenden Kommentar der "Humanité" lasen; "Wir Kommunisten haben nie etwas anderes gewollt. Aber wir wünschen es nicht nur, hochwürdigster Herr Bischof, sondern wir kämpfen auch dafür unter Einsatz unserer besten Kräfte." Wir wissen nicht ob die Kommunisten in der Huma-Redaktion Karl Marx gelesen haben. Wenn sie ihn gelesen haben sollten, dann haben sie ihn nach ihrem beschämenden Geschreibsel aber bestimmt gründlich missverstanden. Es gab eine Zeit da nannte man die Hueberianer "Herzjesus-Kommunisten". Uns scheint, die Humanité ist auf dem besten Wege dazu. Wir sehen schon, dass die KP-Redner demnächst mit der Rede des "hochwürdigsten Herrn Bischof Monseigneur Ruch" ausgestattet gegen Rossé und M. Walter zu Felde ziehen und wegen Übertretung der Gebote ihres Bischofs vor die Schranken des jüngsten Gerichts fordern. Man sagt, wenn man die Tochter heiraten will, müsse man mit der Mutter gut tun. Es scheint, die KP-Führung meint ihre allen Katholiken entgegengestreckte Hand, in die heute die Rossé, Walter et tutti quanti spucken, werden eher ergriffen, wenn sie mit dem Bischof poussiert. M. Walter nimm Dich in Acht!

DIE KLERIKALEN WÜTEN UND HUEBER-MOURER WÜTEN MIT. Die Klerikalen sind über die Verlängerung der Schulzeit wütend. Sie glauben hier wieder einen Anlass gefunden zu haben, um ihre Opposition recht kräftig zu bekunden und hoffen dabei alle jene für sich zu gewinnen, die froh sind, wenn endlich ihre Kinder die Schulbank verlassen und ihnen nicht mehr länger wirtschaftlich zur Last fallen. Sie hoffen durch diese Opposition manchen von jenen Arbeitern zurückzugewinnen, die sie infolge der Junibewegung verloren haben. Dies wird ihnen noch dadurch erleichtert, dass die Volksfrontregierung keinerlei Massnahmen vorgesehen hat, um jene Eltern zu entlasten, die davon besonders betroffen werden. Die els. Députés etablieren sich dabei als Nebenregierung und ersuchen die Maires die Anweisung der Regierung nicht durchzuführen. Und die Regierung?

Verantwortlich: EMILE HIRTZEL.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

No 47/III. Jahrgang.

Dritte Novemberwoche 1936.

NACH DEM SELBSTMORD SALENGRO:

ZIEMLICH ENKLICH DIE LEHREN.

oooooooooooooooooooooooooooo

Der Selbstmord Salengro ist zweifelsohne ein politisches Ereignis, aus dem die Arbeiterschaft bestimmte politische Folgerungen ziehen muss. Was zeigt der Tod Salengro? Er ist ein krasser Beweis für die Schwäche der Volksfrontregierung gegenüber der faschistischen u. sonstigen Reaktion. Denn nur aus dieser Schwäche der Blumregierung erklärt es sich, weshalb einer ihrer führenden Männer kein anderes Mittel sah, den Angriffen der faschistischen Presse zu entgehen, als den Selbstmord.

Nichts als eine Kundgebung der Schwäche gegenüber dem Faschismus war es auch, wenn SFIO u. KPF sich überhaupt herbeilassen, den Fall Salengro mit den Faschisten auf der von ihnen gewünschten Ebene zu diskutieren. Man nützt ja nur die bürgerlichen Chauvinisten u. dummt auch dem Faschismus, wenn man es gelten lässt, dass Politiker danach eingeschätzt werden sollen, ob sie während des Weltkrieges gute Soldaten in Dienste des Imperialismus waren oder nicht. Das kann u. darf nicht der Standpunkt der Klassenbewussten Arbeiter sein.

Wenn aber der Selbstmord Salengro die Ohnmacht der Koalitionsregierung gegenüber dem Faschismus beweist, so heisst das, dass die Arbeiterschaft, dass ihre Organisationen auftreten müssen, um durch ausserparlamentarische Kraftentfaltung zu erzwingen, dass der Faschismus unschädlich gemacht wird. Reden im Parlament genügen dazu nicht, besonders nicht wenn es so schwächliche Reden sind, wie z. B. die Rede Blums bei der Kammerdebatte über den Fall Salengro.

Keine Diskussion mit den faschistischen Hetzern! Verbot der faschistischen Presse! Verhaftung der faschistischen Führer, der de la Rocque, Doriot, Chiappo usw! Das müssen die Arbeiter jetzt fordern u. sie müssen sich einen antifaschistischen Massenselbstschutz schaffen, um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DER KAMPF UM MADRID.

oooooooooooooooooooooooooooo

Die zweite Woche des Kampfes um Madrid ist dadurch gekennzeichnet, dass es den Aufständischen unter Einsatz ihrer ganzen technischen Überlegenheit und unter grossen Verlusten gelang im Nordwesten den Manzanares zu überschreiten u. sich im Universitätsviertel am Rande der Hauptstadt festzusetzen. Dieser Erfolg wurde durch bisher nie gekannte Bombardements aus der Luft und von der Erde eingeleitet, denen die antifaschisten offensichtlich nichts ebenbürtiges entgegenzusetzen konnten. Die nordwestlichen Stellungen der antifaschistischen Milizen konnten nur unter Heranziehung der Luftwaffe sturmreif gemacht werden, die zur Unterstützung des Bombardements der Aufständischenartillerie gegen die Stellungen der Milizionäre eingesetzt werden musste. Hinter Tanks rückten dann die Aufständischen gegen die ersten Verteidigungslinien vor, die sie erst nach grossen Verlusten und im Nahkampf besetzen konnten. Dieser Erfolg ist nicht mehr als ein Teilerfolg, er ist mehr auf die Wirkung auf das dem Schwächter Franco gewogene faschistische Ausland berechnet.

Die beiden faschistischen Grossmächte, Deutschland u. Italien, haben nunmehr, ohne dass Franco Madrid eingenommen hat, die Francoregierung anerkannt und ihre Vertreter bei der offiziellen spanischen Regierung abberufen. Es ist durch-

aus möglich, dass sie, nachdem die französische u. englische Regierung sich gegen die Initiative der Sowjetregierung im "Nichteinmischungsausschuss" wandten, auch offiziell das Waffenembargo gegenüber dem Faschistengeneral Franco aufheben. Wie dem aber auch sei; der jetzige Schritt Hitlers u. Mussolinis legt den Nichteinmischungsschwindel für jederman bloss. Hinter Franco standen und stehen Hitler u. Mussolini, die auf dem Wege über Franco ihre imperialistischen Interessen im Mittelmeer und ihre weitreichenden Pläne gegen den Frieden u. das Weltproletariat vorwärtstreiben wollen. Das heldenhafte spanische Proletariat Spaniens steht der Verwirklichung dieser Pläne im Wege. Deshalb ist die faschistische Canaille entschlossen, alles zu seiner Vernichtung einzusetzen.

Welcher Antifaschist kann sich angesichts einer solchen Lage an den Gedanken einer nicht existierenden Neutralität klammern. Kostbare, also zu kostbare Zeit ist bereits verstrichen. In Spanien entscheidet sich ein wichtiges Stück Weltgeschichte, dort wird mit dem Blute des antifaschistischen Volkes ein entscheidendes Blatt der Geschichte der gesamten europäischen Arbeiterbewegung geschrieben. Und die Entscheidung in Spanien berührt die kommenden und weiterreichenden Entscheidungen, die Entscheidungen über Krieg und Frieden, über Fortschritt im Sinne des Sozialismus oder Untergang in die faschistische Barbarei, über Sieg oder Niederlage, über das Mass an Opfern, das die internationale Arbeiterklasse auf dem Wege ihres Kampfes für ihre Befreiung noch zu bringen hat. Gewiss, die spanische Arbeiterklasse hat der internationalen Konterevolution gezeigt, dass die Zeit kampfloser Niederlagen zu Ende ist, dass sie alle Mittel der Zerstörung aufbieten muss, um die aus den gesellschaftlichen Zuständen des Landes sich immer wieder aufs Neue erhebende Revolution zurückzuwerfen, dass sie das Land in einen Trümmerhaufen legen muss, nur um sich auch nur vorübergehend als Macht zu stabilieren. Aber das spanische werktätige Volk will keine Niederlage, es will vorwärts und nicht zurück. Und wir alle wollen das gleiche; wir wollen den Sieg.

Deshalb kann und darf es jetzt nur eins geben: den spanischen Brüdern zur Hilfe kommen, auf jede Art und mit allen Mitteln! Handeln, das gebietet die Stunde.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

TEUERUNG UND LÖHNE.

oooooooooooooooooooo

In der Pariser "Humanité" v. 17. Nov. veröffentlicht Frachon einen Artikel unter der Überschrift "Man muss die Löhne anpassen" (d. h. den gestiegenen Lebenshaltungskosten anpassen). Frachon verlangt in diesem Artikel, dass die Regierung von dem ihr durch das Parlament erteilten Vollmachten Gebrauch mache u. diese Anpassung durch ein Dekret verwirkliche.

Die Anpassung der Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten ist dringlich notwendig. Aber die Arbeiter müssen sich darüber im Klaren sein, dass dies nicht erreicht werden kann, wenn sie, wie Frachon das empfiehlt, auf ein Dekret der Regierung warten. Als das Parlament s. Zt. der Regierung die von Frachon erwähnten Vollmachten erteilte, gaben die Radikalen ziemlich unzweideutig zu verstehen, dass sie es nicht dulden wollen, dass die Devaluationsgewinne der Bourgeoisie durch Lohnerhöhungen geschmälert werden. Und da die Radikalen, wie es sich bei jeder Gelegenheit zeigt, in der Regierung das grosse Wort führen, wäre es eine Illusion, zu glauben, das Kabinett Blum werde der Arbeiterklasse zu Hilfe kommen, wenn die Arbeiter sich nicht selbst rühren. Der Matignonpakt u. die Sozialgesetze wurden der Regierung durch die Massenaktion der Arbeiter im Juni aufgezwungen. Und um jetzt die Löhne an die Teuerung anzupassen, ist es notwendig, die Gewerkschaften zum Kampf zu mobilisieren und im Kampf einzusetzen. Das ist auch das beste Mittel um die Regierung zu zwingen, den Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Wenn man aber zur Regierung, so wie Frachon das tut, mit dem Hute in der Hand kommt u. erklärt, dass die Gewerkschaften keine "grévicultours", keine "Streikzüchter" seien u. dass es in ihren Reihen keine Gegner der Regierung gäbe, d. h. wenn man der Regierung von vornherein verpflichtet, keinen Druck auf sie auszuüben u. das entscheidende Mittel zur Vortreibung der Lebenshaltung der Arbeiter, den gewerkschaftlichen Kampf, nicht anzuwenden, dann wird dabei nichts herauskommen, als höchstens ein paar Schein-

massnahmen, um die Arbeiter abzuspüren u. vom Kampfe für eine durchgreifende Besserung ihrer Lage abzuhalten;

-o-o-o-o-o-o-o-

DER PARTEITAG DER DORIOTFASCHISTEN.

oo

Der Parteitag der "Parti populaire Français", der Doriotpartei, der vor kurzem in St-Denis stattgefunden hat, ist insofern interessant, als er Material für die Beurteilung des gegenwärtigen Standes der faschistischen Bewegung in Frankreich bietet. Die Doriotpartei ist bekanntlich neben dem "parti social français" de la Rocques (Ex-Croix de feu) die stärkste faschistische Partei Frankreichs.

Die Volksfrontpolitik u. der Faschismus.

SFIO u. KPF stellen es so dar, als sei es die Volksfrontpolitik, die bisher die Errichtung der faschistischen Diktatur verhindert habe u. noch verhindere. Sie machen dabei keinen Unterschied zwischen der proletarischen Einheitsfrontpolitik, die die werktätigen Kleinbürger u. die Arbeiterklasse umfaßt, und der Volksfrontpolitik, die die Bündnis mit der liberalen Bourgeoisie ist. In Wirklichkeit hat die Erfahrung bewiesen, dass einzig u. allein die proletarische Einheitsfront das Mittel ist, um den Faschismus erfolgreich zu bekämpfen u. zurückzuwerfen, während die Volksfrontpolitik, die Koalition mit der Bourgeoisie, dem Faschismus täglich neue Möglichkeiten für seine Betätigung u. sein Wachstum bietet. Der Aufschwung des Faschismus nach der Emoute v. 6. Februar 1934 wurde durch die proletarische Einheitsfront zurückgeworfen; bekanntlich war damals die Volksfront noch nicht geboren, seit die Volksfront existiert, d. h. seit 1935, bestand bisher noch keine unmittelbare Gefahr, dass der Faschismus morgen die Macht übernehmen werde, die Gefahr war vielmehr die, dass die Faschisten ihre Organisationen u. Kadres ausbauen, um sich so die Voraussetzungen für die Übernahme der Macht zu schaffen. Diese Gefahr ist durch die Volksfront u. die Volksfrontregierung keineswegs gebannt worden. Im Gegenteil. Nicht nur das Gesetz über die Liga auf dem Papier steht u. die faschistischen Organisationen sich unter alle Provokationen erlauben, die Volksfrontpolitik liefert den Faschisten ständig neues Material für ihre Demagogie. Die Devalvation, die auf Kosten der werktätigen Massen durchgeführt worden ist, die Politik der nationalistischen Phrasen, die die Volksfrontorganisationen eines blosslich der KP praktizieren - alles das ist Wasser auf die Mühlen des Faschismus. Schliesslich ist die Volksfront bemüht, Massenaktionen gegen die Vorstöße des Kapitals, die im niedergehenden Kapitalismus den Nährboden des Faschismus bilden, u. gegen den faschistischen Terror zu verhindern. Es hat sich gezeigt, dass im Rahmen der Volksfront antifaschistische Selbstschutzorganisationen nicht möglich sind.

Die Faschisten fürchten die prol. Einheitsfront.

Es ist in dieser Hinsicht interessant, dass Doriot auf dem Parteitag in St-Denis ganz klar ausgesprochen hat, was der französische Faschismus fürchtet u. was nicht. Doriots Referat bestand in der Hauptsache in einer wütenden Kommunistenhetze. Die anderen Volksfrontorganisationen u. die Regierung Blum behandelte er dagegen bedeutend wohlwollender. Doriot richtete seine Angriffe gegen die KP, nicht weil diese Volksfrontpolitik betreibt, sondern obwohl sie Volksfrontpolitik macht, er griff die KP nicht als Repräsentantin einer bürgerlich-demokratischen Politik an, sondern als Repräsentantin der revolutionären Prinzipien des Kommunismus, der russischen Revolution. Doriot erklärte sich bereit, mit den Radikalen, ja selbst mit der SFIO zusammenzugehen, wenn sie mit den Kommunisten brächen. Doriots Stellungnahme ist leicht zu erklären: solange die französischen Arbeiter einig sind, ist es für die Faschisten schwer, vorwärtszukommen. Denn obwohl die proletarische Einheitsfront heute von den Führern der Arbeiterorganisationen verfälscht u. für die Zwecke der Volksfront missbraucht wird, wissen die Faschisten ganz genau, dass bei jedem ersten Vorstoß der Kapitalistenklasse u. des Faschismus die Regierung u. die Führer der Arbeiterorganisationen schwerlich imstande wären, den einheitlichen Kampfwillen der Arbeiterschaft zu brechen u. den Ausbruch von ausserparlamentarischen Massenaktionen zu verhindern. Deswegen möchten die Faschisten einen Keil in die Reihen der Arbeiter treiben. Sie hoffen, wenn einmal die proletarische Einheitsfront zerfallen ist u. die Kommunisten schachmatt gesetzt worden

sind, denn auch leicht die Sozialisten erledigen zu können.

Die Konsequenz, die sich daraus für die Arbeiterklasse ergibt, ist die, dass sie an der proletarischen Einheitsfront festhalten muss, u. dass sie, um diese Einheitsfront auszubauen, mit der Volksfrontpolitik, durch die auf die Dauer der Gedanke der Einheitsfront diskreditiert u. der Kampfwille der Massen gebrochen wird, Schluss machen muss. Daes für die proletarische Einheitsfront u. den Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus noch günstige Chancen bestehen, hat gerade der Parteitag der Doriotfaschisten gezeigt.

Was hat der Doriotparteitag gezeigt?

Er hat einmal gezeigt, dass das zahlenmässige Wachstum der faschistischen Organisationen noch nicht so gross ist, wie die Faschisten es gerne haben möchten. Doriot hat zwar mit 100 000 Mitgliedern geprahlt, aber aus der Tatsache, dass er gezwungen ist, neue Mitglieder dadurch zu werben, dass er ihnen Posten verspricht, geht hervor, dass seine Angaben ein grober Schwindel sind.

Zweitens hat der Doriotsche Parteitag von neuem gezeigt, dass die französischen Faschisten aus Angst vor der Masseastimmung noch nicht wagen, offen mit dem vollständigen Programm aufzutreten. De la Rosque spielt sich als Verteidiger der demokratischen Freiheiten u. der Republik auf. Doriot wagt nicht, die Demokratie, den Parlamentarismus u. die alten politischen Parteien der Bourgeoisie offen anzugreifen, sondern versucht eher, sich an die "Hockschüsse" dieser Parteien zu hängen. Wie Hitler jahrelang Bürgerblockpolitik machte, bis er zu einem selbständigen Auftreten stark genug war, so möchte auch Doriot heute eine neue "union nationale" zustandebringen, um ein Sprungbrett zu haben.

Schliesslich erklärt sich auch die bescheidene Rolle, die die soziale Demagogie, die einen wichtigen Platz in der Naziagitation einnahm, auf der Tagung der Doriotfaschisten spielte, aus der Furcht vor der Kampfkraft der französischen Arbeiterklasse. Die Nazis arbeiteten mit grossen Phrasen gegen den Kapitalismus zu einer Zeit, als die deutsche Arbeiterklasse passiv u. keine Kämpfe mehr führte. Aber die Kampfkraft des französischen Proletariats ist noch nicht gebrochen. Die Janibewegung liegt erst kurze Zeit zurück; auch heute finden in den Betrieben noch fortwährend Kämpfe statt. Angesichts dieser Situation haben die faschistischen Kapitalknechte Angst, antikapitalistische Phrasen zu dreschen, denn sie fürchten, dass ihre Anhänger diese Phrasen ernst nehmen, u. sich der klassenbewussten Arbeiterschaft, gegen die die Doriot etc. sie gerade aufhetzen wollen, anschliessen u. wirklich gegen den Kapitalismus losgehen könnten.

Doriots Programmpunkte.

Doriots Wirtschaftsprogramm setzt sich aus den ältesten Ladenhütern der imperialistischen Kolonialpropaganda zusammen. Das Frunkstück ist das "französische Imperium", d. h. der Plan, aus Frankreich u. den Kolonien ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, das von hohen Kolonialzöllen umgeben ist, zu schaffen. Die Verwirklichung dieses Plans würde bedeuten, dass die ohnehin schon hohen französischen Zölle, die bereits jetzt die Lebenshaltung der Massen verteuern, noch mehr erhöht werden würden. Doriot will weiter den franz. Kapitalexport nach den Kolonien organisieren, um dort Eisenbahnen, Strassen, Fluglinien etc. zu schaffen. Dieser Plan von Doriot ist nicht gerade originell. Wenn er bisher nicht verwirklicht wurde, so aus dem Grunde, weil seine Realisierung nur mit riesigen staatlichen Subventionen möglich ist. Die Kosten des Doriotschen Kolonialprogramms hätten die französischen Steuerzahler u. die Kolonialvölker, die bei solchen Gelegenheiten Zwangsarbeit leisten müssen, zu tragen, seine Gewinner wären einzig u. allein die französischen Trusts u. Banken; die grosse Profite machen würden. Während in den Programmen des italienischen u. deutschen Faschismus der Kampf gegen die Trusts ein demagogisches Zugstück war, gibt Doriot offen zu, dass er die Trusts nicht enteignen wolle. Sein Plan der Organisation der Wirtschaft im Rahmen des Kapitalismus, d. h. der Vorrüstung mit staatlichem Zwang, muss notwendig zu ihrer Stärkung führen, wie das sich in faschistischem Italien u. in Nazideutschland gezeigt hat. Allerdings kündigt Doriot eine Steuer auf Extraprofite an - aber auch die gibt es bei Mussolini u. bei Hitler. Die faschistische Wirtschaftspolitik sichert den Trusts so viele

staatliche Subventionen, dass die grossen Unternehmer gerne eine kleine Steuer mehr zahlen.

Das Doriotsche aussenpolitische Programm ist sehr einfach. Es enthält als wichtigste Forderung die des Bruches mit der Sowjetunion u. das in einem Augenblick, wo sich zeigt, dass der franco-sowjetrussische Pakt das einzige diplomatische Friedensinstrument in Europa ist. Doriot verlangt weiter eine "Verständigung" mit Hitlerdeutschland. Er ist bereit, den Nazis freie Hand im Osten zu lassen, wobei er allerdings selbst noch nicht weiss, ob überhaupt u. welche Gegengabe dafür Hitler Frankreich bieten würde. Doriots Aufruf zu einem faschistischen Interventionskrieg gegen die Sowjetunion zeigt die Gefahr, die der SU von dem internationalen Faschismus droht. Schon heute müssen die französischen Arbeiter alles tun, um die SU zu schützen.

Wenn der Parteitag der Doriotfaschisten auch gezeigt hat, dass wir noch nicht am Vorabend einer faschistischen Diktatur stehen, so hat er doch andererseits bewiesen, dass es verhängnisvoll wäre, wenn die Werktätigen die faschistische Gefahr unterschätzten. Heute tritt der Faschismus verhältnismässig gemässigt auf, weil er die Arbeiterklasse fürchtet. Aber die Volksfrontpolitik stärkt seine Position. Durch die Volksfrontpolitik sind die Radikalen die Machor in der Regierung geworden u. die Arbeiterorganisationen haben sich in eine Stellung begeben, wo sie von dem guten Willen der radikalen Partei abhängen. Die Art, wie Doriot sich über die arbeiterfeindlichen Äusserungen auf dem Biarritz-Parteitag der Radikalen freut u. sie für seine Zwecke auszunützen versucht, zeigt, dass alle Konzessionen an die Radikalen letzten Endes auch Konzessionen an den Faschismus sind.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DIE BEDEUTUNG DER WAHL ROOSEVELTS.

oo

Wir entnehmen einer längeren Zuschrift unserer amerikanischen Kameraden:

Die Stimmenzahl, mit der Roosevelt als Präsident der Ver. Staaten wiedergewählt worden ist, war die grösste, die ein amerikanischer Präsidentschaftskandidat je erhielt. In dem Wahlmännerkörper, der den Präsidenten wählt, erhielt Roosevelt die überwältigende Mehrheit mit 523 Wahlmännern, während Landon nur 8 erhielt.

Die Wahl war der Höhepunkt einer Kampagne, die vier Monate gedauert hat und die zum ersten Mal seit dem Kriege die beiden grossen Parteien der Demokraten u. der Republikaner in einen Gegensatz in bezug auf grundlegende Fragen der Politik zeigte. Roosevelts demokratische Partei stützte sich in ihrer Agitation auf die Tätigkeit der Regierung Roosevelts, einer liberalen kapitalistischen Regierung, die sich bemüht hatte, den amerikanischen Kapitalismus dadurch zu stabilisieren, dass sie den Arbeitern, Farmern u. Arbeitslosen einige Konzessionen machte u. der Freiheit des Industrie- und Finanzkapitals einige Beschränkungen auferlegte. Die republikanische Partei trat mit einem vagen u. widerspruchsvollen Programm u. mit einem Kandidaten vor die Wähler, der, obwohl er sich weder durch Charakter noch durch Persönlichkeit auszeichnete, doch dem Publikum durch die Hearstpresse als der Mann gepriesen wurde. Hinter Landon stand der grösste Teil der amerikanischen Reaktion, darunter die berühmte "Freiheitsliga", Hearst, Multimillionär u. Zeitungsverleger mit faschistischen Tendenzen, die amerikanische Handelskammer u. die Mehrzahl derjenigen Unternehmer, die in ihren Betrieben keine Gewerkschaften anerkennen. Die Behauptung, dass die republikanische Wahlkampagne eine faschistische Kampagne gewesen sei, wie dies die KP-Amerikas tat, ist aber falsch. Die Kräfte, die hinter Landon standen, wollten die Rückkehr zu einer Regierung, welche die Arbeitslosen verhungern lässt, dem Grosskapital freie Hand lässt, Hungerlöhne schab ermöglicht, die bewaffneten Streitkräfte dazu benutzt Streiks zu brechen u. eine laissez-faire Wirtschaftspolitik betreibt. Dies alles im Rahmen der bürgerlichen Demokratie, solange diese diesen Absichten genügt.

Die Republikaner u. ihr reaktionärer Aphan verloren aber schwer zugunsten von Roosevelt, der Unterstützung erhielt von denjenigen Kapitalisten, die sich bewusst waren, was er für sie getan hatte, zweitens durch das Kleinbürgertum,

das einen Aufschwung in seinen Geschäften durch die teilweise Besserung der Weltwirtschaftslage erfuhr und drittens durch die Arbeiterschaft, die ihre traditionelle Parteienfeindlichkeit aufgab u. für die Wiederwahl Roosevelts eintrat. Einmal, indem sie für die ~~entschieden~~ kapitalistische Demokratische Partei eintrat, zum anderen durch zwei wichtige neue Organisationen, durch die "Labor Non-Partisan League" u. die "American Labor Party". Die erstere wurde von John L. Lewis zur selben Zeit gegründet wie das Komitee für Industrieverbände, das jetzt aus der Amerikanischen Arbeiterföderation (A.F. of L.) ausgeschlossen worden ist. Die letztere wurde auf der Tagung der New Yorker Staatsföderation der Gewerkschaften vor einigen Monaten gegründet. Während der Einfluss der LNPL nicht bestimmt werden kann, da ihre Anhänger demokratisch wählten, erhielt die ALP im Staate New York 300 000 Stimmen auf ihren Wahllisten, an deren Spitze zwar Roosevelt stand, aber dann weitere Arbeiterkandidaten für Senat, Repräsentantenhaus usw. Das ist umso bedeutungsvoller, als es sich nur um einen einzigen Staat handelt u. die ALP erst während der Wahlkampagne gegründet wurde.

Von den anderen Präsidentschaftskandidaten erhielt der Faschist William Loma-ko, der von dem Pater Coughlin, einem Faschisten, u. von den Überbleibseln der Parteimaschinerie des toten Huey Long unterstützt wurde, nur etwas über 600 000 Stimmen im ganzen Lande. Thomas, der sozialistische Kandidat, bekam weniger als 400 000 Stimmen, was einen schweren Stimmenverlust gegenüber der vorhergehenden Wahl bedeutet; der Kommunist Browder erhielt noch weniger.

Die Wahl ist nicht nur bedeutungsvoll wegen des überwältigenden Vertrauensvotums für Roosevelt. Sie bedeutet wahrscheinlich auch das Ende der republikanischen Partei u. bewirkt den, wenn auch schwachen Beginn einer Labor-Party in den Ver. Staaten. Die weitere Entwicklung in der A.F. of L. u. die Aktivität des Komitees für Industrieverbände, das eine bedeutende Kraft in der amerikanischen Arbeiterbewegung darstellt, werden das Wachstum einer Arbeiterpartei beschleunigen. Sie wird die Arbeiterelemente in der Demokratischen Partei an sich heranziehen u. eine wirkliche Arbeiterpartei werden, innerhalb deren die Sozialistische u. die Kommunistische Partei bei der nächsten Wahl 1940 wirken werden.

Um die Stellungnahme der Kommunistischen Opposition Amerikas, die sie während der Wahlkampagne bezogen hatte, zu charakterisieren, zitieren wir folgende Stellen aus ihrer Wahlbroschüre:

"Für die Arbeiterklasse ist der Unterschied zwischen Roosevelt u. Landon, obwohl er vorhanden und an sich wichtig ist, nicht so bedeutend, dass er den Verzicht der politischen Klassenunabhängigkeit rechtfertigen könnte, den die Unterstützung Roosevelts darstellt."

Die Broschüre setzt sich dann kritisch mit dem Programm des soz. und komm. Kandidaten auseinander und ruft am Schluss zur Wahl des kommunistischen Kandidaten Browder auf. Wozu es heisst:

"Aber wenn wir so Browder in der Wahl unterstützen, so tun wir es unter eindeutiger Ablehnung seiner Plattform u. seines Wahlaufrufs; die wir ohne Einschränkung verurteilen. Unsere Aufforderung, für Browder zu stimmen, ist eine Aufforderung, für den Kommunismus zu stimmen, für eine Bewegung u. für Prinzipien, die ~~ausgeschlossen~~ allein die KP in diesen Wahlen vertritt, trotz ihrer gegenwärtigen unkommunistischen Politik; für eine Bewegung u. für Prinzipien, die den schamlosen Opportunismus, der heute die komm. Partei beherrscht, überlegen. Unsere Aufforderung, für Browder zu stimmen, ist eine Aufforderung an die revolutionären Arbeiter, mit uns zusammen an dem Wiederaufbau der offiziellen kommunistischen Partei zu arbeiten, an ihrer Zurückführung auf den Weg des revolutionären Kommunismus, den Marx u. Lenin uns gezeigt haben und auf dem die russischen Bolschewiki zum Sieg geschritten sind."

DER SCHLAUE M. WALTER. Der Landesdelegiertentag der UPR brachte nichts wesentlich Neues. Erwähnenswert ist lediglich, dass M. Walters Referat zwei Gesichtspunkte herausstellte, die für die gegenwärtige Politik der Bourgeoisie symptomatisch zu sein scheinen.

M. Walter griff nicht die Volksfront als Ganzes an, sondern konzentrierte seine Angriffe gegen die Kommunisten. Der Sinn dieser Taktik liegt auf der Hand: die Bourgeoisie möchte die proletarische Einheitsfront zwischen SFIO und KPF sprengen, von der sie weiss, dass sie - bei all ihren Schwächen - der Erreger jener Kraft war, die die Massen im Juni spontan zu der gewaltigen Aktion der Betriebsbesetzung führte. Deshalb legt die kluge Grossbourgeoisie und ihre politischen Vertreter, das Sperrfeuer nicht zwischen die Radikalen u. die Arbeiterparteien, sondern sucht Sozialisten u. Kommunisten auseinander zu treiben und die proletarische Einheitsfront zu sprengen.

Das zweite Moment im Referat M. Walters war das Bekenntnis zu den demokratischen Grundsätzen und die Mahnung an die "Parti social français" sich beschleunigt aus den Jagdgeländen der UPR zurückzuziehen. Das letztere geschah aber in einer Form, die der UPR alle Wege für ein Zusammenwirken mit der Parti social français offen lässt, auch das scheint uns für die Gegenwart charakteristisch zu sein. Die Bourgeoisie visiert jetzt nicht auf einen faschistischen Staatsstreich, sondern auf die Ausbeute der Devaluation u. des voraus-sichtlichen Wirtschaftsaufschwunges. Sie finanziert die Faschisten, aber sie empfiehlt ihnen kurz zu treten, sie hängt den demokratischen Lappen heraus, um auf diesem Wege nicht nur die Radikalen, sondern vor allen auch die Sozialisten für eine Regierungserweiterung nach rechts günstig zu stimmen.

Ein Moment, das speziell für das Elsass bedeutsam ist: die UPR ist für die els. Front unter Einbeziehung aller volksfrontfeindlichen Gruppierungen des Bürgertums, sowohl der "Parti social français", als auch der Elzianer u. Huoborier. Auch dies ist verständlich: die UPR möchte niemand vor den Kopf stossen u. niemand missen, aber sie möchte das Zünglein zwischen den beiden Flügeln sein u. so immet die Entscheidung bestimmen. Der Grund dafür: die UPR will eine breite Front, um sie gegebenenfalls dann einzusetzen, wenn die Privilegien der Kirche angetastet werden sollten. Die Hüniger Schulaffaire und die Verlängerung der Schluszeit ohne sie zu befragen, genügen ihr bereits um die Zähne zu fätschen.

DER REPUBLIKANER MOGELT. Der "Republikaner" v. 13. VI. gibt eine Havasmeldung wieder, in der mitgeteilt wird, dass der Untersuchungsrichter zehn weitere Lyoner Industrielle, wegen Herstellung von Handgranaten für Spanien, unter Anklage gestellt hat. Obzwar bekannt ist, dass es sich in diesem konkreten Fall um Ausführung von Aufträgen für die rechtmässige spanische Regierung handelte, versteht der "Republikaner" diese Meldung mit der Überschrift "Weitere Lieferanten der spanischen Rebellen unter Anklage gestellt".

Wir haben durchaus Verständnis dafür, dass der "Republikaner" im gleichen Augenblick, da wirkliche Lieferungen franz. Firmen (Brandt, Renault) an die Rebellen aufgedeckt werden, für die nach den Behauptungen der "Humanité" der Kriegs- u. Aussenminister die Genehmigung erteilten, das Bedürfnis hat, die Arbeiter im Interesse des Ansehens der Regierung Blum über den wahren Sachverhalt der Lyoner Handgranatenaflaire hinweg zu täuschen. Das Verhalten des "Republikaners" zeigt nur, auf welche krummen Wege die soz. Presse gelangt, um die mit den Interessen der Arbeiter unvereinbare Politik der Regierung Blum gegenüber den spanischen Antifaschisten, den Arbeitern "verständlich" zu machen. Oder will der "Republikaner" behaupten, in Unkenntnis der wirklichen Sachlage gehandelt zu haben, obzwar ihm doch allein aus der kommunistischen Initiative auf Freilassung der Lyoner Kleinindustriellen, bekannt sein müsste, um was es sich in der Lyoner Affaire handelt? Dann darf wohl erwartet werden, dass der "Republikaner" nachträglich seinen Lesern den wahren Sachverhalt bekannt gibt. Wir werden ja sehen ob der "Republikaner" den Mut zur Wahrheit findet.

Wer hat da die Hand im Spiel? Am Donnerstag, den 19/11. sollte im Strasbourger Konservatorium der Schriftsteller Gaëtan Bernoville einen Vortrag über das Thema "Warum im spanischen Krieg die Basken mit der Volksfront sind" halten. Am 18/11. teilt der "Elsässer" mit, dass der angekündigte Vortrag nicht stattfindet, da der Referent nicht nach Strasbourg kommen kann. Warum? Weshalb? Darüber schweigt des Sängers Höflichkeit. Bekanntlich kämpfen die katholischen Basken in Spanien mit den Arbeitern in der antifaschisti-

schen Front. Wer ist daran interessiert, dass die Gründe dafür bei den gläubigen Katholiken nicht bekannt werden? In Brüssel hat der zuständige Bischof zwei katholischen spanischen Priester verboten in einer öffentlichen Kundgebung ihre antifaschistische Gesinnung zu bekunden. Ja der Bischof entzog diesen Priestern sogar das Recht die Messe zu lesen. Steckt hinter der Absage des Vortrages von Bernoville etwas Ähnliches? Es scheint so! Das wäre ein Beweis mehr dafür, dass nicht nur die katholische Presse die Wahrheit über Spanien dreist und gottesfürchtig fälscht, wie dies dem "Elsässer" nachgewiesen wurde, sondern dass auch kirchliche Würdenträger die Wahrheit über Spanien im Elsass unterdrücken.

DAS SOZIALE MÄNTELCHEN DER UPR. Auf dem Landesdelegiertentag der UPR riet M. Walter seinen Freunden, den Kampf der UPR nicht gegen die soz. Gesetze anzusetzen, sondern gegen die Mittel zu richten, denen die Arbeiterschaft die Durchsetzung der soz. Gesetze allein verdankt. Es ist nicht schwer zu erraten, warum M. Walter auf diesen "taktischen" Unterschied solchen Wert legt. Die UPR möchte bei der Arbeiterschaft als eine sozial-fortschrittliche Partei gelten u. den bereits zu Tage getretenen Gegensatz der Arbeiterschaft zur UPR durch ihre scheinbare Übereinstimmung mit den Sozialgesetzen mildern, um sie leichter für die von Madame de Wendel unterstützten christlichen Gewerkschaften zu ködern.

Nun ist aber nicht unbekannt, dass während der Anwesenheit des E. de Tossan maßgebliche Vertreter der UPR ein Protestvotum gegen die Anwendung der Kollektivverträge auf die fremde Arbeitskraft beschäftigenden landwirtschaftlichen Betriebe abgaben. Die UPR will also den landwirtschaftlichen Arbeitern einen nicht unwichtigen Bestandteil der Sozialgesetze streitig machen. In die gleichen Fußstapfen tritt jetzt erneut die oberelsässische Landwirtschaftskammer, in der maßgebliche Vertreter der UPR eine erste Geige spielen. Damit wird selbst der feine "taktische" Unterschied, den M. Walter seinen Freunden zu machen empfiehlt in der praktischen Politik der UPR ad absurdum geführt. Es zeigt sich eben, dass die UPR nur platonische Bekenntnisse zu den Sozialgesetzen abgibt, aber dort wo sie etwas zu sagen hat, selbst ihren platonischen Bekenntnissen zuwider handelt. Es wird gut sein, diese Doppelzüngigkeit den mit der UPR verbundenen christlichen Gewerkschaftsstrategen sehr nachhaltig zu Gemüte zu führen.

WORUM ES IHNEN GEHT. Die UPR setzt Himmel u. Hölle gegen die Schulzeitverlängerung in Bewegung. Nun ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Sache saudum arrangiert wurde u. dass die Schulzeitverlängerung besonders für die werktätigen Familien manche Belastung zur Folge hat. Die UPR nutzt dies zwar alles weidlich aus, aber in Wahrheit geht es ihr um etwas ganz anderes. Sie befürchtet erstens infolge der Verlängerung der Schulzeit eine Verhehrung der weltlichen Lehrkräfte. Klar ergibt sich dies aus der Resolution des Landesdelegiertentages, wo gefordert wird, dass von den neuen Stellen, die zur Durchführung des achten Schuljahres für Mädchen in Els.-Loth. geschaffen werden, eine so hohe Zahl der Lehrpersonen den Kongregationen reserviert bleibt, dass davon bisherige Proportion in der Gesamtzahl erhalten bleibt. Diese reservierten Stellen so schnell als die Kongregation die Lehrpersonen stellen können, errichtet werden usw. Hieraus ergibt sich klar, worum es den Klerikalen geht; um die Sicherung der Schule, um deren Beherrschung durch die Kirche. Zweitens geht es der UPR darum, zu erwirken, dass sie als führende Partei des Klasse vor allen Massnahmen, soweit sie das Elsass betreffen, gehört wird und die Regierung vor allem auf kulturpolitischen Gebieten nichts tut, ohne vorher die Genehmigung bei den Klerikalen eingeholt zu haben.

Durch die gegenwärtige Aktion will die UPR erreichen, dass dieses Prinzip durchgesetzt wird. Von diesem Gesichtspunkt muss die Arbeiterschaft die Aktion der UPR beurteilen. Die els. Arbeiterschaft hat inzwischen die reaktionäre Rolle der Kirche am Beispiel Abessinians, Spaniens u. der Betriebsbesetzungen kennengelernt. Sie kann und darf kein Interesse daran haben, dass die Kirche ihre Kinder in der Gewalt besitzt und sie in einem Geist des Hasses gegenüber den Klassenzielen des Proletariats erzieht, genau so wenig, wie sie ein Interesse daran haben kann, dass der Staat den Klerus bezahlt, der sich in seiner Mehrheit als ein politisches Werkzeug der Reaktion und des Kapitals erweist.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

N° 48/III. Jahrgang.

Vierte Novemborwoche 1936.

Nach 3 Wochen Kampf um Madrid:

KÄMPFT FÜR SPANIEN I
oooooooooooooooooooooooooooo

Die heldenmütigen Verteidiger Madrids haben bisher alle Angriffe der Rebellen zurückgeschlagen. Franco hatte, nachdem sein erster Angriff missglückt war, neue Truppen aus Marokko herbeigeholt. Es waren Eingeborene, die nur 14 Tage militärisch ausgebildet worden waren. Aber auch diese Verstärkungen haben Franco nichts genutzt. Der Menschenmangel macht sich bei den spanischen Faschisten bereits bemerkbar. Franco hat aus Marokko so ziemlich alles herausgeholt, was er in seine Truppen einreihen konnte. Er kann es nicht wagen, in den von ihm besetzten Gebieten Spaniens grössere Massen für den Militärdienst zu mobilisieren, weil die faschistischen Mörder von den grossen Massen des spanischen Volkes gehasst werden. Deswegen scheinen Franco u. seine Protektoren Hitler u. Mussolini nunmehr daran zu denken, ein direktes Eingreifen Italiens u. Deutschlands in den spanischen Bürgerkrieg in die Wege zu leiten, ein Eingreifen italienischer u. deutscher Truppen, bzw. Kriegsschiffe, weil die blossen Waffenlieferungen u. die Entsendung von Fliegern offenbar den spanischen Rebellen nicht mehr genügen. Die Anerkennung Francos durch Hitler und Mussolini hatte sichtlich den Zweck, in diplomatischer Hinsicht den Boden für eine solche Intervention des deutschen u. italienischen Faschismus abzutasten. Dem gleichen Zwecke diente die Ankündigung der Blockade von Barcelona, deren Durchführung die Rebellen nur mit Hilfe deutscher u. italienischer Kriegsschiffe unternehmen können. Die französische u. englische Regierung haben vorläufig abgewinkt. Sie haben es abgelehnt, Franco als kriegführende Macht anzuerkennen, bzw. die Blockade Barcelonas zuzulassen. Aber das bedeutet nicht, dass sie nicht morgen von neuem vor Hitler u. Mussolini zurückweichen. In der Frage eines offenen Bombardements von Barcelona haben sich die englische u. die französische Regierung sehr zweideutig benommen, sie haben aussordern von neuem die Neutralitätspolitik, die Franco in die Hände spielt, bekräftigt. Die Arbeiterklasse muss nach wie vor für die Aufhebung der Neutralitätspolitik kämpfen, und zwar indem sie Blum u. Baldwin unter Massendruck setzt. Die Arbeiter müssen durch ihren Druck verhindern, dass der englische u. der französische Imperialismus Hitler u. Mussolini freie Hand zu einem direkten Eingreifen in Spanien geben!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Nach dem Tod Salengros:

PAS DE DISCOURS, A L'ACTION !

oooooooooooooooooooooooooooo

Die Arbeiterschaft hat auf den Tod Salengros mit riesigen Kundgebungen, insbesondere in Paris u. in Lille, reagiert. Die Gefühle, mit denen die Massen aufmarschierten, waren anderer Natur als das, was in den offiziellen Reden, so z. B. in den Worten Blums bei dem Begräbnis Salengros in Lille, zum Ausdruck kam. Für die Massen war der Tod Salengros ein drastisches Beispiel der Schwäche, die die Volksfrontregierung gegenüber dem Faschismus an den Tag zu legen pflegt. Denn es war in der Tat ein Beweis der Ohnmacht der Regierung Blum gegenüber dem Faschismus, dass ihr Innenminister, d. h. der Mann, dem die ganze Polizei unterstand, sich das Leben nahm, weil er nicht mit einem faschistischen Schund- u. Revolverblatt fertigwerden konnte. Die Massen haben, indem sie zu Tausenden u. Abertausenden aufmarschierten, dagegen protestiert, dass die Volksfrontregierung den Faschisten nicht an den Kragen geht; sie haben gleichzeitig gegen die schändliche Haltung genommen, die die Regierung Blum auf Befehl des französischen Kapitals in der spanischen Frage einnimmt.

Die Arbeiter fordern durchgreifende Massnahmen.

Die Kundgebungen, die in Paris anlässlich des Todes von Salengro stattfanden, die Massenversammlung im Velodrom d'Hiver u. die Demonstration v. 22. November, haben gezeigt, dass die Pariser Arbeiter kein unbefangenes Vertrauen zur Volksfront u. zur Volksfrontregierung mehr haben u. beginnen, sich der Schwächen, Mängel u. Verrätereien der Blumregierung bewusst zu werden. Im Velodrom d'Hiver wurde Daladier von der Masse mit stürmischen Zurufen, die sich auf die Spanien- u. die Militärpolitik der Regierung bezogen, empfangen u. hatte Mühe, zu Wort zu kommen. Daladier ist der Hauptrepräsentant der Bourgeoisie in der Regierung, er ist der Führer der radikalen Partei, die der Regierung ihre kapitalistische Politik diktiert, u. das fühlen die Massen sehr gut. Auf der Strassendemonstration v. 22. November lautete die vorherrschende Losung der Pariser Arbeiter "Pas de discours, à l'action!", "Blum à l'action!". Ferner verlangten die Massen Flugzeuge u. Waffen für Spanien u. die Aufhebung der verbrecherischen Blockade, die im Namen der Neutralität gegen die spanischen antifaschistischen verhängt worden ist. Man sah im Zug nur noch wenig Trikolooren, viel weniger als am 14. Juli, auch der Ruf "Vive le front populaire!", der am 14. Juli der vorherrschende war, erklang diesmal nur noch selten. Dagegen hörte man aus den Reihen der sozialistischen Jugend die Losung "gouvernement ouvrier - paysan", "Arbeiter- u. Bauernregierung", d. h. Hinauswurf der Bourgeoisie aus der Regierung.

Aus Lille wird gemeldet, dass die sozialistischen Führer dort alle Mühe hatten, um ihre Anhänger vor "Gewalttätigkeiten" zurückzuhalten, d. h. davor, dass sie selbst drängten, die Faschisten zur Reason zu bringen.

Was aber tut die Regierung?

Was die Regierung anbelangt, so hat der Tod Salengros ihre Haltung keineswegs geändert. Blum denkt nicht daran, ernsthaft zur Aktion gegen Faschismus u. Kapital zu schreiten, u. es wäre auch eine Illusion anzunehmen, dass die Volksfrontregierung zu einer solchen Aktion fähig sei, dass sie das vollbringen könne, was nur die Frucht der ausserparlamentarischen Aktion der werktätigen Massen im Zeichen des Klassenkampfes sein kann.

Die Regierung will jetzt ein Pressegesetz einbringen, das die Verleumdung durch Zeitungsartikel ahnden soll. Ein solches Gesetz, von der bürgerlichen Justiz angewandt, wird den Faschisten nicht viel schaden, denn sie werden stets milde Richter finden. Dagegen besteht die ernsthafte Gefahr, dass es von reaktionären Richtern gegen die Arbeiterpresse angewandt wird, um diese zu schikanieren u. zu verfolgen. Es ist überhaupt lächerlich, wenn die Regierung uns jetzt weisszumachen sucht, sie habe die Faschisten deswegen bisher nicht wirksam bekämpfen können, weil ihr die gesetzlichen Handhaben gefehlt hätten. Trotz dem Gesetz über die Ligen bestehen die faschistischen Organisationen lustig weiter. Und wenn die Regierung nur wollte, dann genügen die bestehenden Gesetze, um das zu tun; was jetzt notwendig ist, u. was die Arbeiter bei den letzten Kundgebungen verlangt haben, nämlich effektive Auflösung der faschistischen Organisationen, Verbot der faschistischen Presse, Verhaftung der faschistischen Führer. Wenn die Regierung das nicht tut, so deshalb, weil sie als eine Regierung der Koalition mit der Bourgeoisie das nicht tun will. Statt dessen vorlegt sie sich auf die Fabrikation von Gesetzen, mit denen sie die Massen darüber hinwegtäuschen will, dass die Faschisten nicht ernsthaft behelligt werden, u. deren praktische Anwendung durch die bürgerliche Justiz schwere Gefahren für die Arbeiterbewegung mit sich bringen kann.

Auch in der spanischen Frage setzt die Regierung ihre vorhängnisvolle Politik fort.

Auch in der spanischen Frage denkt die Regierung nicht daran, dem Willen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Als der Nationalrat der SFIO den Beschluss fasste, die Regierung Blum solle im Einvernehmen mit den englischen Regierung die Neutralitätspolitik überprüfen, haben wir das von vornherein als ein Manöver zur Täuschung der Massen bezeichnet, während z. B. die KPF darin die Ankündigung eines Bruches mit der Politik des Verrats an den spanischen Antifaschisten

Die Arbeiter fordern durchgreifende Massnahmen.

Die Kundgebungen, die in Paris anlässlich des Todes von Salengro stattfanden, die Massenversammlung im Velodrom d'Hiver u. die Demonstration v. 22. November, haben gezeigt, dass die Pariser Arbeiter kein unbefangenes Vertrauen zur Volksfront u. zur Volksfrontregierung mehr haben u. beginnen, sich der Schwächen, Mängel u. Verräterei der Blumregierung bewusst zu werden. Im Velodrom d'Hiver wurde Daladier von der Masse mit stürmischen Zurufen, die sich auf die Spanion- u. die Militärpolitik der Regierung bezogen, empfangen u. hatte Mühe, zu Wort zu kommen. Daladier ist der Hauptrepräsentant der Bourgeoisie in der Regierung, er ist der Führer der radikalen Partei, die der Regierung ihre kapitalistische Politik diktiert, u. das fühlen die Massen sehr gut. Auf der Strassendemonstration v. 22. November lautete die vorherrschende Losung der Pariser Arbeiter "Pas de discours, à l'action!", "Blum à l'action!". Ferner verlangten die Massen Flugzeuge u. Waffen für Spanien u. die Aufhebung der verbrecherischen Blockade, die im Namen der Neutralität gegen die spanischen antifaschistischen verhängt worden ist. Man sah im Zug nur noch wenig Trikolooren, viel weniger als am 14. Juli, auch der Ruf "Vive le front populaire!", der am 14. Juli der vorherrschende war, erklang diesmal nur noch selten. Dagegen hörte man aus den Reihen der sozialistischen Jugend die Losung "gouvernement ouvrier - paysan", "Arbeiter- u. Bauernregierung", d. h. Hinauswurf der Bourgeoisie aus der Regierung.

Aus Lille wird gemeldet, dass die sozialistischen Führer dort alle Mühe hatten, um ihre Anhänger vor "Gewalttätigkeiten" zurückzuhalten, d. h. davor, dass sie selbst drängten, die Faschisten zur Raison zu bringen.

Was aber tut die Regierung?

Was die Regierung anbelangt, so hat der Tod Salengros ihre Haltung keineswegs geändert. Blum denkt nicht daran, ernsthaft zur Aktion gegen Faschismus u. Kapital zu schreiten, u. es wäre auch eine Illusion anzunehmen, dass die Volksfrontregierung zu einer solchen Aktion fähig sei, dass sie das vollbringen könne, was nur die Frucht der ausserparlamentarischen Aktion der werktätigen Massen im Zeichen des Klassenkampfes sein kann.

Die Regierung will jetzt ein Pressegesetz einbringen, das die Verleumdung durch Zeitungsartikel ahnden soll. Ein solches Gesetz, von der bürgerlichen Justiz angewandt, wird den Faschisten nicht viel schaden, denn sie werden stets milde Richter finden. Dagegen besteht die ernstliche Gefahr, dass es von reaktionären Richtern gegen die Arbeiterpresse angewandt wird, um diese zu schikanieren u. zu verfolgen. Es ist überhaupt lächerlich, wenn die Regierung uns jetzt weisszumachen sucht, sie habe die Faschisten deswegen bisher nicht wirksam bekämpfen können, weil ihr die gesetzlichen Handhaben gefehlt hätten. Trotz dem Gesetz über die Ligen bestehen die faschistischen Organisationen lustig weiter. Und wenn die Regierung nur wollte, dann genügen die bestehenden Gesetze, um das zu tun; was jetzt notwendig ist, u. was die Arbeiter bei den letzten Kundgebungen verlangt haben, nämlich effektive Auflösung der faschistischen Organisationen, Verbot der faschistischen Presse, Verhaftung der faschistischen Führer. Wenn die Regierung das nicht tut, so deshalb, weil sie als eine Regierung der Koalition mit der Bourgeoisie das nicht tun will. Statt dessen vorlegt sie sich auf die Fabrikation von Gesetzen, mit denen sie die Massen darüber hinwegtäuschen will, dass die Faschisten nicht ernsthaft behelligt werden, u. deren praktische Anwendung durch die bürgerliche Justiz schwere Gefahren für die Arbeiterbewegung mit sich bringen kann.

Auch in der spanischen Frage setzt die Regierung ihre vorhängnisvolle Politik fort.

Auch in der spanischen Frage denkt die Regierung nicht daran, dem Willen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Als der Nationalrat der SFIO den Beschluss fasste, die Regierung Blum solle im Einvernehmen mit der englischen Regierung die Neutralitätspolitik überprüfen, haben wir das von vornherein als ein Manöver zur Täuschung der Massen bezeichnet, während z. B. die KPF darin die Ankündigung eines Bruches mit der Politik des Verrats an den spanischen Antifaschisten

sah. Wie hat Blum nun den Beschluss des Nationalrats befolgt? Im englischen Parlament fragte Labourabgeordneter bei Eden an, ob die französische Regierung nicht wegen der Überprüfung der Neutralitätspolitik vorstellig geworden sei. Eden antwortete, dass das nicht der Fall sei, sondern dass die französische Regierung ihm ungekehrt erklärt habe, dass sie nach wie vor an der Neutralitätspolitik festhalte. Das ist der beste Beweis dafür, dass die Resolution des Nationalrats der SFIO nichts war als ein Versuch, die Massen hinter Licht zu führen.

Die Haltung der Regierung gegenüber der Unternehmersabotage.

Desgleichen tut die Regierung nichts, um die Unternehmer zur Einhaltung der Sozialgesetze zu zwingen. Es zeigt sich ferner immer mehr, dass die Versprechungen der Regierung inbezug auf die Bekämpfung der Teuerung u. die Angleichung der Löhne an die gestiegenen Preise fauler Zauber waren. Die ganze Wirtschaftspolitik der Regierung ist im Gegenteil darauf gerichtet, den Unternehmern ihre Devaluationsgewinne zu sichern.

Was den Massen von der KPF gesagt werden müsste.

Nun ist zweifellos in den Reihen der Arbeiterschaft ein starker Kampfwille vorhanden, ~~ein~~ ein Kampfwille, der durch die Volksfrontpolitik der Führer der Arbeiterorganisationen u. die damit für die Arbeiter verbundenen Enttäuschungen bisher nicht gebrochen worden ist. Die Massen wollen, dass wirklich etwas gegen den Faschismus, gegen die Teuerung u. zur Unterstützung der spanischen Antifaschisten getan wird. Die KPF beschränkt sich in dieser Situation darauf, die Volksfrontregierung zu kritisieren, von ihr dieses u. jenes zu fordern u. dabei gleichzeitig zu erklären, dass sie auf alle Fälle an der Volksfront festhalten u. die Regierung Blum bedingungslos unterstützen werde, auch wenn ihre Forderungen nicht verwirklicht werden sollten. Aber es genügt nicht, "Blum à l'action" zu rufen. Was die kommunistische Partei den Massen zu sagen hätte, wenn sie eine wirklich kommunistische Politik betriebe (u. nicht die prinzipienlose unkommunistische Volksfrontpolitik), wenn sie wirklich versuchte, die Rolle der führenden Partei des Proletariats zu spielen, wäre das, dass die Arbeiterschaft sich nicht auf die Taten einer Koalitionsregierung, die eine kapitalistische Regierung ist, verlassen darf, sondern dass sie selbst zur Aktion schreiten muss, dass es notwendig ist, für die dringenden, von den Massen selbst als notwendig erkannten Forderungen ausserparlamentarische Bewegungen zu organisieren. Die Bereitschaft dazu ist in den Massen da. Das zeigt z. B. die Aktion der Pariser Buchdrucker, die das Erscheinen des Chiapposchen Schmutzblattes "Gringoire" verhinderten. Das zeigt die Bewegung der Metallarbeiter in Lille, die die Betriebe besetzt haben u. für die Einhaltung der Kollektivverträge u. eine 15 % ige Lohnerhöhung angesichts der Teuerung kämpfen. Die Kommunistische Partei hätte die Aufgabe, der Kampfbereitschaft der Massen Weg u. Ziel zu weisen u. überall, vor allem in den Gewerkschaften, für die Organisation der Massen zum Kampfe einzutreten. Statt dessen beschränkt sich die Führung der KP auf leere Gesten, in der Sache aber hindert sie Infolge ihrer Volksfrontpolitik die Entfaltung des ausserparlamentarischen Massenkampfes. Auch der Führung der KPF kann man zurufen "Pas de discours, à l'action!".

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Bemerkungen zur aussenpolitischen Lage:

Die Aktionen des Nazimperialismus;

=====
 =====
 =====

Ermutigt durch die widerstandslose Hinnahme ihrer aussenpolitischen Provokationen, wie der Rheinlandbesetzung u. der Einführung der zweijährigen Dienstzeit, treten die Nazis täglich offener als Vortreter des imperialistischen Machtziels des deutschen Kapitalismus auf. Soeben hat erst die Hitlerregierung die letzte Bestimmung des Versailler Vertrags, die sich nicht auf territoriale Fragen bezieht, die Bestimmung über die Internationalität der deutschen Flüsse, aufgehoben. Als Antwort von Seiten der Garanten des Versailler Vertrags erfolgte diesmal nicht einmal ein diplomatischer Protest. Gegen die noch übrig gebliebenen Artikel des Versailler Vertrags haben die Nazis bereits seit einiger Zeit eine heftige Kampagne eingeleitet, in deren Mittelpunkt die Forderung nach der Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien steht. Allerdings ist nicht zu erwarten, dass in diesem Punkte, der lebenswichtig-

tige Interessen des englischen u. französischen Imperialismus berührt, die Nazis ihr Ziel ohne Krieg erreichen werden. Das weiss die deutsche Bourgeoisie auch selbst sehr wohl, wie aus ihren fiieberhaften Kriegsvorbereitungen auf militärischem, wirtschaftlichem u. diplomatischem Gebiet hervorgeht.

Das deutsch-japanische Abkommen;

Nazideutschland versucht, sich für die künftigen kriegerischen Auseinandersetzungen eine günstige Kräftekonstellation zu schaffen, indem es als Champion des Kampfes gegen den Kommunismus auftritt. Die Nazis spekulieren dabei auf den Hass der Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern gegen den Kommunismus. Sie hoffen dadurch, die Bände, die z. B. Frankreich u. die Tschechoslowakei durch die Beistandspakte mit der Sowjetunion verbinden, zu sprengen, Frankreichs Stellung zu schwächen, die kleinen Staaten einzuschüchtern u. an sich zu ziehen. Unter der Flagge des Kampfes gegen den Kommunismus haben sich bereits der deutsche u. der japanische Imperialismus zusammengefunden. Wie in Europa die antibolschewistische Hetzkampagne der Nazis nicht nur gegen die SU, sondern auch gegen England, Frankreich u. deren Verbündete gerichtet ist, so bedeutet auch im Fernen Osten das deutsch-japanische Bündnis nicht nur eine Bedrohung der SU, sondern auch Englands u. der Vereinigten Staaten.

Die deutsch-italienische Verständigung.

=====
 =====

Inbezug auf die Verständigung der Nazis mit dem italienischen Faschismus kann man sogar behaupten, dass sie in erster Linie auf der Basis gemeinsamer Interessen gegen die Westmächte Frankreich u. England zustande gekommen ist. Das zeigte deutlich an der Haltung Italiens bei den diplomatischen Vorverhandlungen für einen neuen Locarnovertrag, bei denen Italien sich zum Fürsprecher der deutschen Forderungen nach Ausschaltung der SU u. der übrigen Oststaaten machte. Das zeigt auch das gemeinsame Auftreten der beiden faschistischen Staaten im spanischen Bürgerkrieg. Deutschland u. Italien sind beide daran interessiert, durch den Sieg Francos Spanien in einen Vasallenstaat zu verwandeln, der ihre eigene Stellung gegen Frankreich u. England stärkt, der zu einem Teil ihrer wirtschaftlichen u. politischen Interessensphäre wird. Spanien ist, nach Abessinien, ein neuer Beweis dafür, dass der Kampf um die Neuverteilung der Welt bereits begonnen hat. Während aber im abessinischen Krieg Nazideutschland sich noch im wesentlichen passiv verhielt, hat sich seine militärische u. politische Position inzwischen so gestärkt, dass es im spanischen Bürgerkrieg schon aktiv, als einer der kriegführenden Parteien auftreten kann.

Wenn auch das Bündnis mit Italien (neben dem Bündnis mit Japan) ein grosser aussenpolitischer Erfolg der Nazis ist, so wäre es doch falsch, die Bedeutung dieses Bündnisses zu übertreiben. Stärken gemeinsamen Interessen beider Staaten stehen nicht wenig wichtige aussenpolitische Gegensätze entgegen. Diese betreffen vor allem Österreich, ~~Italien~~ u. den Balkan. Trotz der Verständigung der Naziregierung mit Österreich, hinter der Mussolini steckt, geht der Kampf um Österreich zwischen Hitler u. Mussolini weiter. Die Unterstützung der Österreich-ungarischen Restaurationspläne durch Mussolini als Gegengewicht gegen die Nazipropaganda in Österreich gehört z. B. in dieses Kapitel. Auch die Versuche der Nazis, in den Balkanstaaten Fuss zu fassen, sie sich über den Weg wirtschaftlicher Konzessionen politisch fügsam zu machen, rufen nicht gerade die Begeisterung des italienischen Faschismus hervor, u. Mussolini bemüht sich eifrig mit Hilfe des ungarischen Vasallen, durch mehr oder minder offene Unterstützung von dessen Revisionismus, den Nazis auf dem Balkan Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Schliesslich kann der italienische Imperialismus infolge seiner Lage im Mittelmeer es sich nicht leisten, England allzu sehr zu verschmüpfen u. ist deshalb nicht gewillt, sich durch eine vorbehaltlose Solidarisierung mit den Expansionswünschen des deutschen u. des japanischen Imperialismus die Möglichkeit einer Verständigung mit England im Mittelmeer zu verschmerzen.

Englands aussenpolitische Haltung.

Seitdem der abessinische Konflikt dem englischen Imperialismus seine militärische Schwäche bewiesen hat, ist das Bestreben Englands darauf gerichtet, alle möglichen faulen imperialistischen Kompromisse abzuschliessen, bis seine Aufrüstung beendet ist. Die führenden Politiker der englischen Bourgeoisie machen keinen Hehl daraus, dass sich diese Aufrüstung in erster Linie gegen

Deutschland richtet. Wie zu den Zeiten Wilhelms II. fühlt sich auch jetzt wieder England in seiner Machtposition durch den deutschen Imperialismus bedroht. Die deutschen Kolonialforderungen, die Reise Schachts nach dem Irak, Englands Interessensphäre, das Bündnis mit Japan usw. - alles das zeigt den englischen Imperialisten, dass auf die Dauer der Zusammenstoß mit dem deutschen Faschismus unvermeidlich ist. Aus diesem Grunde hat die konservative englische Regierung auch bisher den Werbungen der Nazis für ihren Feldzug gegen den Kommunismus ein kategorisches Nein entgegengesetzt. Das nicht deshalb, weil die englische Bourgeoisie etwa bolschewistenfeindlich sei. Das Gegenteil hat soeben erst die Rede Edons, in der er Frankreich u. Belgien die militärische Hilfe Englands für den Fall eines Angriffs gegen ihre Grenzen zusicherte, es aber wieder einmal ablehnte. Garantien für die osteuropäischen Grenzen zu übernehmen, bewiesen. Aber ebensowenig ist die englische Bourgeoisie zu einem Kreuzzug gegen die SU bereit, da sie sich gegenwärtig in ihren Interessen weniger durch die Weltrevolution als von Hitlerdeutschland bedroht fühlt.

Dass England keine Sympathie für die proletarische Revolution hat, das zeigt auch sein Verhalten im spanischen Bürgerkrieg. Der englische Imperialismus fürchtet einen Sieg der spanischen Revolution, seine heimlichen Sympathien gehören Franco. Seine Spekulationen gehen dahin, dass wenn Franco siegen sollte, er wirtschaftlich durch den Bürgerkrieg so geschwächt sein würde, dass er eine starke materielle Hilfe zum Wiederaufbau brauchte, die ihm weder Deutschland noch Italien, sondern nur der finanzkräftige englische Imperialismus, evtl. zusammen mit dem französischen, würde gewähren können, u. dass dadurch Spanien eine englische Kolonie werden würde. Andersorts wollen die englischen Kapitalisten nicht haben, dass Mussolini u. die Nazis sich in Spanien festsetzen u. treten deshalb, soweit Franco sich allzusehr als Vasall des deutschen u. des italienischen Faschismus benimmt, offen gegen ihn auf, z. B. jetzt gegen seine Blockadepläne. Schliesslich hat die Baldwinregierung Rücksicht auf die öffentliche Meinung zu nehmen, die rebellenfeindlich ist. Indirekt unterstützt der englische Imperialismus Franco, indem er Portugal, das faktisch eine englische Kolonie ist, freie Hand lässt, die Rebellen mit Kriegsmaterial zu versorgen usw.

Die Haltung Frankreichs.

Was wir über die aussenpolitische Stellung Englands gesagt haben, gilt in den Grundzügen auch für die Aussenpolitik Frankreichs. Noch mehr: die französische Aussenpolitik ist ängstlich bemüht, den Fussstapfen des englischen Imperialismus zu folgen. Das gilt nicht nur in der spanischen Frage. Auch in der Haltung gegenüber Nazideutschland befolgt die französische Bourgeoisie die englische Taktik der Suche nach faulen Kompromissen. Die Reserve Frankreichs gegenüber der SU, mit der sie doch ein Pakt zur gegenseitigen Hilfeleistung verbindet, ist ebenfalls durch das Bestreben diktiert, die antibolschewistischen Gefühle der englischen Bourgeoisie zu schonen. Es sind die gemeinsamen imperialistischen Interessen (gegen die Expansionswünsche der Nazis, soweit sie englisch-französische Interessen bedrohen, gegen die proletarische Revolution in Spanien, die Angst vor der SU als Hort der Weltrevolution), die die Abschnürung des englischen u. französischen Imperialismus, der konservativen Baldwinregierung u. der Volksfrontregierung Blum einander angleichen.

Das Zurückweichen Frankreichs vor den Provokationen der Nazis hat zu einer bedeutenden Schwächung der aussenpolitischen Stellung des französischen Imperialismus geführt. Sein Einfluss in der Kleinen Entente u. in der Balkanentente ist zugunsten Deutschlands im Abnehmen begriffen. Belgien hat mit seiner Neutralitätserklärung seine Bindungen an Frankreich gelockert u. dem Druck der Nazis nachgegeben. Auf der anderen Seite haben sich die Hoffnungen der französischen Bourgeoisie, durch eine kühle Haltung gegenüber der SU Polen als Bundesgenossen zurückzugewinnen, nicht erfüllt. In der letzten Zeit haben sich zwar infolge der Vorstöße der Nazis in Danzig die Beziehungen zwischen Polen und Hitlerdeutschland verschlechtert, aber die polnischen Imperialisten sind nicht gewillt, ihre Erpressungspolitik, die darin besteht, sich Deutschland gegen Frankreich u. die SU, u. sich Frankreich u. England gegen Deutschland u. die SU anzubieten, u. bei der sie bisher gut gefahren sind, zugunsten des französischen Imperialismus aufzugeben.

Um den Betriebsvertrauensleuten gegen Entlassungen der Patrons zu schützen, genügt ein gesetzlicher Schutz dagegen. Solange das nicht geschieht, ist es Sache der Arbeiter durch ihre eigenen Kampfmittel ihre Funktionen zu verteidigen. Das entscheidende Mittel zur Einhaltung der Kollektivverträge durch die Unternehmer ist immer die Kampfkraft der Gewerkschaften. Die aus dem Kollektivvertrag hervorgehenden Unstimmigkeiten der Autorität eines Zwangsschlichtungsverfahrens zu unterwerfen, indem die Vertreter des kapitalistischen Staates - seien es nun Vertreter der Regierung oder Berufsrichter - im Falle einer Nichtübereinstimmung der Parteien ein rechtsverbindliches Urteil fällen, und solchen Urteilen das Streikrecht in irgendeiner Form opfern, würde die Arbeiter und ihre Interessen auf das nachhaltigste und einschneidendste bedrohen. Was die Arbeiter verlangen müssen ist, dass ein frei vereinbarter Vertrag während seiner Geltungsdauer für die Unternehmer rechtsverbindlich ist.

Was die Frage der Lohnerhöhungen im Hinblick auf die Teuerung angeht, so darf die Arbeiterschaft sich in keinem Fall durch Akzeptierung eines staatlichen Zwangsschlichtungssystems ihr Streikrecht einschränken lassen und sich den jeweiligen Regierungen ausliefern, deren Vertreter im obligatorischen Schlichtungsverfahren die entscheidende Rolle spielen würden. Auch die Regierung Blum gibt den Arbeitern nicht mehr, als sie sich selbst durch ihre Kraft erkämpfen. Die Junibewegung ist dafür ein oklatantes Beispiel. Gewerkschaften, die sich - wie auch die Motivierung lauten mag - in die Fangnetze des Zwangsschlichtungssystems begeben u. sich zum Prinzip der Regelung der Arbeiterforderungen durch das obligatorische Schlichtungssystem bekennen, begaben sich gerade jener Kraft, der die Arbeiterschaft allein im Kapitalismus einschneidende Sozialreformen verdankt. Wenn die Regierung Blum der Arbeiterschaft wirklich helfen wollte, dann hätte sie längst die Frage der Anpassung der Löhne an die gesteigerten Lebenshaltungskosten regeln müssen. Stattdessen müssen die Arbeiter, wie in Lille, trotz der vom Parlament an die Regierung gegebenen Vollmacht, zum Streik greifen. Wer glaubt da, das obligatorische Schlichtungsverfahren sei der Zauberstab, mit dem die Arbeiter ihre Forderungen ohne Kampf durchsetzen können?

Die Arbeiter hätten sich nichts dagegen, wenn im Hinblick auf die noch anhaltenden Auswirkungen der Devaluation für eine bestimmte Übergangszeit, z. B. für die ~~ersten~~ Geltungsdauer der abgeschlossenen Tarifverträge, ein durch die Gewerkschaften ermittelter Lebenshaltungsindex aufgestellt würde, der von den Preisen und der Kaufkraft der Löhne im unmittelbaren Anschluss an den Abschluss des Maignon-Abkommens ausginge, und der für die Berechnung des Teuerungszuschlages auf die Löhne zu gelten hätte. Dazu bedarf es aber keines obligatorischen Schlichtungsverfahrens. Wenn die Regierung den Arbeitern tatsächlich Kompensationen inbezug auf die Teuerung geben will, dann braucht sie nur in diesem Sinne einzugreifen. Auf eine Gleitlohnskala mit unbegrenzter Dauer aber dürfen sich die Arbeiter nicht einlassen und dies aus zwei Gründen: einmal sind die heutigen Löhne noch aufbesserungsbedürftig, auch inbezug auf ihre Kaufkraft, vor allem in Hinblick auf eine kommende Konjunktur. Zweitens würde das Gleitlohnsystem die Löhne ausschliesslich an die Lebenshaltungskosten binden und somit den Unternehmer zum ausschliesslichen Nutzniesser von technischen Verbesserungen und damit verbundenen Leistungssteigerungen machen. Die Arbeiter hätten in diesem Falle nur die Auswirkungen solcher Massnahmen in Form von Arbeitslosigkeit usw. zu tragen.

Die hinausgehende Haltung der Unternehmer zum obligatorischen Schlichtungsverfahren spricht durchaus nicht für eine positive Haltung der Arbeiter. Die Unternehmer fürchten eine Wiederholung dessen, was als Folge der Junibewegung eintrat; dass L. Blum unter dem aussonparlamentarischen Druck der Arbeiter auch in den Schlichtungsinstanzen den Forderungen der Arbeiter nachgibt. Vor solchen Überraschungen möchten sie sich bewahren. Ist das ein Grund dass die Arbeiter sich nun dem obligatorischen Schlichtungsverfahren ausliefern und auf das Mittel des Streiks verzichten. Nein! Man darf nicht einen Tatbestand, der gerade ein Ergebnis des Massenstreiks war, nun in vulgärer Weise verallgemeinern. Das Zwangsschlichtungssystem liegt nicht im Interesse der Arbeiter, es liegt allein im Interesse der Aufrechterhaltung der Koalition mit der radikalen Kapitalistenpartei, es soll die Arbeiter in den Rahmen dieses Bündnisses einsperren und der Massenbewegung das Genick brechen.

GEGENSÄTZE UND DIFFERENZEN IN DER UPR. F. Hecker behauptet in "La Republique", dass auf dem Landesdelegiertentag der UPR H. Meck einen heftigen Vorstoß gegen H. Rossé unternommen habe, den er beschuldigte den gegen die UPR gerichteten Artikel im "Els. Boten" wenn nicht veranlasst, so doch sein Erscheinen ermöglicht zu haben.

Wir wissen nicht, ob F. Hecker hier seiner Phantasie folgt. Die verschiedensten Äußerungen in der UPR-Presse in der letzten Zeit, lassen aber auf nicht unerhebliche Gegensätze in der UPR schließen.

So ist es eine Tatsache, dass Rossé die UPR-Jugend im Sinne einer Opposition gegen die alten Herren der UPR und im Sinne einer starken Annäherung an die faschistischen Kampfmethoden und Prinzipien dirigiert. Rossé durchkreuzt auch, gestützt und unterstützt durch die von ihm beeinflussten Presseorgane im gewissen Sinne die von der UPR festgelegte politische Linie. Er begünstigt über Gebühr die autonomistischen Elemente, stellt sich gut mit den Leuten des Colonel de la Rocque und will das Elsass nicht nur scharf, sondern dabei den gesetzlichen Rahmen überschreitend u. die direkte Aktion propagierend gegen den Geist des demokratischen u. laikaln Frankreichs aufputschen. M. Walter, Didio usw. lehnen vorerst diesen Weg ab, wollen ihn durch konziliantere Methoden ersetzen und den von Rossé verfochteten Begriff der direkten Aktion erst geklärt wissen.

Erwähnt sei hier noch, dass M. Walter und die Resolution des Landesdelegiertentages folgt ihm sicher bekräftigt durch die spanischen Erfahrungen einer sehr differenzierten Taktik gegenüber der Volksfront als Ganzes, wie auch gegenüber den einzelnen Volksfrontparteien das Wort redet. Warum u. weshalb u. in welchem Sinn haben wir hier bereits bei anderer Gelegenheit angedeutet. Rossé ist hier unbekümmerter u. vulgärer, er macht wenig und gar keine Unterschiede, er huldigt anscheinend der Franco-Methode.

Es scheint, dass die alten UPR-Führer -and ein Artikel des H. Didio zeigt dies-, durch ihre Zentrumsvergangenheit, die aus den spezifischen deutschen Verhältnissen heraus eine demokratische war, dem Rosséschen Zug zum grob-demagogisch-antiparlamentarischen und zur Nachahmung Degrelles, mit starken Hemmungen gegenüberstehen. Die alten UPR-Führer glauben, dass das, was sie die Besonderheiten u. Traditionen des Elsass nennen und was die Vormacht- und Sonderstellung der katholischen Kirche ist, am zweckmäßigsten auf dem Boden einer "reformierten" bürgerlichen Demokratie gewahrt werden kann und befürchten von einer faschistischen Diktatur mit ihrem Einparteiensystem u. ihrem Zug zur Zentralisation auch eine Gefährdung dieser Belange u. daneben auch eine Bedrohung der Existenz der UPR. Daraus ergeben sich auch Differenzen in bezug auf die Frage der Verbündeten, auf die Kampfmethoden, auf die Art des Kampfes gegen Volksfront usw.

Die Gegensätze in der UPR und die von den einzelnen Personen repräsentierten Tendenzen zeigen einmal, wie falsch die von der KP-Führung vertretene Analyse der in der UPR wirkenden Tendenzen war, als sie Rossé zum linken Flügelmann der UPR stempelte und ihn als Bündnisfähig für die von ihr verfolgte Volksfront zum Kampfe gegen den Faschismus erklärte. Sie liess sich von der dem Faschismus verwandten Rosséschen Demagogie irreführen und vertauschte die linke mit der rechten Hand. Zugleich aber ist es falsch, aus diesen Gegensätzen zu folgern, dass M. Walter u. Co.; bündnisfähige Elemente für den Kampf gegen den Faschismus werden könnten. Walter repräsentiert ebenfalls die Reaktion, wenn auch eine Reaktion, die noch den parlamentarischen Formen anhängt. Für die Kommunisten gilt es zwar die Gegensätze in der UPR zu sehen, aber nicht um sich an die Rückschüsse des einen Flügels zu hängen, sondern um die UPR als Ganzes wirksam zu bekämpfen.

MICHEL HEYSCH DEMONTIERT. Michel Heysch demontiert die in einigen Zeitungen u. auch von uns übernommene Meldung, dass er auf dem Doriotparteitag war und Mitglied dieser Partei ist. Heysch erklärt, dass er die Doriotpartei als eine faschistische betrachte und versichert, dass er niemals Faschist werden würde. M. Heysch muss sich aber über folgendes klar sein; wenn die Nachricht über ihn Glauben fand, dann deshalb, weil er noch immer mit den Heck u. Schück einer Fraktionsgemeinschaft angehört, von denen bisher unwidersprochen behauptet wurde, dass sie sich als Doriotfiliale etabliert haben. M. Heysch muss das Katz- u. Mausspiel aufgeben u. klar bekennen, wohin er gehört.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opopposition Elsass (Section der IVKO)

N°

49/III. Jahrgang.

Erste Dezemberwoche 1936.

DIE FASCHISTISCHE INTERVENTION IN SPANIEN.
oo

Hitler entsendet Truppen.

Nach Meldungen englischer Blätter sind einige Tausend Mann deutscher Truppen in Cadix gelandet u. von dort nach Madrid gegangen, wo sie die Armee Francos verstärken sollen. Das offiziöse Nachrichtenbüro der Hitlerregierung, das DNB, veröffentlicht zu dieser Nachricht ein kurioses Dementi, das die Behauptungen der englischen Presse in der Sache nur unterstreicht u. Bestätigt. Die Lügenzentrale der Nazis erklärt erst, dass die Nachrichten über die Landung von Tausenden deutscher Soldaten in spanischen Faschistenuniformen eine "russische Falschmeldung" seien. Nun hat niemand davon gesprochen, dass die Soldaten, die Hitler jetzt seinen spanischen Freunden schickt, spanische Uniformen tragen. Ausserdem kommen die Nachrichten darüber nicht aus der SU, sondern aus englischer Quelle, u. es gehört schon Goebbelsche Unverfrorenheit dazu, um beispielsweise den konservativen, antibolschewistischen "Daily Telegraph" als ein Organ hinzustellen, das von der SU beeinflusst sei. Am Schluss seines sogenannten Dementis aber gibt das DNB zu, dass es die Tatsachen nicht ableugnen könne, denn es erklärt, dass es sich in dem Falle, "wenn wirklich Deutsche in den spanischen Kämpfen auftauchen", nur um "etliche Freiwillige" handeln könnte. Nun wissen wir ja, was das Wort "freiwillig" in der Nazisprache bedeutet; Zwangsabgaben werden z. B. in Hitlerdeutschland als "freiwillige" Beiträge bezeichnet. Und wenn in Spanien an der Seite der Faschisten deutsche "Freiwillige" auftauchen, so sind sie hierzu von der Naziregierung kommandiert worden. Im übrigen klärt uns der "Daily Telegraph" darüber auf, um was für "Freiwillige" es sich hier handelt. Unter den Truppen, die in Cadix gelandet sind, befinden sich Angehörige des 9. deutschen Infanterieregiments, das in Nedlitz bei Potsdam in Garnison liegt, d. h. es handelt sich um reguläre deutsche Soldaten.

Hitler will die spanische Revolution erwürgen.

Wenn die Nazis jetzt einen Teil ihrer Armee nach Spanien schicken, so ist das eine schwere Bedrohung der spanischen Revolution, der internationalen Arbeiterklasse u. des Weltfriedens. Diese Truppenentsendung kündigt eine neue Phase der faschistischen Intervention im spanischen Bürgerkrieg an. Nazideutschland u. Mussolini-Italien haben sich auch bisher nicht an das Nichtinterventionsabkommen gehalten, sie haben Franco Waffen, Flugzeuge, militärische Spezialisten usw. geschickt. Deutsche Kriegsschiffe haben allerlei Hilfsdienste für die spanischen Faschisten geleistet. Aber trotz all dieser Unterstützung durch die deutschen u. die italienischen Faschisten ist es Franco nicht gelungen, den heldenmütigen Widerstand des spanischen Proletariats zu brechen. Im Gegenteil, die erfolgreiche Verteidigung Madrids durch die antifaschistischen Milizen hat einen Wendepunkt im spanischen Bürgerkrieg mit sich gebracht. Die Tatsache, dass der spanische Faschismus keine Basis in den Volksmassen hat, sondern von ihnen fast einhellig gehasst wird, beginnt sich jetzt auch in der Kriegsführung auszuwirken. Franco hat seine Menschenreserven erschöpft. Auch aus Marokko kann er weder durch Schwindl, noch durch Zwang mehr Söldner herausholen, als er das bisher getan hat. Und weil Franco die Puste auszugehen beginnt, wollen Hitler u. Mussolini ihre Hilfe für ihn verstärken u. nunmehr von der indirekten zu der direkten Intervention schreiten. Deutsche u. italienische Truppen sollen die spanische Arbeiterklasse niederschlagen, deutsche u. italienische Kriegsschiffe spanische Städte in Trümmer legen.

Die diplomatische Vorbereitung der fasch. Intervention.

Dass sie ein solches Weltverbrechen planen, geht aus den ausserpolitischen Schritten, die Hitler u. Mussolini in der letzten Zeit unternommen haben, hervor. Die diplomatischen Aktionen der deutschen u. der italienischen Regierung in den letzten Wochen hatten den offenkundigen Zweck, den Boden für ihr direktes Eingreifen in spanischen Bürgerkrieg vorzubereiten. Da war zuerst die Anerkennung Francos. Damit wollten Hitler u. Mussolini erreichen, dass England u. Frankreich die Franco u. Konsorten, wenn nicht de jure, so doch mindestens de facto anerkennen, was gleichzeitig eine Art stillschweigender Genehmigung seitens England u. Frankreichs zur direkten Intervention Deutschlands u. Italiens an der Seite Francos bedeutet hätte. Nur hat die englische Regierung (und mit ihr auch die französische) es abgelehnt, Franco als "kriegführende Macht" anzuerkennen. Darauf erfolgte die Publikation des deutsch-japanischen Bündnisvertrages. Die deutsche u. der japanische Imperialismus unterhalten schon seit längerer Zeit sehr innige Beziehungen. Wechsel haben sie gerade jetzt ihr Bündnis publik gemacht? Dieses Bündnis richtet sich nicht nur gegen die SU, sondern auch gegen England, und seine Veröffentlichung im gegenwärtigen Augenblick ist von der Hitlerregierung zweifelsohne als ein Wink mit dem Zaunpfahl an die Adresse Englands gemacht. Niemand zweifelt daran, dass sich hinter dem öffentlich bekanntgegebenen Text des deutsch-japanischen Vertrages "zur Bekämpfung der kommunistischen Internationale" ein militärisches Bündnis verbirgt. Der Sinn des deutsch-japanischen Vertrags ist, dass die Nazidiktatur für sich das Recht beansprucht, im Namen der Bekämpfung des Kommunismus in anderen Ländern zu intervenieren (und zwar auch mit bewaffneter Macht zu intervenieren), und dass sie der englischen Regierung droht, ihr mit Hilfe Japans in Asien die Hölle heiss zu machen, falls sie den deutschen Faschisten dieses Interventionsrecht abprechen wollte. Die Nazis hoffen, dass auch die französische Regierung sich nicht regen wird, wenn sie die englische eingeschüchtert haben. Indem sie sich die "Vorkämpfer gegen den Kommunismus" hinstellen, spekulieren die Nazis auf die arbeiterfeindlichen Instinkte der Kapitalisten aller Länder u. glauben, einen bequemen Deckmantel für die Eroberungsgelüste des deutschen Imperialismus gefunden zu haben. Der Ort, wo Hitler seine Armee zunächst unter der Flagge des Kampfes gegen den Kommunismus einsetzen will, u. wie die letzten Meldungen zeigen, auch einsetzt, ist Spanien. Hier geht es dem deutschen u. dem italienischen Imperialismus nicht nur darum, dem spanischen Faschismus zum Siege zu verhelfen, sondern auch darum, sich imperialistische Machtpositionen, Flottenstützpunkte, koloniale Konzessionen etc. zu verschaffen.

Der Völkerbund und die faschistische Intervention.

Die spanische Regierung hat vor kurzem an den Völkerbund appelliert u. dessen Stellungnahme gegenüber der Unterstützung der Rebellen durch Deutschland u. Italien verlangt, einer Unterstützung, die den Tatbestand eines Angriffes gegen ein Mitglied des Völkerbundes, nämlich die spanische Republik erfüllt. Dem Sinn u. Buchstaben des Völkerbundsstatuts zufolge wären die Mitgliedstaaten des Völkerbundes verpflichtet, der republikanischen Regierung Spaniens mit allen Mitteln gegen die faschistischen Angreifer beizustehen. Aber nach allem, was bekanntgeworden ist, sieht es so aus, als ob auf der bevorstehenden Völkerbundstagung das antifaschistische Spanien nur auf die SU rechnen kann. Die "führenden europäischen Demokratien", nämlich Frankreich u. England, haben anscheinend nur die Sorge, wie sie den spanischen Antrag an den Völkerbund am besten abwimmeln können. Es besteht die dringende Gefahr, dass der englische u. der französische Imperialismus, nachdem sie bisher mit ihrer sogenannten Neutralitätspolitik faktisch die italienische u. deutschen Waffenlieferungen an die spanischen Faschisten gedeckt haben, nunmehr auch die offene Intervention Hitlers u. Mussolinis, d. h. das Eingreifen deutscher u. italienischer Truppen u. Kriegsschiffe im spanischen Bürgerkrieg decken, die englische Regierung hat sich zwar gegen eine etwaige Blockade Barcelonas u. anderer Häfen durch Franco (d. h. durch deutsche u. italienische Kriegsschiffe), denn ohne deren Hilfe könnte Franco gar keine Blockade durchführen) erklärt, aber sie hat Franco unter der Voraussetzung, dass er eine Sicherheitszone für englische Schiffe schafft, die Genehmigung zum Bombardement von Barcelona gegeben (dass Franco auch nur mit Hilfe seiner Bundesgenossen Hitler u. Mussolini durchführen könnte). Auf die Nachricht von der Landung deut-

schon Truppen in Spanien reagieren die Regierungen Englands u. Frankreichs nach der bisherigen Meldung in der Weise, dass sie erklären, dass noch keineswegs gesagt sei, dass das eine Verletzung des Nichtinterventionsabkommens sei. Gleichzeitig wird gemeindet, dass England u. Frankreich gemeinsam mit dem Vatikan eine Friedensvermittlung im spanischen Bürgerkrieg planten. Der französische u. der englische Imperialismus u. der Papst werden also mit einem Vermittlungsvorschlag kommen, in dem sie den spanischen Antifaschisten eine ganze Reihe von Forderungen zugunsten der faschistischen Mörderbande Francos, der kirchlichen Reaktion, der Interessen der spanischen Kapitalisten, sowie der ausländischen, vor allem englischen u. französischen Kapitalisten, die in spanischen Unternehmungen beteiligt sind, präsentieren werden. Blum u. Baldwin wollen also die Advokaten Francos spielen, während Hitler u. Mussolini die Rolle seiner bewaffneten Spiessgesellen übernehmen.

Die Aufgaben der internationalen Arbeiterklasse.

Die internationale Arbeiterschaft darf nicht dulden, dass die spanische Arbeiterklasse von deutschen u. italienischen Interventionsheeren abgeschlachtet wird. Jetzt gilt es, erst recht dafür zu sorgen, dass mit der verbrecherischen Neutralitätspolitik, die nichts ist als eine Unterstützung der deutschen u. italienischen Intervention in Spanien, Schluss gemacht wird. Die spanischen Antifaschisten müsse alle Waffen erhalten können, die sie brauchen. Die internationale Arbeiterschaft muss ferner von den Regierungen der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes, in erster Linie von der englischen u. von der französischen Regierung verlangen, dass sie dem Antrag der spanischen Regierung an den Völkerbund um Schutz gegen die faschistische Intervention Folge leisten u. dass sie nach vorheriger Übereinkunft mit der SU u. im Einvernehmen mit ihr die notwendigen Schritte in dieser Hinsicht unternehmen. Es muss verhindert werden, dass Baldwin u. Blum den Hitler u. Mussolini freie Hand zur Weiterführung u. Verstärkung ihrer Intervention in Spanien geben. Niemals war es so klar wie heute, dass die Behauptung, es diene der Erhaltung des Friedens, wenn den kriegshungrigen faschistischen Imperialisten freie Hand für ihre Raubpolitik gelassen wird, ein verbrecherischer u. obendrein dummer Schwindel ist. Die Neutralitätspolitik, die Baldwin u. Blum als Politik der Erhaltung des Friedens anpriesen, hat dazu geführt, dass Mussolini u. Hitler jetzt daran gehen, in Spanien im grossen Stil Krieg zu führen. Und wenn Mussolini u. Hitler daran nicht gehindert werden, so besteht nicht nur die Gefahr, dass die spanische Arbeiterschaft abgeschlachtet wird, dass der Faschismus in allen Ländern einen neuen Auftrieb erhält, sondern dass Hitler, Mussolini u. Japan in anderen Ländern fortführen, was sie in der Mandschurei, Abessinien u. Spanien begonnen haben, u. dass schliesslich diese "Lokalisierung" kriegerischer Raubüberfälle in den europäischen u. in den Weltkrieg ausmünden.

Es wäre jedoch ganz falsch anzunehmen, man könnte von der englischen u. der französischen Regierung und sonstigen kapitalistischen Regierungen etwas erreichen, wenn man sich, wie das die Sektionen der KI im Zeichen der Volksfront tun, darauf beschränkt, ihnen in Zeitungsartikeln u. Reden gute Ratschläge unter Berufung auf die Prinzipien der Demokratie zu erteilen. Die spanischen Ereignisse haben gezeigt, dass die imperialistische Bourgeoisie sich auch in den bürgerlich-demokratischen Ländern nicht auf Grund der Prinzipien der Demokratie, sondern auf Grund ihrer ausbeuterintendessen orientiert. Die englischen u. die französischen Kapitalisten fürchten eine Niederlage Francos, weil sie einen Verlust ihrer in Spanien investierten Kapitalien, vor allem aber den Sieg der proletarischen Revolution in einem weiteren Lande ausserhalb der SU fürchten. Das erklärt die Haltung der englischen u. der französischen Regierung gegenüber Hitler u. Mussolini, obwohl deren Eingreifen in Spanien die imperialistischen Positionen Englands u. Frankreichs im Mittelmeer bedroht. Deshalb ist es notwendig, dass die Arbeiterschaft die Blum u. Baldwin durch Massaktionen unter Druck setzt.

Es ist verderblich, wenn die KPF einerseits gegen die Spanienpolitik Blums protestiert u. andererseits es nicht nur unterlässt, die Regierung unter den Druck ausserparlamentarischer Massaktionen zu setzen, sondern z. B. durch Zustimmung zu dem neuen Zwangsschlichtungsgesetz das Ihrige dazu beiträgt, um die ausserparlamentarische Bewegung der Massen zu hindern. Es ist weiter völlig falsch,

wenn die KPF glaubt, es sei sehr geschickt, wenn sie die Spanienpolitik Blums im Namen der Interessen des französischen Imperialismus kritisiert u. z. B. daraufhin weist, dass ein Sieg Francos die Verbindungen zwischen Frankreich u. seinen Kolonien bedrohe. Aber eine wirksame Massenbewegung gegen die französische Regierung u. ihre Spanienpolitik kann nicht im Namen der Interessen des französischen Imperialismus, sondern nur im Namen der Interessen der internationalen proletarischen Solidarität gegen den Imperialismus, wozu auch der Kampf gegen die eigene imperialistische Bourgeoisie gehört, zustandegebracht werden. Die Volksfrontpolitik der KPF erweist sich immer mehr als ein Hindernis für die Entfaltung der Solidaritätsaktion für die kämpfenden spanischen Arbeiter.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

INNERPOLITISCHE NOTIZEN,
oooooooooooooooooooooooooooo

Die KPF, Spanien u. die Regierung Blum.

Am Letzten Sonntag hat Thorez in St-Etienne eine Rede gehalten, in der er insbesondere die Spanienpolitik der Regierung Blum kritisierte u. auch ankündigte, dass die KPF evtl. mit ihrer bisherigen Politik der bedingungslosen Unterstützung Blums brechen werde. Thorez erklärte, dass das Schicksal der Volksfront nicht an das Schicksal der jetzigen Regierung gebunden sei u. dass er sich auch eine andere Volksfrontregierung denken könne. Die Frage ist nur, ob es denkbar ist, dass eine andere Volksfrontregierung eine wesentlich andere Politik betreiben würde als das Ministerium Blum. Wir verneinen das absolut. Unter dem Druck der Massenstimmung u. weil die Spanienpolitik L. Blums nachgerade fide zum Himmel stinkt, distanziert sich die KP von der jetzigen Regierung. Aber es ist eine Irreführung der Arbeiter, wenn Thorez ihnen erzählt, eine neue Ministerkombination auf der Grundlage der Volksfront werde eine Politik treiben, die den Arbeiterinteressen entspricht.

Die Haltung der Volksfrontpartner.

Die Haltung der anderen Volksfrontparteien ist der beste Beweis dafür, dass die KPF, wenn sie an der Volksfrontpolitik festhält, keinerlei grundlegenden politische Änderungen herbeiführen kann. In Neubourg hat Daladier eine Rede gehalten, die zeigt, dass die Radikalen keineswegs geneigt sind, sich die Kritik der KPF zu Herzen zu nehmen. Daladier sprach in einem ausgesprochenen antibolschewistischen Hetzton von Methoden "asiatischer u. barbarischer Länder", womit er die Sowjetunion meinte. Die SFIO wiederum erklärt, dass sie mit Blum stehe u. falle, d. h. dass sie unter allen Umständen an der bisherigen Regierungspolitik festhalten wolle. Es ist gewiss u. es bestätigt sich schon heute, dass die KPF bei der Kammerdebatte über die auswärtige Politik, aus der Thorezschen Rede in St-Etienne dieselben Konsequenzen ziehen wird, wie bei den bisherigen Versuchen; den Palz zu waschen, ohne ihn nass zu machen, nämlich die Politik der Volksfrontregierung anzugreifen u. dabei die Volksfront zu erhalten, also gar keine. Im Finanzausschuss der Kammer haben die Vertreter der KPF für das Budget des Außenministeriums gestimmt u. dadurch der Spanienpolitik von Blum u. Delbos ein neues Vertrauensvotum dargebracht.

Die wirklichen Konsequenzen.

Wenn die KPF wirklich wollte, dass ihre Kritik an der Spanienpolitik Blums praktische Konsequenzen habe, dann müsste sie ihr durch ausserparlamentarischen Massendruck Nachdruck verleihen, u. zu diesem Zweck den ausserparlamentarischen Kampf der Arbeiter gegen das Kapital auf allen Gebieten fördern. Statt dessen sehen wir, wie die KPF dem neuen Zwangsschlichtungsgesetz zustimmt, das eine Massnahme par excellence gegen den proletarischen Klassenkampf, gegen die ausserparlamentarische Bewegung der Arbeiter ist. Léon Blum sagte von diesem Gesetz in der Kammer, dass es bestrebt sei, an die Stelle des sozialen Krieges, d. h. also des Klassenkampfes, die Versöhnung zu setzen. Und im Zeichen der Volksfrontpolitik stimmt die KPF für eine Massnahme zur Abwürfung des proletarischen Klassenkampfes, die sie früher immer auf das Schärfste bekämpft hatte. Dimitrow malte uns vor kurzem in einem Artikel aus, wie die Volksfront den Klassenkampf fördere. Die Zustimmung der KP zu einem Gesetz, das das Streikrecht verstümmelt, zeigt, was von den Behauptungen Dimitrows zu halten ist.

"Streikpläne" der Unternehmer.

Um für die Zwangsschlichtung Stimmung zu machen u, um eine Ausbreitung des Kampfes der Metallarbeiter des Nordens auf andere Bezirke u, Industrie zu verhindern (insbesondere auf die Pariser Metallindustrie, deren Streik im Juni das Signal für die Massenbewegung im ganzen Lande war), erzählen uns die Führer der SFIO, der CGT u, der KPF vereint, dass die Unternehmer nur darauf warteten, dass grosse Massenstreiks oder ein Generalstreik ausbrächen. Und stolz werfen sich unsere Helden in die Brust u, fordern die Arbeiter auf, die "Streikpläne" der Unternehmer zu vereiteln. In Wirklichkeit ist die Taktik der Unternehmer eine ganz andere, als wie das uns von den Führern der SFIO, der CGT u, der KPF vorgespiegelt wird. Die Unternehmer haben die Verhandlungen mit der CGT abgebrochen, u, zwar gerade um die Regierung dazu zu zwingen, die Zwangsschlichtung anzuwenden. Die Absicht der Unternehmer war dabei, erstend die Volksfrontregierung zu veranlassen, die Autorität des kapitalistischen Staates gegenüber der Arbeiterschaft in die Wagschale zu werfen u, mit dieser Autorität gegen etwaige Streiks vorzugehen, zweitens aber dadurch, dass sie, die Unternehmer, es ablehnten, die schwebenden Arbeitskonflikte freiwillig zu regeln, sich die Möglichkeit zu sichern, die Regelung, die die Regierung jetzt mit Hilfe der Zwangsschlichtung treffen wird, hinterher als für weitere Vorstösse gegen die Arbeiter zu haben. Ein geschlossener Kampfeinsatz der Gewerkschaften hätte den Unternehmern einen Strich durch die Rechnung gemacht, so aber spielt die Haltung der Führungen der Arbeiterorganisationen den Kapitalisten in die Hand. Es fragt sich allerdings, ob die Mitglieder der CGT die Politik ihrer Führer einfach mitmachen werden. Die Delegierten der Pariser Metallarbeiter haben z. B. am letzten Sonntag zwar keinen Streik beschlossen, jedoch in ihrer Resolution klar u, deutlich ausgesprochen, dass sie unbedingt erwarten, dass die Regierung ihr Versprechen, die 40 Stundenwoche in der Metallindustrie ab 6. Dezember einzuführen, wahrgemacht u, dass die Gewerkschaftsführung eine Lohnerhöhung von 15 % zum Ausgleich der Teuerung herausholt.

Pressegesetz mit Kautschukparagrafen.

Der von der Regierung eingebrachte Entwurf eines Pressegesetzes hat selbst auf die treuesten Anhänger der Volksfrontpolitik abschreckend gewirkt. Statt dass die Zusammensetzung der Geschworenen so geändert wird, dass sie nicht aus reaktionären Bürgern, sondern aus Vertretern der Werktätigen bestehen, will die Regierung die Pressedelikte nunmehr den Berufsrichtern, d. h. der reaktionären Bürokratie, überlassen. Das Gesetz enthält einen Paragraphen zum Schutz ausländischer Staatsoberhäupter, d. h. gegen eine Kritik an Hitler, oder ähnlichen Gestalten, ferner einen Paragraphen gegen "Falschmeldungen", einen klassischen Kautschukparagrafen, von dem mit Recht gesagt würde, dass mit seiner Hilfe eine beliebige Regierung einen beliebigen Journalisten für einen beliebigen Artikel bestrafen könne. Die Volksfront sollte, so wurde uns gesagt, die demokratischen Rechte der Massen schützen. Jetzt bringt sie uns ein Zwangsschlichtungsgesetz, das den Arbeitern eines ihrer wichtigsten demokratischen Rechte, nämlich das Streikrecht, verstümmelt u, ein Pressegesetz, das die grössten Gefahren für die Arbeiterpresse mit sich bringt. Mit solchen Gesetzen leistet die Volksfrontregierung praktische Vorarbeit für faschistische Regierungsmethoden.

RENAISSANCE DES ANARCHISMUS IN FRANKREICH.

oo

Eine der interessantesten Erscheinungen in der französischen Arbeiterbewegung ist im Augenblick der Wiederaufstieg des Anarchismus. Ein sichtbares Zeichen dafür war eine Massenversammlung, die Ende Oktober von dem "Comité por l'Espagne libre", das von Anarchisten geführt wird, in Paris veranstaltet wurde u, das von 10- 15 000 Menschen besucht war. Als Redner traten nicht nur spanische Antifaschisten aller politischen Richtungen u, französische Anarchisten auf, sondern auch Vertreter anderer Arbeiterorganisationen, wie Jouhaux, Zyromski u, Marceau Pivert. Die Tatsache, dass in der Versammlung Jouhaux, der Führer der CGT sprach, ist ein Beweis für den wachsenden Einfluss der Anarchisten in der französischen Arbeiterbewegung.

Die Ursachen des erneuten Auftretens des Anarchismus.

Wenn auch der Anarchismus u, der Anarchosyndikalismus eine alte Tradition in Frankreich haben, so war doch der Einfluss des französischen Anarchismus in den

letzten Jahren stark gesunken. Der Weltkrieg u. die russische Revolution hatten der anarchistischen Bewegung einen schweren Schlag versetzt. Zu Kriegsbeginn waren die meisten Führer der Anarchisten zu Patrioten geworden, u. auch die Führer der CGT, die bis 1914 von der anarcho-syndikalistischen Ideologie beherrscht war, vergaßen ihre Erklärungen u. Resolutionsen gegen den bürgerlichen Staat u. wurden Verteidiger der französischen Demokratie. Die russische Revolution riefte viele viele anarchistische Arbeiter den kommunistischen Auffassungen. Sie zeigte den Arbeitern, dass mit dem Anarchismus als Protest gegen die opportunistische Politik der sozialistischen Führer sympathisiert haben, dass die kommunistische Politik nicht nur den bürgerlichen Staat unverzüglich gegenübersteht, sondern dass sie auch Erfolge davonträgt.

Aber selbst nach dem Krieg u. nach der russischen Revolution, als die Anarchisten schliesslich nur noch eine kleine Sekte waren, behielten sie einige Kadern, vor allem in den Gewerkschaften. Der jetzige Wiederaufstieg des Anarchismus wäre ohne diese alten Kadern nicht möglich gewesen.

Die erste Ursache für das Wachstum der anarchistischen Bewegung in Frankreich ist zweifellos die Rolle, die die Anarchisten in Spanien spielen. Aber sie erklärt nur zum Teil die Wiedergeburt des französischen Anarchismus. Als weitere Ursache kommt hier die opportunistische Politik der KPF hinzu. Wie gewöhnlich bereits, dass die anarchistische Bewegung vor dem Kriege ihre Hauptquelle in dem Opportunismus der SFIO hatte. Nach dem Kriege betrieb die SFIO eine durch u. durch reformistische Politik, die KPF aber wurde als revolutionäre Partei zum natürlichen Sammelplatz aller revolutionär denkenden Arbeiter. Die opportunistische Volksfrontpolitik der KPF hat das geändert. Die Anarchisten nützen die fortschreitende Kapitulation der kommunistischen Partei vor Reformismus u. bürgerlichem Nationalismus aus, u. versuchen, sich als linker u. revolutionär er als die Kommunisten hinzustellen. Hier zeigt sich wiederum die Wahrheit des Leninschen Wortes, dass der Anarchismus eine Strafe für opportunistische Fehler der Marxisten ist.

Die Anarchisten gewinnen vor allem innerhalb der CGT an Einfluss, in der die Unzufriedenheit mit der Volksfrontregierung u. der Volksfrontpolitik der KPF, mit den auf Arbeitgemeinschaften vielernden Tendenzen der CGT-Führung wächst. Die Anarchisten, die in ihren Reihen erlesene Gewerkschafter haben, erklären sich -im Gegensatz zur KPF-Führung- für Betriebsbesetzungen, gegen Zwangsschlichtung, für die Arbeiterkontrolle der Produktion, u. fordern die CGT-Mitglieder auf, für den Reich ihrer Organisation mit dem Reformismus zu kämpfen. (Das ist die Stellung der an Einfluss zunehmenden Union Anarchisten; eine andere, weniger wichtige anarchistische Gruppe tritt für Doppelgewerkschaften ein.)

Anarchistische Theorie u. Praxis.

Die anarchistische Theorie ist bekannt. Nach wie vor sind die Anarchisten unterschiedene Gegner der Sowjetunion u. ihrer auswärtigen Politik. Aber unter dem Einfluss der spanischen Revolution sind die Anarchisten gezwungen worden, einige Konzessionen an die Wirklichkeit zu machen. In Katalonien betreiben die anarchistischen Organisationen, die CNT u. die FAI, unter dem Druck der Tatsachen u. der sehr aktiven POUM in der Praxis eine Politik, die in direktem Widerspruch zu der anarchistischen Theorie steht. Sie sind jetzt sogar in die katalanische u. Madrid'sche Regierung eingetreten u. haben damit die schwerste Sünde, die man als Anarchist begangen kann, begangen. Dieser Widerspruch zwischen Theorie u. Praxis macht den Anarchisten nicht wenig Schwierigkeiten.

Die französischen Anarchisten von der Union anarchiste treten sehr eifrig für eine Einheitsfront der Arbeiterorganisationen ein, einmal auf Grund der spanischen Erfahrungen, zum anderen weil in den französischen Arbeitermassen seit dem 6. Februar 1934 der Einheitsfrontgedanke sehr lobend ist. Die Anarchisten erklären nach wie vor, dass sie Gegner der proletarischen Diktatur, wie überhaupt aller Staatsformen seien; aber jetzt, angesichts der spanischen Ereignisse, schreibt "Le Libertaire", das Wochenblatt der französischen Anarchisten, dass "die Zerschmetterung (der Bourgeoisie) eine Sache u. die Diktatur eine andere Sache ist". Das anarchistische Organ erklärt weiter, dass, wenn morgen an die Stelle der Armee, ~~Sturzkolonnen~~ eine Miliz, an die Stelle der bürgerlichen Richter ein Volksgericht trete, die Arbeiterkontrolle an die Stelle des Vorrechts des Unternehmers u. das Kollektivogentum an die Stelle

des Privateigentums trete, so habe das nichts mit Staat, noch mit Diktatur zu tun, sondern sei einfach "Verschmötterung" der Bourgeoisie.

Dieses Zitat zeigt die grosse Verlegenheit der anarchistischen Theoretiker angesichts der Probleme, die durch den Kampf gegen den Faschismus u. die spanische Revolution aufgeworfen worden sind. Obgleich die anarchistischen Theoretiker sich als Gegner des Arbeiterstaates u. der proletarischen Diktatur bezeichnen, fordern sie doch alle Einrichtungen eines solchen Staates u. einer solchen Diktatur. In der Wirklichkeit würde das Vorhandensein einer Miliz, von Volksgerichten u. einer revolutionären Gesetzgebung zur "Verschmötterung" der Bourgeoisie nichts anderes sein als die Diktatur des Proletariats, die die Anarchisten so lange verschrien haben. Schliesslich, wenn eine gewisse Dauer ein charakteristisches Merkmal des Staates sein soll, können die Anarchisten jetzt nach den Ereignissen in Spanien schlecht behaupten, dass die "Verschmötterung" der Bourgeoisie die Sache eines Nachmittags u. nicht die einer ganzen Periode ist. Die gegenwärtige theoretische Stellung der Anarchisten zeigt deutlich, dass es ihnen zwar leicht fällt, die jetzige opportunistische Taktik der Kommunisten zu kritisieren, dass sie aber gegenüber den Grundsätzen des marxistisch-leninistischen Kommunismus hilflos sind.

Die weitere Entwicklung des Anarchismus.

Die weitere Entwicklung der anarchistischen Bewegung in Frankreich steht in engem Zusammenhang mit der Lage in den Gewerkschaften, in denen, wie wir bereits erwähnt haben, günstige Bedingungen für das Wachstum des anarchistischen Einflusses bestehen.

Es ist bekannt, dass die Führung der CGT immer ängstlich darauf bedacht war, ihre Unabhängigkeit von den politischen Parteien zu bewahren u. ihre eigene Politik zu betreiben. Seit der Verschmelzung der CGT mit der CGTU u. im Zusammenhang mit dem Aufschwung der geeinigten CGT haben die Kommunisten die Führung in verschiedenen bedeutenden Gewerkschaften erobert, so z. B. bei den Metallarbeitern, den Bauarbeitern u. den Eisenbahnern in der Paris-Region. Diese Lage ist für Jouhaux nicht schwierig fällt, die kommunistischen Führer dieser Gewerkschaften dazu zu bringen, dass sie Erklärungen gegen die Streiks abgeben, so hat er doch mit den kommunistischen Funktionären in den Betrieben zu rechnen, die ihre eigene Auffassung von gewerkschaftlicher Aktivität haben.

Angesichts dieser Lage ist es zu verstehen, warum Jouhaux bei den Anarchisten gesprochen hat u. ihr "Comité pour l'Espagne libre" unterstützt-trotz der heftigen Kritik seines Reformismus durch die Anarchisten (in der oben erwähnten anarchistischen Massenversammlung wurde er mit Pfeiffen u. Protestrufen empfangen). Jouhaux versucht, die Anarchisten gegen die Kommunisten in den Gewerkschaften auszuspielen. ("Le Libertaire" spricht sich ebenso wie das Wochenblatt "Les Syndicats", das von einer Gruppe von Freunden von Jouhaux herausgegeben wird, gegen die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Gewerkschaften aus). Jouhaux möchte die "Einschneidung" der Anarchisten gegen die SU, den Bolaschewismus u. die politischen Arbeiterparteien im allgemeinen dazu benutzen, die Kommunisten in den Gewerkschaften an die Wand zu drücken. Das ist die eine Seite des Problems, die andere ist die, ob die Arbeiter, die zu den Anarchisten gehen, weil sie eine kämpferische Politik der Gewerkschaften wünschen, das Spiel Jouhaux' ohne weiteres mitmachen werden.

Als die Volksfront gegründet wurde, wurde sie als ein Mittel zur Stärkung u. Einigung der Arbeiterklasse angepriesen. Die Entwicklung in Frankreich zeigt, dass im Gegenteil die Volksfrontpolitik die Einheit der Arbeiterklasse zersetzt u. objektiv die Schaffung neuer Spaltungen begünstigt. Das Wachstum des Anarchismus, der lange Zeit eine unbedeutende Sekte war u. nun im Begriff ist, eine Massenbewegung zu werden, ist ein Resultat der falschen Volksfrontpolitik.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Ein deutscher Faschist über die spanischen Rebellen.

=====
 Die Essener "Nationalzeitung", das Organ Görings, veröffentlicht seit einiger

Zeit Berichte ihres Korrespondenten, der sich bei den Francotruppen aufhält. Diese Berichte fallen dadurch auf, dass ihr Verfasser allerlei Wahrheiten über die Rebellen sagt, die man sonst in der faschistischen Presse nicht findet.

Der Grund ist wohl darin zu suchen, dass der Berichterstatter der "Nationalzeitung" wahrscheinlich ein Reichswehroffizier oder etwas Ähnliches ist, für dessen preussische Militärgewohnheiten die Franco u. Konsorten offenbar "schlechte Kerle" sind, u. dass die Nazis überhaupt ihre spanischen Bundesgenossen als ihre zukünftigen kolonialen Untertanen u. "mindere Rasse" von oben her betrachten.

In der "Nationalzeitung" v. 20. November 1936 lesen wir nun in einem Artikel des Korrespondenten einige interessante Dinge. Erstens gibt er ungeschminkt zu, dass die spanischen Faschisten keinerlei Masseneinfluss von Gewicht haben: "Die einzige politische Lehre, die früher überhaupt ins Volk gedrungen ist, war der Marxismus." Oder: "Von einer wirklichen revolutionären 'levée en masse' kann im nationalen Süden heute zweifellos noch nicht die Rede sein." Das heisst Franco ist nicht in der Lage, eine Massenmobilisierung für seine Armee durchzuführen, weil er den Massen nicht trauen kann. Von den spanischen Faschisten aus der sogenannten Phalangistenorganisation lesen wir, dass sie "in den ruhigen Etappenstädten u. auf dem Korso von Sevilla weit zahlreicher zu sehen sind als in der ersten Linie der wirklichen Kampffronten." Das Hauptquartier Francos schildert der Korrespondent der "Nationalzeitung" folgendermassen: "In der Halle des Grand Hôtels, in dem zwar nicht General Franco, aber seine Adjutanten u. Mitarbeiter wohnen, drücken sich, zu schliesslichen ~~Klumpen~~ Klumpen" geballt, die Hochposten der guten, alten Zeit herum, Hidalgos, Grafen, Marquis mit ihren brillantverzierten... Ehrendiäben. Die politische Überzeugung dieser Herrschaften... mag die Küsserung einer der reichsten Frauen Spaniens, Marquesa... wiedergeben: "Es muss alles wieder werden wie früher." Der NZ-Korrespondent spricht weiter von dem "Amtsmissbrauch der katholischen Kirche" und der "bodenlosen sozialen u. politischen Dummheit der mit ihr aufs Engste verknüpften Hocharistokratie". Als guter Goebbelsjünger sucht uns der NZ-Korrespondent vorzumachen, dass Franco selber anders sei als seine Umgebung, nämlich "ein sehr radikaler nationaler Sozialist" (wahrscheinlich von der Sorte Hermann Göring), fügt aber vorsichtigerweise hinzu, "immerhin soll man den Einfluss der alten Oberschicht nicht unterschätzen". Der spanische Faschismus vornehmlich selbst das plebejische Aushängeschild, mit dem der deutsche Nationalsozialismus seine Verteidigung der Herrschaft der alten Ausbeuterschichten u. seine Teilnahme an diesen Ausbeuterpraktiken zudecken sucht. Über die antifaschistischen Milizen sagt unser Nazi, dass die Tatsachen davor warnten, sie zu unterschätzen.

EIN PROTESTSTREIK. Auf der Mine Fernand in Wittenheim trat die Belegschaft am Freitag vergangener Woche in den Streik. Ursache dafür war die zunehmende Provokateurtätigkeit des faschistisch eingestellten oberen Verwaltungspersonals dieser staatlichen Unternehmungen. Im Casino dürfen nur die Feuerkreuzler Versammlungen abhalten, bei Neueinstellungen werden nur Faschisten berücksichtigt usw. Ein kleiner Vorfall brachte jetzt die Misstimmung der Arbeiter zur Explosion. Die Arbeiter blieben im Casino anlässlich einer fasch. Versammlung beim Absingen der "Marseillaise" sitzen, worauf ein Faschist gegen einen Arbeitertätlich vorging. Die Arbeiter antworteten darauf mit dem Streik und mit der Forderung auf Entlassung der faschistischen Rädelsführer. Dementsprechend forderte die Arbeiterschaft auch die volle Anwendung des Matignon-Abkommens.

ROSSE RÄCHT SICH. Es zeigt sich immer mehr, dass mit dem Mandel-Rosségeschäft und der Übernahme des "Els. Boten" durch den Alsatiaverlages die APNA als Partei nicht liquidiert ist, sondern sogar auf dem Wege über die "Parti social français" u. mit ihrer Hilfe wieder eine Rolle zu spielen versucht. Sogar die Herren Oberkirch, Schmidt le Roi u. Graf de Louisse scheinen Neigung zu haben wider den Stachel zu löcken und jetzt wird sogar die Botschaft verkündet, dass die APNA in nächster Zeit wieder eine deutschsprachige Zeitung herauszugeben beabsichtigt. Der "Kisäuser", das Organ der unterelsässischen UPR fragt nun Herrn Rossé, was er denn nun eigentlich verhandelt habe. H. Rossé selber aber sucht sich an den treulosen Apnatikern zu rächen, indem er sie im oberelsässischen Generalrat aus der Départementalkommission herauswerfen lässt. Es scheint, dass in den Kreisen der APNA die Absicht besteht, sich mit Hilfe und Unterstützung der Feuerkreuzler wieder flott zu machen.

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs 2.
Einzel Exemplar: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 50/III, Jahrgang.

Zweite Dezemberwoche 1936.

Nach der Spaniendebatte in der Kammer:

DIE GEFANGENEN DER VOLKSFRONTPOLITIK. -o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die Kammerdebatte über die auswärtige Politik der Regierung Blum ist so ausgegangen, wie sie angesichts der Politik der KPF, ausgehen musste, nämlich wie das Hornberger Schiessen. Die Regierung Blum wird ihre Politik des Verrats an den spanischen Antifaschisten fortsetzen u. die Führung der KPF erklärt, dass sie die Stimmnonthaltung der Kommunisten bei der Debatte über die Aussenpolitik nur als einen Zwischenfall betrachte, dass sie diese Regierung nach wie vor unterstützen werde, obwohl sie mehr oder weniger offen zugeben muss, dass Blum die spanischen Arbeiter verrät.

Die Haltung der Regierung in der spanischen Frage ist kein Einzelfall.

Ist ein trauriger Dreh, wenn die Führung der KPF jetzt so tut, als ob die spanische Frage nur ein Problem zweiter Ordnung sei und als ob die sonstige Politik der Regierung Blum annehmbar sei. Einmal ist das Schicksal der spanischen Revolution keine Nebenfrage sondern von lebenswichtiger Bedeutung für das gesamte Internationale Proletariat und vor allem für die französischen Arbeiter. Zum zweiten ist das schändliche Verhalten der Regierung Blum in der spanischen Frage kein Einzelfall im Rahmen einer Politik, die man sonst billigen könnte, sondern sie entspricht durchaus der Gesamtpolitik der Volksfrontregierung. Die gegen die spanischen Antifaschisten gerichtete Blockade wird sinnvoll ergänzt durch die Duldung der faschistischen Provokationen in Frankreich selbst, durch das zur Streikabwürgung bestimmte Zwangsschlichtungsgesetz, durch das Pressegesetz, von dem Vaillant-Couturier in einer Rede, in der er zu begründen suchte, weshalb die KPF für (1) dieses Gesetz stimme, immerhin sagen musste, dass es in den Händen der reaktionär gesinnten Richter zu einer Gefahr für die Arbeiterschaft werden könne. Es sind nicht einzelne Auswüchse der Volksfrontpolitik, die es zu verurteilen gilt, sondern diese Politik, die Politik der Koalition mit der Bourgeoisie, ist im Kern faul; und solange die Führung der KPF nicht dieser Tatsache Rechnung trägt, werden alle ihre Anläufe zu einer Kritik an der Tätigkeit der Regierung Blum nur Scheinopposition bleiben und so enden, wie wir es dieser Tage erlebt haben, mit einem kläglichen Rückzug, mit Erklärungen, die wirken, als ob die Führung der KPF sich deswegen entschuldige, dass sie es überhaupt gewagt habe, sich an einer Frage von der Regierung Blum abzugrenzen.

Die Volksfrontpraxis widerlegt die Volksfronttheorie.

Die Kammerdebatte über die Aussenpolitik der Regierung Blum und ihre weiteren Auswirkungen haben neue Beweise für die Schädlichkeit der Volksfrontpolitik geliefert. Die Führung der KPF muss durch ihr Verhalten zugeben, dass die Theorie, mit der die Volksfrontpolitik begründet wird, keinen Schuss Pulver wert ist. In der Theorie soll die Volksfrontpolitik bekanntlich der Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter und der Sowjetunion dienen. Und in der Praxis zeigt es sich, dass die KPF sich von den Taten der Volksfrontregierung abgrenzen muss, wenn sie nicht, wie das z. B. bei der Spanienpolitik Blums der Fall ist, gezwungen sein soll offen eine Politik zu verteidigen, die den Anforderungen der internationalen proletarischen Solidarität und auch den Interessen der Sowjetunion, die den spanischen Antifaschisten aktiv beisteht, direkt zuwiderläuft. Andererseits zeigt es sich, dass alle Kritik der KPF an den Taten der Regierung Blum keinerlei praktische Auswirkungen hat und haben kann, solange die KPF an der Volksfrontpolitik festhält.

Dabei hat die KPF grösse Möglichkeiten, um dahin zu wirken, dass die Interessen des Proletariats durch einheitliche Massenaktionen gewahrt werden. Die

KPF hat einen entscheidenden Einfluss in den grossen Industriezentren, sie hat wichtige Positionen in der CGT - so hat die Metallarbeiterföderation, die heute die stärkste Föderation der CGT ist, vor kurzem eine Führung erhalten, deren Mehrheit aus Kommunisten besteht, Blum ist sich z. B. darüber im klaren, dass er seine Koalitionspolitik gegenwärtig nur mit Unterstützung der KPF betreiben kann. Obwohl er bei der Debatte über die Aussenpolitik eine parlamentarische Mehrheit ohne die Kommunisten erhielt, hat er erklärt, dass er nicht ohne die Unterstützung der KPF regieren wolle, denn er weiss sehr gut, dass er sonst die Mehrheit der Arbeiter gegen sich haben würde, denn auch die Masse der Mitglieder der SFIO will heute keinen Bruch mit den Kommunisten, aber die Führung der KPF denkt nicht daran, ihren Einfluss zur Organisation von Massenaktionen auszunutzen, denn sie weiss, dass das nicht im Rahmen der Volksfront und der Unterstützung der Koalitionsregierung mit der Bourgeoisie möglich ist. Die Führung der KPF tritt offen gegen aussorparlamentarische Aktionen auf, sie tut das ihrige, um den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter zu bremsen, sie beschränkt sich auf eine gelegentliche Scheinopposition, aber diese Scheinopposition muss sich auf die Dauer demoralisierend auf die Arbeiterschaft auswirken. Wenn die Führung der KPF die ausserparlamentarische Aktivität der Arbeiter bremst oder gar offen hindert, so heisst das, die Massen zur Passivität zu erziehen. Wenn die Führung der KPF einerseits verschiedene Auswirkungen der Volksfront kritisiert, aber andererseits aus dieser Kritik keinerlei praktische Konsequenzen zieht, sondern nichtsdestoweniger an der Volksfrontpolitik festhält, so wird sie schliesslich und endlich an Autorität bei den Massen einbüssen. Je länger die KPF an der Volksfrontpolitik festhält, desto grösser wird die Gefahr, dass sie, wenn sie sich eines Tages zu einer Preisgabe dieser Politik entschliesst oder wenn ihre Volksfrontpartner ihr den Stuhl vor die Tür setzen, weil sie sie nicht mehr fürchten und für hinreichend blamiert halten, dann aktionsunfähig und isoliert dasteht, dass sie nicht mehr die Kraft findet, die Massen der Arbeiter zu einheitlichen Aktionen zu mobilisieren.

Die falsche Theorie, dass die Arbeiterklasse heute nur die Wahl zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus habe, eine Theorie, die bedeutet, dass die Perspektive der proletarischen Revolution bis auf weiteres preisgegeben wird, diese Theorie wirkt sich in der Weise aus, dass die KPF nichts tut, um die Möglichkeiten auszunutzen, die sich aus ihrem Einfluss in den Massen ergeben.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Das Gesetz über das obligatorische Schlichtungsverfahren:

EIN SCHLAG GEGEN DAS STREIKRECHT.
 ooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die Kammer hat das Gesetz über das obligatorische Schlichtungsverfahren mit grosser Mehrheit angenommen. Die Kammerfraktion der KPF hat dem Gesetz ihre reservelose Zustimmung erteilt. Die Leitung der CGT hat nach den Erklärungen Léon Blums in der Kammer, massgeblichen Anteil an dem Gesetzentwurf über das obligatorische Schlichtungsverfahren.

Das Gesetz über das obligatorische Schlichtungsverfahren, wird von der Presse der SFIO als eine Antwort Léon Blums an die "Zweihundert Familien" bezeichnet. Damit soll der Eindruck erweckt werden, als ob mit dem Gesetz über das obligatorische Schlichtungsverfahren, den Arbeitern eine wichtige Waffe zur Verteidigung und Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen in die Hand gegeben worden sei. In Wahrheit ist das obligatorische oder staatliche Zwangsschlichtungsverfahren die Übertragung der politischen Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie auf das Gebiet der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, verbunden mit dem Recht des bürgerlichen Staates, eins der elementarsten demokratischen Rechte der Arbeiterklasse, das Streikrecht, nur in den Grenzen wirksam werden zu lassen, die durch das Gesamtinteresse der bürgerlichen Staates gegeben sind. Das Gesetz über das obligatorische Schlichtungsverfahren entzieht den Arbeitern das Recht, ihre Arbeitskraft dem Kapitalisten auf kollektiven Wege, vermittels des Streiks, zu entziehen, um ihn zur Anerkennung ihre Forderungen zu zwingen. Wir haben bereits in der "AP" nachgewiesen, dass die, für die Rechtfertigung des Zwangsschlichtungsverfahrens vorgebrachten Argumente vom Standpunkt der Arbeiterinteressen jeder stichhaltigen Begründung entbehren. Wir haben auch im einzelnen aufgezeigt, dass wenn die Regierung den Arbeitern in ihrem Kampfe um ihre wirtschaftlichen Interessen wirklich helfen wollte, sie andere und wirklich wirksame Massnahmen gegen das

Unternehmertum hätte treffen müssen. Die Regierung konnte und wollte das nicht, weil sie eine Koalitionsregierung mit der Bourgeoisie ist und weil die Arbeiterorganisationen auf die Organisierung des ausserparlamentarischen Drucks auf die Regierung in dieser Richtung verzichteten.

Die Bestimmungen des Gesetzes.

Das Gesetz über das obligatorische Schlichtungsverfahren macht die Anrufung der verschiedensten Schlichtungsinstanzen vor der Proklamierung des Streiks oder der Aussperrung zur Pflicht. Die dreizehn Artikel des Gesetzes sehen einen ganzen Rattenschwanz von Prozeduren und Schlichtungsinstanzen vor, durch die der Kampfwill der Arbeiter erstickt und das Streikrecht weitgehend eingeschränkt wird.

Nach dem Gesetz müssen alle kollektiven Arbeitskonflikte, gleichgültig ob ein Kollektivvertrag besteht oder nicht und unbeschadet darum, ob im Kollektivvertrag eine Schlichtungsprozedur für die aus dem Vertrag entstehenden Streitigkeiten vorgesehen ist oder nicht, der Schlichtungs- und Schiedsgerichtsprozedur unterbreitet werden. Wenn im Vorlauf von 6 Tagen auf dem Wege der departementalen Schlichtungsinstanzen keine Lösung des Konflikts herbeigeführt werden kann, müssen die Parteien auf Antrag zum Schlichtungsverfahren durch die nationalen Berufsföderationen greifen. Die für die nationalen Berufsföderationen vorgesehenen Schlichtungsinstanzen müssen ihre Aufgabe in einer Frist von 6 Tagen ausführen. Wenn diese paritätisch zusammengesetzten Schlichtungskommissionen in der erwähnten Frist den Konflikt nicht zu regeln vermögen, geht der Streitfall an eine nationale Schlichtungskommission, die wiederum paritätisch aus Vertretern der CGT und der Confédération générale du françaisischen Unternehmertums zusammengesetzt ist und unter dem Vorsitz des zuständigen Ministers oder seines Vertreters zusammentritt?

Wenn diese Kommission im Verlauf von weiteren 6 Tagen keine Einigung erzielt und den Konflikt nicht zu regeln vermag, muss sie in einem Protokoll die Punkte präzisieren, in denen eine Einigung nicht erzielt werden konnte und die Parteien zur Benennung eines gemeinsamen Schiedsrichters oder je eines Vertreters der beiden Parteien auffordern. Wenn eine der beiden Parteien sich weigert ihren Schiedsrichter zu bezeichnen, so erfolgt die Bezeichnung durch den zuständigen Minister.

Wenn die Schiedsrichter der Parteien sich in einer Frist von 3 Tagen nicht auf einen gemeinsamen Text einigen können, müssen sie einen Oberschiedsrichter bestimmen. Wenn die Parteien sich in der Benennung desselben nicht zu einigen vermögen, wählt der Ministerpräsident den Oberschiedsrichter und zwar aus einer Liste, die im gemeinsamen Einverständnis von den beiden Konföderationen aufgestellt wurde. Dieser Oberschiedsrichter soll dann in 3 Tagen nach seiner Ernennung seinen Schiedsspruch fällen. Dieser Schiedsspruch ist dann obligatorisch. Das Gesetz sieht aber keinerlei Zwangs- u. Rechtsmittel gegen diejenige vor, die sich der Ausführung des Schiedsspruchs entziehen, d. h. die Rechtsverbindlichkeit des obligatorischen Schiedsspruchs ist mit keinerlei Sanktionen verbunden. Es ist aber anzunehmen, dass auch diese Frage in BÉDÉCÉ aktuell werden wird. Léon Blum will dafür anscheinend den geeigneten psychologischen Augenblick abwarten, der ihm gestattet auch diese Massnahme mit einem arbeiterfreundlichen Schein zu umkleiden.

Die deutschen Erfahrungen.

Das staatliche Zwangsschlichtungssystem, wie es jetzt von der Regierung Blum mit Zustimmung der CGT und der KPF eingeführt wird, ist bisher in allen kapitalistischen Ländern vom revolutionären Flügel der Gewerkschaftsbewegung bekämpft worden. Die Erfahrungen, die in Deutschland - wo das Zwangsschlichtungssystem von einer bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierung in der Ära der Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie eingeführt wurde - und infolge der Schärfe der Klassengegensätze am weitesten ausgebaut wurde - die Gewerkschaften mit dem obligatorischen Schlichtungsverfahren gemacht haben, sprechen in allen Fällen gegen seine Annahme durch die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften.

Das obligatorische Schlichtungssystem hat den Sinn den Streik auszuschalten, den Klassenkampf durch die Arbeitsgemeinschaft zu ersetzen und den Staat als

obersten Schiedsrichter in den Konflikten zwischen Kapital und Arbeit anzuerkennen. Dieser Staat aber ist der bürgerliche Staat, gleichgültig wie auch die Regierung zusammengesetzt sein mag. Die Regierung wechseln, aber der bürgerliche Staat bleibt, solange er nicht durch die proletarische Revolution zerbrochen worden ist. Das entscheidende Mittel um Regierung und Staat, sowie das Unternehmertum zu Konzessionen an die Arbeiter zu veranlassen, ist und bleibt die aussorparlamentarische Massenaktion u. das vornehmste und eins der wirksamsten Mittel der Massenaktion ist der Streik. Die Arbeiterklasse hat in Deutschland ihre bedeutungsvollsten Errungenschaften gerade in einer Zeit der aussorparlamentarischen Aktivität erhalten und die französische Arbeiterklasse darf nicht vergessen, dass ihre bedeutendsten Errungenschaften allein das Ergebnis ihrer spontanen aussorparlamentarischen Massenaktivität im verflossenen Juni waren. Wenn die Arbeiter sich im Rahmen des Blumenschen und Jouhauxschen Schlichtungsgesetzes bewegt hätten, dann dürften sie heute noch auf ihre Lohn erhöhungen usw. warten. Die Gewerkschaften sind in Deutschland gewachsen, als sie mittels des Kampfes ihre Notwendigkeit den Arbeitern unter Beweis stellten; sie sind verkümmert als vom Geiste der Arbeitgemeinschaft beschattet und im Rahmen des staatlichen Zwangsschlichtungsgesetzes gefesselt auf ihre aussorparlamentarische Aktivität verzichteten. Das staatliche Zwangsschlichtungssystem entwickelte sich im Verlaufe seiner Anwendung dazu, dass der Staat zur Vermeidung von Arbeitskonflikten zur Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche griff, wenn eine Einigung der Parteien sich als unmöglich erwies und die Austragung des Konflikts das Allgemeininteresse der kapitalistischen Wirtschaft bedrohte. Die Verbindlichkeitsklärung - die dem obligatorischen Schiedspruch des Blumenschen Gesetzes entspricht erfolgte in Deutschlands anfangs nur auf Antrag einer der beiden Parteien. Später konnte auch ein Schiedspruch auf Antrag des staatlich bestellten Schlichters durch den Arbeitsminister verbindlich erklärt werden. Um der Verbindlichkeitsklärung ihre Wirkung zu geben, wurde die sogenannte Haftpflicht der Syndikate eingeführt, d. h. die Gewerkschaften wurden im Falle eines Streiks für den Schaden der Unternehmer haftpflichtig gemacht. Und wenn ein Streik gegen den Willen der Gewerkschaftsinstanzen ausbrach, genügte die Zahlung von Streikunterstützung durch die Syndikate um sie rechtlich zur Schadenersatzpflicht zu verurteilen.

Das obligatorische Schlichtungssystem beraubte die Gewerkschaften ihrer Unabhängigkeit und führte zur Einschränkung und letzten Endes zur Aufhebung des Streikrechts. Es drängte die Gewerkschaften unter ihrer arbeitgemeinschaftlichen Führung auf das stärkste auf die Bahn der Koalitionspolitik, jener Politik, die von der Komm. Internationale und auch von der KPD als die Hauptsache der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung im Kampfe gegen den Hitlerfaschismus bezeichnet wurde. Das staatliche Schlichtungssystem begünstigte die Tendenzen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die im vorwörtlichen Interesse der Arbeiter den Gedanken verfochten, dass man in der staatlichen Spitze vertreten sein muss, um deren Schlichterrolle zu beeinflussen. Auf diesem Boden gedieh die Theorie Hilferdings von politischem Lohn, die gewerkschaftliche Begründung für die Koalitions- und Tolerierungspolitik. Das Schwergewicht der gewerkschaftlichen Tätigkeit lag so nicht mehr auf dem Gebiete des Kampfes und der Erhaltung und Stärkung dieser Kampfkraft, sondern auf dem Verhandlungsparkett, was notwendigerweise zur Entfremdung der kampfgewillten Arbeiter gegenüber den Gewerkschaften führte und auf diese Weise den ultralinken Gewerkschaftskurs der KPD begünstigte. Gerade die Junibewegung in Frankreich aber hat die alte Wahrheit neu bestätigt; das Lebenselement der freien Gewerkschaften, die elementarste Voraussetzung ihres Wachstums und ihrer Stärke, ist der Kampf. Sobald der Lohn- und Arbeitsvertrag nicht mehr auf der Kampfkraft der Arbeiter beruht, müssen die Gewerkschaften verkümmern.

In Deutschland haben die Gewerkschaften diesen Wirkungen der Schlichtungspraxis damit entgegen zu wirken gesucht, dass sie alle möglichen Unterstützungsanstalten einführten, um auf diesem Wege die Mitglieder an die Gewerkschaften zu binden. In der Krise wurden diese Einrichtungen zu einem Verhängnis für die Gewerkschaften, da das aus der Krise geübtere Gewicht von Anforderungen an diese Einrichtungen, die Gewerkschaften zur fortlaufenden Einschränkung und Kürzung der Unterstützungen zwang. Das führte dazu, dass die Mitglieder, die nur noch auf diesem Wege an die Gewerkschaften gebunden waren, massenhaft davon liefen. Die französischen Arbeiter müssen aus dieser Erfahrung die Nutzenanwendung ziehen, auch dann, wenn die Kommunisten sie vorgeschrieben zu haben scheinen.

Das Proletariat und der individuelle Terror:ZUM PROZESS FRANKFURTER.
oooooooooooooooooooooooooooo

Der Hergang der Erschliessung Wilhelms Gustloffs, des Landesführers der deutschen Nationalsozialisten in der Schweiz (!), durch den jugoslawischen Studenten D. Frankfurter, am Abend des 4. Februar dieses Jahres in dem kleinen Graubündner Städtchen Davos, war für einige Wochen das Objekt einer billigen Sensation für die ganze Weltpresse gewesen. Und heute, nach 10 Monaten, wird, anlässlich der Gerichtsverhandlung, die Tat Frankfurters gleichermassen wieder unter den Aspekten des Boulevard-Sensationskitzels betrachtet.

Frankfurters Tat ist nichts weniger als unpolitisch. David Frankfurter selber wird freilich als ein politisch indifferenter Mensch geschildert. Er handelte völlig individuell. Es ist sogar mit Gewissheit festgestellt, dass die Schüsse, die Gustloff töteten, letzten Endes durch eine Affekthandlung ausgelöst wurden. Was die deutschen Nationalsozialisten gern wahrhaben wollten, dass nämlich Frankfurter Gustloff im höheren Auftrage der "Weisen von Zion" oder gar der Komplottern "umgelegt" habe, erweist sich heute nun auch gerichtsnotorisch als ein gewöhnlicher Schwindel der Goebelschen Propagandazentrale. Frankfurter hat keine Hintermänner gehabt, wie etwa die Fome-, Rathenau- und Potompyka-Mörder seinerzeit, die heute in Deutschland in Amt und Würden sitzen oder in Marmornen und erzenen Denkmälern verherrlicht werden. Die führenden Nationalsozialisten, allesamt Mordbuben, die Tausende von hingeschlachteten Proletariern auf dem Gewissen haben, werden daher in dieser Beziehung beim Prozess Frankfurters nicht auf ihre Kosten kommen.

W. trieb Frankfurter zu dieser Tat? Natürlich nicht der Affekt und das persönliche Schicksal eines schwerkranken Menschen und verfolgten Juden allein. Es waren politische Motive, die Frankfurter den Revolver in die Hand spielten und ihn losdrücken liessen. Im Hintergrund dieser Affäre steht der faschistische Leviathan, der die zeitgenössische Tragödie des Judentums heraufbeschworen hat, indem er dort, wo er herrscht, es vernichten und mit Stumpf und Stiel ausrotten will. Die Klassifizierung des "Untermenschentums", die daraus resultierende moderne Inquisition, der "gelbe Flock" und die Hilflosigkeit und Isoliertheit des verarmten und geschundenen kleinbürgerlichen Judentums gegenüber diesen Auswüchsen der modernen bürgerlichen Gesellschaftsordnung, all das ist zum Verständnis der Handlungsweise des Studenten Frankfurters heranzuziehen, will man politisch den Fall beurteilen. Das pauperisierte Judentum hat aus seiner hundsföttischen Misere, in die es hauptsächlich der deutsche Faschismus gestürzt hat, nur zum geringeren Teile die notwendigen politischen Konsequenzen gezogen, die es an die Seite des klassenbewussten Proletariats hätten führen müssen. David Frankfurter ist sympotisch dafür. Wie er, steht der grösste Teil seiner Glaubensgenossen den faschistischen Verfolgungen politisch noch verständnislos gegenüber: ihr politisches Ideal ist bestenfalls die kapitalistische Demokratie. Faschistische Verfolgung in der jeweiligen "Heimat" und die Tortur des Exils haben das Judentum enger zusammenschweissen lassen. Im Grunde genommen aber stellt es dem faschistischen Ungeheuer nur den modernen Humanismus und die Charité unter den Glaubensgenossen entgegen. Von einer wirklichen Lösung der Judenfrage durch die soziale Emanzipation des modernen Proletariats, wie sie in der Sowjetunion herbeigeführt worden ist, ist in diesen Kreisen noch wenig die Rede, und der kapitalistische Versuch einer Lösung der Judenfrage in Palästina überschattet noch die vollendete, wirkliche, sozialistische Lösung des Judenproblems durch das befreite Proletariat in der Sowjetunion (Birobidshan).

Aus diesem Nichtbegreifen der Tragödie des Judentums schoss Frankfurter den Gustloff nieder. David Frankfurter wollte durch diesen Verzweiflungsakt die stupide öffentliche Meinung alarmieren. Ein individueller Idealist, intelligent, und von erhabenen Charakter, wollte D. F. die Aufmerksamkeit auf die Schande des gelben Flecks hinlenken, vom tiefem, echten Hass gegen die nationalsozialistischen Verfolger und Honker erfüllt.

Was Friedrich Adler, der als sozialistischer Politiker handelte, als er den österreichischen Grafen Stürgkh niederschoss, bezweckte, hat auch, wenn auch im anderen Sinne, Frankfurter bezweckt: er wollte durch die individuelle, terroristische Handlung, den Faschismus ins Herz treffen, wie weiland F. Adler den alt-

Österreichischen Absolutismus...

David Frankfurter ist aus dem mutigen Geschlecht der individuellen Terroristen. Er ist keine erhabene Figur. Er ist, wie er selbst sagt, "unpolitisch". Ihm fehlt das bahnbrechende Ziel, seine Tat aber hebt ihn hoch über die kleinbürgerlichen, antifaschistischen Duckmäuser hinaus. Die russischen Sozialrevolutionäre, die im schonungslosen Kampfe gegen den Zarismus ihren Mann standen, waren aus anderem Holze geschnitzt. Lenin verurteilte die individuellen Methoden ihres Kampfes, er lobte indes ihr Heldentum.

Wir verurteilen Frankfurters Tat. Nicht etwa daher, dass wir uns gegen die Gewalt aussprechen. "Wir setzen der Taktik des Terrors nicht die Parole des legalen Kampfes, nicht die christliche Forderung über das Thema: "Du sollst nicht töten" entgegen. Nein wir setzen dem Terrorismus die Taktik der revolutionären Massengewalt entgegen". (Lenin-Sinowjew "Gegen den Strom", S. 526/27.)

"Totschlag ist nicht Mord", schrieb die alte "Iskra" aus Anlass eines terroristischen Aktes zu Beginn der neunziger Jahre. (ebenda).

Der geniale Dichter Puschkin, der russische Goethe, schrieb anlässlich der Ermordung des russischen Stolypins, die berühmten Verse nieder, die wir in diesen Tagen des Prozesses Frankfurter zitieren wollen:

"Du Bösenwicht auf hohen Thron, lang hasse ich Dich und Dein Geschlecht,
Deinem und Seiner Kinder Untergang werd' ich mit Schadenfreud' gerecht!"

..ö-ö-ö-ö-ö-ö-ö-ö-

Zum spanischen Bürgerkrieg:

EIN KOMPROMISSVORSCHLAG ENGLANDS UND FRANKREICHS.

oo

Es ist jetzt zur Gewissheit geworden, dass die französische u. englische Regierung einen Vermittlungsvorschlag für die Beendigung des spanischen Bürgerkrieges unterbreitet haben. Wie anfänglich beim "Nicht-Intervention-Abkommen" ist der neue Vorschlag ebenfalls zunächst den Regierungen Deutschlands, Italiens, Portugals und der SU überreicht worden. Dieser Vermittlungsvorschlag läuft auf ein Plebiszit oder die Konstituierung einer "verfassungsgebenden Nationalversammlung" hinaus. Aus einer diesbezüglichen Mitteilung des französischen Aussonministeriums geht hervor, dass die alte Nichtinterventionformel zunächst erneuert werden soll. Die Vertreter der genannten Länder im Londoner Nichteinmischungsausschuss werden aufgefordert, sich "schleunigst mit allen Anweisungen zu versehen, die der Organisation einer voll wirksamen Kontrolle dienen." Weiter werden die "vier Regierungen gebeten, ... den bewaffneten Kampf zum Stillstand zu bringen, indem sie ein Vermittlungsangebot machen, dass die Gesamtheit Spaniens instandsetzen würde, ihren Willen auszudrücken."

Andere offiziellen Äußerungen liegen zur Stunde noch nicht vor. Von ähnlichen Kompromissen im spanischen Bürgerkrieg ist oft die Rede gewesen, nicht erst seit heute und gestern, dieser jetzige Vermittlungsvorschlag aber ist von ernster Bedeutung, im Augenblick, wo der Kampf um Madrid noch unentschieden und der Bürgerkrieg zum imperialistischen ~~Würger~~ Krieg erweitert worden ist. Es ist offenbar, dass der englisch-französische Vorschlag die Folge der elendig gescheiterten "Nichteinmischungspolitik" darstellt. Wird dieser Vorschlag ebenso Schiffbruch erleiden, wie jene verhängnisvolle "Neutralität"? Aus Madrid, bzw. Valencia liegen noch keine entsprechenden Äußerungen vor. Von der Sowjetunion wird allerdings behauptet, dass sie dem Vermittlungspakt beigetreten ist. Wir halten diesen Schritt der SU für ebenso falsch, wie gefährlich, wie seinerzeit ihren Beitritt zum Neutralitätspakt, von dem die SU kürzlich selber sagen musste, dass er nur Franco genützt habe.

Vom Standpunkt der revolutionären Interessen muss heute mehr als je das gerade Gegenteil von dem verlangt werden, was die obengenannten Regierungen fordern. Statt dem Kompromiss zwischen Franco u. Caballero, aktive militärische u. politische Unterstützung der bedrückten Arbeiter u. Bauern Spaniens, bis zum sozialistischen Endziele."

Überdies sieht das Kompromiss die demokratische Wahlfreiheit für die spanischen Rebellen vor, die wie es sich im Februar gezeigt hat, durch die parlamentarische Demokratie nicht zu Boden zu zwingen sind.

DIE KALIBERARBEITER HOFFEN AUF DIE REGIERUNG. Wir berichteten in der vorausgegangenen Nummer der "AP" über den Streik der Kalibergarbeiter von Witzenheim und seine Ursachen. Das massgebliche Motiv für diesen spontanen Streik war das offensichtlich provokatorische Verhalten des faschistisch eingestellten Verwaltungspersonal und die klar zutage tretende Begünstigung und Unterstützung der faschistischen Provokationen durch die Direktion dieser staatlichen Unternehmungen. Die Kalibergarbeiter haben ihren Streik auf angebliche Intervention der Regierung Blum abgebrochen und die Verbandsleitung hat im Sinne des Streikabbruchs auf die Kalibergarbeiter eingewirkt. Aus den Resolutionen, die in Kalibergarbeiterversammlungen in Witzenheim und Wittelsbach angenommen wurden, geht hervor, dass die Regierung sich in keiner Weise im positiven Sinne für die Forderungen der Kalibergarbeiter ausgesprochen hat. Die Bergarbeiter verlangen nach wie vor, die Entfernung der faschistischen Provokateure von den Minen, aber sie hoffen, dass die Regierung durch eine Bitte veranlasst werden wird, ihrem Vorlangen Rechnung zu tragen. Es ist bezeichnend, dass die Verbandsleitung, statt die berechtigten Forderungen der Kalibergarbeiter zu unterstützen, sich darin gefällt die Bergarbeiter bei guter Stimmung gegenüber der Regierung zu halten, die dem Treiben der Faschisten tatenlos zusieht. Die Kalibergarbeiter, die sich diesmal durch nichtssagende Redensarten zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen liessen, werden sehr bald merken, dass die Skubierung der Kaliminen von den faschistischen Provokateuren nur durchgeführt wird, wenn sie sich auf die Anwendung jener Kampfmittel besinnen, die sie im Juni in seltener Geschlossenheit zur Anwendung brachten. Erst dann wird die Regierung mehr als platonische Phrasen für ihre Forderungen übrig haben. Solange sich die Kalibergarbeiter, entsprechend dem Wunsche ihrer Verbandsleitung auf die Vorbringung von Bitten beschränken, werden die faschistischen Provokateure weiter ihr Unwesen treiben. Soviel hat die Praxis der Regierung Blum im Kampfe gegen den Faschismus bereits bewiesen.

MATFORD ERHÖHT DIE LÜHNE UM 12 Prozent. In einer Bekanntmachung der Matford-Werke wird im amerikanischen Fordstil den Arbeitern mitgeteilt, dass die Firma die Löhne um 12 % (ab 7. Dezember) erhöhen wird. Neben dieser Lohnzulage, die mit der Einführung der 40 Stundenwoche verbunden ist, erfolgt noch eine ausserordentliche Teuerungszulage von Frs. 0.60 pro Stunde. In der Bekanntmachung heisst es dann weiter:

"Wir hoffen, dass die Tragweite dieser beiden Massnahmen von Euch richtig eingeschätzt wird, und ein jeder von uns eine noch vollständigere Mitarbeit und höhere Leistung gewährt."

Die "Humanité" ist darüber aus dem Häuschen geraten und stellt diese Massnahmen der Fa. Matford als soziales Musterbeispiel hin. Sie hebt dabei besonders hervor, dass diese Lohnzulage "ohne Streik" erreicht worden sei. Was sich aber für ein Arbeiterblatt von selbst versteht, nämlich hervorzuheben, dass die Lohnerhöhung in diesem Falle ausschliesslich auf Kosten der "Leistungssteigerung" geschieht, verschweigt die "Humanité" geflissentlich. Schon vor dieser Lohnerhöhung waren die Antreibermethoden der Fa. Matford nur noch infolge der Schädigung der Gesundheit des Arbeiters aufrechtzuerhalten. Nunmehr kündigt die "entgegenkommende" Firma noch "höhere Leistungen" an. Dazu bemerkt die "Humanité" ausdrücklich ihr Einverständnis, indem sie schreibt, dass Matford "doch nicht schlechter fahre mit den Arbeitsbedingungen", als andere Firmen, die sich weigern, die Kollektivverträge zu erfüllen. Das heisst nun doch die Unternehmerinteressen den Arbeiterinteressen voranstellen. Die "Humanité" motiviert ihre Stellungnahme zu der Lohnerhöhung der Fa. Matford wie ein Unternehmersyndizi. In der Tat müssen die Matford-Arbeiter sich mit der Lohnerhöhung nicht allein begnügen, sondern dafür sorgen, dass die Arbeitsbedingungen auf ein ortträgliches Mass reduziert werden.

Im Übrigen verweisen wir nur darauf hin, dass J. Mohn als Departementalsekretär der CGT, wie auch Kam. Klumpp als Sekretär des Metallarbeiterverbandes, wiederholt betont haben, dass sie im Kollektivvertrag der Metallindustrie das gleitende Lohnsystem bereits verwirklicht haben. Die Metallarbeiter, die fast täglich in der "Humanité" genügende Beweise für die aussergewöhnlichen Preiserhöhungen finden und die an sich selbst die Beweise der "Humanité" bestätigt finden, müssen onorgisch darauf bestehen, dass endlich aus dem Passus des Kollektivvertrages über die Angleichung der Löhne an die gestiegenen Lo-

benshaltungskosten die Konsequenzen gezogen werden.

ROSSE HAT PECH. Der "Elsässer" hat nach dem Artikel im "Els. Boten", der eine starke UPR-Föindliche Note trug und den Gedanken Casimirs de la Roque huldigte, die Frage gestellt, ob denn der "Els. Boten" ein Organ der APNA sei und von welcher Beschaffenheit der Einfluss des Herrn Rossé nach dem Übergang der Botenpresse in den Alsatia-Vorlag sei. Herr Rossé hat auf diese Fragen aus seiner unmittelbaren Partei umgebung geschrieben. Inzwischen hat die APNA selbst auf diese Fragen beantwortet. Sie hat bekanntgegeben, dass der "Els. Boten" nicht mehr als parteiamtliches Organ der APNA angesprochen werden darf und dass Herr Schmidt le Roi nicht Mitglied der APNA sei. Damit wäre also klar gestellt, dass die APNA sich vom Boten gelöst hat, dass Herr Rossé zwar den "Els. Boten" auf dem Wege über Herrn Mandel aufgekauft hat, dass ab aber die APNA damit nicht liquidiert und aufgekauft hat. Nach den wiederholten Angriffen gegen den "Elsässer" und insbesondere gegen die, den demokratischen Grundsätzen bisher ergebenen Führer der UPR, wie Dr. Didio, zeigt sich sogar, dass das unter dem Einfluss des Herrn Rossé stehende Organ gerade für jene Organisation arbeitet, gegen die sich der letzte Landesdelegiertentag der UPR gewandt hat. Wir meinen die Parti social français. Und es ist mehr als amüsant festzustellen, dass im Organ des Herrn Rossé, im "Els. Kurier", mit einer gewissen Schadenfreude notiert wird, dass, wie der "Elsässer" beweist, das Verhältnis der Parti social français zur UPR im Unterelsass nicht das beste ist, während im Oberelsass bisher keinerlei Auseinandersetzungen zwischen UPR und Parti social français stattfanden. Die Erklärung der APNA gibt jetzt einigen Aufschluss über die Hintergründe für die Rossésche Aktivität im oberelsässischen Generalrat gegen die APNA und für die freundschaftlichen Beziehungen zwischen UPR und Parti social français im Oberelsass. Der von der Regionalleitung der KPF seiner Zeit entdeckte "linke" Rossé, entpuppt sich immer mehr als der Repräsentant jener Richtung in der UPR, die dem Faschismus am günstigsten gestimmt ist. Und es ist durchaus nicht von der Hand zu weisen, dass H. Rossé mit zu jenen gehört, die den M. Walter, Meck und Genossen im Unterelsass die bisher gewährte Wahlhilfe der Feuert Kreuzler zuschanden machen wollen, um den Einfluss der Kräfte in der UPR zu brechen, die seinen Plänen im Wege stehen. Man darf im Dichte dieser Tatsachen den politischen Scharfblick der KPF-Führung nur bewundern. Gilt nun immer noch der Thorez'sche Wahlspruch: "La Tactique de Winzenheim est juste?"

LANDESPARTEILICHE WEISHEITEN. Die politischen Wegweiser der "Els. Arbeiter- u. Bauernpartei", die Landesparteiern um Dr. ROOS und Paul Schell, haben ihren Landesdelegiertentag abgehalten. Entsprechend ihrer hitlerischen Orientierung und gemäss den Nürnberger Trompetenstössen gegen den Bolschewismus, haben sich unsere ehemals demokratisch gefärbten und liberal- fortschrittlich orientierten Landesparteiern jetzt zum Mundstück der reaktionärsten Anschauungen gemacht. Zur Zeit des Kappellovertrages waren sie Kusslandfreunde, weil es der Imperialismus des angestammten Mutterlandes so befahl. Heute sind sie wütendsten Feinde des franco-russischen Paktes weil es die nämlichen Interessen heute so verlangen. Um der gleichen Interessen willen, sind diese ehemals fortschrittlich frisierten Bürger gegen das 9. Schuljahr, dass das Elsass ein nie gekanntes Schmach antun würde. Die Motive, die sie gestern Thorez über den Schellendaus loben liessen, um heute das Gespenst des Bolschewismus zum Mittelpunkt ihrer Elsasspolitik zu machen, sind heute wie gestern die gleichen; es handelt sich bei ihnen immer und stets nur um die Belange des deutschen Imperialismus, gestern in demokratischer Verpackung, heute im Hitlerischen Gewande. Das alles hat der Delegiertentag der Landespartei nur wieder unterstrichen und in unser Gesichtsfeld gerückt. Für Hueber und Mourer ist dies und wird dies kein Stein des Anstosses sein. Sie werden heute, wie gestern die Phrasen der deutschen Agenten in der eigenen Phrasologie vermischt mit Anleihen beim Trotzismus herunterleiern, solange, solange sie sich noch jemand anhört und solange sie noch Gold für das geduldige Druckpapier finden.

HERR MINK TRAUERT UND TRÜSTET SICH. Herr Mink stellt in seinem letzten Sonntagartikel mit einem heiteren und einem tränendeh Auge die Bedrängnisse des Herrn Michel Walter und des Herrn Charles Frey fest, die seiner Meinung nach, die Geister die sie riefen nicht mehr loswerden. Sie haben die Volksfront mit dem Bolschewismus identifiziert und zur grössten Koalition und zum Bündnis mit dem Faschismus aufgerufen und jetzt haben sie den faschistischen Bazillus in ihrer eignen Partei. So einfach ist das ja nun gerade nicht; aber dass in den Parteien der H. Walter u. Frey der Faschismus Regungen von sich gibt, stimmt.

Verantwortlich: EMILE HIRTZEL.

Mussolini sich auf die Dauer in Spanien, bzw. in den Spanischen Kolonien festsetzen, weil das ihre eigenen imperialistischen Machtpositionen bedrohen würde.

Die faschistischen Mächte haben auf den englisch-französischen Vorschlag ausweichend geantwortet. Es ist zu befürchten, dass jetzt ein diplomatischer Scheitern hinter den Kulissen einsetzt und dass währenddessen die deutschen u. italienischen Truppeneinheiten nach Spanien weitergehen.

Die Sowjetregierung hat es in ihrer Antwort an Frankreich u. England mit Recht abgelehnt, sich durch ihn die Hände binden zu lassen. Sie hat ferner darauf hingewiesen, dass in bezug auf den Vorschlag einer Friedensvermittlung die spanische Regierung niemand anders die Entscheidung zu fällen habe.

Es ist jetzt notwendig, dass die Arbeiterklasse gegen den schändlichen "Friedensvorschlag" Englands u. Frankreichs Stellung nimmt, dass sie von Blum ein entschändertes Auftreten gegen die faschistische Intervention in Spanien u. zu diesem Zwecke den Bruch mit der Neutralitätspolitik verlangt. Leider hat die KP, seitdem Blum mit dem Rücktritt gedroht hat, ihren Kampf gegen die Neutralitätspolitik so gut wie aufgegeben. Cachin hat einen Aufruf des rassemblément universelle pour la paix unterzeichnet, in dem der englisch-französische Vorschlag der Friedensvermittlung, lies der Restauration des Kapitalismus in Spanien begrüßt wird. Die KP verlangt lediglich, dass die Regierung auf eine baldige klare Beantwortung ihrer neuesten Vorschläge durch die anderen Mächte dränge. Aber gerade heute ist ein selbständiges Auftreten der Arbeiter, ein Massendruck auf die Regierung, eine klare Kampfstellung gegen die Politik Blums notwendig, um den spanischen Arbeitern zu helfen.

-0-0-0-0-0-0-0-0-

DIE ENGLISCHE KÖNIGSKRISE, oooooooooooooooooooooooooooo

Die Abdankung des Königs Eduard VIII. hat sich in einer Form abgespielt, die an Filmoperetten erinnert. Das offizielle England bemüht sich auch heute noch ein wenig, die wahren Hintergründe des Konfliktes zwischen Eduard VIII. u. der Regierung Baldwin zu verschweigen. Nach der offiziellen Lesart hat sich alles um Mrs. Simpson gedreht u. waren es lediglich Fragen der bürgerlichen Moral, die zu Meinungsverschiedenheiten zwischen König u. Regierung führten. Nun ist die bürgerliche Moral bekanntlich eine sehr elastische Sache. Auch die britische Bourgeoisie hat das oft genug bewiesen. Eduard VII. war z. B. alles andere als ein Tugendbold, nichtsdesto weniger hatten die anglikanische Kirche u. das englische Bürgertum an ihm nichts auszunutzen. Deshalb kann man ruhig annehmen, dass es sich im Falle Eduards VIII. nicht bloss um die gekränkte Moral, sondern um andere Dinge, um politische Fragen handelte.

In der Tat wird erzählt, dass Eduard VIII. faschistischen Einflüssen zugänglich war u. Bestrebungen an den Tag gelogt hätte, in England das, was man heute "autoritären" Regierungsmethoden nennt, einzuführen. Er habe die Rechte des Königs gegenüber dem Parlament verstärkt u. sich von diesem unabhängig machen wollen. Die bewusste Mrs. Simpson soll mit dem Naribotschafter Ribbentrop befreundet gewesen sein. Es sollen Versuche gemacht worden sein, eine sogenannte Königspartei zu schaffen. Die beiden Fresslords Rothermere u. Beaverbrook, deren Zeitungen systematische Reklame für den Faschismus machen, u. eine Reihe anderer Politiker sollen sich zusammengoten haben, um den König zu "autoritären" Methoden zu veranlassen - es hatte sich eine Art englischer "Korronklub" gebildet nach dem Muster der Papen, Schleicher, Oldenburg usw., die seinerzeit in Deutschland beflissen waren, die Macht des Reichspräsidenten Hindenburg zu "stärken". Es ist auch charakteristisch, dass die Versuche zu Strassendemonstrationen zugunsten Eduards VIII., die vor seiner Abdankung in London gemacht wurden, von den Mosleyfaschisten ausgingen.

Diese "autoritären", faschistischen Tendenzen waren die Ursache der Königskrise. Mrs. Simpson war für Baldwin u. die anderen führenden Politiker Englands nur ein bequemer Anlass, um die Frage, um die es sich handelte, nämlich um die Verteidigung der Grundsätze der englischen konstitutionellen Monarchie, dass der König in seinem ganzen Verhalten die Kontrolle der parlamentarischen Regierung unterliege, in einer Weise zu stellen, dass sie dabei als die Verteidiger des "göttlichen Gebots" dastanden, dass man seines Nächsten Weib nicht begehren solle.

Die Abdankung Eduards VIII. zeigt, dass erstens auch im Mutterlande der modernen bürgerlichen Demokratie die Tendenzen zum Faschismus im Lager der herrschenden Klassen im Ansteigen begriffen sind, dass aber zweitens die entscheidenden Kreise der britischen Bourgeoisie heute noch nicht politisch zugunsten eines "autoritären" Regimes abdanken wollen, sondern an der konstitutionellen parlamentarischen Demokratie festhalten. Die Gründe dafür sind dort zu suchen, dass die britische Bourgeoisie ihre Ausbeuterstellung einstweilen noch als unerschüttert betrachtet. Dazu kommt noch, dass, wie ein englischer Gewerkschaftsführer vor einiger Zeit ganz richtig bemerkte, die englische Kapitalistenklasse es nicht so eilig hat, die bürgerliche Demokratie auf den britischen Inseln abzuschaffen, weil sie ohnehin händerte Millionen von Menschen in den Kolonien mit diktatorischen Mitteln beherrscht. Ja, man kann sogar hinzufügen, dass die bürgerliche Demokratie im Mutterland für die englischen Kapitalisten eine Methode ist, um diese Herrschaft in den Kolonien zu festigen, um zu verhindern, dass die englischen Arbeiter u. die unterdrückten Kolonialvölker sich zum gemeinsamen Kampf für den Sturz des britischen Imperialismus zusammenfinden. Schließlich ist noch das Verhältnis Englands zu den Dominionen zu berücksichtigen. Es ist nicht anzunehmen, dass ein König, der in England mit "autoritären", mehr oder weniger diktatorischen Methoden herrscht, ohne weiteres von den Dominionen anerkannt werden würde. Wenn aber z. B. die südafrikanische Bourgeoisie ein diktatorisches Regime aufrichten sollte, so würde sie sich wahrscheinlich einen einheimischen Diktator wählen.

Wir sehen also, dass das Festhalten der entscheidenden Kreise der britischen Bourgeoisie am Parlamentarismus mit ihrer führenden Rolle im britischen Imperium und mit ihrer Kolonialherrschaft zusammenhängt. Das heißt aber auch, dass die faschistischen Tendenzen in der englischen Bourgeoisie bei ernstlichen Erschütterungen des Zusammenhangs zwischen England u. seinen Dominionen u. der britischen Kolonialherrschaft verstärkt werden. Solche Erschütterungen sind aber unausbleiblich.

Der betont imperialistische Charakter der Herrschaft der britischen Bourgeoisie beginnt gleichzeitig die reaktionären Züge der bürgerlichen Demokratie in England. Baldwin um die Seinen haben in der letzten Krise nicht nur den Parlamentarismus, sondern auch die Monarchie verteidigt. Die britische Bourgeoisie hält an diesem "Symbol" fest. In der Tat symbolisiert die Monarchie, diese aus den Feudalgütern überkommene Institution die gesellschaftliche Ungleichheit, die Privilegien der Ausbeuterklassen. Und wenn sich Baldwin u. die Seinen auch dagegen wehren, dass der König eine politische Rolle ohne u. gegen die parlamentarische Vertretung der Bourgeoisie spiele, so hat es doch die englische Bourgeoisie gut verstanden, die von ihr gepflegte Autorität des Monarchen für allerlei Intrigen u. Manöver ihrer parlamentarischen Vertreter auszunutzen. Als die bürgerlichen Parteien Englands zusammen mit Macdonald im Jahre 1931 der Labourregierung den Hals brachen u. die "nationale" Regierung zusammenbrachten, war Georg V. ihnen ein willkommener Helfer. Und auch in künftigen Fällen wird die englische Bourgeoisie die "symbolische" Person des Monarchen vorschicken, um ihre Interessen u. Privilegien zu verteidigen. Allerdings legt sie einstweilen Wert darauf, das "Symbol" in der Rolle ihres Werkzeugs festzuhalten u. nicht zum Herrn über sich werden zu lassen.

Die Arbeiterorganisationen in der Krise.

Die Labourpartei hat in der jüngsten Krise von neuem gezeigt, dass sie ein Instrument des britischen Imperialismus ist. Sie hat sich bedingungslos der Führung von Baldwin u. der Konservativen unterworfen, sie hat von neuem ihre Treue zur Monarchie bekundet u. lediglich einige Mäuserlichkeiten des Kultus der Monarchie kritisiert, nicht aber dessen Wesen. Es ist pur Demagogie, wenn ein Labourabgeordneter im Parlament erklärte, dass es gelte, den Kapitalismus, nicht aber die Monarchie zu beseitigen - als ob es möglich wäre, die Klassenherrschaft zu beseitigen ohne eine Institution hinwegzuräumen, die das ureigene Symbol der sozialen Ungleichheit u. der Ausbeuterprivilegien ist.

Der Vertreter der kommunistischen Partei im britischen Parlament, Gallacher, ist durch die Volkfrontphrasen offenbar so durcheinandergelassen, dass er nicht imstande war, von selbst daraufzukommen, was vom proletarischen Standpunkt zur Königskrise gesagt werden musste. Gallacher erging sich erst in sentimentalischen Betrachtungen darüber, dass der König das Recht habe, wie jeder andere Mann die Frau zu heiraten, die ihm gefalle. Dabei liegt es auf der Hand, dass man, wenn man von menschlicher Gleichberechtigung spricht, zuerst einmal

die Abschaffung der Institution der Monarchie, die die Ungleichheit symbolisiert, fordern muss. Erst als die Unabhängige Arbeiterpartei im Parlament den Antrag stellte, die Monarchie abzuschaffen, fand auch der Vertreter der KP die Monarchie als Institution anzugreifen. Es ist kein Ruhmesblatt für die KP Grossbritanniens, dass die in dieser Situation vom Standpunkt des Klasseninteresses des Proletariats selbstverständliche prinzipielle Kampferklärung gegen die Monarchie nicht von ihr, sondern von der Unabhängigen Arbeiterpartei ausging.

-O-O-C-O-O-O-O-

BEMERKUNGEN ZU ANDRÉ GIDES Russlandbuch,
 ooo

Es wird jetzt viel über das Buch von André Gide "Retour de l'URSS" diskutiert. Die bürgerliche Presse zitiert es eifrig, um es für ihre antibolschewistische Hetze auszuschlachten. Im "Populaire" fand es eine wohlwollende Besprechung durch Sévère, der versicherte, dass, wenn der Sozialismus im Sinne der II. Internationale einmal verwirklicht werden würde, er nicht die von Gide kritisierten Fehler des Sowjetsystems an sich tragen würde. Nur die "Humanité" hat bisher nicht zu Gides Buch Stellung genommen.

Gides Haltung, die er in seinem Buch der SU gegenüber einnimmt, ist nicht zu verstehen, wenn man nicht zunächst davon ausgeht, wer Gide ist. André Gide ist ein vornehmer, bedeutender französischer Schriftsteller der Gegenwart. Eine Reihe von Romanen, deren bekannteste "Les Faux - Monnayeurs" u. "Les Caves du Vatican" sind, haben seinen Ruhm begründet. Den Schriftsteller Gide interessieren vor allem psychologische Begabtheiten u. zwar die psychologische Entwicklung von Individuen; er konzentriert sich in seinen Werken auf das Innenleben seiner Helden, das er völlig losgelöst von deren sozialer Umgebung schildert. Die individualistische Note in den literarischen Arbeiten Gides erklärt sich aus dessen weltanschaulicher Herkunft. Gide kommt vom Protestantismus her; er hat dann aufgehört, gläubig zu sein, aber seine protestantische Erziehung hat auch noch später die Art bestimmt, mit der er an die Dinge herangeht. Die Hauptlehre des Protestantismus ist bekanntlich die lutherische These von der "Rechtfertigung allein durch den Glauben", die bedeutet, dass der fremde Protestant sein Seelenheil in seinem Innenleben als Individuum sucht. Und diese Einstellung haftet Gide auch heute noch an. Für Gide ist die Befreiung des Menschen in erster Linie ein psychologischer Prozess des Individuums - so wie für den gläubigen Protestanten sein Seelenheil - u. nicht eine gesellschaftliche Erscheinung. Das ist auch bei der Lektüre seines neuen Buches zu spüren.

Gide, der sich vor 3 Jahren zum Kommunismus bekannt hatte, fuhr zum Begräbnis Gorkis nach Moskau u. machte dann eine Reise durch die Sowjetunion. Nach Paris zurückgekehrt, veröffentlichte er die oben erwähnte Schrift, in der er die Eindrücke schildert, die er auf dieser Reise durch die Sowjetunion gewonnen hat. Wieder sind es vor allem psychologische Fragen, die Gides Aufmerksamkeit erregt haben:

"Nur die psychologischen Fragen gehören in mein Ressort; sie sind es, mit denen ich mich hier besonders u. beinahe ausschliesslich beschäftigen will. Wenn ich gelegentlich soziale Fragen anschnide, so tue ich das auch nur vom psychologischen Gesichtspunkt aus."

Wie wir gleich sehen werden, ist der psychologische Gesichtspunkt bei Gide so eng mit dem künstlerisch-aesthetischen Gesichtspunkt verbunden; der soziale Gesichtspunkt tritt dem gegenüber zurück.

In seinem Buch gibt Gide zunächst seiner Begeisterung über die Menschen - die Arbeiter, die Jugend, die Kinder - in der Sowjetunion Ausdruck. Unter ihnen habe er sich, schreibt Gide, so als Kamerad u. Bruder gefühlt, wie nie und nimmer zuvor. Von den Menschenmassen, die er in dem Moskauer Kulturpark beobachtet hat, sagt er, dass sie "Rechtschaffenheit, Würde u. Anstand" ausstrahlen. Die Kinder, die er in den Pionierlagern gesehen hat, schildert Gide als "schön, gut genährt (5 Mahlzeiten am Tag), gut gepflegt, sogar gehätschelt, fröhlich. Ihr Blick ist klar u. vertrauensvoll; ihr Lachen ist ohne Bosheit u. Hinterhältigkeit". Gide fasst sein Urteil u. das seiner französischen Freunde, die ihn auf seiner Reise begleiteten, in den Worten zusammen: "Wir zweifelten, ob in irgendeinem anderen Lande die Jugend ebenso charmant ist."

ausschliesslich der bürgerlich-demokratischen "Pariser Tageszeitung" überlassen, dieses Urteil von 18 Jahren Zuchthaus in Ordnung zu finden und den Emigrantenlosen mundgerecht zu machen..

Frankfurters Tat war schlimmer als ein Verbrechen, sie war eine Dummheit, menschlich begreiflich, und durchaus reinen Motiven entsprungen. Dass aber Goebbels mit dem toten Gustloff einen grossangelegten Propagandastreich anstellen konnte, darin liegt die Dummheit, die Frankfurter, unpolitisch wie er ist, nicht vorherrscht.

Unter der Tragik dieses Schicksals des schwerkranken D.F., der diese drakonische Zuchthaushaft kaum überstehen wird, ist immerhin auch eine positive Seite des Churer -Prozesses sichtbar: die Verlosung der hunderte von Dokumenten über den blutigen Terror des faschistischen Antisemitismus durch den Verteidiger Curti.

Der Churer Prozess zeigt aber auch besonders drastisch die stockreaktionäre Entwicklung in der Schweiz, die sich die Aufgabe stellt, die bürgerliche Demokratie im beschleunigten Tempo abzubauen. Das kürzlich angenommene "Ordnungsgesetz", das ein Ausnahmegesetz gegen die kommunistische Partei und gegen die antimilitaristische u. antireligiöse Propaganda der gesamten Arbeiterklasse darstellt, zeigt die Schweizer Bourgeoisie auf dem Wege zum "autoritären" Regime.

-o-o-o-o-o-

UM DAS NEUNTE SCHULJAHR.
oooooooooooooooooooooooooooo

Wir haben hier bereits die Gründe dargelegt, die die verschiedensten reaktionären Parteien u. Gruppen in Elsass-Lothringen veranlaßt haben, gegen die Schulzeitverlängerung im allgemeinen und gegen das neunte Schuljahr für die Knaben im besonderen Stellung zu nehmen.

Argumente und Gründe der Kulturfeinde.

Der Landesdelegiertentag der UPR hat gezeigt, dass es dieser führenden bürgerlich-reaktionären Partei des Elsass, bei ihrem Kampf gegen die Schulzeitverlängerung vor allem darum geht, die Schule unter dem Einfluss des Klerus zu halten. Die UPR befürchtet, dass die Einführung der Schulzeitverlängerung zu einer Erhöhung des Prozentsatzes der laikalen Lehrkräfte führt u. damit auch den Einfluss ~~von~~ der Kirche auf die Schule vermindert. Diese Gesichtspunkte waren auch entscheidend dafür, dass die UPR, die aus den Kreisen ihrer Anhänger für die Schulzeitverlängerung vorgetragene sozialen u. kulturellen Gesichtspunkte rücksichtslos beiseite geschoben hat, wie z. B. die befürworteten Argumente, die ein so angesehenes Mitglied, wie Abbé Schiess aus seiner sehr umfangreichen Tätigkeit als Adjoint des Armenamtes der Stadt Strassbourg vorgetragen hat.

Dass die Spitzen der landwirtschaftlichen Verbände u. die Handwerkskammer unter Führung des ob seiner reaktionären Gesinnung bestens bekannten H. F. Peter, sich gegen die Schulzeitverlängerung wandten, hat seine sozialen Gründe. Für diese Herren, die ja sehr eng mit den Bestrebungen der berüchtigten "Elsass-Front" u. dem Comité "Terre d'Alsace" zusammenhängen, handelt es sich um ausgesprochen sozial-reaktionäre Motive bei ihrer Opposition; um die Erhaltung eines zahlreichen Angebots von billigen Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt. Und es rundet das Bild nur ab, wenn auch die Demokraten, die Repräsentanten der industriellen Bourgeoisie, die ihren eigenen Kindern eine sehr gründliche u. langjährige Schulbildung verschaffen, in bezug auf die Kinder der Werktätigen aber nur eins kennen; möglichst schnell billige u. willige Arbeitskräfte zu erhalten. Die Produktion des kapitalistischen Mehrwerts gebietet den Herren Demokraten, ihre eigenen Kinder auf die Universitäten u. höheren Lehranstalten zu schicken, die Kinder der Proletarier u. Kleinbauern aber können für sie nicht früh genug in die Tretradmühle der kapitalistischen Produktion gezwängt werden. Die Herren Frey u. Co. schwadronieren zwar über die Arbeitslosigkeit, aber sie empören sich über eine simple bürgerliche Reformmassnahme, wenn sie die industrielle Reservearmee etwas verringert u. damit den Druck auf die Löhne etwas mildern könnte.

Ein barockes Zeichen für den Niedergang des Liberalismus des Bürgerturns ist auch die Opposition des sogenannten Fortschrittlers Dahlet. Was wissen nicht wie weit die Stellung des H. Dahlet eine charakteristische oder eine Mandatsangelegenheit ist, nachdem er als Freidenker und kleinbürgerlicher Demokrat sich zum Verteidiger der kulturfeindlichen Pläne der klerikalen Reaktion in der Schulzeitfrage gemacht hat. Auf jeden Fall sind alle Argumente, die Dahlet im Verein mit den Roos, Schall, Hueber u. Mourer gegen die Schulzeitverlängerung vorträgt, nur ein armseliges, in juristische Spitzfindigkeiten gekleidetes Echo Rosse'scher Weisheiten, die nur davon Zeugnis ablegen, dass seine Tradition ihn noch etwas belastet und die Scham noch nicht völlig aus ihm entflohen ist. An der Sache selbst, dass er die Geschäfte der Klerikalen, der Grossbauern u. Industriellen damit besorgt, wird damit allerdings nichts geändert.

Dass Hueber u. Mourer in der Front der Feinde der Schulzeitverlängerung zu finden sind, mag für jene überraschen, die noch Illusionen über sie hatten u. uns deshalb den Ex-Maire als Député aufschwindelten. Was uns diese Repräsentanten der "A. u. B. Partei" vom sogenannten Standpunkt der Werktätigen gegen die Schulzeitverlängerung vortragen, lässt sich auf den Nenner bringen: Je kürzer die Schulzeit, um so schneller können sich die Arbeitereltern von einem lästigen Fresser befreien. Oder: je länger die Schulzeit, um so grösser und länger die Last für die Arbeitereltern. Nach dieser famosen Beweisführung war die Einführung der allgemeinen Schulpflicht ein Schlag gegen die Arbeiterinteressen und die Kinderarbeit im Interesse der Arbeiter gelegen.

Was man den Arbeitern sagen muss ist nicht: "Kämpft gegen die Verlängerung der Schulzeit, weil sie auch eine neue materielle Last aufbürdet"; sondern: "Kämpft für die völlige Lehr- u. Lernmittelfreiheit u. für die Abwälzung der materiellen Lasten der Schulzeitverlängerung auf die Schultern der Besitzenden". Statt sich zum Wortführer dieser Forderungen zu machen, bliesen die Hueber u. Mourer in das gleiche Horn, in das auch die Frey, Rosse u. Co. bliesen, wenn auch ihre Töne etwas anders klingen. Aber das gehört in das Oppositionsorchester.

Von den "Elzianern" - und nicht nur von ihnen - ist die Schulzeitverlängerung für das Elsass, als ein Ausnahmegesetz u. ein spezifisches Merkmal dafür ausgegeben worden, dass der französische Staat die Elsässer als Bürger II. Klasse behandelt. Dies deshalb, weil die Schulzeit in Elsass-Lothringen so wie bisher ein Jahr länger ist, als im Inneren. Die "Elzianer" wollen damit unterstreichen, dass die Elsässer in Frankreich einem Sonderregime unterworfen sind, das ein Ausfluss der nationalen Unterdrückung ist. Das heisst den Begriff der nationalen Unterdrückung eine ganz besondere Auslegung zu geben, ihn ins demagogische zu verzerren u. ins lächerliche zu ziehen. Zur Entschuldigung für ein solches Verfahren, darf man wohl annehmen, dass diese Begriffsverwirrung der "Elzianer" seine Goebbels'schen Gründe hat, die gebietet, alles zu unterstützen, was im Elsass dem Gedanken des Irredentismus dienen könnte.

Unsere Stellung.

Die um 1 Jahr längere Schulzeit im Elsass als im Inneren hat durchaus sachliche Gründe, wenn man für die Zweisprachigkeit eintritt. Es musset geradezu amüsant an, das 9 Schuljahr im Elsass als ein Beweisstück der nationalen Unterdrückung und als Ausdruck eines unwürdigen Ausnahmezustandes angeprangert zu hören. Mit solchen Argumenten diskreditiert man nur den Kampf gegen die wirkliche nationale Unterdrückung und offenbart nur, dass die politische Verwandschaft mit dem Historismus naturnotwendig zur Kulturfeindlichkeit führt.

Die wahren geistigen u. materiellen Interessen der els.-Loth. Arbeiterschaft erfordern ihr Eintreten für die Schulzeitverlängerung. Die Arbeiterschaft darf sich durch die Belastung, die durch die Schulzeitverlängerung für die Arbeitereltern eintritt, nicht in die Front der sozialen, politischen und kulturellen Reaktion gegen die Schulzeitverlängerung manövrieren lassen. Sie muss für die Schulzeitverlängerung eintreten u. dafür kämpfen, dass die Mehrkosten durch die Bourgeoisie getragen werden; einmal dadurch, dass sie für die völlige Lehr- und Lernmittelfreiheit eintritt, zweitens dadurch, dass sie für die materielle Beihilfen an die minderbemittelten und kinder-

zeitgestellt werden. Man brauchte nur die Mittel freizumachen, die heute die Kirche in Elsass-Lothringen auf Grund des Konkordats durch den Staat erhält.

Die prinzipielle Zustimmung zur Schulzeitverlängerung bedeutet nicht, dass die Arbeiterklasse mit der weiteren Aufrechterhaltung der Ungleichheit der Geschlechter liebend auf die Dauer der Schulzeit einverstanden ist. Die Arbeiterklasse, als die fortschrittlichste Klasse hat die Gleichheit der Geschlechter auf ihre Fahne geschrieben. So wie sie für die politische Gleichberechtigung der Frau kämpft, genau so muss sie auch für die volle Gleichberechtigung auf dem schulischen Gebiet eintreten. Die Tatsache, dass die Mädchen ein Jahr weniger in die Schule gehen, ist ein Teil der besonderen Unterdrückung, der das weibliche Geschlecht unterworfen ist. Die Arbeiterklasse, die für ihre eigene Befreiung vom kapitalistischen Joch kämpft, kann nicht dafür eintreten, dass das weibliche Geschlecht politisch, rechtlich u. kulturell in einem Minderwertigkeitsverhältnis gehalten wird.

Die Zustimmung zur Schulzeitverlängerung darf die Arbeiterklasse nicht daran hindern, die Art der Durchführung u. vor allem die völlig ungenügende Vorbereitung der Schulzeitverlängerung zu kritisieren, und in diesem Punkte vielfach berechnete Unzufriedenheit in den werktätigen Schichten zum Objekt der kulturfeindlichen Reaktion werden zu lassen. Sache der Arbeiterorganisationen wäre es, sich auch in diesem Punkte zum Fürsprecher der Gefühle der arbeitenden Massen zu machen, statt kritiklos hinter der Regierung und der staatlichen Bürokratie und ihrer, von wenig Verständnis für die Lage der Arbeitereltern getriebenen Ausführungsbestimmungen, herzulaufen.

FRITZ HECKERS DEMOKRATISMUS. Nach der Meinung F. Heckers verfolgt die Partei des Colonel de la Rocque das Ziel, Regierung, Parlament u. Demokratie zum Taufzujagen. F. Hecker verlangt dabei noch hinzuzusetzen, dass de la Rocque dieses Ziel verfolgt, um eine Diktatur nach dem Vorbild Adolfs Hitlers zu errichten. Aus diesem Grunde bekämpft die revolutionäre Arbeiterschaft die Partei de la Rocque mit allen Mitteln und setzt ihre Kräfte dafür ein, dass diese Partei, nebst ihrem Chef und seinen Presseorganen verboten und restlos unterdrückt wird. Man sollte meinen, F. Hecker als konsequenter Anhänger der parlamentarischen Demokratie sollte mit einem solchen Verlangen der Arbeiterschaft völlig einverstanden sein. Aber F. Hecker ist eben ein bürgerlicher Demokrat, für den die Demokratie nichts als eine Form der kapitalistischen Klassenherrschaft ist und der daher der Demokratie nur soweit huldigt, soweit sie auch den wütendsten Feinden der Arbeiterklasse die volle Freiheit der Ausübung der demokratischen Rechte zusichert. Nur aus dieser Einstellung ist es verständlich, dass F. H. in "La République" nicht einmal einer solchen lahem Massnahme zustimmen kann, wie dem Verbot des Innenministers auf Durchführung einer Demonstration des "Parti social français" in Strasbourg, zu der der Colonel aus 8 Departements seiner Streitscharen heranziehen wollte. So schreibt F. H.: "Selbstredend sind wir gegen das Verbot der de la Rocque-Versammlung, wie wir im Prinzip gegen jedes Verbot sind, das die politischen Freiheiten beeinträchtigt." F. Hecker gehört einer Partei an, die der Volksfront angehört. Was sagen denn die Partner der Radikalen zu solchen Kämpfen wider den Faschismus?

Kamerad Daul zur Schulzeitverlängerung. Der komm. Député, Kam. Daul (Strasbourg-Land) hat die Audienz der els.-loth. Parlamentarier beim Unterstaatssekretär de Tessen in der Frage der Schulzeitverlängerung benutzt, um auch die Stellung der KP in dieser Frage in einer besonderen Erklärung zu präzisieren. In dieser Erklärung gibt die KP eine wesentlich veränderte Stellungnahme gegenüber der Haltung, die sie zu Beginn der Frage bezogen hat. Die KP verweist in dieser Erklärung auf die verständnislosen Ausführungsbestimmungen des Dekrets und stellt eine Reihe von Vorbedingungen. Wir haben unsere Haltung in dieser Frage präzisiert u. haben hier nicht nötig dies erneut zu wiederholen. Mit der Forderung Dauls auf Anhörung der Berufsorganisationen durch das zuständige Ministerium vor dem Erlass von Bestimmungen für Elsass-Lothringen, können wir uns nur soweit ~~ein~~ einverstanden erklären, soweit damit die Organisationen der Werktätigen gemeint sind. Was in der Erklärung von der Entzweiung des els.-loth. Volkes infolge der Schulzeitverlängerung gesagt wird, erinnert uns etwas stark an die seelig entschlafene "Front française". Es sollte auch dem Kam. Daul bekannt sein, dass wenn man sich mit den Klerikalen nicht entzweien will, nur ihrem Willen und ihren Forderungen Rechnung zu tragen hat. Das aber will wohl weder er noch die KPF.

Erscheint wöchentl.

Bezugspreis pro Monat Frs. 1.
Einzelpreis: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Op^osition Elsass (Section der IV)

Nr. 52/III. Jahrgang.

Vierte Dozemberwocho 1936

DER PARTEITAG DER PSF-FASCHISTEN. oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Vor einigen Tagen hat der erste Partoitag des Parti social Français (PSF) stattgefunden - besser gesagt, der erste Partoitag der Croix de feu-Faschisten, seitdem diese sich einen neuen Namen zugolegt haben. Dass der PSF in Wirklichkeit nur die Fortsetzung der Croix de feu ist, hat dieser Partoitag gezeigt. So wurde z. B. de la Rocque zum Präsidenten des PSF für fünf Jahre gewählt. Nach dem Gesetz über die Ligen ist eines der charakteristischen Merkmale einer paramilitärischen Organisation, dass ihre Führer unbeschränkte Vollmachten wie Befehlshaber in der Armee haben. Nun soeben wurde de la Rocque mit solchen Vollmachten für weitere fünf Jahre ausgestattet. Nimmt man hinzu, dass der PSF über zahlreiche Waffenlager verfügt, so sind die Tatsachen einer paramilitärischen Organisation gegeben. Es ist bezeichnend für die Schwäche der Regierung Blum gegenüber den Faschisten, dass trotzdem das Gesetz über die Ligen nicht auf die PSF angewandt wird.

Die Stärke der PSF-Faschisten.

Auf dem Partoitag gab de la Rocque die Stärke seiner Organisation mit 2 Millionen Anhängern an, was blosse Prahlerei ist. Für die wirkliche Stärke des PSF ist kennzeichnend, wie wenig Erfolg de la Rocque kurz vor dem Partoitag mit seinen Bemühungen hatte, eine eigene Parlamentsfraktion aufzuziehen. Als seiner Zeit die Croix de feu aufgelöst wurden, forderte de la Rocque die Abgeordneten der Rechten, die Mitglieder dieser Organisation gewesen waren, auf, eine eigene Gruppe im Parlament zu bilden. Die meisten dieser Abgeordneten gingen jedoch auf die Aufforderung de la Rocques nicht ein. Jetzt trat die Führung des PSF an die reaktionären Abgeordneten mit dem Vorschlag heran, eine interfraktionale Gruppe "zur Verteidigung der republikanischen Freiheiten und des PSF" zu bilden. Aber de la Rocque erhielt auch diesmal eine glatte Absage von der Mehrheit der Rechten. Die Abgeordneten der stärksten reaktionären Parlamentsfraktion, der "Fédération républicaine", (unter ihnen Bonriot u. Vallat) antworteten dem PSF, dass zu seiner Verteidigung u. der "republikanischen Freiheiten" keine besondere parlamentarische Gruppe notwendig sei. Es gelang de la Rocque schliesslich nur, eine Fraktion von acht Mann, mit seinem Adjutanten Ybarnégaray an der Spitze, zusammenzubekommen. Dieses Fiasco beweist, dass es mit den "zwei Millionen Anhängern" seine eigene Bewandnis hat, denn wenn der PSF wirklich über einen gewaltigen Massenanhang verfügte, hätten die reaktionären Abgeordneten wohl schwerlich gewagt de la Rocque so brüsk die kalte Schulter zu zeigen.

Aber es wäre falsch, in diesem Vorfall nur ein Zeichen der Schwäche des PSF zu sehen. Die Tatsache, dass die de la Rocquefaschisten beginnen, nicht mehr im Schatten der alten politischen Parteien zu agieren, sondern als eigene politische Partei zu handeln, darf nicht unterschätzt werden. Bisher spielten die Croix de feu nur die Rolle von Wahlhelfern der reaktionären Parteien, jetzt sind sie dazu übergegangen, als eigene politische Partei auf allen Gebieten, auch auf parlamentarischem Gebiet, aufzutreten. Auf dem Partoitag des PSF wurde auch beschlossen, von nun an bei den Wahlen selbstständig vorzugehen.

Die "logale" Taktik der PSF-Faschisten.

Die Croix de feu-Faschisten schlagen jetzt die sogenannte "logale Taktik" ein, die auch die Nazis nach ihrem missglückten Novemberputsch von 1923 angewandt haben. Dass diese "logale Taktik" keine friedliche Taktik ist, sondern Gewalttätigkeiten gegen die Arbeiter einschliesst, zeigt nicht nur das deutliche Beispiel, sondern auch die täglichen Provokationen der Faschisten in

Frankreich selbst, Der Übergang zur "legalen Faktik" bedeutet auch nicht, dass die Faschisten auf ihre Ziele verzichtet hätten. Es ist ein schwerer Fehler der KPF- u. der SFIO- Presse, die faschistische Gefahr nur in einem Putsch zu sehen, u. dann, wenn der erwartete Putsch nicht kommt, de la Rocque für einen lächerlichen Idioten u. den Faschismus für tödlich zu erklären. Die wirkliche faschistische Gefahr ist gegenwärtig vielmehr die, dass die Faschisten mit legalen Mitteln versuchen, sich neue Positionen zu schaffen, ihren Einfluss auszuweiden, um dann vielleicht durch einen Putsch oder "legal", wie Hitler und Mussolini, zur Macht zu kommen.

Das faschistische Programm.

In dem Programm des PSF, das auf dem Parteitag u. in einer kurz vorher erschienenen Programmschrift entwickelt wurde, ist folgendes bemerkenswert:

Innenpolitisch vertreten die PSF-Faschisten das Programm des 6. Februar u. Doumergues, nämlich das Programm der Stärkung der Exekutivgewalt (Verstärkung der Stellung des Präsidenten der Republik). Hinter diesen Forderungen versteckt sich natürlich das Programm der faschistischen Diktatur, mit dem sie aber noch nicht offen herauszurücken wagen, weil die Massen vom Faschismus noch wenig wissen wollen, selbst die Kleinbürger (was sich schon wieder bei dem Zusammenbruch des Streiks der Gemüsebauern in der Pariser Umgebung zeigte, der von dem Faschisten Dorgerès angezettelt wurde, dazu noch in einer Gegend, wo die verschiedenen faschistischen Organisationen verhältnismässig starke Stützpunkte haben). Aus demselben Grunde spielen sich auch die de la Rocque u. Konsorten als Vorkämpfer für die "republikanischen Freiheiten" auf.

Das Sozialprogramm des PSF ist das traditionelle Programm der französischen Reaktion u. lehnt sich an das sozialpolitische Programm der katholischen Kirche an. Der berufständische Gedanke, der es durchzieht, ist eine Mixtur aus dem Faschismus Mussolinis u. dem von Dollfus. Die konkreten Forderungen, die für die Arbeiter aufgestellt werden, enthüllen klar das arbeiterfeindliche Gesicht der de la Rocquefaschisten. Der Minimallohn für Arbeiter, den sie verlangen, läuft darauf hinaus, dass der Arbeiter weniger Lohn erhalten soll, als es dem Unternehmer passt; die 40 Stundenwoche wird als zu "schematisch" abgelehnt; das Streikrecht für Beamte soll ausdrücklich abgeschafft werden; Streiks sollen durch allerlei obligatorische Verhandlungsvorschriften unmöglich gemacht werden (wofür die Blumregierung durch das Zwangsschlichtungsgesetz Vorarbeit leistet); schliesslich soll jeder Arbeiter einen Garten bekommen, womit die soziale Frage nach Ansicht der Faschisten gelöst zu sein scheint. Die arbeiterfeindliche Theorie der Croix de feu wird im übrigen durch ihre arbeiterfeindliche Praxis ergänzt. Ihre "syndicats français", die sie in den Betrieben aufzubauen versuchen, nachdem durch die Junibewegung die bisherigen gelben Gewerkschaften zerschlagen worden sind, sind offene Unternehmervertreter.

Die elsässische Frage und der PSF.

Ein besonderer Punkt des Programms ist der elsässischen Frage gewidmet, von der jedoch erklärt wird, dass sie in Wirklichkeit nicht existiere. "In einem Frankreich", lesen wir in der Programmbroschüre, "das die geistigen u. moralischen Kräfte zu respektieren, wiederherzustellen u. zu bewahren weiss, kann es kein elsässisches, bretonisches, baskisches, provençalisches, auvergnotisches, korsisches, savoyardisches Problem geben... Es gibt keine elsässische Notlage. Es gibt nur eine französische Notlage. Der PSF wird sie bändigen".

Es wird also geleugnet, dass es eine elsässische nationale Frage gebe. Dass das Elsass auf eine Stufe mit der Auvergne gestellt wird, zeugt entweder von Dummheit oder Böswilligkeit. Denn in der Auvergne wird z. B. ein französisches Dialekt gesprochen, während die Elsässer Mundart keine Abart der französischen Sprache ist. Auf dem elsässischen Parteitag der PSF, der vor kurzem in Strassburg stattfand, gabon die de la Rocque-Faschisten zwar vor, für die besonderen "regionalen" Interessen des Elsass, z. B. in der Sprachenfrage einzutreten; aber die Ausführungen in ihrem offiziellen Programm zeigen, dass das nur aus demagogischen Gründen geschah u. dass in Wirklichkeit die Faschisten gewillt sind, wenn sie an der Macht sein sollten, keinerlei Rücksicht auf die nationalen Besonderheiten des Elsass zu nehmen.

Bei der Behandlung der ausserpolitischen Fragen auf dem Parteitag war interes-

sant, dass das aktuellste Problem, nämlich der spanische Bürgerkrieg, nicht angeschnitten wurde. Die Ursache ist die, dass die Faschisten zwar Franco den Sieg wünschen, aber nicht gerne sehen, dass er ein Werkzeug Hitlers u. Mussolinis, also der imperialistischen Konkurrenz, ist. Ihren geheimen Wunsch, (von K. K. rillis, der soeben von einer Reise zu Franco zurückgekehrt ist, ausgeplaudert hat), Frankreich solle Franco helfen, um so die Deutschen auszuschießen, wagen sie nicht überall offen zu küssen, denn damit würden sie ja die Maske des Friedens, unter der sie kämpfen, fallen lassen müssen. In seinem Referat entwickelte Ybarragaray den Plan, Frankreich solle den Pakt mit der Sowjetunion kündigen, ein Bündnis mit England u. Italien abschließen u. dann eine Verständigung mit Hitlerdeutschland suchen. Im Grunde genommen läuft dieser Plan darauf hinaus, dem deutsch-italienisch-japanischen Block freie Hand gegen die SU zu geben u. für diesen Preis sich das Wohlwollen Hitlerdeutschlands zu erwerben. Die Herren Faschisten suchen dem französischen Volke einzureden, dass die Beihilfe zu einem Raubkrieg Hitlerdeutschlands u. Japans gegen die sozialistische Sowjetunion das Mittel sei, um für Frankreich den Frieden zu erhalten. Diese Politik ist aber nur ein sicheres Mittel, um einen Weltkrieg zu entfachen, in den auch Frankreich hineingezogen werden würde. Die faschistischen Friedensphrasen sind nur Heuchelei, die dienen nur dazu, die antibolschewistische Hetze der de la Rocque u. Konsorten zu fördern.

Die Entwicklung der Croix de feu beweist, dass mit der bisherigen Taktik, mit der Volksfrontpolitik, der Faschismus nicht erledigt werden kann. Die Massnahmen der Volksfrontregierung gegen die Faschisten haben sich als unwirksam erwiesen. Das Gesetz über die Ligen steht auf dem Papier; das Pressengesetz schadet heute nicht der faschistischen Presse, kann aber morgen sehr wohl gegen die Arbeiterpresse angewandt werden. Dazu kommt, dass die Volksfrontregierung manchen Sachen den Faschisten direkt in die Hand spielt, so mit der Durchpeitschung des Budgets, die eine Einengung der Rechte des Parlaments darstellt, mit der Beschränkung des Streikrechts durch das Zwangsschlichtungsgesetz, mit den nationalistischen Phrasen, die im Namen der Volksfront gedroschen werden usw. usw.

Angesichts des Bankrotts der Volksfrontpolitik im Kampfe gegen den Faschismus ergibt sich für die Arbeiter immer mehr die Notwendigkeit, zum außerparlamentarischen Kampf überzugehen; zum außerparlamentarischen Kampf gegen das Kapital u. seine Verhältnisse, um den Faschisten den Boden für ihre soziale Demagogie zu entziehen; zum außerparlamentarischen Kampf, um das Verbot der faschistischen Organisationen zu erzwingen. Wie der Fall des Faschisten Cusinborgho zeigt, der bei einem Streik in der Fabrik seines Vaters einen Arbeiter einfach neiderschoss, wird die Frage des proletarischen Selbstschutzes gegen faschistische Mörder u. Streikbrecher immer mehr zu einer Lebensfrage für die Gewerkschaften. In allen Arbeiterorganisationen muss deshalb die Frage des Kampfes gegen den Faschismus auf die Tagesordnung gestellt u. Schritte zu aktiver Organisation eingeleitet werden.

-o-o-o-o-o-o-

Zur Umbildung der katalanischen Regierung:

EIN ANGRIFF GEGEN DIE POUM.
oooooooooooooooooooooooooooo

In den letzten Tagen ist es zu einer Umbildung der katalanischen Regierung gekommen, deren Ergebnis die Hinausdrängung der POUM aus ihr ist. Die Initiative dazu hatte die katalanische Section der KI, die sogenannte PSUC (Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens) ergriffen. Die PSUC, die wie schon ihr Name zeigt, keine kommunistische Partei ist, sowohl in bezug auf ihre bürgerlich-demokratische Politik als auch in bezug auf die Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft (sie ist aus der Vereinigung der KP Kataloniens mit einer Reihe reformistischer Grüppchen entstanden), forderte in ultimativer Form die Ausschaltung der POUM aus der Regierung u. die Ausstattung der Regierung mit besonderen Vollmachten, nämlich die Beseitigung der verschiedenen Komitees, durch die bisher die Kontrolle der Arbeiterorganisationen über die Tätigkeit der Regierung gewährleistet wurde. Die PSUC wurde in ihrem Vorhaben von den kleinbürgerlichen Republikanern unterstützt, was kein Wunder ist, denn die PSUC drückte nur aus, was die Companys usw. anstrebten, was sie von sich aus nicht zu sagen wagten. Die Anarchisten, die stärkste Organisation Kataloniens wandten sich anfangs gegen die Ausschaltung der POUM aus der Regierung; sie haben sich dann aber leider dazu bewegen lassen, das Manöver der PSUC mitzumachen. Die PSUC hat nämlich, um die Anarchisten auf ihre Linie zu bringen, geschickt

auf deren traditionelle Vorurteile spekuliert u. schliesslich vorgeschlagen, dass alle Arbeiterparteien aus der Regierung ausgeschaltet werden. In der neu en Regierung sind offiziell neben den kleinbürgerlichen Republikanern u. dem Vertreter der Pächter nur die Gewerkschaften vertreten. Da die reformistischen Gewerkschaften in Katalonien (UGT) unter der Führung der PSUC stehen, hat die PSUC jetzt 3 ihrer Führer als UGT-Führer in der Regierung. Der Vorstoss der PSUC gegen die POUM wurde von einer beispiellos verlogen und gewissenlosen Hetze begleitet. Die PSUC bezeichnet die POUM wider besseres Wissen als eine "Agentur des Faschismus", weil die POUM die menschheitliche Linie der PSUC, nämlich das Programm der bürgerlichen Demokratie angriff u. für die Durchführung der proletarischen, sozialistischen Revolution in Spanien eintritt.

Der Sinn des Vorstosses der PSUC liegt auf der Hand. Indem die PSUC für die Abschaffung der proletarischen Kontrolle von unten über die Regierung, für den Wiederaufbau des bürgerlichen Staatsapparates, so vor allem für die Wiederherstellung der Befugnisse der bürgerlichen Offiziere in Wien eintritt, indem sie gegen die konsequenten Vorkämpfer der proletarischen Revolution in Spanien, nämlich die POUM, eine Hetzkampagne einleitet, dient sie ganz gleich ob sie das will oder nicht, den von englischen u. französischen Kapitalismus unterstützten Tendenzen der spanischen republikanischen Bourgeoisie zur Restauration des Kapitalismus. Die PSUC spaltet angesichts der blutigen faschistischen Konterrevolution mutwillig die antifaschistische Front.

Es gilt gegenüber der von der Komintern unterstützten Hetze der PSUC gegen die POUM die Solidarität mit der POUM zu bekunden, die an der Spitze des spanischen Proletariats in dessen Kampfe für den Sozialismus marschiert.

-o-o-o-o-o-o-

ZU GIDES RUSSLANDBUCH.
 ooooooooooooooooooooo
 (Fortsetzung)

In mehreren Stellen seines Buches erwähnt Gide, dass an vor allem die Frage mit Sorge erfüllt, welches das Los eines Beethoven, eines Brahms oder Stendhal in der heutigen Sowjetunion sein würde. Diese Frage ist für die ganze Stellung Gides zur SU überaus kennzeichnend. Gide hat sich das Leben in der SU unter dem Gesichtspunkt seines Idealbildes einer ausgewählten Einzelpersonlichkeit angesehen. Abgesehen davon, dass es eine ziemlich unfruchtbare Beschäftigung ist, wenn man sich ausdenken versucht, was wohl ein Beethoven oder ein Stendhal heute nicht nur in der SU, sondern überhaupt in der Welt von 1936 anfangen würden, ist für die Beurteilung des Sowjetlebens nicht die Frage entscheidend, wie es einem genialen Künstler in der SU ergohe würde, sondern die Frage, wie es der Mehrheit des Volkes geht. Unlauch Gide kann nicht leugnen, dass sich in der SU die materielle u. kulturelle Lage der grossen Massen der Bevölkerung ständig bessert.

Betrachten wir nun die Kritik Gides an der SU im einzelnen.

G gibt zu, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Waren aller Art sich in der letzten Zeit stark verbessert habe. Er beklagt jedoch das hässliche Aussehen vieler Dinge, der Neubauten von Moskau, der Wohnungen, der Möbel, der Stoffe, er kritisiert die mittelmässige Qualität u. Einförmigkeit der verschiedenen Bedarfsartikel, u. vergisst aber dabei einige wesentliche Dinge. Erstens kann man nicht verlangen, dass eine Industrie, die binnen weniger Jahre buchstäblich aus dem Boden gestampft worden ist, sofort auf allen Gebieten qualitative Höchstleistungen hervorbringt. Dass sich die Sowjetregierung darum bemüht, die Qualität der Produktion zu steigern, ist bekannt, ebenso wie es bekannt ist, dass sie auf einigen Gebieten bereits beachtliche Erfolge in dieser Beziehung erzielt hat, wie z. B. im Flugzeugbau. Flugzeuge sind zwar kein Konsumartikel, aber wenn die Sowjetindustrie imstande ist, erstklassige Flugzeuge hervorzubringen, so kann auch erwartet werden, dass sie in der Lage sein wird, innerhalb einer nicht allzu langen Zeit Textilien u. Möbel von guter Qualität zu liefern. Zweitens vergisst G., wenn er die Qualität der Waren in der SU mit der in anderen Ländern vergleicht, hinzuzufügen, dass es in den kapitalistischen Ländern wohl Qualitätsprodukte aller Art gibt, dass aber die breiten Massen dieser Länder in ihrem Konsum auf schlechte u. kitschige Waren angewiesen sind, weil sie die guten Erzeugnisse nicht bezahlen können.

Ferner beklagt G. die Einförmigkeit des Denkens, die er in der SU beobachtet

zu haben glaubt. G. behauptet, dass die Menschen in der SU alle dieselbe Meinung hätten u. dass sie diese jeden Morgen aus der "Pravda" hergelesen; zwar gebe es "Selbstkritik", aber diese beschränke sich nur auf die Ausführung der "Linie", nicht aber auf diese selbst.

Nach Gides Darstellung sieht es so aus, als ob die "Linie" der KPSS in den Fragen des sozialistischen Aufbaus das alleinige Produkt der Schrittmäßigkeit Stalins sei u. dass jegliche Teilnahme der breiten Massen unannehmlich sei. G. scheint sich in seinem Buche sehr über den Stalinskultus, der in der SU betrieben wird. Aber die Art, wie er die Politik der KPSS schildert, basiert selbst auf der Vorstellung, dass Stalin ein "Herrgott" sei. In Wirklichkeit entsteht die Linie der KPSS auf Grund der praktischen Erfahrungen, die die breiten Massen machen, auf Grund der Berichte, Anregungen, Vorschläge, die von unten kommen. Die Stachanowbewegung ist z. B. nicht von Stalin oder sonst jemandem aus der Leitung der FKSU aus der Lauben Luft erfinden worden, sondern war der Initiative des Bergmanns Stachanow u. anderer Arbeiter zu verdanken. G. wundert sich von der Selbstkritik in der SU ziemlich verächtlich. Aber was heisst die Kritik der Durchföhrung der Linie der KPSS in den Fragen des sozialistischen Aufbaus, der Durchföhrung der Pläne auf das ganze Land berechneten Wirtschaftspläne anderes, als dass diese Pläne nicht nach Schema F, nicht einfügig in die Praxis umgesetzt werden, sondern unter der ständigen Einwirkung der Initiative von unten? Wenn G. es nicht unterlassen hätte, sich mit ökonomischen u. sozialen Fragen zu beschäftigen, wenn er eingehender das beobachtet hätte, was heute das Denken u. Schaffen der Massen der Sowjetunion in erster Linie in Anspruch nimmt, nämlich ihr wirtschaftliches Aufbauwerk, dann würde er auch gesehen haben, welche Mannigfaltigkeit schöpferischer Arbeit sich hier äussert. (Fortsetzung folgt.)

Aus der Gewerkschaftsbewegung:

DER KONFLIKT IN DEN AMERIKANISCHEN GEWERKSCHAFTEN.

oo

Der 26. Jahreskongress der amerikanischen Arbeiterföderation (AFL), der vor kurzem in Tampa, im Staate Florida, stattgefunden hat, war eine der wichtigsten u. entscheidungserheblichsten Tagungen, die seit einem Vierteljahrhundert in der amerikanischen Arbeiterbewegung abgehalten worden sind.

Während ihrer bisherigen Entwicklung wurde der AFL von einer Politik u. einer Führung beherrscht, die auf dem System der Berufsgewerkschaften beruhten. In den Berufsgewerkschaften werden bekanntlich - im Unterschied zu den Industrieverbänden - die Arbeiter auf Grund der verschiedenen Berufe, in denen sie beschäftigt sind, organisiert. Die Schwierigkeiten für eine erfolgreiche Gewerkschaftspolitik im Rahmen der berufsgewerkschaftlichen Organisation werden deutlich erkennbar, wenn wir bedenken, dass z. B. bei der Herstellung eines Autos mehrere Hundert verschiedener Berufsarten beteiligt sind. Das Prinzip der Berufsgewerkschaften bedeutet in einem solchen Falle, dass Hunderte von kleinen Berufsgewerkschaften, die alle selbstständig handeln, vorhanden sind. Im Falle eines Arbeitskonfliktes ist die Folge, dass, wenn keine sinnliche Aktion dieser verschiedenen Gewerkschaften zustandekommt, eine Gewerkschaft zum Hemmschuh der anderen wird, wie das voriges Jahr bei dem Streik der Werftarbeiter in Camden der Fall war.

Industrieverbände dagegen erfassen die Arbeiter einer ganzen Industrie in einer einzigen Gewerkschaft, unabhängig davon, in welchem Berufe die Arbeiter tätig sind. In der amerikanischen Grossindustrie (Stahl-, Gummi-, Automobilindustrie etc.) existieren faktisch noch keine Gewerkschaften. Sie können nur auf der Basis von Industrieverbänden aufgebaut werden.

Die Instanzen der AFL haben seit langer Zeit aufgehört, sich für die Organisation der Arbeiter in den verschiedenen Industriezweigen zu interessieren, u. würden zufrieden sein, wenn die AFL klein bleibe u. ihren Charakter als eine Berufsgewerkschaft der Bauarbeiter, Buchdrucker usw. beibehielte. Nichtsdestoweniger sind innerhalb der AFL einige Industrieverbände organisiert worden. Die wichtigsten sind die vereinigte amerikanische Bergarbeiterunion (UMWA) u. die internationale Union der Damenbekleidungsarbeiter (ILGWU). Vor ungefähr einem Jahr gründeten die Führer dieser Gewerkschaften, zusammen mit anderen führenden Industrieverbänden das Komitee für Industriegewerkschaften (CIO) innerhalb der AFL. John L. Lewis, der lange Zeit der Führer der U M W A war, steht an der Spitze des CIO.

Das CIO begann seine Tätigkeit mit einer selbständigen Kampagne für die Organisierung der Arbeiter in der Grossindustrie, besonders in der Stahlindustrie. Diese Kampagne hatte Erfolg. Aber sie rief die Führer der Berufsgewerkschaften in der AFL mit William Green, dem Präsidenten der AFL, an der Spitze auf den Plan, denn die Massen der Industriearbeiter, die durch die Arbeit des IGO in die AFL strömten, waren fortschrittlich u. kämpferisch eingestellt. Die alten verkümmerten Führer der AFL fürchteten nun, dass diese neuen Gewerkschaftsmitglieder von der AFL die Umstellung ihrer Politik auf Industrieverbände bei der Organisierung der Unorganisierten fordern u. dass sie wahrscheinlich einen Druck ausüben würden, um die Bürokraten der Berufsgewerkschaften in der AFL auszuschalten. Das würde das Ende der Herrschaft Greens u. seiner Freunde bedeuten. Und Green hat eine Menge Freunde, denn bei dem System der Berufsgewerkschaften gibt es viele Gewerkschaften u. viele Posten. Die Nutzniesser dieser überflüssigen Posten sind natürlich gegen die Industrieverbände.

Deshalb ~~organisierte~~ suspendierte die AFL die Industrieverbände, die ihr angeschlossen waren u. drohte, sie auszuschliessen. Die zehn Industrieverbände, die dem CIO angehören u. die zusammen einen Mitgliederbestand von ungefähr 1 1/4 Millionen Arbeiter haben, wurden von der Teilnahme an der AFL-Tagung in Tampa ausgeschlossen, u. die Anhänger der Berufsgewerkschaften behaupten den Kongress. Mit Antisemitismus, Lügen u. Betrug gelang es ihnen zu erreichen, dass die Tagung die Suspendierung des CIO beseitigte; aber es ist bezeichnend, dass sie nicht den Mut hatten, den CIO aus der AFL auszuschliessen. Aber wenn auch die Friedensverhandlungen mit dem CIO weitergehen, so steht doch fest, dass die Suspendierung des CIO von Dauer ist u. dass die amerikanische Gewerkschaftsbewegung gespalten ist. Das CIO geht jetzt daran, eine eigene Organisation aufzubauen u. die Unorganisierten zu organisieren. Ohne das akt. u. fortschrittliche CIO wird die AFL dahinsiechen u. vielleicht sogar zusammenbrechen, denn weder Green noch das berufsgewerkschaftliche Prinzip sind imstande, den gegenwärtigen Bedürfnissen der amerikanischen Arbeiterklasse gerecht zu werden.

Die KPO-Amerikas arbeitet aktiv in dem CIO. Durch die ILGWU u. andere Industrieverbände übt sie einen Einfluss auf das CIO aus. Die KPO-Amerikas hat seiner Zeit die Politik der Gewerkschaftsspaltung der offiziellen, kommunistischen Partei durch die Gründung roter Gewerkschaften heftig bekämpft. Aber die jetzige Spaltung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung ist unvermeidlich; nur der Aufbau des CIO wird es ermöglichen die Aufgaben, die vor der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung stehen, zu lösen.

DER METALLARBEITERSTREIK IN LILLE.
 ooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Der Kampf der Metallarbeiter in Lille für die Achtung des Syndikatsrechts, die Anwendung des Tarifvertrages und die Angleichung der Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten, wächst sich mehr und mehr zu einer Kraftprobe zwischen der Arbeiterklasse und dem Unternehmertum aus. Wie bekannt hat Léon Blum den Abbruch der Verhandlungen durch die Unternehmer mit der Einbringung des Gesetzes über das obligatorische Schlichtungsverfahren beantwortet, um auf diese Weise ein Mittel zur Seite zu haben, mit dem er gegen die Wirtschaftskonflikte auftreten kann. Der Widerstand des Senats gegen einzelne Punkte des Schlichtungsgesetzes, der faktisch auf die völlige Negerung des von Blum verfolgten Sinnes des Gesetzes hinauslief, hat Blum jetzt veranlasst die Vorlage über das obligatorische Schlichtungsverfahren überhaupt zurückzuziehen. Gleichzeitig ist Blum der Aufforderung des Senats nachgekommen u. hat in einem Telegramm unter Hinweis auf die Bedrohung der Nationalverteidigung durch die Fortsetzung des Streiks, von den Arbeiter die Räumung der Betriebe, die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit und die Unterbreitung der Konfliktfragen an den 1. Präsidenten des Kassationshofes gefordert. Die Liller Metallarbeiter haben auf Druck ihrer Führer die Forderungen L. Blums prinzipiell angenommen. Bei der praktischen Durchführung zeigte es sich aber, dass die Unternehmer durch die Haltung der Regierung u. der CGT-Führung gestärkt, die Lage zur Massregelung der klassenbewussten Arbeiter ausnutzen wollten. An dieser Haltung scheiterte die Wiederaufnahme der Arbeit. Darauf forderte Blum in einem Telegramm die Parteien zu sofortigen Verhandlungen nach Paris auf, worauf die Unternehmer mit einer glatten Absage antworteten. Die Arbeiter müssen ihren Liller Kameraden zur Hilfe kommen, da sie die Preisfechter der gesamten französischen Arbeiter gegen die Touierung sind.

schiston im Gegensatz zu ihrer Haltung zu den kommunistischen Versammlungstourneés, zeigt, dass ihr "demokratisches" u. "freiheitliches" Gewissen sich nur dann erregt, wenn die Freiheit auch einmal für Organisationen eingeschränkt wird, die im Dienste des Kapitals stehen u. die Klassenorganisationen des Proletariats austilgen wollen.

Die Stellung der Arbeiterschaft.

Wir haben uns hier nicht zum Fürsprecher der Freiheit an sich gemacht. Wir haben deutlich gesagt, dass die Arbeiterklasse den Faschismus unterdrücken und ausrotten muss, wenn sie verhindern will, dass er sie nicht eines Tages unterdrückt. Deshalb fordern wir heute wie gestern, das Verbot der faschistischen Organisationen und ihrer Presse u. die Verhaftung ihrer Führer. Dem Faschismus eine legale Existenz gewähren, ihm als politische Partei oder als sogenannte Berufsorganisation in den Besitz der demokratischen Rechte zu lassen, heisst dem Faschismus Vorschub leisten. Das ist einer unserer Differenzpunkte zur Volksfront, die den Faschismus nur in seinen paramilitärischen Ausdrucksformen ablehnt.

Das zweite ist: der Faschismus muss durch die Entfaltung der Massenaktion geschlagen werden. Der bürgerliche Staatsapparat ist dazu untauglich, wie Spanien erst wieder bewiesen hat. Deshalb müssen die Arbeiter dem Faschismus ihre eigene Klassenaktion entgegensetzen. Sie dürfen nicht auf ihre Aktion u. Initiative verzichten u. sich in Apollon an die Regierung erschließen. Die "Wohlerzogenheit", die die Volksfrontparteien als ein besonderes Paradestück gegenüber der "Unerzogenheit" der Faschisten herumreichen u. die ihr gebietet, immer in den Bahnen der Obrigkeit zu wandeln, ist ein armseliges Requiäit der bürgerlichen "Ordnungsparteien", mit dem man den Kampf gegen den Faschismus nicht erfolgreich führen kann.

Drittens aber und dies gilt besonders, kann der Kampf gegen den Faschismus nur erfolgreich sein, wenn er ein Kampf gegen den Kapitalismus u. für die materiellen Interessen aller Werktätigen ist. Das dazu eine Koalition mit der liberalen Bourgeoisie u. auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie nicht das geeignete Instrument ist, sollte nach 6 Monaten Regierungstätigkeit der Volksfront für die Arbeiter kaum noch ein Zweifel unterliegen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DIE ELZIANER UND HUEBERIANER UND DIE FASCHISTEN. Als die kommunistischen Versammlungen im Elsass verboten wurden, standen die Elzianer in der Front jener, die an der Seite der Faschisten die Unterdrückung der Versammlungsfreiheit für die Kommunisten forderten. Die Hueberianer fanden damals kein Wort des Protestes gegen diese Massnahmen gegen die Kommunisten, ein Umstand der sich daraus erklärt, dass die Generalallosung der "A. u. B. Partei" gegen den Bolschewismus gerichtet ist, Mourer der Gewährte M. Walters ist u. Hueber-Mourer die Lakaien der Elzianer sind.

Ganz anders aber ist die Haltung dieser Organisationen u. Kumpane angesichts der Manifestationsverbote gegen die Bilgersche "Arbeitsfront". Die Elzianer haben die Kundgebung des Bauernbundes Bilgers unter ihr Patronat gestellt. Ebenso wie die Klerikalen erinnern sie sich jetzt einer elsässischen Tradition, die die Versammlungsfreiheit zum Erbgut unserer altvorderen rechnet und rufen in höchsten Tönen zur sofortigen Bildung der elsässischen Front zur Verteidigung der bedrohten elsässischen Freiheitstraditionen.

Hueber u. Mourer können da natürlich nicht zurückstehen. J. Peter Mourer stellt sich entschlossen an die Seite Bilgers u. Dr. Gillmanns, deren faschistische Gesinnung einwandfrei feststeht. Die "NW" aber fühlt sich verpflichtet im Namen des Bündnisses zwischen Arbeiter u. Bauern für die faschistische Organisation Bilgers einzutreten. J. P. Mourer aber interveniert bei der Polizei um den faschistischen Oberdemagogen schleunigst die Freiheit zurückzugeben. Dahin haben es unsere ehemaligen Kommunisten gebracht: zum Schutzpatron der Faschisten.

AN UNSERE LESER! Wir übermitteln auf diesem Wege unseren Lesern die besten Glückwünsche zum neuen Jahr und hoffen, dass sie gemeinsam mit uns im kommenden Jahre weiter unerschrocken für die Ziele der Internationalen Vereinigung der kommunistischen Opposition kämpfen werden.

Verantwortlich: Emil Hirtzel.